Maria Theresia

nach dem Erbfolgekriege.

Geschichte

Maria Theresia's

von

Alfred Ritter von Arneth.

Vierter Band.

1748—1756.

Wien, 1870.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Maria Theresia

nach dem Erbfolgekriege.

1748—1756.

Von

Alfred Ritter von Arneth.

Wien, 1870.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Inhalt.

Erstes Capitel.

Zweites Capitel.

Drittes Capitel.

Viertes Capitel.

Fünftes Capitel.

Sechstes Capitel.

Siebentes Capitel.

Achtes Capitel.

Neuntes Capitel.

Zehntes Capitel.

Eilftes Capitel.

Zwölftes Capitel.

Dreizehntes Capitel.

Vierzehntes Capitel.

Fünfzehntes Capitel.

Sechzehntes Capitel.

Siebzehntes Capitel.

Achtzehntes Capitel.

Erstes Capitel.

Der Staat und die Stände.

Für sich selbst und den Staat aus den gemachten Erfahrungen den größtmöglichen Nutzen zu ziehen, ist ohne Zweifel eines der untrüglichsten Kennzeichen eines weisen Regenten. Denn daß wirklich Weisheit dazu gehört, sich die eigenen Erlebnisse zur Lehre dienen zu lassen, dafür ist wohl die Seltenheit der Fälle, in denen dieß geschieht, der beste Beweis. Wenn man die Zeit sich vergegenwärtigt, in welcher zum letzten Male eine langdauernde, verheerende Kriegsepoche zum Abschlusse gelangte, die Zeit der Beendigung der napoleonischen Kämpfe durch die Verträge von Wien, so wird man wohl zugeben müssen, daß damals in ganz Europa nur wenig geschah, um die Wunden zu heilen, welche der Krieg geschlagen, um die Staaten zu kräftigen, die sich fast verblutet hatten in den stets sich erneuernden Kämpfen, um die Völker schadlos zu halten für die Leiden, die sie hatten erdulden müssen. Anders als in unserem eigenen war dieß im verflossenen Jahrhundert, anders als in unserer Zeit war es in derjenigen Maria Theresia's und Friedrichs von Preußen der Fall. Hat doch der Letztere gleich nach Abschluß des Friedens von Dresden um nichts so sehr sich bemüht, als das ererbte so wie das neu erworbene Besitzthum zu stärken und zu kräftigen und aus den früher so ungleichartigen Bestandtheilen einen Staat zu schaffen, der nicht nur jedem künftigen Angriffe mit Aussicht auf Erfolg zu widerstehen vermöchte, sondern die Mittel an die Hand gab, bei günstigem Anlasse neue Erwerbungen, neue Vergrößerung zu suchen.

So ziemlich das Gleiche war auch zu der Zeit, als der Friede von Aachen zu Stande kam, mit Maria Theresia der Fall. Man kennt die Erbitterung, mit welcher der Verlust von Schlesien sie erfüllte; man weiß, wie ungemein schwer sie der Nothwendigkeit sich fügte, weder Schlesien wieder zu erlangen noch anderswo, sei es in Deutschland durch die Erwerbung Baierns, sei es in Italien durch diejenige Neapels und Siciliens den ersehnten Ersatz für Schlesien zu erhalten. Den Ursachen nachforschend, weßhalb die hierauf abzielenden Entwürfe gescheitert seien, fand sie Maria Theresia in der Unzuverlässigkeit ihrer früheren Verbündeten und in der Unzulänglichkeit der eigenen Macht. Was die Ersteren betraf, so war ihr von denselben, insbesondere von England während des Kampfes gegen Preußen und mehr noch während der Friedensverhandlungen zu Aachen unleugbar gar arg mitgespielt worden. Und es ließ sich nicht erwarten, daß bei einem etwaigen neuen Zusammenstoße mit den früheren Gegnern auf kräftigere Unterstützung von Seite der bisherigen Alliirten zu rechnen sei. Es blieb daher nichts übrig als die Steigerung, die Vermehrung der eigenen Kraft; eine solche aber konnte vorerst in nichts Anderem erblickt werden als in der Aufstellung einer ansehnlichen Kriegsmacht und in der Einführung eines neuen Systems, durch welches in die völlig zerrütteten Finanzen Ordnung gebracht wurde. Denn der Unzulänglichkeit ihrer Streitkraft und der Leere ihrer Kassen schrieb Maria Theresia zunächst und wohl mit Recht ihr Unterliegen in dem Kampfe zu, welcher mit dem Einmarsche Friedrichs in Schlesien begonnen, mit dem Verluste dieser Provinz aber sein Ende gefunden hatte.

Erst vor ganz kurzer Zeit sind Aufzeichnungen an's Licht gezogen worden, welche von Maria Theresia selbst herrühren und ihre eigenen Anschauungen kundgeben über die Ursachen und Wirkungen der Ereignisse während ihrer ersten Regierungsjahre [1]). Wenn hiedurch auch das bereits Bekannte größtentheils nur bestätigt wird, so haben jene Mittheilungen doch schon um der Person willen, von welcher sie ausgehen, einen ganz eigenthümlichen Werth. Und zur Charakterisirung ihrer selbst und ihrer Meinung über den Zustand, in welchem ihr Vater ihr das Reich hinterließ, über die Unzulänglichkeit der Hülfsquellen, welche sie

vorfand, über die Ereignisse, die bald darauf eintraten, und über das Ausmaß der Schuld, das sie an dem unglücklichen Ausgange derselben den Verhältnissen im Allgemeinen so wie einzelnen Personen insbesondere beimaß, gewähren jene Aufzeichnungen doch auch wieder neuen und oft überraschenden Aufschluß.

So wird es gewiß mit Interesse vernommen werden, wenn die Kaiserin, auf den Zustand der österreichischen Monarchie unter ihren Vorfahren zurückgehend, die Hauptursache der immerwährenden Geldverlegenheiten, in denen sich dieselben befanden, deren allzuweit gehender Freigebigkeit zu Gunsten der Geistlichkeit und des Adels zuschreibt. „Meine Vorfahren „haben aus großer Pietät," so lauten Maria Theresia's eigene Worte, „viel und zwar die meisten Cameralgüter und Einkünfte verschenkt, was „in jener Zeit zur Unterstützung der Religion und zur Förderung der „Geistlichkeit wohl hat geschehen können. Da aber Gott uns jetzt in „den deutschen Erblanden so gesegnet hat, daß sowohl die katholische „Religion die blühendste, als die Geistlichkeit genugsam und wohl fun„dirt ist, so fällt dieser Grundsatz hinweg, und es wäre nicht allein „nicht löblich, sondern ich hielte es vielmehr für schädlich, wenn an die „Geistlichkeit noch mehr gegeben und abgetreten würde, weil sie einer„seits solches nicht bedarf, andererseits aber das, was sie besitzt, leider „nicht so verwendet wie sie sollte, und dabei das Publicum sehr bedrückt, „indem kein Kloster in den Schranken der Stiftung verbleibt und viele „Müßiggänger angenommen werden, welches Alles eine große Remedur „noch erfordern wird, wo mit der Zeit und nach guter Ueberlegung „die Sache weiters auszuführen gedenke. Jedoch nehme ich," fügt die Kaiserin hinzu, „von dießfälligen Maßregeln das Königreich Ungarn „aus, wo wegen der Religion noch viel Gutes zu bewirken wäre, wozu „der dortige Clerus wohl beizuziehen, keineswegs aber allein mit ihm, „sondern hauptsächlich mit Weltlichen die dießfälligen Grundsätze zu „vereinbaren sein werden."

„Um aber wieder auf meine Vorfahren zurückzukommen," läßt die Kaiserin, der übermäßigen Begünstigung des Adels sich zuwendend, sich weiter vernehmen, „so haben dieselben nicht allein die „meisten Cameralgüter verschenkt, sondern noch dazu von den in Re-

„bellionszeiten confiscirten Gütern die Schulden auf sich genommen, „die noch wirklich dem Staatsschatze zur Last fallen. Kaiser Leopold „fand nicht so viel mehr zu verschenken, allein die von ihm geführten „schweren Kriege haben vermuthlich verursacht, daß die noch übrigen „Cameralgüter versetzt und verpfändet, auch solches durch die Nachfolger „nicht erleichtert worden ist, so daß die vorgefundenen Cameralerträgnisse „kaum achtzigtausend Gulden erreichen. Wie denn auch bei meinen „Vorfahren die Minister große Regalien von den Kaisern selbst und „den Ländern erhielten, weil sie nicht allein der Milde, der Gnade „und österreichischen Munificenz gar einschmeichelnd sich zu bedienen „gewußt, sondern weil sie nebst der Geistlichkeit allein das Ohr des „Landesfürsten besaßen, weßhalb sie Alles erlangten, was sie nur be„gehrten. Auch hat sich ihre Macht so weit erstreckt, daß sie in den „Ländern mehr gefürchtet und verehrt wurden als selbst der Monarch. „Und da endlich die Mittel der Landesfürsten sich verringerten, so haben „sich derlei Minister, um sich remuneriren zu lassen, an die Länder „gewendet, woraus sodann ihr großes Uebergewicht erwuchs. Obgleich „zuletzt die Klagen hierüber bis vor den Landesfürsten kamen, so ist „doch solches aus Gnade und Langmuth noch durch einige Zeit zu„gelassen worden. Und obwohl die Gelegenheit zu schenken durch diese „Vorgänge größtentheils hinweg fiel, so wußten doch auch unter Joseph „und Karl sich die Minister alle Anlässe zu Nutzen zu machen, um „neue Gnaden für sich oder die Ihrigen zu erlangen."

„Bei all diesen Kaisern konnte es den Ministern unmöglich an „Ansehen und Credit gebrechen, weil Jeder in dem ihm zugetheilten „Departement wie der Kaiser selbst regierte. Darum hatten die Minister „in fast allen Ländern die Stände völlig zu ihrer freien Verfügung, „indem jeder Minister, der einem Lande vorstand, dort gewöhnlich am „stärksten begütert war, mithin in der Versammlung der Stände das „höchste Ansehen besaß. Wollte nun der Landesfürst zum Unterhalt „seiner Armeen und zur Rettung des Staates die erforderlichen Sub„sidien von den Ländern erhalten, so mußte er nothgedrungener Weise „den Ministern, die allein ihm solches zu verschaffen vermochten, die „von ihnen verlangten Vortheile auch wirklich gewähren."

„Gewiß ist," heißt es in der Denkschrift der Kaiserin weiter, „daß in keinem Lande die Stände ihre Freiheiten jemals so sehr betont „haben würden, wenn sie nicht von den Ministern, deren Autorität „und Ansehen lediglich davon abhing, darin kräftigst unterstützt worden „wären, woran aber hauptsächlich der Hof selber die Schuld trug, weil „nie in irgend etwas gehörige Vorkehrung getroffen war, und um nur „Geld zu erlangen, immer Alles sogleich weggegeben und gewährt worden „ist. Denn wäre der Landesfürst nicht jederzeit der willkürlichen Will„fahrung seiner Begehren von Seite der Stände unterworfen gewesen, „dann hätte er nicht nöthig gehabt, sich des Ansehens der Minister zur „Verwirklichung seiner Absichten zu bedienen."

„Dieß ist die wahre Quelle," fügt die Kaiserin hinzu, „warum „unter meinen Vorfahren zur Schwächung der landesfürstlichen Autorität „das Ansehen und die Macht der Minister so hoch und über alle „billigen Gränzen gestiegen ist, und warum, so lang diese Verhältnisse „bestanden, eine Beeinträchtigung oder Schmälerung derselben nicht als „räthlich befunden ward."

„Diese Minister haben den bei dem Landesfürsten erworbenen „Credit auch dahin angewendet, um jenes Land, dem sie vorgesetzt und „darin begütert waren, dermaßen zu begünstigen, daß die anderen Erb„lande dadurch bedrückt und gleichsam angesehen wurden, als wenn sie „fremde Länder wären und nicht einem und demselben Herrscher gehörten."

„Der unter den Ministern allzeit vorwaltende Neid, die Miß„gunst und die Verläumdungen haben zu den schädlichsten Entzweiungen, „folglich zu unheilbarem Nachtheil Anlaß gegeben, wodurch die heil„samsten Maßregeln unterbrochen, die ertheilten Rathschläge aber meistens „von unzähligen eigensinnigen Vorurtheilen begleitet wurden, so daß „dadurch der Landesfürst mehrmals in die äußerste Verlegenheit gerieth. „Und gleich wie man viele meiner Vorfahren eines allzu langsamen „Verfahrens und der Unentschlossenheit in den Landes- und Staats„geschäften beschuldigte, so lag die wahre Ursache hievon nur in dem „unter den Ministern stets bestandenen Zwiespalt und der hartnäckigen „Vertheidigung der eigenen Meinung, wodurch natürlich ein Monarch

„um so unschlüssiger werden muß, als er seine persönliche Ansicht auch „für eine irrige halten kann. Diese unter allen Kaisern gleichmäßig „andauernde Uneinigkeit des Ministeriums aber hat oftmals Land und „Leute in die äußerste Gefahr gebracht."

Sie sei daher von der Ueberzeugung durchdrungen, so schließt Maria Theresia diesen Theil ihrer Betrachtungen, daß die Minister ihrer Vorfahren sich ihres allzu hoch gesteigerten Ansehens keineswegs zur pflichtmäßigen Besorgung des öffentlichen Dienstes, sondern nur zur Förderung ihres eigenen Wohles und dazu bedient hätten, um sich selbst, ihre Familien und Freunde in immer fortdauerndem Besitze ihrer einträglichen Posten zu erhalten.

Eine tiefer einschneidende Verdammung des bis in unsere Tage herabreichenden Systems, die einflußreichsten Stellen im Staate immer nur den Mitgliedern der vornehmsten Adelsfamilien zu Theil werden zu lassen, und eine schärfere Widerlegung des Vorurtheils, daß diese Familien nur in Folge der Verdienste ihrer Vorfahren um das Kaiserhaus und die unter dessen Scepter vereinigten Länder zu Reichthum und Macht, zu der von Geschlecht zu Geschlecht sich vererbenden bevorzugten Stellung im Staate gelangt seien, als sie hier durch Maria Theresia selbst in unzweideutigster Weise ausgesprochen wird, kann in der That nicht gedacht werden.

Nachdem wir im Allgemeinen die Anschauung der Kaiserin über die Minister ihrer Vorfahren vernommen, wird es von Wichtigkeit sein, ihre Meinung über die einzelnen Personen zu hören, welche in dem Augenblicke das Staatsruder lenkten, als sie zur Regierung kam.

Nachdem sie ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß ihr Vater sie niemals in die Geschäfte eingeführt, sondern sie stets in völligster Unkenntniß derselben erhalten habe, weßhalb sie Anfangs voll Mißtrauen gegen sich selbst und ihre eigene Befähigung zur Regierung gewesen sei, fährt die Kaiserin, den Mitgliedern des damaligen Ministeriums sich zuwendend, fort:

„Graf Sinzendorff war ein großer Minister, und ich habe erst „später seinen Verlust noch mehr empfunden, allein er hatte mein

„Vertrauen nicht. Graf Starhemberg hingegen besaß es völlig und „verehrte ich ihn sehr, obgleich er nicht so große politische Einsicht als „Ersterer hatte. Sinzendorff verfügte und unterrichtete mich Anfangs „von Allem, Starhemberg aber besaß mein ganzes Vertrauen; dieß „ging ruhig und gut, bis Kinsky kam, der mich selbst mit bester „Meinung so irre gemacht und in solche Unruhe und Verwirrung „gestürzt hat, daß ich völlig aus meiner Ruhe gekommen bin, und „großen Kummer mir zuzog."

„Bei diesem Anlasse lernte ich, und zwar auf Starhembergs und „Herbersteins Anregung Bartenstein kennen, gegen den ich Anfangs „recht übel gestimmt war. Aber ich habe ihn so gefunden, wie die ganze „Welt, die ihn wirklich kennt, ihn ansieht, daß er ein großer Staatsmann „ist. Seiner habe ich mich später viel bedient, um die Zwietracht im „Ministerium beizulegen. Dennoch gerieth ich immer tiefer und tiefer „in das Labyrinth, so daß ich oft unentschlossen und mißtrauisch wider „mich selbst wurde, und wenn nicht Gott selber dadurch einen Strich „gemacht hätte, daß sie Alle starben, so wäre ich niemals im Stande „gewesen, Abhülfe zu treffen, indem ich lieber selbst gelitten habe als „zu äußersten Entschlüssen zu schreiten wagte, welche der Ehre und „Reputation eines Andern nachtheilig waren. Doch ließ ich dadurch in „Sachen von entscheidender Wichtigkeit niemals mich abhalten, auch „gegen das Einrathen der Minister Beschlüsse zu fassen, worin mich „Bartenstein unvergleichlich unterstützte, weßhalb ich mich völlig seines „Rathes und seiner Anleitung bediente, daher er so viel Credit bei „mir bekommen, den er auch niemals mißbrauchte."

„In diesen Verhältnissen befand ich mich, ohne Geld, ohne Credit, „ohne Armee, ohne eigene Erfahrung und Wissenschaft, und endlich „auch ohne allen Rath, weil jeder Minister vorerst zu erspähen sich „bemühte, wohin die Sachen sich wenden würden. So war meine Lage „beschaffen, als ich von dem Könige von Preußen angegriffen wurde. „Seine süßen Worte und Versprechungen machten sogar meine Minister „irre, indem man nicht glauben konnte und wollte, daß der König „feindlich gegen mich handeln würde. Dieses Vertrauen der Minister, „und insbesondere Sinzendorffs, dann meine Unerfahrenheit und mein

„guter Glaube waren Ursache, daß die Vertheidigungsanstalten in „Schlesien und die Nachrückung der Regimenter größtentheils ver„nachläßigt wurden und dem Könige freie Hand blieb, sich binnen sechs „Wochen Schlesiens zu bemächtigen."

Nun erst brach, wie die Kaiserin des Weiteren erzählt, über das Verfahren, welches dem Könige von Preußen gegenüber zu beobachten war, der Zwiespalt im Ministerium mit verdoppelter Heftigkeit los. Sinzendorff, Harrach und Kinsky [2]) waren für die Nachgiebigkeit gestimmt, Starhemberg aber und Bartenstein riethen zum Widerstand; ihrer Meinung trat auch Maria Theresia bei, und obwohl bekanntlich dieser Entschluß nicht von glücklichem Erfolge gekrönt ward, so hielt ihn doch die Kaiserin auch in viel späterer Zeit noch für den einzig richtigen; sie versichert, daß sie Bartenstein, der sie hierin bestärkte, einzig und allein die Erhaltung ihres Reiches verdanke, daß ohne ihn Alles zu Grunde gegangen wäre.

„Bis zum Dresdner Frieden habe ich," fährt die Kaiserin später fort, „herzhaft agirt, Alles hazardirt und alle Kräfte angespannt, weil „ja meinen armen Erblanden nichts Unglückseligeres geschehen könnte „als in preußische Hände zu fallen, wie dann, wenn ich nicht immer „gesegneten Leibes gewesen wäre, gewiß Niemand mich abgehalten hätte, „diesem so meineidigen Feinde selbst entgegen zu ziehen. Wie ich jedoch „gesehen, daß ich zum Dresdner Frieden die Hand bieten mußte, so „habe ich auf einmal meine Denkungsart geändert und dieselbe allein „nur auf den inneren Zustand meiner Länder gerichtet, um die erfor„derlichen Maßregeln zu ergreifen, durch welche die deutschen Erblande [3]) „gegen ihre zwei mächtigsten Feinde, gegen Preußen und die Pforte, „trotz des Mangels an Geld und an Festungen, trotz der Schwächung „der Heere erhalten und beschützt werden könnten."

„Das System unseres Hauses ändert sich nun völlig, indem „dasselbe früher das Gleichgewicht gegen Frankreich bildete, jetzt aber „hieran nicht mehr, sondern nur an seine innerliche Erhaltung zu denken „ist. Daher war schon seit dem Dresdner Frieden mein einziges Trachten, „mich von der Lage der Länder und ihrer Leistungsfähigkeit zu unter-

„richten und die überall eingerissenen Mißbräuche, welche Alles in die „ärgste Verwirrung gebracht, zu ergründen. Diejenigen aber, welche „mir hievon hätten Kenntniß geben sollen, konnten oder wollten solches „nicht thun. Auch darin bin ich Bartenstein Alles schuldig, welcher „mir viel an die Hand gegeben und das wahre Licht angezündet, wie „ich dann auch einige Privatpersonen gefunden, die mir durch Vermitt„lung des Cabinetssecretärs Koch Vieles beibringen ließen. Dessen Ver„schwiegenheit hat wenig ihres Gleichen, wobei er ungemein ehrlich, „christlich und ohne Intriguen ist. Er war mit mir fast auf dem Fuß „wie Tarouca, welchen ich nach Herbersteins Tod zu meinem beson„deren Vertrauten und Rathgeber gemacht. In Staatssachen habe ich „ihn jedoch niemals gebraucht, sondern bin hierin allzeit Bartenstein „gefolgt. Dieser und Haugwitz gaben mir für den Staat und die Er„haltung der Monarchie das Nöthige an die Hand, Tarouca und Koch „aber dienten mir zu meinem Trost und Rath, zur Erkenntniß und „Besserung meiner selbst. So lang ich lebe, werde ich diesen vier Per„sonen, ihren Kindern und Kindeskindern für die Dienste erkenntlich „sein, welche sie mir und dem Staate geleistet haben. Auch verpflichte „ich meine Nachfolger das Gleiche an den Nachkommen jener Männer „zu thun, so lang deren vorhanden sind, indem außer der Belehrung „meiner Nachfolger diese vier Personen die Hauptursache sind, weßhalb „ich die vorliegende Schrift verfaßte, damit ihre Namen bei der Nach„welt verewigt und ihnen an den Ihrigen dasjenige ersetzt werde, wofür „ich nicht genug erkenntlich sein konnte."

Was nun die Nothwendigkeit betraf, die Kräftigung der Monarchie zunächst durch eine Umgestaltung des Kriegswesens und des Finanzsystems zu bewirken, demzufolge die Niederlande, die Lombardie und die Militärgränze ungerechnet, eine Armee von mehr als hunderttausend Mann auf den Beinen gehalten und gleichzeitig Vorsorge für die Bestreitung der übrigen Staatsausgaben getroffen werden sollte, so wurde hiegegen von keinem der Minister Einsprache erhoben. Aber der Auftrag der Kaiserin, ihr schriftlich Vorschläge über die Art und Weise zu erstatten, in welcher dieser Gedanke verwirklicht werden könnte, blieb gleichwohl unerfüllt. Sie glaubte zu bemerken, daß es Niemand Ernst

sei mit jenem Werke, welches, statt es kräftig anzugreifen, nur zu leerem Wortgezänk und Widerspruch den nicht ungern ergriffenen Anlaß gab. „Da ist jedoch", sagt die Kaiserin selbst, „durch die besondere „Vorsehung Gottes und zum Heile dieser Länder Graf Haugwitz mir „bekannt geworden, welcher aus Treue und Eifer für mich Alles in „Schlesien verlassen und hier üble Zeiten mit mir ausgestanden hat. „Der Kaiser zuerst hat mich mit Haugwitz bekannt gemacht, und nach „ihm Graf Tarouca, welch Letzterer allzeit in dem was mich persönlich „anging, wie in den italienischen und niederländischen Angelegenheiten „mein Rathgeber war und von dem ich in meiner Unerfahrenheit viel „gute Rathschläge und Ermahnungen erhielt. Auch hat er mich die „Personen und Sachen recht kennen gelehrt, wobei er sich jedoch in die „Staatsangelegenheiten niemals gemischt, indem er nur mir allein zur „Richtschnur diente, um mir meine Fehler zu zeigen und sie mich er„kennen zu machen. Dieß ist aber höchst nöthig für einen Regenten, „indem nur Wenige, ja Keiner sich findet, der es thut, weil gewöhnlich „es Alle aus Ehrfurcht oder aus Eigennutz unterlassen. Ich wünschte „daher allen meinen Kindern, daß sie dergleichen Männer fänden, die „ihnen in solcher Weise an die Hand giengen, indem ich hiefür Tarouca „gar Vieles schulde, was ich seinen Kindern zu vergelten allzeit beflissen „sein werde und darum auch meine Nachfolger ersuche."

„Um aber wieder auf Haugwitz zu kommen," fährt die Kaiserin fort, „so ist mir derselbe wahrhaftig durch die Vorsehung zugesandt „worden, indem ich, um durchbrechen zu können, gerade eines solchen „Mannes bedurfte, welcher ehrlich, ohne Nebenabsicht, ohne Voreinge„nommenheit, ohne Ehrgeiz und ohne Anhang ist, der das Gute, weil „er es als gut erkennt, unterstützt, der die größte Uneigennützigkeit mit „unerschütterlicher Anhänglichkeit an seinen Landesfürsten, die umfas„sendste Begabung mit Freude und Fleiß zur Arbeit verbindet, der das „Licht nicht scheut und noch weniger sich fürchtet vor dem ungerechten „Hasse derjenigen, welche durch ihn ihre Privatinteressen gefährdet „glauben."

Graf Friedrich Wilhelm von Haugwitz zählte zu der Zeit, von welcher jetzt die Rede ist, nahe an fünfzig Jahre. Der älteste Sohn

des sächsischen Generals Grafen Georg Karl von Haugwitz, war er schon in seiner Jugend zum Katholicismus übergetreten. Als Beisitzer des Breslauer Amtes und nachher als Oberamtsrath von Schlesien zeichnete er sich, wie ein verläßlicher Gewährsmann uns berichtet [4]), dadurch vor seinen Genossen aus, daß er selbst arbeitete und nicht wie Andere nur die Arbeiten eines Secretärs mit seinem Namen versah. Bald gab es kein wichtiges Geschäft in der Provinz, bei welchem man ihn nicht zu Rathe zog, und er wurde mit der Leitung des neuen Contributionssystems beauftragt, das noch Karl VI. in Schlesien einführen wollte. Auch nach dem widerrechtlichen Einfalle der Preußen in diese Provinz blieb Haugwitz der Sache Oesterreichs treu. Arm an Geld und nicht viel reicher an Hoffnungen begab er sich nach Wien. Er selbst hat erzählt, daß er längere Zeit hindurch von einer Summe von zweihundert Dukaten leben mußte, die ein Freund ihm lieh. Aber er blieb nicht lang im Verborgenen. Nach dem Frieden von Breslau und Berlin wurde er Präsident des Theiles von Schlesien, welcher Maria Theresia noch geblieben war. In dieser Stellung und vielleicht mehr noch durch glückliche Geschäfte, die er für eigene Rechnung machte, erwarb er sich den Ruf eines bedeutenden finanziellen und organisatorischen Talentes. Auch sein Äußeres, so wenig einnehmend es war, deutete doch auf die rastlose Arbeit, in der seine geistigen Kräfte sich immer befanden. Ja es trug dieß in gewissem Sinne sogar den Stempel der Übertreibung an sich, wie denn selbst Leute, die seiner hervorragenden Begabung die vollste Anerkennung zollten, das Geständniß nicht unterdrücken konnten, er sehe einem Narren ähnlicher als einem großen Manne [5]).

Es war schon im Hochsommer des Jahres 1742, kurz nach dem Abschlusse der Breslauer Friedenspräliminarien, daß Haugwitz in einer Denkschrift, welche er an Maria Theresia richtete, die Behauptung aussprach, er setze seinen Kopf zum Pfande, daß wenn man dem Könige von Preußen drei oder vier Jahre Zeit und Ruhe lasse, er mit der Eroberung Schlesiens nicht zufrieden sein, sondern sich bemühen werde, sich auch Böhmens zu bemächtigen. Schon zwei Jahre später erfolgte jener Einbruch Friedrichs in Böhmen, dessen wahren Endzweck, die

Eroberung eines großen Theiles dieses Landes für Preußen, schon damals einsichtsvollere Köpfe, ungeblendet durch Friedrichs phrasenhafte Betheuerungen, nur zu Gunsten und zum Schutze des Reichsoberhauptes die Waffen ergreifen zu wollen, ganz richtig durchschauten. Weil Haugwitz sich damals nicht getäuscht, fand er auch jetzt bei Maria Theresia bereitwilligen Glauben, wenn er immer und immer wiederholte, Schlesien sei nur darum verloren gegangen, weil sich nicht genug Truppen im Lande befunden hätten, weil die übrigen Streitkräfte in die am weitesten entfernten Gegenden Ungarns verlegt gewesen seien, und es monatelanger Märsche bedurfte, um sie von dort auf den Kriegsschauplatz zu ziehen. Ja auch dann noch hätte man, nur um die Länder zu schonen, welche zunächst es anging, der Herbeiziehung einer ausreichenden Truppenzahl nach Böhmen und Mähren nur Hindernisse bereitet. Binnen nicht allzuferner Frist würden diese Länder Schlesiens Schicksal unrettbar theilen, wenn nicht eine genügende Kriegsmacht aufgestellt werde, um sie zu schützen. Überdieß müsse diese Streitkraft auch jederzeit gleich bei der Hand sein, um ihre Bestimmung wirklich erfüllen zu können. Daher dürfe sie nicht wieder wie zuvor in das tiefere Ungarn, sondern sie müsse wenigstens zum großen Theile in jene Länder verlegt werden, zu deren Vertheidigung sie zunächst bestimmt sei. Zur Erreichung dieses Zieles müßten aber genügende Summen aufgebracht werden zum Unterhalte einer zureichenden Kriegsmacht. Dieß werde jedoch nimmermehr geschehen können, wenn immer nur der zum Gutsherrn im Verhältnisse der Unterthänigkeit stehende Landmann und nicht auch der Gutsherr selbst zur Theilnahme an der Steuerzahlung herangezogen und wenigstens in dieser Beziehung eine gleichartigere Behandlung aller Staatsangehörigen herbeigeführt werde. Überdieß müßten alle Verfügungen, welche auf das Militärwesen sich bezögen, aus den Händen der Landstände genommen und in diejenigen der Regierung gelegt werden.

Es konnte Haugwitz nicht schwer fallen, die Kaiserin für seine Meinung zu gewinnen, denn sie fand ja in derselben zumeist nur ihre eigenen Anschauungen wieder. Durch Vermittlung des Cabinetssecretärs Koch ertheilte sie dem Grafen Haugwitz den Auftrag, einen Plan aus-

zuarbeiten, dessen Verwirklichung die Bestreitung des Unterhaltes von einmalhundert achttausend Mann Truppen herbeiführen würde. Der Betrag von vierzehn Millionen jährlich sei hiezu nöthig, zu dessen Aufbringung die österreichischen Länder, jedoch ohne die Lombardie und die Niederlande, aufzufordern wären [6]). Wenn sie sich dazu herbeiließen, so sollten mit alleiniger Ausnahme der Einquartierung alle übrigen Leistungen der Länder für die Truppen, insbesondere aber die so häufigen Erpressungen der Commandanten für alle Zukunft hinwegfallen.

Haugwitz war bald mit seiner Aufgabe fertig, und die Art, wie er sie durchführte, erhielt den ungetheilten Beifall der Kaiserin und ihres Gemals, welch Letzterer bekanntlich in Geldsachen ihr erster Rathgeber war. Aber mit der Zustimmung des kaiserlichen Ehepaares waren bei weitem noch nicht alle Hindernisse besiegt, welche der Verwirklichung der Plane des Grafen Haugwitz im Wege standen. Der Kernpunkt seiner Vorschläge lag darin, daß dem bisherigen Rechte der Stände, der Regierung alljährlich dasjenige an Truppen und Geld zu bewilligen, wozu sie sich herbeilassen zu können glaubten, wenigstens in gewissem Sinne ein Ende zu machen sei. An die Stelle dieser jährlichen Bewilligungen, welche bis dahin eine ungefähre Gesammtsumme von neun Millionen erreicht hatten, sollte nun ein Vertrag mit den Ständen treten, kraft dessen sie sich auf zehn Jahre zur Zahlung einer um fünf Millionen höheren Summe verpflichteten, wofür sie freilich wieder anderer Obliegenheiten für die Truppen enthoben sein sollten. Jede sogenannte Naturalleistung, die Rationen, die Fourage, die Lieferung von Pferden und dergleichen, Alles dieß sei nach seinem Geldwerthe zu schätzen und in dem letzteren zu entrichten. Jede Besorgung dieses Theiles der Militärangelegenheiten, welche bisher den Ständen oblag, habe zu entfallen und auf die von der Staatsregierung aufgestellten Behörden überzugehen. Die hiezu nöthigen Geldsummen seien von den Ständen in monatlichen Raten abzuliefern, zu deren Aufbringung aber müsse ein völlig neuer Maßstab gewonnen werden. Derselbe bestehe darin, daß der Werth jedes unbeweglichen Gutes sowohl als dessen Rente durch beeidete Schätzleute festgestellt, die letztere aber als fünfprocentiges Erträgniß einer Capitalsumme angenommen werde, von welcher der be-

sitzende Adel den hundertsten, der Landmann aber den fünfzigsten Theil entrichte. Jede Steuerbefreiung, auf welchem Titel dieselbe auch beruhen möge, somit vor Allem diejenige des Adels, der Geistlichkeit oder einzelner Städte, wie z. B. von Wiener-Neustadt werde beseitigt.

Man sieht wohl, daß die Vorschläge des Grafen Haugwitz bei denen, welche zunächst durch sie betroffen wurden, in zweifacher Richtung Anstoß erregen mußten[7]). Einmal war es die sehr beträchtliche Erhöhung der Abgaben, welche immer und überall Widerstand findet, und die zu einer Zeit, in der ein großer Theil der österreichischen Länder durch den eben beendeten Krieg hart mitgenommen war, doppelt empfindlich erschien. Bei den Mitgliedern der Stände, dem Adel und der Geistlichkeit aber kam noch die Abneigung gegen die ihnen zugemuthete Beseitigung ihres seit Jahrhunderten unangefochtenen Rechtes auf die jährliche Bewilligung der Steuern und Truppen hinzu. Es war eben, das läßt sich nicht leugnen, ein Zusammenstoß der ernstesten Art zwischen den Rechten der Stände und der Staatsgewalt, welch Letztere mit unwiderstehlichem Nachdruck auf immer weiter gehende Ausdehnung ihrer Befugnisse drang.

Daß sie durch Ursachen von entscheidendem Gewichte und nicht etwa durch bloße Herrschsucht dazu getrieben wurde, kann wohl in keiner Weise bestritten werden. Die höchsten Interessen des Staates schienen es unabweislich zu fordern, daß die Hülfsmittel desselben mehr als bisher vereinigt würden in einer einzigen, kraftvollen Hand, daß ihre Wirksamkeit nicht fürder gelähmt werde durch die Unmöglichkeit, dieser Hülfsmittel zu rechter Zeit und in ausreichendem Maße sich bedienen zu können. Was eine solche Concentration der Kraft des Staates selbst in einem noch ungleich kleineren Gemeinwesen zu leisten vermöge, das hatte ja noch eben in den jüngsten Kriegen Preußen in anschaulichster Weise gezeigt.

Für Maria Theresia wenigstens war, wie sie selbst es gesteht, in dieser Sache das Beispiel Friedrichs entscheidend. Bei ihm sei Alles in fortwährender Bereitschaft und die dortige Staatsverfassung lasse es zu, daß jeder Wink des Königs nicht nur befolgt, sondern allsogleich

befolgt werde, während bei den in Oesterreich bestehenden ständischen Institutionen Alles, wenn überhaupt, so doch gewiß nur mit ungeheurem Zeitverluste zu Stande gebracht werden könne.

Die Lage Oesterreichs neben dem unruhigen und eroberungslustigen Nachbar erfordere jedoch auch hier gebieterisch eine Kräftigung der Regierungsgewalt, welche mit den bisherigen Staatseinrichtungen ganz unvereinbar erscheine. Eine Aenderung derselben sei daher unvermeidlich geworden. Und um gleichsam ihr Gewissen zu beschwichtigen und sich selbst zu überreden, daß es sich hiebei um keine Rechtsverletzung handle, behauptet die Kaiserin, die so hoch gerühmten Privilegien der Stände seien auf nicht viel Anderes als auf die nach und nach von den Landesfürsten zugelassenen und bestätigten Gewohnheiten gegründet. Doch habe diese Bestätigung immer nur in den Worten „die wohlhergebrachten Gewohnheiten" Ausdruck gefunden, können also nur, wie Maria Theresia es nennt, auf die „gut" und nicht auch auf die „übel hergebrachten" Gewohnheiten Anwendung finden.

Dieß war der Standpunkt der Kaiserin; ihm entgegengesetzt natürlicher Weise derjenige der Stände, am meisten derer, welche in ihrem Namen das Wort führen zu müssen glaubten. Unter ihnen ist Graf Friedrich Harrach in erster Linie zu nennen. Er bekleidete damals an Kinsky's Stelle, der nach des alten Starhemberg Tode an die Spitze der österreichischen Finanzverwaltung getreten war, den Posten eines obersten Kanzlers von Böhmen. Außerdem fungirte er statt seines Bruders Ferdinand, der zu jener Zeit als Statthalter der Lombardie in Mailand sich befand, als Landmarschall des Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns. Der geistreiche und geschmeidige Unterhändler des Dresdner Friedens war somit nicht nur seiner persönlichen Eigenschaften, sondern auch seiner amtlichen Stellung wegen ein ziemlich furchtbarer Gegner, und die in Wien von jeher so viel geltenden verwandtschaftlichen und geselligen Beziehungen zu den vornehmsten Familien des Staates machten, daß Harrach — er war mit einer Fürstin Liechtenstein vermählt — in gewissem Sinne als Haupt und Stimmführer des österreichischen Adels angesehen wurde. Und er besaß auch die Eigenschaften hiezu in nicht gewöhnlichem Maße [5]), vor Allem die so

seltene und darum gewiß nicht gering anzuschlagende Festigkeit, auch dort offen mit seiner Meinung hervorzutreten und standhaft auf ihr zu beharren, wo sie sogar mit der Anschauung und dem Willen der Kaiserin selbst nicht in Uebereinstimmung war.

Maria Theresia behauptet, daß Harrach, als ihm auf ihren Befehl Graf Haugwitz von seinen Vorschlägen vertrauliche Mittheilung machte, sich wenigstens mit den Hauptgrundsätzen einverstanden erklärte. Auch von Seite der übrigen Minister sei das Gleiche geschehen, nur hätten Einige gezweifelt, ob jedes der einzelnen Länder die ihm angesonnene Steuersumme auch wirklich aufzubringen vermöge. Freilich suchte Graf Haugwitz mittelst eigener Tabellen darzuthun, daß wenn man all die bisherigen, so verschiedenartigen Leistungen zusammenzähle, dieß sich auf eine höhere Summe als die jetzt verlangte Gesammtsteuer belaufe. Aber er fand mit dieser Behauptung doch nur ungläubige Zuhörer. Wenn man auch die Richtigkeit der angestellten Berechnung nicht bestritt, so meinte man doch, daß jetzt, nach dem Aufhören des Krieges, auch die während desselben und nur zur Bestreitung seiner Kosten erhobenen Auflagen gänzlich hinwegfallen sollten. Und endlich traute man der Zusage der Kaiserin nicht recht, daß wenn die Stände ihrem Begehren sich fügen würden, die Länder für alle Zukunft mit jeder anderen Abgabe verschont zu bleiben hätten. Neue Bedürfnisse würden, so meinte man wohl nicht mit Unrecht, auch wieder neue Forderungen hervorrufen.

Die größte Schwierigkeit bestand jedoch in der Vertheilung der Totalsumme auf die einzelnen Länder. Insbesondere soll Harrach einen Maßstab befürwortet haben, demzufolge gerade die größte Last auf die ärmsten Provinzen fiel, während Böhmen geschont wurde. Der Streit hierüber führte endlich so weit, daß Harrach mit einem ganz anderen Plane hervortrat. Derselbe bezweckte sämmtliche Cameral- und indirecte Steuern, welche bis jetzt bestanden, daher die Abgaben, die schon unmittelbar dem Staatsschatze zuflossen, hauptsächlich die Monopole von Tabak und Salz so wie die eigentlichen Verzehrungssteuern aufzuheben und dagegen von den Ständen die Verwilligung all der Summen in Anspruch zu nehmen, welche nicht nur zur Erhaltung der

hundert achttausend Mann, sondern auch zur Bestreitung aller übrigen Ausgaben des Staates und der Zinsen für die öffentliche Schuld erforderlich wären.

Man sieht wohl, daß es Harrach darum zu thun war, die Sache umzukehren und statt der beabsichtigten Beschränkung der ständischen Macht eine bisher nicht dagewesene Ausdehnung derselben herbeizuführen. Und allerdings ging eine solche Zumuthung gerade für die damalige Zeit etwas weit und war ganz dazu geeignet, von Seite der Kaiserin ein entschiedenes Veto hervorzurufen. Sie hätte es für unverantwortlich gehalten, so sagt sie selbst, die schon unter ihren Vorfahren festgestellten und ungehindert eingehobenen Steuern wieder aus den Händen zu geben und an deren Stelle nichts Anderes als die an die Landtage zu richtenden Postulate treten zu lassen. Das hieße fürwahr das ganze Wesen der landesfürstlichen Hoheit, Wohl und Wehe der Regenten und ihrer Länder der Willkür der Stände völlig anheimstellen. Ja wenn es sich nur um sie selbst und um ihre Nachfolger gehandelt hätte, das Wohl des Reiches aber wirklich durch die Herrschaft der Stände ausgiebiger gefördert worden wäre, so würde sie gern, erklärt Maria Theresia, nachgegeben haben. Weil sie aber nur zu sehr von dem Gegentheile und davon überzeugt gewesen sei, daß es sich hiebei um nichts anderes als den Vortheil und die Vermehrung der Macht der vornehmsten Adelsfamilien handle, welche sich in Zukunft eine Art von Schiedsrichteramt zwischen dem Landesfürsten und den Ständen anmaßen und Alles nur von ihrem eigenen Gutdünken abhängig machen wollten, so hätte sie niemals auf solche Ideen eingehen können.

Daß noch so manches Mitglied der Staatsconferenz, welche damals außer Harrach noch aus dem greisen Feldmarschall Königsegg, dem obersten Hofkanzler Ulfeld, aus Philipp Kinsky, dem Reichsvicekanzler Rudolph Colloredo und dem Oberstkämmerer Grafen Joseph Khevenhüller bestand, in seinem Innern mit den Vorschlägen Harrachs sympathisirte, läßt sich wohl vermuthen, aber nicht mit Bestimmtheit behaupten. Selbst wenn dieß aus Vorliebe für die Aufrechthaltung und die Erweiterung der ständischen Gewalt der Fall sein mochte, so konnten

sie sich doch nicht verhehlen, daß das plötzliche Aufhören jedweder auf der Consumtion liegenden Steuer und die Belastung der Production mit sämmtlichen Abgaben die letztere allzu sehr bedrücken und in ihrer Ausführung nichts als eben das Ausbleiben der Steuerzahlung überhaupt zur Folge haben müsse. Diese und ähnliche Betrachtungen, vielleicht mehr aber noch die sehr entschiedenen Aeußerungen der Kaiserin mögen wohl Ursache gewesen sein, daß im Schoße des Ministeriums Niemand den Vorschlägen Harrachs zustimmte und er mit denselben allein blieb. Da aber auch Keiner zur Verwirklichung der Absicht der Kaiserin einen anderen oder besseren Weg anzugeben wußte als in dem Entwurfe des Grafen Haugwitz lag, so wurde derselbe, den Maria Theresia mit alleinigem Vorwissen Bartensteins schon mit ihrer Genehmigung versehen hatte, auch wirklich angenommen. Allsogleich sandte die Kaiserin, nachdem Harrach und nach ihm Philipp Kinsky es abgelehnt hatten, sich in dieser Sache verwenden zu lassen[9]), den Grafen Haugwitz nach Mähren und Böhmen, um die dortigen Stände darüber auszuholen, in wie weit sie geneigt wären, den Absichten der Regierung Folge zu leisten.

Die Minister und insbesondere Harrach waren der festen Ueberzeugung, die Stände würden es ablehnen, die ihnen gemachten Anträge dem Wunsche der Kaiserin gemäß auch wirklich anzunehmen. Ja sie gingen so weit, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um diese Entwürfe scheitern zu machen, und es ist jedenfalls ein eigenthümliches Schauspiel zu sehen, wie gerade diejenigen, welche zu Vertrauensmännern der Kaiserin bestellt waren, Alles thaten, um einen Lieblingsplan derselben zu vereiteln[10]). Aber ihre Bemühungen blieben ohne Erfolg; Haugwitz gelang es zuerst in Mähren und hierauf in Böhmen, die Stände für seinen Vorschlag zu gewinnen. Sie sandten Abgeordnete nach Wien, um dort die nothwendig werdenden Rezesse zum Abschlusse zu bringen. Und als dieß mit den Abgeordneten Mährens zuerst geschah, schrieb Maria Theresia auf den ihr hierüber erstatteten Bericht eigenhändig die Worte: „Ist zu meinem besonderen Vergnügen; sie sind die Ersten „gewesen in Allem die sich erklärt, also ihnen den Rezeß bis morgen ein„zuhändigen, ohne auf die Böhmen zu warten.“ Und eine zweite Bemer-

kung von der Hand der Kaiserin schließt mit den Worten: „Sehe zu „meinem großen Vergnügen wie wohl Alles ausgearbeitet und wie eifrig „die Stände zu Werke gehen mir zu helfen.“ [11])

Die Kaiserin blieb jedoch nicht bei diesen Worten stehen, um den mährischen Ständen ihre Zufriedenheit zu bezeigen. Die einflußreichen Mitglieder derselben und zwar der Oberstlandrichter Graf Heißler, insbesondere aber der Kanzler des königlichen Tribunals zu Brünn, Freiher von Blümegen, dem die Kaiserin nächst Haugwitz den günstigen Ausgang der Verhandlungen hauptsächlich zuschrieb, erhielten, der Erstere durch seine Ernennung zum Landeshauptmann, der Letztere aber durch diejenige zum Landesoberstkämmerer den besten Beweis der Anerkennung Maria Theresia's. Und in Blümegens Hände wurde ausschließlich die Fortführung der ganzen Sache gelegt, so weit sie Mähren betraf.

„Placet wie vorgeschlagen,“ lautet der Kaiserin eigenhändige Resolution, „und sehr wohl die Sache ausgearbeitet und Blümegen in „Wahrheit ein großes Merite sich gemacht mit selber. Liegt alles in der „Handhaltung dieses neuen Systems, wo nicht allein alles neue schwer „und odios, aber auch Viele darinnen betroffen werden, welche alles „dawider mit Fleiß, daß es keinen Bestand haben solle, werden an„wenden und also der Unterthan nicht bestehen und die Gaben nicht „geben können und die alten Bedrückungen wieder und mehr sich er„geben. Um diesem abzuhelfen, bis also die Rectification mehr kann „vor sich gehen und einen Effect erreichen, von welchem auf keine „Weise in keinem Land abweichen thue, soll Blümegen ohne Depen„denz des Guberniums oder Tribunals mit einem Gehalt von 8000 fl. „alle publica, cameralia, contributionalia, die in dieß System ein„schlagen, besonders aber um die alten und neuen Ordnungen zwischen „Obrigkeit und Unterthanen zu separiren, aufgetragen werden. Ich werde „etwelche Assessores ihm beigeben, welche ihm zu helfen und bei „dieser Deputation, wie schon oben gemeldet, unabhängig vom Tribunal „direct gerade an mich ihre Berichte abstatten sollen, so werden alle „Weitschichtigkeiten und Canäle dort und hier auf einmal behoben „werden.“

Größere Schwierigkeiten als in Mähren und Böhmen, hatten die Entwürfe des Grafen Haugwitz in Niederösterreich zu besiegen. Denn hier standen die Brüder Harrach amtlich an der Spitze der Stände, und der ältere aus ihnen, Graf Friedrich, weigerte sich nicht nur seinen Einfluß zu Gunsten der Regierungsvorlage geltend zu machen, sondern er that alles Mögliche, um ihre Ablehnung herbeizuführen. Ja zur Kaiserin selbst sprach er mit so weitgehender Heftigkeit, daß Maria Theresia ihm sagte, er vergesse offenbar, es sei seine Landesfürstin, an die er das Wort richte[12]). Sie brach diesen Widerstand endlich dadurch, daß sie Harrach seines Postens eines Stellvertreters des Landmarschalls von Niederösterreich enthob. Haugwitz wurde zum landesfürstlichen Commissär bei den Ständen ernannt und Graf Breuner ihm substituirt[13]). In solcher Weise kam auch mit dem Lande Niederösterreich der zehnjährige Rezeß zu Stande.

Das Gleiche war nach längerer Zögerung mit Oberösterreich der Fall, für dessen Stände der Prälat von Kremsmünster, Alexander Fixlmillner, Graf Hohenfeld, Freiherr von Hohenegg und der ständische-Secretär Kirchstätter in Wien die Verhandlungen führten. Sie endigten damit, daß auch für die oberösterreichischen Stände ein kaiserlicher Commissär und zwar Graf Franz von Andler ernannt wurde. Der Prälat von Kremsmünster aber streckte mit „seinem gewohnten besonderen patriotischen Eifer", wie Maria Theresia eigenhändig bemerkte, hunderttausend Gulden zur Bestreitung der dringendsten Auslagen vor[14]).

Am schwersten war das Widerstreben der inneröserreichischen Länder zu überwinden. Den Hauptgrund ihrer langdauernden Weigerung fand Maria Theresia in der üblen Wirthschaft, welche die Stände dort früher getrieben und die nun eine neue Belastung der Länder sehr empfindlich erscheinen ließ. So kam in Steiermark, wohin Graf Anton Gaisruck als Commissär abgesendet wurde, und in Krain der Rezeß nur auf drei Jahre zu Stande; in Kärnten aber bewog zwar Anfangs Graf Rudolph Chotek, welcher zu diesem Ende dorthin geeilt war, die Stände zur Unterzeichnung des Rezesses. Drei Wochen später aber widerriefen sie dieselbe und schlugen, da sie selbst sich keiner größeren Last unterziehen wollten, der Kaiserin vor, sie einzig und

allein dem Landmanne aufzubürden. Dieser Antrag aber, von welchem Maria Theresia sagt, daß er nur in Unwissenheit oder Bosheit seinen Ursprung haben könne, veranlaßte die Kaiserin zu dem allerdings willkürlichen Vorgange, die neuen Einrichtungen auch in Kärnten, obgleich ohne Einwilligung der Stände, somit nur durch landesfürstliche Machtvollkommenheit ins Leben rufen und die Abgaben jure regio, wie sie sich ausdrückte, einheben zu lassen.

Es ist wohl nicht schwer zu begreifen, daß ein so entschiedener Charakter, wie die Kaiserin ihn besaß, welche noch dazu von der Ueberzeugung durchdrungen war, daß sie nicht aus Rücksicht auf sich selbst, sondern nur zum Wohle des Staates handle, durch den vielfachen und oft nicht zu beseitigenden Widerspruch, den sie bei der Durchführung des ihr heilsam erscheinenden Werkes erfuhr, aufs äußerste gereizt, durch das Gelingen ihrer Plane aber zu noch weiterer Ausdehnung derselben verlockt wurde. In den Rechten und Privilegien der Stände sah sie nicht viel anderes als den Anspruch einer Anzahl bevorzugter Familien, sich den öffentlichen Lasten zu entziehen und dieselben auf die ärmeren Classen, somit gerade diejenigen zu überwälzen, welche ihnen am wenigsten gewachsen waren. Einzelne Individuen, welche mit den Ministern Einverständnisse unterhielten, hätten, so behauptet sie selbst, durch ihren überwiegenden Einfluß die Stände zu Allem vermocht, was sie selber wollten. Und obwohl ihnen vieles davon sogar zum Schaden gereichte, so hätten die Stände sich doch um so mehr erpicht darauf gezeigt, als die meisten ihrer Mitglieder nur geringe geistige Befähigung besaßen und sich leicht durch Blendwerke, wenn sie ihnen nur von ihres Gleichen vorgespiegelt wurden, irre leiten ließen.

Sie begehre nicht, wiederholt die Kaiserin auch hier, die Stände in nützlichen und wohlerworbenen Privilegien zu kränken. Ihr liege nichts als das Wohl ihrer Länder am Herzen, so zwar, daß wenn sie jene Privilegien so klar gefunden, oder sich überzeugt hätte, daß die Stände die Verwaltung des Landes gerechter und zweckmäßiger führten als der Landesfürst, sie gern ihre eigene Macht und die ihrer Nachfolger ihnen untergeordnet hätte. Allein übel hergebrachte und durch Mitschuld des Ministeriums eingewurzelte Mißbräuche dürften nicht

dem Regenten und noch weniger dem Volke zu unverbesserlichem Nachtheil gereichen, daher die Bestätigung solcher vermeintlicher Vorrechte die äußerste Behutsamkeit und reifliche Ueberlegung erheische. Denn es zeige sich nur allzu klar, daß die Stichhältigkeit jener behaupteten Rechte gar sehr zu bezweifeln und Alles nur darauf abgesehen sei, dem Landesfürsten immer mehr und mehr die Hände zu binden und an Stelle seiner nöthigen Autorität die Allmacht der Stände zu setzen.

Darum sei es vor Allem unerläßlich, das Recht des Staates zur Oberaufsicht über die Verwaltung des Einkommens der Stände auch wirklich in Kraft treten zu lassen, und in den einzelnen Ländern die „zu Gott gefälliger Gleichheit“ und zum Besten des ganzen Gemeinwesens vorzunehmende Ausgleichung der allzu verschiedenartigen Belastung durchzuführen.

Hiebei stieß jedoch die Kaiserin auf den erneuerten und dießmal noch heftigeren Widerspruch der Stände, welche sich eine solche Beschränkung ihrer bisherigen Macht, eine solche Unterordnung unter die Regierungsbehörden nicht gefallen lassen wollten. Am lebhaftesten war in Niederösterreich die Einsprache, denn hier seien ja, so meint die Kaiserin, die Stände von den Ministern immer am meisten verwöhnt worden. Doch lasse sie durch nichts sich abhalten, ihr Ziel zu erreichen, und nicht nur den Ständen bei der Verwaltung ihres Einkommens engere Schranken zu ziehen, sondern auch die gleichmäßigere Vertheilung der öffentlichen Lasten, die „Rectification und Peräquation“ wie man dieß damals nannte, ins Leben zu rufen, weil solches schon durch das Wohl des im Verhältnisse der Unterthänigkeit gegen den Gutsherrn stehenden Landmannes unabweislich gefordert werde.

Ein Widerstand mußte jedoch beseitigt werden, wenn die Kaiserin das erwünschte Ziel zu erreichen sich vornahm, und das war der, den Graf Harrach ihren Absichten entgegensetzte. Im Mai 1748 richtete er ein Schreiben an sie, welches nicht mehr vorhanden ist, in dem er jedoch neue Gegenvorstellungen erhoben, und wenn denselben nicht willfahrt werde, mit seinem Austritte aus dem Ministerium gedroht zu haben scheint. „Gewundert hat mich nicht so viel das

„Billet", schreibt Maria Theresia darüber eigenhändig an Ulfeld, „als ich „bedaure, daß Harrach sich selbst verlieren will. Ich lasse ihm also noch „zehn Tage Zeit zu dem Entschlusse, als ein getreuer Unterthan seiner „Frau [15]) zu gehorsamen, oder ob er verbleiben will auf seiner Mei- „nung. In diesem Fall weiß ich kein anderes Mittel, als daß er seine „Reise nach Spaa zum Vorwande nimmt, wie er mir selbst einmal „angetragen, und daß ich nachher meine Intention wegen der Nieder- „lande ausführe [16]). Mithin gewinnt man das erste Jahr, und seine „Abwesenheit benimmt mir alle widrigen Soupçons, die, wie ich nicht „leugnen kann, ich mich nicht entbrechen könnte zu haben, wenn er „hier verbliebe. Doch halte ich ihn für so ehrlich, daß wenn er sich „besser begreifen wird, er weder direct noch indirect das Mindeste da- „gegen verspüren, sondern es pünktlich vollführen lassen wird."

„Das, was er von der Nachwelt sagt," schrieb Maria Theresia ferner an Ulfeld, durchstrich es jedoch wieder, „kommt mir sehr arg, „und daß sogar der Plan, auf welchem meine Handschrift ist, zurück- „gewiesen wird, fürwahr sehr stark vor. Ihm wird dieser Name in „allen Zeiten zur Ehre gereichen, wo er wird gefunden werden, „und ich habe nicht geglaubt, daß die Harrach selben so geschwind „vergessen würden. Es mag aber geschehen, was immer will, ich „bleibe bei meiner Resolution; wer nicht gehorsamen kann, der „lasse es bleiben, allein hier und vor meinen Augen soll kein solcher „mehr erscheinen."

„Ich habe wollen dem Harrach selbst antworten, habe aber „besser gefunden, es bleiben zu lassen, indem auch meine Handschrift „nicht einer neuen Avanie aussetzen wollen. Er, als sein guter Freund, „mache von diesem den Gebrauch, den Er will, aber klar ihm zu reden „ist nothwendig, denn die Sache sich nicht verzögern läßt und ich weiß, „was ich thun kann und will.

Maria Theresia [17])."

Wenn gleich die Kaiserin bei der wirklichen Ausfertigung dieses Schreibens die letzten und stärksten Stellen wieder wegließ, so sieht man doch aus dem Tone, welchen sie anschlug, wie weit die Gereizt-

heit zwischen ihr selbst und einem ihrer vornehmsten Rathgeber schon gediehen war. Es fehlen leider die näheren Anhaltspunkte, um in völlig verläßlicher Weise über die Gestaltung zu urtheilen, welche ihre Beziehungen zu Harrach von nun an gewannen. Darüber scheint jedoch kein Zweifel zu bestehen, daß Ulfelds Bemühungen zur Beilegung der Sache ziemlich erfolglos blieben. Harrach legte die Würde eines Obersten Kanzlers des Königreiches Böhmen nieder[18]), und er verlor zwar nicht seine Stellung in der geheimen Conferenz, aber bald darauf das Leben, denn er starb schon am 4. Juni 1749 nach bloß dreitägiger Krankheit an den Blattern, und man darf wohl annehmen, daß der rasche Tod dieses Mannes, der sich damals noch in der Vollkraft seiner Jahre befand, durch die Ungnade der Kaiserin wenn auch nicht herbeigeführt, so doch beschleunigt wurde.

Ein Schreiben, welches Maria Theresia an den Vetter des Verstorbenen, den greisen Präsidenten des Hofkriegsrathes Grafen Joseph Harrach richtete, enthält wohl deutliche Anklänge an das Zerwürfniß mit ihm; es dient jedoch auch zum Beweise, wie der Groll der Kaiserin nicht hinüberreichte über das Grab, und wie lebhaft sie wünschte, die Familie Harrach davon zu überzeugen, daß sie ihr um des Geschehenen willen keineswegs zürne.

„Wie schmerzlich mir", so lautet dieser Brief an Joseph Harrach, „der Tod seines Vetters fällt, brauche ich Ihm nicht zu wieder„holen, weil er ein großer Mann und Minister gewesen und es für „das Publicum ein großer Verlust ist. Meine Denkungsart kennt Er „genug; seine Familie hat viel und Alles an ihm verloren; wenn aber „selbe, wie ich nicht zweifeln will, sich meritirt machen werden, so kann „Er Alle versichern in meinem Namen, daß sie nicht allein eine Frau, „sondern eine Mutter und Freundin des Verstorbenen allzeit finden „und sicher und aufrichtig an mich recurriren können. Dieß befehle ich „Ihm, ihnen allen zu versichern. Der Witwe weiß ich keinen Trost zu „geben, indem sie Alles verloren und es nicht kann ersetzt werden. „Wenn ihr mein herzliches Mitleid dienen kann, so kann sie dessen „vollkommen versichert sein. Ich schicke nicht zu ihr, um ihren Schmerz

„nicht zu vermehren, gebe Ihm also die Commission, selbes in meinem „Namen zu thun."

„Harrach hat viel wichtige, sehr geheime und mir sehr angelegene „Schriften von mir selbst gehabt, auch in viel Privatsachen, wo mir „also daran liegt, daß Niemand als Koch es weiß. Ich verlasse mich „auf Ihn, er wolle selbes mit ihm ehestens ausmachen [20])."

Von demselben Schicksal wie Harrach, wurde auch Graf Philipp Kinsky getroffen, der um jene Zeit von allen seinen Aemtern zurücktrat und noch vor Harrach, im Jänner 1749 starb [21]). Die Ursache seines Ausscheidens aus dem Ministerium lag aber, wie es scheint, nicht so sehr in seinem Widerstreben gegen die Anträge des Grafen Haugwitz und die daran geknüpften Beschlüsse der Kaiserin, als in der Unzufriedenheit, welche die Letztere in ziemlich deutlicher Weise wider ihn kundgab. Denn obwohl sie ihn seiner Zeit gegen die Meinung der übrigen Minister, und um dem Königreiche Böhmen, dessen Oberster Kanzler er vor Harrach war, einen Beweis ihrer Gnade zu geben, in die Staatsconferenz berufen, so hatte Maria Theresia doch bald begonnen, diesen Schritt wieder lebhaft zu bedauern. Ja sie erklärt ohne Rückhalt, daß eigentlich Kinsky an dem Verluste Schlesiens die Hauptschuld zur Last falle. Denn er habe die ihm obliegenden Vorkehrungen zur Vertheidigung der Erblande nur lässig betrieben, und sich, um ja nur Böhmen zu schonen, mit all dem Ungestüm und der rücksichtslosen Heftigkeit, welche das hervorstechendste Merkmal seines Charakters bildeten, jederzeit wider die Leistungen aufgelehnt, die man Böhmen zumuthen wollte. Er sei es gewesen, der Neipperg zum Commando verhalf, ihn aber dann selbst wieder nur unzureichend unterstützte und dadurch den Grund legte zu allen nachfolgenden Uebeln. Ja als Neipperg schon geschlagen war und König Friedrich sich anschickte, in Böhmen einzubrechen, da habe Kinsky, um nur ja dieses Land nicht zu überlasten, mit allen möglichen offenen und versteckten Mitteln die Absendung einer ausreichenden Truppenzahl nach Böhmen hintertrieben.

Auch sonst wird wider Kinsky von der Kaiserin selbst schwere Anklage erhoben. Seiner Rücksichtslosigkeit und Unverträglichkeit wegen sei der persönliche Verkehr mit ihm so peinlich gewesen, daß er nicht nur das ganze Ministerium in Streit und Zwietracht versetzte, sondern ihr selbst das Leben verbitterte.

Gegen die neuen Reformvorschläge aber verhielt sich Kinsky wenigstens in einer Beziehung nicht in gleichem Maße ablehnend, wie es von Seite Harrachs der Fall war. Begegneten sie doch in gewissem Sinne seinen eigenen Gedanken, denn er selbst hatte in früherer Zeit schon darauf hingewiesen, daß das Interesse des Staates es fordere, nicht nur die Besorgung aller auf das Militärwesen bezüglichen Geschäfte aus den Händen der Stände zu nehmen, sondern auch durch Einführung eines Katasters, nach welchem ein Verzeichniß der Zahl und des Werthes der Grundstücke angelegt werden sollte, um auf dieser Grundlage die Besteuerung der Besitzer vorzunehmen, das Steuerbewilligungsrecht zu beschränken. Das war so ziemlich dasselbe, was Haugwitz wollte; Kinsky und Haugwitz unterschieden sich jedoch darin, daß Letzterer dasjenige, was die Erbländer auf zehn Jahre zu leisten sich verbindlich machen sollten, auf vierzehn Millionen jährlich veranschlagte, während Kinsky diese Last für die Erbländer zu hoch fand. Auch mochte es ihn peinlich berühren, daß nun Haugwitz, den er als einen Fremden und Emporkömmling ansah, dasjenige durchführen sollte, was er selbst nicht vermocht hatte. Daß in Finanzsachen der Rath eines Andern mehr gelte als der seine, schien ihm unerträglich zu sein; er schied aus dem Staatsdienste und bald darauf aus dem Leben. So gehörten nun auch Harrach und Kinsky zu denjenigen, in deren raschem Tode Maria Theresia so eigenthümlicher Weise eine Fügung der Vorsehung erblickte, welche sie von den Männern befreite, die ein Hinderniß waren jener Maßregeln, welche sie zum Heile des Staates und zum Wohl ihrer Völker ergreifen zu müssen glaubte.

In erster Linie befand sich hiebei die vollständige Durchführung der Werthbestimmung der gutsherrlichen und der bäuerlichen Besitzungen in den österreichischen und den böhmischen Ländern, um sie einer gerechteren und gleichartigeren Besteuerung zu unterziehen. Umsonst

waren Unwissenheit, übler Wille und Eigennutz wahrhaft erfinderisch in viel tausend kleinlichen Mitteln und Ränken, um das bedeutsame Werk entweder völlig mißlingen zu machen, oder es doch in seinen Ergebnissen möglichst zu fälschen. Alle scheiterten sie an der Beharrlichkeit, mit welcher die Kaiserin selbst den einmal eingeschlagenen Weg unverdrossen verfolgte. Viele in entschiedenstem Ton gehaltene Anordnungen, welche von Maria Theresia persönlich ausgehen, geben davon Zeugniß. So erklärt sie, um nur ein einziges Beispiel zu erwähnen, in einer eigenhändigen Entschließung, daß ihr die Kreishauptleute in Mähren, welche die ihnen ertheilte Instruction nicht in allen Punkten erfüllten, namhaft zu machen seien. Sie hätten nicht allein ihre Ungnade, sondern die Strafe der Cassation zu gewärtigen[22]).

So wurde denn das große Werk vollständig durchgeführt, und nicht nur die Steuerfreiheit des Adels, welche in Frankreich bis zur Revolution, ja in Preußen sogar bis auf unsere Zeiten sich erhielt, vollständig beseitigt, sondern eine Aufzeichnung und Schätzung des in Oesterreich befindlichen unbeweglichen Gutes gewonnen, welche sich damals als ungemein nutzbringend erwies und die selbst noch heut zu Tage nicht ohne allen praktischen Werth ist.

Verwaltung und Rechtspflege.

In engstem Zusammenhange mit diesen Reformen stand auch die veränderte Gestalt, welche die Kaiserin den obersten Verwaltungsbehörden des Staates zu geben beschloß. Denn sie hielt es, und wohl mit Recht, für eines der wesentlichsten Gebrechen der bisherigen Einrichtung, daß sich jede derselben als etwas ganz Abgesondertes ansah, viel mehr um die Ausdehnung ihrer eigenen Macht als das allgemeine Wohl sich bekümmerte, nichts in höherem Grade als den Vortheil derer, welche zu ihren Mitgliedern zählten, in's Auge faßte, und daher, statt Gutes zu wirken, in nutzlosem Streit und unfruchtbarer Rivalität mit den übrigen Behörden Zeit und Kräfte versplitterte. Vor Allem aber habe sich, erklärt die Kaiserin, die seit undenklicher Zeit bestehende Gewohnheit schädlich

erwiesen, die österreichischen und die böhmischen Länder durch abgesonderte Kanzleien regieren zu lassen, deren Vorsteher immer aus den vornehmsten Familien dieser Provinzen gewählt wurden. Darum habe jeder von ihnen stets nur an die Erleichterung der ihm anvertrauten Länder gedacht, Einer dem Andern die Lasten zuzuschieben getrachtet, und in nichts seien sie einig gewesen als in dem Widerspruche, den sie jederzeit erhoben, wenn ihnen, sei es zu Gunsten der Finanzen, des Militärs oder sonst im Interesse des Staates irgend eine Leistung zugemuthet wurde. Daraus sei aber auch eine fast gefährliche Eifersucht zwischen den Ländern selbst entsprungen, indem regelmäßig die Böhmen behaupteten, zu Gunsten der Oesterreicher, diese aber wieder zum Vortheile der Böhmen überlastet zu werden.

Der österreichischen Hofkanzlei waren damals sämmtliche Länder untergeordnet, welche man vorzugsweise österreichische nannte, und zwar nicht allein die Erzherzogthümer Oesterreich ob und unter der Enns, sondern auch Steiermark, Kärnten und Krain, welche die inneröstereichischen, dann Tirol, Vorarlberg und die Besitzungen in Schwaben, welche die vorderösterreichischen Länder hießen. Unter der böhmischen Hofkanzlei standen Böhmen, Mähren und Schlesien. Beide Hofkanzleien übten nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Justizpflege in den ihnen zugewiesenen Ländern, und man wird wohl dem Zeugnisse der Kaiserin selbst nicht mißtrauen, wenn sie behauptet, daß insbesondere die österreichische Hofkanzlei den ihr obliegenden Verpflichtungen nur in einer Weise nachkam, welche zu schärfstem und gegründetstem Tadel den immer wiederkehrenden Anlaß bot.

Besser war es um die Geschäftsbesorgung bei der böhmischen Hofkanzlei bestellt, und diese Behörde habe, sagt Maria Theresia von ihr, nicht leicht es gestattet, daß ihrer Autorität von Seite der Stände zu nahe getreten werde. Dagegen habe sie unter dem Vorwande, eine zu weit gehende Einmengung der Hofkammer in die inneren Angelegenheiten der böhmischen Länder zu hintertreiben, dem Landesfürsten selbst jeden näheren Einblick in dieselben ganz unmöglich gemacht. Insbesondere war es die in's Unglaubliche gestiegene Machtvollkommenheit, die mit der Stelle eines Obersten Kanzlers verbunden war, welche

Gründe genug bot, um den Entschluß zu erwecken und zu rechtfertigen, den daraus hervorgehenden Uebelständen durch Beseitigung dieses Postens ein für allemal ein Ende zu machen. So weit sei es gekommen, sagt Maria Theresia selbst, daß der Landesfürst, wenn er etwa aus eigenem Antrieb oder auf den Rath seiner übrigen Minister in den böhmischen Ländern etwas zu erreichen wünschte, gegen den Willen des Obersten Kanzlers damit schwerlich durchzudringen vermochte. Ja die ganze Hofkanzlei selbst sei zur Befolgung der Anordnungen des Obersten Kanzlers jederzeit ungleich bereitwilliger, als zur Vollziehung der Befehle des Landesfürsten gewesen. Diese immer weiter gehende Ausdehnung der Macht des Obersten Kanzlers habe sich zuletzt mit der nothwendigen Aufrechthaltung des Ansehens der königlichen Würde, und zwar in um so höherem Maße unvereinbar gezeigt, als gewisse Familien es durch ihren Einfluß so weit gebracht hätten, daß so lang nur irgend eines ihrer Mitglieder dazu vorhanden war, die Besetzung jenes Postens immer wieder aus ihrer Mitte geschah. Dadurch aber seien, so drückt die Kaiserin sich aus, diese „präpotenten Principien" vom Vater auf den Sohn fortgepflanzt worden, was endlich die gänzliche Aufhebung der Stelle eines Obersten Kanzlers nothwendig machte.

Maria Theresia knüpfte hieran noch die übrigen Maßregeln, durch welche sie die Umgestaltung der Obersten Staatsbehörden in's Werk zu setzen dachte. Der leitende Gedanke dabei war, eine größere Verschmelzung in Bezug auf die einzelnen Ländergruppen, um die es sich handelte, dagegen eine schärfere Trennung der Geschäfte, welche die Hofkanzleien bisher besorgt hatten, eintreten zu lassen. Freilich wurde die letztere dadurch wieder einigermaßen aufgewogen, daß dem neuen Directorium in politicis et cameralibus, das nun die Kaiserin an Stelle der österreichischen und der böhmischen Hofkanzlei gründete, auch die Finanzgeschäfte, insoweit sie die böhmischen und österreichischen Länder angingen, zugewiesen wurden, während die Finanzangelegenheiten der ungarischen Länder, so wie dasjenige, was mit dem Unterhalte des Hofstaates zusammenhing, nach wie vor bei der Hofkammer blieb. Dagegen wurde das Justizwesen, welches früher in den Geschäftskreis der Hofkanzleien gehört hatte, davon getrennt und zu dessen

Besorgung eine eigene Oberste Justizstelle errichtet. Die vielfachen und nicht unbegründeten Klagen über die Handhabung der Rechtspflege in ihren Ländern hätten sie, so erklärt die Kaiserin selbst, zu diesem Schritte vermocht [23]). Zum Präsidenten der neuen Behörde ernannte Maria Theresia den früheren österreichischen Hofkanzler Grafen Seilern, wohl zunächst, um ihm eine Entschädigung für den ihm entzogenen Posten zu bieten, denn es ließ sich kaum annehmen, daß der hochbetagte, schwerfällige und förmliche Mann [24]) der neuen Behörde, der er jetzt vorstand, jenen Geist der Thätigkeit und des schaffensfreudigen Wirkens einhauchen werde, welchen man, und zumeist durch sein eigenes Verschulden, an der von ihm früher geleiteten Hofkanzlei in so hohem Grade vermißt hatte. Aber trotz ihres Eifers für die nöthigen Reformen konnte doch auch Maria Theresia sich dem in Oesterreich seit Jahrhunderten eingewurzelten verderblichen Mißbrauche nicht völlig entziehen, demzufolge es immer wieder den Anschein gewann, als ob die Aemter nur für bestimmte Personen geschaffen würden, statt daß man nach nichts Anderem getrachtet hätte, als nur die tauglichen Männer für die zu besetzenden Aemter ausfindig zu machen.

Glücklicher als in Bezug auf die Oberste Justizstelle war die Kaiserin hinsichtlich der Wahl des Chefs des neuen Directoriums in politicis et cameralibus, an dessen Spitze Graf Haugwitz, jedoch gleichfalls nur mit dem Titel eines Präsidenten, und nicht mit demjenigen eines Kanzlers trat. Sie habe ihn darum gewählt, erklärt Maria Theresia, weil er das neue Werk mit eben so viel Unerschrockenheit begonnen als durchgeführt habe, ohne sich an dem Hasse zu stoßen, den er sich dadurch allgemein zuzog. Bartenstein aber, dem sie später gleichfalls eine der obersten Stellen bei dem Directorium, die des Vicekanzlers verlieh, habe ihr auch in diesen inneren Angelegenheiten durch seine erfahrenen Rathschläge und reiche Sachkenntniß die meiste Erleuchtung gegeben. „Ich rathe daher auch und ersuche meine Nachfolger," fügt die Kaiserin auch hier wieder hinzu, „den hiedurch ihnen selbst und „der Monarchie von diesen beiden Männern geleisteten so nützlichen „als wichtigen Dienst zu keiner Zeit in Vergessenheit zu setzen und ihn „nach Beider Tod auch in ihren Kindern zu erkennen!"

Auch sonst suchte Maria Theresia für die zwei neuen Oberbehörden, das Directorium und die Oberste Justizstelle die besten Arbeitskräfte zu gewinnen, welche sie unter den verfügbaren Staatsdienern nur aufzufinden vermochte [25]). Und um die Sache rasch in geregelten Gang zu bringen und bald die Früchte reifen zu sehen, die sie von diesen Einrichtungen sich versprach, ließ sie sich selbst die wichtigeren Sachen, die nun zu dem Geschäftskreise des Directoriums gehörten, an einem dazu bestimmten Tage der Woche, dem Freitage vortragen, und veranlaßte auch ihren Gemal, bei diesen Sitzungen regelmäßig anwesend zu sein.

Nicht allein in den Angelegenheiten der Verwaltung, sondern auch in denen der Rechtspflege und der Gesetzgebung traten jene Vortheile deutlich zu Tage. Hinsichtlich der letzteren möge hier nur der Arbeiten Erwähnung geschehen, welche kurze Zeit nach Errichtung der Obersten Justizstelle und auf Anregung derselben begannen, um eine Codification des österreichischen Civilrechtes zu Stande zu bringen. Freilich machte auch in dieser Beziehung die gesonderte Stellung sich geltend, welche damals die verschiedenen Bestandtheile des österreichischen Staates, auch Ungarn nicht mitgerechnet, noch von einander schied. So bestand sowohl in Prag als in Brünn eine eigene Compilations-Commission, und nun wurde im Jahre 1751 auch eine solche für Nieder-Oesterreich errichtet. So wie in der ersteren jener Professor Joseph Azzoni, welcher bei den im Jahre 1743 in Prag angestellten Hochverrathsprocessen als Vertheidiger fungirt hatte, so spielte bei der letzteren der Regierungsrath Joseph Holger die hervorragendste Rolle [26]).

Je weiter diese Arbeiten jedoch gediehen, um so mehr befestigte sich bei denjenigen, die daran betheiligt waren, die Ueberzeugung, daß nur dann eine gedeihliche Wirkung von denselben zu erwarten sei, wenn die bisherigen Verschiedenheiten der Provinzialrechte beseitigt, und die neu zu formulirenden Rechtsgrundsätze auf alle deutsch-österreichischen Provinzen gleichmäßig angewendet würden. Es existirt eine Denkschrift aus jener Zeit, in welcher die Rechtseinheit der Einheit Gottes und derjenigen des Landesfürsten an die Seite gesetzt wird. Auch der Rechtspflege geschieht darin Erwähnung, und der Erleichterung, welche ihr

dadurch zu Theil würde, wenn die Rechtskundigen des einen Landes auch in allen übrigen Ländern gebraucht werden könnten [27]).

Diese Gedanken entsprachen zu sehr den damals herrschenden Ansichten, als daß nicht Maria Theresia allsogleich an ihre Verwirklichung geschritten wäre. Schon im Februar 1753 ordnete sie die Einsetzung der Commission an, welche mit der Ausarbeitung des neuen Civilgesetzbuches für sämmtliche deutsch-österreichische Provinzen betraut werden sollte. Unter dem Präsidium des Vicepräsidenten der obersten Justizstelle, des Grafen Frankenberg hatte sie aus je einem Mitgliede für Böhmen, Mähren, Oesterreich und Steiermark zu bestehen; später traten noch Abgeordnete für Schlesien und Tirol hinzu. Azzoni und Holger waren auch jetzt wieder die eifrigsten Mitglieder; weniger bemerkbar war die Thätigkeit, welche der Tribunalskanzler Heinrich Hayek von Waldstetten für Mähren, und der Regierungsrath von Thinnfeld für Steiermark entwickelten. Die Delegirten für Schlesien und Tirol, von Burmeister und von Hormayr [28]) werden in den Protokollen fast gar nicht genannt [29]).

Es war ein schwer zu verwindender Schlag für diese Commission, daß noch vor ihrem Zusammentreten ihr Präsident Graf Frankenberg starb, und sie nun trotz ihrer Einsprache nach Brünn verlegt wurde, weil Frankenbergs Nachfolger, Freiherr von Blümegen, dort seinen Sitz hatte. Dennoch schritt sie voll guten Muthes an die Erfüllung ihrer Aufgabe, welche Maria Theresia, ihren eigenhändig niedergeschriebenen Worten zufolge darin erblickte, daß nebst einer Gleichförmigkeit der Gesetze auch die rasche Handhabung derselben und die Beseitigung der eingewurzelten Mißbräuche herbeizuführen sei. Außerdem habe die Commission die Mittel zu finden, „wie abzuthun wären die Vorurtheile, „der Schlendrian der sogenannten abusiven Gerichtsordnung, und wie „die Aufzüge und die angefochtene Unschuld wider die gewöhnlichen Advo„catenkünste vor das Künftige können geschützt werden, und wie die gott„losen Leut und Pest eines Staates und einer christlichen Gemeinde „können angesehen und bestraft werden [30]).

Drei Jahre hindurch tagte die Compilations-Commission in Brünn, bis sie im Jahre 1756 aufgelöst, die Fortsetzung ihrer Arbeit aber der in Wien gebildeten Gesetzgebungs-Commission übertragen wurde. Erst nach zehnjähriger Arbeit, im Jahre 1766, brachte die letztere den Codex Theresianus auch wirklich zu Stande. Und zwei Jahre später erfolgte das Gleiche hinsichtlich des Gesetzbuches für Verbrechen, der Constitutio criminalis Theresiana, zu deren Verfassung die Kaiserin gleichfalls eine eigene Commission zusammengesetzt hatte.

Während in solcher Weise für die Umgestaltung der Gesetzgebung Sorge getragen wurde, ließ Maria Theresia auch die bessere Handhabung der Rechtspflege nicht außer Acht. Zu diesem Ende und zur Erleichterung und Vervollkommnung der Administration wurde die Trennung des Justizwesens von der Verwaltung auch in der zweiten Instanz, das ist in den einzelnen Provinzen vollzogen. Dort wurden sogenannte Repräsentationen eingesetzt, welchen in Bezug auf die Länder dieselben Geschäfte oblagen wie dem Directorium in Wien für die deutsch-österreichischen Provinzen. Die Repräsentationen standen daher auch nur unter dem Directorium und hatten bloß an dasselbe zu berichten, während die gleichfalls neu eingesetzten Justizinstanzen der Obersten Justizstelle untergeordnet wurden.

„Diese fest stabilirte Einrichtung sehe ich," sagt die Kaiserin selbst, indem sie einen Rückblick auf ihr Werk wirft, „als den „wahren Grundstein an, wodurch sich die mir von Gott anvertraute „Monarchie mit dessen anhoffenden kräftigsten ferneren Beistand zu „conteniren und zum Besten und Nutzen meiner Nachkommen zu con„serviren vermag, indem sie dem Landesfürsten die Gelegenheit ver„schafft, die wahre Kenntniß von der Beschaffenheit seiner Länder für „sich selbst zu gewinnen, deren Beschwerden zu erörtern und zu prüfen, „mithin einen justizmäßigen, Gott gefälligen Vorgang zwischen Obrig„keiten und Unterthanen zu fördern, insbesondere aber ein wachsames „Auge zu führen, damit die Armen und hauptsächlich die Unterthanen „von den Reichen und Obrigkeiten nicht unterdrückt werden."

„Und gleichwie dieses System der früheren allzu großen Autori„tät der Minister und Hofstellen viel engere Schranken setzt, also ist

„leicht zu erachten, daß deren größter Theil nebst den Großen des „Landes solche Maßregeln als unerträglich ansieht und sich hierin nicht „eher als durch die Länge der Zeit und die Erkenntniß der Wahrheit „beruhigen lassen wird. Jetzt aber suchen sie dieses System bei dem „Publicum nur verhaßt zu machen und werden dagegen unverständige „und ärgerliche Reden geführt, welche ich bis jetzt noch verachtete, doch „dürfte es nöthig sein, solchem doch wenigstens für die Zukunft Ein„halt zu thun, weil es von dem schädlichsten Einflusse auf die Be„völkerung ist."

„Das Militär," fährt die Kaiserin fort, „welches durch das „neue System in Ordnung und billige Schranken gesetzt worden, klagte „anfänglich um so mehr dagegen, als den Officieren damit alle Gele„genheit benommen ist, sich in den Ländern einige Douceurs beizu„legen. Doch müssen alle vernünftigen Officiere selbst gestehen, daß in „Folge der allmonatlich richtig geschehenden Bezahlung sie keine Ursache „haben zu klagen. Meine Hauptbefürchtung war, daß die bei meinen „Truppen eingewurzelten Excesse sehr schwer würden abzustellen sein. „Gerade darum nahm ich mir vor, hierin mit der äußersten Schärfe „vorzugehen, allein zu meinem größten Troste habe ich es dahin ge„bracht, daß die Länder gar keine Klagen über Excesse der Truppen „führen, sondern vielmehr bitten, daß zur Verwerthung ihrer Erzeug„nisse noch mehrere Regimenter dorthin verlegt werden."

Nächst dem Militär waren es, wie die Kaiserin erzählt, die Mitglieder der Stände, der Adel und dessen Beamte, welche sich in den lebhaftesten Klagen ergingen wider das neue System. „Das größte „Geschrei war jedoch," fährt Maria Theresia fort, „an dem Hofe „selbst und von Seite Jener, die theils von meiner Gnade leben, „theils durch die ihren Voreltern von meinen Vorfahren erwiesene „Milde und Großmuth zu dem Reichthum und Ansehen gekommen sind, „in welchem sie und die Ihrigen sich befinden, weßhalb sie freilich auch „durch Abstellung der unerlaubten Mißbräuche und durch das Be„streben, geordnetere Zustände und eine gleichere Vertheilung der Lasten „herbeizuführen, am meisten betroffen wurden."

„Wer das aus des Allmächtigen Gnade mir zu Theil gewordene „nicht üble Gemüth kennt, der wird unschwer sich vorstellen, wie sehr „es mir zu Herzen gegangen sein müsse, statt einer Belohnung dafür, „daß ich Jahre hindurch Tag und Nacht für die Wohlfahrt meiner „Unterthanen mich abgemüht habe, deren Neigung gegen mich so merk„lich vermindert und mir gerade von denjenigen mit so viel Undank „begegnet zu sehen, welche mehr als Andere Ursache hatten, mir ihre „Ehrfurcht und Erkenntlichkeit zu bezeigen. Alles dissimulirte ich jedoch „in der Hoffnung, die Vernünftigeren würden nach und nach selber „erkennen, daß Alles nur zu des Vaterlandes, mithin nur zu ihrem „eigenen Besten geschehen ist. Auch ließ ich durch das mir nur allzu „wohl bekannt gewordene Geschrei mich nicht irre noch abwendig ma„chen, dasjenige auszuführen, was ich durch Gottes Beistand unter„nommen, nachdem ich von dessen Billigkeit und Unentbehrlichkeit in „mir fest überzeugt war."

So tief wurzelte diese Anschauung in Maria Theresia, daß sie ihre Nachfolger auffordert, zu ihrem eigenen Besten und zur Erhaltung der Monarchie in den von ihr getroffenen Einrichtungen nichts zu verändern, sondern sie „wie einen Augapfel" sorgsam zu bewahren.

Wer jetzt die Maßregeln der Kaiserin mit vorurtheilslosem Blicke und an der Hand der Erfahrung überschaut, welche der seither abgelaufene Zeitraum von mehr als einem Jahrhundert gewährt, der kann wohl der Mehrzahl derselben seine Billigung nicht versagen. Unbedingt wird sie der Beseitigung der in keiner Weise zu rechtfertigenden Suprematie jener Männer zu Theil werden, welche in fast erblicher, gewiß aber nur auf einen kleinen Kreis von Personen und Familien beschränkter Reihe in dem Besitze der obersten Posten im Staate sich befanden, ihr Amt aber, statt es zum Wohle desselben zu verwalten, fast immer nur zur Ausbeutung für sich selbst und die Ihrigen benützten. Auch die Erzielung einer größeren Gleichartigkeit in der Administration der einzelnen Länder und die wenigstens in den oberen Instanzen durchgeführte Trennung der Justiz von der Verwaltung wird nur Zustimmung finden. Endlich läßt es sich nicht leugnen, daß die frühere entscheidende Einflußnahme der Stände auf das Militärwesen unter so ganz ver-

schiedenen Verhältnissen, und hauptsächlich bei der steten Gefahr, welche das rasche Anwachsen Preußens und die Concentration einer so furchtbaren Macht in den Händen König Friedrichs für Oesterreich mit sich brachte, nicht länger bestehen konnte. Auch hier mußten die hierauf sich beziehenden Verfügungen ganz und vollständig in die Hände der Regierung gelegt werden.

Was aber die Einschränkung der ständischen Gerechtsame überhaupt angeht, welche zunächst durch die neuen Einrichtungen im Kriegswesen und in den Steuersachen veranlaßt, dann immer weiter und weiter ausgedehnt wurde, bis endlich das Ständewesen in Oesterreich zu einem Schattenbilde herabsank, das von dem immer mehr Boden gewinnenden, auf den ausschließlichen Dienst der Bureaukratie sich stützenden Absolutismus nur noch der Form nach geduldet wurde [31]), so kann man nur lebhaft bedauern, daß es so kommen mußte. Aber man darf gleichzeitig nicht leugnen, daß die Stände sich dieß Schicksal zumeist durch eigenes Verschulden bereiteten. Fast jede Maßregel, zur Kräftigung des Staates nicht nur, sondern auch zum Wohle der Bevölkerung überhaupt fand beharrlichsten Widerspruch bei ihnen. Nicht viel anderes war maßgebend bei ihren Berathungen als der eigene Vortheil, das Interesse ihrer selbst und der privilegirten Familien, welche sie bildeten; nichts aber wurde heftiger bekämpft, als wenn es auf Kosten der Stände die Verbesserung der Lage derjenigen galt, welche zu ihnen in dem Verhältnisse der Unterthänigkeit standen. Gerade darin aber erblickten Maria Theresia und die Männer, welche ihres Vertrauens sich erfreuten, nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern auch ein Gebot der Nothwendigkeit zur Erhaltung des Staates. Da nun die Stände sich jederzeit sträubten, zu demjenigen die Hände zu bieten, wodurch eine größere Herbeiziehung ihres eigenen Besitzthums zur Bestreitung der Staatserforderniſſe, hingegen aber eine gewisse Erleichterung der Landbevölkerung und somit eine billigere Ausgleichung der Lasten herbeigeführt werden sollte, so war es begreiflich, daß man nicht selten sich anschickte, diese Verfügungen zuletzt auch ohne sie und gegen ihren Willen zu vollziehen. An dieser entschlossenen Haltung der Regierung brach sich aber auch überall das Widerstreben der

Stände, und sie boten am Ende selbst zur Durchführung desjenigen die Hand, das sie früher aufs entschiedenste bekämpft hatten. Freilich gruben sie damit nur selber mit an ihrem eigenem Grabe.

Es läßt sich nicht im Entferntesten bezweifeln, daß es ungleich heilsamer gewesen wäre, wenn statt an Stelle der Macht der Stände die Allmacht des Staates treten zu lassen, diejenigen, welche gleich Maria Theresia mit redlichem Eifer sich bemühten, die Bedürfnisse der Bevölkerung des Reiches zu ergründen und deren Lage nach Kräften zu verbessern, vorerst diese Bevölkerung selbst darnach gefragt und sie herangezogen hätten zur Mitwirkung an dem Werke, welches nur durch gemeinschaftliche Bemühung in Wahrheit durchzuführen war. Aber das kam auch den wohlwollendsten und aufgeklärtesten Fürsten des vergangenen Jahrhunderts nicht in den Sinn. Wohl gaben sie mehr oder weniger rückhaltslos der mächtigen Strömung humaner Zeitideen sich hin, und sie meinten nur ihre Pflicht zu thun, ja sie thaten dieselbe auch wirklich, wenn sie den Widerstand derer beseitigten, welche ihnen dabei Hindernisse zu bereiten sich bemühten. Aber sie nahmen doch auch die für sie selbst sich ergebende Vergrößerung der eigenen Machtvollkommenheit gern in den Kauf, und nirgends, weder in Oesterreich noch in Preußen oder anderswo geschah etwas, um das Volk selbst mitwirken zu lassen bei der Ordnung der Verhältnisse, an der es am meisten betheiligt war. Nirgends geschah in dieser Richtung auch nur ein Schritt, bis endlich in Frankreich, in jenem Lande, in welchem allerdings zum Wohle des Volkes am wenigsten, zu seiner Ausbeutung und Bedrückung aber am meisten gethan worden war, als furchtbare Rache für das Geschehene und das Versäumte jenes Ereigniß eintrat, welches in ganz Europa die erschütterndste Wirkung nach sich zog.

Zweites Capitel.

Confessionelle Angelegenheiten.

Durch die tief einschneidenden Maßregeln, deren jetzt Erwähnung geschah, waren die Grundzüge zu einer vollständigen Umgestaltung der bisherigen Verhältnisse der Bevölkerung der deutsch-österreichischen Provinzen gegeben. Die Einführung einer für lange Zeit hinaus festgesetzten, nicht mehr von der Bewilligung der Stände abhängigen Contribution, die Heranziehung aller Volksclassen zur Bezahlung derselben, die Uebertragung einer Menge bisher von den Ständen geübter Gerechtsame auf die Staatsbehörde führte eine gänzliche Veränderung der Beziehungen nach sich, in denen früher die „Herrschaften" zu ihren „Unterthanen" gestanden waren. Beide Theile vermochten nur schwer sich in die neuen Verhältnisse zu finden und zu fügen. Die Ersteren, weil sie höchst ungern den früher geübten Vorrechten und den für sie daraus entspringenden Vortheilen entsagten; die Letzteren, weil sie ihre jetzige Stellung nicht begriffen, und entweder, an die bisherige Bevormundung gewöhnt, aus Unkenntniß oder Apathie freiwillig an dem Althergebrachten festhielten, oder in entschiedenem Gegensatze hiezu aus Habgier und Streben nach noch Mehrerem mit den ihnen von der Regierung bewilligten Zugeständnissen nicht zufrieden waren, und zu Uebergriffen und Rechtsverletzungen den Herrschaften gegenüber sich nur allzu geneigt zeigten. Eine Unzahl von Streitigkeiten war die Folge davon; bei ihnen aber lag der Vortheil zumeist auf Seite der Herrschaften, denen Macht und Reichthum tausend Mittel an die Hand gaben, den Unterthanen gegenüber ihren Willen zu verwirklichen. Hiedurch aber wurde

die Absicht der Kaiserin, die Lage des Bauernstandes wesentlich zu verbessern und ihn dadurch immer mehr an die Regierung zu fesseln, hauptsächlich aber ihn zu ausgiebigerer Betheiligung an den öffentlichen Lasten geeigneter zu machen, großentheils wieder vereitelt. Endlich mußte man von Tag zu Tag sich mehr überzeugen, daß alle Beschlüsse und Anordnungen der Regierung zu Gunsten des Landmannes so lang nur von geringer Wirkung sein konnten, als es ihr an geeigneten Organen fehlte, um sie in der Mitte des Volkes in Vollzug zu setzen. Denn bisher standen ja den Landesbehörden keine anderen Werkzeuge als eben wieder nur die Stände, und in zweiter Linie die Herrschaften selbst zu Gebote, von denen die Ausführung der Anordnungen, die ihrem Vortheil widersprachen, kaum zu erwarten war und auch thatsächlich unterblieb. Die Schaffung solcher Organe wurde daher als nothwendig erkannt, und unter der Bezeichnung von Kreisämtern traten sie in's Leben. Ihre Wirksamkeit hatten sie über einen bestimmten Landestheil zu erstrecken, in dessen ungefährem Mittelpunkte das neue Amt seinen Sitz aufschlagen sollte. So wurde, um nur ein Beispiel zu erwähnen, in Nieder-Oesterreich das Kreisamt des Viertels unter dem Wienerwalde nach Traiskirchen, des Viertels unter dem Manhartsberge aber nach Gaunersdorf gelegt. St. Pölten wurde der Sitz des Kreisamtes des Viertels ober dem Wiener Walde, und nur hinsichtlich des Viertels ober dem Manhartsberge ging man von dem allgemeinen Grundsatze ab und legte das Kreisamt in die an der Donau und somit der natürlichen Grenzlinie des Viertels gelegene Stadt Krems [32]).

Ungleich wichtiger als der Standort war natürlicher Weise der Wirkungskreis der neuen Behörden. Aus der ihnen ertheilten Instruction läßt sich derselbe am besten entnehmen.

Nachdem die Beförderung der Ehre Gottes, so heißt es darin, und die unverfälschte Aufrechthaltung des katholischen Glaubens als die wahre Grundfeste einer glücklichen Regierung anzusehen seien, so wird jeder Kreishauptmann in dem ihm anvertrauten Kreise auf die reine Beibehaltung und Fortpflanzung der katholischen Religion sorgfältig sein Augenmerk zu richten und der Verbreitung von Irrlehren nachdrücklich entgegen zu wirken haben. Alles ärgerliche und lasterhafte Leben, „wodurch

„Gott billig zum Zorn und zur Strafe bewogen wird", sei allen Ernstes abzustellen, die sogenannte Christenlehre, religiöse Vorträge für die reifere Jugend in den Kirchen öfter zu halten, den Pfarrern die eigenmächtige Entfernung von ihren Gemeinden und die Einführung neuer Processionen, insbesondere wenn dadurch die Abhaltung der Christenlehre gehindert würde, im Einvernehmen mit den geistlichen Oberen zu untersagen, die wirthschaftliche Gebahrung mit dem Erträgnisse der frommen Stiftungen und mit den Kirchengeldern hauptsächlich durch Vermeidung unnöthiger Auslagen, wie auf Gastmale und dergleichen kräftig zu fördern, der Sonn- und Feiertag zu heiligen. Doch könne insbesondere zur Erntezeit den Knechten und Taglöhnern nach Beendigung des vormittägigen Gottesdienstes die Verrichtung landwirthschaftlicher Arbeiten, Abends aber eine gemeinsame Lustbarkeit gestattet werden. Weder geistliche noch weltliche Personen dürfen aus übermäßigem Andachtseifer sich Aeußerungen erlauben, durch welche die Akatholiken in ihrem Irrglauben bestärkt werden könnten, doch sei den Letzteren nirgends die öffentliche Ausübung ihrer Religion zu gestatten, und bei der geringsten Anzeige hievon ihnen auf's Entschiedenste entgegenzutreten. Insbesondere müsse für die christliche und ehrbare Erziehung der Jugend emsige Sorgfalt getragen werden. Zur Erreichung dieses Zweckes sei es nöthig, Vorkehrung zu treffen, daß nirgends fremde Lehrer, Lehrerinnen oder Kindermädchen, am allerwenigsten aber ungeprüfte Schulmeister Aufnahme fänden. Doch habe in allen diesen und ähnlichen Dingen der Kreishauptmann nicht eigenmächtig vorzugehen, sondern vorerst an die Landesregierung Bericht zu erstatten, welche sodann nöthigenfalls im Einvernehmen mit der geistlichen Behörde das Erforderliche veranlassen wird.

Von den geistlichen auf die weltlichen Dinge übergehend, schreibt die Instruction den Kreishauptleuten die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, die persönliche Aufsicht über den Zustand der Kerker, welche einerseits wohl verwahrt, um Entweichungen zu verhindern, andererseits aber wenigstens erträgliche Aufenthaltsorte sein sollen, endlich die beschleunigte Durchführung aller ihnen aufgetragenen Untersuchungen vor. Die Sorge für Straßen und Wege, für Hintanhaltung von

Feuersgefahr, von Störungen der nächtlichen Ruhe, von Betrug durch falsches Maß und Gewicht wird ihnen empfohlen. Juden dürfen außer gewissen Jahrmarktszeiten, oder wenn sie sonst etwa eine authentische Erlaubniß nachweisen können, nicht im Lande geduldet werden, Akatholiken ohne ausdrückliche Erlaubniß der Kaiserin sich nicht daselbst ansäßig machen. Die „armen" Unterthanen gegen die wider sie von den herrschaftlichen Beamten verhängten übermäßigen Geldstrafen zu schützen, wird den Kreishauptleuten ausdrücklich empfohlen, das Hauptgewicht aber auf die Verpflichtung der letzteren gelegt, die pünktliche Durchführung aller von der Landesregierung ausgehenden Anordnungen zu überwachen und jedes dagegen auftauchende Hinderniß rasch und mit Nachdruck zu beseitigen. Schließlich wird ihnen aufgetragen, mit Allen, mit denen sie in Berührung treten, bescheidentlich umzugehen, Niemand mit unnöthigen Einberufungen von seinen sonstigen Verrichtungen abzuhalten und ihm dadurch Reisekosten zu verursachen, im Falle der Nothwendigkeit einer solchen Vorladung aber das hiezu Anlaß gebende Geschäft mit Beschleunigung zu Ende zu führen.

Da in dieser Instruction so viel von geistlichen und confessionellen Dingen die Rede ist, möge es gestattet sein, hier auch der Lage der nichtkatholischen Christen, so wie der Juden in Oesterreich zu jener Zeit wenigstens im Vorbeigehen Erwähnung zu thun.

Was zunächst die letzteren betrifft, so muß vor Allem die lebhafte Abneigung hervorgehoben werden, welche Maria Theresia immer gegen sie an den Tag legte. Am heftigsten trat dieselbe zur Zeit der Wiedereinnahme von Prag im Jahre 1744 hervor. Damals erließ die Kaiserin die härtesten Edicte gegen die Juden, und nur schwer und allmälig gelang es, sie, wenn nicht zu milderer Anschauung, doch wenigstens zu milderen Maßregeln zu vermögen.

Kaum war die Nachricht von der Wiedereroberung der Hauptstadt Böhmens in Wien eingetroffen, als schon Maria Theresia dem Obersten Kanzler dieses Königreiches, welche Stelle damals noch Philipp Kinsky bekleidete, ihren Willen zu erkennen gab, daß schon mit kommendem Neujahr die Judenschaft aus Prag entfernt werden solle. Den Anstoß zu

diesem Beschlusse der Kaiserin hat wohl ohne Zweifel die Behauptung gegeben, die Juden in Prag hätten es wider die österreichische Regierung mit dem Feinde gehalten. Freilich wurde dieser Anklage später, und wie es scheint nicht mit Unrecht, lebhaft widersprochen, aber der Glaube an sie hatte einmal in dem Gemüthe der Kaiserin tiefe Wurzel gefaßt. Darum blieben auch die Vorstellungen, welche ihr wider den von ihr erlassenen Befehl gemacht wurden, ohne allen Eindruck auf sie. Dem Grafen Kinsky gebührt das Verdienst, deren zuerst erhoben zu haben. Allerdings sandte er seiner Verwendung zu Gunsten der Juden die Erklärung voraus, die von Maria Theresia beschlossene Maßregel sei ohne Zweifel im Rechte begründet, indem ja die Vorfahren der Kaiserin sich jederzeit die Befugniß zur Ausweisung der Juden gewahrt hätten. Unbegreiflich seien ihm die Beweggründe der Hofkammer, welche sich stets allen Schritten widersetzte, durch die man eine Schmälerung der den Juden früher gemachten Zugeständnisse habe herbeiführen wollen. Er müsse es als ein Verdienst für die Hofkanzlei in Anspruch nehmen, in alter und neuer Zeit genug Proben gegeben zu haben, daß sie in die Judenschaft „gar nicht verliebt sei", sondern in ihr vielmehr ein beträchtliches Hemmniß eines größeren Aufschwunges in den öffentlichen und Handelsangelegenheiten erblicke. Gar viele Ursachen walteten ob, welche die Juden, hauptsächlich aber dort, wo sie in größerer Anzahl vorhanden seien, zum „Abscheu" der bürgerlichen Gesellschaft machten. Nur die Reichsten und somit auch die Wenigsten aus ihnen ernährten sich redlich, die Aermeren aber nur durch Falschheit und Betrug; wer mit ihnen zu thun habe, müsse sich sorgfältig hüten, nicht zu Schaden zu kommen. Denn obgleich sie dem eifrig widersprächen, so bestehe doch ihr Hauptgrundsatz in nichts Anderem als in der Ueberzeugung, es sei nicht sündhaft das Gut der Christen auch in sonst ungerechter Weise an sich zu bringen.

Man wird mit der Vermuthung nicht fehlgreifen, daß Kinsky durch diese Auseinandersetzung nicht so sehr seine eigene Meinung darlegen, als der Kaiserin den Beweis liefern wollte, sie habe es in seiner Person mit keinem im Voraus parteiischen Judenfreunde zu thun. Dadurch hoffte er wohl für dasjenige günstigere Aufnahme zu erlangen,

was er nun schließlich doch zu Gunsten der Juden in Antrag zu bringen dachte. Denn so wenig sie auch im Allgemeinen Rücksicht verdienten, so müsse er sich doch, fuhr Kinsky fort, wenigstens gegen die Kürze des Termines erklären, innerhalb dessen die Ausweisung der Juden aus Prag vollzogen werden sollte. Die Rauheit der Jahreszeit, die große Anzahl der Prager Juden, die sich auf zwanzigtausend belaufe und unter welchen sich viele Kranke, Gebrechliche, Altersschwache und Kinder befänden, erheische gebieterisch einen Aufschub. Da sie zu Fuß durch Regen und Schnee unmöglich vorwärts zu kommen, auch ihr Gepäck nicht fortzuschaffen vermöchten, bedürften sie einer unglaublich großen Anzahl von Wagen, für welche so kurz nach dem Abzuge des Feindes die Pferde nicht aufzutreiben wären. Sie würden somit kaum eine große Strecke Weges zurücklegen können, sondern entweder auf der Straße umkommen müssen, oder das obdachlose Gesindel im Lande bedenklich vermehren. Endlich hafteten sie ja dem Staatsschatze sowohl als unzähligen Privatleuten gegenüber mit beträchtlichen Summen. Diese Forderungen würden verloren gehen, wenn man auf der plötzlichen Austreibung der Juden bestände. Ueberhaupt sollten die Reicheren aus ihnen von jener Maßregel völlig ausgenommen werden, denn durch deren Anwendung auf sie würde auch dem Handel Böhmens, den sie größtentheils betrieben, unberechenbarer Schaden verursacht, indem keine Christen vorhanden wären, welche auch in dieser Beziehung so rasch an ihre Stelle zu treten vermöchten [33]).

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Vorstellung Kinsky's ganz darauf angelegt war, bei Maria Theresia Eingang zu finden. Das Mitleid mit dem unermeßlichen Elende, welches in Folge einer solchen Verfügung über eine zahlreiche Menschenmenge hereinbreche, werde, so mochte Kinsky sich schmeicheln, das Herz einer Frau nicht ungerührt lassen, während die Hinweisung auf den beträchtlichen Schaden, den die Vertreibung der Juden dem Staatsschatze und dem Lande verursachen würde, auf den scharfen Verstand der Monarchin nicht ohne Wirkung bleiben könne. Aber so klug diese Berechnung auch sein mochte, so zeigte sie sich dennoch als Täuschung, denn offenbar war jene Stärke der Empfindungen der Kaiserin, welche nicht selten in Leidenschaftlich-

keit und in einen dann schwer zu beugenden Starrsinn ausartete, dabei allzu wenig in Anschlag gebracht. Jetzt aber wirkten in Maria Theresia zwei gleich lebhafte Gefühle zusammen: die in ihren religiösen Ueberzeugungen begründete Idee, durch Austreibung der Juden aus ihren Ländern eine Gott gefällige Sache zu thun, und die Genugthuung über die ihrer Meinung nach wohlverdiente Bestrafung der Juden für ihr Einverständniß mit dem verhaßten Gegner, dem Könige von Preußen. Darum verfehlte auch Kinsky's Vorstellung völlig ihre Wirkung bei Maria Theresia. Ja es wurde das Ausweisungsgebot jetzt auf sämmtliche in Böhmen befindliche Juden erstreckt. Nur hinsichtlich des Termines zur Vollziehung ihres Befehles ließ sich Maria Theresia zu dem gewiß nur geringen Zugeständnisse herbei, daß erst mit Ende Jänner 1745 Prag von den Juden geräumt werden müsse. In Böhmen selbst durften sie noch bis Ende Juni dieses Jahres verbleiben. Eigenhändig fügte die Kaiserin dem Rescripte an die böhmische Statthalterei die Bemerkung hinzu, daß kein böhmischer Jude in einem der übrigen österreichischen Länder sich niederlassen dürfe [34]). An die Behörden der Letzteren, insbesondere an die ungarische Statthalterei erging in diesem Sinne ein strenger Befehl [35]). Und der Vicepräsident der böhmischen Kammer, Graf Philipp Kolowrat, wurde persönlich mit dem Vollzuge des kaiserlichen Beschlusses betraut. Er präsidirte der zu diesem Zwecke eingesetzten Commission, als deren übrige Mitglieder Graf Franz Leopold Bouquoy, der Altstädter Hauptmann Graf Breda, der Appellationsrath Hennet, der Kammerrath Textor, endlich für den Altstädter Magistrat die Herren von Gamsenfeld und von Krauseneck erscheinen.

Die Art und Weise, in welcher die Commission ihre Aufgabe vollzog, gereicht ihren Mitgliedern zur Ehre. Da war nichts von schmeichlerischer Wohldienerei, welche, um dem Sinne der Herrscherin zu entsprechen, die von ihr ertheilten Befehle mit Härte vollzog. Allerdings war bei der leidenschaftlichen Erregtheit der Kaiserin an eine Zurücknahme ihrer Anordnungen wenigstens vor der Hand nicht zu denken, und ein Antrag, der dieß bezweckte, wurde von ihr mit der eigenhändigen Erklärung abgelehnt: „Die Juden müssen Alle hinaus

„und es schon öfter positiv gemeldet[36]).“ Auch die angelegentliche Verwendung fremder Regierungen zu Gunsten der Juden hatte kein günstigeres Resultat. England und Holland, Dänemark, ja sogar die Pforte richteten Vorstellungen an Maria Theresia, aber die Kaiserin wollte deren Einmischung in eine Sache nicht dulden, die sie als eine innere Staatsangelegenheit ansah. „Denn sie ist eine Fürstin,“ sagt bei diesem Anlasse der venetianische Botschafter Erizzo von ihr, „welche „zwar herablassend und voll der besten und gewinnendsten Umgangs„formen, aber doch durchdrungen von dem Gefühle ihrer hohen Stellung „und ungemein eifersüchtig auf ihre Machtvollkommenheit ist[37]).“

Unter solchen Umständen konnte auch die Commission bei dem besten Willen nichts anderes thun, als vor der Hand wenigstens Aufschub der Vollziehung der wider die Juden angeordneten Maßregeln erwirken. Solches gelang auch; zuerst wurde die Frist der Räumung Prags bis Ende Februar, hierauf bis Ende März verlängert, dann aber mußten die Prager Juden die Hauptstadt wirklich verlassen. Natürlich siedelten sie sich einstweilen in den um Prag gelegenen Ortschaften an. In Lieben, Wersowecz, Nußl, Kossirz, Smichow waren nicht nur die Häuser und Hütten, sondern auch die Scheuern und Ställe von ihnen überfüllt. Diese Zusammendrängung einer zahlreichen, nicht gerade an Reinlichkeit gewohnten Volksmasse in schlecht verwahrten Räumen mußte aber im höchsten Grade gefährlich für den Gesundheitszustand, und zwar nicht blos der Juden selbst, sondern auch der christlichen Bevölkerung erscheinen. Außerdem machte sie sogar vom Standpunkte der Regierung die ganze Maßregel der Austreibung der Juden aus Prag illusorisch. Denn jeden Morgen strömten sie schaarenweise nach der Hauptstadt und gingen dort nach wie vor dem Handel und Schacher nach. Und wenn man schon früher darüber geklagt hatte, daß die Juden der Regierung nicht anhänglich gesinnt und darum für dieselbe gefährlich seien, so mußten sie durch die Härte der über sie verhängten Maßregeln erst recht und aufs Aeußerste erbittert werden. Darum kam die böhmische Statthalterei der Kaiserin gegenüber unablässig auf diese Angelegenheit zurück. In einem Berichte vom 5. October 1745[38]) schilderte sie neuerdings die trostlose Lage der Juden. Fern von Prag

könnten sie nicht wohnen, weil ihr Eigenthum und ihre Geschäfte sich in der Hauptstadt befänden. In Prag aber dürften sie nicht sein, und in der Umgebung dieser Stadt, in ihren jetzigen Aufenthaltsorten müßten sie zu Grunde gehen. Das Beste wäre daher, ihnen wenigstens für einige Zeit die Rückkehr in ihre leer stehenden Häuser in Prag zu gestatten.

Es scheint fast, als ob während des nachfolgenden Winters eine solche Zulassung der Prager Juden in ihre Häuser ausnahmsweise bewilligt worden wäre. Das aber ist gewiß, daß im Jahre 1746 die Ausweisung der Juden aus Prag neuerdings angeordnet und zur raschesten Ueberwindung jeden Hindernisses ihrer Durchführung auch die Mitwirkung des Militärs in Anspruch genommen wurde. Und um gleich von vorneherein die Uebelstände zu beseitigen, welche im vergangenen Jahre aus der übergroßen Anhäufung der Juden um Prag entstanden waren, wurde befohlen, ihnen nicht nur in Prag, sondern zwei Stunden im Umkreise der Hauptstadt den Aufenthalt nicht mehr zu erlauben. Bei Strafe von hundert Ducaten wurde verboten, einen Juden in einem geschlossenen Orte übernachten zu lassen [39]). Und dem Feldzeugmeister Grafen Wallis, welchem befohlen worden war, streng darüber zu wachen, daß bis längstens Ende Juli kein Jude mehr innerhalb zwei Stunden von Prag anzutreffen sei, wurde auf seine Anfrage, ob darunter nur die Prager Juden allein oder nebst ihnen auch diejenigen zu verstehen seien, welche in den um Prag gelegenen Ortschaften ansässig waren, eröffnet, daß nur die letztere Auslegung der kaiserlichen Anordnung entspreche. „Sie müssen auch fort,“ schrieb Maria Theresia auf den Bericht der Hofkanzlei [40]), „weilen aber ihnen noch „nichts beordert worden ist, selben bis Ende August Termin zu geben.“

So kategorisch lauteten die Befehle der Kaiserin, daß endlich auch der böhmischen Statthalterei nichts übrig blieb als die Versicherung, sie werde das „allermildeste Rescript“ pünktlich befolgen. So geschah es denn auch in der That, und Anfangs August konnte die Anzeige erstattet werden, daß kein einziger Jude sich mehr in Prag befinde, indem selbst ihre Kinder, Greise und Wöchnerinnen, so elend ihr Zustand auch sein mochte, in das jüdische Lazareth unweit Prag gebracht wor-

den seien, um von dort zu Ende des Monats August neuerdings und noch weiter entfernt zu werden. Auch zur Tageszeit werde kein Jude, außer wegen der allertriftigsten Ursachen in die Judenstadt gelassen. Die Statthalterei habe somit die Befehle der Kaiserin buchstäblich erfüllt. Sie sehe sich aber auch in ihrem Gewissen verpflichtet, die empfindlichen Nachtheile darzustellen, welche die Ausweisung der Juden aus Prag schon herbeigeführt habe und die ihre Vertreibung aus Böhmen, wenn auf derselben bestanden würde, noch verursachen müßte [41]).

Denn die letztere war, so entschieden auch die Kaiserin ihren Willen kundgegeben hatte, noch immer nicht ausgeführt worden. Zu mächtig waren die Hindernisse, welche sich ihr allseitig entgegenthürmten, zu lebhaft die Vorstellungen, die dawider erhoben wurden. Und es ist merkwürdig, daß gerade die Christen, in deren Interesse Maria Theresia zu handeln glaubte, wenn sie die Austreibung der Juden befahl, sich am eifrigsten für sie verwendeten. So wie für die Prager Juden Bürgermeister und Rath der dortigen Altstadt, so traten für die Juden von ganz Böhmen die Stände des Königreiches in die Schranken. Die ersteren erklärten sich für ruinirt, wenn es bei der Austreibung verbliebe, die Letzteren gaben ähnliche Erklärungen ab. Statistische Berechnungen wurden angestellt, um der Kaiserin den unermeßlichen Schaden zu zeigen, den sie selbst und ihr Land durch die Durchführung jener Maßregel erleiden müßten. Bei Heller und Pfennig wurde berechnet, wie viel an Zoll, an Verzehrungssteuer, an Salzverkauf und Postporto für den Staatsschatz verloren gehen müßte. Eine Summe hätten die Juden alljährlich in Umlauf gebracht, welche sich auf wenigstens eine Million veranschlagen lasse. Wenn schon die Kaiserin sich zu einer Zurücknahme ihrer Anordnung durchaus nicht entschließen könne, so möge sie doch von deren allsogleicher Durchführung abstehen und dieselbe nur nach und nach in Ausführung bringen.

Zeit gewonnen, Alles gewonnen, dachten sich wohl diejenigen, welche zu Gunsten der Juden bei Maria Theresia sprachen. Darum wurde es schon wie ein Gewinn betrachtet, als die Kaiserin befahl, ihr einen Plan vorzulegen, nach welchem binnen sechs Jahren die ganze Judenschaft aus Böhmen abgeschafft würde [42]). Denn was konnte nicht

Alles binnen sechs Jahren geschehen und daran vielleicht die ganze Maßregel scheitern. Und so kam es denn auch in der That, ja sogar rascher, als man darauf zu hoffen gewagt hatte.

Es scheint daß Haugwitz, der zu jener Zeit über Maria Theresia Alles vermochte, sie auch allmälig zu einem milderen Verfahren gegen die Juden in Böhmen und Mähren bestimmte. Denn ein ganz ähnlicher Vorgang wie in Böhmen war gegen sie auch in Mähren beobachtet worden. Sowie in Prag, durften sie auch in Brünn und Olmütz nicht eingelassen werden, und jede Vorstellung dagegen hatte sich gleichfalls als fruchtlos erwiesen [43]). Das wurde nun anders, als Haugwitz sich nach Mähren und Böhmen begab, um mit den Ständen wegen des Abschlusses des Rezesses in Verhandlung zu treten, den sie wegen Bezahlung der zehnjährigen Contribution eingehen sollten. Um sie zu solchem Opfer zu vermögen, mußte die Regierung sich gleichfalls zu Zugeständnissen an sie herbeilassen, unter ihren Begehren aber stand das Verbleiben der Juden im Lande in vorderster Reihe. Darum wurde schon in der Instruction, welche die Kaiserin dem Grafen Haugwitz mit auf den Weg gab, demselben der Auftrag ertheilt, sich genau davon zu unterrichten, ob seit der Abschaffung der Juden aus Prag der Preis der Waaren daselbst gestiegen und welche Vorkehrung getroffen worden sei, um das Publicum vor allzu großer Uebervortheilung durch die christlichen Kaufleute zu schützen. Es sei deßhalb zu überlegen, ob nicht doch etwa das Beste des Landes es fordere, wenigstens die reicheren jüdischen Familien beizubehalten und sie irgend wohin außerhalb Prag zu verlegen, wie viel jede Familie bezahlen solle und wie die übrigen am besten außer Landes geschafft werden könnten.

Dieser Punkt seiner Instruction gewährte dem Grafen Haugwitz den passendsten Anlaß, die erneuerten Vorstellungen der Commission gegen die Austreibung der Juden aus Böhmen und die Bitte um die Bewilligung ihrer Rückkehr nach Prag der Kaiserin vorzulegen. Fast ausschließlich habe der Handel von Böhmen, so heißt es in dem Berichte der Commission, sich in den Händen der Prager Judenschaft befunden. Sie sei es gewesen, welche durch ihre Verbindungen mit ihren Glaubensgenossen auf dem Lande sämmtliche Producte desselben,

welcher Art sie auch sein mochten, im Kleinen an sich brachte, um sie wieder im Großen und theilweise außer Landes zu verkaufen, wodurch sie äußerst beträchtliche Summen in dasselbe zog. Die Christen aber könnten dieses Geschäft nicht so betreiben wie die Juden, weil ihnen das Geld dazu mangle, der eigentliche Handelsgeist abgehe und sie sich auch nicht einer gleich sparsamen Lebensweise wie die Juden befleißen.

Diese Vorstellung der Commission wurde auch von Haugwitz eifrig unterstützt. Die Rückkehr der Juden nach Prag werde, so schrieb er der Kaiserin, selbst von den dortigen christlichen Handwerkern lebhaft gewünscht. Alles bezeuge, wie hoch seit ihrer Abschaffung der Preis der Waaren gestiegen sei, und bald werde man der nothwendigsten Artikel entbehren, was bei der Anwesenheit der Juden niemals geschehen wäre. Dürften sie nicht mehr nach Prag zurückkehren, so müßte die Stadt verarmen und der Reichthum sich dorthin ziehen, wo die Juden ihren Wohnsitz aufschlagen würden.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß Maria Theresia trotz dieser und ähnlicher Vorstellungen, die nun von allen Seiten auf sie einstürmten, ihre Ansichten über die Juden und über das Wünschenswerthe ihrer Rückkehr nach Prag und ihres Verbleibens in Böhmen durchaus nicht änderte[44]). Aber der Rezeß mit den Ständen von Böhmen und Mähren durfte keinen längeren Aufschub erleiden, und um ihn ins Werk zu setzen, mußte eines ihrer wichtigsten Begehren, die Zurücknahme der gegen die Juden erlassenen Anordnungen zugestanden werden. „Pur allein", schrieb Maria Theresia eigenhändig auf das Referat der Hofkanzlei, „pur allein, weil so inständigst die Länder es verlangen und „ihre äußersten Kräfte anspannen, so will wegen der Juden, aber „positive nicht länger als auf die zehn Rezeßjahre, wo nachgehends es „bei meiner vorigen Resolution sein Bleiben haben solle, accordiren." Doch verlangte die Kaiserin ausdrücklich, daß die Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien für diese Vergünstigung eine Contribution von wenigstens dreimalhunderttausend Gulden auf sich nehmen sollten, wovon die Hälfte diesen Ländern, die Hälfte aber dem Staatsschatze zu Gute komme, „wo sonsten selbe", lautet es weiter, „gewiß abge„schafft werden sollen und selbe als pure Kammerknechte, daß das

„Land gar nichts mit selben solle zu thun haben, erkannt und beschützt „werden.“

Es mag dahin gestellt bleiben, ob Maria Theresia damals noch im Ernste daran dachte, nach Ablauf der zehnjährigen Frist auf die Austreibung der Juden zurückzukommen, oder ob sie dieses Termines sich nur als eines Vorwandes bediente, um vor sich selbst und der Bevölkerung ihres Reiches die Aenderung ihrer früher so laut und so entschieden ausgesprochenen Beschlüsse minder schroff hervortreten zu lassen. Gewiß ist nur, daß seither die Sache niemals wieder in Anregung kam, durch die Erlassung von Judenordnungen aber wurden, so strenge und eng beschränkende Bestimmungen dieselben auch enthalten mochten, doch wenigstens die Juden der drückenden Besorgniß enthoben, jeden Augenblick aus ihren Wohnorten verjagt, und gleich einer rechtlosen Horde aus dem Lande ihrer Geburt oder ihrer Ansiedlung vertrieben werden zu können.

Daß aber Maria Theresia, wenn sie gleich mit dem Gedanken einer völligen Austreibung der Juden aus den österreichischen Ländern sich nicht mehr beschäftigte, ihnen doch persönlich immer im höchsten Grade abgeneigt blieb, dafür besitzen wir zahlreiche Beweise. Auch in dieser Beziehung erwies sich die Wahrheit der Worte des venetianischen Botschafters Diedo, welcher einmal über Maria Theresia schreibt: „Obwohl die Kaiserin reich ausgestattet ist mit den vorzüg„lichsten Eigenschaften, so darf man doch, wenn sie einmal von irgend „etwas eine ungünstige Meinung gefaßt hat, nicht darauf hoffen, sie ihr „jemals benehmen zu können“ [45]). Auch in Bezug auf die Juden war dieß der Fall. So konnte sie im Jahre 1741, während ihres längeren Aufenthaltes in Preßburg den Widerwillen nicht verbergen, den sie empfand, wenn sie die aus der Stadt zum Schlosse führende Gasse durchfuhr, welche schon damals sowie jetzt die Juden vorzugsweise bewohnten [46]). Und wie sie noch während ihrer letzten Lebenszeit über die Juden dachte, zeigt eine aus dem Jahre 1777 herrührende Aufzeichnung der Kaiserin. Sie lautet: „Wegen Götzel hat es auf die „drei Jahr sein Bewenden. Künftig solle keinen Juden, wie sie Namen „haben, zu erlauben hier zu sein ohne meiner schriftlichen Erlaubniß.

„Ich kenne keine ärgere Pest von Staat als diese Nation wegen Betrug, „Wucher und Geldvertragen, Leut in Bettelstand zu bringen, all üble „Handlungen ausüben, die ein anderer ehrlicher Mann verabscheuete, „mithin sie, so viel sein kann, von hier abzuhalten und zu vermindern; „mir eine Tabelle einzuhändigen, wie viel Juden hier sind, wo sie woh„nen; alle Quatember selbe wiederholen, was zu oder abgefallen.“

Obgleich nicht in so grellem Maße, wie gegen die Juden, machte sich die Abneigung Maria Theresia's auch gegen die Protestanten bei jedem Anlasse deutlich bemerkbar. Aus der den Kreishauptleuten ertheilten Instruction ist die Strenge zu ersehen, mit welcher sie jeder öffentlichen Ausübung der protestantischen Religion entgegen zu treten hatten. Die Verbindung, in welche dort dieses Verbot mit der Nothwendigkeit einer christlichen und ehrbaren Erziehung der Jugend gebracht wird, läßt fast vermuthen, die Verfasser der Instruction hätten eine solche Erziehung überhaupt für unvereinbar mit dem Protestantismus gehalten. Das ganze Verfahren der Regierung gegen die Protestanten entsprach dieser Anschauung, wobei sich freilich zur Entschuldigung anführen läßt, daß zu jener Zeit auch in vielen protestantischen Ländern die Katholiken nicht besser, ja oft noch schlechter behandelt wurden als die Protestanten in Oesterreich.

Was die deutschen Provinzen Oesterreichs betrifft, so befanden sich die meisten Protestanten in dem Lande ob der Enns, in Steiermark, Kärnten und Krain. Den Rathschlägen des Beichtvaters der Kaiserin, des Jesuiten Ignaz Kampmüller, wurde die Härte zugeschrieben, mit der man wider sie vorging. Unbeachtet blieben die Vorstellungen des Gewissensrathes des Kaisers, Ignaz Pitterman, welcher, obwohl ebenfalls Jesuit, doch zu milderem Auftreten rieth [17]). Die Religionscommissionen in den genannten Provinzen wurden aus den unduldsamsten Katholiken zusammengesetzt; sie entzogen den Protestanten ihre Bücher, hinderten sie an der Unterweisung ihrer Kinder in den Lehren ihres Glaubens und ließen kein Mittel unversucht, um sie entweder zum Uebertritt zum Katholizismus zu bewegen oder aus dem Lande zu entfernen. Wer das letztere wählte, wurde meistens nach Siebenbürgen geschafft, um dort der sächsischen Nation beigesellt zu

werden, welche sich des Rechtes der freien Religionsübung erfreute. Aber das Schicksal dieser Auswanderer war nicht selten ein trauriges. In ihrer Heimath waren sie gezwungen, ihren Grundbesitz und ihre Habseligkeiten zu Spottpreisen zu veräußern, um nur die Reise antreten zu können; im siebenbürgischen Sachsenlande aber waren nur wenige Ländereien verkäuflich, so daß sie sich in der Regel nicht ansäßig zu machen vermochten, und nicht selten in Elend versanken [48].

Aus dem Umstande, daß die Protestanten aus den deutsch-österreichischen Ländern häufig nach Siebenbürgen sich wandten, um sich dort der ungehinderten Ausübung ihrer Confession zu erfreuen, darf man jedoch nicht den Schluß ziehen, daß etwa den Protestanten in den ungarischen Ländern in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig geblieben wäre. Im Gegentheile, gerade in Ungarn waren die Protestanten aufs Aeußerste unzufrieden mit der Behandlung, die sie erfuhren, für welche freilich Maria Theresia selbst nur in geringstem Maße verantwortlich gemacht werden kann. Gerade bei ihr war es vielmehr, wo die ungarischen Protestanten um Schutz sich bewarben gegen die Bedrückungen, über welche sie Beschwerde führen zu können glaubten. Im Juli 1749 begab sich zu diesem Ende eine Deputation ungarischer Edelleute nach Wien. Gabriel Pronay, Alexander Podmaniczky, Stephan Szirmay waren unter den Vertretern der Lutheraner, Abraham Vay und Gedeon Raday unter denen der Calvinisten. Im Ganzen bestand die Deputation aus elf Personen. Als sie bei dem ungarischen Hofkanzler Grafen Leopold Nadasdy sich meldeten, wurden sie gar hart von ihm angelassen. Ja sie behaupteten, er habe die Drohung ausgesprochen, daß wenn auch ihre Bitten von der Kaiserin gewährt werden sollten, er schon wissen werde, sie dennoch zu nichte zu machen.

Ungleich huldreicher als bei dem Hofkanzler war der Empfang, welchen die Deputation bei der Kaiserin fand. Pronay hielt die Anrede an sie. Maria Theresia beantwortete dieselbe mit der Versicherung, jederzeit werde sie die gesetzlich feststehenden Rechte der Protestanten achten und nicht wider sie handeln. Immer sollten sie ihrer Gnade theilhaftig werden, wenn sie sich nur auch so betrügen, wie es treuen

Unterthanen ziemt. Hiezu gehöre vor Allem, sich nicht an die fremden Gesandten zu wenden, sondern ihre Angelegenheiten in Wien nur durch die ungarischen Behörden zu betreiben, keine Tumulte zu erregen und das Volk nicht wider die Regierung zu hetzen. Sollte von dieser etwas ihnen Mißfälliges geschehen, so hätten sie nur in sich selbst und ihrem Benehmen die Ursache davon zu suchen.

Es ist wohl selbstverständlich, daß die Mitglieder der Deputation sich in emphatischen Versicherungen ihrer unwandelbaren Treue ergingen. Nie sei ihnen auch nur der Gedanke gekommen, sich an einen fremden Gesandten zu wenden. Hätten sie jemals an eine so abscheuliche That auch nur gedacht, so wären sie nicht werth, daß sie der Erdboden trüge.

„Wie, Ihr seid nicht bei den fremden Gesandten gewesen," rief Maria Theresia mit ihrer gewohnten Lebhaftigkeit dazwischen, „Ihr „habt Euch nicht an ihre Vermittlung gewendet? War ja doch der „holländische Gesandte Burmania Euretwegen bei mir, und hat sich „auch der hannover'sche, ja sogar der preußische Gesandte für Euch „verwendet." Und als hierauf das Mitglied der Deputation, Alexander Berczeviczy entgegnete, sie seien zwar schon seit zwei Wochen in Wien, hätten aber keinen Gesandten gesehen, ja nicht einmal ihren eigenen Gottesdienst besucht, da gab Maria Theresia die charakteristische Antwort: „Da habt Ihr übel gethan, Ihr hättet recht gut Eurem Gottes„dienste beiwohnen können." Sie wolle wohl glauben, fuhr die Kaiserin fort, daß die Mitglieder der Deputation nicht bei den fremden Gesandten gewesen seien, destomehr aber geschehe dieß von den Agenten und Sachwaltern der Protestanten in Ungarn. Nicht an die fremden Minister, ja nicht einmal an das deutsche Ministerium sollten sie sich wenden, sondern ihre Beschwerden nur im Wege der ungarischen Behörden vorbringen. Würden ihnen diese nicht Recht schaffen, so wüßten sie ja wohl, daß die Thüre zur Kaiserin Niemand, also auch ihnen niemals verschlossen sei.

Als aber Berczeviczy erwiederte, daß gerade der Weg durch die ungarischen Behörden für sie der „fatalste" wäre, indem dieselben viele ihnen günstige Entschließungen der Kaiserin eigenmächtig geändert und

also verfälscht in den Comitaten veröffentlicht hätten, mußte Maria Theresia die Richtigkeit dieser Anklage zugeben. Huldreich nahm sie die Bittschrift der Deputation aus den Händen Pronay's entgegen, der sich der Kaiserin gegenüber auf die Kniee geworfen hatte. Ueber eine Stunde währte die Audienz [49]), doch kann nicht gesagt werden, daß sie irgend welche Resultate nach sich gezogen hätte. Nach wie vor wurden die Protestanten in Ungarn nicht nur streng innerhalb der ihnen gesetzlich zustehenden Rechte gehalten, sondern nicht selten sogar in dem Genusse derselben beeinträchtigt. Ja gerade aus der Resultatlosigkeit der Audienz, welche die ungarischen Protestanten bei Maria Theresia gehabt hatten, schöpfte der Veszprimer Bischof Martin Biro den Anlaß und den Muth zu einer Schrift, in welcher er die ungarischen Protestanten mit argen Schmähungen überhäufte und die Rechtsgiltigkeit ihrer Begehren bestritt.

Die Aufregung, welche durch diese Schrift unter den Protestanten Ungarns entstand, bot dem Könige von Preußen die erwünschte Gelegenheit, sich in jene Händel zu mischen, von denen er eine Schwächung des Ansehens der österreichischen Regierung in Ungarn nicht mit Unrecht erwartete. Auch in fremden Ländern zum Schutzherrn der Protestanten sich aufwerfend, beauftragte er den Bischof von Breslau, Grafen Schaffgotsch, der katholischen Geistlichkeit in Ungarn größere Mäßigung gegen die Protestanten zu empfehlen. Schaffgotsch aber legte, wie es wohl zuvor schon mit dem Könige abgemacht war, da er weder einen gesetzlichen noch einen sonstigen Einfluß auf den katholischen Clerus in Ungarn besaß, das Schreiben des Königs dem Papste Benedikt XIV. vor. Durch seine Vermittlung gelangte es an Maria Theresia, welche denn auch die Einziehung der Schrift des Veszprimer Bischofs befahl [50]).

Man sieht aus diesem Beispiele, daß die Hauptschuld der harten Behandlung der Protestanten in Oesterreich die katholische Geistlichkeit trifft, deren Ansehen bei der glaubenseifrigen Kaiserin immer ein hochgehaltenes war. Aber man sieht auch, daß der aufgeklärte, nicht aber der zelotische Theil der Geistlichkeit ihre Sympathien besaß, wie denn gerade die freisinnigeren Bischöfe, vor Allem aber der Wiener Erzbischof

Johann Joseph Graf Trautson der Gunst der Kaiserin sich erfreuten. Und am ärgsten würde man sich täuschen, wenn man annähme, daß Maria Theresia sich durch ihre Vorliebe für die katholische Geistlichkeit etwa dazu hätte verleiten lassen, derselben irgend welche Zugeständnisse zu machen, durch die ihre eigene Machtvollkommenheit beeinträchtigt worden wäre. Weder dem Clerus in Oesterreich, noch dem heiligen Stuhle gegenüber geschah dieß, mit welch Letzterem bekanntlich Maria Theresia fast während der ganzen Dauer des Erbfolgekrieges auf sehr gespanntem Fuße sich befand. Ja man kann wohl sagen, daß Oesterreich längere Zeit hindurch mit Rom in fast gar keinem diplomatischen Verkehr stand. Denn als im November 1744 der bisherige Bevollmächtigte Oesterreichs, Graf Joseph Maria von Thun, Rom verließ, wurde sein Posten einstweilen nicht wieder besetzt, sondern die Besorgung der Geschäfte des Wiener Hofes in Rom wenigstens der Form nach dem Comprotector der österreichischen Erbländer, Cardinal Alessandro Albani übertragen. Da nun auch der heilige Stuhl seit der Abreise des Cardinals Paolucci von Wien dort keinen Vertreter mehr besaß, so drohte die Entfremdung eines der größten katholischen Höfe von der römischen Curie immer weiter zu gehen, so daß man endlich in Rom, insbesondere seit dem Augenblicke der Erhebung des Großherzogs von Toscana auf den Kaiserthron von Deutschland ernstlich darnach trachtete, eine Wiederannäherung herbeizuführen. Zu diesem Ende bediente sich der heilige Stuhl der Vermittlung der Königin Marianne von Portugal, welche bekanntlich eine Tante Maria Theresia's und mit ihr einige Zeit wenigstens in einer von beiden Theilen mit Eifer unterhaltenen Verbindung war. Die Verhandlungen hierüber wurden durch den damaligen portugiesischen Gesandten in Wien geführt, und es war dieß, eigenthümlich genug, kein Anderer als Sebastian Joseph Carvalho Melho, der nachmals so berühmte Marquis von Pombal.

Es wurde ihm in Wien nicht allzuschwer gemacht, zu dem erwünschten Ziele zu gelangen, denn die Wiederherstellung des guten Einvernehmens mit dem heiligen Stuhle war ja Maria Theresia persönlich in hohem Grade willkommen. Als daher der Papst in der Person des

Erzbischofs Serbelloni einen Nuntius nach Wien sandte, von dem er wußte, daß er eine am Kaiserhofe gern gesehene Persönlichkeit sei [51]), erwiederte Maria Theresia diesen Schritt. Graf Christoph Migazzi, Domherr zu Brixen und Trient, begab sich im Auftrage der Kaiserin nach Rom, um dort als Uditore di Rota für Oesterreich zu fungiren, hauptsächlich aber um das Aussöhnungswerk zwischen beiden Regierungen zu Ende zu führen.

Man war jedoch, in dem Augenblicke wenigstens, als Migazzi in Rom die Unterhandlungen begann, noch ziemlich weit vom Ziele entfernt. Befand sich ja noch immer jener Cardinal Valenti am Staatsruder, der sich während des ganzen Erbfolgekrieges als ein erbitterter Gegner des Hauses Oesterreich gezeigt hatte. Es war also auch weniger durch den Verkehr Migazzi's mit ihm als durch die Bemühungen Carvalho's am Wiener Hofe, daß endlich die förmliche Wiederversöhnung des Letzteren mit dem heiligen Stuhle zu Stande kam. Als äußeres Anzeichen hievon kann die Aufhebung der Beschlagnahme, welche seit mehreren Jahren auf die Abteien Valenti's in der Lombardie gelegt war, andererseits aber die seiner Zeit in Rom verweigerte, jetzt aber vollzogene Ernennung des Uditore di Rota, Mario Mellini, zum Cardinal angesehen werden. Bald darauf wurde Letzterer zum bevollmächtigten Minister Oesterreichs in Rom ernannt. So waren nun äußerlich wenigstens die guten Beziehungen zwischen dem heiligen Stuhle und dem Wiener Hofe hergestellt, wie sie zur Zeit der Thronbesteigung Maria Theresia's obgewaltet hatten.

Den ersten Beweis davon gab Papst Benedikt XIV. der Kaiserin dadurch, daß er ihrem Wunsche gemäß und trotz des lebhaftesten Widerstrebens der Republik Venedig zur Errichtung eines Erzbisthums in Görz und zur Loslösung seines Sprengels von dem des bisherigen Patriarchates von Aquileja sich bereit finden ließ.

Die gleiche Willfährigkeit bewies der Papst gegen das Begehren der Kaiserin wegen Verringerung der Anzahl der katholischen Feiertage. Hauptsächlich war es die Rücksicht, ihre Unterthanen nicht an so häufig wiederkehrenden Tagen der Arbeit sich entziehen und dafür dem

Müßiggange und Ausschweifungen sich hingeben zu sehen, wodurch die Kaiserin zu diesem Verlangen vermocht wurde. Mehr als zwanzig Feiertage sollten aufgehoben werden, und der Wiener Erzbischof Trautson schickte sich an, die Auswahl der zu unterdrückenden Festtage vorzunehmen. Aber es fehlte nicht an Eiferern, welche durch eine solche Neuerung das Interesse der katholischen Kirche gefährdet glaubten, oder sich wenigstens den Anschein gaben, als ob dieß wirklich ihre Meinung sei. War ja doch Trautson selbst bei ihnen verhaßt, und sie nannten ihn, weil er, gerade um den Uebertritt der Protestanten zum Katholizismus zu erleichtern, den Eid beseitigt hatte, durch welchen sie im Falle des Uebertrittes ihre bisherige Confession förmlich abzuschwören genöthigt waren, einen geheimen Protestanten. Als es sich nun um Beseitigung einer Anzahl katholischer Feiertage handelte, entbrannte die Befehdung Trautsons noch stärker als zuvor. Der Bischof von Olmütz, Cardinal Troyer, stand an der Spitze der Gegenpartei und er eilte nach Wien, um entweder die neu beschlossene Maßregel rückgängig zu machen oder doch ihre Anwendung auf Mähren und Schlesien zu verhindern. Die eigenthümliche Lage seiner Diöcese erfordere dieß, indem sie meist an Landstriche grenze, welche von Protestanten bewohnt seien. Sogar diese Letzteren feierten zur Weihnachtszeit und zu Ostern drei Tage, sowie sie auch die Feste der Apostel festlich begiengen. Würde nun, wie es im Plane sei, die Weihnachts- und Osterfeier von drei auf einen einzigen Tag beschränkt, auch kein Fest eines Apostels mehr mit Ausnahme desjenigen des heiligen Petrus gefeiert, so würde dadurch den Protestanten ein Vorwand zu der Behauptung geliefert, daß man in ihrer Kirche der Geburt und der Auferstehung des Herrn so wie den Verbreitern des Christenthums größere Verehrung als bei den Katholiken erweise. Es sei dieß ein gefahrdrohendes Beginnen, vor dem nicht ernstlich genug gewarnt werden könne [52]).

Mit außerordentlicher Schlauheit hatte Cardinal Troyer denjenigen Punkt herausgefunden und berührt, welcher sich bei Maria Theresia jederzeit als der empfindlichste erwies, ihre Rivalität mit Friedrich von Preußen. Der König aber, der bekanntlich aufs eifrigste den Zweck verfolgte, für Schlesien eine dichtere Bevölkerung zu gewinnen und es

dadurch fruchtbarer und einträglicher zu machen, hatte wohl hauptsächlich aus dieser Ursache überall erklärt, daß er auf das Religionsbekenntniß seiner Unterthanen gar kein Gewicht lege. Zunächst war diese Aeußerung wohl darauf berechnet, die Protestanten aus dem österreichischen Schlesien nach Preußen hinüberzuziehen. Nun aber eröffnete der Cardinal Troyer vor den erschreckten Augen Maria Theresia's die traurige Aussicht, daß auch das katholische Landvolk, welches fanatisch an seinen Festtagen hing, durch die Verminderung ihrer Anzahl gereizt werden und nach dem preußischen Schlesien sich wenden könnte, wo Niemand eine Schmälerung derselben beabsichtigte[53]).

Solche Betrachtungen waren wohl geeignet, die Kaiserin einen Augenblick stutzig zu machen und sie zu einer Verzögerung der Ausführung des schon feststehenden Planes zu vermögen. Andere Bischöfe, unter ihnen hauptsächlich die von Salzburg und Passau, wirkten in ähnlichem Sinne wie Cardinal Troyer, aber sie erreichten dennoch ihren Zweck nicht. Am 9. März 1754 wurde in Wien das vom 21. Jänner desselben Jahres datirte Edict der Kaiserin publicirt, demzufolge an vierundzwanzig früheren Festtagen zwar der Gottesdienst besucht[54]), nach demselben aber jedwede Arbeit erlaubt werden sollte. Nur wurde es streng untersagt, an diesen Tagen die Unterthanen zur Leistung der Robot zu zwingen.

Es ist von hohem Interesse zu sehen, wie sich gegen diese Anordnung der Kaiserin diejenigen verhielten, in deren Interesse sie zunächst erfolgte. Gleichzeitig gewährt es einen Maßstab zur Beurtheilung des geringen Bildungsgrades, welchen damals die Bevölkerung Oesterreichs besaß, wenn man sich vergegenwärtigt, in welcher Weise von derselben die ersten Schritte der Kaiserin zur Durchführung jener Maßregel aufgenommen wurden. Um sie gewisser Maßen unter ihrem eigenen Schutze zuerst in's Leben treten zu lassen, befahl Maria Theresia, daß an einem der Vollendung nahen Baue auf dem Burgplatze die Werkleute am zweiten Ostertage die Arbeit fortsetzen sollten. Als die Vorübergehenden dieß sahen und die Kunde davon in der Stadt sich verbreitete, rottete sich eine so große Volksmenge zusammen und sie nahm eine so drohende Haltung an, daß Maria Theresia befahl, mit

der Arbeit inne zu halten und sie auch am dritten Ostertage, welcher bisher gleichfalls als ein Festtag gefeiert worden war, nicht wieder aufzunehmen. Der Pöbel, stolz auf diesen leicht errungenen Sieg, zertrümmerte noch die Schaukasten eines Ladens mit Porzellanwaaren, dessen Eigenthümer ihn, im Vertrauen auf das Edict der Kaiserin, zum Verkaufe seiner Waaren geöffnet hatte, nun aber, um weitergehendem Schaden vorzubeugen, ihn eilfertig schloß.

Die Kaiserin war über diese Vorgänge in hohem Maße erzürnt, und als sie erfuhr, daß einige Personen geistlichen Standes ihren Einfluß auf die Bevölkerung benützten, um deren Aufregung zu vermehren, statt sie zu beschwichtigen und zum Gehorsam gegen die Anordnungen der Regierung zu überreden, ließ sie mit denselben kurzen Proceß machen. Einige aus ihnen wurden nach Greifenstein, jenem am Ufer der Donau und den Abhängen des Wiener Waldes malerisch gelegenen einsamen Waldschlosse abgeführt, welches man damals als Gefängniß für Geistliche benützte [55]). Gleichzeitig wurde, um nicht eine von der Regierung als heilsam erkannte Maßregel wegen des unberechtigten Widerstrebens einiger Bethörter unausgeführt zu lassen, allen Besitzern von Verkaufsladen befohlen, dieselben an den früheren Feiertagen, die von nun an nicht mehr festlich begangen werden sollten, von eilf Uhr Morgens angefangen offen zu halten. Sie erklärten sich zum Gehorsam bereit, baten aber um Schutz vor etwaigen Mißhandlungen von Seite des Pöbels. Derselbe wurde ihnen zugesagt, und am 24. April, dem Tage des heiligen Georg, waren alle Laden geöffnet, die Straßen aber wurden von eilf bis vier Uhr unabläßig von Reiterpatrouillen durchzogen, um Excesse zu verhüten. Es kamen auch keine solchen mehr vor, und nur einige Personen wurden wegen allzu heftiger Schmähreden gegen die neue Einrichtung verhaftet.

Aber damit war zwar die offene Auflehnung, jedoch noch keineswegs der passive Widerstand besiegt. Diejenigen Besitzer der Kaufladen, welche der neuen Maßregel abhold waren, ersannen ein eigenthümliches Mittel, um sich an jenen Tagen der Ausübung ihres Geschäftes möglichst zu entziehen. Sie forderten für ihre Waaren einen Preis, der um den dritten Theil höher als derjenige war, welchen sie gewöhnlich

verlangten. Dadurch aber schreckten sie die Käufer ab, an solchen Tagen ihre Einkäufe zu machen [56]).

Ungleich schwerer noch war es, die Landbevölkerung zur Arbeitsleistung an den ehemaligen Feiertagen zu vermögen. Auch hieran war hauptsächlich die Geistlichkeit Schuld, welche trotz der musterhaften Frömmigkeit der Kaiserin und der nicht spärlich bemessenen Gunstbezeugungen, welche sie gerade der Geistlichkeit zu Theil werden ließ, in ziemlich weitgehender Opposition wider ihre Regierungsmaßregeln sich befand [57]). Hiezu kam noch die Zähigkeit, mit welcher der Landmann überhaupt festhält an früherer Gewohnheit. Und da in dem gegebenen Falle auch noch Trägheit und Unlust zur Arbeit ins Spiel kamen, so ist in dem Zusammenwirken dieser verschiedenen Umstände die Ursache zu suchen, weßhalb auch jetzt noch, nach mehr als einem Jahrhundert, in den meisten Gegenden Oesterreichs an den sogenannten „abgebrachten Feiertagen" wenig oder nichts gearbeitet wird.

Aehnliche Grundsätze, wie durch die Abschaffung einer Anzahl katholischer Feiertage wurden auch durch eine Reihe anderer, von der Regierung ausgehender Maßregeln zur Geltung gebracht. Um den Unordnungen zu steuern, welche in der Verwaltung des Kirchenvermögens eingerissen waren, verlangte man die Vorlage aller Rechnungen, welche sich hierauf bezogen. Uebergriffe geistlicher Gerichte in Ehesachen wurden mit Bestimmtheit zurückgewiesen, die Asylrechte geweihter Plätze wesentlich beschränkt und bald fast gänzlich beseitigt. Kirchliche Gebräuche, welche zu abergläubischen Deutungen Anlaß gewährten, wurden Anfangs gerügt und später verboten.

Bei den meisten dieser Maßregeln fand die Kaiserin an dem durch sie besonders begünstigten freisinnigeren Theile des katholischen Clerus eifrigen Beistand. Die aufgeklärteren Bischöfe stimmten solchen Grundsätzen bei und zeichneten sie ihren Untergebenen als Richtschnur vor. So möge hier auf den Hirtenbrief Trautsons vom 1. Jänner 1752 hingewiesen werden, in welchem der Erzbischof hervorhob, daß man in den trübseligen Zeiten, als die Kirche in Deutschland so schmählich gespalten worden, es den geistlichen Rednern zum Vorwurfe

gemacht habe, daß sie meistens von Heiligen, vom Ablaß, von Rosenkränzen, Bildern, Prozessionen und dergleichen Dingen zu den Gläubigen geredet, von Christus selbst aber und den eigentlichen Glaubenswahrheiten fast gar nicht gesprochen hätten. In diese falsche Richtung gerathe man jetzt von Neuem. Man predige von Heiligen und schweige von dem Allerheiligsten, man preise Gnadenbilder und vergesse den Erlöser, die Quelle der Gnaden, man erhebe die Ablässe und Bruderschaften und lasse das Nothwendige, die Lehre von der Barmherzigkeit und der Gerechtigkeit Gottes, von der Sünde und der Buße, von dem Glauben, der Liebe und der Hoffnung bei Seite. Lebhaft tadelte Trautson die Prediger, welche sich entweder durch Schmähungen gegen die Regierung und deren Verordnungen oder durch Possen, Scherzreden und unziemliche Witze Zuhörer zu verschaffen suchten [58]).

In gleichem Sinne wie Trautson ließen sich auch andere Bischöfe, wie Graf Thun in Gurk, in Hirtenbriefen vernehmen. Und die Art und Weise, in welcher der Letztere über die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes sich aussprach, rief die Opposition, die er als österreichischer Bevollmächtigter in Rom der politischen Haltung des heiligen Stuhles gemacht hatte, gar lebhaft ins Gedächtniß zurück.

Drittes Capitel.

Finanzen und Handel.

Auch in anderer, und zwar in finanzieller Beziehung ist der Punkt, von welchem früher die Rede war, von hoher Bedeutung. Denn daß der Wohlstand eines Volkes zunächst durch dessen Arbeit bedingt ist, daß aber nur ein wohlhabendes Volk eine fest wurzelnde Grundlage befriedigender Finanzzustände abgeben könne, wurde schon damals und wird auch jetzt von Niemand mehr bezweifelt. Und es ist nicht zu leugnen, daß zunächst das Streben nach Herbeiführung geordneter Verhältnisse im Staatshaushalte es war, wodurch Maria Theresia zu den meisten Reformen bewogen wurde, die sie zu jener Zeit unternahm. Denn man tritt ihr gewiß nicht zu nahe, wenn man auch dasjenige, was von ihr für die Verbesserung der Lage des Bauernstandes geschah, nicht so sehr in den humanitären Ideen ihrer Zeit, denen sie im Allgemeinen nicht gerade eifrig anhing, als hauptsächlich in dem Bestreben erblickt, diesen Stand, den weitaus zahlreichsten im Staate, zu ausgiebigerer Betheiligung an der Bestreitung der öffentlichen Ausgaben immer geeigneter zu machen. Und es war in der That die drängendste Nothwendigkeit vorhanden die Steuerkraft der Bevölkerung nicht immer bloß auszubeuten, sondern sie namhaft zu kräftigen und dadurch in den Stand zu setzen, unter den immer mehr sich steigernden Anforderungen an sie nicht ganz zu erliegen. Während der Krieg noch dauerte, hatte man außer den Subsidien, die man von England bezog, und der Contrahirung beträchtlicher Schulden eben nur in den öffentlichen Auflagen die Mittel gefunden, um die Kosten der Kriegführung

zu bestreiten und die Staatsmaschine wenigstens nothdürftig im Gange zu erhalten. Jene Auflagen aber mußten in der That höchst drückende genannt werden. Im Jahre 1743 finden wir zum ersten Male eine Vermögenssteuer, welche jedoch richtiger den Namen einer Einkommensteuer hätte führen sollen. Denn Jedermann, er mochte geistlichen oder weltlichen Standes sein, hatte den zehnten Theil seines Einkommens zu bezahlen, welches nach einem sechsjährigen Durchschnittserträgniß angenommen wurde. Auf den Bauernstand und die sogenannten „armen Inleute" erstreckte diese Abgabe sich nicht. Dagegen wurde jede solche Ausnahme bei der Kopfsteuer beseitigt, welche im Anfange des Jahres 1746 in's Leben trat, und zu der Jeder nach seiner äußeren Lebensstellung beitragen mußte. Der höchste Steuersatz von sechshundert Gulden war von den Erzbischöfen oder Bischöfen, welche fürstlichen Rang besaßen, dann von den Fürsten oder Herzogen zu bezahlen, welche entweder die Häupter ihrer Familie oder doch eines selbstständigen Zweiges derselben waren. Jüngere Mitglieder solcher Familien hatten zweihundert Gulden zu entrichten. Die Obersthofmeister und Chefs der Hofstäbe, die Conferenzminister, Kanzler und Präsidenten der Hofkanzleien bezahlten vierhundertfünfzig, die Feldmarschälle, dann die Grafen, welche Häupter ihrer Familie waren und im Genusse beträchtlichen Grundbesitzes sich befanden, vierhundert, die Feldzeugmeister und Generale der Cavallerie, die geheimen Räthe und Vicepräsidenten der Hofstellen dreihundert, die Bischöfe ohne fürstlichen Rang, die Feldmarschall-Lieutenante, die Kammerherren, endlich die Freiherren, welche Häupter einer begüterten Familie waren, zweihundert Gulden. Eine Hofdame stand mit hundert Gulden, ein Generalmajor mit dem gleichen Betrage, ein Hofrath mit fünfundsiebzig Gulden auf der Liste, welch letzteren Betrag auch nach einem gewiß allzugeringen Maßstabe die Besitzer großer Handels- und Wechselgeschäfte entrichteten. Eine Kammerfrau bei Hofe zahlte zwölf Gulden, ebensoviel ein Beichtvater daselbst, ein Künstler ersten Ranges, ein Hauptmann oder Rittmeister. Ein angesessener Bauer hatte, wenn er Bespannung besaß, achtundvierzig, wenn nicht, vierundzwanzig Kreuzer zu entrichten. Den letzteren Betrag bezahlten auch alle Handwerksgesellen, während Taglöhner zwölf, Bauernknechte und Mägde aber nur vier Kreuzer steuerten.

Selbstverständlich ist es, daß bei allen diesen Auflagen Ungarn mit seinen Nebenländern nicht inbegriffen war. Nach wie vor befand es sich in glücklicher Unberührtheit von den Bedrängnissen der österreichischen Finanzen, von den schwerwiegenden Opfern, welche die Bewohner derjenigen Länder zu bringen hatten, hinsichtlich deren man bei der Ausschreibung neuer Auflagen der Zustimmung ihrer Vertreter entbehren zu können glaubte.

Man würde jedoch irren, wenn man der Meinung sich hingeben wollte, daß wer in das Unvermeidliche sich fügte, dasselbe auch gern und ohne Widerspruch hingenommen hätte. Allgemein war die Unzufriedenheit und laut genug der Ausdruck des Mißvergnügens, mit welchem insbesondere die neue Kopfsteuer aufgenommen wurde [59]). Ja, sogar der Person der Kaiserin gegenüber machte die Veränderung sich bemerkbar, welche in der Stimmung der Bevölkerung eingetreten war. Wenigstens erzählt ein gleichzeitiger Bericht, daß man sich nicht mehr wie früher in den Straßen drängte, um sie im Vorüberfahren zu sehen, und daß ihr Bildniß in den Kaufläden unbegehrt blieb [60]).

Lebhafter noch als während der Dauer des Krieges gab die allgemeine Mißstimmung sich kund, als nach Beendigung desselben die öffentlichen Lasten nicht, wie Jedermann gehofft hatte, ansehnlich vermindert, sondern noch beträchtlich erhöht wurden. Und es läßt sich nicht leugnen, daß die Regierung selbst theilweise Schuld trug an dem Gefühle der Enttäuschung und Erbitterung, welches nun immer weitere Kreise ergriff. Denn bei jeder neuen Auflage, die sie früher zur Ausschreibung gebracht, hatte sie sich immer der Hinweisung auf die ungeheuren Kosten der Kriegführung bedient, um die Begehren zu rechtfertigen, welche sie an die Bevölkerung richtete. Nun war der Anlaß dazu beseitigt, die Opfer aber wurden größer statt kleiner. Ruft schon die Vermehrung der Lasten jederzeit Mißstimmung hervor, so wird dieselbe gewiß noch gesteigert, wenn man gerade von dem Zeitpunkte, der eine solche neue Bürde mit sich bringt, eine Verringerung der früher geforderten Leistungen mit Zuversicht gehofft hatte. Es ist, als ob ein gegebenes Versprechen gebrochen, eine feierliche Zusage nicht erfüllt worden wäre. So geschah es auch damals, und insbesondere auf dem Lande; außerhalb der Städte

wuchs die Unzufriedenheit über die neuen Auflagen in bedenklichem Maße. „Viele gibt es, so erzählt uns ein wohl unterrichteter Zeitgenosse, „welche behaupten, daß diese Lasten allzu drückend seien für „das Vermögen der Bevölkerung, und daß binnen wenig Jahren die „Grundbesitzer in Oesterreich, Böhmen und Mähren, sie mögen Adelige „oder Bauern sein, gezwungen sein werden, von der Bebauung ihrer „Felder abzustehen. Schaarenweise würden die Landleute auswandern, „um anderswo ihren Unterhalt zu suchen [61])."

Man weiß wohl jetzt, daß diese Prophezeiungen sich als übertrieben herausstellten und die österreichischen Provinzen die ihnen auferlegten Lasten ohne Gefährdung des öffentlichen Wohlstandes zu ertragen vermochten. Wie sehr man aber damals daran verzweifelte, und wie unwillig man sich der schwer empfundenen Bürde unterzog, ist am besten aus den aufständischen Bewegungen ersichtlich, zu denen hie und da das Landvolk sich hinreißen ließ. Ganz nahe von Wien, unfern von Neustadt rottete es sich zusammen, drei bis vierhundert an der Zahl. Zwei Agenten eines Tabakpächters wurden ergriffen und grausam ermordet. Erst dem Einschreiten der bewaffneten Macht gelang es, die Tumultuanten zu zerstreuen [62]). Damit war aber ihre Unzufriedenheit noch nicht beschwichtigt; auch in anderen Provinzen, in Oberösterreich und in Krain trugen sich ähnliche Ereignisse zu, und erst im Laufe der Zeit und allmälig beruhigten sich die aufgeregten Gemüther wenigstens einigermaßen. Aber noch kurz vor Ausbruch des siebenjährigen Krieges berichtet der damals in Wien anwesende preußische Großkanzler Fürst: „Alles schreit gegen die neuen Einrichtungen und gegen die Schlesier, „die den Plan dazu gemacht haben" [63]).

Unter den Schlesiern ist hier natürlich zunächst Graf Haugwitz verstanden, denn so wie in den Gegenständen der inneren Verwaltung, führte er auch in Finanzangelegenheiten das maßgebende Wort. Doch würde man ihm Unrecht thun, wenn man der Meinung sich hingäbe, er habe nur durch Vermehrung der Auflagen das Einkommen des Staates zu steigern, und nicht auch durch Verminderung der Ausgaben das Gleichgewicht im öffentlichen Haushalte herzustellen gesucht. Freilich vermochte er gerade bei dem beträchtlichsten Ausgabsposten, dem Militär-

wesen nichts zu ersparen, weil ja eben auf die Vermehrung der Kriegsmacht und ihre bessere Ausrüstung von der Kaiserin vor Allem gedrungen wurde. Den Opfern gegenüber, welche in dieser Beziehung gebracht werden mußten, blieben wohl die Ersparungen auf anderen Gebieten nur gering. Dennoch legte man wenigstens den guten Willen hiezu an den Tag, und Maria Theresia traf, wie in so vielen Dingen, auch hier das Richtige, indem sie zuerst bei sich selbst zu sparen begann. Nicht so sehr die Summe, welche hiedurch gewonnen wurde, als das war von Wichtigkeit, daß die Monarchin persönlich mit dem guten Beispiele voranging. Aber auch der Betrag, um den es sich handelte, war für die damaligen Verhältnisse ziemlich beträchtlich. Während die sogenannten Hofausgaben, unter denen sich jedoch verschiedene nicht eigentlich zu dieser Kategorie gehörige Posten, wie z. B. die Besoldungen der Botschafter und Gesandten an fremden Höfen befanden [64]), unter Joseph I. sich auf 3,335.000, unter Karl VI. aber auf 3,703.000 Gulden beliefen, betrugen sie unter Maria Theresia im Jahre 1747 nur mehr 2,780.000 Gulden. Und da muß noch ausdrücklich erwähnt werden, daß in dieser letzteren Summe Ausgaben begriffen waren, welche in den früheren Listen gar nicht vorkamen, deren bloße Nennung aber zu ihrer Rechtfertigung vollkommen genügt. So findet sich für Pensionen an Witwen von Militärs ein Betrag von 45.000 Gulden, der unter Maria Theresia zum ersten Male in der Liste der Ausgaben erscheint. Freilich mußte, um solches thun und dennoch die Gesammtsumme der Auslagen beträchtlich verringern zu können, auf anderer Seite ausgiebig gespart werden. So wird es gewiß von Interesse sein zu sehen, wie die Auslage für Hofkapelle und Musik von 145.000 Gulden unter Karl VI. auf 77.000, die für Küche und Keller von 361.000 auf 288.000, die zum Ankaufe von Waaren für den Hof von 244.000 auf 100.000 Gulden zusammenschmilzt. Für außergewöhnliche Ausgaben wurden früher 150.000 Gulden, unter Maria Theresia aber nur mehr die Hälfte davon, für geheime Auslagen aber statt 56.500 Gulden nur mehr 15.300 Gulden gefordert [65]).

Und dennoch kann für Maria Theresia der Name einer sparsamen Fürstin nicht in Anspruch genommen werden. In der ersten

Zeit ihrer Regierung, sobald nur die höchste Bedrängniß von Seite der auswärtigen Feinde vorüber war, wurden bei Hofe Ausgaben für Vergnügungen und Feste gemacht, welche mit dem bedrängten Zustande der Staatsfinanzen in argem Mißverhältnisse standen. Dem Einflusse ihres Gewissensrathes Tarouca ist es wohl hauptsächlich zuzuschreiben, wenn die Kaiserin hievon nach und nach wieder zurückkam. Weniger rasch war eine Wirkung seiner Rathschläge hinsichtlich des hohen Spieles zu bemerken, das Maria Theresia liebte und welches ihr ziemlich theuer zu stehen kam. Aber ungleich verderblicher noch als dieß wirkte auf den Zustand der Finanzen die übergroße Freigebigkeit der Kaiserin. Sowohl die Personen, welche an den höchsten Stellen im Staatsdienste standen, als die eigentlichen Hofdiener und endlich die Armen und Hilfsbedürftigen wußten den größten Gewinn davon zu ziehen. Schon die Gehalte, welche die Ersteren empfingen, waren für die damalige Zeit unverhältnißmäßig hoch [66]), und sie wurden durch die Begehrlichkeit derer, welche sie bezogen, von Jahr zu Jahr noch gesteigert. So erhielt der Hofkanzler Ulfeld bei seiner ersten Anstellung im Jahre 1742 eine Besoldung von 24.000 Gulden; nach zwei Jahren wurde sie auf 30.000 und nach neuen zwei Jahren auf 40.000 Gulden erhöht. Dennoch finden wir schon im Dezember 1751 wieder Eingaben Ulfelds an die Kaiserin, in denen er die Unmöglichkeit schildert, mit diesem Gehalte sein Auskommen zu finden, und die Forderungen darlegt, welche er an den Staatsschatz stellen zu dürfen glaubt und die mehr als 97.000 Gulden betrugen [67]).

Noch größere Summen erforderten die Geschenke, welche die Kaiserin nach allen Richtungen hin, am meisten aber an die dem hohen Adel angehörigen vornehmsten Staatsdiener vertheilte. So schenkte sie dem Grafen Ulfeld, wahrscheinlich in Folge seiner hier erwähnten Reclamation, einmal hunderttausend, und ein zweites Mal dreißigtausend Gulden, um sich ein Haus zu kaufen. Das Haus, welches sie, so erzählt der Großkanzler Fürst, dem Grafen Kaunitz schenkte, kostete hunderttausend Gulden; für den Grafen Rudolph Chotek wird, setzt Fürst hinzu, ein anderes gebaut, das ihr wenigstens auf dreimalhunderttausend Gulden zu stehen kommt. Als Bartenstein im Jahre 1753

von dem Amte eines Staatssecretärs zurücktrat, erhielt er 100.000 Gulden; Tarouca aber im Jahre 1755 dieselbe Summe. Dem Feldmarschall Grafen Daun schenkte Maria Theresia im Jahre 1757 250.000, dem Oberstkämmerer Grafen Khevenhüller aber eine Banalobligation von 50.000 Gulden [68]). Wer eine Hofdame heirathete, erhielt eine Pension, die gewöhnlich zwischen zwei- und dreitausend Gulden betrug. Ja die Gräfin Maria Anna Schlik, welche im Jahre 1754 den Generaladjutanten Freiherrn von Hager heirathete, wurde mit einer Summe von fünfzigtausend, ihr Bräutigam aber mit einer Zulage von tausend Gulden bedacht [69]). Eine Menge von Almosen wurde täglich vertheilt, das kleinere durch den Kammerheizer Stockel, das größere durch den geheimen Zahlmeister Dier. „Wenn die Kaiserin in „solcher Weise fortfährt," so schließt Fürst seine Bemerkungen hierüber, „so wird sie wahrhaftig keine Schätze sammeln, wie ihr erlauchter „Gemal" [70]).

Denn auch in diesem wie in so manchem anderen Punkte war Franz von Lothringen, dießmal aber zu seinem Vortheile, der gerade Gegensatz zu seiner Gemalin. Ohne auch nur im Entferntesten geizig zu sein, war er doch ein sehr guter Verwalter seines Vermögens. Wie der preußische Gesandte Podewils bezeugt, bezahlte er diejenigen, die in seinen Diensten standen, besser als es sogar unter Karl VI. der Fall war. Aber alle anderen Mittel, sich auf Kosten ihres Herrn zu bereichern, waren seinen Dienern verwehrt. Die strengste Ordnung herrschte in seinem Haushalte, und das von ihm ererbte große Vermögen wußte er durch geeignete Verwaltung höchst ansehnlich zu vermehren.

Seinen Rathschlägen und denen des Grafen Haugwitz gebührt das Verdienst, daß auch Maria Theresia von nun an eifrig sich bemühte, größere Ordnung im Staatshaushalte einzuführen. Sie schlug damit den richtigen Weg ein, auf welchem es ihr gelang, so beträchtliche Resultate zu erzielen, daß kurz vor Ausbruch des siebenjährigen Krieges der Großkanzler Fürst hierüber schreiben konnte: „Als die „Kaiserin die Regierung antrat, fand sie Alles in der größten Unord„nung, und ein achtjähriger Krieg konnte den Finanzen nicht aufhelfen.

„Welcher andere Souverän würde binnen sieben Friedensjahren ver-
„mocht haben, die Dinge auf den Fuß herzustellen, wie wir sie gegen-
„wärtig sehen. Bis in die spätesten Zeiten wird man anerkennen, daß
„Maria Theresia eine der größten Fürstinnen der Welt war. Das
„Haus Oesterreich hat ihres Gleichen nicht gehabt" [71]).

Der Ordnung im Staatshaushalte, welche die Kaiserin einführte, ist es zunächst zu danken, daß ihr Einkommen, welches im Jahre 1745 der venetianische Botschafter Marco Contarini nur mit zwanzig Millionen berechnet [72]), neun Jahre später schon auf das Doppelte, auf vierzig Millionen veranschlagt wurde [73]). Fast die Hälfte davon, ungefähr siebzehn Millionen kommen auf die Contribution; die übrigen Einkünfte werden zunächst durch die Trankſteuer und das Salzmonopol mit fünf, das Erträgniß der Zölle mit drei, der Bergwerke und des Zehnten des Clerus mit zwei, des Handgrafenamtes oder des Aufschlages auf Lebensmittel mit anderthalb Millionen, der Domänen mit einer Million gebildet. Das Tabakmonopol trug siebenmalhundert, das Taxgefäll viermalhundert, das Lotto und das Sperrgeld an den Linien Wiens zweimalhundertsechzig, die Post nur ungefähr zweimalhunderttausend Gulden.

Das Collegium, welchem die Bergwerke und das Münzwesen untergeordnet waren, stand unter dem Grafen Karl Ferdinand zu Königsegg-Erps, welcher als einer der tüchtigsten und arbeitsamsten Minister galt. „Ihn sieht man nicht," berichtet der Großkanzler Fürst, dessen Angaben wir in dieser Beziehung folgen, weil sie die ausführlichsten und verläßlichsten sind, „ihn sieht man nicht gleich den übrigen Mini-
„stern bei Hofe, in den Abendgesellschaften oder auf Jagden. Er will
„überall mit eigenen Augen sehen, und ist darum auch der fleißigste Depar-
„tementschef in Wien. Vicepräsident dieses Collegiums ist Freiherr von
„Haugwitz, ein Vetter des Kanzlers und wie dieser zum Katholizismus
„übergetreten, obgleich sein Vater und sein Bruder in Schlesien Pro-
„testanten geblieben sind. Er ist einer der größten Ehrenmänner, die
„ich kenne; mit seinem Vetter ist er nicht immer derselben Meinung
„und wird darum wohl auch nicht allzu großes Glück machen."

Sowie Graf Friedrich Wilhelm und Freiherr Heinrich Wilhelm von Haugwitz, so war auch Johann Karl von Russig ein Schlesier, der Director des Handgrafenamtes, bei welchem der an und für sich schon verhaßte Aufschlag auf Lebensmittel zu entrichten war. Er stand früher als Buchhalter bei dem schlesischen Generalsteueramte in Breslau und galt als ein sehr fähiger Mann. Dadurch, daß er größtentheils Landsleute als Aufseher anstellte, trug er viel dazu bei, die Schlesier in Wien ganz besonders unbeliebt zu machen.

Das Tabakmonopol war einem Generalpächter, Namens Pingitzer überlassen, welcher ein ausschließliches Privilegium genoß und fast eine halbe Million jährlich für dasselbe bezahlte. Die größte Fabrik, die er besaß, war in Hainburg, zwischen Preßburg und Wien, jedoch auf dem rechten Ufer der Donau, in einem großen Kornmagazin, welches die Kaiserin ihm einräumte. Doch hatte seine Pachtung auf Böhmen, Mähren und Schlesien nicht Ausdehnung; um ihr zu entgehen, zahlten die Stände dieser Länder eine Summe, welche sich auf ungefähr zweimalhunderttausend Gulden belief [74]).

Die Taxen wurden größtentheils für die Erlangung höherer Stellen oder auch bloßer Titel bezahlt. Die Verleihung der Würde eines geheimen Rathes, mit welcher wohl, wie auch jetzt noch, ein bestimmter und hervorragender Rang am Hofe und der Titel Excellenz, aber kein eigentliches Amt verbunden war, kostete viertausend Gulden. Ein Feldzeugmeister, welcher Feldmarschall wurde, hatte zweitausend Gulden, ein Feldmarschall-Lieutenant bei seiner Ernennung zum Feldzeugmeister tausend Gulden zu bezahlen. Als die Kaiserin im Jahre 1754 nach ihrer Niederkunft vierzehn geheime Räthe und siebenundsiebzig Kämmerer ernannte und außerdem ein zahlreiches Avancement in der Generalität stattfand, trug dieß dem Staatsschatze mehr als zweimalhunderttausend Gulden ein [75]).

Wohl die bedauerlichste finanzielle Unternehmung, obgleich gerade sie im Volke keinen Widerspruch, sondern vielmehr lebhaften Anklang fand, war das Lotto, für welches der Italiener Octavio Cataldi ein Privilegium besaß. Natürlich ließ er kein Reizmittel unversucht, um

gerade den ärmeren und unwissenderen Theil der Bevölkerung anzulocken. Jeder beträchtliche Gewinn wurde durch die Zeitungen ausposaunt und verfehlte nicht neue Spieler heranzuziehen. Ja es kam sogar vor, daß Nummern in den Kirchen verstreut oder an die Thore der Klöster geheftet wurden, um die Abergläubigen zum Einsatz in die Lotterie zu verführen. Die Leidenschaft zum Lottospiel nahm immer mehr überhand und übte die schädlichsten Wirkungen auf das Volk. Schon damals wie heut zu Tage erkannte man dieß wohl, aber der gleiche Beweggrund wie jetzt, der reiche Gewinn für die Finanzen, hielt schon zu jener Zeit wie in unseren Tagen von der so wünschenswerthen Aufhebung des Lotto zurück.

Die österreichischen Posteinrichtungen galten damals für ausgezeichnet, und sie nöthigen unserem Berichterstatter, dem preußischen Großkanzler Fürst Bewunderung ab. Dem Freiherrn von Lilien spricht er das Verdienst davon zu, und er nennt ihn den gewandtesten Mann in diesem Fache, den es gibt. Die Kürze der Entfernung eines Posthauses zum anderen, welche in der Regel nur zwei Meilen betrug und in rascher Fahrt binnen einer Stunde zurückgelegt werden konnte, der dadurch veranlaßte häufige Wechsel der Pferde gelten ihm als Ursache, weßhalb man in Oesterreich schneller zu reisen vermöge als anderswo. Aller Welt macht es Vergnügen, setzt er hinzu, viele Meilen binnen wenig Stunden zurückzulegen. Besonders liebt man es in Wien, des Morgens nach Preßburg zu fahren, dort zu Mittag zu speisen und Abends zum Theater oder zur Gesellschaft wieder zurück zu sein.

Auch der Zustand der Straßen wird gelobt, besonders aber die von dem Freiherrn von Lilien getroffene Einrichtung von Diligencen, bedeckten Wagen, in denen der Reisende wenigstens nach damaligen Begriffen ziemlich bequem saß und welche gleichzeitig zum Waarentransporte dienten. Sie gingen von Wien bis in die entferntesten Theile der Monarchie; freilich bedurften sie zu einer solchen Fahrt eines Zeitraumes, welcher in unseren Tagen, in denen die Raschheit des Verkehrs sich so wunderbar entfaltet hat, mit einem gewissen Grausen erfüllt. So bedurfte die „Stellfuhr", wie man sie damals nannte, welche im März des Jahres 1747 zur Fahrt von Wien nach

Triest errichtet wurde, zur Zurücklegung dieses Weges nicht weniger als dreizehn, somit ebenso viele Tage, als gegenwärtig der Eisenbahnzug Stunden zur Durchmessung der gleichen Entfernung bedarf. Jeden Donnerstag um zwei Uhr Nachmittags verließ die Stellfuhr Wien, traf Sonntags zu Mittag in Bruck an der Mur, und Montags zur selben Zeit in Graz ein. Mittwochs kam sie nach Marburg, Freitags nach Cilli, Sonntags nach Laibach, und zur Mittagszeit des zweiten Mittwochs nach Triest, wo sie bis zum Morgen des nächsten Sonntags blieb und zur Mittagszeit des zweiten Freitags wieder nach Wien kam. Von Wien bis Graz waren vier, bis Laibach acht, bis Triest aber zehn Gulden für einen Platz zu bezahlen [76]).

Eine ziemlich lästige Abgabe, welche allerdings zumeist nur die Bewohner Wiens und der Umgebung der Hauptstadt zu tragen hatten, bestand in dem Liniengelde. Es wurde mit einem Groschen für das Pferd bezahlt, und war insbesondere denjenigen empfindlich, welche Lebensmittel und sonstige Verbrauchsartikel zu Markt brachten. Daß die reicheren Bevölkerungsclassen der Hauptstadt gleichfalls davon getroffen wurden, hätte weniger zu sagen gehabt, aber gerade sie klagten am meisten darüber.

Ungleich bedeutender hinsichtlich des Erträgnisses als diese Abgaben und von entscheidender Wichtigkeit für das ganze Reich waren die Zölle, obgleich auch sie weit weniger abwarfen, als bei dem Umfange der Monarchie hätte erwartet werden können. Auch in dieser Beziehung Veränderungen herbeizuführen, welche das Staatseinkommen ansehnlich mehrten und dennoch manches dem Handel lästige Hemmniß beseitigten, war nun die Aufgabe, an deren Lösung sich seit dem Jahre 1749 der neue Präsident der Ministerial-Banco-Hofdeputation und des Universal-Commerzdirectoriums, Graf Rudolf Chotek versuchte.

Die letztere Behörde, das Commerzdirectorium, war erst im Jahre 1746, und zwar, wie schon ihre Bezeichnung andeutet, als eine „universale", für das ganze Reich, Ungarn mit eingeschlossen, errichtet worden. Schon ihre Zusammensetzung zeigte dieß deutlich, indem Mitglieder der verschiedenen Hofstellen, und zwar für die ungarische Hofkanzlei

Fekete, für die böhmische Kannegießer, für die österreichische Doblhoff und für die Bancodeputation Schwandner Sitz und Stimme bei dem Commerzdirectorium erhielten [77]). Philipp Kinsky war dessen erster Präsident, ihm folgte nun Rudolf Chotek, welcher, im Jahre 1707 geboren, damals im kräftigsten Mannesalter sich befand.

„Man muß ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen", sagt der Großkanzler Fürst von dem Grafen Chotek, „daß er einer der geschicktesten „Minister der Kaiserin ist. Ein Mann von Welt, hat er mehr als ein „anderer Minister die Absicht, höflich zu erscheinen, doch fühlt man auch „immer einen gewissen Hochmuth durch. Er ist halsstarrig, opfert Alles „dem Zweck, den er sich vorgesetzt hat, und hört über eine einmal gefaßte „Entschließung Niemand mehr an".

Ein Gegner und Rival des Grafen Haugwitz, bemühte sich Chotek unablässig durch seine Leistungen denselben wo möglich noch zu überbieten und zu verdunkeln. Mit Feuereifer widmete er sich den Geschäften, und es mag wohl sein, daß diese rastlose Thätigkeit zum Theil auch in dem Bestreben wurzelte, die Haltung vergessen zu machen, die er im Jahre 1741 bei dem Einmarsche der Franzosen und Baiern in Böhmen beobachtet hatte. Gab es ja auch jetzt noch Leute, welche, unbeirrt durch die Gunstbezeigungen der Kaiserin und das hohe Amt, das sie Chotek verliehen hatte, die Behauptung aussprachen, er habe Karl VII., dem er anfänglich gehuldigt [78]), nur darum verlassen, weil derselbe nicht ihm, sondern dem Grafen Kaiserstein die oberste Leitung der Geschäfte anvertraut hatte [79]). Wie dem aber auch sein mochte, das ist gewiß, daß Maria Theresia dem Grafen Chotek nicht nur völlig verzieh, sondern daß sie ihn noch überdieß auf einen Posten stellte, der als der beste Beweis ihres uneingeschränkten Vertrauens angesehen werden darf. Gerade nach München wurde er gesandt, als nach dem Abschlusse des Friedens zu Füssen die diplomatische Verbindung mit diesem Hofe wieder aufgenommen wurde. Hierauf sandte ihn Maria Theresia als Präsidenten der Commission, welche die neuen Einrichtungen in der Verwaltung des Landes durchzuführen hatte, nach Böhmen. Hier aber blieb er nur kurze Zeit, denn nach Philipp Kinsky's Tode ernannte ihn die Kaiserin zum Präsidenten der Bancodeputation [80]),

und da das Erträgniß der Zölle zunächst zur Deckung der Zinsen des Wiener Stadtbanco bestimmt war, suchte Chotek auf die Vermehrung dieses Einkommens nachdrücklich hinzuwirken. In Abschaffung der eingerissenen Mißbräuche, so wie in Erhöhung der Zollsätze erblickte er die einfachsten Mittel hiezu.

Was die ersteren angeht, so sei hier nur die Einschränkung erwähnt, der man die Zollfreiheit der fremden Botschafter und Gesandten unterzog. Denn sie hatte zu einem so ausgedehnten Schmuggel geführt, welchen dieselben gleichsam gewerbsmäßig führten, daß man von dem früheren päpstlichen Nuntius, dem Cardinal Passionei behauptete, er habe damit jährlich gegen zehntausend Gulden erworben [81]). Es wurde daher angeordnet, daß nur die Botschafter die völlige Zollfreiheit behielten, hinsichtlich der Gesandten aber auch das, was sie bei ihrer Ankunft in Oesterreich mit sich brachten, zollfrei passiren, für dasjenige aber, was sie später aus dem Auslande bezogen, der vorgeschriebene Zoll entrichtet werden sollte [82]). Und was den letzteren überhaupt anging, waren die deutsch-österreichischen Provinzen, und zwar Ober- und Nieder-Oesterreich, Böhmen, Mähren, Schlesien, Inner-Oesterreich und Tirol damals noch durch Zolllinien in sechs verschiedene Zollgebiete getrennt; darum wurden ihnen auch abgesonderte Zolltarife ertheilt. Im April 1753 erschien der neue Tarif für Mähren und Schlesien, im folgenden Jahre derjenige für Ungarn, 1755 der Zolltarif für Oesterreich ob und unter der Enns. Aber die hochgespannten Tarifsätze, die sie enthielten, riefen die lautesten Klagen hervor. Man ging so weit, den Grafen Chotek zu beschuldigen, er habe durch die neue Zollgesetzgebung die Unterthanen außer Stand setzen wollen, die Auflagen zu bezahlen, nur um dadurch das System seines Gegners, des Grafen Haugwitz zu stürzen.

Auch im Schoße des Beamtenstandes erhob sich Widerspruch, und gerade die eifrigsten und geschicktesten derselben, wie die Hofräthe Hermann Lorenz von Kannegießer und Ferdinand Theodor Quiex erklärten sich gegen die Maßregeln Choteks. Auch die Kaufleute widersprachen, und auf Anregung des Prinzen Karl von Lothringen ließ endlich Maria Theresia einen Sachverständigen Namens Proli [83]) aus Brüssel

nach Wien kommen, um seine Ansicht zu hören. Er war ein Sohn jener steinreichen Witwe, welche damals in Antwerpen einem der größten europäischen Handelshäuser vorstand. Obgleich erst wenig über dreißig Jahre zählend, galt Proli doch schon als einer der kenntnißreichsten Kaufleute, und die Kaiserin mochte hoffen, daß seine einsichtsvollen Rathschläge den Herren von hohem Adel, welche an der Spitze der Geschäfte sich befanden, die aber trotzdem von Handelssachen nicht allzuviel verstanden und darum in zahlreiche, oft folgenschwere Irrthümer verfielen, als Richtschnur dienen würden. Aber sie täuschte sich mit dieser Hoffnung, denn eine selbstständige Anschauung war eben jenen Herren nichtsweniger als willkommen.

Gleich bei seinem ersten Zusammentreffen mit Proli nahm Chotek eine ablehnende Haltung wider ihn an, und dabei blieb es auch für die Zukunft [84]). Als Proli endlich wirklich gegen die Maßregeln Choteks sich aussprach und insbesondere auf das Ueberhandnehmen des Schmuggels hinwies, welcher durch allzu hohe Zollsätze zu nie geahnter Ausdehnung sich entwickeln werde, wurden seine Rathschläge einfach zu den Akten gelegt. Chotek setzte seine Anträge durch, und er wurde bei der Ausarbeitung der Tarife am meisten durch den Hofrath Jacob Benedict von Nefzern unterstützt. Freilich theilte dieser dann auch das Schicksal seines Chefs, daß überall heftig gegen ihn geschmäht wurde; ja der allgemeine Haß ging so weit, daß man in Ungarn einen Offizier ermordete, den man für Nefzern ansah. Er selbst entkam nur mit Mühe einem ähnlichen Schicksal [85]).

Die Gegner der Anschauungen des Grafen Chotek behielten insofern Recht, als in der That die Einkünfte aus den Zöllen sich durchaus nicht so vermehrten, wie man bei der Höhe ihrer Ansätze hätte glauben sollen. Eine fruchtbringendere Wirkung als von diesen Maßregeln ließ sich von den Schritten erwarten, welche geschahen, um den Aufschwung des Handels und der Industrie ausgiebig zu fördern.

Was die letztere anging, so sollten eben die hohen Zölle mit dazu beitragen, unter dem Schutze derselben eine gesteigerte Thätigkeit auf industriellem Gebiete in's Leben zu rufen. Nach den verschiedensten

Richtungen hin gedachte man dieß zu thun; ja man begnügte sich nicht mit Erhöhung der Zölle, sondern erließ auf einige Waaren ein förmliches Einfuhrverbot. So wurde, um hier nur einen Punkt zu erwähnen, die Einfuhr von Gegenständen aus Gold oder Silber, so wie der aus diesen Metallen verfertigten Stickereien streng untersagt. Man hoffte dadurch den in Wien befindlichen Fabriken von Gold- und Silberwaaren, deren Thätigkeit im Laufe der Jahre wesentlich beeinträchtigt worden war, neuerdings aufzuhelfen. Was aber die Stickereien betraf, so gab es zu jener Zeit entweder keine oder doch nicht ausreichende Fabriken in Oesterreich, um den Bedarf zu befriedigen. Man griff also zu dem Auskunftsmittel, das Tragen gestickter Kleidungsstücke zu verbieten und anzuordnen, daß die Stickereien durch Borden aus Gold oder Silberstoff ersetzt werden sollen.

Wichtiger als dieser Zweig der Industrie war ein anderer, dem man die höchste Aufmerksamkeit zuwandte. Zur Anfertigung von Porzellangeschirren war in einer der Vorstädte Wiens von Claudius du Pasquier eine Fabrik errichtet worden. Zehn Jahre später kaufte Maria Theresia die Fabrik, und um ihr Aufschwung zu verleihen, beschwerte man die Einführung fremden Porzellans mit sehr hohen Zöllen. Der beabsichtigte Zweck wurde auch wirklich erreicht; die Porzellanfabrik von Wien entfaltete sich rasch zu einem der hervorragendsten Etablissements in ihrem Fache. Durch Herabsetzung des Preises ihrer Waare erzielte sie größeren Absatz derselben [86]), durch stylvolle Muster wirkte sie auf die Hebung dieses Gewerbszweiges in der Monarchie fördernd und nutzbringend ein, und wenn sie auch nach dem Verlaufe eines Jahrhunderts anderen Anschauungen auf dem Gebiete der gewerblichen Production und den finanziellen Verlegenheiten des Staates zum Opfer fiel, so werden doch die Spuren ihres Bestandes nicht so rasch verwischt sein.

So wie für Porzellan, so wurde auch für Sammt, der damals, wo man ihn ungleich häufiger als jetzt zu Kleidungsstücken verbrauchte, ein Handelsartikel von sehr großer Wichtigkeit war, eine Fabrik errichtet. Auch ihre Erzeugnisse so wie diejenigen der Leinwandindustrie in Böhmen und Mähren wurden durch hohe Zölle geschützt. Das Gleiche war auch

mit der Tuchfabrikation, dann mit der Erzeugung von Hüten der Fall, denn nicht mit Unrecht hob man die außerordentliche Wichtigkeit der Stoffe hervor, welche von der Bevölkerung, sei es hohen oder niederen Standes, zur Bekleidung gebraucht wurden. Wenn man dieselben fortan vom Auslande bezog, so blieb man ihm immer und in drückendster Weise zinsbar. Darum faßte man auch die Erzeugung von Seidenwaaren in's Auge; um sie jedoch mit Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen zu können, dachte man daran, die Anpflanzung von Maulbeerbäumen in großartigem Maßstabe vorzunehmen. So wie man überhaupt darauf ausging, zur Hebung der Industrie und Bodenproduction sachverständige und unternehmungslustige Ausländer nach Oesterreich zu ziehen, so war dieß speziell hinsichtlich desjenigen der Fall, was mit der Förderung der Seidencultur zusammenhing. Ein Sicilianer, Baron Michael Lopresti wurde in dieser Beziehung am meisten gehört. Er galt als die Seele der Hofcommission, welche unter dem Präsidium des Grafen Eugen Wrbna zur Besorgung aller Geschäfte eingesetzt wurde, die auf Handel und Manufacturwesen sich bezogen. Er drang darauf, die Pflanzen zur Heranziehung der Maulbeerbäume an die Landleute zu vertheilen. Binnen zehn Jahren werde man deren genug besitzen, um den größeren Theil des Bedarfes an Seide im Inlande decken zu können.

Man sieht wohl, daß nicht allein die Producte der Industrie, sondern auch die in so inniger Verbindung mit ihnen stehenden Erzeugnisse der Landwirthschaft es waren, denen man das Augenmerk zuwandte. Von ihnen glaubte man am ehesten, daß sie auch einen Ausfuhrartikel nach dem Auslande abgeben und dadurch beträchtliche Geldsummen nach Oesterreich ziehen könnten. Darum wurde schon während des Erbfolgekrieges durch längere Zeit mit dem Engländer Porter unterhandelt, der sich im Auftrage seiner Regierung in Wien befand, um einen Handelsvertrag zwischen Oesterreich und England zu Stande zu bringen. Aber an den übertriebenen Begehren der Engländer, welche, wenn man ihnen Folge gegeben hätte, sie zu alleinigen Beherrschern des österreichischen Handels gemacht, und von demselben nicht bloß alle übrigen Völker, sondern zuletzt die Oesterreicher selbst ausgeschlossen

haben würden, scheiterte zuletzt diese Verhandlung [87]). Auch die Mißstimmung, welche Maria Theresia über den Verlust Schlesiens empfand, den sie wenigstens zum Theile der für Preußen allzu parteiischen Haltung der englischen Regierung zuschrieb, machte die Kaiserin noch weniger geneigt, für die Interessen der Engländer irgend welche, ihren eigenen Unterthanen zum Nachtheile gereichende Opfer zu bringen. Porter ging von Wien als britischer Botschafter nach Constantinopel; und obgleich von England aus schon im Jahre 1749 neue Anträge zur Wiederaufnahme der Verhandlungen gestellt wurden, so führten dieselben wohl aus den gleichen Ursachen ebenfalls nicht zum Ziele.

Darum wurde jedoch von österreichischer Seite der Zweck nicht aus den Augen gelassen, den man hiebei eigentlich verfolgte. Denn Choteks Glaubensbekenntniß in volkswirthschaftlichen Dingen lag in den Worten: in der Steigerung der inländischen Cultur und Industrie, in der Hebung des Handels und daher in der Vermehrung und Verbesserung der Transportmittel zu Wasser und zu Land bestehe die eigentliche Grundlage der Wohlfahrt des Staates [88]). Und was die Bodenproduction betraf, so war es insbesondere Ungarn, welches sowohl seiner Größe als seiner Fruchtbarkeit wegen hiebei hauptsächlich in Betracht kam. Der Aufschwung der agricolen Production in diesem Lande hätte daher auch ohne Zweifel für das Gesammtreich die heilsamsten Wirkungen gehabt. „Aber die Ungarn," sagt der venetianische Botschafter Tron, „sind allzu nachlässig in der Bearbeitung ihrer eigenen „Grundstücke, theils wegen der angebornen Trägheit der Nation, mehr „aber noch, weil sie ihre Producte nicht zu verwerthen im Stande „sind" [89]). Denn zu dem üblen Zustande ihrer Straßen kam auch noch die geographische Schwierigkeit, die ungarischen Producte anderswo als in Oesterreich zu verkaufen. Hier aber waren sie mit hohen Zöllen belastet, welche selbstverständlich wieder in der ungleichen Besteuerung der Länder dießseits und jenseits der Leitha ihren Grund hatten. Denn für Mähren, Oesterreich, Steiermark wäre es unmöglich geworden, die hochgespannten Steuern ferner zu entrichten, wenn die steuerfreien, also an und für sich ungleich billigeren Naturproducte Ungarns ihre eigenen landwirthschaftlichen Erzeugnisse von dem Markte völlig verdrängt hätten.

Man beschäftigte sich also mit dem Gedanken, für die ungarischen Producte neue Absatzwege nach dem Auslande zu eröffnen, wie einige derselben ihn schon lang und zwar zum Vortheile der Käufer wie der Verkäufer gefunden hatten. Insbesondere war dieß mit ungarischem Rindvieh der Fall, welches in großen Heerden nach dem Gebiete der venetianischen Republik getrieben wurde, um dasselbe, insbesondere aber die Hauptstadt mit Fleisch zu versehen. Diese Art des Ausfuhrhandels gedieh um so besser, als der üble Zustand der Straßen hiebei sich weniger fühlbar machte als bei Producten, die nur auf Wagen fortzubringen waren.

Mit geringerem Glücke versuchte man sich in der Ausfuhr ungarischer Weine, von denen man eine beträchtliche Partie nach Triest gebracht hatte, um sie von da zur See nach London zu verschiffen. Nicht daß die Weine die weite Reise nicht wohl überstanden hätten, sie langten vielmehr in so gutem Zustande an ihrem Bestimmungsorte an, als sie Ungarn verlassen hatten. Aber in England war der Geschmack an die rothen Weine von Portugal, Spanien und dem südlichen Frankreich gewöhnt; man vermochte mit dem gelben ungarischen Weine sich nicht recht zu befreunden, und darum brachte die ganze Unternehmung eher Verlust als Gewinn [90]).

Dennoch begriff man auch in Ungarn, daß der eingeschlagene Weg der richtige sei und man zur See den Abfluß und die Verwerthung suchen müsse für die überreiche Production der ungarischen Länder. Dazu aber war die Herstellung fahrbarer Straßen nach den Häfen des adriatischen Meeres, insbesondere nach Triest die erste Bedingung.

Auch als Stapelplatz der Erzeugnisse der deutsch-österreichischen Länder so wie für die Waaren, welche aus dem übrigen Deutschland nach der Levante gebracht werden sollten, trat Triest immer mehr in den Vordergrund. Bekanntlich hatte schon Kaiser Karl VI. dem Emporblühen dieser Stadt seine Sorgfalt zugewendet und sie mit dem Innern der Monarchie durch eine Straße verbunden, welche nach damaligen Begriffen vortrefflich erschien. Von nicht geringerer Wichtigkeit waren die übrigen Maßregeln, die er ergriff, um dem Handel von Triest einen

bisher nicht gekannten Aufschwung zu verleihen. In den Jahren 1717 und 1719 erließ er Patente, in welchen Triest gleichzeitig mit Fiume zum Freihafen erklärt wurde. Auch die Gründung der orientalischen Handelscompagnie war für Triest von nachhaltiger Wirkung. Beträchtliche Bauten am Hafen wurden errichtet und die Anstrengungen, welche Karl VI. allerdings nicht in Befolgung des Rathes des Prinzen Eugen, wie immer behauptet wird, sondern gegen die Meinung desselben zur Gründung einer österreichischen Kriegsmarine machte, konnten gleichfalls für Triest nur vortheilhaft sein. Im Jahre 1728 kam Karl VI. selbst nach Triest, um sich persönlich von dem befriedigenden Zustande seiner dortigen Schöpfungen zu überzeugen.

Besaß auch Maria Theresia selbst nicht die ungemein große Neigung ihres Vaters für Alles, was sich auf Handelsunternehmungen bezog, so verkannte sie doch die Wichtigkeit derselben nicht. Insbesondere war es Triest, dem auch ihre Fürsorge sich zuwandte. Nicht etwa aus Vorliebe für diese Stadt, sondern nur darum geschah es, weil man durch ihre Begünstigung für den Handel der ganzen Monarchie vortheilhafte Wirkungen sich versprach. Schon im Jahre 1744 errichtete Maria Theresia das Hafencapitanat in Triest zur Ausübung der Seepolizei und zur Ueberwachung der Sicherheit des Hafens. Die in den Jahren 1748 und 1749 mit Algier, Tunis und Tripolis abgeschlossenen Verträge zum Schutze der österreichischen Schifffahrt gegen Piraterie kamen ebenfalls zunächst dem Triester Seehandel zu Statten. Und das Gleiche war mit dem kaiserlichen Patente vom 11. Juni 1749 der Fall, demzufolge die Manufacturen der Erbstaaten des Transitzolles enthoben und die Ausfuhr des überflüssigen Rohmaterials nicht nur von jeder Zollentrichtung befreit, sondern sogar noch durch Prämien angeeifert wurde.

Nicht leicht ist etwas charakteristischer für die österreichischen Zustände in der früheren wie in der gegenwärtigen Zeit, als die übertriebene Wichtigkeit, welche man der Schaffung neuer Behörden jederzeit beimaß. So wie, um nur ein Beispiel zu erwähnen, noch in unseren Tagen diejenigen, welche die Nothwendigkeit der Hebung und Verbesserung der Landwirthschaft einsahen, hiezu nichts Klügeres zu

thun wußten, als auf die Creirung eines eigenen Ministeriums für Ackerbau zu dringen, so war Aehnliches auch schon in den Zeiten Maria Theresia's der Fall. Wenn man nur wieder eine neue Behörde mit einem Präsidenten, einem Vicepräsidenten, so und so viel Räthen und Secretären besaß, so könne es gar nicht fehlen, meinte man immer, daß der Zweck auch wirklich erreicht werde, in Anbetracht dessen die neue Behörde geschaffen worden war. So ging es auch in Bezug auf Handel und Industrie und speciell hinsichtlich Triests. Eine eigene Hofcommission wurde eingesetzt und gleichfalls dem Grafen Rudolph Chotek untergeordnet. Der Hofrath von Kannegießer und Bartensteins Schwiegersohn, Franz Freiherr von Wiesenhütter waren ihre hervorragendsten Mitglieder.

Der Letztere war der Sohn eines reichen Frankfurter Banquiers und zu jener Zeit noch nicht vierzig Jahre alt. Er war groß und wohl gebaut, mit einnehmenden, selbst geistreichen Gesichtszügen und gewinnender, ja weltmännischer Umgangsweise. Nicht eben von hervorragender Begabung, besaß er doch unbegrenzten Ehrgeiz, und darin ist wohl die Hauptursache zu suchen, weßhalb er von Frankfurt nach Wien kam, sich um die Tochter des allmächtigen Staatssecretärs bewarb und dann zum Katholizismus übertrat. Er soll sich der Hoffnung hingegeben haben, einst der Nachfolger seines Schwiegervaters in dessen einflußreichem Amte zu werden. Inzwischen gewann er durch die beträchtlichen Vorschüsse, die er den schwer bedrängten Staatsfinanzen leistete, immer mehr Ansehen am Hofe, und erhielt bald die Stelle eines Directors der Militär- und der Schuldencasse, dann der montanistischen Angelegenheiten, insofern sie sich auf Quecksilber und Kupfer bezogen. Denn aus den Einkünften dieser Bergwerke sollte er sich für seine Vorschüsse bezahlt machen. Da aber dieselben nur langsam und spärlich eingingen und nebstbei auch der Aufwand Wiesenhütters allzu große Summen verschlang, machte er Bankerott. Er selbst bat dann die Kaiserin, seiner Stellen enthoben, jedoch in derjenigen eines Hofrathes bei der Hofkammer bestätigt zu werden.

„Obwohl mit den geleisteten Diensten und Eifer des Wiesen„hütter," schrieb Maria Theresia auf dessen Gesuch, „sehr wohl zu-

„frieden, so accordire ihm, um in Stand zu bleiben weitere gute „Dienste zu leisten, das was er hier begehrt. Wegen Kupferwesen „solle die Commission selbst es führen; die Militärcassa solle Schröder „als Zahlmeister führen, des Schuldenwesens halber wird es der Kaiser „befehlen. Wiesenhütter sind zum Zeichen meiner Gnade 50.000 Gul„den zu geben, die Kammer solle vorschlagen woher" [91]).

Man sieht, daß Maria Theresia mit Wiesenhütters Rücktritt zugleich eine ganz andere Organisation der früher von ihm verwalteten Aemter verband. Der neue Kriegszahlmeister Jacob von Schröder war eine Person ihres besonderen Vertrauens; sie warf ihm auch einen Gehalt von fünftausend Gulden aus, während die Hofkammer nur die Hälfte für ihn beantragt hatte. Auch die Einrichtung seines Amtes sowie die Aufnahme der hiebei zu beschäftigenden Personen stellte sie ihm anheim. „Des Schröders Ehrlichkeit und lange Dienste sind mir an„statt einer Caution," schrieb sie auf den Vortrag des Präsidenten der Hofkammer. „Alle diese Leute keinen zu nehmen; braucht er Leute, soll „er sie nehmen, aber davor stehen, nicht aber daß sie Titel oder „etwas bei mir genießen sollen. In den Ländern denke ich die Cassiere „selbst zu benennen" [92]).

Sowie Schröder die Kriegscasse, so wurde die Staatsschuldencasse dem Vicepräsidenten der Hofkammer, Anton Hilleprand Freiherrn von Prandau untergeordnet. Die Leitung der Kupfer- und Quecksilberbergwerke fiel natürlich an das montanistische Hofcollegium unter dem Grafen von Königsegg-Erps und dem Freiherrn von Haugwitz. Wiesenhütter aber machte, wie wenigstens der preußische Gesandte Podewils seinem König berichtet, binnen Jahresfrist einen zweiten Bankerott. „Allem Anscheine nach," fügt Podewils hinzu, „wird er sich von dem„selben niemals mehr erholen und Zeit genug haben, traurige Be„trachtungen über die Thorheiten anzustellen, zu denen seine Eitelkeit „ihn verleitete" [93]).

Der mächtige Einfluß seines Schwiegervaters ließ jedoch Wiesenhütter auch jetzt nicht im Stiche. Im Jahre 1749 wurde er zum Commerz-Intendanten des Küstenlandes, zum Civil- und Militärhauptmann

von Triest ernannt. Als solcher war er Mitglied der Hofcommission, welche mit den Angelegenheiten dieser Hafenstadt sich zunächst zu beschäftigen hatte. Ihm wurde aufgetragen, Alles zu thun, um dem entschiedenen Willen der Kaiserin zufolge Triest zu einem blühenden Handelsplatze zu gestalten und daselbst einen Hafen zu schaffen, welcher gegen die Stürme des Meeres wie gegen feindliche Angriffe ausreichend sicher sei[94]).

Wiesenhütters Thätigkeit in Triest war jedoch nur von sehr kurzer Dauer. Schon im folgenden Jahre, 1750, ging sein Amt an den Grafen Nicolaus Hamilton über, welcher dasselbe nun durch vierzehn Jahre bekleidete. Unter seiner Einwirkung wurde all dasjenige in's Leben gerufen, was während dieses Zeitraumes Maria Theresia zu Gunsten von Triest in's Werk setzen ließ und worüber wir ziemlich genaue Berichte aus der Feder der venetianischen Botschafter am Wiener Hofe besitzen. Denn mit ängstlicher Sorgfalt beobachteten diese jeden Schritt der österreichischen Regierung, welcher Triest zum Vortheil und dadurch ihrer eigenen Vaterstadt wenigstens mittelbar zum Schaden gereichte. Klagend heben sie alles hervor, was an Hafenbauten, durch Anlegung von Straßen, durch Erleichterung der Durchfuhrzölle geschah, um nicht nur den Seehandel überhaupt, sondern insbesondere den Verkehr zwischen Deutschland und der Levante nach Triest zu ziehen. So oft neue Ansiedlungen deutscher oder griechischer Handelshäuser daselbst stattfinden, und es war dieß in jener Zeit zu häufig wiederholten Malen der Fall, wird es bedauernd gemeldet. Und als im Jahre 1753 der bisherige Botschafter am Wiener Hofe, Andrea Tron, durch Pietro Corer ersetzt wird, wählt derselbe absichtlich seinen Weg über Triest. Obgleich man bei der geringen Entfernung der beiden Städte von einander wohl annehmen sollte, daß man über Alles, was in Triest geschah, in Venedig genau unterrichtet sein konnte, so verschmäht es Corer doch nicht, das Ergebniß seiner Wahrnehmungen in einen eigenen Bericht zusammen zu fassen, den er dem Senate erstattet. Den im Bau begriffenen Molo nennt er ein prachtvolles Werk, welches lange Dauer verspreche. Er zählt die Schiffe im Hafen und betrachtet die aufgehäuften Waaren, nicht ohne einen Seufzer, daß sie

sich hier und nicht in Venedig befänden. Und er klagt, daß nicht allein nach der Levante, sondern sogar nach der Lombardie und dem übrigen Italien eine directe Handelsverbindung stattfinde, ohne die venetianischen Provinzen zu berühren [95]).

Was die in Triest begonnenen Hafenbauten anging, so begab sich Chotek, um sie zu beschleunigen, persönlich dorthin. Doch nicht allein die Hafenbauten, sondern all die Maßregeln, welche zur Entwicklung des österreichischen Seehandels getroffen werden sollten, beschäftigten ihn und seine zahlreichen Begleiter, welch letztere zum Theile der Commerzhofcommission, zum Theile aber, wie die belgischen Kaufleute de Winter und Scamp, den Kreisen der eigentlichen Sachverständigen angehörten. So ermuthigend lauteten Choteks Berichte und so sehr drängte er zu entscheidenden Schritten zu Gunsten Triests, daß Maria Theresia die ganze Summe der Taxen, welche nach ihrer Entbindung im Jahre 1754 für Beförderungen und Titelverleihungen bezahlt wurden, zur Bestreitung der Triester Hafenbauten bestimmte [96]). Ja sie faßte den Gedanken, der bei ihrer sonstigen Unlust zu ausgedehnteren Reisen von einer gewissen Bedeutung war, sich selbst nach Triest zu begeben, um sich dort durch den Augenschein von demjenigen zu unterrichten, was im Interesse dieser Stadt und des Handels im Allgemeinen schon geschehen und etwa noch zu thun war. Die Rückkehr wollte sie durch Croatien und Ungarn bewerkstelligen, und schon wurden Leute abgesandt, um den Zustand der Straßen zu prüfen und sie dort, wo es nothwendig wäre, ausbessern zu lassen [97]). Plötzlich aber wurde der schon feststehende Entschluß wieder geändert und die Reise nach Triest in's Unbestimmte verschoben [98]).

Die Beweggründe zu einer so plötzlichen Aenderung glaubte man in der Besorgniß erblicken zu sollen, die Reise nach Croatien und somit in die Nähe der türkischen Grenze könnte die Aufmerksamkeit dieser noch immer gefürchteten Nachbarn in allzu hohem Maße erregen. Denn es ließe sich bei der Anwesenheit der Majestäten unmöglich vermeiden, die erst neu gebildeten Grenzregimenter zusammen zu ziehen, ein Lager zu formiren und kriegerische Uebungen vornehmen zu lassen. Dadurch aber könnten die Türken nur allzu leicht beunruhigt und veranlaßt werden,

darin feindselige Demonstrationen zu erblicken, die man besser vermeiden solle.

Entscheidender noch als diese Betrachtungen dürfte die von Rudolph Chotek vorgebrachte Hinweisung auf die höchst beträchtliche Ausgabe gewesen sein, welche mit einer solchen Reise unausweichlich verknüpft wäre. Auf wenigstens eine halbe Million glaubt sie Chotek veranschlagen zu müssen, und er wies auf die Verlegenheiten hin, welche dem Staatsschatze erst vor Kurzem durch die Bestreitung der Kosten einer ähnlichen Reise nach Böhmen und Mähren verursacht worden waren. Freilich gab es wieder Leute, welche behaupteten, auch diese Rücksicht bilde nicht das eigentliche Motiv, durch welches Chotek vermocht werde, die Reise zu widerrathen. Er sehe vielmehr ein, daß Maria Theresia nicht nach Triest gehen könne, ohne auch Fiume zu besuchen. Dort aber sei Alles noch in unglaublicher Unordnung, und der wirkliche Zustand dieses Hafens entspreche in keiner Weise dem glänzenden Bilde, das er der Kaiserin von demselben entworfen habe. Ihre persönliche Anwesenheit in Fiume aber müßte ihr eine für Chotek gewiß nicht willkommene Aufklärung verschaffen [99].

Wie dem aber auch sein mochte, gewiß ist nur, daß es von der beabsichtigten Reise der Kaiserin nach Triest damals abkam und dieselbe auch später niemals zur Ausführung gelangte.

Viertes Capitel.

Kriegswesen.

Es ist so eben der Maßregeln gedacht worden, welche Maria Theresia ergriff, um die zerrütteten Finanzen ihres Reiches in bessere Ordnung zu bringen und ein Gleichmaß zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staates herbeizuführen. In nicht geringerem, ja vielleicht in noch höherem Grade lag ihr die Sorge für die Vermehrung und die Verbesserung ihrer Kriegsmacht am Herzen. Denn man wird sich nicht täuschen, wenn man gerade darin das allerstärkste Motiv zu der damaligen Handlungsweise der Kaiserin sucht. Kräftigung der militärischen Hilfsmittel, um durch sie nicht nur vor jedem neuen Gebietsverluste geschützt, sondern wo möglich in den Stand gesetzt zu sein, das Verlorne ganz oder doch wenigstens zum Theile wieder zu gewinnen, darauf war zu jener Zeit Maria Theresia's Absicht wohl hauptsächlich gerichtet. Darum wurde auch, und zwar selbst noch ehe der Aachner Friede geschlossen war, eifrig Hand angelegt an die völlige Umgestaltung der Einrichtungen, welche auf das Kriegswesen sich bezogen. Denn ihnen gab man, sei es mit Recht oder Unrecht, den unbefriedigenden Ausgang der letzten Feldzüge, hauptsächlich aber die traurige Erfahrung Schuld, daß die österreichischen von den preußischen Truppen immer und überall geschlagen worden waren. Die persönliche Ueberlegenheit der preußischen Heerführer, des Königs Friedrich, des Fürsten von Dessau und Schwerins über einen Karl von Lothringen, einen Neipperg wollte man nicht zugeben; es wurde daher Alles auf die geringere Tüchtigkeit der Truppen geschoben. Hauptsächlich war es der Mangel an Disciplin und an

Schnelligkeit des Feuerns sowohl als der Bewegungen in der Schlacht, worüber man klagte [100]), und darin erblickte man die bedeutsamsten Uebelstände, deren Beseitigung durchaus geboten sei, wenn man nicht bei einem späteren Kriege einen gleich ungünstigen Ausgang gewärtigen wolle.

„Wer würde glauben", so spricht sich die Kaiserin selbst in ihrer mehrfach citirten Denkschrift über das Heerwesen aus, wie sie es bei ihrem Regierungsantritte gefunden, „wer würde glauben, daß nicht die „mindeste Regel eingeführt war bei meinen Truppen? Jeder machte ein „anderes Manöver im Marsch, im Exerciren und im Allarm; Einer „schoß geschwind, der Andere langsam; die nämlichen Worte und Be„fehle wurden bei Einem so und bei dem Andern anders ausgedrückt, „und da ist es denn kein Wunder, wenn zehn Jahre vor meiner „Regierung der Kaiser allzeit geschlagen worden, und wie ich selbst das „Militär gefunden, nicht zu beschreiben ist."

In der Reform des Heerwesens erblickte also Maria Theresia eines der allerdringendsten Bedürfnisse des Staates. Auch in dieser Beziehung stand ihr Kaiser Franz, wie es hinsichtlich der Finanzen und der Handelssachen der Fall war, hilfreich zur Seite. Freilich war nicht so sehr er selbst als sein Bruder Karl das eigentliche Haupt und der Centralpunkt der Berathungen, welche gehalten wurden, um so bald als nur immer möglich die als nothwendig erkannten Verbesserungen im Kriegswesen einzuführen. Und man würde dem Prinzen von Lothringen Unrecht thun, wenn man aus seiner maßgebenden Theilnahme an diesen Berathungen etwa schon von vorneherein auf ein unbefriedigendes Ergebniß derselben würde schließen wollen. Denn so wenig glücklich auch Prinz Karl im Felde war, so läßt sich doch nicht leugnen, daß er durchaus kein unwissender, sondern ein wohlunterrichteter Soldat und jederzeit eifrig bemüht war, nicht nur seine eigenen Kenntnisse auf dem Gebiete der Kriegswissenschaften zu erweitern, sondern deren auch unter den Offizieren immer mehr zu verbreiten. Ein Hauptverdienst aber war es von ihm, daß er, wie groß auch seine persönliche Abneigung vor dem Könige von Preußen sein mochte, doch die Ueberlegenheit seines militärischen Talentes und die Vorzüglichkeit der Einrich-

tungen bereitwillig zugab, die Friedrich selbst und sein Vater im preußischen Kriegswesen getroffen hatten.

Auch damals wie in unseren Tagen staunte man insbesondere über die bis dahin unerhörte Raschheit der Preußen im Feuern. Und wer die Schwerfälligkeit der Muskete kennt, welche die preußischen Soldaten handhaben mußten, der wird zugeben, daß sie wirklich Unglaubliches leisteten, wenn sie dieselbe fünfmal in der Minute abzufeuern vermochten. Es auf diese Stufe der Vollkommenheit zu bringen, und noch überdieß den österreichischen Truppen diejenige Schnelligkeit und Präcision der Bewegungen beizubringen, welche man an den Preußen so sehr bewunderte, war nun der Zielpunkt des eifrigsten Strebens der österreichischen Kriegsmänner. Den preußischen Einrichtungen wurden daher auch diejenigen nachgeformt, welche man auf dem gleichen Gebiete in Oesterreich in's Leben rief [101]).

Am 8. Februar 1748 wurde unter dem Vorsitze des Prinzen Karl von Lothringen die erste Sitzung über das neu einzuführende System im Kriegswesen gehalten. Drei Feldmarschälle, Fürst Wenzel Liechtenstein, Graf Joseph Harrach und Graf Caspar Cordua, zwei Feldzeugmeister, Graf Wenzel Wallis und Graf Leopold Daun, der General der Cavallerie und General-Kriegscommissär Graf Franz Ludwig von Salburg, der Hofkriegsrath von Wöber und der Commissariats-Director Johann Ferdinand von der Marck nahmen daran Theil; der Hofkriegssecretär Thoren führte das Protokoll. Die Entwerfung eines neuen Reglements für die ganze Armee, die Einführung völlig gleichmäßigen Exercirens bei der gesammten Infanterie und Reiterei, endlich die Ausarbeitung von Vorschriften für das Militär-Rechnungswesen, wodurch dessen Beschleunigung, Verbesserung und Vereinfachung herbeigeführt werden sollte, wurden von dem Vorsitzenden der Commission als ihre ersten Aufgaben bezeichnet. Auszugehen habe sie von der Bestimmung, daß künftighin der Friedensstand der Armee 108.000 Mann betragen und zur Bestreitung der Ausgaben eine Gesammtsumme von vierzehn Millionen zur Verfügung stehen solle.

In zwanzig Sitzungen, an welchen später auch noch der Feldzeugmeister Graf Schulenburg Theil nahm, wurden die verschiedenen

Seiten dieser Fragen eingehend besprochen und die künftig zu beobachtenden Grundsätze festgestellt. Merkwürdig ist es, daß hiebei der einzige, dem Civilstande angehörende Theilnehmer, denn der Commissariats-Director von der Marck besaß kein Stimmrecht, besonders hervortrat. Es war dieß der Hofkriegsrath Augustin Thomas von Wöber.

Wöber war damals kaum fünfzig Jahre alt, ein kleiner, mißgestalteter Mann mit in die Länge gezogenen fahlen Gesichtszügen [102]). Aber seine Umgangsweise war einnehmend und sein Verstand von nicht gewöhnlicher Schärfe. Ein ganz eigenes Talent besaß er zur Auffindung von Auskunftsmitteln, um aus schwierigen Lagen einen Ausweg zu bahnen. Er hatte seine Laufbahn als Beamter mit der untersten Stufe begonnen, bald aber durch seine hervorragende Gewandtheit die Aufmerksamkeit seines Chefs auf sich gelenkt, der damals kein Geringerer war, als der schon hochbetagte Prinz Eugen von Savoyen. Ihm wußte sich Wöber bald unentbehrlich zu machen, und er besaß das Vertrauen des Prinzen in so hohem Grade, daß man oft behauptete, eigentlich sei es Wöber und nicht der Prinz, der den Hofkriegsrath regiere.

Gegen die Art und Weise, in welcher dieß geschah, wurden freilich gar heftige Anklagen laut, und man beschuldigte Wöber, die militärischen Anstellungen zu seinem eigenen Vortheile zu verkaufen. Ob dem wirklich so war, läßt sich nicht beweisen; nur das ist gewiß, daß die Sache damals geglaubt wurde und der Haß gegen Wöber bald so weit ging, daß man ihn auch für Dinge verantwortlich machte, von denen ihm wenigstens die Hauptschuld kaum zur Last gelegt werden kann. Insbesondere war dieß aus Anlaß der unglücklichen Kriegführung gegen die Türken der Fall. Wöber sollte Schuld sein an den Schlappen, welche die kaiserlichen Generale erlitten, und ihm galten daher auch die ersten Excesse, denen in der Aufregung nach dem Tode Karls VI. der Wiener Pöbel sich hingab. Von jener Zeit angefangen schwand auch zusehends der Einfluß, welchen Wöber bisher auf die Besetzung der Stellen und auf die Verleihung von Belohnungen ausgeübt hatte. Aber hinsichtlich der technischen Fragen, die auf die militärischen Dinge sich bezogen, war nicht allein Wöbers Meinung noch immer von großem Gewichte,

sondern er führte auch nach wie vor im Namen des Hofkriegsrathes die Feder. Um so wichtiger war dieß für seine Stellung, als auch jetzt wieder an der Spitze dieser Behörde ein hochbejahrter Mann stand, Graf Joseph Harrach, der seines vorgerückten Alters und seiner geringen geistigen Bedeutung wegen in keiner Weise für dieselbe paßte. Aber so groß war der Einfluß der mächtigen Familienverbindungen, welche zu Gunsten Harrachs in die Wagschale fielen, daß Maria Theresia, so lebhaft sie auch gewünscht hätte, in der Besetzung dieses Postens eine Aenderung eintreten zu sehen, sich doch niemals dazu entschloß, sie selbstständig vorzunehmen. Von Jahr zu Jahr wartete sie auf Harrachs Tod oder sein freiwilliges Ausscheiden; erst als keines von beiden erfolgte, der Ausbruch des Krieges es aber unaufschiebbar erscheinen ließ, die Leitung des Kriegswesens in tüchtigere Hände zu legen, erst dann griff man zu einem, freilich wieder nur unzureichenden Auskunftsmittel. Denn auch jetzt noch entfernte man den achtzigjährigen Harrach nicht von seiner Stelle, sondern man beschränkte sich darauf, ihm den nicht viel jüngeren, auch schon zweiundsiebzigjährigen Neipperg an die Seite zu setzen. Diese Veränderung aber war es, durch welche Wöber aus dem Posten verdrängt wurde, den er so lang beim Hofkriegsrathe inne gehabt hatte. Denn Neipperg, seit langer Zeit schon dem einflußreichen Manne feindselig gesinnt, verlangte seine Entfernung. Maria Theresia entsprach seinem Wunsche, freilich in der für Wöber ehrenvollsten Weise, denn mit dem Range eines Feldmarschall-Lieutenants trat er in das Justiz-Collegium des Hofkriegsrathes, welches damals zur Entscheidung der Rechtsangelegenheiten der Militärpersonen in's Leben gerufen wurde.

Wohl berührte die Ernennung eines Mannes, der niemals im Felde gedient hatte, ja eigentlich nie Offizier gewesen war, zum Feldmarschall-Lieutenant überall seltsam. Aber Wöber selbst hatte sie lebhaft gewünscht, indem ihm dadurch der Eintritt in die Appartements am Hofe, der Gehalt und die Ehren zu Theil wurden, die mit jener Stelle verbunden waren [103]). Bei dem Hofkriegsrathe wurde Wöber durch den Hofrath Dionys Ferdinand Gröller ersetzt. Leider war alle Welt darüber einig, daß die Befähigung, welche der neue Referent zur Erfüllung

seiner Pflichten mit sich brachte, derjenigen seines talentvollen Vorgängers durchaus nicht gleichkam [104]).

Doch geschah dieß Alles erst zu Ende des Jahres 1755. In der Zeit, von welcher jetzt die Rede ist, um mehr als sieben Jahre früher nahm Wöber hervorragenden Antheil an den Berathungen, welche zur Reorganisirung des Kriegswesens gehalten wurden. Aber wichtiger noch war die Rolle, welche der Feldzeugmeister Graf Leopold Daun bei denselben spielte. Ihm wurde denn auch die Ausarbeitung der neuen Reglements übertragen, welche als Ergebniß jener Berathungen in der österreichischen Armee eingeführt wurden. Und um ihre praktische Anwendung den Truppen vollständig einzuprägen, wurden von nun an in den verschiedenen Provinzen Lager zu Feldübungen im Großen gehalten. Dadurch hoffte man den Truppen jene Gewandtheit und Verläßlichkeit der Bewegungen zu geben, welche den Preußen in den jüngst vergangenen Kriegen zu so großem Vortheile gereichten. Denn nur die Art ihrer Einübung im Frieden sei es gewesen, so hörte man in Wien oftmals versichern, welche es möglich gemacht habe, daß Streitkräfte, die niemals einen Feind gesehen hatten, kriegsgewohnte Gegner jederzeit auf's Haupt schlugen [105]).

Wie tief Maria Theresia selbst von der Ueberzeugung durchdrungen war, daß die häufige Abhaltung von Feldlagern das beste Mittel sei zur Heranbildung kriegstüchtiger Truppen, bewies sie dadurch, daß sie vor den beträchtlichen Ausgaben nicht zurückschrack, welche sie dem Staatsschatze bereiteten. Ja sie legte den, man möchte fast sagen, persönlichen Antheil, den sie an der Sache nahm, dadurch am klarsten an den Tag, daß sie ziemlich weite Reisen nicht scheute, zu oft wiederholten Malen die Feldlager in Böhmen und Mähren besuchte, und selbst eine vortreffliche Reiterin, zu Pferde den Uebungen folgte.

Bei ihrer Anwesenheit in den Lagern bot sich denn auch der Kaiserin die beste Gelegenheit dar, in persönlichem Verkehr mit den hervorragenderen Offizieren dieselben immer mehr an sich zu fesseln. Den Beweis wollte sie liefern, daß die Worte der Medaille, welche ihr zu Ehren geprägt worden war: „mater castrorum“, nicht bloß

eine wohldienerische Phrase, sondern Wahrheit enthielten. Den lebhaftesten Antheil zeigte sie an Allem, was nicht nur die dienstlichen, sondern auch die persönlichen Verhältnisse der Offiziere betraf. Ungehinderten Zutritt zum Hofe gestattete sie ihnen [106]), und von jener Zeit an trat die Uniform immer mehr an die Stelle des spanischen Mantelkleides, welches bisher fast ausschließlich am Hofe getragen worden war. So unbedeutend solche Aeußerlichkeiten jetzt auch erscheinen mögen, so trugen sie doch nicht wenig dazu bei, den Offizier mit Stolz auf den Stand, dem er angehörte, und mit dem Bestreben zu erfüllen, sich desselben auch würdig zu zeigen.

Aber nicht allein den Offizier mit militärischem Geiste zu durchdringen, sondern ihn auch in den Kriegswissenschaften gehörig auszubilden, oder besser gesagt, sich ein in solcher Weise ausgebildetes Offizierscorps heranzuziehen, erkannte Maria Theresia als eine dringende und wichtige Aufgabe. Zu ihrer Erfüllung errichtete sie im Jahre 1752 eine adelige Militäracademie, deren Oberleitung sie dem Feldzeugmeister Grafen Leopold Daun übertrug; der Generalmajor Graf Ludwig Thürheim stand ihm zur Seite. Maria Theresia räumte dem neuen Institute die kaiserliche Burg zu Wiener Neustadt ein. Das Cadettencorps sollte aus zwei Compagnien, jede zu hundert Köpfen, und zwar eine Compagnie aus Söhnen von Mitgliedern des Herren- und des Ritterstandes in den Erbländern, die zweite aus Söhnen von Oberoffizieren bestehen. Sie wurden unentgeltlich verköstigt und bewohnt. Als Unterrichtsgegenstände waren vorerst nur die Mathematik, die französische, italienische und böhmische Sprache, das Tanzen, Reiten, Fechten und Exerciren bezeichnet.

Als Vorschule für diese Academie errichtete die Kaiserin in Wien ein Institut für hundert arme adelige Knaben oder Söhne von Offizieren. Während des Alters von acht bis dreizehn Jahren sollten sie daselbst aufgenommen, und wenn sie sich tadellos verhielten, mit dem vierzehnten Lebensjahre nach Neustadt versetzt werden. Um aber Alle, welche auf diese Begünstigung nur immer Anspruch zu erheben vermochten, derselben möglichst theilhaft werden zu lassen, wurden auf der Kaiserin ausdrücklichen Befehl in allen Ländern Verzeichnisse der

Kinder aus adeligen und gleichzeitig vermögenslosen Familien, oder der Söhne verdienter Offiziere verfertigt, um ihnen derlei Freiplätze zuzuwenden, auch ohne daß ihre Eltern ausdrücklich darum baten. Hatte die Kaiserin in solcher Weise für eine Ergänzung des Offizierscorps durch die Söhne armer Adeliger oder unbemittelter Offiziere gesorgt, so wollte sie doch auch die Kinder reicherer Familien zum Soldatenstande heranziehen. Sie stiftete daher im Jahre 1754 die Ingenieur-Academie in Wien, welche gleichfalls unter die oberste Leitung des Grafen Leopold Daun gestellt wurde; ihr eigentlicher Vorstand war der Generalmajor Freiherr von Kleinholt. Den Zöglingen, welche, wie dieß schon einmal in den verkehrten Ansichten jener Zeit lag, ebenfalls alle von Adel sein mußten, sollte die Ingenieurkunst, die Geschichte und die Geographie, das Fechten, Tanzen und Exerciren beigebracht werden. In fünf Sprachen, der böhmischen und ungarischen, der italienischen, französischen und englischen wurde Unterricht ertheilt. Doch war der Zögling nicht gehalten, alle diese Fächer zu hören, sondern er konnte, wenn er dieß nicht wollte, sie nach seinem Belieben sich auswählen oder an der Universität noch andere Lehrstunden besuchen. Denn es war den Zöglingen freigestellt, sich auch einem anderen als dem Soldatenstande zu widmen.

Eigenthümlich war die Bestimmung, daß die Zöglinge ihre Hofmeister und Diener in das Institut selbst mitzubringen hatten, doch brauchte nicht Jeder einen eigenen Hofmeister und Diener zu halten, sondern es konnten sich ihrer mehrere zur Bestreitung der Kosten dieser Begleitung vereinigen. Ebenso war es ihrem Belieben anheim gestellt, an welcher der drei verschiedenen Tafeln sie zu speisen gedachten. An derjenigen geringster Kategorie [107]) war ein Kostgeld von hundert, an der zweiten ein solches von hundertfünfzig Gulden jährlich zu bezahlen. Die Tafel dritter Kategorie kostete zweihundert Gulden. Der Hofmeister hatte immer an dem gleichen Tische wie sein Zögling zu speisen, und es war daher für ihn dieselbe Taxe wie für Jenen zu entrichten.

Es berührte die Kaiserin peinlich, daß diese Stiftung bei dem wohlhabenden Adel der Monarchie nicht den Anklang fand, welchen sie erwartet hatte. Statt daß sie sich beeilt hätten, ihre Kinder in großer

Anzahl an die ihnen neu eröffnete Pflanzstätte des Unterrichtes zu senden, thaten sie dieß nur in spärlichem Maße; es wurde eben damals so wie auch jetzt noch die Nothwendigkeit tüchtigen Lernens in Oesterreich allzu wenig erkannt. „Unglaublich ist es," so lautet eine Bemerkung von Maria Theresia's eigener Hand, „daß Niemand „von diesen Gnaden profitiren mag" [108]). Sie ließ daher eine Darstellung der Einrichtung der neuen Academie in Druck legen und sandte sie zu möglichster Verbreitung bei den adeligen Familien an die Stände der böhmischen und österreichischen Länder [109]). Ihren beiden Schöpfungen aber, der Academie zu Wien und derjenigen zu Wiener Neustadt widmete sie stets die regste Sorgfalt. Insbesondere war es die letztere, für welche die Kaiserin große Vorliebe zeigte; zu oft wiederholten Malen besuchte sie dieselbe und mit lebhaftem Interesse verfolgte sie alles, was sich auf diese Lieblingsstiftung bezog.

Schon mehrere Jahre vor der Errichtung der Ingenieuracademie, im Juli 1748 hatte die Kaiserin das Reglement für das Ingenieurcorps erlassen. Es sollte aus vier Brigaden, je eine für die deutschen und die ungarischen Erbländer, dann für Italien und die Niederlande bestehen. An der Spitze jeder dieser Brigaden befand sich ein Oberst, die Leitung des ganzen Corps aber sollte ein Generaldirector führen.

So wie das Geniewesen und vielleicht mehr noch war es die Artillerie, deren zweckmäßigere Umgestaltung damals mit besonderem Eifer betrieben wurde. Dem Sieger bei Piacenza, Fürsten Wenzel Liechtenstein gebührt hievon das hauptsächlichste Verdienst. „Unter sei„ner Leitung bildete sich," sagt König Friedrich von ihm, „eine eigene „Schule der Artillerie; er brachte dieses Corps auf sechs Bataillone, „den Gebrauch der Kanonen aber bis zu dem früher ganz unerhörten „Grade, zu welchem er in unseren Tagen gelangt ist."

In engem Zusammenhange mit der Ausbildung der Artillerie stand natürlich auch die Frage der Bewaffnung des Fußvolkes. Mit ganz neuen Gewehren wurde es ausgerüstet, welche den preußischen nachgebildet, um zwanzig Loth leichter waren als die früheren [110]), und von denen eines ohne Bajonnett auf vier Gulden fünfundvierzig

Kreuzer, mit dem Bajonnette aber auf fünf Gulden dreißig Kreuzer zu stehen kam.

Auch die gleichmäßige Bekleidung der einzelnen Truppenkörper wurde nun vollständig durchgeführt und den Offizieren befohlen, dieselbe Kleidung wie die Soldaten, nur von besserem Tuche zu tragen [111]). Am wichtigsten aber war diese Seite der militärischen Ausrüstung bei denjenigen Kriegsvölkern, welche als irreguläre, den südslavischen Landstrichen der österreichischen Monarchie angehörige Truppen die letzten Feldzüge mitgemacht hatten.

Ueberhaupt waren die Einrichtungen, welche Maria Theresia in Bezug auf die Militärgrenze traf, sowohl für die Bewohner jener Landstriche als für das österreichische Kriegswesen im Allgemeinen von höchster Bedeutung. Sie genehmigte das System, welches Prinz Joseph Friedrich von Sachsen Hildburgshausen ihr vorlegte. War man Anfangs blos von der Absicht ausgegangen, sowohl eine tüchtige Schutzwehr gegen die türkischen Nachbarn zu besitzen, als durch militärische Einrichtungen das wilde Grenzvolk besser im Zaume zu halten, so kam jetzt auch noch der dritte, ja fast der wichtigste Endzweck hinzu, die Grenzmiliz auch nach anderer Richtung hin mit Vortheil zu verwenden. Daß dieß möglich sei, hatte sich bereits im Erbfolgekriege ausreichend erprobt; nun galt es, auf dem schon betretenen Wege noch weiter zu gehen. Hiezu hielt man aber die Eintheilung der Grenzer in regelmäßige Truppenkörper für nöthig. Doch ging schon die Scheidung in Regimenter nicht überall ohne Anstand vor sich. Die croatischen Grenzer wenigstens konnten nur mit Gewalt dazu gebracht werden, sich der ihnen gegebenen Verfassung auch wirklich zu unterwerfen.

Nicht weniger schwierig war die Durchführung der eigenthümlichen Einrichtungen, welche man den Besitzverhältnissen in der Militärgrenze gab. Ihnen zufolge wurden alle Grundstücke zu freiem Genusse statt des Soldes als Militärgrenzlehen vergeben. Dafür mußte von jedem solchen Lehen ein Mann zum Kriegsdienste, sei es innerhalb oder außerhalb des Landes gestellt werden. Doch hätten sich die Grenzer

noch darein gefügt; was sie aber mit Erbitterung erfüllte, war das Verlangen, daß sie ihre eigenthümliche Nationaltracht ablegen und die Militärmontur annehmen sollten.

Es war nicht etwa kleinliche Pedanterie, wodurch man zu diesem Begehren bewogen wurde, sondern die Hoffnung, daß mit der Tracht des Soldaten auch der militärische Geist, der Sinn für Ordnung und Zucht in dem Grenzer erwachen, daß er der Disciplin sich williger fügen werde als bisher, und sich nicht mehr jenen wilden Excessen überlasse, welche einer civilisirten Kriegsmacht unwürdig waren. Die Grenzer aber wollten sich von den mit ihnen verwachsenen Gewohnheiten und daher auch von der Tracht nicht trennen, die ihnen als äußeres Sinnbild derselben galt. Und als man noch den Fehler beging, ihnen die Bezahlung eines bestimmten Betrages aufzuerlegen, welcher zur Anschaffung der verhaßten Montur verwendet werden sollte, da wurde die Unzufriedenheit in der Grenze überall eine wahrhaft gefahrdrohende. Zwar gelang es dem General Petazzi in Karlstadt und dem Obersten Kleefeld in Kreutz mit unsäglicher Mühe, die aufgeregten Gemüther zu beschwichtigen und die Grenzer zur Unterwerfung unter die Befehle der Kaiserin zu bestimmen. In Koprainitz aber, einem der Hauptorte der Warasdiner Grenze, vermochte man dieß nicht, denn dort traten zu den allgemeinen Beschwerden noch diejenigen hinzu, welche die Grenzer, dem griechischen Glaubensbekenntnisse angehörig, über die ihren Privilegien widerstreitende Bedrückung erhoben, der sie bei der Ausübung ihres Ritus ausgesetzt waren. Hiedurch auf's Höchste erbittert, erhoben sie in offenem Aufstande die Waffen, und General Guicciardi, der daselbst commandirte, wich vor ihnen nach Warasdin zurück. Arge Excesse wurden von den Grenzern verübt, bald aber fühlten sie selbst, daß sie zu weit gegangen waren, und sie baten die Kaiserin, sechzig der Ihrigen als Deputation nach Wien senden zu dürfen, um sie ihrer unverbrüchlichen Treue zu versichern, gleichzeitig aber Vorstellungen gegen dasjenige zu machen, was man ihnen auferlegen wolle und dem sie sich nimmer zu fügen vermöchten.

Maria Theresia war durch diese Ereignisse auf's Peinlichste berührt. Einerseits wollte sie die Sache nicht auf's Aeußerste ankommen

lassen, und andererseits war doch auch allzu weitgehende Nachgiebigkeit nicht ohne Gefahr. Das Auskunftsmittel, zu welchem in dieser Lage die Kaiserin sich entschloß, bestand in der Absendung des Oberstlieutenants Beck, Commandanten eines slavonischen Grenzregimentes, nach dem Schauplatze der Unruhen. Er galt als ein Mann von vielem Verstande, der auch bei den Grenzern große Beliebtheit genoß. Es gelang ihm, sie in gütlichem Wege zu bewegen, die Waffen niederzulegen und ihre Beschwerden schriftlich vor die Kaiserin zu bringen. Abgeordnete der Grenzer erschienen in Wien und legten der Kaiserin eine Denkschrift vor, welche ihre Klagen enthielt. Einige derselben schienen nicht unbegründet zu sein, und da die Abgeordneten erklärten, sie hätten nur darum zu den Waffen gegriffen, weil die Grenzcommandanten sie jederzeit verhinderten, ihre Bitten und Klagen nach Wien gelangen zu lassen, so wurde Feldmarschall Graf Neipperg beauftragt, diese Beschwerde an Ort und Stelle zu untersuchen. Er begab sich auch zu diesem Zwecke nach Kanischa, wo in der Zwischenzeit Truppen zusammengezogen waren und nun auch die Repräsentanten der Grenzer erschienen. Zu ihren früheren Beschwerden gesellte sich noch diejenige über die argen Bedrückungen, welche die Willkür ihrer militärischen Vorgesetzten sich ihnen gegenüber erlaubte.

Durch kluges Benehmen rechtfertigte Neipperg die Erwartung, die Maria Theresia von ihm gehegt hatte. Mit ruhigem Ernste trat er den Vertretern der Aufständischen entgegen, und bald hatte er ihr Vertrauen in so hohem Maße gewonnen, daß sie selbst unter der Bedingung, er werde seine Truppen nicht in ihr Land führen, sich anheischig machten, die eigentlichen Unruhestifter zu verhaften und sie ihm auszuliefern. Pünktlich hielten sie ihr Wort, Neipperg aber meinte zum abschreckenden Beispiele wenigstens einige der Rädelsführer hinrichten lassen zu müssen. Den allerdings nicht zahlreichen Beschwerden, welche man gerecht fand, wurde Abhilfe zu Theil, den übrigen erklärte man nicht willfahren zu können. Doch stellte man es den Grenzern frei, wenn sie mit ihrer militärischen Verfassung nicht zufrieden sein sollten, dieselbe gegen die Provinzialverfassung zu vertauschen. Einstimmig erklärten sie jedoch, bei der ersteren verbleiben zu wollen [112]).

Nach und nach beruhigten sich die aufgeregten Gemüther in der Grenze; die Eintheilung derselben in Regimenter und die Einführung der militärischen Tracht nicht allein, sondern auch der militärischen Zucht und Disciplin wurde immer weniger angefochten, und schon binnen kürzester Zeit, während des siebenjährigen Krieges trugen diese Einrichtungen die heilsamsten Früchte.

Dort, wo von den Verbesserungen die Rede ist, welche Maria Theresia im Kriegswesen einführte, wird auch ihrer Sorgfalt für diejenigen zu gedenken sein, welche durch Verwundung oder in Folge der Anstrengungen, die sie in den Feldzügen hatten ertragen müssen, zu ferneren Kriegsdiensten untauglich wurden. Schon Kaiser Karl VI. hatte dem Schicksale der Invaliden sein Augenmerk zugewendet und in Pest ein großes Invalidenhaus gegründet, zu dessen Errichtung verschiedene Stiftungen bestimmt wurden, unter welchen diejenige des Erzbischofs von Gran und Primas von Ungarn, Grafen Georg Szechenyi, mit einem Betrage von 157.000 Gulden die beträchtlichste war. Außerdem wurde zu diesem Zwecke nebst anderen Zuflüssen noch der Beitrag von monatlich einem Kreuzer verwendet, dessen Bezahlung jedem Soldaten auferlegt wurde. Von dem Gesammterträgnisse hoffte man viertausend Invaliden erhalten zu können, doch hat sich deren Anzahl niemals über zweitausend belaufen. Nebst freier Wohnung, Holz, Salz und Licht verabreichte man den Invaliden einen Jahresgehalt, der bei dem Hauptmann zweihundert, dem Lieutenant hundertfünfzig, dem Fähnrich hundert Gulden betrug. Ein Feldwebel erhielt neun, ein Corporal sechs, ein gemeiner Soldat drei Kreuzer täglich; jeder noch überdieß eine Brodportion. Sie waren in Compagnien getheilt und sollten zur Kriegszeit als Besatzungen dienen. Darum setzten sie auch die militärischen Uebungen fort.

Maria Theresia dachte nicht daran, diese zweckmäßigen Einrichtungen aufzuheben, sie wollte sie vielmehr beibehalten und wo möglich noch verbessern, hauptsächlich aber auch auf diejenigen ausdehnen, welchen sie bisher nicht zu Gute gekommen waren. Denn eigenthümlicher Weise war das Invalidenhaus zu Pest nur für die Soldaten aus den Ländern der ungarischen Krone, dann für diejenigen aus den österreichischen

Niederlanden und der Lombardie bestimmt. Der Unterhalt der aus Böhmen, Mähren und Schlesien, dem Erzherzogthume Oesterreich, Steiermark, Kärnten und Krain gebürtigen Invaliden aber war diesen Ländern selbst überlassen. Sie suchten sich der unwillkommenen Pflicht so gut es eben ging zu entledigen. So wurden in Wien und in Graz so viele Invaliden in die Armenhäuser aufgenommen, als man daselbst unterzubringen im Stande war, die übrigen sandte man nach ihrer Heimat, wo sie auf Rechnung des Landes einen Sustentationsbetrag von vier Kreuzern täglich erhielten. Aber bei der großen Anzahl von Verwundeten, welche die langdauernden Feldzüge zurückgelassen hatten, wurde diese Zahlung, die man früher ohne Schwierigkeit trug, eine drückende Last, deren Erleichterung die Länder dringend verlangten. Endlich wiesen sie auf die offenbare Ungerechtigkeit hin, welche darin lag, daß sämmtliche Soldaten sich einen Abzug von ihrem Lohne zu Gunsten des Invalidenhauses in Pest gefallen lassen mußten, während doch dasselbe den Soldaten aus den österreichischen und böhmischen Ländern verschlossen war.

Maria Theresia sah ein, daß diesen Uebelständen ein Ende gemacht werden müsse. Das Directorium, an dessen Spitze Graf Haugwitz stand, schlug ihr vor, für die Versorgung der Invaliden ein „Generalsystem" anzunehmen, welches mit dem Jahre 1750 in's Leben treten solle, die Zahl der unterzubringenden Invaliden einstweilen auf sechstausend Mann festzusetzen, wovon je zweitausend auf Ungarn und Böhmen, tausend auf Mähren und tausend auf Oesterreich kämen. Für Ungarn bliebe das Invalidenhaus zu Pest nach wie vor im Gebrauche; in Prag sei man eben im Begriffe, ein gleiches zu errichten, und auch in Mähren und Oesterreich wäre dasselbe zu thun [113]).

Die Rücksichten der Humanität, welche den Maßregeln der Kaiserin zu besserer Versorgung der Invaliden zu Grunde lagen, traten auch in allen übrigen Anordnungen zu Tage, welche sie hinsichtlich des Soldatenstandes erließ. Und nicht allein im Allgemeinen, sondern man kann fast sagen, auch in den einzelnen Fällen geschah dieß; überall machte der vorsorgliche Sinn der Kaiserin sich geltend und ihr Bemühen, unnöthige Härte zu mildern und die Lage des Soldaten zu

verbessern und angenehmer zu gestalten. So war, um nur ein Beispiel zu erwähnen, den Commandanten der Regimenter die Beurlaubung von Soldaten nur unter persönlicher Bürgschaft gestattet, daß der Beurlaubte pünktlich wieder zu seiner Fahne zurückkehren werde. Selbstverständlich wollte, ja konnte kein einziger diese Bürgschaft übernehmen, und die Folge davon war natürlich, daß sie auch in den dringendsten Fällen die Beurlaubung eines Soldaten nicht zuließen. Ja es geschah dieß sogar dann nicht, wenn der Soldat als Caution seiner Rückkehr eine Summe zu erlegen bereit war, um welche man im Falle seines Ausbleibens einen Stellvertreter anzuwerben vermocht hätte. Auf den Vorschlag des Hofkriegsrathes, daß die Commandanten der Regimenter in solchen Fällen, und wenn sonst noch rücksichtswürdige Gründe obwalteten, den Urlaub ertheilen und einer ferneren Haftung für den Beurlaubten enthoben sein sollten, schrieb Maria Theresia: „Hart wäre es, wenn man „solche Leute als wie Sclaven hielte. Bin völlig der Meinung, daß „je mehr Freiheit gelassen wird, desto mehr man auf solche Leute trauen „kann. Wegen der Sicherheit ist es nothwendig, wenn also 40 Gulden „erlegt werden, erlaube es, doch daß allezeit bei jeder Musterung ange„zeigt werde, wo und wie lange diese Leute abwesend sind, und daß das „Geld vorfindig ist" [114]).

Einen anderen Beweis ihrer Fürsorge, für welchen ihr freilich nicht gerade alle Betheiligten dankbar gewesen sein mögen, dachte Maria Theresia dem Soldatenstande, und zwar den Subaltern-Offizieren dadurch zu geben, daß sie sich gewissermaßen zu ihrer Sparmeisterin aufwarf. Die Einberufung einer Anzahl von Obersten zu einer Berathung militärischer Angelegenheiten gab ihr den Anlaß zu folgendem eigenhändigen Billet an den Präsidenten des Hofkriegsrathes, Grafen Joseph Harrach:

„Weilen die Obristen noch hier sind, wäre mit ihnen zu über„legen, ob nicht sehr fürträglich wäre, wenn die Offiziere jährlich was er„sparten, und zwar glaubte ich, daß es ihnen nicht zu hart fallen „könnte, daß vom Hauptmann, wenn man ihnen den Beitrag, den sie „bekommen, zurück hielte, bis ein Hauptmann 400 fl. in der Casse, „ein Lieutenant 200 fl., ein Fähnrich 150 fl., nachgehends selbes ihnen „wieder frei laufen zu lassen. Dieses Geld wäre bloß, um sich in eine

„Feldequipirung setzen zu können; wenn sie stürben oder quittirten, es „ihnen bar aus der Regimentscasse zu zahlen, oder ihren Erben."

In Folge dieser Kundgebung der Kaiserin erging denn auch der Befehl des Hofkriegsrathes an die commandirenden Generale, von dem Einkommen der Offiziere einen Theilbetrag durch so lange Zeit zurückzubehalten, bis derselbe die von der Kaiserin bestimmte Summe erreicht habe. Sie sei als Ersparniß in der Regimentscasse aufzubewahren, bis der Offizier in die Lage käme, sie zu seiner Feldequipirung zu verwenden [115]).

Mit größerer Befriedigung als diese Anordnung werden die Offiziere eine andere Maßregel der Kaiserin aufgenommen haben, durch welche sie Vorsorge für die ihnen nothwendige Bedienung trug. „Es „wäre auch," heißt es in dem früher citirten eigenhändigen Billet, „den Offizieren zu erlauben, daß sie künftig zu ihrer Bedienung invalide „Leute gebrauchen können, denen gern die vier Kreuzer täglich passiren „will, doch also daß die Leute selbst gerne wollen, auch weg können „begehren, bei der Musterung selbe gleich zu entlassen ohne Anfrag, auch „nicht mit Prügeln sollen gestraft werden; daß die Obristen deren „Regimenter für selbe sorgen sollen, und selbe, so lange sie bei den „Offizieren sind, unter selbe mit Subordination gehören, hingegen die „Offiziere nicht von denen Regimentern selbst solche Leute herausnehmen „sollen, sondern allein die Wahl haben von denen, die in den Häusern „oder auf dem Lande schon abgedankt und in der Verpflegung stehen" [116]).

Man sieht, daß in dem Kopfe der Kaiserin selbst der Gedanke zu der Einrichtung entsprang, aus welchem die heutige Institution der sogenannten Privatdiener der Offiziere hervorging. Der Beweggrund hiezu war auch hier nur das Bestreben, die Lage der Offiziere behaglicher zu gestalten. Und was die Verwirklichung dieser Absicht betrifft, so läßt sich wohl kaum verkennen, daß der damals eingeschlagene Weg ein ungleich zweckmäßigerer als der jetzt befolgte war. Denn es wurde keine waffenfähige Mannschaft ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen, dem Staate keine neue Ausgabe zugemuthet, und was wohl die Hauptsache ist, nicht das an und für sich vielleicht schon zweifelhafte Recht

des Staates, den einzelnen Bürger aus seinen Lebensverhältnissen zu reißen und ihn zur Erfüllung der Wehrpflicht zu nöthigen, dazu mißbraucht, ihn zum Diener eines anderen Staatbürgers zu machen.

Auch das strenge Patent, welches Maria Theresia zur Verhütung der Duelle erließ, wurde zunächst durch ihre Sorgfalt für das Wohl der Offiziere veranlaßt [117]). Freilich beging man auch jetzt wieder den Fehler, so harte Strafen über die Duellanten zu verhängen, daß man in den vorkommenden einzelnen Fällen nicht zu ihrer Anwendung schritt, sondern lieber die Sache ganz ignorirte. Denn nicht nur der Herausforderer und der Geforderte, sondern alle dabei betheiligten Personen sollten selbst in dem Falle, daß keiner der Duellanten verwundet wurde, durch das Schwert vom Leben zum Tode gebracht werden. Wären sie aber flüchtig geworden, so sollten ihre Güter eingezogen, zu Gunsten des Staatsschatzes verwaltet und erst nach dem Tode des Schuldigen dessen rechtmäßigen Erben eingeräumt werden [118]).

Wie endlich Maria Theresia bestrebt war, die Offiziere auch nach dem Tode noch zu ehren, geht aus den Worten hervor, welche sie auf den Antrag des Hofkriegsrathes [119]) schrieb, den in Wien gestorbenen Offizieren, auch wenn sie nicht zur Garnison der Hauptstadt gehörten, die militärischen Ehrenbezeugungen erweisen zu lassen. „Placet und „thue ich ohnedem," so lauten sie, „in Allem dem Militär alle Ehren„bezeugungen gerne an, mithin auch, wenn sie es nicht besonders anders „begehren, allen hier Verstorbenen nach der wohl ausgearbeiteten Norm „des Daun diese Ehre anzuthun, auch an alle andere commandirende „Generale diese Ordre ergehen zu lassen, auch allen Stabs- und an„deren Officieren a proportion."

Auch fremde Berichterstatter bestätigen die Auszeichnung, mit der Maria Theresia den Soldatenstand behandelte. Wie der preußische Gesandte Graf Podewils berichtet, soll sie oftmals gesagt haben, nur durch den Waffendienst werde man unter ihrer Regierung sein Glück machen können. Die Offiziere, welche bei ihr den Wachdienst versahen, zog sie ohne Rücksicht auf ihre Geburt an die kaiserliche Tafel, die Soldaten aber gewann sie zunächst durch ihre Freigebigkeit, denn selten

ging sie an einem Wachposten vorbei, ohne den Kriegsleuten einige Ducaten zuzuwerfen. „Auch ist sie," fährt Podewils fort, „äußerst „beliebt bei den Truppen, deren Anhänglichkeit sie sich überdieß durch „die Beweise des Muthes gewann, welchen sie im größten Unglücke „bewies. Gewiß ist es, daß sie einmal die ernstliche Absicht hegte, per„sönlich ihre Armeen zu führen" [120]).

Wenn man all die Kennzeichen des Bestrebens der Kaiserin überblickt, den Soldatenstand auszuzeichnen und die Stellung desselben zu einer ehrenvollen zu gestalten, so liegt die Besorgniß nahe, daß dieß vielleicht manchmal auf Kosten der anderen Stände im Staate geschehen sei. Man weiß ja, wie ihnen gegenüber der Soldat und insbesondere der Offizier leicht zu Uebergriffen geneigt ist, und die Geringschätzung des Beamten, sowie die Ausbeutung, ja die Mißhandlung des friedlichen Bürgers durch das Militär hat zu allen Zeiten und in fast allen Ländern eine niemals völlig versiegende Quelle zu Klagen geboten, welche gerade bei Monarchen, die dem Soldatenstande eine gewisse Vorliebe widmeten, nicht selten allzu wenig Gehör fanden. Maria Theresia aber war, so sehr sie auch den Soldatenstand in Allem begünstigte, was nur immer recht und billig erschien, von einer solchen Parteilichkeit weit entfernt. Die besten Beweise dafür wird man in den Antworten erblicken, welche die Kaiserin selbst der Militärcommission auf einige ihrer Anträge gab. Als dieselbe verlangte, daß in den gemischten Commissionen, welchen in den einzelnen Provinzen über Einquartierung, Vorspann, Verpflegung der Truppen und dergleichen die Entscheidung zustand, dem commandirenden General der Vorsitz eingeräumt werde, lehnte dieß Maria Theresia mit Entschiedenheit ab. „Dem Militär gedenket Niemand," so lauten ihre Worte, „mehrere „Gnaden und Distinctionen zu machen als ich, allein Präses von dieser „Deputation selbe zu setzen, ist nicht thunlich" [121]).

Ungleich wichtiger war die Entscheidung der Kaiserin auf die Anträge der Militärcommission, welche sich auf die Bestrafung der etwa von den Soldaten begangenen Excesse bezogen. Lebhafte Beschwerde hatte die Commission darüber geführt, daß nach dem Entwurfe des neuen Reglements auf Befehl der Kaiserin fast jeder Exceß bei dem

Offizier mit Cassation, bei dem Soldaten aber mit empfindlicher körperlicher Züchtigung bestraft werden sollte. Zudem habe die Kaiserin persönlich angeordnet, daß jede Klage über einen Exceß Anfangs bei dem Hauptmann der Compagnie, welcher der Thäter angehört, dann aber bei dem Obersten des Regimentes anhängig zu machen sei. Werde von keinem der Beiden die gebührende Genugthuung allsogleich gegeben, so müsse die Sache vor den commandirenden General gebracht werden, der sie im Einverständnisse mit der Landesbehörde zur Zufriedenheit des Beleidigten schlichten solle. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem General und der Landesbehörde aber sei die Entscheidung der Kaiserin selbst zu begehren.

In dieser Anordnung und in der Androhung strenger Bestrafung glaubte jedoch die Militärcommission einen Grund zu ernster Besorgniß für den Soldatenstand erblicken zu sollen. Wenn durch Kundmachung solcher Bestimmungen, ließ sie sich der Kaiserin gegenüber vernehmen, es dem Bauer bekannt werde, daß „jede Kleinigkeit“ durch Cassation oder empfindliche körperliche Züchtigung zu ahnden sei, so werde derselbe dadurch „insolent“ werden, dem einquartierten Soldaten tausenderlei Vorwürfe machen, und der Letztere entweder „den Muth „vollends verlieren,“ oder gerade dadurch zu Streit und Excessen neuer Anlaß geboten sein.

Maria Theresia kleidete ihre Anschauung über diese Frage in die folgenden, eigenhändig niedergeschriebenen Worte:

„Die Unschuldigen haben sich nicht zu beklagen, die Schuldigen „können nicht genug abgestraft werden, indem ich einen Excedenten nicht „einmal würdig ansehe, daß er in einem so venerablen Corps, welches „der Schutz der Länder sein soll, begriffen sei, also die Ehre des Mi„litärs selbst es verlangt, daß selbe ernstlich gestraft und nicht ihnen „das Wort oder Schutz gehalten wird. Ich bin Mutter von selben „und Ländern und sind mir alle gleich lieb, wenn ein jeder in seinen „Schranken bleibt.“

„Bleibt bei meiner Resolution“ [122]).

Einen überzeugenden Beweis davon, wie sehr sie die Excesse der Soldaten nicht nur im eigenen, sondern auch in Feindesland verabscheute, gab Maria Theresia durch ihr Verfahren gegen Franz von der Trenck. So wie früher in Baiern, und vor Allem in Cham, so hatte derselbe später auch in Schlesien furchtbar gewirthschaftet; die Städte Landshut, Hirschberg, Schmiedeberg und andere litten schrecklich unter seinen Verheerungen. Insbesondere gab man ihm gegen Frauen die ärgsten Verbrechen Schuld [123]). So dringend lauteten die Anklagen wider Trenck, daß Maria Theresia eine kriegsrechtliche Untersuchung gegen ihn einleiten ließ. In Folge derselben wurde Trenck zum Tode verurtheilt.

Man kann leicht denken, welches Aufsehen dieser Urtheilsspruch damals überall erregte. Von allen Seiten begannen nun die Anstrengungen, insbesondere der Standesgenossen Trencks, um ihn zu retten. Fast der eifrigste unter ihnen war Prinz Karl von Lothringen, denn er mochte wohl fühlen, daß ein Theil des Verschuldens, welches man so streng zu bestrafen im Begriffe stand, auf ihn als den Obercommandanten des Heeres zurückfiel, bei welchem Trenck sich ungeahndet so schwerer Verbrechen schuldig gemacht hatte. Prinz Karl gewann wieder seinen Bruder, den Kaiser, und nun drangen sie vereint in Maria Theresia, um eine Aenderung des Urtheils wider Trenck, ja wo möglich seine völlige Freilassung zu erwirken. Die Dienste, die er geleistet, und die Pflicht der Dankbarkeit, die man ihm dafür schulde, wurden natürlich vor Allem zu seinen Gunsten in die Wagschale geworfen.

Von hohem Interesse sind die Betrachtungen, welche der damalige Hofkanzler Graf Ulfeld auf Befehl der Kaiserin ihr über die ganze Angelegenheit vorlegte. Sie gewähren ein schönes Zeugniß, sowohl für den Freimuth dieses Mannes, als für das Bestreben Maria Theresia's, von ihren vertrauten Räthen die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu hören. Er halte es für seine Pflicht, erklärte ihr Ulfeld, sie darauf aufmerksam zu machen, daß viele Fehler der Mitglieder des Kaiserhauses gerade aus ihren größten Tugenden herstammten. So weit würden die letzteren nicht selten getrieben, daß daraus die

ärgsten Uebelstände hervorgingen. Zu der Zeit, als die religiöse Gesinnung und die Andacht der Menschen diejenige Eigenschaft war, nach welcher man am Wiener Hofe immer zuerst sich erkundigte, pflegte der Cardinal Bonvisi zu sagen, man berufe stets die frömmsten Leute nach Wien, um sie nur ja recht bald ihres Seelenheiles verlustig zu machen. Denn man verwende sie immer zu Dingen, durch welche sie in weltliche Intriguen gezogen und ihrer früheren frommen Gesinnung gar bald untreu gemacht würden. So habe ferner Maria Theresia's Vater, Kaiser Karl VI. die Tugend der Dankbarkeit gegen die Spanier so weit getrieben, daß aus lauter Freigebigkeit für sie ihm kein Geld mehr übrig geblieben sei, um in Neapel und Sicilien, deren Einkünfte völlig von den Spaniern aufgezehrt wurden, auch noch Truppen zu besolden, worüber diese Länder bei den ersten feindlichen Angriffen verloren gingen, die Spanier aber nach wie vor dem Hause Oesterreich zur Last fielen.

So sei es auch jetzt nur Dankbarkeit von Seite des Kaisers und seines Bruders, wenn sie so nachdrücklich zu Gunsten Trencks sich verwendeten. Wie weit man darin gehe, zeige sich am besten dadurch, daß der Kaiser den Auditor, der wider Trenck den Prozeß führte, zu sich berief und zu ihm in einer Weise sprach, die es als etwas Außerordentliches erscheinen lasse, daß der Auditor es dennoch gewagt habe, auf die Todesstrafe anzutragen. „Denn nicht viele unter diesen Leuten „werden sich getrauen," so lauten Ulfelds Worte, „einen zum Tode „zu verurtheilen, den ein Kaiser im Voraus unschuldig zu sein erklärt."

Ohne Zweifel sei es eine Gewissenssache für Maria Theresia, es zu verhindern, daß nicht ein Unschuldiger verurtheilt werde. Aber in nicht geringerem Grade verbiete die Gewissenspflicht, den Anlaß zu geben, daß Richter „aus menschlichen Absichten" Unrecht statt Recht sprechen, um dem Willen der Kaiserin gehorsam zu sein. Die Gesetze könne sie ändern, so lang sie aber bestünden, müßten sie allein die unverrückbare Richtschnur jedes Richterspruches sein [124]).

In gleichem Sinne wie Ulfeld sprach sich auch Bartenstein aus. An der Gerechtigkeit des gefällten Todesurtheiles sei nicht zu zweifeln;

schon durch die Verbrechen, welche Trenck gegen wehrlose Frauen verübt habe, sei es ausreichend begründet. Daß der Kaiserin das Recht der Begnadigung zustehe, lasse sich gewiß nicht bestreiten. Aber darin weiter als zur Umwandlung der Todesstrafe in ewige Haft zu gehen, wäre durchaus nicht zu rathen.

Nach dieser Auseinandersetzung scheint es, daß das Verfahren, welches man jetzt gegen Trenck beobachtete, den Anschauungen Bartensteins nicht entsprach, wenn auch das Ergebniß in Gemäßheit derselben ausfiel. Denn die Bedenken, welche man gegen die Glaubwürdigkeit einzelner Zeugen erhob, wurden als Grund oder Vorwand benützt zu einer Revision des Prozesses. Als besondere Vergünstigung wurde Trenck ermächtigt, sich durch einen berühmten Advokaten, Doctor Perger vertheidigen zu lassen. Und Prinz Karl von Lothringen stellte eine Erklärung aus, welche freilich für Trenck von Vortheil, für den Aussteller selbst aber dann um so ungünstiger war. Denn nachdem die begangenen Thaten nicht geleugnet werden konnten, mußten sie entweder Trenck, oder wenn nicht ihm, sodann dem Obercommandanten zur Last fallen.

Der Prozeß endigte damit, daß Trenck seiner militärischen Würden verlustig erklärt und zu lebenslänglicher Haft nach der Festung Spielberg bei Brünn gebracht wurde. Doch ließ man ihm zur Bestreitung seines Unterhaltes täglich einen Ducaten verabfolgen und bewilligte ihm einen Diener [125]).

Zwei Jahre blieb Trenck auf dem Spielberge. Man gewährte ihm manche Erleichterung, gab ihm Schreibmaterialien und hatte nichts dagegen, daß er mit den Capuzinern aus Brünn viel verkehrte. Als ein Mann von seltener Begabung wird er in ihrer Hauschronik gerühmt. Durch ihren Einfluß wurde er zur Erbauung einer Kapelle am Fuße des Spielberges vermocht, welche unter Joseph II. in eine Mauthnerswohnung umgestaltet wurde. Daß er von Reue über die von ihm begangenen Verbrechen erfüllt war, zeigt auch sein Testament, und insbesondere die Bestimmung desselben, durch welche er ein Armenhaus gründete. Diejenigen Personen sollten vorzugsweise Aufnahme in demselben

finden, welche darzuthun vermöchten, daß sie in Cham oder dessen Umgebung während des letzten Krieges verunglückt oder verarmt seien. Denn dort war es ja, wo Trenck während des baierischen Erbfolgekrieges am ärgsten gehaust hatte [126]).

Am 4. October 1749 starb Trenck, und er wurde drei Tage später, seinem Wunsche gemäß mit dem Ordensgewande der Capuziner bekleidet, in ihrer Gruft mitten unter den Leichen der Ordensbrüder beigesetzt [127]).

Fünftes Capitel.

Unterricht und Wissenschaft.

Die umbildende Thätigkeit, welche damals auf allen Gebieten des Staatslebens sich regte, konnte natürlicher Weise eines der wichtigsten aus ihnen, das des öffentlichen Unterrichtes nicht unberührt lassen. In allen Richtungen lag derselbe gar sehr im Argen, und nur schwer kann man sagen, ob der Volksschule, der Mittelschule oder der Universität die bessernde und neu gestaltende Hand am meisten Noth that. Was die erstere, die Volksschule betrifft, so war es vielleicht weniger noch die Unvollkommenheit der technischen Fertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens, die man in ihr sich aneignete, sondern die gänzliche Verwahrlosung der geistigen Ausbildung, worüber gerechte Klage geführt wurde. Die unglaubliche Sittenlosigkeit und Rohheit der niederen Volksclassen auf dem Lande und in den Städten, die thörichten Vorurtheile und der finstere Aberglaube, die allenthalben herrschten, sind hiefür der beste Beweis. Freilich suchte man dieser Sittenlosigkeit und Rohheit, den Vorurtheilen und dem Aberglauben auf dem Wege strenger polizeilicher Gesetzgebung entgegenzutreten. All die unanständigen und ausgelassenen Spiele, welche zu jener Zeit das Landvolk trieb, die unsittlichen Gewohnheiten, denen es sich hingab, trachtete man durch empfindliche Strafen zu unterdrücken. Das auch jetzt noch, insbesondere in den Gebirgsländern eifrig betriebene nächtliche Umherschweifen junger Bursche zum Besuche lediger Dirnen sollte bei den ersteren mit gezwungener Einreihung in das Militär, und wenn sie dazu körperlich untauglich wären, durch Einsperrung im Strafhause geahndet werden, das letztere

Schicksal aber auch die hiebei betheiligten Dirnen treffen. Die Tracht derselben, welche in manchen Gegenden des Landes Oesterreich ob der Enns den Anforderungen der Schicklichkeit in keiner Weise entsprach, wurde verändert und den Geistlichen untersagt, Personen in solcher Kleidung zu trauen oder sie an kirchlichen Festen oder Ceremonien Theil nehmen zu lassen.

Ungleich schwieriger noch war der Kampf gegen Vorurtheile und Aberglauben der verwerflichsten Art. Die tief eingewurzelte Meinung, daß das Amt des Scharfrichters und das Gewerbe des Abdeckers unehrlich mache, wurde als ein Irrthum erklärt und streng untersagt, derlei Leuten aus ihrer Beschäftigung einen Vorwurf zu machen. Wollten sie zum Ackerbau sich verdingen, so mußten sie zu solcher Bedienstung ebenso zugelassen werden, als ihnen bei Erwerbung von Bauernwirthschaften oder bei Ausübung eines Handwerkes kein Hinderniß in den Weg zu legen war. Der Verkauf von Traumbüchern oder der mit albernen und unfläthigen Dingen angefüllten Kalender wurde verboten, die Aufnahme nützlicher Mittheilungen in die Kalender befohlen. Der Aberglaube des Landvolkes lehnte sich gegen bessere Belehrung vielfach auf. So gab die Meinung, daß wenn ein Selbstmörder im Friedhofe eine geweihte Ruhestätte finde, zur Strafe für solche Entheiligung jenes Ortes die Feldfrüchte durch Hagelschlag zu Grunde gerichtet würden, nicht selten Anlaß zu Volksaufläufen. Der Glaube an Hexen und Gespenster war zu jener Zeit allgemein, und weit verbreitet der Betrug, der mit angeblich vom Teufel besessenen Personen getrieben wurde. Alle Belehrung blieb fruchtlos, und auch in dieser Beziehung hatte die Regierung Ursache über einen Theil der Geistlichkeit zu klagen, welcher das Volk in seiner Leichtgläubigkeit bestärkte, statt ihr entgegen zu wirken. Kam ja noch im Winter des Jahres 1755 in Mähren die Sache so weit, daß die Geistlichkeit Leichen, von denen man glaubte, daß sie des Nachts dem Grabe entsteigen, lebenden Menschen Blut aussaugen und dann wieder in ihre Ruhestätte zurückkehren, ausgraben und durch Verbrennung vernichten ließ. Darum wurde die Anordnung getroffen, in allen Rechtsfällen, in denen Gespenster und Hexen, Wahrsager oder Schatzgräber im Spiele waren, genaueste Untersuchung zu

pflegen, das Urtheil der Kaiserin selbst zur Bestätigung oder Zurückweisung vorzulegen, bei der Entdeckung eines Betruges aber denselben unnachsichtlich zu strafen. All dieß nützte jedoch so wenig, daß noch im Jahre 1766 ein ausführliches Patent zur Abstellung des Unwesens mit Zauberern und Hexen erlassen werden mußte. Und auch da noch entblödete ein Geistlicher, Pater Angelius März sich nicht, als Vertheidiger des Hexenwesens und der Zauberei öffentlich aufzutreten [128]).

Schon im Anfange der Regierung Maria Theresia's wurde erkannt, daß derlei Uebeln nicht so sehr durch Verbote und Strafen als durch Hebung der Bildung des Volkes, durch Verbesserung des Unterrichtes nachhaltig entgegen zu wirken sei. Einige Anläufe hiezu finden sich schon in der allgemeinen Anordnung, daß künftighin nur „anständige „und genugsam erfahrene" Schulmeister anzustellen seien, so wie in der Schulordnung, welche im April 1747 für Tirol erlassen wurde. Auch sonst ergingen hie und da Befehle, welche sich auf die Verbesserung der Volksschulen bezogen, wie der Auftrag zur Einführung neuer und gleichförmiger Lehrbücher in der Volksschule, oder das für Böhmen kundgemachte Patent, durch welches die bessere Pflege der czechischen neben der deutschen Sprache empfohlen wurde. Aber eigentlich begann doch die reorganisatorische Thätigkeit, welche die Kaiserin gerade auf diesem Gebiete in so ruhmvoller Weise entwickelte, erst mit dem letzten Decennium ihres Lebens. In dem Zeitraume, von welchem jetzt die Rede ist, begegnet man noch keiner systematischen, auf wohldurchdachten Grundsätzen beruhenden Thätigkeit zur Hebung der Volksschule, sondern bloß vereinzelten Bestrebungen zu ihrer Verbesserung.

Mehr als für die Volksschule im Allgemeinen, geschah zu jener Zeit wenigstens für den Unterricht an den einzelnen Anstalten, welche zur Erziehung und Heranbildung der Jugend bestimmt waren. Es sei hier nur einer der wichtigsten aus ihnen, des großen Waisenhauses auf dem Rennwege in Wien Erwähnung gethan, welches sich unter der Oberleitung des Weihbischofes Franz Anton Marxer befand. Man kann leider nicht sagen, daß diese Leitung der Anstalt zum Heile gereicht hätte. So weit kam es, daß die Kaiserin im Jahre 1750 den Zustand des Waisenhauses durch eine Commission untersuchen ließ. Graf Franz

Esterhazy stand an der Spitze derselben, die Hofräthe Karl von Doblhoff und Hermann von Kannegießer waren ihre Mitglieder. Ihr Bericht lautete in keiner Weise zu Gunsten der Anstalt und ihres Leiters. Unreinlichkeit herrschte überall, insbesondere in den Lagerstätten; außerdem waren dieselben so eng, daß in einem Bette, in welchem kaum ein Knabe Raum genug fand, deren zwei untergebracht waren. Zur Wartung von mehr als dreihundert Kindern waren nur acht Frauenzimmer vorhanden, welche weder zur Reinhaltung der Zimmer und Betten, noch zur Ausbesserung der Kleider und Wäsche irgendwie genügten. Zwei Lehrer sollten den gesammten Unterricht besorgen.

Mit Recht war Maria Theresia entrüstet über diese Vernachlässigung der Anstalt von Seite ihres Vorstandes. Um so sträflicher erschien ihr dieselbe, als es nicht etwa an den Mitteln gebrach, um sie in besseren Zustand zu versetzen. Die hierauf ausgehenden Anträge der Commission wurden von der Kaiserin genehmigt, aber nur ungern beschränkte sie aus Rücksicht auf die hervorragende geistliche Stellung des Weihbischofes sich darauf, glimpflicher gegen ihn vorzugehen, als er es nach ihrer Meinung verdient hatte. Die eigentliche Leitung des Waisenhauses übertrug sie der Hofcommission, welche zur Oberaufsicht über alle frommen Stiftungen und Spitäler eingesetzt wurde. Der Weihbischof erhielt zwar Sitz und Stimme bei derselben, in die innere Verwaltung des Hauses aber hatte er sich nicht mehr zu mengen. Hofrath von Doblhoff wurde beauftragt, dasselbe wenigstens einmal im Monate zu besuchen und über dessen Zustand zu berichten [129]).

Nicht lange nach diesen Vorgängen finden wir an der Spitze des Waisenhauses einen merkwürdigen Mann, den Jesuiten Ignaz Parhamer, welcher sein ganzes rastloses Wirken Anfangs dem Religionsunterrichte im Allgemeinen und später demjenigen der heranwachsenden Jugend insbesondere, so wie der Fürsorge für die letztere widmete.

Im Jahre 1715 zu Schwanenstadt in Oberösterreich geboren, trat Parhamer neunzehn Jahre später zu Trentschin in den Orden der Jesuiten. Vom Jahre 1747 angefangen besorgte er den Religionsunterricht in der academischen Kirche und in derjenigen des Profeßhauses

der Jesuiten in Wien, des heutigen Kriegsministeriums. Im Jahre 1750 gab er jenen Katechismus heraus, der sich binnen kürzester Zeit weit über die Grenzen der erzbischöflichen Diöcese von Wien verbreitete und in die Sprachen der verschiedenen Völker des Kaiserstaates übersetzt wurde. Vier Jahre später durchzog Parhamer als Missionär die österreichischen Länder, Steiermark, Kärnten, Krain und Tirol. Ueberall strömte das Volk ihm zu und lauschte mit Andacht seinen Predigten. Der bei dem katholischen Volke in Oesterreich auch jetzt noch eingebürgerte Gesang, welcher bei der Spendung des Segens mit dem Hochwürdigsten ertönt, wurde von Parhamer eingeführt und bildet ein schönes Denkmal seines Wirkens [130]).

Eine besondere Thätigkeit aber entwickelte Parhamer für den Religionsunterricht der Kinder in Wien und dessen Umgebung. Eine eigene Bruderschaft für die sogenannte Christenlehre wurde errichtet, und in das Verzeichniß derselben schrieben Maria Theresia, ihr Gemal und ihre Kinder sich ein. Man kann denken, wie Viele sich beeilten, diesem Beispiele zu folgen, und welch ausgiebige Unterstützung hiedurch den Bemühungen Parhamers zu Theil wurde. In so unglaublichem Maße wuchs die Kinderschaar, welche Parhamer um sich versammelte, daß sie sich auf fast sechzehntausend belief. Er hatte die eigenthümliche Idee, sie in Corporalschaften und Compagnien zu theilen und in militärischen Uebungen zu unterweisen. So führte er einmal in Laxenburg zweitausend Kinder der Kaiserin vor. Viele von ihnen wurden aus dem Katechismus geprüft, dann übergab ihnen Parhamer eine Fahne. Maria Theresia aber beschenkte die fleißigsten Knaben und bezeigte Parhamer selbst in huldvollster Weise ihre Gnade [131]).

Als das Waisenhaus unter seine Obhut gestellt wurde, gab Parhamer demselben gleichfalls eine militärische Einrichtung, und die kriegerischen Uebungen spielten daselbst von nun an eine hervorragende Rolle. Man kann über die Wirkungen dieser Methode verschiedener Meinung sein, und das übertriebene Soldatenspielen wurde auch zu Parhamers Zeiten oft und lebhaft getadelt. Aber selbst diejenigen, von denen dieß geschah, gaben doch zu, daß sich wenigstens nach einigen Richtungen hin unter Parhamers Leitung das Waiseninstitut wesentlich gebessert

habe. So ist es gerade einer der eifrigsten Tadler der Anstalt, welcher doch der musterhaften Reinlichkeit, die dort überall herrschte, und die schon an und für sich einen großen Fortschritt bekundet, sein Lob zollt [132]).

Was die Mittelschulen betrifft, als welche damals ausschließlich die Gymnasien anzusehen waren, so bestand für sie das Statut in Kraft, welches Karl VI. im Jahre 1735 erlassen hatte. An der Einrichtung selbst fand man nicht viel zu tadeln, wohl aber an der Art und Weise, wie die Vorschriften derselben von einzelnen Lehrern gehandhabt wurden. Um die Uebelstände zu beseitigen, welche dadurch sich eingeschlichen hatten, befahl die Kaiserin im Jahre 1752, daß nicht, wie es bisher nicht selten geschah, ganz junge und selbst noch nicht gehörig ausgebildete Leute, sondern nur solche als Lehrer anzustellen seien, welche ausreichende Kenntnisse besäßen, um den Unterricht der Jugend in befriedigender Weise besorgen zu können. Gründliches Wissen im Latein und fehlerloser Gebrauch der deutschen Sprache wurden vor Allem gefordert. In den beiden oberen, den sogenannten Humanitätsclassen sollten der größeren literarischen Ausbildung wegen, welche dort die Unterrichtsertheilung erforderte, die hiezu befähigten Lehrer beständig verbleiben, und nicht wie es früher der Fall war, den Lehrcurs immer wieder mit der untersten Gymnasialclasse beginnen. Um nicht die tüchtigeren Schüler durch Unfähige in rascherem Fortschreiten zu hemmen, sollten Aufnahmsprüfungen vorgenommen und bei denselben nur diejenigen zugelassen werden, welche Deutsch und Latein sauber und ohne allzu grobe Fehler zu schreiben verstanden und aus der letzteren Sprache wenigstens einige Vorkenntnisse besaßen. Nach dem Ablaufe des ersten Schuljahres war eine neue Prüfung zu halten und jeder Schüler zu entlassen, der sich nicht wenigstens über die Mittelmäßigkeit erhob. Halbjährige Prüfungen wurden für sämmtliche Gymnasialclassen eingeführt, um durch sie nicht allein die tüchtigen Schüler zu erproben und die untüchtigen zum Austritte zu vermögen, sondern die gesammte Schuljugend in einer „heilsamen Furcht und Aufmerksamkeit" zu erhalten. Die Lehrer sollten die Vorschriften des Statutes vom Jahre 1735 gründlich befolgen, die Jugend nicht mit nutzlosen Gedächtnißübungen quälen, sondern sie an selbstständiges Nachdenken gewöhnen.

Neben der deutschen, lateinischen und griechischen Sprache war in der fünften Classe noch Geographie, in der sechsten aber Arithmetik zu lehren. Die Ferien durften nicht vor dem 21. September beginnen und den letzten October nicht überdauern [133]).

Hierin bestehen im Wesentlichen die Bestimmungen des Decretes, welches die Kaiserin am 25. Juni 1752 an den Rector der Wiener Universität hinsichtlich des mit derselben verbundenen Gymnasiums erließ. Und drei Tage später erging an den Pater Provinzial des Ordens der frommen Schulen, der Piaristen, welche in der Josephstadt zu Wien, zu Horn in Niederösterreich, dann in Böhmen, Mähren und Steiermark Gymnasien besaßen, der gleiche Befehl.

Genau zu derselben Zeit begegnet man auch den ersten Schritten zur Gründung von Lehranstalten, wie sie in unseren Tagen unter dem Namen von Realschulen große Verbreitung gewannen. Bei Gelegenheit des für Mähren erlassenen Gewerbepatentes wurde dem dortigen Gewerbe- und Fabrikenamte von der Kaiserin der Auftrag ertheilt, daß eine für das öffentliche Wohl so nöthige „mechanische Lehrschule" baldigst eingerichtet werde. In Folge dessen überreichte der hiezu aufgeforderte Inspector des Manufacturenamtes, Ludwig Ferdinand Prokop von Rabstein einen Vorschlag zur Errichtung einer solchen Schule für Mähren. Als Zweck derselben wurde angegeben, die Gewerbsleute durch theoretische Ausbildung in den Stand zu setzen, dereinst in der Praxis Tüchtiges zu leisten. Arithmetik, Geometrie, Physik und Mechanik, Zeichnen, Buchhaltung und Correspondenz, Handelswissenschaft, Geschichte und Geographie in gewerblicher und commerzieller Richtung, endlich Landwirthschaftslehre wurden als die vorzutragenden Lehrfächer bezeichnet. In all den Orten, in welchen der Gewerbestand zahlreich sich vorfinde, seien solche Schulen zu errichten, zuerst in Brünn durch die Jesuiten und in Nikolsburg durch die Piaristen; hierauf kämen Iglau und Neutitschein, dann Olmütz, Znaim und andere Orte an die Reihe.

Am 26. August 1752 genehmigte Maria Theresia diesen Plan, doch befahl sie mit dessen Ausführung einstweilen noch inne zu halten und vorerst an die Abfassung der erforderlichen Lehrbücher zu schreiten.

Sowohl von Seite der Jesuiten als der Piaristen sollte dieß abgesondert geschehen, und bei der Errichtung der Gewerbeschulen selbst hauptsächlich daran gedacht werden, daß an denselben nicht einzig und allein Geistliche angestellt, sondern der Unterricht durch weltliche Lehrer ertheilt werden möge [134]).

Es ist zu bedauern, daß dieses schöne Unternehmen schon bei den Vorarbeiten in's Stocken gerieth. Beachtenswerth aber bleibt es immer, daß man schon damals dem Gedanken Ausdruck verlieh, den Unterricht an den gewerblichen Schulen zwar den geistlichen Orden nicht völlig zu entziehen, aber ihnen denselben doch auch nicht ausschließlich zu überlassen. Denn bisher lag ja der gesammte Unterricht in den Mittel- und Hochschulen nur in geistlichen Händen; die Lehrstühle an den letzteren aber waren zu jener Zeit durchgängig nur mit Jesuiten besetzt.

Es kann nicht gesagt werden, daß dieser Orden, obgleich er noch viele hervorragende Männer der Wissenschaft in seiner Mitte besaß, doch den fortwährend steigenden Anforderungen, die man an die Universitätslehrer stellte, völlig zu entsprechen vermochte. „Die Studien hier sind „gewiß nicht viel nutz und voller Gebrechen", so schrieb Maria Theresia selbst im Jänner 1752 an einen Mann ihres Vertrauens, den Hofrath von Doblhoff, und sie sprach damit scharfen Tadel aus über den damaligen Zustand der Wiener Universität. Die Verbesserung des Unterrichtes an derselben bildete einen Gegenstand ihrer regen Fürsorge, und sie wurde in diesem Bestreben durch einen Mann bestärkt und unterstützt, dessen Name mit dem Aufschwunge des Unterrichtswesens in Oesterreich auf's Innigste verknüpft ist. Es war dieß der Leibarzt der Kaiserin, Gerhard van Swieten.

Van Swieten war am 7. Mai des Jahres 1700 zu Leyden geboren und hatte seine ersten Studien in Löwen, die letzteren aber unter Boerhave's Leitung in seiner Vaterstadt zurückgelegt. Neun Jahre hindurch wirkte er daselbst als Lehrer, und zwar unter solchem Zudrange Lernbegieriger, daß die Eifersucht der Professoren ihn unter dem Vorwande seines katholischen Glaubensbekenntnisses von seinem Lehrstuhle verdrängte. Was ihm in Leyden zum Schaden gereichte, brachte ihm

anderswo Nutzen; wenigstens erleichterte es gewiß nicht wenig seine Berufung nach Oesterreich, zu welcher Maria Theresia schon im Jahre 1744 den Gedanken gefaßt hatte. Daß die Krankheit ihrer geliebten und einzigen Schwester Marianne, bei welcher van Swieten einer der ordinirenden Aerzte war, unglücklich ausging, änderte in keiner Weise die Absichten der Kaiserin. Keine der Intriguen, die gegen van Swieten gespielt wurden, brachte auf sie die beabsichtigte Wirkung hervor [135]), und das Schreiben, welches sie nach jenem für sie so schmerzvollen Ereignisse an van Swieten richtete, in dem sie ihm wiederholt ihren Wunsch zu erkennen gab, ihn nach Wien übersiedeln zu sehen, ist vielmehr ein neuer und schöner Beweis ihrer großherzigen Gesinnung [136]).

In Wien trat van Swieten in eine dreifache Stellung, in diejenige eines Leibarztes der Kaiserin und ihrer Familie, eines Präfecten der Hofbibliothek und eines Professors an der medicinischen Facultät. In letzterer Eigenschaft hielt er einen zweijährigen Curs; im ersten Jahre über Physiologie und Anatomie, wozu er die Präparate selbst mitgebracht hatte; im zweiten Jahre über Pathologie und Arzneimittellehre. So große Anerkennung er aber bei den Schülern fand, so lebhaft war auch die Eifersucht, welche seine Collegen empfanden. Es ging ihm hier gerade so, wie am Krankenbette der Erzherzogin, wo der Leibarzt Engel ihm hartnäckig entgegen gewirkt hatte. „Es ist wahr," schreibt van Swieten im Jänner 1749 an Maria Theresia, „daß die Facultät „mein Werk gar nicht unter den Büchern genannt hat, welche sie ihren „Mitgliedern zum Studium empfiehlt. Aber fünf Auflagen, welche mein „Buch binnen sechs Jahren erlebte, und zwei Uebersetzungen geben mir „die Ueberzeugung, daß man überall anders über dasselbe denkt, als „an der Wiener Facultät. Selbst einer der Autoren dieses Rescriptes „sagte zu einer Zeit, zu der es freilich noch gar keinen Anschein hatte, „mich in Wien zu sehen, tausend Lobsprüche darüber, was ich durch „die von ihm selbst an mich geschriebenen Briefe beweisen könnte. Aber „seit ich hier bin, haben sich allerdings die Dinge geändert" [137]).

Sie verbürge ihm, hatte Maria Theresia an van Swieten nach Brüssel geschrieben, daß die Mißgunst seines Rivals ihm keinen Kummer verursachen solle. So wie damals, so schützte sie ihn auch jetzt gegen

seine Neider und Feinde; doch mögen diese Verhältnisse die Veranlassung gewesen sein, weßhalb van Swieten, als es um die Einführung von Reformen sich handelte, nicht bloß auf Verbesserung der Lehrmethode und der arg verwahrlosten äußeren Ausstattung, sondern auch auf völlige Umgestaltung des Lehrkörpers und auf eine strenge Unterordnung desselben unter einen höheren Willen drang [138]).

Maria Theresia hatte ihn beauftragt, einen Plan zur Reorganisation der medicinischen Studien auszuarbeiten, und van Swieten war wie in Allem, so auch in dieser Beziehung rasch an's Werk geschritten. Mit all der Entschiedenheit trat er auf, mit welcher das Bewußtsein seiner eigenen geistigen Ueberlegenheit und die Zuversicht auf den Schutz der Kaiserin ihn erfüllten. Vor Allem verlangte er, daß Maria Theresia Jemand bezeichne, welcher in ihrem Namen und in völliger Unabhängigkeit von der Facultät bei allen Prüfungen, bei den Promotionen der Doctoren und den Wahlen der Decane zugegen sei und denselben präsidire. Die bisherige Ernennung der Professoren durch das Consistorium der Universität sei ein Mißbrauch; sie müsse in die Hände der Kaiserin selbst gelegt werden. Den neu anzustellenden Professoren solle eine namhafte Erhöhung des Gehaltes zu Theil werden. Endlich lasse sich die abgesonderte Jurisdiction der Universität nicht länger aufrecht erhalten. Wolle man sie nicht vollständig abschaffen, so möge man sie wenigstens auf die wirklichen Mitglieder der Facultäten beschränken. Denn jetzt seien auch ihre Frauen, Kinder und Diener darunter begriffen. Darum geschehe es aber, daß der akademische Senat sich zweimal in der Woche versammle, um sich mit den Zänkereien der Dienerschaft der Professoren zu befassen.

Im Sinne der Vorschläge van Swieten's erfolgte denn auch die Umgestaltung der medicinischen Facultät; er selbst wurde zu ihrem Director ernannt, und eine Vorstellung, welche gegen seine Reformplane von der Facultät eingebracht wurde, blieb unberücksichtigt. Konnte ja doch van Swieten, um nur einen einzigen Punkt zu erwähnen, die Hinweisung auf die Erfolge, welche nach der Behauptung der Facultät mit dem früheren Studiensysteme erreicht worden waren, durch Anführung der Thatsache widerlegen, daß von sechshundert Kindern, welche

man in das Bürgerspital gebracht hatte, ungefähr fünfhundertachtzig daselbst starben.

Auch kein anderer Punkt der Beschwerdeschrift der Facultät fand Eingang bei der Kaiserin; in Allem folgte sie van Swietens Ansichten. Eine neue Lehrkanzel für Chemie und Botanik wurde errichtet und Doctor Laugier erhielt sie, der Vorgänger des berühmten Jacquin. Gleich dem Letzteren und van Swieten selbst war auch Anton de Haen, der im Jahre 1754 zum Professor der praktischen Heilkunde ernannt wurde, in Leyden geboren. Ein Oesterreicher aber, Ferdinand Joseph von Leber, im Jahre 1727 in Wien geboren, erhielt im Jahre 1761 die Lehrkanzel für Anatomie und Wundarzneikunde.

Aber nicht allein die Leitung der medicinischen Facultät an der Hochschule zu Wien, sondern diejenige des gesammten Medicinalwesens in Oesterreich legte Maria Theresia in van Swietens Hände. Aufs strengste befahl sie, daß nirgends ein Arzt angestellt werden dürfe, ohne Zustimmung van Swietens und ihre eigene Genehmigung [139]).

Drei Jahre nach der Umgestaltung der medicinischen kamen auch die theologische und die philosophische Facultät an die Reihe. Das Protectorat über sie wurde dem Erzbischof Trautson übertragen. In Ansehung seiner „stattlichen“ Gelehrsamkeit, gründlichen Einsicht und „des für die Aufnahme der Wissenschaften vielfach bezeugten ruhm„würdigen Eifers“ habe sich die Kaiserin, so hieß es in dem Rescripte an den Rector und das Consistorium der Universität, hiezu entschlossen. Gleichzeitig sei jedoch eine durchgreifende Umgestaltung der Ertheilung des Unterrichtes auf beiden Gebieten des Wissens angeordnet worden. Um sie durchzuführen, wurden eigene Directoren und Examinatoren bestellt. Für die Theologie habe künftighin Pater Debiel, von dem die Kaiserin ausdrücklich bemerkt, daß sie viel auf ihn halte [140]), für die Philosophie aber Pater Franz als Director zu fungiren. Gleich ihnen waren auch die Examinatoren an diesen zwei Facultäten ausschließlich dem Orden der Jesuiten entnommen [141]).

Die Instruction für die neuen Directoren wurde von Trautson entworfen und von der Kaiserin genehmigt. In beiden Fächern, der

Theologie und Philosophie sollte die frühere scholastische Methode verlassen werden, wodurch man den bisherigen ausschließlichen Einfluß der Ordensgeistlichen, welche wieder von ihren Oberen abhingen, einzuschränken dachte. Freilich wurde das Gute, das man hiedurch zu verwirklichen hoffte, durch das überall gleichmäßig hervortretende Bestreben wieder beeinträchtigt, die freie Bewegung des Lehrers zu hemmen und ihn eigentlich nur zu einem Vorleser gedruckter Lehrbücher zu machen. Man meinte dadurch dem Vortrage ungereimter oder unzuläſſiger Dinge zu steuern; daß aber dieses System tief eingreifender Bevormundung nicht das richtige war, um der Wissenschaft und ihrer Lehre wirklichen Aufschwung zu verleihen, davon besaß man nicht die leiseste Ahnung.

Fühlbarer noch machte sich dieser maßgebende Einfluß des Staates bei der Reorganisation der juridischen Facultät. An derselben sollten künftighin nur streng juridische Fächer und die Geschichte vorgetragen, hiezu aber ausgezeichnete Gelehrte, welche entweder schon im Lehramte oder im Justizdienste standen und sich durch verdienstliche Schriften hervorgethan hatten, als Professoren berufen werden. Die Kaiserin erklärte, die juridischen Studien in Wien zu solcher Blüthe bringen zu wollen, daß keine Hochschule Europa's sich hervorragenderer Rechtsgelehrter rühmen dürfe.

Um diesen Zweck mit ziemlicher Bestimmtheit zu erreichen, müsse man, so wurde der Kaiserin vorgeschlagen, den neu anzuwerbenden Professoren eine hervorragende amtliche und gesellschaftliche Stellung sowie eine nicht kärglich bemessene Bezahlung zu Theil werden lassen. In ersterer Beziehung wurde der Antrag gestellt, sie zu Hofräthen oder wenigstens Regierungsräthen zu ernennen; ihre Gehalte sollten in verschiedenen Abstufungen zweitausend bis viertausend Gulden betragen.

Es ist charakteristisch, daß diese Vorschläge gerade von Männern des Faches am eifrigsten bekämpft und von einem hervorragenden Kirchenfürsten am entschiedensten vertheidigt wurden. Der von Prag als Studiendirector nach Wien berufene und zum Hofrath ernannte Professor Johann Franz von Bourguignon wollte, wie es scheint, seinen künftigen

Collegen die gleichen Ehren und Vortheile nicht gönnen, und von ihm rührt der köstliche Ausspruch her, daß durch übermäßige Gehalte nur Faullenzer gemacht würden. Im Gegensatze hiezu erklärte Trautson, in Bezug auf die nach Wien zu berufenden Gelehrten, daß ein kaiserlicher Hofrath freilich mehr als ein kurfürstlicher sei. Aber auch nur durch Erhöhung ihrer bisherigen Stellung werde man hervorragende Gelehrte bewegen können, sie mit ihrer früheren zu vertauschen. Und wenn man einem solchen auch zehntausend Gulden Gehalt gebe, so werde eine derartige Ausgabe sich auch vom wirthschaftlichen Standpunkte aus rechtfertigen lassen. Denn es sei kein Zweifel, daß durch einen solchen Lehrer mehr als zehntausend Gulden in's Land gezogen würden, indem eine große Anzahl von Fremden sich einfinden werde, ihn zu hören. Auch das sei einer der Vortheile, welche das Aufblühen der Wissenschaften überall mit sich bringe [142]).

„Ich muß bekennen, daß ich völlig dem Erzbischof beifalle," schrieb die Kaiserin auf die Aktenstücke, welche über diesen und andere ähnliche Punkte die widerstreitenden Meinungen enthielten. Als Professoren wurden Hofrath Jakob Ernst Sundermaler für das öffentliche und das Lehenrecht, Hofrath Paul Joseph Riegger für das Kirchenrecht, Regierungsrath Peter Banniza für die Digesten, Regierungsrath Benedict Schmidt für die Institutionen und das Naturrecht, für die Geschichte endlich Michael O' Lynch ernannt. Da Sundermaler und Schmidt ihre Lehrkanzeln nicht antraten, wurden statt des Ersteren Johann Heinrich Bocris, statt des Letzteren aber Karl Anton von Martini berufen [143]). Dieser und Riegger bildeten die eigentlichen Celebritäten der juridischen Facultät.

Dort, wo von der neuen Einrichtung der Studien an der Wiener Hochschule die Rede ist, können auch die Veränderungen nicht mit Stillschweigen übergangen werden, welche man hinsichtlich der Verwaltung ihres Vermögens traf. Im Juli 1753 wurde befohlen, die Rechnungen jährlich durch den Erzbischof der Regierung vorzulegen. Und schon drei Monate später wurde die Verwaltung und Kassaführung der Universität förmlich dem Staate übertragen. Ihr Besitzthum an liegenden Gründen wurde verkauft und dadurch die Umwandlung ihres

Einkommens aus Stiftungen in einen vom Staate zu beziehenden Betrag, mit ihr aber auch ihre Abhängigkeit von dem Letzteren vollendet. Die Stelle eines Superintendenten der Universität wurde beseitigt und die Organisation derselben derart gestaltet, daß unter dem Studienprotector, dem Erzbischofe, die Directoren der vier Facultäten standen, denen wieder die Professoren untergeordnet waren. Das Consistorium aber wurde in zwei Collegien getrennt, von welchen dem einen die Besorgung der Rechtssachen, dem anderen aber die Verwaltung der Universitätsgeschäfte oblag. Und als im Jahre 1757 Trautson starb, erhielt er als Studienprotector keinen Nachfolger mehr, sondern die Leitung der Universität wurde dem Obersten Kanzler Grafen Haugwitz und dem Kanzler Grafen Johann Chotek übertragen [144]). Sie wurde dadurch völlig zur Staatsanstalt gemacht.

So wenig dieses Verfahren zu billigen sein wird, so kann doch auch nicht geleugnet werden, daß die Wiener Universität unter Maria Theresia eine geistige Reorganisation erhielt, welche im Ganzen und Großen genommen von ungemein günstigen Folgen begleitet war. Die Kaiserin krönte dadurch ihr Werk, daß sie auch für eine würdige Unterbringung der Hochschule Sorge trug. Schon im Jahre 1752 gab sie aus eigenem Antriebe dem Grafen Haugwitz Befehl, ein zu diesem Ende passendes Haus ausfindig zu machen; der Erzbischof Trautson möge hierüber mit van Swieten eine Verabredung treffen [145]). Und im folgenden Jahre erhielt der neu ernannte Professor der deutschen Beredsamkeit, Johann Sigmund Popowitsch von der Kaiserin den Auftrag, mit dem Erzbischofe über den Bau eines neuen Universitätshauses sich zu besprechen. Im Jahre 1705 in Steiermark geboren, war Popowitsch später an der adeligen Akademie angestellt, welche im Jahre 1744 zu Kremsmünster gegründet worden war. Von hier ging er nach Regensburg und dann nach Leipzig. Der günstige Ruf, den er sich daselbst erwarb, veranlaßte seine Anstellung in Wien. Nun erklärte sich ihm gegenüber Maria Theresia bereit, zum Bau der Universität mehrere Häuser anzukaufen, welche dem Collegium der Jesuiten gegenüber sich befanden. Die oberste Leitung der Maßregeln zur Ausführung dieses

Planes übertrug sie dem Erzbischof Trautson [146]). Für diejenigen Professoren, welche nicht dem Jesuitenorden angehörten und daher nicht in dem Gebäude desselben untergebracht waren, sollten in dem neuen Universitätshause Wohnungen hergestellt werden. Auf so viele Zuhörer rechnete man, daß man Vorkehrung traf, den Hörsaal für Anatomie und für Chirurgie so geräumig zu gestalten, daß er für zweihundert Personen ausreichend Platz biete.

Da jedoch auch für die übrigen Hörsäle ansehnlicher Raum nöthig war, ging man von dem Gedanken, die Professoren der Universität in dem neuen Gebäude unterzubringen, wenigstens theilweise wieder ab. Großer Werth wurde auf die zierliche Ausschmückung des neuen Palastes, insbesondere seiner Façaden gelegt. Zweimalhunderttausend Gulden [147]) waren Anfangs für den Neubau bestimmt, doch überschritt die wirkliche Ausgabe diesen Betrag noch um achtzigtausend Gulden. Im Sommer 1755 war das neue Gebäude vollendet und harrte seiner Eröffnung. Maria Theresia selbst regelte das Ceremoniell, welches bei dieser Feierlichkeit beobachtet werden sollte, und aus der Sorgfalt, mit der sie es that, kann man wohl auf den Werth schließen, welchen sie auf die Sache legte. „Wir gedenken selber," so lauten ihre eigenen Worte, „wie in einem öffentlichen Kirchendienst dabei „zu sein. Der Gottesdienst wäre im Collegio zu halten und das Te „Deum; nachgehends gehe man zu Fuß in die Universität, wo die „Anrede geschehen müßte, die aber kurz sein und kein anderer als „der Rector Magnificus machen solle. Wegen selber Composition „wäre sich mit dem Protector zu verstehen und selbe ehender einzu„sehen."

„In diesem Plan," fährt die Kaiserin fort, indem sie von dem Vorschlage spricht, welchen ihr die zur Feststellung des Ceremoniells eingesetzte Commission vorgelegt hatte, „ist schon wiederum der Kanzler „vor dem Rector Magnificus rechter Hand gesetzt, welches nicht sein „solle, da dieser die erste Person ist" [148]).

Die Feierlichkeit hätte schon im October 1755 stattfinden sollen; die Kaiserin hatte es selbst so bestimmt. Zu Ende des Monats August

änderte sie jedoch ihren Entschluß. „All dieses erst nach der Kindbett," so lauten die kurzen Worte, mit welchen sie solches dem Grafen Haugwitz kundgab [149]). Und so geschah es auch. Am 2. November 1755 gebar Maria Theresia ihre jüngste Tochter Antonie; am 5. April 1756 erfolgte die festliche Eröffnung des Universitätsgebäudes. Der Kaiser, sein Sohn Joseph und die zwei älteren Erzherzoginnen wohnten ihr bei. Knieend empfing Haugwitz von der Kaiserin die Schlüssel der Universität und überreichte sie dem Protector der Studien, dem Erzbischof Trautson, der sie dem Rector Magnificus, Regierungsrath Johann Adam von Penz übergab. Tausend Ducaten wurden an dreihundert zwei und siebzig arme Studenten vertheilt.

Trotz dem, was durch diese Maßregeln von Seite Maria Theresia's zur Förderung der Studien geschah, kann doch nicht gesagt werden, daß sie für das Emporblühen und Gedeihen der Wissenschaften als solche rege Theilnahme gefühlt hätte. Für die höhere Aufgabe derselben besaß sie wenig Sinn und Verständniß; ihr war es, was zunächst die Volksbildung betraf, hauptsächlich um die Ausrottung der Sittenlosigkeit und die Hebung der Steuerkraft zu thun. Zu dem ersteren Wunsche trieb sie ihr religiöses Gefühl, zu dem letzteren aber die richtige Erkenntniß, daß von gebildeteren Leuten sich eine bessere Bewirthschaftung ihres Gutes und somit auch die Möglichkeit der Entrichtung einer höheren Abgabe erwarten lasse. Und was den Unterricht an den Mittelschulen und den Universitäten betrifft, so hatte man schon damals wie bis auf die neueste Zeit nicht viel Anderes als die Ausbildung brauchbarer Geistlicher und Aerzte, vor Allem aber die Heranbildung eines tüchtigen Beamtenstandes im Auge. Insbesondere war es der letztere Zweck, welcher Maria Theresia und ihre einflußreichsten Rathgeber vorzugsweise beschäftigte. Er war auch der eigentliche Beweggrund zur Errichtung einer Anstalt, welche dem österreichischen Adel und insbesondere dem weniger bemittelten Theile desselben die Möglichkeit bieten sollte, seine Söhne zu verwendbaren Staatsdienern heranziehen zu lassen [150]).

Zur Unterbringung dieser Erziehungsanstalt, welche für alle Zukunft den Namen ihrer Stifterin führen sollte, widmete Maria

Theresia das innerhalb der Linien Wiens gelegene kaiserliche Lustschloß, die Favorita, den Lieblingsaufenthalt ihres Vaters, des Kaisers Karl VI. Nur die Söhne adeliger, um das Kaiserhaus verdienter Eltern sollten in das Theresianum aufgenommen werden, jede solche Aufnahme aber nur mit Vorwissen der Kaiserin geschehen. Den Jünglingen selbst wurde gestattet, sich von Zeit zu Zeit der Person der Kaiserin zu nahen und Maria Theresia versprach, die Anstalt manchmal, insbesondere bei feierlichen Prüfungen mit ihrer Gegenwart zu beehren. Die Oberaufsicht über dieselbe legte sie in die Hände des Oberstkämmerers Grafen Khevenhüller; die eigentliche Leitung aber in diejenigen der Jesuiten. Einer aus ihnen, Ludwig Debiel, war der erste Rector. Ein Jahresbetrag von viertausend Gulden wurde ihnen zur Bestreitung der Kosten ihres Unterhaltes einstweilen angewiesen. Außerdem machte die Kaiserin sich anheischig, zwei berühmte Rechtslehrer aus dem Staatsschatze zu besolden. Der eine von ihnen werde das öffentliche, der andere aber das Civilrecht vorzutragen haben, und keine Ausgabe solle gescheut werden, um hiezu der „vortrefflichsten „Männer" habhaft zu werden, „so hier oder anderwärts zu bekommen „sind." Auch ein Professor, welcher die Grundsätze einer „soliden Lan„descultur" vorzutragen im Stande sei, dann ein geschickter Ingenieur sollten angestellt und aus dem Staatsschatze bezahlt werden, um diejenigen zu unterrichten, welche diesen Zweigen des Wissens sich zu widmen gedächten. Die übrigen Lehrfächer wären von den Jesuiten der österreichischen Provinz und zwar durch deren geschickteste Ordensbrüder zu versehen, zum Unterrichte in den ausländischen Sprachen aber fremde Patres zu berufen, für welche der Staatsschatz die Reisekosten bezahlen werde. Die Ernennung und Besoldung der Lehrer im Tanzen, Fechten und Reiten behielt sich die Kaiserin vor und erklärte gleichzeitig für Errichtung und Erhaltung der Reitschule Vorsorge treffen zu wollen. Die vom Staate angekaufte Garellische Bibliothek wurde dem Theresianum überlassen und eine Summe von zehntausend Gulden gewidmet, um aus deren Erträgniß die Nachschaffung der erforderlichen Bücher zu bestreiten. Fünftausend Gulden jährlich wurden bestimmt, um das Kostgeld für zehn Stipendisten zu bezahlen. Der Verleihung eines Stipendiums sollten jedoch nur solche Jünglinge theilhaftig werden,

welche die unteren Schulen bereits zurückgelegt hatten, ein „ausbündi-„ges Talentum" und dabei „einen munteren Geist" besaßen, um dereinst „zu den wichtigeren Staats- und Ländergeschäften nützlich ge-„braucht werden zu können." Nach Vollendung ihrer Studien durften sie denjenigen Zweig des öffentlichen Dienstes bezeichnen, welchem sie sich zuwenden wollten.

Diese Rücksicht auf den Staatsdienst rief auch die Gründung einer anderen Anstalt hervor, welche die Kaiserin im Jahre 1754 errichtete. Es war dieß die Academie der morgenländischen Sprachen, oder wie sie jetzt genannt wird, die orientalische Academie. Sowohl der diplomatische Verkehr mit der Pforte als die so zahlreichen und wichtigen commerziellen und sonstigen Interessen österreichischer Staatsangehöriger in der Türkei hatten es längst schon nothwendig gemacht, eine Anzahl von Jünglingen in den morgenländischen Sprachen zu unterrichten, um sich ihrer als verläßliche Dolmetsche im Verkehr mit den Türken zu bedienen. Denn die in früherer Zeit benützten, meistentheils den eingebornen Griechenfamilien entnommenen Dolmetsche ließen zwar in Bezug auf Gewandtheit in dem Gebrauche der verschiedenen Sprachen kaum etwas zu wünschen übrig, um so schwerer aber mußte man die überall und insbesondere im Oriente so nöthigen Eigenschaften der Verläßlichkeit und Unbestechlichkeit an ihnen vermissen. Um dem zu steuern, war in Constantinopel ein sogenanntes Sprachknaben-Institut gegründet worden, welches sich unter der Oberaufsicht des kaiserlichen Internuntius befand. Aber die letztere erwies sich nicht als genügend; aus Mangel an Ueberwachung ließen die Zöglinge jenes Institutes die Vorbereitung für ihren künftigen Beruf gänzlich außer Acht. Es wurde daher dessen Aufhebung beschlossen, und es sollten künftighin in Wien, unter den Augen des kaiserlichen Hofes fähige Jünglinge in den nöthigen Sprachen des Orients wie des Occidents, und noch außerdem in allen Wissenschaften unterrichtet werden, deren Erlernung sie zur Wahrung der politischen und commerziellen Interessen Oesterreichs im Orient geschickt machen würde [151]).

Auch jetzt war es wieder ein Jesuit, Pater Joseph Franz, der den Plan zur Einrichtung der neuen Academie entwarf und welchem

die Leitung derselben anvertraut wurde. Man hielt ihn hiezu für besonders geeignet, denn er war früher mit Ulfeld durch längere Zeit in Constantinopel gewesen und hatte auch bei der neuen Einrichtung der Wiener Universität ersprießliche Dienste geleistet. In jeder Beziehung rechtfertigte er das Vertrauen, das die Kaiserin ihm bewies, und so hervorragende Männer, wie der gelehrte Orientalist Bernhard von Jenisch und der berühmte Staatsminister Franz Maria Thugut, welche beide unter den ersten Zöglingen der neuen Academie sich befanden, dürfen wohl nur genannt werden, um den Beweis zu liefern, daß die Anstalt wirklich den Absichten ihrer Gründerin entsprach.

Daß die letzteren nicht so sehr auf die Heranziehung von Männern der Wissenschaft als auf die Ausbildung tüchtiger, dem Kaiserhause unbedingt ergebener Staatsdiener gerichtet waren, welche als verwendbare Werkzeuge zur Durchführung der theils schon begonnenen, theils noch beabsichtigten Reformen auf diesem Gebiete dienen sollten, ist schon früher betont worden. Wissenschaftliche Bestrebungen, welche darüber hinausgingen, wurden kaum mehr gefördert, ja vielleicht sogar mit scheelen Blicken betrachtet. Denn es verrieth sich dabei eine Selbstständigkeit des Denkens und Forschens, welche nur wenig in den Alles überwachenden, Alles bevormundenden Beamtenstaat paßte. Weder bei den Regierern noch bei den Regierten erfreuten sich, und es ist dieß eine alte Klage in Oesterreich, welche auch jetzt noch keine völlig unberechtigte geworden, die Wissenschaft und ihre Träger des Ansehens und der Geltung, welche nicht allein das geistige, sondern selbst das materielle Interesse des Staates dringend erfordert. Wo nicht allein neue Erfindungen aus Mangel an Anregung selten gemacht, sondern auch später als anderswo bekannt und eingeführt werden, da darf auch das Zurückbleiben des Staates auf materiellem Gebiete nicht Wunder nehmen. Und welch greifbare Nachtheile aus dem Mangel an geistiger Ausbildung, die ja nur in dem Dienste der Wissenschaft gewonnen wird, für einen Staat erwachsen, hat Oesterreich auch in unseren Tagen noch bitter empfunden.

Freilich läßt sich nicht leugnen, daß nicht selten die wirklichen oder sogenannten Gelehrten selbst die Hauptschuld trugen an der Miß-

achtung ihrer Person und ihrer Bestrebungen. Wer die wohldienerischen Phrasen, deren sie sich Männern von Rang und vor Allem den Monarchen gegenüber bedienten, wer die bombastischen Lobhudeleien überblickt, mit denen in solchen Fällen in wahrhaft verschwenderischer Weise Weihrauch gestreut wurde, der wird begreifen, daß derjenige, an welchen so kriechende Schmeicheleien sich richteten, gerade dann, wenn seine Natur eine edlere war, statt Anerkennung oder gar Bewunderung, eher eine Art von Widerstreben, ja von Ekel empfand, und daß er über der widerlichen Form, in welcher irgend ein Geistesproduct ihm dargeboten wurde, den vielleicht preiswürdigen Kern desselben völlig übersah.

Kam nun noch hinzu, daß derlei Kundgebungen von Schriftstellern auch noch mit der Bitte um Annahme der Widmung eines Werkes begleitet waren, so konnte die eigennützige Absicht, welche solchen Begehren entweder wirklich zu Grunde lag oder hinter ihnen wenigstens vermuthet wurde, gleichfalls nicht beitragen, die Achtung vor demjenigen zu erhöhen, von welchem eine so unwillkommene Bitte gestellt wurde. Dieses Eindruckes konnte sich denn auch Maria Theresia nur selten erwehren, und es soll, um ihre Anschauung über diesen Punkt zu beleuchten, hier nur eines Falles Erwähnung geschehen, welcher im Jahre 1754 sich zutrug.

Von dem Repräsentanten Oesterreichs in Rom, dem Cardinal Mellini ging ein Bericht ein, laut dessen der Abbate Giovanni Domenico Giampedi, der Geheimschreiber des Papstes [152]), und zwei seiner Studiengenossen, Nicola Roiseco und Giovanni Domenico Salomoni, ein von Benedict XIV. selbst verfaßtes Werk über die Diöcesansynode zum Drucke zu befördern gedachten. Sie baten es der Kaiserin widmen und ein von ihnen vorgelegtes Dedicationsschreiben in lateinischer Sprache dem Werke voransetzen zu dürfen.

„Ich habe zwar sonst nicht leicht erlaubt, mir Bücher zu „dediciren," schrieb Maria Theresia eigenhändig auf das Referat des Staatskanzlers, „wegen der Suite von Regalen, Impegni und den „so faden Lobsprüchen; ein Exempel davon ist diese so abgeschmackte, „lange Epistel. Wenn es möglich wäre, Mellini zu schreiben, daß zwar

„aus besonderer Distinction und allein, weil der Autor von dem Buche „ein so großer Mann ist und den so venerire, mir eine Freude und „Ehre mache, meinen Namen herzugeben. Er solle aber sehen, daß von „dieser abgeschmackten Epistel die Hälfte ausgelassen werde, und wäre „zu benennen das Regal, was diesen Leuten zu machen wäre, denn dieß „ist doch der Hauptpunkt“ [153]).

So wenig der Kaiserin in diesem und in den sich häufig wiederholenden ähnlichen Fällen Unrecht gegeben werden kann, so sehr ist es doch zu bedauern, wenn derlei Erlebnisse dazu beitrugen, daß auch unter ihrer Regierung für die Förderung der Wissenschaft zu wenig geschah. Ein Merkmal hievon ist die geringe Theilnahme, mit welcher die Kaiserin selbst dem damals neuerdings auftauchenden Gedanken der Gründung einer Academie der Wissenschaften in Wien entgegenkam. Vor fast einem halben Jahrhundert hatte Leibnitz hiezu die erste Anregung gegeben, und auch jetzt ging der Anstoß zu der Sache neuerdings von einem hervorragenden deutschen Gelehrten, und zwar von dem energischen Umbildner unserer Sprache, von Gottsched aus.

Es ist bekannt, wie viel Maria Theresia im Gegensatze zu Friedrich von Preußen auf ihre Muttersprache hielt, und wie sie noch in den letzten Jahren ihres Lebens ihre in nichtdeutschen Ländern verheirateten Töchter aufforderte, das Deutsche nicht zu vernachlässigen. Darum mag sie auch für Gottscheds Bestrebungen lebhaftere Sympathien gehegt haben, als sie sonst für literarische Arbeiten zeigte. Vielleicht ist hierin der Beweggrund für den ehrenvollen Empfang zu suchen, welchen Gottsched bei seiner Anwesenheit zu Wien im Jahre 1749 bei Maria Theresia und dem Kaiserhofe fand. So sehr war er dadurch geschmeichelt, daß er mit der lebhaften Hoffnung sich trug, als Professor an der Universität oder als Präses der neu zu gründenden Academie, ja vielleicht gar als Erzieher der kaiserlichen Kinder eine glänzende Stellung zu erhalten. Aber in arger Selbsttäuschung war er befangen, wenn er glaubte, daß Maria Theresia sich jemals entschließen könnte, ein solches Amt einem Protestanten zu verleihen. Und ein Glaubenswechsel um materiellen Vortheils willen lag Niemand ferner als Gottsched selbst.

Die bisherige Vermuthung, daß Gottsched den Plan zur Gründung einer Academie der Wissenschaften, welche nach dem Vorbilde der französischen Academie sich vorzugsweise die Pflege der deutschen Sprache zur Aufgabe machen sollte, schon nach Wien mitgebracht habe, scheint auf einem Irrthum zu beruhen. Wie aus Briefen hervorgeht, die aus Wien an ihn gerichtet wurden, sandte Gottsched nach seiner Rückkehr nach Leipzig das Project, von einem Gedichte an die Kaiserin begleitet, an die Fürstin von Trautson, um es auf diesem allerdings nicht officiellen Wege an Maria Theresia gelangen zu lassen. Fürst Johann Wilhelm von Trautson war damals zweiter Obersthofmeister der Kaiserin, und seine Gemalin, dieselbe, welche später Sonnenfels als seine Beschützerin pries, stand bei Maria Theresia in hoher Gunst. In dem vorliegenden Falle aber scheint ihre Verwendung nicht von glücklicher Wirkung gewesen zu sein, wenigstens empfing Gottsched nur zu bald für seine Hoffnungen und Erwartungen die Nachricht, daß Graf Haugwitz aus Gründen, welche nicht näher angegeben werden, das Project nicht für ausführbar ansehe [154]).

Dennoch war der von Gottsched angeregte Gedanke nicht in ganz unfruchtbares Erdreich gefallen. Wenigstens richtete zu gleicher Zeit Haugwitz selbst an einen in Oesterreich wohnhaften Freund der Wissenschaften, den in Olmütz ansäßigen Freiherrn Joseph von Petrasch die Aufforderung zur Ausarbeitung eines Entwurfes zur Gründung einer Academie.

Erst wenige Jahre waren vergangen, seit Petrasch in Olmütz eine gelehrte Gesellschaft errichtet hatte, welche den Namen führte: Societas eruditorum incognitorum in terris austriacis. Er hatte sich also wenigstens mit derlei Dingen schon vielfach beschäftigt, und sandte auch im Jänner 1750 seinen Plan für die neue Schöpfung an Haugwitz nach Wien. Er schlug vor, die Academie in zwei Abtheilungen zu trennen; die eine sollte die Philosophie und die Naturwissenschaften, die andere die schönen Künste, die Sprachen, die Rechtskunde, die Geschichte und Erdbeschreibung umfassen. Die Zahl der Mitglieder sollte für beide Abtheilungen zusammen genommen vierundzwanzig bis dreißig betragen, und wo möglich ein Adeliger zum Präsidenten

ernannt werden. Zu Secretären der Academie, einen für jede Abtheilung, seien nur höchst gelehrte und arbeitseifrige Männer zu wählen. Die Professoren der Philosophie, der Geschichte und einiger Zweige der Rechtsstudien müßten Academiker sein. Die Förderung und Erweiterung der Wissenschaften und der Gelehrsamkeit, der Ruhm, die Ehre und der Nutzen des Kaiserhauses, das Emporblühen und Gedeihen des Vaterlandes waren die Zwecke, deren Erreichung die Mitglieder der Academie anzustreben hatten. Und zur Erzielung eines Nachwuchses sollten etwa sechzehn Schüler, junge Leute von besonderer Befähigung und erprobtem Fleiße aufgenommen werden. Jeder aus ihnen hätte, unter der Voraussetzung, daß er dürftig sei, ein Jahrgeld von zweihundert fünfzig, ein Academiker aber ein solches von fünfhundert Gulden zu erhalten, doch genüge es, nicht Alle, sondern etwa nur sechzehn aus der Gesammtzahl der letzteren dieser Zubuße theilhaft werden zu lassen. Jedem Secretär wurden zweitausend, dem Präsidenten aber viertausend Gulden zugesprochen. Die Totalauslage für die Academie durfte höchstens vier und zwanzigtausend Gulden betragen. Durch Gründung einer academischen Buchdruckerei sollten diese Kosten aufgebracht werden [155]).

Dieß waren im Wesentlichen die Gedanken des Freiherrn von Petrasch, welche nun dem Oberstkämmerer Grafen Khevenhüller zur Begutachtung mitgetheilt wurden. Er spricht sich zwar nicht für völlige Verwerfung, aber doch auch nicht für unbedingte Annahme des Planes aus. Die wichtigsten Bedenken findet er zunächst darin, daß nicht so viel wissenschaftlich hervorragende Männer in Oesterreich vorhanden wären, um die Stellen der Academiker würdig zu besetzen. Die Kosten würden sich ungleich höher belaufen, als der Voranschlag angebe. So sei in demselben von der Anschaffung werthvoller Instrumente, ohne welche neue Entdeckungen nun einmal nicht gemacht werden könnten, gar nicht die Rede. Und ob von der Gründung einer Buchdruckerei ein so großer, ja nur irgend welcher Gewinn zu erwarten sei, stünde noch in Frage.

Mit dieser letzteren Betrachtung hatte Khevenhüller den wunden Punkt berührt, und wenn wir durch mehr als zwanzig Jahre keiner

Andeutung über die Gründung einer Academie der Wissenschaften mehr begegnen, so wird die Ursache wohl in nichts Anderem als darin zu suchen sein, daß wie ein gleichzeitiges Schreiben sich ausdrückt, „niemals „kein Fundus, und jetzt am wenigsten vorhanden war" [156]).

Erst nach Aufhebung des Jesuitenordens kam man auf den Gedanken der Gründung einer Academie der Wissenschaften neuerdings zurück. Daß aber Maria Theresia für dieselbe sich keineswegs begeisterte, geht aus den Bemerkungen hervor, welche sie den hierauf bezüglichen Anträgen beifügte. „Das hat wohl Zeit, liegt mir nicht so am Herzen", schrieb sie einmal, „hat gute Weile", ein zweites Mal, und zeigte damit deutlich, daß sie der ganzen Einrichtung nicht gerade günstig gesinnt war. Und obgleich sich eifrige Freunde der Wissenschaften dadurch nicht abhalten ließen, auf die Gründung einer Academie mit immer neuen Vorschlägen zurückzukommen, so vermochten sie doch weder unter Maria Theresia noch unter Joseph ihren Zweck zu erreichen. Erst um die Mitte unseres Jahrhunderts kam die so lange Zeit fruchtlos begehrte Schöpfung auch wirklich zu Stande.

Wer von demjenigen spricht, was für Unterricht und Wissenschaft während eines bestimmten Zeitraumes der Regierung Maria Theresia's geschah, muß auch der in denselben fallenden Gründung eines Institutes gedenken, das wohl vorzugsweise berufen ist, wissenschaftlichen Zwecken zu dienen. Es ist dieß die Anstalt, welche im Jahre 1749 von Maria Theresia unter der Bezeichnung eines Archives ihres kaiserlichen Hauses errichtet wurde, die aber seither in Folge der Ausdehnung ihrer Bestimmung den Namen des geheimen Haus- Hof- und Staatsarchives erhielt.

Allerdings hatte es schon seit Maximilian I. eine Sammlung der österreichischen Staatsakten gegeben. Doch war sie an und für sich schon unvollständig und wurde nach seinem Tode wieder vernachlässigt. Hiezu kam noch daß in Folge der Theilungen des österreichischen Länderbesitzes unter verschiedene Zweige des Habsburgischen Hauses, so wie des wechselnden Aufenthaltes der einzelnen Fürsten die Akten überall hin zerstreut wurden. Häufig geriethen sie auch in den Privatbesitz der

Minister oder Generale, welche bei den öffentlichen Angelegenheiten, um die es sich handelte, eben betheiligt waren. Unter Rudolph II., unter Mathias, endlich unter Leopold I. geschah zwar Einiges zur besseren Aufbewahrung der Documente und Akten des Staates. Aber wie unzureichend dieß war, und wie gewissenlos den zu diesem Ende erlassenen Vorschriften zuwider gehandelt wurde, geht aus der von Bartenstein herrührenden Notiz hervor, der zufolge die Originalprotokolle der kaiserlichen Gesandtschaft bei dem westphälischen Friedenscongresse auf dem Wiener Trödelmarkte verkauft und von dem Grafen Wackerbarth, dem sächsischen Gesandten am Kaiserhofe, nach Dresden gesendet, dort aber in der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts von den Flammen verzehrt wurden [157]).

Ohne Zweifel war es auch Bartenstein, welcher kurz nach Abschluß des Friedens zu Aachen den Anstoß gab zu der Gründung eines Centralarchives in der Hofburg zu Wien. Ihm war ja die Aufgabe zugefallen, die Unzahl von Schriften zu widerlegen, durch welche, so wie es auf dem Schlachtfelde mit dem Schwerte geschah, so auch am Schreibtisch mit der Feder von allen Seiten her das Erbrecht Maria Theresia's bekämpft wurde. Niemand konnte daher auch tiefer von der Nothwendigkeit durchdrungen sein, als Bartenstein es war, die Urkunden und Akten, auf welchen die Besitztitel des Hauses Oesterreich beruhten, und alle ihnen verwandten Documente zu sammeln, sorgfältig aufzubewahren und in eine Ordnung zu bringen, durch welche die Uebersicht über ihren Inhalt und daher auch ihr Gebrauch wesentlich erleichtert, ja vielleicht erst möglich gemacht wurde.

Hiezu kam noch, daß man in Wien die Documente für gesicherter hielt, als sie z. B. in Prag es gewesen, wo sie sich in der Gewalt der Feinde, und zwar in einem Augenblicke befunden hatten, in welchem man ihrer in Wien am dringendsten bedurfte. Man konnte sich nicht genug wundern, daß sowohl Karl Albrecht von Baiern als König Friedrich von Preußen es versäumt hatten, des reichhaltigen Prager Archivs sich zu bemächtigen, wie es ein Jahrhundert zuvor von Seite der Schweden geschehen war.

Die Auffindung der überall hin zerstreuten Urkunden und Akten und ihre Vereinigung in eine einzige Sammlung war selbstverständlich die erste Aufgabe, die man sich stellen mußte. Maria Theresia übertrug sie einem hervorragenden Gelehrten, dem geheimen Secretär bei dem Directorium in politicis et cameralibus, Theodor Anton von Rosenthal, welchen sie mit dem Titel eines kaiserlichen Rathes zu ihrem Hausarchivar ernannte. Er wurde zuerst nach Prag gesendet, um die alten Documente, welche sich sowohl in dem dortigen Kronarchive, das in der Wenzels-Capelle aufbewahrt wurde, als in der Reichs- und der Kammerregistratur, dann in der Burg zu Karlstein befanden, sorgfältig zu durchgehen, dasjenige auszuscheiden, was sich auf das Kaiserhaus und die Gesammtmonarchie bezog, und es nach Wien zu überbringen [158]).

Nachdem Rosenthal in den Jahren 1749 und 1750 seinen Auftrag in Prag vollzogen, verfügte er sich in der gleichen Absicht nach Innsbruck und hierauf nach Graz. Alles, was er aus diesen Städten nach Wien bringen ließ, vereinigte er daselbst mit den Urkunden und Akten, welche sich ohnedieß schon, und zwar entweder in dem kaiserlichen Schatzgewölbe oder in dem sogenannten alten Regierungsarchive in der Hauptstadt befunden hatten. Auch von anderen Seiten her, insbesondere den Behörden, aber auch von einzelnen hervorragenden Familien erhielt das neue Centralarchiv wichtige Bereicherung. Unter den letzteren werden insbesondere die Grafen Kinsky genannt [159]), welche in dieser Beziehung sich willfährig zeigten.

Nachdem ein großer Theil der in den Provinzen gesammelten Documente in Wien angelangt war und es um deren zukünftigen Aufbewahrungsort sich handelte, war es Maria Theresia selbst, welche den Vorschlag, das Archiv in der Nähe der Schatzkammer unterzubringen, verwarf, und ihm die freilich seither schon unzulänglich gewordenen Räumlichkeiten anwies, welche es noch heut zu Tage einnimmt [160]).

Von Wichtigkeit war es, daß die Kaiserin im November 1753 die Direction ihres Hausarchives dem Freiherrn von Bartenstein übertrug [161]), welcher daher dessen erster und gewiß auch berühmtester Director genannt werden muß. Ihm wurden Rosenthal als erster, und

der bisherige Concipist in der Staatskanzlei, Ferdinand Freyßleben als zweiter Archivar untergeordnet. Joseph von Sperges, der später eine so hervorragende Stelle in der Staatskanzlei einnahm, ward ihnen mit dem Titel eines Archivsadjuncten beigegeben. Ein Expeditor, zwei Kanzlisten und zwei Accessisten, endlich ein Diener vollendeten das Archivspersonal [162]).

Wie richtig der neue Archivsdirector die Zielpunkte auffaßte, welche dem seiner Leitung untergeordneten Institute vorzuzeichnen seien, geht am besten aus dem erschöpfenden Berichte hervor, welchen er hierüber der Kaiserin vorlegte [163]). Was sich auf die sorgfältige Verwahrung der Documente und auf die Anlegung entsprechender Verzeichnisse über dieselben bezog, wird von ihm, und gewiß mit Recht, in die erste Linie gestellt. Aber er hebt auch gleichzeitig den Gewinn hervor, welcher aus einer solchen Sammlung für die Kenntniß vergangener Zeiten abgezogen werden könne. Und nicht bloß zu amtlichen Arbeiten, zur Abfassung von Staatsschriften und dergleichen will er aus dieser Kenntniß der Vergangenheit Nutzen ziehen, sondern er weiset ausdrücklich auf den Werth hin, welchen das Hausarchiv für die Erweiterung der historischen Wissenschaft besitzt. Er selbst will sich dessen bedienen, um hierauf die geschichtlichen Werke zu bauen, die er zum Unterrichte des Erzherzogs Joseph auszuarbeiten gedenkt. Und auf seinen Antrag wird Rosenthal beauftragt, die Materialien zu einer Geschichte Böhmens und Oesterreichs zu sammeln [164]).

Schon die erhabene Gründerin des Hausarchives und dessen erster Director haben also, wie man sieht, die Benützung desselben zu wissenschaftlichen Zwecken als eine seiner Hauptaufgaben betrachtet.

Sechstes Capitel.

Maria Theresia und ihre Familie.

Die Darstellung der inneren Zustände Oesterreichs während des Zeitraumes, welcher die beiden langdauernden Kriege von einander trennt, die Maria Theresia zu führen hatte, kann nur dann auf einige Vollständigkeit Anspruch haben, wenn man es nicht unterläßt, auch die Persönlichkeit näher in's Auge zu fassen, welche den Mittelpunkt und das eigentliche Triebrad des gesammten Staatslebens bildete. Maria Theresia hatte in dem Augenblicke des Abschlusses des Friedens von Aachen, im October 1748, ihr ein und dreißigstes Lebensjahr überschritten. Seit mehr als zwölf Jahren war sie vermält und hatte schon zehn Kinder, drei Söhne und sieben Töchter zur Welt gebracht. Unter diesen zahlreichen Geburten hatte natürlich ihre Schönheit etwas gelitten, und insbesondere war ihre früher so schlanke Gestalt jetzt stark und beleibt. Aber noch immer bewahrte sie den leichten Gang und die majestätische Haltung ihrer früheren Zeit, und noch im Jahre 1753 schreibt der englische Gesandte Sir Charles Hanbury Williams von Maria Theresia, ihre Persönlichkeit sei ganz dafür geschaffen, eine Krone zu tragen, ihr Gemüth aber verleihe derselben erst den rechten Glanz. Ihr Betragen sei voll Verstand, voll Geist und Anmuth, jede ihrer Bewegungen aber voll Grazie und Würde [165]).

Das Antlitz der Kaiserin war rund geworden und voll, aber die großen hellblauen Augen hatten ihren Schimmer, die Zähne ihre

Weiße, das Lächeln seine Anmuth bewahrt. Ihr Gesichtsausdruck zeigte, wie ein anderer für die Kaiserin nichts weniger als parteiischer Berichterstatter, der preußische Gesandte Podewils versichert, ebenso sehr die Offenheit ihres Charakters, als das Gefühl des Glückes, das sie beseelte. Ihre Umgangsweise war heiter und in hohem Grade gewinnend. „Niemand wird leugnen", so schließt Podewils seine Bemerkungen über das Aeußere der Kaiserin, „daß sie eine schöne Frau genannt „werden muß." Und noch acht Jahre später, nachdem Maria Theresia noch vier Kinder geboren hatte, im Jahre 1755 nennt sie ein anderer Preuße, der Großkanzler Fürst, eine der schönsten Fürstinnen Europa's. „All ihren Nachtwachen und Wochenbetten zum Trotz", fügt er hinzu, „hat sie sich sehr gut erhalten" [166]).

„Die Art und Weise, in welcher die Kaiserin mit den Leuten „verkehrt", sagt Podewils an einer anderen Stelle, „ist so einnehmend, „daß sie auch die Schüchternsten ermuthigt. Ihre an und für sich unge-„zwungene und zuvorkommende Umgangsweise bringt einen noch tieferen „Eindruck auf ihre Unterthanen hervor, weil dieselben seit langer Zeit „daran gewohnt waren, stolzes und hochfahrendes Wesen für unzer-„trennlich anzusehen von der Majestät. Die Kaiserin spricht gut und „drückt sich mit Anmuth aus; manchmal scheint es jedoch, als ob sie sich „selbst nicht ungern reden höre. Um eine Audienz bei ihr zu erlangen, „muß man sich an die Hofdame wenden, welche gerade im Dienste ist. „Selten wird von der Kaiserin der Zutritt versagt. Mit Geduld und Güte „hört sie, was man ihr vorträgt, und sie übernimmt selbst die Bitt-„schriften, die man an sie richtet. An Empfangstagen verwendet sie den „größten Theil der Zeit, um Audienzen zu geben. In der Stadt geschieht „dieß in einem Winkel des Zimmers, in welchem alle Welt sich befindet, „auf dem Lande aber während des Spazierganges im Garten [167])." „Und hat man einmal Audienz bei ihr", sagt Fürst, „so braucht man „sich nicht an den Gegenstand zu halten, um dessentwillen man sie sich „verschafft hat. Man kann sein ganzes Herz ausschütten, und genießt „doch wenigstens den Trost, dieß gethan zu haben, selbst wenn man „nichts weiter damit gewinnt. Es kommt wohl vor, daß Einer oder der „Andere diese Freiheit mißbraucht. So bot sich eines Tages Jemand

„der Kaiserin zum Unterrichte der Erzherzoge und Erzherzoginnen an,
„indem er seine besondere Gabe rühmte, auch Kinder ohne alles
„Talent zu einem nicht gewöhnlichen Grade der Ausbildung zu bringen.
„Ohne ihm irgend ein Zeichen des Mißfallens zu geben, wies ihn Maria
„Theresia ganz einfach an den Ajo ihres ältesten Sohnes, den Grafen
„Batthyany."

Mit einem lebhaften und durchdringenden Verstande, der scharf genug war, um die verwickeltsten Angelegenheiten zu entwirren, verband Maria Theresia ein klares Urtheil und ein glückliches Gedächtniß. Kraft und Lust zur Arbeit hielten sich bei ihr die Wagschale, die eine wie die andere schien jederzeit ganz unerschöpflich. Ein sehr großer Theil des Tages verging in Besprechungen mit den einzelnen Ministern, und Jedem war ein bestimmter Tag der Woche bezeichnet, um der Kaiserin Vortrag zu halten. Mit stets gleicher Geduld und nie ermüdendem Interesse las sie die weitschweifigen Berichte der Behörden und Gesandten, die noch breiteren Ausarbeitungen, welche Bartenstein darüber verfertigte. Ja es finden sich Anzeichen, daß sie es vermißte und ungern sah, wenn einmal ihre Tagesaufgabe minder umfassend war als gewöhnlich. Mit eigener Hand schrieb sie ihre Bemerkungen zu dem, was man schriftlich ihr vortrug, und die Beschlüsse nieder, welche als Richtschnur zu dienen hatten für das zu beobachtende Verfahren. In diesen Aufzeichnungen tritt die ganze wunderbare Begabung der Kaiserin, ihr edler und frommer Sinn, ihr reines Gemüth, ihre seltene Rechtlichkeit und Pflichttreue, ihre unermüdliche Sorgfalt für das Wohl ihrer Länder am klarsten an den Tag. Und einen deutlicheren Beweis für die Redlichkeit ihres Wollens und Strebens kann es wohl nicht geben, als der Ausspruch ist, den man oftmals von ihr hörte, um nichts richte sie heißere Gebete zu Gott als um die Fähigkeit, in der Beurtheilung der öffentlichen Angelegenheiten stets das Rechte zu treffen. Darum aber klagte sie auch über nichts so sehr, als daß ihr Vater sie stets in völligster Unkenntniß der Staatsgeschäfte gehalten. „Karl VI. hat „Himmel und Erde in Bewegung gesetzt," so drückt der Engländer Williams sich aus, „das Erbfolgerecht seiner Tochter auf große Königreiche und „Länder sicher zu stellen, und gleichzeitig that er Alles, was nur in

„seinen Kräften stand, um sie zur Regierung dieser Länder unfähig zu „machen [168]).“

Maria Theresia's reiche natürliche Anlagen und ihr rastloser Eifer machten jedoch das von ihrem Vater Versäumte wieder gut. Freilich ist es unleugbar, daß dieser Eifer sie auch manchmal hinausführte über das Ziel, daß ihre Frömmigkeit nicht selten in Bigotterie, ihr Bestreben zur Unterdrückung der zahlreichen Mißbräuche, welche sie vorfand, manchmal in Härte ausartete, daß sie leidenschaftlich war in der Liebe wie im Haß, in der Neigung wie in der Ungunst. Wer einmal ihre Achtung, ihr Zutrauen gewonnen, der durfte nicht selten ungestraft darauf sündigen; wer aber ihre Unzufriedenheit erregt hatte, dem gelang es nur schwer, ihre Verzeihung wieder zu erlangen. Ueberhaupt ging sie, wie Podewils versichert, darauf aus, die Schwächen ihres Geschlechtes zu verleugnen und gerade diejenigen Tugenden sich anzueignen, welche demselben am seltensten verliehen sind. „Es scheint fast, als ob sie es „bedauere, als Frau geboren worden zu sein. Sie trägt keine Sorge „für ihre Schönheit und setzt sich ohne alle Schonung den Unbilden „der Witterung aus. Sie verwendet keine Aufmerksamkeit auf ihren „Anzug, und mit Ausnahme der Galatage ist sie, mit ihr aber der „ganze Hof sehr einfach gekleidet.“

„Niemand wird die Kaiserin“, fährt Podewils fort, „der Koketterie „beschuldigen, und niemals hat sie zu einem solchen Vorwurfe den „geringsten Anlaß gegeben. Aufrichtig liebt sie den Kaiser, aber sie „fordert auch von ihm die gleiche Anhänglichkeit. Es ist sicher, daß sie „sehr eifersüchtig auf ihren Gemal ist und Alles thut, um ihn zu ver„hindern, irgend einer Anderen seine Neigung zuzuwenden. Deutlich „gab sie ihren Mißmuth einigen Damen zu erkennen, welche der Kaiser „zu bevorzugen schien. Die strengste Sittenreinheit trachtete sie am Hofe „aufrecht zu erhalten, und sie zeigte ganz unverholen denjenigen ihre „Verachtung, welche sich wider sie vergingen. Ihre Kinder liebt sie zärtlichst „und sie umgibt sich fortwährend mit ihnen. Ein rein bürgerliches Haus„wesen zu führen, wäre ihr gewiß am liebsten.“

In der That prägte sich dieser Stempel des Bürgerlichen ihrer ganzen Lebensweise auf. Im Winter um sechs, im Sommer um vier, spätestens fünf Uhr verließ sie das Lager. Mit Ausnahme des Gottesdienstes war der ganze Morgen den Geschäften gewidmet. Um ein Uhr speiste die Kaiserin, nicht selten allein, und dann gönnte sie sich eine oder zwei Stunden zur Erholung. Nun kamen meist wieder die Geschäfte an die Reihe, gegen sieben Uhr aber begann das Spiel, das jedoch nicht länger als anderthalb Stunden währte. Bei dem hierauf folgenden Nachtmale nahm die Kaiserin nur wenig zu sich und noch vor zehn Uhr begab sie sich gewöhnlich zur Ruhe.

Sowie für ihre Schönheit, so trug Maria Theresia auch für ihre Gesundheit nur geringe Sorgfalt, und sie verließ sich stets auf ihre kräftige Natur. Oft legte sie sich in einem Augenblicke stärkster Erhitzung mitten im Winter an das geöffnete Fenster. War die Witterung noch so rauh, so blieben doch ihre Fenster offen, und nur mit heiterem Lachen antwortete sie auf die Gegenvorstellungen der Aerzte. Ja sie ging darin manchmal wohl allzuweit, und als sie im September 1748 eine Tochter zur Welt brachte, welche wenige Minuten nach ihrer Geburt verschied, schrieb man dieß dem Umstande zu, daß die Kaiserin noch am Tage zuvor die Oper besucht und den Weg von und nach Schönbrunn zu Wagen mit der gleichen Raschheit zurückgelegt hatte, welche sonst ihrer Gewohnheit entsprach [169]).

Schon an einer anderen Stelle ist der manchmal sogar übertriebenen Freigebigkeit der Kaiserin gedacht worden. Nichts beglückte sie mehr als Glückliche zu machen. Daher kam wohl auch ihre Lust, Heiraten zu stiften; da sie sich selbst glücklich fühlte in ihrer Ehe, wollte sie solchen Loses auch Andere theilhaft werden sehen. Und den Armen gab sie in wahrhaft unerschöpflicher Weise.

Wie viele Zeit Maria Theresia auf kirchliche Feierlichkeiten verwendete und welch hohen Werth sie ihnen beimaß, ist allbekannt. Fast täglich besuchte sie eine andere Kirche oder ein Kloster, den meisten Einkleidungen der Nonnen wohnte sie bei, und insbesondere fehlte sie niemals, wenn eine Dame aus dem Hofkreise den Schleier erwählte.

Als im Jahre 1753 eine Tochter des Fürsten von Lamberg ins Kloster ging, führte die Kaiserin sie selbst in feierlichem Zuge dorthin. Am Tage des heiligen Leopold, dem 15. November, fehlte sie niemals in Klosterneuburg, der Stiftung des Markgrafen, und erst in späterer Zeit gab sie diese Wallfahrten auf. Oft erhielten solche Fahrten den Charakter von Lustpartien, welche Maria Theresia gern unternahm [170]). Ueberhaupt war sie, wie zuvor schon gezeigt worden, dem Vergnügen nicht abhold. Während ihrer jüngeren Jahre ging es oft ungemein heiter zu am kaiserlichen Hofe. Hauptsächlich war dieß in der Fastnachtszeit der Fall. Maskenbälle waren besonders beliebt und je seltsamer und bunter die Masken, desto größer war das Vergnügen der Kaiserin. Sie selbst erschien gewöhnlich in einem blauen Domino, und bekannt ist, daß sie einst in Folge einer Wette mit dem Kaiser, er werde ihren Begleiter nicht erkennen, am Arme des gelehrten Duval im Saale erschien [171]). Auch maskirte Kinderbälle fanden nicht selten statt; die Erzherzoge und ihre Schwestern tanzten dabei unermüdlich.

Nicht weniger häufig war die Aufführung von Comödien, meistens französischer, in den Kreisen des Hofes. Manchmal wurden sie von Erwachsenen, manchmal auch von Kindern gespielt. Im Jahre 1752 kamen die „Saturnales", eine dreiactige Comödie zur Darstellung, welche von der bekannten französischen Schriftstellerin Frau von Graffigny eigens verfaßt und nach Wien geschickt worden war, um von Maria Theresia's Kindern gespielt zu werden. Cäsar wurde von Joseph, Cinna von seinem Bruder Karl gespielt; außer ihnen wirkten der damals erst fünfjährige Leopold und die noch um ein Jahr jüngere Erzherzogin Amalie, dann ihre Schwestern Marie und Elisabeth mit. „Die Piece war aber gar zu serios und die Dialoge „gar zu lang für Acteurs solchen Alters", läßt ein Augenzeuge, Graf Khevenhüller sich vernehmen, „mithin war auch die Kaiserin „nicht zufrieden" [172]).

Die Tonkunst wurde am Wiener Hofe eifrig gepflegt. Obwohl die Kaiserin selbst sie in ihrer Jugend gern und mit Erfolg geübt, so vernachlässigte sie doch diese Fertigkeit später, aber sie wachte darüber,

daß ihre Kinder tüchtigen Musikunterricht erhielten. Bei einem kleinen Feste, das sie im October 1759 gab, spielten Joseph auf dem Violoncell und Karl auf der Violine, ihre Schwestern Marianne und Marie auf dem Clavier. Im Gesange waren alle geübt und wir wissen, daß in viel späterer Zeit noch Joseph, als er schon Kaiser war, es liebte, mit seinen Schwestern gemeinschaftlich Tonstücke aufzuführen.

Das Lieblingsvergnügen Maria Theresia's bestand in der Bewegung im Freien, sei es zu Fuß oder zu Pferde. Man weiß, daß sie mit Waghalsigkeit ritt und es machte ihr Vergnügen, von Schönbrunn oder Laxenburg aus die Personen des Hofes in ihren Landhäusern zu besuchen, dort zu frühstücken oder Nachmittags Kaffee zu trinken und dann wieder heimzukehren. Auf die Jagd ging sie nur selten und auch da nur aus Gefälligkeit für ihren Gemal.

Am liebsten war Maria Theresia der Aufenthalt auf dem Lande, und da gab sie von allen kaiserlichen Schlössern Schönbrunn den Vorzug. Schon im Beginn des Frühlings zog sie dorthin und erst spät im Herbste kehrte sie zurück nach der Stadt. Schönbrunn lag bekanntlich, nachdem die Türken es bei der Belagerung Wiens völlig zerstört hatten, durch dreizehn Jahre in Trümmern, bis Leopold I. begann, es im Jahre 1696 für seinen Sohn Joseph wieder zu erbauen. Vier Jahre später gedieh es zur Vollendung, und es bildete nun einen Lieblingsaufenthalt Josephs I., während es von dessen Nachfolger Karl VI. fast gar nicht mehr besucht wurde. Desto größere Aufmerksamkeit verwendete Maria Theresia auf Schönbrunn; schon im Jahre 1749 begann sie dessen Umbau und Vergrößerung. Das Geld dazu wurde ihr von dem portugiesischen Juden Diego d'Aguilar, welcher den Titel eines Cassiers des niederländischen und italienischen Rathes führte, nach und nach vorgeschossen. Kurz nach Beginn des Baues betrug die Schuld der Kaiserin an d'Aguilar schon 300.000 Gulden.

So lang Maria Theresia lebte, wurden hauptsächlich in dem weitläufigen Parke zu Schönbrunn fortwährend Veränderungen und Verschönerungen vorgenommen. Den Eintritt in denselben gab sie der

Bevölkerung frei. Schaarenweise strömte diese, besonders an Sonntagen nach Schönbrunn, um sich in den schattigen Laubgängen zu ergehen und wo möglich der Kaiserin oder ihrer Angehörigen ansichtig zu werden. Häufig lud sie nicht nur den Adel, sondern auch Staatsdiener, die sie kannte und achtete, zu sich nach Schönbrunn. Ueberhaupt war es eine hervorragende und gewiß preiswürdige Eigenschaft von ihr, daß sie insbesondere in ihren jüngeren Jahren den Umgang mit Menschen so eifrig suchte. Niemals beschränkte sie sich dabei auf eine einzige Volksklasse, und wenn auch in Folge der herrschenden Etiquette nur der höhere Adel es war, welcher bei eigentlichen Hoffesten Zutritt erhielt, so wurden doch im gewöhnlichen Leben keine solchen Schranken beobachtet. „Wollt ihr die Comödie, wo meine Kinder tanzen, sehen," schreibt sie im November 1746 an den Hofrath von Doblhoff, „so „kommt um fünf Uhr in meine Anticamera in die Burg" [173]). Derlei Einladungen an ausgezeichnete Männer, auch wenn sie nicht durch ihre Geburt dazu berufen schienen, waren nichts Seltenes, und wir kennen die ähnlichen Aufforderungen, welche die Kaiserin noch dreißig Jahre später an einen anderen Mann ihres Vertrauens, den Hofrath von Greiner gelangen ließ [174]). Sie hatten den unschätzbaren Vortheil, daß Maria Theresia, welche gern und mit Leutseligkeit sprach, sich in solcher Weise mit den Anschauungen und den Bedürfnissen der Bevölkerung bekannt machte und eine ungleich größere Vertrautheit mit denselben gewann, als dieß durch die Berichte der Behörden oder durch flüchtige Audienzen jemals hätte geschehen können.

Nicht ohne Nutzen waren in dieser Beziehung auch die ziemlich häufigen Ausflüge, welche Maria Theresia von Schönbrunn oder Laxenburg aus nach ihren eigenen Lustschlössern oder denjenigen hervorragender Mitglieder des Adels unternahm. Schloßhof und Holitsch sind zu den ersteren, Kittsee und Esterhaz, welche dem Fürsten Esterhazy, Trauttmansdorf, das dem Feldmarschall Batthyany, und Goldegg, welches dem Fürsten Trautson gehörte, zu den letzteren zu rechnen. In viel größerer Entfernung war Austerlitz, wo der Kaiser, die Kaiserin und Erzherzog Joseph im Jahre 1755 den Grafen Kaunitz besuchten. Dem Grafen Khevenhüller verdanken

wir über diesen Ausflug einen Bericht, in welchem des Hausherrn und der Vorkehrungen, die er zur Unterhaltung seiner erlauchten Gäste getroffen hatte, nicht eben in schmeichelhafter Weise gedacht wird [175]).

Khevenhüller ist es auch, welcher von einigen der größeren Reisen erzählt, die Maria Theresia freilich nicht häufig unternahm. Seit sie im Jahre 1745 der Krönung ihres Gemals in Frankfurt beigewohnt hatte, ging sie nur nach Böhmen und Mähren, um die Truppen in ihren Lagern zu besuchen, im Jahre 1751 aber, während sie in Preßburg dem Landtage beiwohnte, von da nach Ofen und Pest. Im Jahre 1754 begab sich die Kaiserin neuerdings nach Böhmen, um das Lager bei Prag zu besuchen und die Grundsteinlegung zu dem adeligen Damenstifte vorzunehmen. Am frühesten Morgen des 16. August brach sie von Wien auf, und wie schnell man damals fuhr, läßt sich daraus entnehmen, daß sie noch vor Abend in Iglau eintraf, welches bekanntlich über zwanzig Meilen von der Hauptstadt entfernt ist. Zu Neuhof, einem Schlosse Batthyany's, verweilte sie durch mehrere Tage, um die Uebungen der Truppen, welche unfern davon in einem Lager versammelt waren, mit anzusehen. Am 24. August ging sie nach Prag, wo sie bis zum 3. September verweilte, wahrhaft umdrängt von Leuten, welche sich darnach sehnten, mit ihr in Berührung zu kommen. Auch von Prag aus machte sie Ausflüge und Besuche, so bei Wrtby in Nußl, bei Czernin in Winarz, bei Gallas in Kletzaw, bei Buquoy in Kundratitz. Graf Rudolph Chotek aber durfte die Kaiserin in Auholitz bewirthen, wo sie sogar zwei Tage blieb.

Am 2. September, dem Tage vor der Abreise von Prag, erfolgte die Grundsteinlegung zu dem Damenstifte, welches von Maria Theresia gegründet worden war. Freilich war diese Feier mehr eine Formsache, denn das Gebäude, zu welchem der Grundstein gelegt werden sollte, stand schon lang, und nur seine innere Einrichtung war noch nicht fertig [176]). Am folgenden Tage wurde die Rückreise angetreten. Ueber Mährisch-Trübau ging sie nach Olmütz, wo der Hof vier Tage verweilte. In Holitsch aber blieb er mehrere Wochen; der Kaiser verbrachte sie größtentheils mit der Jagd und seine Gemalin mit den Geschäften, welchen sie in gewohnter Rastlosigkeit oblag.

Kaiser Franz, um neun Jahre älter als Maria Theresia, vollendete kurz nach Abschluß des Aachner Friedens sein vierzigstes Lebensjahr. Er war eher unter der Mittelgröße, doch gut und kräftig gebaut. Seine Gesichtszüge waren regelmäßig, die Augen schön und von noch dunklerem Blau als diejenigen seiner Gemalin, Nase und Mund wohl geformt, das Lächeln angenehm und die Hautfarbe frisch. Der Eindruck, welchen sein Aeußeres hervorbrachte, hätte somit ein sehr gewinnender sein müssen, wenn er, ein Feind jedes Zwanges, sich nicht allzu sehr vernachlässigt hätte. Den Ausdruck seines Gesichtes verunstaltete er durch die Grimassen, die er sich angewöhnt hatte; Haltung und Gang waren vorgebeugt, seine Manieren aber so ungezwungen, daß er darin manchmal zu weit ging und theilweise selbst daran Schuld trug, wenn man es ihm gegenüber an der ihm gebührenden Ehrfurcht fehlen ließ. Er haßte die Etiquette und suchte dieselbe immer mehr zu beschränken. Darum trug er nur ungern das damals noch vorgeschriebene spanische Mantelkleid, sondern bediente sich mit Vorliebe prunkloser Gewänder. Einfachheit und Bescheidenheit waren überhaupt die eigentlichen Kennzeichen seines ganzen Wesens, wozu freilich auch sein Hang zur Bequemlichkeit nicht wenig beitrug. Der letztere trat bei Allem, was er that, oder besser gesagt, oft unterließ, sichtlich zu Tage. So setzte er sich einmal bei einer der Festlichkeiten des Hofes auf einen Stuhl in einen Winkel des Saales. Zu zwei Damen, welche sich dort befanden und sich erheben wollten, sagte er: „Achten Sie nicht auf mich, ich will hier warten, bis der „Hof sich entfernt. Der Hof," setzte er dann erläuternd hinzu, „sind „die Kaiserin und meine Kinder, ich bin hier nur ein einfacher Privat„mann" [177]).

Obgleich der Kaiser einen klaren Verstand und ein gutes Gedächtniß besaß, so liebte er doch die Arbeit nicht und suchte sich derselben möglichst zu entziehen. Obwohl ihm alle Geschäfte von Wichtigkeit mitgetheilt wurden, stellte er doch die eigentliche Entscheidung immer seiner Gemalin anheim. Nur in das Kriegswesen und mehr noch in die Handels- und Finanzangelegenheiten griff er selbstständig ein; insbesondere in den letzteren wurden seine Ansichten gern von Maria Theresia gehört und befolgt. Denn sie wäre glücklich gewesen, wenn sie den Haushalt

des Staates eben so vortheilhaft zu gestalten vermocht hätte, wie ihr Gemal dieß hinsichtlich seines Privatvermögens verstand.

Neben seinen Beschäftigungen mit Finanzangelegenheiten widmete der Kaiser seinen wissenschaftlichen Liebhabereien nicht wenig Zeit. Nicht daß er für die höheren Standpunkte der Wissenschaft, ihre erhabenen geistigen Zwecke gerade viel Sinn oder Verständniß gehabt hätte. Aber es freute ihn, Sammlungen anzulegen von Münzen und Medaillen, von werthvollen Steinen, von mechanischen Apparaten; er kann der Gründer des großartigen Naturaliencabinetes genannt werden, welches das Kaiserhaus besitzt. Er kaufte die berühmte Mineraliensammlung des Chevalier de Baillou und besaß eine reiche Sammlung von Goldmünzen und Medaillen. Ja man behauptete von ihm, daß er mit Alchymie sich befasse, daß er Goldmacherei treibe, nach dem Stein der Weisen suche und mit Hülfe von Brenngläsern aus kleinen Diamanten einen großen zu machen sich bemühe. Hauptsächlich war es der gelehrte Director des Münzcabinetes, Valentin Duval, welcher aus Lothringen nach Toscana und im Jahre 1748 von da nach Wien übersiedelte, dessen Umgang er liebte. Der Kaiser trug Sorge dafür, daß unfern von seinen eigenen Gemächern in der Hofburg Duval eine Wohnung eingeräumt wurde, um häufig und ungestört mit ihm verkehren zu können.

Außer Duval waren noch der kunstsinnige Generaldirector der kaiserlichen Schatzkammer und Gemäldegalerie, Joseph de France [178]), der Director des physikalisch-mathematischen Cabinetes, Abbé Marcy, endlich der berühmte Mechaniker und Director des Mineraliencabinetes, Johann von Baillou [179]) bei dem Kaiser besonders in Gunst. Das zuletzt genannte Institut verwahrt noch heute ein Bildniß, daß ihn, umgeben von Duval, van Swieten, Baillou und Marcy zeigt.

Ueberhaupt verkehrte der Kaiser am liebsten mit den Männern, die ihm aus Lothringen nach Oesterreich gefolgt waren. Unter ihnen befand sich in erster Reihe sein ehemaliger Erzieher, der hochgeachtete Freiherr von Pfütschner, der mit dem Range eines geheimen Rathes gewisser Maßen die Stelle eines Hausministers bei dem Kaiser bekleidete. In

großem Ansehen stand auch Toussaint, der Zahlmeister des Kaisers, von dem man jedoch behauptete, daß er mit dem Gelde seines Herrn zu seinem eigenen Vortheil speculire. Hieher gehören auch der Oberst Rosieres, welcher wegen eines Zwiespaltes mit der Kaiserin nach seinem Vaterlande zurückkehrte, und der Irländer Ogara, der sich seit langer Zeit schon im Dienste des Hauses Lothringen befand. Diese und ähnliche Männer waren ihm auch die willkommensten Genossen beim Spiel und bei der Jagd, denn diesen beiden Zerstreuungen widmete er einen wohl allzu großen Theil seiner Zeit [180]). Man weiß, wie insbesondere die letztere seit Menschengedenken die vorherrschende Leidenschaft fürstlicher Personen geworden war, wie sie nicht selten die Ursache ward der Vernachlässigung der wichtigsten Pflichten von Seite der Regenten, wie viel Seufzer und Geld sie den Völkern gekostet hat. Das war nun allerdings nicht in Bezug auf Franz von Lothringen der Fall, aber man warf ihm doch, sei es mit Recht oder Unrecht vor, daß er im Jahre 1742, als er in Böhmen commandirte, seine Aufmerksamkeit mehr dem reichen Wildstande des Landes als den Truppen und Kriegsunternehmungen zugewendet habe. Mehr als zehn Jahre später, im Jahre 1753 durchzog der Kaiser ganz Böhmen und Mähren mit seiner Jagd, und als ob dieß ein Gegenstand des Triumphes wäre, wurden ganz unglaubliche Mengen von Wild verzeichnet, welche dabei erlegt wurden [181]). Große Jagden veranstaltete er auf seinen Schlössern zu Holitsch in Mähren, zu Eckartsau und Schloßhof in Niederösterreich, welch letzteres Maria Theresia von dem Prinzen von Sachsen-Hildburgshausen gekauft und ihrem Gemal geschenkt hatte. In Laxenburg ritt er fast täglich zur Reiherbeitze, zur großen Unzufriedenheit vieler Hofherren, welche diese angestrengten Ritte ermüdeten.

Nebst der Jagd war es das Spiel, wofür der Kaiser sich am meisten interessirte. Würfel und Pharao spielte er hoch; außer seiner gewöhnlichen Umgebung nahmen zwei piemontesische Grafen Guasco, welche im österreichischen Kriegsdienste standen, Theil an diesen Partien. In Gemeinschaft mit Anderen hielten sie gewöhnlich die Bank und gewannen viel Geld; im Jahre 1754 verlor der Kaiser über zehntausend Ducaten. Niedriger spielte man Billard, was gewöhnlich

nach dem Mittagsessen an die Reihe kam. Auch das Ballspiel wurde von dem Kaiser mit Eifer betrieben. Und mit Vorliebe besuchte er das Theater, in welchem er fast jeden Abend zu sehen war.

Im Essen und Trinken war der Kaiser mäßig, Wein nahm er fast nie. Den Verkehr mit Frauen liebte er sehr, und Abends nach dem Theater war er fast täglich ein Gast der Obersthofmeisterin seiner Gemalin, der Gräfin Marie Karoline von Fuchs. Diese damals schon hochbejahrte Frau, aus dem nun ausgestorbenen Geschlechte der Grafen von Mollart, war in ihrer Jugend Hofdame bei der Erzherzogin Marianne, der zweitgebornen Tochter des Kaisers Leopold I. Als die Erzherzogin nach Portugal vermählt wurde, durfte die Gräfin Mollart sie nicht dorthin begleiten, da man bei deren Vorliebe für sie einen übergroßen Einfluß der Gräfin besorgte. Im Jahre 1710 mit dem Grafen Christoph von Fuchs, würzburgischem Gesandten am Kaiserhofe vermält, und neun Jahre später verwitwet, wurde sie zur Aja der Erzherzoginnen Maria Theresia und Marianne ernannt. Als solche war die Gräfin Fuchs die eifrige Begünstigerin des Liebesverhältnisses der älteren Erzherzogin mit Franz Stephan von Lothringen, und dafür hat ihr dieser bis an das Ende ihres Lebens die dankbarste Anhänglichkeit bewahrt. Fortan war sie seine Vertraute und die Vermittlerin bei den kleinen Zwistigkeiten mit seiner Gemalin, die in der langen Zeit seines Ehebundes doch manchmal eintraten. Von großer Bedeutung waren sie freilich nicht, und alle Berichte stimmen darin überein, daß wenige Privatleute in so inniger Eintracht lebten, wie der Kaiser und die Kaiserin [182]). Aber die Vorliebe des Ersteren für weiblichen Umgang, und der Hang der Kaiserin zur Eifersucht, verbunden mit ihrem ohnedieß herrischen und leidenschaftlichen Wesen gaben doch manchmal Anlaß zum Streite, bei dem immer wieder der Kaiser es war, welcher treu der stets sich gleichbleibenden Sanftmuth und Liebenswürdigkeit seines Charakters, zuerst zur Versöhnung die Hand bot.

In derlei Dingen nun leistete die Gräfin Fuchs ihm die trefflichsten Dienste und darum fühlte er sich fast nirgends so heimisch als in ihrer Gesellschaft und der ihrer Töchter, von denen die eine, Josepha, in erster Ehe mit dem Reichshofrath Grafen Johann Anton von Nostitz,

seit 1745 aber mit dem nachmaligen Feldmarschall, Grafen Leopold Daun vermält war. Die zweite, Ernestine Antonie, war die Gemalin des Hofmusikdirectors Grafen Adam Philipp von Losy. Außer diesen Damen verkehrte der Kaiser noch mit Vorliebe mit der Fürstin Maria Anna Josepha von Dietrichstein aus dem Hause Khevenhüller [183]), und mit der Gräfin Marie Gabriele Colloredo, Gemalin des Reichsvicekanzlers Rudolph Colloredo und Tochter des hochverdienten Staatsministers Gundacker Starhemberg [184]).

Gefährlicher als diese beiden schon etwas ältlichen Frauen mag ihm jedoch, wie es scheint, die Gräfin Johanna Tarouca, geborne Herzogin von Holstein-Beck [185]), die Hofdame Marianne Gräfin Palffy, später vermälte Gräfin Canal, und am meisten die Tochter seines Erziehers, des Feldmarschalls Grafen Neipperg, jene wunderbar schöne Wilhelmine gewesen sein, welche, kaum siebzehnjährig, im Jahre 1755 mit einem der bevorzugtesten Jagd- und Spielgenossen des Kaisers, Hans Adam von Auersperg vermählt wurde, den Franz erst im Jahre 1746 zum Reichsfürsten gemacht hatte.

Aber bei all dieser Lust zum Vergnügen, zur Jagd und zum Spiel, zur Gesellschaft der Frauen, bewahrte der Kaiser doch immer das schlichte und einfache Wesen, welches ihn so recht kennzeichnete. Man sah wohl, daß er all diese Dinge nicht mit Leidenschaft, die seinem Charakter überhaupt fremd war, sondern als Zeitvertreib übte. Denn weniger noch als die österreichischen Staatsgeschäfte nahmen ihn diejenigen des deutschen Reiches in Anspruch. Schon vor ihm, unter seinem schwachen Vorgänger Karl VII. hatte die Kaisergewalt die spärlichen Ueberreste der Macht verloren, welche die letzten Habsburger noch besaßen. Und Franz von Lothringen war nicht der Mann, auch nur darnach zu streben, ihr einen Theil des früheren Ansehens wieder zu gewinnen. „In oftmaligem und ungezwungenem Gespräche „mit ihm," sagt Sir Charles Hanbury Williams, „konnte ich mich „davon überzeugen, daß er geeigneter zu dem sei, wozu die Geburt, „als wozu das Glück ihn gemacht hat. Schon die Natur bestimmte „ihn, Herzog von Lothringen, nicht aber Kaiser von Deutschland zu „sein. Drückend lastet seine Würde auf ihm, und er fühlt sich unbe-

„haglich bei den ihm in Gemäßheit derselben widerfahrenden Ehren-„bezeugungen. Nichts ist weniger vereinbar mit seinem ganzen Wesen „als die habsburgische Etiquette. Er leidet unter all den Processionen „und Ceremonien, welche an diesem Hofe so häufig sind. Aber er ist „glücklich, wenn er ganz unbeachtet die Hofburg verlassen und sich ohne „alle Dienerschaft auf den Wällen der Stadt mit seiner Schwester „oder einem seiner bevorzugten Gesellschafter ergehen kann."

Diese Schwester des Kaisers war die Prinzessin Charlotte von Lothringen, um sechs Jahre jünger als er und unvermält. Sie war eine lange, hagere Gestalt, von ziemlich regelmäßigen, aber doch nicht einnehmenden Gesichtszügen. Man versicherte, daß sie einmal schön gewesen sei, und wirklich glich sie ihrem Bruder sehr, aber die Blattern hatten ihre Züge in einer Weise verändert, die ihnen nicht zum Vortheil gereichte. Hauptsächlich aber war es eine gewisse Männlichkeit in ihrer Erscheinung, welche gegen sie einnahm und zu ihrer sonstigen Schüchternheit und Verlegenheit in seltsamem Gegensatze stand. Man behauptete zwar, dem sei nicht immer so gewesen und die Prinzessin habe in ihrer Jugend, die sie in ihrer Heimat verlebte, sich heiter und fröhlich gezeigt, am Hofe zu Wien aber fühle sie sich keineswegs glücklich. So lebhaft sei ihre Sehnsucht nach Lothringen, daß sie einmal sich äußerte, sie wäre gleich dazu bereit, dorthin als Pilgerin mit bloßen Füßen zu wandern [186]). Wer den verzweiflungsvollen Schmerz sich in's Gedächtniß zurückruft, mit welchem die Abtretung Lothringens die Witwe des Herzogs Leopold erfüllte, wer an die Thränen und das Wehklagen denkt, mit dem sie und ihre Töchter Nancy verließen, wer an die Entrüstung sich erinnert, mit welcher die Herzogin das Anerbieten zurückwies, auf österreichischem Boden ihren Aufenthalt zu nehmen, der wird es nur begreiflich finden, daß ähnliche Gefühle fortlebten in dem Gemüthe der Prinzessin Charlotte. So sehr sie auch ihrem Bruder, dem Kaiser anhänglich gesinnt war, und mit so großer Auszeichnung man sie am Wiener Hofe behandelte, so wurde sie doch niemals heimisch daselbst. Und als endlich ihre Nichten, die Töchter des Kaisers nach und nach heranwuchsen, da erklärte sie im Jahre 1753, es sei ihr ein allzu peinliches und demüthigendes Gefühl,

mit ihrer großen Gestalt und in einem Alter von fast vierzig Jahren den jungen Erzherzoginnen nachgehen zu müssen. Auch fühle sie, daß sie mit herannahendem Alter immer mehr der Ruhe bedürfe. Endlich müsse sie befürchten, bei der mehr und mehr anwachsenden Anzahl der Kinder des Kaisers am Hofe ungelegen zu sein. Sie habe sich daher entschlossen, denselben für immer zu verlassen [187]).

Der Kaiser war von dieser Erklärung der Prinzessin peinlich berührt. Sie war ja die einzige seiner Schwestern, die sich noch am Leben befand. Er liebte sie aufrichtig [188]) und war an das stete Zusammenleben mit ihr seit langer Zeit gewöhnt. Er bemühte sich eifrig, sie in ihrem Entschlusse wankend zu machen, und wurde auch in diesem Bestreben von seiner Gemalin unterstützt. Da aber jede Gegenvorstellung fruchtlos blieb, so trachtete die Kaiserin wenigstens ihr eine angenehme Lage zu bereiten. Als Herrin der Niederlande war Maria Theresia das Oberhaupt des adeligen Damenstiftes zu Mons. Sie ernannte nun die Prinzessin Charlotte zu ihrer Repräsentantin daselbst und überließ ihr die Einkünfte einer Vorsteherin des Stiftes. Im Jahre 1754, als das kaiserliche Ehepaar nach Böhmen reiste, folgte ihm die Prinzessin Charlotte nach Prag und begab sich von dort nach den Niederlanden. Doch kam sie in späterer Zeit noch zu wiederholten Malen auf Besuch nach Wien.

Dort, wo von dem Familienleben Maria Theresia's die Rede ist, kann füglich eine Hauptperson in demselben, die Mutter der Kaiserin nicht übergangen werden. Wer erinnert sich nicht an jene gepriesene Elisabeth von Braunschweig, die im Jahre 1708 nach Spanien gesandt wurde, um sich mit dem Erzherzoge Karl zu vermälen? Wer gedenkt nicht der enthusiastischen Schilderung, welche acht Jahre später Lady Montague von ihrer unerreichten Schönheit entwarf [189])? Davon war freilich nur wenig mehr übrig als die Größe der Gestalt, die Regelmäßigkeit der Gesichtszüge und die vollendete Form der Hände, aber das Alter und eine ungewöhnliche krankhafte Beleibtheit hatten den Reiz ihrer Erscheinung völlig verwischt. Auch litt Elisabeth an einer Art heftigen Rothlaufes, den sie sich als stete Begleiterin ihres Gemals auf seinen Jagden zugezogen und damals nicht gehörig beachtet

hatte [190]); jetzt aber war er unheilbar geworden. Dennoch bewahrte sie ihre heitere Laune und die Annehmlichkeit ihrer Umgangsweise. Obwohl sie als die Repräsentantin einer entschwundenen Zeit galt und man von ihr behauptete, sie pflege mit Vorliebe die Erinnerungen an die frühere Größe des habsburgischen Hauses, so fügte sie sich doch ergeben in dasjenige, was sie nicht zu ändern vermochte, und verhielt sich nicht feindselig gegen die neuen Verhältnisse und die neuen Personen. Für alle war sie wohlwollend und zuvorkommend und an ihrer Tochter hing sie mit zärtlicher Liebe, welche Maria Theresia mit gleicher Anhänglichkeit erwiederte. Aber in Staatssachen zog doch die Kaiserin ihre Mutter niemals zu Rathe, und daher war es wohl für Maria Theresia persönlich ein großer Verlust, blieb jedoch ohne allen Einfluß auf die öffentlichen Geschäfte, als am 21. December 1750 die Kaiserin Elisabeth starb, von ihrer Tochter und den Kindern derselben aufs tiefste betrauert [191]).

In diesen Kindern suchte und fand Maria Theresia ihren besten Trost, ihre herrlichste Freude. In der Zeit, welche dem siebenjährigen Kriege vorherging, hatte sie deren nicht weniger als fünfzehn geboren, das jüngste und sechzehnte, der Erzherzog Maximilian, kam erst nach Ausbruch des Krieges, am 8. December 1756 zur Welt. Das älteste, die Erzherzogin Elisabeth, war schon im dritten Lebensjahre gestorben und Maria Theresia durch den Tod dieses Kindes, an dem sie mit ganzer Seele hing, aufs schmerzlichste berührt worden. Auch bei ihrem Gemal war dieß in nicht geringerem Grade der Fall, und es kann keinen besseren Beweis dafür geben, welch vortrefflicher Vater er war, als wenn man die von ihm selbst herrührenden Aufzeichnungen über die kurze Krankheit und den raschen Tod dieses Kindes liest. Nach seinem eigenen Hinscheiden wurden sie gefunden, und Maria Theresia überschrieb sie mit den Worten: „Alles von der Hand dieses anbetungs„würdigen Gatten."

Auch die drittgeborne Erzherzogin, Marie Caroline, starb ein Jahr, und eine zweite Caroline, die im Jahre 1748 zur Welt kam, wenige Stunden nach ihrer Geburt. Alle übrigen Kinder des kaiserlichen Ehepaares, dreizehn an der Zahl, gelangten über die Jahre der frühesten

Kindheit hinaus, wenn auch noch drei von ihnen, Erzherzog Karl, dann die Erzherzoginnen Johanna und Josepha in der Jugend starben. Zehn Kinder aber haben ihre Eltern überlebt.

Selbstverständlich sollen hier einstweilen nur die ältesten Sprößlinge des Ehebundes zwischen Franz und Maria Theresia in's Auge gefaßt werden.

Die Erzherzogin Marianne war im Jahre 1738 geboren, und Podewils nennt sie neun Jahre später ziemlich groß für ihr Alter und auch hübsch, aber doch weniger als ihre Geschwister. Nach seinem Zeugnisse ließ sie viel Verstand und Urtheilskraft wahrnehmen, aber er sagt uns nichts darüber, daß sie von äußerst schwächlicher Gesundheit, ja wie es scheint, arg verwachsen war. „Ich habe gehört", schrieb Maria Theresia am 15. September 1744 an den Hofrath von Doblhoff, „ihr „gehet morgen auf Zell; ich recommandire euch meine älteste Tochter in „euer Gebet, indessen sie, bis ich alldorten hinkommen kann, aufzuopfern, „eine neuntägige Andacht in meinem Namen für selbe zu begehren, „dann kein Bedenken habe, daß man es weiß; indessen zahlt für mich, „wenn arme Leute dazu oder Messen zu geben wären. Ich habe sie „zwar wie alles übrige Gott völlig geschenkt, nichts destoweniger kommt „es mich gleichwohl sehr schwer an, denn die Größte und viel versprochen" [192]).

Die hier ausgedrückte Besorgniß Maria Theresia's ging wohl nicht in Erfüllung und die Tochter blieb ihr am Leben, aber man kann wohl sagen an welchem Leben! Denn es geschieht ihrer nicht leicht anders Erwähnung, als wenn von neuen Leiden, von neuer Erkrankung die Rede ist [193]). Dieser Zustand der Erzherzogin, den kein Heilmittel zu ändern vermochte, verursachte den Eltern vielfachen Kummer. Noch dreißig Jahre später, in ihrem letzten Briefe an ihre Tochter Marie Antoinette gibt ihm die Kaiserin schmerzlichen Ausdruck [194]). Doch wurde sie von der Erzherzogin überlebt, welche bekanntlich erst im Jahre 1789 zu Klagenfurt starb.

Weit glücklicher von der Natur bedacht, war die jüngere Schwester, die Erzherzogin Marie Christine, oder besser gesagt, die Erzherzogin Marie,

denn nur mit diesem einzigen Namen wurde sie in ihrer Familie und in der Bevölkerung genannt. Es ist lediglich ein Akt der Willkür späterer Schriftsteller, wenn sie den gewöhnlicheren Namen Marie mit dem ihnen vielleicht anspruchsvoller scheinenden Christine vertauschten. Damals aber war die Erzherzogin Marie, wie wir, den alten Gebrauch in sein Recht wieder einsetzend, sie fortan nennen wollen, nach dem Zeugnisse des preußischen Gesandten Podewils ein sehr niedliches Mädchen, das viele geistige Anlagen verrieth. Als eine Eigenthümlichkeit wird die besondere Vorliebe der Erzherzogin für das Französische hervorgehoben, und sie wollte nicht, daß man anders als in dieser Sprache mit ihr verkehre. Mehr weiß unser Berichterstatter von der Erzherzogin, welche damals erst fünf Jahre zählte, natürlich nicht zu melden. Um so reichlicher sind seine Mittheilungen über deren älteren Bruder, den Erzherzog Joseph, welcher schon als Thronerbe die allgemeine Aufmerksamkeit in erhöhtem Grade auf sich zog. Aber nicht Podewils, sondern der venetianische Botschafter Marco Contarini ist es, welchem wir die ersten Nachrichten über Joseph verdanken. An dem damals fünfjährigen Knaben glaubt er die günstigsten Anzeichen zu entdecken, daß er dereinst ein Fürst sein werde von vielem Verstande und wohl bewandert in der Kenntniß der Wissenschaften, der Kriegskunst und der Sprachen. „Es ist dieß", so lauten die Worte Contarini's, „eine „Folge der eigenthümlichen Erziehung, welche als Grundsatz einer „ererbten Etiquette in dem Hause Oesterreich beobachtet wird, und die „je nach Rang und Glücksgütern in allen Familien von Wien und „Deutschland Eingang gefunden hat, so daß dadurch die erfreulichsten „Wirkungen für den Dienst des Staates, die Ehre der einzelnen Städte „und den Verkehr der Menschen untereinander erzielt werden" [195]).

Weit ausführlicher, wenn gleich nicht so günstig für die Erziehung, die man dem Erzherzoge gab, ist die Mittheilung des Grafen Podewils über Joseph. Ihm zufolge war der damals sechsjährige Prinz nicht groß für sein Alter, aber gut gebaut, ja schön zu nennen. Seine Augen glichen denen seiner Mutter, seine übrigen Gesichtszüge aber denen des Vaters. „Seine Physiognomie ist angenehm", fährt Podewils fort, „seine Miene aber stolz und hochmüthig, sein

„Benehmen deßgleichen. Weit davon entfernt, ihn darüber zur Rechen-„schaft zu ziehen, bestärkt man ihn vielmehr darin und erzieht ihn in „den alten hochfahrenden Grundsätzen des Hauses Oesterreich. Er sagt „zu allen Menschen Du, obwohl der Kaiser selbst sie in der dritten „Person anspricht, übrigens redet er sie selten an, und nur die Personen „von einem gewissen Range, so wie die Damen beehrt er mit seinem „Gespräche. Schon hat er die höchste Idee von seiner Stellung, und „es ist noch nicht lange her, daß er Jemanden sagte, er sei in seine „Ungnade gefallen. Aller Welt und selbst den Damen reicht er die „Hand zum Kusse. Man hat mich versichert, daß er eines Tages, als „er sich in einem mit den Bildnissen seiner Ahnen geschmückten Raume „befand, die Namen der verschiedenen Kaiser und Kaiserinnen genannt, „dann aber, auf die Bildnisse seiner Eltern deutend, gesagt habe, diese „seien nur ein Herzog und eine Herzogin von Lothringen. Der Kaiser „bemüht sich wahrhaft, ihm diese hochmüthige Denkungsweise zu be-„nehmen, aber außer dem, daß er ihn allzusehr liebt, um mit Strenge „wider ihn zu verfahren, vereinigt sich alle Welt, ihn darin zu bestärken."

„Der Prinz ist starrsinnig und hartnäckig, und er läßt sich lieber „einsperren und zum Fasten verurtheilen, als daß er sich herbeiließe „um Verzeihung zu bitten. Die übertriebene Liebe, welche der Kaiser „und die Kaiserin für ihn hegen, hindert sie, ihn tüchtig für einen Fehler „zu strafen, welcher seiner Zeit von nur allzu großem Einflusse auf „seinen Charakter sein wird."

„Er liebt nichts als das Militär und schätzt nur, was mit dem-„selben zusammenhängt, so daß er fast nur an Offiziere und deren „Frauen das Wort richtet. Er zeigt keine Neigung zum Lernen, und „man wird Mühe haben, ihm nur die gewöhnlichsten Dinge beizubringen, „die er wissen muß, wenn er sich dessen nicht schämen soll."

„Man flößt ihm großen Widerwillen gegen Frankreich ein, und „er eignet sich ihn so sehr an, daß er sich weigert, das Französische zu „erlernen, das er niemals spricht. Um es ihn zu lehren, unterrichtet „man in seiner Gegenwart einen Knaben seines Alters in dieser Sprache. „Der Kaiser mißbilligt sehr, daß man ihm diese Grundsätze beibringt,

„aber er ist nicht der Herr und wagt zu wenig mit seinem Tadel her-„vorzutreten, um nicht dem Gedanken Nahrung zu geben, den man „ohnedieß schon hegt, daß er selbst die Franzosen nicht genug hasse. „Man hat nicht gehört, daß man dem Erzherzoge Abneigung wider „den König von Preußen einflöße oder er solche zeige."

„Er ist freigebig. Als im vergangenen Jahre die Kaiserin in „Schönbrunn beim Spiele saß, nahm er ihr oft Geld, um es unter „arme Offiziere und Soldaten zu vertheilen."

„Bis jetzt ist es schwer zu entscheiden, ob er viel Verstand hat, „und ich zweifle, daß er jemals ein großes Genie sein wird. Alle Züge, „die man von ihm wieder erzählt und bewundert, zeigen nur wenig „Einbildungskraft und weder Scharfsinn noch glückliche Verbindung der „Ideen. Nur eine einzige Antwort, die er dem Grafen Woronzow „ertheilte, könnte man so nennen, aber man versichert, daß sie ihm an „die Hand gegeben wurde. Als dieser Minister von der Länge des „Weges von Petersburg nach Wien sprach, antwortete ihm der Erz-„herzog: Der Weg muß wohl weit sein, denn schon vor langer Zeit „habe ich gehört, daß Ihre Truppen marschiren, und sie sind noch „immer nicht angelangt."

„Die schlechte Erziehung, welche der Erzherzog erhält, und die „allzu weitgetriebene Zärtlichkeit seiner Eltern lassen nicht darauf hoffen, „daß er jemals ein großer Fürst werden wird. Indem die Kaiserin „die Art und Weise mißbilligt, in welcher ihre Vorfahren erzogen „wurden, verfolgt sie bei der Erziehung ihrer Kinder, und insbesondere „ihres ältesten Sohnes doch nur den gleichen Weg."

„Sie vergöttert", so sagt Podewils an einer anderen Stelle von Maria Theresia, „den Erzherzog Joseph, und sie läßt ihm viele Fehler „hingehen, um derentwillen sie ihn strafen sollte. Doch gibt sie sich „manchmal das Ansehen einer gewissen Strenge gegen ihn, und sie „behauptet ihn nicht zu verziehen. Eines Tages befahl sie, ihm die „Ruthe zu geben. Und als man ihr vorstellte, daß dieß noch niemals „einem Erzherzog widerfahren sei, da antwortete sie: Ich glaube es, „aber sie sind auch darnach ausgefallen" [196]).

Absichtlich wurde dieses wenig günstige Urtheil eines hervorragenden Zeitgenossen über Josephs Erziehung hier unverkürzt wiedergegeben. Aber es scheint doch, daß demselben entweder eine allzu parteiische Auffassung zu Grunde liegt, oder daß, wenn die Sache sich wirklich so verhielt, das nicht eben vernünftige Verfahren, welches Podewils uns schildert, sich nur auf die Kinderjahre des Erzherzogs beschränkte. Damals befand er sich selbstverständlich ausschließlich in den Händen der Frauen. Die Gräfin Bernes war die erste Aja des Knaben, die Gräfin Katharina von Saurau ihre unmittelbare Nachfolgerin. Ausführliche Instructionen über die Art, wie sie ihr Amt zu verwalten hatten, wurden ihnen von der Kaiserin gegeben.

Selbstverständlich war die Richtschnur, welche Maria Theresia den Frauen ertheilte, denen sie die Obsorge für ihre Kinder während deren frühester Jugend übertrug, bei allen die gleiche. Es war ihnen die unbeschränkte Freiheit gegeben, nach Gutdünken zu schalten und zu walten, nur in Bezug auf die Gesundheit der Kinder durften sie nicht das Geringste aus eigener Machtvollkommenheit thun, sondern sie hatten stets auf's pünktlichste die Anordnungen van Swietens zu befolgen. Von Allem, was vorkam, auch der kleinsten Veränderung oder Verletzung bei Tag oder bei Nacht wollte die Kaiserin allsogleich in Kenntniß gesetzt sein. „Man fürchte ja nicht", erklärte sie, „mich durch eine „unangenehme Nachricht zu erschrecken, denn ich habe mich daran ge„wöhnt, jederzeit auf alle Ereignisse vorbereitet zu sein, wie sie Menschen „jeden Alters und Standes nur allzu häufig zustoßen."

Der Aja wurde zur Pflicht gemacht, sorgfältig darüber zu wachen, daß nicht eine oder die andere der Wärterinnen sich bestrebe, die Neigung des Kindes in ganz besonderem Maße auf sich zu ziehen, so daß demselben etwa beikomme, sich von den Uebrigen nicht ankleiden, an der Hand führen oder sonstige Dienste leisten zu lassen. Auf Beobachtung äußerster Reinlichkeit wurde der größte Nachdruck gelegt. Bald möge man damit beginnen, nicht jedes Begehren des Kindes zu erfüllen, und es sei ungleich besser, es einfach zurückzuweisen, als sich mißbilligend auszusprechen und es dennoch, wenn gleich widerwillig zu vollziehen. Man achte darauf, die Kinder nicht zu erschrecken, und

wenn sie sich vor etwas fürchten, ihnen den Ungrund ihrer Besorgnisse zu beweisen. Man gewöhne sie auch bei Geräusch oder bei Licht zu schlafen, verweichliche sie nicht und halte sie nicht zu warm. Man möge sie nicht zu lang am Gängelbande führen, lasse sie möglichst frei sich bewegen, und wenn sie zu reden beginnen, verstümmle man die Worte nicht unvernünftig, sondern sage ihnen deutlich vor, wie sie wirklich lauten. Auch möge man sich hüten, sie durch abgeschmackte Späße, durch Verzerrung der Gesichtszüge oder der Hände unterhalten zu wollen [197]).

Es versteht sich von selbst, daß die Frauen, welchen die Obsorge für die physische Pflege des kleinen Erzherzogs oblag, sich bemühten, um sein Herz der Frömmigkeit zugänglich zu machen, ihm wenigstens die Gebetsformeln beizubringen, zu deren richtigem Verständnisse er freilich erst später gelangen konnte. Sie arbeiteten dadurch dem ersten Lehrer des Prinzen, dem Jesuiten Pater Ignaz Höller vor, welcher noch während sich Joseph in den Händen der Frauen befand, mit der Unterrichtsertheilung in deren frühesten Stadien begann. Als Joseph das siebente Lebensjahr fast vollendet hatte, glaubte die Kaiserin ihn nicht länger unter der Obsorge der Frauen belassen zu sollen. Der Augustinerordenspriester Franz Joseph Weger wurde zu seinem Erzieher und Lehrer bestellt, und bald darauf ein eigener Hofstaat für ihn gebildet, an dessen Spitze Maria Theresia den Feldmarschall Grafen Karl Batthyany als Ajo des Erzherzogs berief.

Wir besitzen keine Kundgebung der Kaiserin über die Gründe, welche zu dieser Wahl sie bestimmten. Es wird häufig erzählt, daß sie durch dieselbe den Ungarn ein Zeichen ihrer Gnade und ihrer Dankbarkeit für den Beistand habe geben wollen, den sie ihr im Erbfolgekriege leisteten. Andere wieder meinen, nicht als Ungar, sondern als Feldmarschall sei Batthyany zu jenem wichtigen Amte erwählt worden, und nicht seinem Vaterlande, sondern der Armee habe die Auszeichnung gegolten, welche in seiner Ernennung lag. Es scheint jedoch, daß weder die eine noch die andere Anschauung richtig ist, sondern daß Maria Theresia mit Recht nur von dem Gedanken sich leiten ließ, einen Mann zu finden, dessen Eigenschaften ihr eine Bürgschaft sein sollten für die

glückliche Erfüllung der schwierigen Aufgabe, welche sie in seine Hände zu legen sich entschloß. Ob sie sich in Batthyany nicht täuschte, ist freilich eine andere Frage, und es scheint fast, daß sie, welche selbst ihren Sohn als störrisch bezeichnete und zugab, man habe ihn bisher viel zu nachsichtig behandelt, nun allzu großen Werth darauf legte, einen Mann zu finden, welcher geeignet wäre, den Starrsinn ihres Sohnes zu brechen und ihn gehorchen zu lehren, auf daß er dereinst um so weiser zu befehlen vermöge.

Die Instruction, welche die Kaiserin dem Feldmarschall zur Ausübung seines neuen Amtes ertheilte, ist sowohl um ihrer selbst willen als wegen dessen, was sie darin zur Charakteristik Josephs bemerkt, von hohem Interesse.

„Da mein Sohn," so heißt es darin, „als ein uns so lieb und „importantes Pfand mit großer Zärtlichkeit und Liebe von der Wiege „an gepflegt worden, so ist sicher, daß seinem Willen und Verlangen „in vielen Stücken zu sehr nachgegeben worden und insbesondere seine „Diener ihn sowohl durch verschiedene Schmeicheleien als unzeitige Vor„stellung seiner Hoheit verleitet haben, sich gern gehorchen und ehren „zu sehen, hingegen jeden Widerstand unangenehm, ja fast unerträglich „zu finden, sich nichts zu versagen, gegen Andere aber leichtsinnig, un„gefällig und rauh zu sein."

„Obwohl nun diese Neigungen theils durch die Sorgfalt und „die Lehren seines fleißigen Abbé in etwas corrigirt worden, mein „Sohn auch viele Anzeichen eines guten Herzens von sich gibt, so ist „doch sicher, daß seine große Lebhaftigkeit, die man ehemals nicht an „ihm vermuthete, von welcher man aber in Vielem zu seinem Besten „wird profitiren können, dermalen merklich zunimmt. Daraus entsteht „denn erstlich das heftige Verlangen, seinen Willen in allen kleinen „Gelüsten zu erfüllen, wovon er so occupirt ist, daß er die Ermahnun„gen kaum hört, sie gleich der Jugend überhaupt tausendmal vergißt „und auch oft zu dem nöthigen Fleiße nur schwer zu bringen ist, am „wenigsten aber durch die so zu sagen trockene Schärfe und Art, deren „sich die meisten Lehrer an den Schulen bedienen. Dadurch würde er

„nur in eine Langmuth verfallen, welche ihn zwar gehorchen läßt, aber „niemals reussiren macht, welches oft und vielfach probirt worden. „Durch abwechselnde Erholung aber und Anregung seines Ehrgeizes hat „er schon oft mehr geleistet, als man von ihm verlangte."

„Was in derlei Fällen und überhaupt sehr nothwendig zu beob- „achten, ist daß derjenige, von welchem er gänzlich abhängt, sich von „ihm ehren und fürchten macht; ich sage nicht auch lieben, weil dieß „zwischen meinem Sohne, der ein gutes Herz hat, und dem Batthyany „ohnedieß nicht in Zweifel zu ziehen ist. Unumgänglich ist es, daß der „Ajo das Vertrauen des Kindes besitze, dabei sich aber dessen Hoch- „achtung erwerbe."

Ueber die Art und Weise, in welcher dieses Ziel am ehesten zu erreichen sein werde, gibt nun die Kaiserin dem Grafen Batthyany eine Menge von Andeutungen. Die kleinen und stets wiederkehrenden Ausstellungen im Betragen des Erzherzogs solle er den Lehrern überlassen, sich selbst aber nur die eigentliche Leitung, die Belohnung und Bestrafung seines Zöglings vorbehalten. Dadurch werde er der Klippe entgehen, in ein allzu vertrauliches Verhältniß zu dem Knaben, ja vielleicht sogar mit ihm in Wortwechsel zu gerathen, indem der Erzherzog, dem es an Verstand nicht fehle, durch Schmeicheleien, Entschuldigungen oder heftigen Widerspruch seinen Willen werde durchzusetzen trachten. Wurde einmal mit einer Strafe gedroht, dann müsse unwiderruflich darauf beharrt und der Knabe dadurch von der Festigkeit des Ajo so sehr überzeugt werden, daß ihm auch dieses als Sporn zur Erfüllung seiner Pflicht dienen werde. Findet man in einem solchen Falle nicht nöthig, seine Entschuldigungen noch ferner zu hören, so muß ihm auch das Vorbringen derselben nicht länger gestattet, sondern von vorneherein die Versicherung gegeben werden, daß sein Stillschweigen und die darin liegende Ueberwindung seiner selbst eine Probe seiner völligen Unterwerfung und daher seine beste Entschuldigung sei. Nur aus Liebe zu ihm, aus Sorgfalt für sein künftiges Wohl und um ihn an Leib und Seele glücklich zu machen, werde sie von ihm gefordert.

Man habe an dem Knaben beobachtet, daß es ihn sehr schwer ankomme, seine Fehler zu gestehen; er schäme sich derselben und suche sie durch Ausflüchte oder abweichende Gespräche zu bemänteln. Man müsse sich daher bemühen, ihn zutraulicher zu machen, daß er mit größerer Aufrichtigkeit seine Vergehen bekenne und deren Verzeihung suche. Insbesondere sei die aus seinem aufgeweckten Verstande hervorgehende Neigung zu bekämpfen, Jedermanns äußere Gebrechen oder innere Fehler zu beobachten und darüber zu spotten, wodurch er an einer richtigen Beurtheilung der Menschen gehindert werde. Denn eine Eigenthümlichkeit in der Gestalt, der Haltung oder Sprechweise eines Menschen bringe einen solchen Eindruck auf ihn hervor, daß er dessen wahre Eigenschaften gar nicht mehr zu erkennen vermöge.

Batthyany wurde beauftragt, diejenigen Personen, welche dem Prinzen allzu sehr schmeicheln, ihm von der Hoheit seiner Geburt übertriebene Vorstellungen beibringen, Andere verspotten oder ihnen Uebles nachreden, von dem Erzherzoge zu entfernen. Er möge lernen, den wahren und soliden Werth an Jedermann zu schätzen und nicht sein Gemüth zum Nachtheil seines Nächsten zu ergötzen, „welches besonders," so heißt es wörtlich in der Instruction, „bei großen Herren zu tadeln, „denen es leicht ist, dergleichen Personen zu betrüben oder in Verle- „genheit zu bringen, da sie nicht der gleichen Mittel wider sie sich „bedienen dürfen. Sein Ehrgeiz soll darin bestehen, seiner Eltern Gnade „und Liebe durch seinen Fleiß und seine gute Aufführung zu verdienen, „die übrigen Menschen aber durch Freundlichkeiten und gütige Antwor- „ten an sich zu ziehen."

In diesen Bestimmungen bestand im Wesentlichsten die Richtschnur, welche Maria Theresia bei der Erziehung ihres ältesten Sohnes befolgt wissen wollte. Es scheint fast, daß Batthyany das, was sich auf den von der Kaiserin so sehr beklagten Eigensinn des Erzherzogs bezog, allzu sehr beachtet und es darüber versäumt habe, sich, wie Maria Theresia nicht zweifeln zu wollen erklärte, auch die Liebe seines Zöglings zu erwerben. Von einer wirklichen Neigung desselben zu Batthyany tritt nirgends etwas zu Tage, und die rauhe Strenge des Letzteren machte den Knaben nur zurückhaltender und

verschlossener als er zuvor es gewesen. Nur in einer Beziehung machte sich der Einfluß Batthyany's auf den Erzherzog, und zwar um so mehr bemerkbar, als er ohnehin schon einer Lieblingsneigung Josephs begegnete. Es war dieß seine Vorliebe für den Soldatenstand, in der ihn Batthyany immer mehr zu bestärken sich bemühte. Schon in einer Zeit war dieß der Fall, in welcher bei dem zarten Alter des Prinzen von einem Verständnisse der eigentlichen Aufgaben und Zwecke des Kriegswesens noch die Rede nicht sein konnte. Da mußte ein solches Verfahren natürlich nur die Wirkung haben, den Knaben zu verleiten, in dem äußeren Schaugepränge des Soldatenstandes etwas eben so Wichtiges als Reizvolles zu erblicken. Und es kann daher nur als eine ziemlich nichtssagende Komödie bezeichnet werden, wenn schon in seinem siebenten Lebensjahre der Prinz sein Regiment inspicirte und es bei dessen Uebungen wenigstens dem Scheine nach befehligte [198]).

Nicht viel zweckmäßiger mag es gewesen sein, daß man schon in so zartem Alter dem Prinzen eine Reihe von Kammerherren zuwies, welche ihm als Gesellschafter zu dienen hatten. Es waren dieß gleich Anfangs nicht weniger als fünf; der Marquis Emanuel von Poal, dann die Grafen Anton Salm, Georg Starhemberg, Karl Saurau und Rudolph Goeß. Bald kam noch ein sechster, Graf Ernst Guido Harrach hinzu.

Die Instruction, welche diesen Kammerherren ertheilt wurde, ist übrigens ein unwiderlegliches Zeugniß für die Sorgfalt, die man auf Alles verwandte, was auf die Erziehung Josephs sich bezog. Es wurde ihnen vorgeschrieben, in den Gesprächen mit dem Prinzen nicht nur selbst keiner unschicklichen Ausdrücke sich zu bedienen, sondern sie auch bei ihm nicht zu dulden. Jede Art von Klatscherei und Spott sollte fern bleiben und darnach getrachtet werden, die Gefühle der Güte und des Wohlwollens, des Mitleidens mit den Unglücklichen und der Liebe zum Rechte in ihm zu erwecken. Von Niemand, selbst nicht von feindlichen Mächten oder von Fürsten, zu denen man in schlechten Beziehungen stehe, solle mit Mißgunst und Erbitterung gesprochen werden [199]). Hauptsächlich sei der Prinz dazu anzuleiten, gegen Alle, mit denen er in Berührung komme, zuvorkommend zu sein und in verbindlicher Weise

mit ihnen zu reden. In Allem und Jedem möge man ihm Offenheit und Aufrichtigkeit zeigen, um diese Eigenschaften auch von seiner Seite zu wecken und zu stählen.

Von größerer Wichtigkeit noch als die Wahl der Begleiter des Erzherzogs war diejenige der Lehrer, die man ihm gab. Die erste Stelle unter ihnen nahm nach wie vor Weger ein, derselbe, dessen Maria Theresia in der Instruction an Batthyany als des „fleißigen Abbé“ erwähnt, und dessen Leistungen die Kaiserin auch sonst jederzeit mit großem Lobe gedenkt. Er hatte den Unterricht im Allgemeinen zu leiten und speciell den in der Geschichte und Geographie sowie in den fremden Sprachen zu besorgen. Das Lateinische trug dem Prinzen der Jesuit Pater Ignaz Weikard, die Mathematik der Oberstlieutenant im Geniecorps, Johann Baptist Brequin vor. Der Religionsunterricht wurde von Pater Höller ertheilt. Nebenbei wurden Musik und körperliche Uebungen, insbesondere das Tanzen und das Reiten betrieben. Auch zur Jagd führte man den Knaben, offenbar zu einer Zeit, in welcher es allzu früh für ihn war und man besser gethan hätte, ihn seine Erholung in fröhlichen Spielen mit seinen zahlreichen Geschwistern oder sonst gutgearteten Altersgenossen finden zu lassen.

Was die Eintheilung der Lehrstunden betraf, so verlegte man diejenigen, welche eine größere geistige Anstrengung erforderten, zweckmäßiger Weise auf den Morgen, die anderen auf die spätere Tageszeit. Ob man eben so klug daran that, indem man eine Lehrweise wählte, welche man gewisser Maßen die spielende nennen möchte, ist jedoch zu bezweifeln. Aber freilich befolgte man damit nur den klar ausgesprochenen Willen der Kaiserin, welcher diese Methode, die von Weger schon seit einigen Monaten probeweise angewendet worden war, ungemein zusagte. Insbesondere hielt sie dieselbe dem eigenthümlichen Wesen ihres Sohnes für angemessen, und in einer Aufzeichnung, welche wir über dieses Verfahren und die Wirkungen besitzen, die es bei dem Kronprinzen hervorbrachte, wird es als unübertrefflich gepriesen[200]). „Herr Weger,“ so heißt es wörtlich darin, „welcher bei „allen Lectionen anwesend war, that alles Mögliche, um sie dem Prin„zen angenehm zu machen. Voll steter Aufmerksamkeit auf den Geschmack

„und die Stimmung des Erzherzogs, wußte er tausend verschiedene „Wege einzuschlagen und tausend kleine Kunstgriffe anzuwenden, welche „ihn immer an's Ziel führten, so daß man wohl sagen kann, daß „während dieser ersteren Jahre die Lehrstunden für den Erzherzog mehr „eine Erheiterung als eine ernste Beschäftigung waren. Doch ist hievon „der Religionsunterricht auszunehmen, welcher ihm stets nur mit Ernst „und Würde ertheilt wurde, und bei dem man von ihm all die Auf- „merksamkeit und Ehrfurcht verlangte, welche die Sache verdient."

„In Allem was man ihn lehrte, hat man sich auf keinen ein- „zelnen Autor beschränkt, indem man sie entweder zu unklar, zu weit- „schweifig oder zu wenig eingehend fand. Jeder Lehrer bemühte sich „ihn mit dem eigentlichen Kern der Werke der ausgezeichnetsten Schrift- „steller seines Faches bekannt zu machen. Zu diesem Zwecke aber ver- „fertigte er eine eigene Zusammenstellung, welche auf das Alter und „die Befähigung des Prinzen berechnet war."

Was das Französische anging, gegen welches er in seiner frühesten Kindheit so viel Widerwillen gezeigt hatte, so wußte man ihm dadurch Interesse daran beizubringen, daß es von den Personen seiner Umgebung häufig vor ihm gesprochen wurde. Bei der leichten Fassungskraft und dem glücklichen Gedächtnisse Josephs war es natürlich, daß er selbst sich bald ziemlich geläufig in dieser Sprache auszudrücken wußte, und erst nachdem dieß der Fall war, lehrte man ihn die Anfangsgründe der Grammatik.

Viel Vorliebe zeigte der Erzherzog für das Studium der Mathe- matik. In jener Schrift, deren Ton und Inhalt freilich sich nicht fern hält von wohldienerischer Uebertreibung, wird die Behauptung auf- gestellt, daß er mit acht und neun Jahren schon ziemlich weitgehende Kenntnisse sich zu eigen gemacht habe. Freilich wird auch Oberstlieutenant Brequin ein sehr tüchtiger Lehrer, und das Werk, welches er zum Unterrichte des Kronprinzen verfaßte, ein ganz ausgezeichnetes genannt. Noch ehe er sein zehntes Lebensjahr antrat, soll Joseph schon mit allen Regeln der Arithmetik und den Anfangsgründen der Geometrie vertraut gewesen sein.

Noch größeres Interesse als für die Mathematik hegte der Prinz für das Studium der Geographie und der Geschichte. In der letzteren suchte man weniger sein Gedächtniß mit unabsehbaren Reihen von Jahreszahlen und Namen der Regenten zu belasten, sondern Weger bemühte sich, ihm die Charaktere hervorragender Personen und die Beweggründe zu großen Thaten in möglichst anregender Form zu schildern und dadurch sein Gemüth und seine Einbildungskraft mit edlen Gedanken zu erfüllen. Die Universalgeschichte von Bossuet und das Werk von Rollin waren die Bücher, welche hiebei vorzugsweise benützt wurden.

In solcher Weise wurden Erziehung und Unterricht des Kronprinzen bis ungefähr in sein elftes Jahr geleitet. Nun aber machte das Bedürfniß sich geltend, von der bisherigen Methode des bloß unterhaltenden Unterrichtes überzugehen zu der eigentlichen ernsten Arbeit des Lernens. Denn so rasch auch die Fassungskraft des Knaben und so glücklich sein Gedächtniß sein mochte, so konnte man sich doch nicht verhehlen, daß er das in der bisherigen Weise Erlernte auch schnell wieder vergaß, und daß es immer schwieriger wurde, seine Aufmerksamkeit zu fesseln und seine Gedanken auch auf dasjenige zu richten, was ihn nicht gerade unterhielt. Da Weger, von Maria Theresia aufrichtig bedauert [201]), zu jener Zeit gestorben war, trug wohl auch dieses Ereigniß dazu bei, den Anlaß zur Betretung einer neuen Bahn bei der Erziehung des Thronerben zu geben. Der Weg, der hiebei einzuschlagen war, bildete den Gegenstand einer eingehenden Berathung [202]) zwischen Batthyany und Bartenstein, welch letzterer in dieser wie überhaupt in allen Angelegenheiten von Wichtigkeit damals noch der eigentliche Vertrauensmann Maria Theresia's war.

Um so lebhafteres Interesse brachte Bartenstein dieser Aufgabe entgegen, als er von ihrer Wichtigkeit, und so viel auch von der einen oder der anderen Seite über Joseph geklagt werden mochte, doch von der Ueberzeugung durchdrungen war, daß der Erzherzog eine ganz ungewöhnliche Begabung besitze. „Mir kommt einmal vor“, schrieb Bartenstein gerade zu jener Zeit, am 13. December 1751 an die Kaiserin über ihren Sohn, „daß mehr in ihm verborgen stecke als man glaubt.

„So meine Hoffnung verdoppelt, daß sich noch wohl mit der Gnade „Gottes in Allem dürfte Rath schaffen lassen."

„Ist gewiß", antwortete hierauf eigenhändig Maria Theresia, „aber das rechte Mittel zu finden ist die Kunst; ist noch nicht gefunden „worden."

Dasselbe zu entdecken, bildete nun die Aufgabe Batthyany's und Bartensteins; nur Pater Weikard wurde noch zu der Berathung gezogen, über deren Ergebniß sich Bartenstein in einer längeren Schrift mit gewohnter Weitschweifigkeit verbreitet. Hier war die Gelegenheit dazu um so verführerischer für ihn, als er ja noch von seinem Vater her, der bekanntlich Professor in Straßburg war, besondere Vertrautheit mit dem Unterrichtswesen zu besitzen sich schmeichelte. Die einzelnen Zweige desselben werden nun mit Beziehung auf Joseph ausführlich erörtert, und die meisten Bemerkungen Bartensteins zeugen auch jetzt wieder für seine richtige Einsicht. So legt er bei Besprechung des historischen Unterrichtes den Nachdruck darauf, daß man den Prinzen weniger mit der assyrischen und persischen Geschichte, desto mehr aber mit der seines eigenen Hauses und Reiches beschäftigen möge. Es sei ungleich wichtiger für ihn, die Verträge Oesterreichs mit fremden Staaten zu kennen, als zu wissen, wie oft Rom mit Karthago Frieden geschlossen habe.

Bei dem Studium der Sprachen habe der Prinz sich weniger mit der Poesie als mit der Rhetorik zu befassen. Der Endzweck der Redekunst bestehe darin, Andere zu überreden. Um dieß zu können, müsse man jedoch nach ihrer Gesinnung und Neigung, nach ihren Leidenschaften sich richten oder dieselben zu erwecken im Stande sein. Allerdings seien die Regeln der Rhetorik in vielen Büchern enthalten; mehr als sie aber wirke das lebendige Beispiel, und darum sei der Prinz mit den vorzüglichsten Producten der Redekunst innig vertraut zu machen.

Von den juridischen Studien legt Bartenstein auf das Naturrecht und das Völkerrecht das meiste Gewicht. Das erstere begreife ja Alles in sich, „was nur immer das Band der menschlichen Gemeinschaft aus-

„macht," das letztere aber müsse fast täglich bei den Beziehungen zu den fremden Regierungen in Anwendung kommen. Um so weniger solle man ihn mit Civil- und Kirchenrecht plagen. Hinsichtlich des letzteren sei es genug, die Schranken der geistlichen und der weltlichen Gewalt mit einiger Bestimmtheit zu kennen.

Zur Erreichung erfreulicher Resultate in Erziehung und Unterricht gebe es, läßt Bartenstein sich weiter vernehmen, eigentlich nur drei Mittel, Strafe, Belohnung und Wetteifer. Er sei weit davon entfernt, die erstere gänzlich zu widerrathen. Bei dem eigenthümlichen Wesen des Prinzen wäre es ohne Zweifel ungemein schädlich, ihm nachzugeben oder sich ihm gegenüber auch nur weich finden zu lassen. Aber zwischen Schärfe und Standhaftigkeit bestehe ein großer Unterschied; niemals werde man von der Strafe eine sehr große Wirkung erwarten dürfen, und jederzeit sei sie mit der Belohnung, insbesondere dann, wenn das Uebel als tief eingewurzelt erscheine, in angemessene Abwechslung zu bringen. Am meisten lasse sich von der Anspornung des Wetteifers erwarten, und darum solle dem Erzherzog aus dem Theresianum ein passender Mitschüler beigegeben werden. Ueberhaupt wäre es zweckmäßig, ihn von Zeit zu Zeit in Gesellschaft von Personen zu bringen, an welchen er sich von den günstigen Wirkungen geistiger Ausbildung selbst überzeugen und dadurch angespornt werden könnte, sich eine solche auch wirklich anzueignen. Bartensteins Vorschläge wurden von Josephs Eltern in allen Punkten gebilligt. Der Kaiser verlangte, daß man ihm Jemand namhaft mache, welcher seinen Sohn nach den von Bartenstein angegebenen Ideen in der Geschichte zu unterrichten vermöge. Das Hauptaugenmerk sei darauf zu richten, ihm die Fehler der Regenten so wie dasjenige klar zu machen, was sie Gutes gethan, um die einen zu vermeiden und das andere nachzuahmen. Zur Erweckung des nöthigen Wetteifers seien zwei oder drei junge Leute zu bezeichnen, welche ihren Studien gemeinschaftlich mit dem Erzherzog obliegen sollten. „Es ist „aber wohl zu suchen", schreibt der Kaiser wörtlich, „daß selbe von einem „lebhaften Temperament seien, um den Sohn aus seiner Schläfrigkeit „und Indolenz herauszuziehen, und er sehen könne, wie derlei Leute „arbeiten; dieß wird nicht schwer zu finden sein" [203]).

So unzweideutig hier auch der Wille des Kaisers ausgesprochen ist, für den Erzherzog nach Bartensteins Antrag ein Paar tüchtige Studiengenossen anzuwerben, so findet sich doch keine Spur davon, ob dieser Gedanke auch wirklich in Ausführung gebracht worden sei. Wohl aber war dieß mit der andern Anordnung des Kaisers, der Bestellung eines eigenen Geschichtslehrers für Joseph der Fall. Nach Wegers Tode hatte P. Weikard auch den historischen Unterricht ertheilt; nun wurde Joseph Alois Leporini mit dieser Aufgabe betraut, Philipp La Mine aber zum Erzieher ernannt. Der letztere sollte keine spezielle Unterrichtsertheilung übernehmen, sondern dieselbe den eigens hiezu berufenen Lehrern vorbehalten werden.

Die Instruction, welche Bathyany dem neuen Erzieher des Kronprinzen ertheilte, ist auch für die Charakteristik des letzteren, obgleich eine solche darin nicht ausdrücklich gegeben wird, nicht ganz ohne Werth. „Alles hängt von der Idee ab", so heißt es darin, „welche sich der „Prinz schon in den ersten Tagen von Ihnen bildet. Wenn Sie es ver„stehen, seine Achtung zu erwerben und ihn mit der Ueberzeugung zu „durchdringen, daß Sie ihm nicht allein aufrichtig zugethan, sondern „daß Sie zugleich unerschütterlich seien in Ihren Grundsätzen, so ist zu „erwarten, daß Ihnen Ihre Aufgabe gelingt. Wenn Sie ihm hinsichtlich „seiner kleinen Eigensinnigkeiten [204]) nachgeben, wenn Sie in einmal „gefaßten Entschlüssen schwankend sich zeigen und er dadurch die Ober„hand gewinnt, dann werden Sie unfehlbar scheitern."

„Ich glaube Sie aufmerksam machen zu müssen, hinsichtlich dieses „Punktes um so mehr auf Ihrer Hut zu sein, als ich mit Bestimmtheit „weiß, daß er Sie ausholen und mit großer Feinheit alle Mittel an„wenden wird, um Sie zu ergründen. Auch muß ich hinzufügen, daß „der verstorbene Weger mehr durch Strenge und Furcht als durch „Milde auf den Erzherzog zu wirken suchte. Das aber hat die Folge „gehabt, daß die letztere bei ihm gar nicht mehr verfängt und man „nur mit der ersteren ihn im Zaume halten kann. Für einen Prinzen „von seinem Range ist dieß ein trauriger Umstand, der sich nur nach „und nach und ganz unmerklich verbessern läßt" [205]).

Es ist oft behauptet worden, daß durch die übertriebene Menge von Andachtsübungen, welche Maria Theresia von ihrem Sohne verlangte, bei ihm ein lebhaft empfundener Ueberdruß an denselben erweckt, und dadurch der erste Grund zu der antikirchlichen Stimmung gelegt worden sei, die er später bethätigte. Wenn man die Stundeneintheilung, welche dem Erzieher des Prinzen vorgezeichnet wurde, allein in's Auge faßt, so wird man sich versucht fühlen, diese Anklage für unbegründet zu halten. Allerdings hatte Joseph täglich die Messe zu hören, dem Religionsunterrichte aber begegnen wir nur dreimal in der Woche, und außer dem Morgen- und Abendgebete, zu welchem in jedem christlichen Hause die Kinder angehalten werden, findet sich nur noch um sechs Uhr Nachmittags eine halbstündige Andacht vorgezeichnet, welche dem Knaben nicht immer willkommen gewesen sein mag [206]). Aber das Meiste von demjenigen, was in dieser Richtung geschah, war nicht in der gewöhnlichen Tagesordnung enthalten, sondern wurde durch kirchliche Feste oder in ähnlicher Weise veranlaßt. So muß es wohl als ein Uebermaß des Guten bezeichnet werden, wenn in der Charwoche des Jahres 1752 der elfjährige Joseph mit seinem Vater in achtzehn verschiedenen Kirchen Wiens das heilige Grab zu besuchen ging [207]). Nur Ueberdruß oder gleichgiltige Geringschätzung konnte die Folge davon sein.

Um ein gleichartiges Verfahren in Bezug auf die Behandlung des Erzherzogs herbeizuführen, trat La Mine allwochentlich zu einer Berathung mit Batthyany und den Kammerherren zusammen, deren Anzahl man damals vernünftigerweise auf zwei verringerte. Keiner von ihnen gehörte dem Militärstande an; der Eine, der Marquis von Poal, war Mitglied des niederländischen und italienischen Rathes, der Andere, Graf Salm, im Commerzwesen angestellt. Den Eltern seines Zöglings aber hatte La Mine täglich über die kleinen Ereignisse in dem Leben desselben Bericht zu erstatten.

Was den eigentlichen Unterricht angeht, so wurden im Wesentlichen die Vorschläge befolgt, welche von Bartenstein herrührten. Noch größeren Einfluß hierauf erhielt derselbe von dem Augenblicke an, in welchem er von dem Amte eines Staatssecretärs zurücktrat. Die Muße,

über die er nun zu verfügen im Stande war, konnte er freilich nicht besser verwenden, als indem er dem Unterrichte des Thronerben seine gesteigerte Aufmerksamkeit zuwandte. Ob er gerade alle dazu nothwendigen Eigenschaften besaß, ist freilich eine andere Frage. Die wünschenswerthen Kenntnisse mangelten ihm gewiß nicht, aber die ermüdende Breite, mit welcher er Alles behandelte, war kaum geeignet, in dem äußerst talentvollen, aber leicht zerstreuten und mit tausend anderen Dingen beschäftigten Schüler die erforderliche Aufmerksamkeit für die ihm in solcher Weise vorgetragenen Lehrgegenstände zu erregen.

Die historischen Studien waren es, für welche sich Bartenstein selbst am meisten interessirte. Von ihm ging die Anregung aus, in deren Folge Leporini beauftragt wurde, für Joseph eine Zusammenstellung der Geschichte des deutschen Reiches zu verfassen. Die gleiche Arbeit, nur in geringerem Umfange, wurde Leporini auch hinsichtlich Frankreichs und Italiens übertragen. Die Geschichte Englands, Spaniens und der nordischen Reiche sollte Bourguignon übernehmen. Den Archivaren Rosenthal und Freyßleben wurde die Zusammenstellung geschichtlicher Nachrichten über Oesterreich und Böhmen übertragen. Für Ungarn dachte man den gleichen Auftrag dem Priester des Ordens der frommen Schulen, Anton Bajtay, zu ertheilen [208]); endlich sollte der Professor Johann Jordan von Pöck vom Theresianum ein Compendium der wichtigsten Staatsverträge zum Gebrauche des Erzherzogs verfassen. Und Bartenstein selbst erbot sich, die Revision dieser Arbeiten und die Aufgabe zu übernehmen, sie mit Anmerkungen und Zusätzen zu versehen, um sie für ihre eigentliche Bestimmung geeigneter zu machen [209]).

Ohne Zweifel war es für Bartenstein ein peinliches Gefühl, als er sah, daß man sich nicht sehr beeilte, auf seinen Antrag einzugehen. Gewiß erblickte er darin ein Kennzeichen, wie sehr sein Ansehen bei der Kaiserin im Sinken begriffen sei, während doch wahrscheinlich nur die Besorgniß, seine allerdings wohl durchdachten, aber allzu weitschweifigen Arbeiten könnten dem jungen Erzherzog die Beschäftigung mit historischen Studien verleiden, jene Zögerung verursachte. Mehr als ein halbes Jahr ließ man vorübergehen, ehe in der Sache eine Entscheidung gefällt wurde. Noch im Jänner 1754 erklärt Bartenstein

nicht ohne Empfindlichkeit, nur mit der besten Absicht habe er seine Mitwirkung zur Abfassung der für den Kronprinzen bestimmten Lehrbücher angeboten. Nachdem man sie jedoch nicht wünsche, sei er auch damit zufrieden und weit davon entfernt, sich in die Sache noch zu mengen [210]).

Aber es lag weder in dem Sinne der Kaiserin, Bartenstein allzu tief zu verletzen, noch wollte sie seinen immerhin hochachtbaren Beistand bei der Erziehung und dem Unterrichte ihres Sohnes völlig entbehren. Im Februar 1754 wurden Bartensteins Vorschläge im Wesentlichen genehmigt, und er erhielt den Auftrag, die von ihm angebotenen Ausarbeitungen zu liefern. Nach den verschiedensten Richtungen hin sollten sie sich erstrecken. Für den Unterricht aus dem Natur- und Völkerrechte waren zu Pufendorfs Werk Anmerkungen und Erläuterungen zu entwerfen, wie sie für Joseph nützlich erschienen. Ueber den Unterschied zwischen dem bürgerlichen und dem canonischen Rechte, über dasjenige, was bei den Concordaten die Observanz genannt wurde, über den Passauer Vertrag und den Religionsfrieden, über den westphälischen Frieden, die letzten Wahlcapitulationen und die Einrichtung des deutschen Reiches überhaupt sollte er Betrachtungen schreiben. Die Geschichte Deutschlands stand damit in engster Verbindung; über sie, so wie über diejenige des Hauses Habsburg, auch noch ehe es den Kaiserthron bestieg, über den Zuwachs und die Verringerung seiner Macht verlangte man Abhandlungen von ihm. Die Geschichte Böhmens war durch Hinzufügung der wichtigsten Staatsacten zu erklären und endlich eine Zusammenstellung derjenigen Tractate zu liefern, deren Kenntniß für die Zukunft nothwendig erschien. Unverzüglich möge Bartenstein Hand anlegen, um in möglichst kurzer Frist diese Ausarbeitungen zu Stande zu bringen. Zur Beschleunigung der Arbeit wurde ihm die Verwendung eines Hilfsarbeiters, als welcher Professor von Pöck angeworben wurde, und eines Copisten bewilligt [211]).

Rasch ging nun Bartenstein an's Werk, und von Zeit zu Zeit erstattet er der Kaiserin Bericht über den Fortgang desselben. Mit der Geschichte Deutschlands begann er, aber nicht eine geordnete Darstellung der aneinander sich reihenden Ereignisse, sondern nur politische Anmer-

kungen und Betrachtungen über dieselben sollte seine Ausarbeitung enthalten. Freilich sah man gleich Anfangs, daß Bartenstein auch jetzt wieder in seinen alten Fehler der zu großen Weitläufigkeit verfiel. So war in dem dritten Theile seiner Arbeit, welchen er im Mai 1755 der Kaiserin vorlegte, erst von den Hohenstaufen die Rede; er glaubt Maria Theresia auf die Geschichte Kaiser Friedrichs des Rothbart und die Darstellung der österreichischen Hausprivilegien, deren Echtheit er lebhaft vertheidigt, besonders aufmerksam machen zu sollen. Erst im sechsten Bande kommt Bartenstein zur Zeit Rudolphs von Habsburg, der neunte ist ganz dem Kaiser Karl IV., der elfte Sigismund, der zwölfte Friedrich III. gewidmet. Sie umfassen zusammen über sechstausend Seiten, doch sind die letzteren nur so wenig beschrieben, daß nach einer angestellten genauen Berechnung das ganze Werk im Druck nur ungefähr drei mäßige Bände ausfüllen würde [212].

Hiebei sind freilich die sechs Bände nicht mitgezählt, welche die Abschriften der urkundlichen Belege zu Bartensteins historischen Bemerkungen enthalten. Außerdem verwahrt das Staatsarchiv noch ein zweites, von Bartenstein zum Unterrichte Josephs ausgearbeitetes Werk, welches in zwei Bänden und auf ungefähr achthundert Seiten die Zeit vom Regierungsantritte Maximilians I. bis zum Tode Rudolphs II. umfaßt. Auch hier ist nicht von einer erzählenden Darstellung der Ereignisse, sondern nur von aphoristischen, allerdings auch jetzt wieder ziemlich weit ausgesponnenen Bemerkungen die Rede. Und doch muß zugegeben werden, daß die Behandlung eines Zeitraumes, welcher sowohl an seinem Anfange wie an seinem Ende über das sechzehnte Jahrhundert noch hinausreicht, in einem Umfange, welcher dem eines mäßigen Bandes nicht gleichkommt, für einen Jüngling von achtzehn Jahren, und in diesem Alter befand sich Joseph, als Bartenstein seine Arbeit vollendete, gewiß keine zu weit getriebene Zumuthung war.

Ob die Form dieser Behandlung stets die richtige sein mochte, und ob gegen Bartensteins Betrachtungen nicht oftmals berechtigte Einwendungen erhoben werden konnten, soll hier freilich in keiner Weise bejaht werden. Was die erstere betrifft, so scheint diejenige von Fragen

und Antworten, die Bartenstein gewählt hatte, keineswegs eine zweckmäßige zu sein. Und zur Charakteristik seiner Betrachtungen greifen wir auf's Gerathewohl einen einzelnen Punkt aus dem vorletzten Bande heraus.

Die Frage lautet:

„Was hat Karl der Fünfte für Länder bereits besessen, als er „die römische Königswürde erlangte?"

Darauf folgt nun die Antwort:

„Ihm gehörten ganz Spanien außer Navarra, beide Sicilien, „gesammte österreichische Länder und die Niederlande zu, welche von „ihm durch Westfriesland, so er noch vor der Wahl von beiden Her„zogen von Sachsen, Georg und Heinrich ausgelöset, vermehrt worden. „So vielen weit auseinander zerstreuten großen Königreichen und Landen „von ganz unterschiedener Verfassung, und deren Inwohner in Sitten „und Sprachen gleichfalls sehr unterschieden waren, wohl vorzustehen, „war überaus schwer. Unmöglich kann ein einziger Mensch so großer „Obsorge gewachsen sein. Eine in einem Lande ersprießliche Verfügung „kann je zuweilen in der Folge anderen Schaden bringen. Wie er„wünschlich gleich ist, mehrere Länder in einen Model zu gießen, „so läßt sich doch aller Unterschied nicht aufheben, ohne in Verwirrung „und weit größere Schädlichkeiten zu verfallen, als nicht der Unterschied „selber ist. Wenn man also derlei Schädlichkeiten ausweichen will, muß „man lauter erfahrene, die Länder wohl kennende, arbeitsame, in hiezu „nöthigen Wissenschaften geübte, und nichts ohne reifere Ueberlegung „unternehmende Rathgeber gebrauchen. Karl der Fünfte war deren im „Antritt seiner Regierung um so mehr bedürftig, als er eine so große „Last, wie oben erwähnt, in jungen Jahren zu tragen hatte. Er hatte „aber auch das Glück sie zu finden, die nöthige Einsicht sie auszukiesen, „und die Standhaftigkeit, sie handzuhaben."

An einer anderen Stelle, wo Bartenstein von der im Jahre 1521 Karl V. durch Papst Leo X. ertheilten Ermächtigung spricht, neben dem Kaiserthum auch die beiden Sicilien zu behalten, fügt er die folgende Betrachtung hinzu:

„Nicht die Neigung, oder daß man zu Rom von den vorherigen „Grundsätzen abgegangen wäre und einem deutschen Kaiser den Besitz „beider Sicilien vergönnt hätte, sondern die andringenden Zeitumstände „haben Leo den Zehnten zu dieser Eingestehung bemüssigt. Man weiß „sich darnach in Rom sehr wohl zu richten, und die Verstellungskunst „ist allda wenigstens so viel als anderwärts im Schwung, mithin sich „nicht zu wundern, daß nach einer solchen Eingestehung, sobald sich eine „bequeme Gelegenheit ergibt, an die alten Maßregeln sich zu halten, „dieselbe mit Freuden ergriffen werde.

„Von den Militär-Begebenheiten des darauf erfolgten Krieges „viel zu erwähnen ist unnöthig, nachdem deren Kenntniß heutigen „Tages keinen Nutzen bringt. Mehr diensam ist hiebei anzumerken, daß „weil während des großen und langwierigen Zwiespaltes zwischen Frank-„reich und Spanien, wozu die Wahl Karl des Fünften Anlaß gegeben, „Leo der Zehnte und dessen meiste Nachfolger immerzu Partei geän-„dert und sich bald auf die eine, bald auf die andere Seite geschlagen, „dieses ihr Betragen zu der Kirche und der Religion nicht geringem „Abbruch gereicht habe. Eine der ersten Obliegenheiten des der Kirche „sichtbaren Oberhauptes ist, einen gemeinsamen Vater gesammter christ-„katholischer Fürsten abzugeben, folglich die Einigkeit unter ihnen „bestmöglichst zu erhalten oder wiederherzustellen. Und nie ist die „genaue Erfüllung dieser Obliegenheit nöthiger, als wenn sich ein Irr-„glaube hervorthut oder mehr überhand nimmt. Wenn alles ruhig „ist, kann ein solcher Samen unschwer erstickt werden, oder wenigstens „dessen Wachsthum leichter Einhalt geschehen. Hingegen hat zu allen „Zeiten die Erfahrung bewiesen, daß in unruhigen Zeiten der Irrglaube „immer zunimmt, und wenn die Rechtgläubigen unter sich uneinig sind, „die Irrgläubigen sich ihre Uneinigkeit wohl zu Nutzen zu machen wissen „und immer kecker werden."

„Das eigene hat sich mit Luther ergeben, der Anfangs von der „Kirche abzufallen nicht gedacht haben mag. Die protestirenden Geschichts-„schreiber gestehen es selber ein. Noch im Jahre 1520 hat er dem „Papste sich unterwerfen zu wollen bezeugt. Und wenn mit Beiseit-„setzung alles Zankgeistes der Artikel der Ablässe so klar und kurz,

„als es vielfältig nachher und besonders vom gelehrten Bischof von „Meaux, Bossuet beschehen, vorgelegt, auch beiden Theilen, das ist den „Dominicanern und Augustinern das Stillschweigen auferlegt worden „wäre, würde nach aller Vermuthung unendlich großes Unheil ver„mieden worden sein. Allein man ließ es auf unnützes Disputiren und „Zanken ankommen, wodurch meistens die Materien viel mehr ver„dunkelt als erläutert und die Gemüther aus Antrieb der Eigenliebe „eher erhitzt als herbeigebracht werden."

Zur Kennzeichnung der Art und Weise, in welcher Bartensteins Erörterungen über die Geschichte Deutschlands und Oesterreichs abgefaßt waren, muß es an diesen Proben genügen. Damals scheint man mit seiner Arbeit zufrieden gewesen zu sein, wenigstens fügte Maria Theresia der Zurücksendung der Bogen, welche von der Regierung Karls V. handeln, die Worte bei: „Sie sind wohl admirabel." Und ohne im Entferntesten leugnen zu wollen, daß Bartensteins Werk in einzelnen Partien für seinen Zweck allzu weit ausgesponnen war, enthält es doch eine solche Fülle interessanter Betrachtungen über die Ereignisse und Personen, die es bespricht, daß es das harte Urtheil nicht verdient, welches bisher auf Grundlage einer zweifelhaften Autorität [213]) gedankenlose Nachbeter, ohne es zu kennen, über dasselbe fällten.

Während in solcher Weise der historische Unterricht ertheilt wurde, erhielt der Jesuit Pater Joseph Franz, Director der philosophischen Facultät an der Wiener Universität den Auftrag, den Prinzen mit den wichtigsten Lehrsätzen der Philosophie bekannt zu machen. Auch hier wurde ein eigens verfaßtes Compendium dem Unterrichte zu Grunde gelegt. Die Naturwissenschaften behandelte man nur so nebenher, und köstlich ist der Ausspruch des Rechenschaftsberichtes über die Erziehung des Erzherzogs, welcher lautet: „Auch die Naturgeschichte fand ihren „Platz unter den Unterhaltungen [214])." Zu oft wiederholten Malen zeigte man dem Prinzen die reichen Sammlungen des Kaisers, und zunächst war es Baillou, der sie ihm erklärte. Auch Physik und Astronomie suchte man ihm in solcher Art beizubringen. Daß man sich

hiebei nur auf die oberflächlichsten Begriffe beschränkte, ist nach dem Gesagten nicht zu bezweifeln.

Größere Fortschritte als in den Naturwissenschaften machte Joseph ohne Zweifel in der französischen und italienischen Sprache. In der ersteren wählte man vorzugsweise hervorragende Dichter, deren Werke man mit ihm las. Die Zusammenstellung derselben ist freilich nicht selten ganz eigenthümlich. Die dramatischen Arbeiten von Corneille, Racine, Voltaire, Crebillon stehen dabei in vorderster Reihe. Die Satyren von Boileau, das Gedicht über die Religion von dem jüngeren Racine, die Henriade von Voltaire finden wir gleichfalls verzeichnet.

Der Unterricht in der italienischen Sprache wurde dem Erzherzog von dem Bibliotheksbeamten Joseph Martinez ertheilt. Er lernte sie leicht, las und sprach sie gern. Hier bewegte sich die Lectüre großen Theils auf dem Gebiete der Prosa. Ein Theil der Werke Muratori's, die Geschichte der französischen Bürgerkriege von Davila, die Briefe des Cardinals Bentivoglio werden erwähnt, doch fehlen auch Tasso's befreites Jerusalem und Metastasio's dramatische Werke nicht in der Liste.

In der Mathematik setzte Brequin den Unterricht fort und dehnte ihn nach und nach auf die Kriegswissenschaften im Allgemeinen aus. Die Rechtsstudien leitete nach den von Bartenstein angegebenen Grundsätzen der Professor von Pöck. Außer dem Natur- und Völkerrechte wurde insbesondere auf das deutsche Staatsrecht Gewicht gelegt. Die Grundgesetze des Reiches und die im Laufe der Zeiten eingetretenen Aenderungen in denselben wurden ihm erklärt. Man gab ihm, so heißt es in dem Rechenschaftsberichte, „eine äußerst umständliche Beschrei„bung ihrer Gebrechen und der geeigneten Mittel, um im deutschen „Reiche die gesetzliche Ordnung wieder herzustellen und es vor völligem „Verderben zu bewahren. Man machte ihn mit den Rechten des Kaisers, „sowohl mit den unbestreitbaren als mit denen bekannt, welche in Frage „gestellt wurden. Die Einrichtung des Reichstages und der Gerichte „wurde ihm erklärt. Wo der Anlaß sich ergab, wurde er auf die Pri-

vilegien und Vorrechte des Hauses Oesterreich aufmerksam gemacht. Endlich fügte man eine Darstellung der Ansprüche desselben sowie seiner Streitigkeiten mit einigen Kurfürsten und Fürsten des deutschen Reiches hinzu, indem man überall anführte, was für oder gegen dieselben in die Wagschale fiel und in welcher Weise eine Beilegung des Streites am ehesten erreicht werden könnte.

In all diesen Unterrichtszweigen, hauptsächlich aber in der Geschichte befolgte man die Methode, den Prinzen das Gehörte kurz wiederholen zu lassen; am anderen Morgen mußte er es zu Papier gebracht haben. Von drei zu drei Monaten wurden Prüfungen abgehalten, welchen seine Eltern und diejenigen Personen zugezogen wurden, deren Urtheil dieselben über die Fortschritte des Erzherzogs zu hören wünschten. Von Schmeichelei war dabei keine Rede und nicht selten fiel das Urtheil recht ungünstig aus. So waren es beispielsweise die Rechtsstudien, in denen man die Fortschritte des Prinzen durchaus nicht belobte[215]). Das Gegentheil war in Bezug auf Geschichte und Sprachen der Fall, von welch letzteren man ihn auch in der slavischen[216]) unterrichtete. Und merkwürdig genug ist der Beweggrund, welchen man dafür angab. „Wenn auch diese Sprache," sagt der Rechenschaftsbericht, „in einigen Provinzen Oesterreichs nicht in Gebrauch ist, so „würde doch die enge und aufrichtige Freundschaft, welche zwischen der „Kaiserin und Ihrer russischen Majestät obwaltet, für den Prinzen ein „mächtiger Sporn sein, um sie zu erlernen"[217]).

Fügt man noch hinzu, daß von seinem vierzehnten Lebensjahre angefangen Joseph von seinen kaiserlichen Eltern wieder mehr und mehr in ihre Gesellschaft gezogen wurde, daß er an ihrer Tafel speiste und mit ihnen Vergnügungsfahrten unternahm, daß man die Zahl seiner Kammerherren wieder auf fünf vermehrte, um ihm gesellige Abwechslung zu geben, daß er auch die nöthigen Leibesübungen fleißig betrieb, so wird man einen ziemlich richtigen Ueberblick über das Verfahren besitzen, welches bei seiner Erziehung beobachtet wurde. Man mag es loben oder tadeln, man mag mit der Auswahl der Personen oder der Lehrgegenstände einverstanden sein oder nicht, so wird man doch zugeben müssen, daß die Beschuldigung, welche auch jetzt noch so oft

gegen Maria Theresia erhoben wird, sie habe der Erziehung ihres ältesten Sohnes nicht die erforderliche Sorgfalt gewidmet, eine völlig unbegründete ist. Im Gegentheil gab es nicht leicht etwas, was der Kaiserin in höherem Grade am Herzen lag. Die zahlreichen Aufzeichnungen, welche das kaiserliche Staatsarchiv darüber verwahrt, sind hiefür wohl der beste und unwiderleglichste Beweis.

Es wird oftmals behauptet, daß Maria Theresia's zweitgeborner Sohn, Erzherzog Karl, der am 1. Februar 1745 zur Welt kam, von der Kaiserin vor dem älteren Bruder sichtlich bevorzugt worden sei. Ein glaubwürdiges Zeugniß hiefür hat sich bis jetzt nicht auffinden lassen. Wenn aus der Menge desjenigen, was wir an Aufzeichnungen über die Erziehung der beiden Prinzen besitzen, auf das Maß der Sorgfalt geschlossen werden könnte, welche man dem Einen wie dem Anderen zuwandte, so müßte die Entscheidung sehr zu Gunsten Josephs gefällt werden. In Bezug auf Karl findet sich nichts vor als die Instruction, welche Batthyany dem Erzieher desselben, Namens Wynants ertheilte. Sie ist im Wesentlichen derjenigen nachgebildet, welche La Mine in Bezug auf Joseph empfing, nur enthält sie auch eine Charakteristik des Zöglings, um den es sich handelt, welche bei jener leider vermißt wird.

Die vielversprechende natürliche Begabung des Knaben, sein gutes und wohlwollendes Gemüth, die Höflichkeit seiner Umgangsweise werden rühmend hervorgehoben. Wenn man sich mit ihm befasse, wisse er die rührendsten Ausdrücke zu finden, um für sich einzunehmen. Seit seiner frühesten Jugend habe er große Lebhaftigkeit des Geistes und gesundes Urtheil entwickelt. Auch Festigkeit des Charakters könne man ihm nachrühmen; leider sei sie in letzterer Zeit in Eigensinn ausgeartet. Sein sanguinisches Temperament mache ihn überdieß zu heftigen Zornesausbrüchen geneigt, denen mit vollster Entschiedenheit zu begegnen sei. Niemals möge man ihn in dem Augenblicke, in welchem er noch ganz vom Zorne beherrscht wird, sondern immer erst dann bestrafen, wenn er sich wieder beruhigt hat. Auch dann dürfe das Unvermeidliche nur in wohlwollender Form, ja mit dem offenen Bedauern geschehen, daß man durch ihn selbst sich gezwungen sehe, zur Bestrafung zu schreiten.

Ein anderer Fehler des Erzherzogs Karl, fährt Batthyany fort, bestehe in seiner großen Neigung zur Zerstreutheit. Eine Fliege, ein Sandkorn genüge, seine Aufmerksamkeit von den ernsten Gegenständen abzuziehen, mit denen er sich während der Lehrstunden beschäftigen solle. Auch diesem Fehler sei unmerklich, aber unabläſſig entgegen zu wirken. Auch dem Erzherzog Karl gegenüber müſſe man die Kunst verstehen, sich gleichmäßig lieben, hochachten und fürchten zu machen [218]).

Während die Oberleitung der Erziehung des ältesten Erzherzogs einzig und allein in Batthyany's Hände gelegt war, stand ihm bei Josephs jüngeren Brüdern Karl und Leopold noch Graf Philipp Künigl als Vice-Ajo zur Seite. Claudius Joseph Orry de Morveau, Jacob Sauboin und Franz Jungblut waren die Lehrer des Erzherzogs Karl. Auch Leopold wurde von Sauboin unterrichtet. Sein zweiter Lehrer hieß Johann Brassеur.

Weniger Sorgfalt als auf den Unterricht ihrer Söhne scheint Maria Theresia auf denjenigen ihrer Töchter verwendet zu haben. Wer die Fertigkeit, mit welcher Joseph und Leopold schon in ihrem Jünglingsalter ihre Gedanken und Anschauungen schriftlich auszudrücken wußten, mit der Art und Weise vergleicht, wie dieß von Maria Theresia's jüngster Tochter Antonie in deren ersten Briefen aus Frankreich geschah, der wird bald über den Unterschied klar sein, welcher zwischen dem Unterrichte der Erzherzoge und dem ihrer Schwestern obwaltete. Die Tagesordnung, wie sie den letzteren von ihrer Mutter vorgezeichnet wurde, enthält in der That nur vier eigentliche Lehrstunden täglich, und außerdem noch eine halbe Stunde geschichtlicher Lectüre. Andachtsübungen wurden ihnen gleichfalls nicht in höherem Maße auferlegt, als wir dieß in der Stundeneintheilung für Joseph gesehen haben [219]). Aber auch hier wie dort mag es gelten, daß dasjenige, was in dieser Beziehung die Kaiserin von ihren Kindern verlangte, nicht in der gewöhnlichen Stundenvertheilung verzeichnet, sondern hauptsächlich durch die kirchlichen Feste veranlaßt wurde.

Siebentes Capitel.

Ungarn und der Landtag von 1751.

Es existirt eine Aufzeichnung von der Hand Maria Theresia's, nach dem Tode ihres Gemals niedergeschrieben, in welcher sie sagt, er sei es gewesen, der sie die Ungarn lieben gelehrt habe. Bekanntlich war er vier Jahre vor seiner Vermälung, im Mai 1732 von Kaiser Karl VI. zum Statthalter Ungarns ernannt worden. Man weiß, daß er Anfangs keineswegs zufrieden war mit dieser Bestimmung, und auch in Ungarn hätte man wohl die Ernennung eines Palatins weit lieber gesehen als die Berufung eines fremden Prinzen zu der Würde eines Statthalters, welche in der alten Verfassung des Landes keine Begründung besaß. Aber bald zeigte man sich von beiden Seiten zufrieden mit der getroffenen Wahl. Die einnehmende Umgangsweise des Herzogs Franz von Lothringen und wohl mehr noch sein zu Tage tretendes eifriges Bestreben, sich mit den Zuständen des seiner Leitung anvertrauten Landes gründlich bekannt zu machen, gewannen ihm das Zutrauen und die Neigung der Ungarn. Eine Bereisung des Landes, welche er bis nach Belgrad ausdehnte, brachte ihn mit einer großen Anzahl der Einwohner desselben in Berührung. Er lernte ihre guten Eigenschaften kennen und war ihnen, so oft er nur konnte, ein warmer Fürsprecher am Hofe.

Die für Ungarn günstige Einwirkung des Herzogs von Lothringen auf die Stimmung seiner Gemalin wurde von dem Augenblicke angefangen, in dem sie zur Regierung kam, durch denjenigen ihrer

Rathgeber, welchem sie damals am meisten Vertrauen schenkte, den Grafen Gundacker Starhemberg eifrig gefördert. Den Ungarn gegenüber müsse man, so hatte er schon in der ersten Conferenz erklärt, welche über die ungarischen Angelegenheiten stattfand, das früher Geschehene vergessen und ihnen volles Vertrauen zeigen. Nur wenn man dieß thue, werde man sie zu Opfern vermögen, deren man aufs dringendste bedürfe.

Diese Anschauung war es denn auch, welche Maria Theresia zur Grundlage ihrer Handlungsweise gegen Ungarn machte. Mit vollstem Vertrauen kam sie dem Lande entgegen; die ganze Zeit, während deren der Landtag von 1741 in Preßburg versammelt war, brachte sie daselbst zu, und wenn damals auch gar manche Härten, gar manche Schroffheiten zu Tage traten, welche Maria Theresia empfindlich verletzten, wenn auch der wirkliche Verlauf des Landtages wesentlich abwich von der Art und Weise, in welcher man jene Ereignisse seither darzustellen sich gewöhnte, so war doch in der Hauptsache, der Bewilligung ausgiebiger Truppenhülfe wider die übermächtigen Gegner, die von allen Seiten auf Maria Theresia eindrangen, das Resultat der Landtagsverhandlungen gewiß nur ein befriedigendes zu nennen. Freilich entsprach auch jetzt wieder die Art der Ausführung der gefaßten Beschlüsse nicht ganz den gehegten Erwartungen. Nur langsam und in unzureichender Zahl stellten sich Anfangs die ungarischen Truppenabtheilungen ein. Aber nach und nach wurden die aus Ungarn nach den Feldlagern strömenden Schaaren immer dichter, ihre anfänglich nur wenig gelobte Kriegstüchtigkeit besserte sich mehr und mehr, und im zweiten schlesischen Krieg, insbesondere zur Zeit des Ueberganges über den Rhein leisteten sie die wichtigsten Dienste.

Dieselben wurden denn auch von Maria Theresia jederzeit mit Dankbarkeit anerkannt. Aber darum konnte sich die Kaiserin doch nicht verhehlen, welch gewaltiger Uebelstand darin lag, daß Ungarn so unverhältnißmäßig wenig zu den allgemeinen Staatslasten beitrug. Ein Land, welches, Siebenbürgen natürlich nicht mitgerechnet, sowohl an Flächeninhalt als Einwohnerzahl mehr als den dritten Theil des österreichischen Staates ausmachte, trug vielleicht nicht den zehnten Theil

der Lasten desselben. Da war es denn nicht anders als natürlich, daß Maria Theresia, als sie mit der Aufbringung des Fondes sich beschäftigte, aus welchem künftighin die Ausgaben für die neu aufzustellende Heeresmacht bestritten werden sollten, daran denken mußte, hiezu auch Ungarn stärker als bisher heranzuziehen. Seit dem Jahre 1729 wurden von diesem Lande dritthalb Millionen als Kriegssteuer entrichtet. Bei diesem Betrage, der nur die Hälfte desjenigen ausmachte, was beispielsweise Böhmen nach der neuen Vertheilung zu zahlen hatte, meinte man es ohne die grellste Ungerechtigkeit gegen die westösterreichischen Länder unmöglich bewenden lassen zu können. Selbst wenn man, so glaubte man in Wien, von Ungarn statt der zuerst veranschlagten dritthalb Millionen nur etwa zwölfmalhunderttausend Gulden mehr verlangte als bisher, so würde dieses Land, das auch dann erst zwei Drittheile der Leistungen des um die Hälfte kleineren Böhmens übernähme, wegen etwaiger Ueberbürdung sich nicht zu beklagen haben.

So wenig sich gegen die Richtigkeit dieser Anschauung auch einwenden ließ, so zögerte Maria Theresia doch lange Zeit, Hand anzulegen an die Verwirklichung eines solchen Planes. Denn sie wußte wohl, daß solches in Ungarn gesetzlich nur im Wege eines Landtages stattfinden könne. Mit Recht trug sie Bedenken, sich hierüber hinwegzusetzen; andererseits aber erschien ihr nach demjenigen, was sie während des Landtages von 1741 persönlich erlebt hatte, die Wiederberufung eines solchen gleichfalls nicht wünschenswerth [220]). So ging man denn ein Paar Jahre hindurch nicht weiter als daß man hie und da hervorragenden Ungarn Andeutungen über das Wünschenswerthe einer Erhöhung des Beitrages ihres Landes zu den Staatslasten machte, Andeutungen, welche jedoch jederzeit ablehnend beantwortet wurden [221]).

Insbesondere soll der greise Palatin Graf Johann Palffy es gewesen sein, welcher die Kaiserin vor einer Erhöhung der Auflagen in Ungarn warnte und sie bat, ihn die allgemeine Unzufriedenheit nicht mehr erleben zu lassen, welche eine solche Maßregel in seinem Vaterlande unzweifelhaft hervorrufen werde [222]). Als aber zuletzt das Bedürfniß nach größeren Geldzuflüssen aus Ungarn immer mächtiger und die berechtigte Klage über die allzu geringe Betheiligung Ungarns an

der Bestreitung der Ausgaben des Staates immer vernehmbarer[223]) wurde, konnte es Maria Theresia nicht länger vermeiden, zu einer wenigstens theilweisen Aenderung dieses Verhältnisses ernstliche Schritte zu thun.

Zu dem hier erwähnten Beweggrunde kam noch der Wunsch der Kaiserin, wo möglich einen Anlaß herbeizuführen, bei welchem sich auf gesetzlichem Wege gewisse Modificationen in der bisherigen ungarischen Verfassung durchsetzen ließen. Ohne Zweifel dachte sie hiebei an eine Stärkung der Regierungsgewalt den Rechten der Stände gegenüber, wie sie ja nicht nur im Sinne Maria Theresia's allein, sondern in dem ganzen Geiste ihrer Zeit, und man fühlt sich bei der Art, in welcher die Stände damals fast überall verfuhren, fast zu dem Geständnisse gezwungen, auch im Interesse der Bevölkerung überhaupt lag. Aber nicht weniger als um die Kräftigung ihrer eigenen Autorität war es der Kaiserin darum zu thun, andere Grundsätze der Gesetzgebung und Verwaltung, als sie in Ungarn herrschten, welch letztere ein gleichzeitiger Berichterstatter wahrhaft „barbarische und ostrogothische" nennt, dort nach und nach einzuführen[224]). Vornehmlich dachte sie daran, das wirklich empörende Mißverhältniß der Stellung des Adels und der Geistlichkeit auf der einen, zu derjenigen der Bürger und der Bauern auf der anderen Seite allmälig zu einem minder grellen, einem minder ungerechten zu gestalten. Die gänzliche Steuerfreiheit der beiden ersteren und die alleinige Belastung der zwei letzteren Classen nach und nach zu beseitigen, dieses Ziel wurde von Maria Theresia schon damals ernstlich in's Auge gefaßt. Nicht von der Eigenschaft der Person, sondern von dem Besitze wollte sie künftighin die Steuerzahlung abhängig machen. Der Eigenthümer eines Gutes sollte auf Grundlage dieses Besitzes die von demselben zu entrichtende Abgabe tragen, er mochte nun adelig sein oder nicht.

Es kann nicht geleugnet werden, und wird auch von unparteiischen Zeitgenossen anerkannt, daß der Wiener Hof in dieser Sache mit großer Behutsamkeit vorging[225]). Aber er war so sehr von dem Gefühle der Gerechtigkeit seiner Sache durchdrungen, daß er schon daraus eine gewisse Zuversicht auf das Gelingen derselben schöpfte.

Und am meisten wurde er darin durch die entweder in Wien lebenden oder doch mit dem Hofe in inniger Beziehung stehenden vornehmen Ungarn bestärkt, welche wohl ihre eigene Macht etwas überschätzend, und im Gegensatze zu ihren früheren Aeußerungen, der Kaiserin jetzt bestimmte Aussicht auf die Verwirklichung der Zwecke eröffneten, die sie verfolgte [226]). Freilich fehlte es auch nicht an Stimmen, welche der Kaiserin vorhersagten, die Mehrzahl der Deputirten würde von den sie entsendenden Comitaten angewiesen werden, in keine Erhöhung der Steuern zu willigen [227]). Maria Theresia selbst aber mochte der anderen und erwünschteren Anschauung sich zuwenden; darum blieb es bei der beabsichtigten Berufung des Landtages, und das Begehren der Steuererhöhung wurde denn auch an die Spitze der königlichen Propositionen gestellt.

Auf den 18. April 1751 lautete die Einberufung zum Landtage; vier Tage später fand die erste Sitzung statt. Am 27. April überbrachten die Delegirten des Landtages, sechsundvierzig an der Zahl, unter Führung des Erzbischofes von Erlau, Grafen Franz Barkoczy, die Einladung zum Landtage an die Kaiserin und ihre Familie nach Wien. Wahrscheinlich war es schon vorher verabredet, daß die Anreden an Maria Theresia und ihren Gemal, dann an den Thronerben Joseph in lateinischer, an den zweitgebornen Prinzen, den Erzherzog Karl aber in ungarischer Sprache gehalten werden sollten. Während die Ersteren lateinisch erwiederten, geschah solches von dem sechsjährigen Prinzen Karl mit einigen ungarischen Worten. Aber es wurde dieß hoch aufgenommen, und man hob es hervor, daß der Prinz das erste Mitglied der kaiserlichen Familie sei, welches sich jemals der ungarischen Sprache bedient habe [228]).

Am 8. Mai begab sich Maria Theresia mit ihrem kaiserlichen Gemal von Wien nach Preßburg, wohin ihre Söhne Joseph, Karl und Leopold, dann ihre Töchter Marianne und Marie ihr bereits vorangegangen waren. Wie es vor zehn Jahren geschehen, so wurde auch jetzt wieder das kaiserliche Ehepaar auf der Haide bei Wolfsthal, an der Grenze des Königreiches Ungarn von den Mitgliedern des Landtages feierlich empfangen. Dießmal hielt der Erzbischof von Kalocsa — der

Sitz des Primas war schon seit fünf Jahren erledigt — Graf Nicolaus Csaky die Begrüßungsrede in lateinischer Sprache. Nachdem Maria Theresia, ohne sich niederzulassen, auf dieselbe nur kurz entgegnet hatte, wurde der ganze Adel zum Handkusse zugelassen, und unmittelbar darauf begann der feierliche Zug nach Preßburg und in das königliche Schloß. Bei dem Einzuge in das letztere reichte man der Kaiserin das Kreuz zum Kusse, welches vor fast drei Jahrhunderten König Mathias Corvinus dem Graner Domcapitel geschenkt hatte.

Am 10. Mai fand durch Maria Theresia die offizielle Eröffnung des Landtages mit dem gewöhnlichen Gepränge statt. Magnaten und Stände strömten in großer Zahl in das königliche Schloß. Nach dem feierlichen Gottesdienste erschien Maria Theresia im Rittersaale und nahm auf dem Thronsessel Platz. Mit höchster Freude erfüllte es die für derartige Aeußerlichkeiten so sehr empfänglichen Ungarn, daß die drei jungen Erzherzoge, welche neben dem Throne ihrer Mutter sich aufstellten, schwarze ungarische Kleidung trugen. Zuerst hielt der Hofkanzler Graf Leopold Nadasdy im Namen der Regierung die gewöhnliche ungarische Anrede an die versammelten Stände. Nach ihm sprach Maria Theresia selbst zu ihnen in kurzer lateinischer Rede, für die bewiesene Treue zu danken, zur Eintracht zu ermahnen und ihr Wohlwollen für die Ungarn, sowie ihr Vertrauen zu denselben lebhaft zu betonen. Jetzt wurden die königlichen Propositionen dem Erzbischofe von Kalocsa übergeben, welcher hierauf die lateinische Schlußrede hielt. Nun kehrten die Stände nach dem Sitzungspalaste zurück. In gemeinschaftlicher Versammlung der beiden Tafeln wurden die Propositionen durch den greisen Judex Curiae, Grafen Georg Erdödy eröffnet und durch den Protonotar des Palatins, Gabriel Pécsy, welcher das gleiche Amt schon vor zehn Jahren versehen hatte, mit lauter Stimme verlesen.

Nach warmer Lobpreisung der Ungarn für dasjenige, was sie während des vergangenen Krieges zur Beschirmung des eigenen Landes vor feindlichem Einbruche und zur Befreiung der übrigen österreichischen Gebietstheile von demselben gethan [229]), wurden in den Propositionen vorerst die Segnungen des Friedens und die Nothwendigkeit

hervorgehoben, sie durch Aufstellung einer ausreichenden bewaffneten Macht sich auch für die Zukunft zu erhalten. Hiezu seien aber größere Geldmittel als die bisher bewilligten nöthig. Der Staatsschatz sei in Folge des langdauernden Krieges völlig erschöpft, durch den Verlust wichtiger Provinzen in seinen Einkünften geschmälert, mit Schulden überlastet. Die nichtungarischen Länder der Kaiserin hätten mit Aufbietung all ihrer Kräfte das Möglichste gethan, um das Erforderniß aufzubringen; Allem allein zu genügen vermöchten sie jedoch nicht. Darum wünsche Maria Theresia eine Vermehrung der ungarischen Militärcontribution um zwölfmalhunderttausend Gulden. Durch eine von den Ständen vorzunehmende zweckmäßige Vertheilung dieser neuen Belastung könne dieselbe weniger fühlbar gemacht, und solle die gesetzliche Steuerfreiheit des Adels dadurch in keiner Weise verletzt werden. Von der Anhänglichkeit und dem patriotischen Eifer der Ungarn erwarte die Königin die Erfüllung ihres gerechten Begehrens.

Es war dieß eigentlich der einzige Inhalt der königlichen Proposition, welche nach deren Verlesung Graf Georg Erdödy den Ständen zur Annahme dringend empfahl. Hiemit wurde die Sitzung geschlossen, aber schon um acht Uhr des nächsten Morgens versammelten die Stände sich wieder, um den Inhalt eines zweiten königlichen Schreibens zu vernehmen, durch welches sie zur Wahl eines Palatins an Stelle des erst vor wenig Wochen verstorbenen hochbejahrten Grafen Johann Palffy aufgefordert wurden. Dem uralten Herkommen gemäß schlug Maria Theresia vier Candidaten, und zwar zwei Katholiken, die Grafen Georg Erdödy und Ludwig Batthyany, dann zwei Protestanten, die Freiherren Paul Revay und Emmerich Zay zur Palatinswürde vor. Nachdem diese Namen genannt worden waren, erhob sich zuerst Graf Georg Erdödy, seinem Danke für das ehrende Zutrauen seiner königlichen Herrin Ausdruck zu verleihen. Nach ihm that Ludwig Batthyany das Gleiche, und nun verließen Beide den Sitzungssaal, um durch ihre Gegenwart die freie Wahl nicht zu beirren. Ihnen folgte als Bruder des einen der beiden Bewerber der Feldmarschall und Ban von Croatien, Graf Karl Batthyany. Nun ergriff der königliche Personal, Georg Fekete von Galantha das Wort, um

die Verdienste zu preisen, welche Graf Ludwig Batthyany in seiner früheren Stellung als Hofkanzler Ungarns um das Land sich erworben. Noch während er sprach, ertönten immer lauter und lauter die Zurufe: „Es lebe Ludwig Batthyany, des Reiches Palatin." Aus dem Saale verpflanzte sich dieser Ruf in den Hof und die Straßen; überall wurde er einstimmig wiederholt. Der Bischof Franz Klobusiczky von Agram aber wurde an die Spitze der Deputation gestellt, welche den Auftrag erhielt, den neuen Palatin zu begrüßen und in die Mitte der Versammlung zurückzugeleiten. Also geschah es, und die gleichzeitigen Aufzeichnungen bemerken ausdrücklich, daß mit dem nunmehrigen Palatin auch der andere Bewerber Graf Georg Erdödy in den Saal zurückgekehrt sei, seinen früheren Platz wieder eingenommen und erklärt habe, auch er sei mit dem Geschehenen zufrieden. Gleichsam zur Entschädigung erhielt Erdödy den Orden des goldenen Vließes, welchen ihm am Pfingstsonntage der Kaiser unter großer Feierlichkeit umhing. Der neue Palatin aber verfügte sich in Begleitung sämmtlicher Mitglieder der beiden Tafeln in das Schloß und schwor den Eid der Huldigung und der Treue in die Hände der Königin. Und am folgenden Tage, am 11. Mai, geschah das Gleiche durch den Präsidenten der ungarischen Hofkammer, den Grafen Anton Grassalkovics, welcher von den Ständen zum Kronhüter bestellt wurde. Neben ihm erhielt der kaiserliche Gesandte in Spanien, Graf Nicolaus Esterhazy den gleichen Posten, und statt seiner schwor sein Bruder Graf Franz Esterhazy den Huldigungseid. Nicht leicht hätte man eine Wahl zu treffen vermocht, durch welche es greller gezeigt worden wäre, daß man die Würde eines Kronhüters nur als einen leeren Titel ohne thatsächliche Verpflichtungen ansah. Denn wie hätte ein dauernd und in weit entferntem Lande Abwesender die ungarische Krone zu hüten vermocht.

Es ist nicht im mindesten zu bezweifeln, daß der Ausgang dieser Wahlen den Wünschen Maria Theresia's vollständig entsprach. Aber eine arge Täuschung wäre es gewesen, wenn man durch diesen ersten und raschen Erfolg sich zu dem Glauben hätte verleiten lassen, daß auch die übrigen Landtagsverhandlungen eben so glatt ablaufen würden. Schon in der Sitzung der unteren Tafel vom 14. Mai wurde der

Vorschlag, einen Ausschuß niederzusetzen, der sich mit der Vorverhandlung über die königlichen Propositionen zu beschäftigen habe, mit dem Bemerken zurückgewiesen, solches könne erst dann geschehen, wenn man sich über die vor den Thron zu bringenden Beschwerden des Landes geeinigt haben werde. Man müsse zu diesem Ende, wurde von Gabriel Pronay, Delegirtem des Pester Comitates hervorgehoben, sowohl Nachforschung pflegen, ob die auf den früheren Landtagen gegebenen Gesetze auch wirklich zur Ausführung gelangt seien, als die damals vorgebrachten Beschwerden, über welche ein Beschluß der Krone noch nicht erfolgte, neuerdings aufnehmen und zur Entscheidung der Königin vorlegen.

Man einigte sich endlich dahin, vorerst die Commission zur Ausarbeitung der Vorlage über die Beschwerden des Landes zusammenzusetzen. Und auch die Magnatentafel, obgleich deren Mitglieder Anfangs verlangt hatten, es möge dem Begehren der Regierung rasch und vollständig entsprochen werden, stimmte endlich dem Beschlusse der Ständetafel bei; doch fügte sie die Mahnung hinzu, man möge sich mit jener Arbeit thunlichst beeilen.

Auch jetzt zeigte sich neuerdings die regelmäßig wiederkehrende Erscheinung, daß der Hof in der Magnatentafel seine hauptsächlichste Stütze fand, während die Reihen der Delegirten der Comitate seine eifrigsten Gegner enthielten. Es war dieß auch nicht anders als natürlich, denn mit großer Klugheit hatte die Kaiserin die Mitglieder der vornehmsten Adelsfamilien für sich und die Sache ihres Hauses zu gewinnen verstanden. Während sonst mit nur wenigen Ausnahmen die ungarischen Magnaten nur in seltener Berührung mit dem Hofe sich befanden, war dieß seit Maria Theresia's Thronbesteigung anders geworden. Man wies darauf hin, um wie viel mehr Mitglieder des hohen ungarischen Adels als früher in einflußreichen Stellungen im Staatsdienste standen. „Es ist eine unleugbare Thatsache", sagt der venetianische Botschafter Tron, „daß die Palffy, die Batthyany, die „Esterhazy und Andere gänzlich vom Hofe abhängen." Zwei Mitglieder der letzteren Familie befanden sich, was früher niemals der Fall gewesen, als Gesandte Oesterreichs an fremden Höfen, und einem Batthyany

war sogar die Erziehung des Kronprinzen anvertraut. Diese Familien aber und diejenigen, die mit ihnen verwandt und befreundet waren, übten den mächtigsten Einfluß im Oberhause und lenkten dasselbe nach dem Willen der Königin.

Ganz anders als hier sah es jedoch bei der zweiten Kammer, der Ständetafel aus, und da rächte sich wohl ein wenig der unglückliche Grundsatz des Hofes, immer und ausschließlich nur mit den vornehmsten Adelskreisen zu verkehren und darüber diejenigen zu vernachlässigen, durch welche das eigentliche Interesse, die geistige und materielle Kraft des Landes ungleich mehr repräsentirt wurde [230]). Freilich wäre es auch schwerer gewesen, die Anziehungsmittel, welche dem Hofe den Magnaten gegenüber zu Gebote standen, auf so weitausgedehnte Kreise zu erstrecken, welche noch überdieß dafür weniger empfänglich sein mochten. Denn wie die Magnaten vom Hofe, so waren die Abgeordneten von den Comitaten abhängig, und in diesen regte sich wohl noch häufig jener alte Oppositionsgeist, welcher gegen Alles ankämpfte, was die Regierung anstrebte, und es schon darum verwerflich fand, weil es eben von der Regierung kam. Wurde nun von der letzteren noch überdieß ein Begehren gestellt, welches mit einer Erhöhung der bisherigen Leistungen verbunden war, so genügte dieser Umstand allein schon, den heftigsten Widerstreit wachzurufen. Freilich sollte man sich darüber schon deßhalb verwundern, weil ja diese Leistungen nicht vom Adel, aus welchem einzig und allein die Delegirten der Comitate gewählt wurden, sondern nur von den Unadeligen zu tragen gewesen wären. Aber der Edelmann wußte nur allzu gut, daß eine stärkere Belastung des Bauers auch auf ihn selbst nicht ohne Rückwirkung bleibe. Denn je mehr der Bauer dem Staate gegenüber zu tragen hatte, desto weniger konnte er für den Edelmann leisten. Und endlich mochte der letztere, und nicht mit Ungrund besorgen, daß trotz der Versicherung der Regierung ein Theil dieser Lasten, wenn in der That die Schultern des Bauers zu schwach wären für dieselben, nach und nach auf diejenigen des Edelmannes übertragen werden könnten, womit die so eifersüchtig bewahrte Steuerfreiheit desselben vernichtet worden wäre. Darum war man also von allem Anfange an bei der unteren Tafel dem Begehren der Königin nicht günstig gestimmt. Vor

der Hand vermied man zwar jede offene Erklärung hierüber, aber man wandte sich, und mußte dieß wohl auch thun, an die Comitate um Instruction über die Haltung, welche dem Begehren der Regierung gegenüber zu beobachten wäre. Denn wie ein in Preßburg anwesender Zeitgenosse versichert, hatten die Deputirten der meisten Comitate in ihren Instructionen den strengen Auftrag erhalten, nicht nur keine neuen Steuern zu bewilligen, sondern auf Herabsetzung der schon bestehenden zu dringen, indem das Land schon diese nicht mehr zu tragen vermöge [231]. Durch die Einholung der Instructionen allein schon und durch das Abwarten derselben trat aber eine dem raschen und nicht gerade geduldigen Wesen der Kaiserin keineswegs willkommene Verzögerung ein.

Die Zwischenzeit wurde von der niedergesetzten Commission zur Berathung der Vorlage über die Beschwerden des Landes benützt. In drei verschiedenen Abtheilungen sollten dieselben vorgelegt werden, von welchen die erste die politischen, die zweite diejenigen Beschwerden, deren Behebung die Entrichtung der Contribution erleichtern sollte, die dritte aber die juridischen Beschwerden umfaßte. Jede dieser Abtheilungen sollte von einem anderen Verfasser ausgearbeitet werden. Zu diesem Ende wurde die erste Abtheilung dem Protonotar des Palatins, Gabriel Pécsy, die zweite dem Protonotar des Judex Curiae, Anton Brunszvik, die dritte endlich dem Protonotar des Personals, Paul Nagy zugewiesen.

Brunszvik war der erste, dessen Arbeit, weil sie sich auf den dringendsten Gegenstand, auf die Entrichtung der Contribution bezog, schon in der gemeinschaftlichen Sitzung vom 29. Mai dem Landtage vorgelegt wurde. Nur geringe Aenderungen nahm man an derselben vor; und nachdem auch die erforderliche Vereinbarung mit den Magnaten durch wechselseitiges Nachgeben erfolgt war, kam die Eingabe an die Königin am 3. Juni wirklich zu Stande.

Sie beginnt mit einer in düstere Farben gekleideten Darstellung des materiellen Zustandes von Ungarn. Noch seien, so wird darin gesagt, die Wunden nicht geheilt, welche die Kriege gegen die Türken dem Lande geschlagen hätten. Ja auch der Erbfolgekrieg sei nicht ohne nach-

theilige Rückwirkung auf die Entwicklung des Wohlstandes von Ungarn geblieben. Ueberdieß empfinde man schmerzlich die Nachwehen der Verheerungen, welche durch Seuchen unter Menschen und Vieh, durch Mißwachs, Ueberschwemmungen, durch Heuschreckenschwärme und ähnliche Heimsuchungen über das Land gebracht worden seien. Hiezu komme noch die Geringfügigkeit des Preises, den man für die Naturproducte Ungarns zu erzielen vermöge. Die einer völligen Werthlosigkeit dieser Erzeugnisse fast gleichkommende Unzulänglichkeit ihres Preises rühre aber hauptsächlich davon her, daß denselben jeder Absatz außerhalb Ungarns versperrt sei, während das wenige Geld, welches sich im Lande befinde, für Industrieproducte, an denen es Ungarn größtentheils fehle, nach Außen hin abfließe. Der ehemalige Handel mit ungarischem Hornvieh nach Venedig sei durch die Zölle, denen man ihn in Steiermark und Kärnten unterzogen habe, zu Grunde gerichtet worden. Obgleich man, dieß einsehend, jene Zölle wieder aufhob, blieben jetzt doch die Venetianer den in der Zwischenzeit eröffneten Absatzwegen für Hornvieh aus Albanien und anderen türkischen Nachbarprovinzen treu. Mehr als sechsmalhunderttausend Gulden jährlicher Einnahme würden hiedurch Ungarn entzogen. Der gleichen Bedrückung unterliege dieser Handel nach dem Erzherzogthume Oesterreich. Der unerschwingliche Zoll lähme ihn völlig, und hiezu komme noch, daß man den Ungarn selbst den Durchfuhrhandel mit ihrem eigenen Vieh nach Deutschland nicht gestatte. Die österreichischen Viehhändler und Metzger nähmen denselben für sich allein in Anspruch. In gleicher Art würden auch Wein, Getreide und Wolle bei der Einfuhr in die deutsch-österreichischen Provinzen behandelt; so sei der frühere Zoll auf Getreide jetzt auf das vierfache erhöht worden.

Während in solcher Weise der ungarische Handel empfindliche Beeinträchtigung erfahre und dadurch das Zuströmen baren Geldes in das Land unmöglich gemacht werde, gestatte man, daß dasselbe sich noch auf anderem Wege nach dem Auslande verliere. Obgleich durch die Verträge mit der Türkei der Handel von dort nach Ungarn ausdrücklich nur auf Waaren beschränkt sei, geschehe es doch ungestraft, daß Serben, Griechen und Armenier viele tausend Stücke Vieh aus den türkischen Grenzländern nach Ungarn trieben, sie dort vortheilhaft

verkauften und daher große Geldsummen aus Ungarn nach der Türkei brächten. Ebenso hätten Griechen, Armenier und Juden sich des vormals ziemlich schwunghaften Handels mit Tokayer Wein nach Galizien größtentheils bemächtigt und denselben theils zu eigenem Vortheile ausgebeutet, theils durch Verfälschung des Weines zu Grunde gerichtet. Es möge daher diesen Leuten der Ankauf von Wein und der Handel mit demselben völlig verboten werden. Die Anfertigung von Kleidungsstücken für das Militär werde niemals in Ungarn bewerkstelligt, obwohl dieselben hier billiger und besser beigestellt werden könnten als anderswo. Durch die Abhaltung von Uebungslagern und die Herbeischaffung zahlreicher Erfordernisse für dieselben, hauptsächlich aber durch die Vorspann und Einquartierung würden den Steuerzahlern sehr beträchtliche Lasten auferlegt. Aus all diesen Gründen könne der Landtag nur bedauern, daß die Kräfte des Landes nicht gleichen Schritt hielten mit dessen Wünschen. Sonst würde man mit derselben Bereitwilligkeit, mit der man, als die drängende Gefahr es verlangte, Blut und Leben für die Königin opferte, auch jetzt ihr Begehren erfüllen. Aber sie selbst werde die Unmöglichkeit davon einsehen; wollte man solches demungeachtet thun, so würde das steuerzahlende Volk bald die jetzt schon bestehenden Abgaben nicht mehr zu entrichten vermögen. Dennoch werde man das Aeußerste thun, um den Wünschen der Königin gerecht zu werden, hoffe aber, daß zuvor den ihr nun vorgelegten so wie den noch ausständigen Beschwerden und Begehren die erforderliche Berücksichtigung zu Theil werde.

Dieß ist der wesentliche Inhalt der Vorstellung des Landtages, welche schon drei Tage nach ihrer Ueberreichung beantwortet wurde. Mit so tiefem Bedauern die Königin, heißt es in dem Rescripte vom 6. Juni, die Bedenken vernommen habe, welche man der Erfüllung ihres Begehrens entgegenstelle, mit um so größerem Nachdrucke müsse sie auf demselben beharren. Ihre eigene Sicherheit und diejenige ihrer Länder erfordere dieß. Nur wenn zum Schutze derselben ein ausreichendes Heer vorhanden sei, könne man der Zukunft mit Beruhigung entgegensehen. Zum Unterhalte eines solchen Heeres sei aber eine größere Steuerzahlung ganz unerläßlich und eine solche auch von Ungarn um so eher

zu verlangen, als dasselbe ungleich weniger als die übrigen österreichischen Länder von dem Erbfolgekriege gelitten habe. Darum müsse die Königin darauf bestehen, daß die Erhöhung der Contribution von dem Landtage vor allem Uebrigen in Berathung gezogen und beschlossen werde. Sei dieß einmal geschehen, dann sei sie auch bereit, den ihr vorgelegten Beschwerden wenigstens insoweit abzuhelfen, als dieß ohne offenkundige Benachtheiligung ihrer übrigen Länder geschehen könne.

In der gemeinschaftlichen Sitzung vom 7. Juni 1751 wurde diese königliche Botschaft dem Landtage mitgetheilt. Der Palatin Batthyany fügte noch hinzu, daß er der Königin den betrübenden Zustand des Landes gewissenhaft vorgestellt, von ihr aber zur Antwort erhalten habe, das Bedürfniß, die verlangte Steuer zu bekommen, sei noch ungleich größer, denn wenn das Heer nicht in der beantragten Stärke erhalten werden könne, so werde Ungarn selbst die nachtheiligsten Wirkungen davon verspüren. Mit einer lebhaften Ermahnung, der Erfüllung der Wünsche der Königin keine Hindernisse zu bereiten, schloß der Palatin seine Ansprache, welche von anderen Magnaten, dem Judex Curiä Erdödy, dem Tavernicus Grafen Franz Esterhazy und dem Bischof von Waitzen, Grafen Michael Althan angelegentlich unterstützt wurde.

In ihrer Sitzung vom 11. Juni begann die Ständetafel die erneuerte Verhandlung über die königliche Proposition. Georg Fekete eröffnete die Berathung mit dem Begehren, man möge entweder den Wunsch der Königin vollständig erfüllen, oder sich wenigstens darüber schlüssig machen, zu welcher Erhöhung der bisherigen Contribution man sich herbeilassen werde. Ihm erwiderte zuerst Sigismund Szüllö [232]), Vicegespan und Delegirter des Preßburger Comitates, er sei durch seine Instruction beauftragt, in Anbetracht der bedauerlichen Lage des Landes auf Herabsetzung der bisherigen Contribution zu dringen. Er könne daher unmöglich für irgend eine Erhöhung derselben stimmen. Ihn unterstützte der Vicegespan des Zempliner Comitates, Johann Okolicsanyi mit der Bemerkung, ehe der Landtag nicht wisse, welche Erleichterung dem Lande durch die Beseitigung seiner Beschwerden zu Theil würde, vermöge er nicht zu beurtheilen, welch neue Belastung man ihm auflegen dürfe. Dem aber entgegnete der Abgeordnete des

Erlauer Domcapitels, Johann Gusztenу, indem er nachdrücklich betonte, zu allen Zeiten seien zuerst die königlichen Propositionen und erst nach ihnen die Beschwerden des Landes zur Entscheidung gekommen. Man möge sich mit dem Worte der Königin begnügen, daß sie die letzteren, die Gravamina, wie sie in Ungarn allgemein genannt wurden, berücksichtigen werde. Darum sei die Berathung der Proposition nicht länger zu verzögern und ein Beschluß über die Höhe der Summe zu fassen, um welche man die Contribution zu vermehren gedenke.

Die Aeußerungen dieser drei ersten Redner wurden hier absichtlich angeführt, weil durch sie die Verschiedenheit der Meinungen, welche zum Ausdrucke kamen, und diejenige der Parteien sich charakterisirt, die sich gegenüber standen. Während die Anhänger der Regierung darauf drangen, daß in die Berathung der Propositionen eingegangen, und wenn nicht der ganze, so doch ein beträchtlicher Theil des von der Königin verlangten Zuschusses zu der Contribution zugestanden werde, waren die Gegner theilweise für völlige Ablehnung jedweden Zuschusses, theilweise dafür, daß der Berathung über die Forderung der Regierung die Beschlüsse über die Gravamina vorhergehen sollten. Und was die Zusammensetzung der beiden Parteien betraf, so bestand die eine zumeist aus den Beamten [233]) und den Delegirten der Domcapitel, die andere aber aus den Abgeordneten der Comitate. Insbesondere waren es die Geistlichen, welche in dieser und den folgenden Sitzungen die Sache der Regierung mit Ausdauer verfochten. Am 12. Juni stellte ein anderes Mitglied des Erlauer Domcapitels mit dem echt deutschen Namen Mathias Hueber den positiven Antrag, der Königin eine Erhöhung der bisherigen Contribution um vier oder fünfmalhunderttausend Gulden anzubieten. Ihn unterstützten nicht nur der Canonicus Johann Damiani aus Preßburg, sondern auch Gabriel Pronay, Delegirter des Pester Comitates, während die beiden Vertreter des Zempliner und des Veszpriner Comitates, Johann Okolicsanyi und Caspar Czuzy dem entschieden widersprachen. Die angebliche Nothwendigkeit einer Erhöhung der Contribution müsse, so behauptete der letztere, vor der Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung zurückstehen. Endlich brachte nach vielstündigem Streite der Protonotar Paul Nagy wenigstens insofern eine Einmüthigkeit in

die Versammlung, als sie seinem Antrage sich anschloß, die Meinung der Mehrzahl der Anwesenden durch eine Abstimmung zu constatiren. In dieser wurde beschlossen, eine Deputation an die Magnatentafel mit der Botschaft zu senden, man könne in eine Erhöhung der Contribution nicht willigen, ehe man nicht wisse, aus welchen Mitteln man dieselbe zu bestreiten vermöge.

Die Magnaten erwiederten darauf, es gebe zur Aufbringung der zu bewilligenden Summe selbstverständlich kein anderes Mittel als deren Entrichtung durch das steuerzahlende Volk. Dennoch sei die Erhöhung der Contribution nicht zu verweigern, schon darum nicht, weil die finanzielle Lage der Königin nach dem Verluste einträglicher Provinzen ungleich schlimmer sei als zuvor, während in Ungarn der Wohlstand sich sichtlich gemehrt habe. Die Erhaltung des Friedens, welche nur durch eine achtunggebietende Heeresmacht verbürgt werden könne, sei aber nicht so sehr persönliches Interesse der Königin als des Landes selbst. Endlich erheische die ansehnliche Vergrößerung der kaiserlichen Familie trotz aller Sparsamkeit doch auch eine beträchtliche Vermehrung der Ausgaben für den Hof. Aus all diesen Gründen möge man der erforderlichen Erhöhung der Contribution sich nicht länger entziehen.

Nach der Entfernung der Deputation der Magnaten begann der Streit bei der Ständetafel von Neuem und er erfüllte auch noch die nächste Sitzung, bis endlich beschlossen wurde, der Magnatentafel anzuzeigen, man könne über die verlangte Erhöhung der Contribution erst dann sich entscheiden, wenn über die Beschwerden des Landes, und zwar nicht blos diejenigen, welche bereits zur Kenntniß der Königin gebracht worden, sondern auch über die noch nicht zur Berathung gelangten eine königliche Entschließung vorliegen werde. Man müsse daher vor Allem an die Ausarbeitung dieser letzteren Vorlage schreiten.

Nicht ohne sichtliches Widerstreben fügten die Magnaten sich in das Begehren der Stände. Sie benützten jedoch, den Palatin an der Spitze, die nun eintretende Pause in den Landtagsverhandlungen, um die Mitglieder der unteren Tafel für die Wünsche der Königin günstiger zu stimmen. Es soll nicht gesagt werden, daß sie sich hiezu

unlauterer Mittel bedienten, wenigstens würde es für eine solche Behauptung an jeglichem Anhaltspunkte fehlen. Aber was nur auf dem Wege der Ueberredung geschehen konnte, das wandten sie an, um die Hindernisse zu besiegen, welche sich der Erfüllung ihrer eigenen Versprechungen entgegenstellten. Denn sie selbst waren es ja, wie zuvor schon gesagt worden, oder wenigstens die Hervorragendsten aus ihnen, welche die Kaiserin durch die Aussicht auf Erfüllung ihrer Wünsche zur Zusammenberufung des Landtages vermocht hatten. Und nicht allein die Geldfrage war es, um deren günstige Entscheidung es sich handelte; noch andere und höhere politische Rücksichten kamen in Betracht, welche es ungemein wünschenswerth erscheinen ließen, daß der ungarische Landtag dem Begehren der Königin baldigst und in möglichster Vollständigkeit entspreche. Allen Fürsten Europa's gegenüber sollte der unwiderlegliche Beweis geliefert werden, daß die Ungarn, in früherer Zeit so oft im Aufstande wider das Haus Oesterreich und Feinde desselben, nun ihrer alten Abneigung völlig entsagt hätten, und eine verläßliche Stütze des Herrscherhauses seien. Ein sprechenderes Zeugniß dafür aber könne es nicht geben, als wenn die Ungarn sich die von der Monarchin verlangten Steuern freiwillig auferlegen würden. Allen fremden Regierungen müßte es dann klar sein, daß wer künftighin das Haus Oesterreich angreifen wolle, es auch mit den Ungarn zu thun haben werde, während in früherer Zeit bei jedem ausbrechenden Kriege die deutschen Kaiser aus dem habsburgischen Hause einen beträchtlichen Theil ihrer Streitkräfte, statt gegen den offenen Feind, dazu verwenden mußten, um die Ungarn im Zaume zu halten und einen Aufstand in ihrem Lande zu verhüten [234]).

Durch solche Betrachtungen angespornt, bemühten die Magnaten sich eifrigst, die Mitglieder der Ständetafel für die Begehren der Regierung zu gewinnen. Sie wiesen darauf hin, daß jetzt die Gesammtzahl der unter den österreichischen Fahnen befindlichen ungarischen Truppen schon vierunddreißigtausend Mann ausmache. Einer Menge von Mitgliedern des unbemittelten Theiles des ungarischen Adels biete sich hiedurch ein ehrenvoller Lebensunterhalt. Es sei nicht mehr als billig, daß auch Ungarn hiezu das Seinige beitrage. Die Einverleibung

beträchtlicher Landstriche, insbesondere des Temescher Banates werde es möglich machen, auch weit größere Lasten zu tragen als bisher. Und endlich sei es nicht wahr, daß sich in Ungarn so wenig an Geld und Geldeswerth befände, wie man immer behaupte. Nur allein die während der verflossenen Feldzüge gemachte Beute habe so viele Reichthümer nach Ungarn gebracht, daß die Deckung einer solchen Ausgabe dem Lande nicht schwer fallen könne [235]).

Diese und ähnliche Vorstellungen blieben denn auch wenigstens nicht ohne allen Erfolg. In der Sitzung vom 21. Juni machte sich derselbe bemerkbar. Sie wurde von dem Personal Fekete mit der Hinweisung eröffnet, wie unschicklich es sei, daß man der Königin, welche sich jetzt schon mehr als sechs Wochen in Preßburg befinde, noch immer keine Antwort auf ihre Proposition ertheilt habe. Dem entgegnete Paul Festetics, Vicegespan des Oedenburger Comitates, daß man nicht abgeneigt sei, der Königin, wenn sie in Geldbedrängniß sich befinde, Beistand zu leisten, nur müsse sie auch der Erwartung entsprechen, daß den Beschwerden des Landes Abhülfe zu Theil werde. Auch die früheren Opponenten Czuzy und Szüllö sprachen nun in dem gleichen Sinne, der Delegirte des Neograder Comitates Joseph Darvas aber stellte den positiven Antrag, daß der Königin die Beschwerden des Landes vorgelegt und gleichzeitig dreimalhunderttausend Gulden als Erhöhung der bisherigen Contribution angeboten werden sollen. Nur der hartnäckigste Gegner, Johann Okolicsanyi, widersprach auch noch jetzt. Kein Comitat werde sich, so erklärte er, wenn ihm die Quote bekannt gegeben würde, die es bei der Vertheilung der Steuererhöhung treffe, zu deren Uebernahme bereit finden lassen. Und als trotzdem durch die Mehrheit der Stimmen die Bewilligung einer Zubuße von dreimalhunderttausend Gulden beschlossen wurde, da sprach Okolicsanyi neuerdings von dem elenden Zustande und dem Unvermögen seines Comitates. Wenn es der Landtag von der ihm zugedachten Mehrbelastung nicht ausnehme, so werde er sich zu diesem Ende an die Königin wenden. Demungeachtet ging die gewöhnliche Deputation an die Magnaten, um denselben den Beschluß der Ständetafel anzukündigen, und sie zum Beitritte einzuladen.

Wie leicht vorherzusehen war, konnte ein Beschluß, welcher der Königin nur den vierten Theil der von ihr ursprünglich verlangten Summe bewilligen wollte, die Zustimmung der Magnaten nicht finden. Im Namen derselben verkündigte also der Erzbischof von Erlau der unteren Tafel, daß die Magnaten den Beschluß der Stände, eine Erhöhung der bisherigen Contribution vornehmen zu wollen, nur mit Freude begrüßt hätten. Mit dem Ausmaße derselben aber könnten sie keineswegs einverstanden sein, indem dasselbe sowohl dem Verlangen als dem wahren Bedürfnisse der Regierung durchaus nicht entspreche. Auch bei einer Verdopplung der bewilligten Summe würde sie erst die Hälfte derjenigen betragen, welche in der Proposition enthalten sei. Die Stände mögen sich also wenigstens zu dieser Verdopplung, das ist zur Bewilligung von sechsmalhunderttausend Gulden entschließen.

Nachdem der Erzbischof Barkoczy geendet und den Ständesaal verlassen hatte, entspann sich über seine Botschaft eine stürmische Discussion. Fekete beantragte, man möge dem Vorschlage der Magnaten sich anschließen, worauf Czuzy erwiederte, es sei ganz unmöglich, über die dreimalhunderttausend Gulden noch hinauszugehen. Nagy sprach wieder im Sinne des königlichen Personals, und der Abgeordnete des Heveser Comitates Michael Saghy schlug zuerst vor, man möge die bewilligte Zubuße auf fünfmalhunderttausend Gulden erhöhen. Dem widersprach jedoch Okolicsanyi in heftiger Weise. Auch am nächsten Tage noch währte der Streit. Unter den Gegnern einer ferneren Erhöhung machte sich dießmal auch der Abgeordnete des Barser Comitates Paul Bacskady bemerkbar, während der Personal Fekete all seine Beredsamkeit aufbot, um die Stände wenigstens zur Annahme des gestrigen Saghy'schen Antrages, d. i. zur Bewilligung einer halben Million zu vermögen.

Unbeschreiblich war die Aufregung und das wilde Getöse, welche während dieser Erörterung im Ständesaale herrschten. Laut protestirten die Abgeordneten aus den Kreisen diesseits und jenseits der Theiß gegen jede Mehrbelastung ihrer Comitate. Und als es endlich zur Abstimmung kam, da erreichte das wüste Geschrei seinen Höhepunkt.

Von beiden Seiten wurde fortwährend die höhere und die niedere Summe gerufen oder vielmehr gebrüllt, und die ungestüme Landtagsjugend, die sogenannten Juraten und Schreiber der Abgeordneten gesellten, natürlich fast Alle im Sinne der Opposition, ihre ausgiebigen Stimmen zu denen der wirklichen Mitglieder der Versammlung. Endlich setzte der Personal diesem Unfuge ein Ziel, die Abstimmung wurde vorgenommen und die Mehrheit entschied sich für die höhere Summe.

Von Seite der Magnaten war es ein ziemlich gewagtes Spiel, daß sie Angesichts eines nur mit so großer Anstrengung zu Stande gekommenen Beschlusses doch auf der früher verlangten Erhöhung von sechsmalhunderttausend Gulden auch jetzt noch beharren zu können glaubten. Ihre in diesem Sinne abgefaßte Botschaft wurde jedoch von der Ständetafel einmüthig zurückgewiesen. Aber auch die Magnaten blieben bei ihrem Ausspruche, welchem nun, seinem Amte gemäß, der Personal Fekete in der nächstfolgenden Sitzung, am 23. Juni, nochmals bei den Ständen Eingang zu verschaffen suchte. Aber wieder verharrten die Stände einstimmig auf ihrem gestrigen Beschlusse. Wenn sie auch, so antworteten sie, noch ein Jahr hindurch in Preßburg verweilen müßten, so würden sie doch niemals ein Mehreres bewilligen. Ja auch das könnten sie nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung thun, daß die Bedingungen erfüllt würden, an welche sie die Bewilligung zu knüpfen für gut fänden. Diese Bedingungen aber beständen im Wesentlichen darin, daß alle Begehren und Beschwerden des Landes zustimmend erledigt würden. Die zugesagte Einverleibung des Temescher Banates und anderer Gebietstheile habe wirklich zu geschehen; jede sonstige Leistung für das Militär aber oder zu ähnlichen Zwecken künftighin wegzufallen. Die ganze Bewilligung dürfe nur auf drei Jahre in Kraft bleiben.

Nun gaben endlich auch die Magnaten nach; sie erklärten sich einverstanden mit der Bewilligung der von den Ständen ausgesprochenen Summe. Sie fügten noch hinzu, daß was die Durchsetzung der Begehren und Beschwerden des Landes betreffe, man auf ihre Mithülfe zählen dürfe. Aber sie waren nicht dafür, daß man der

Königin die Bedingungen vorschreibe, an deren Erfüllung die Stände die Gültigkeit ihrer Bewilligung zu knüpfen gedachten. Demungeachtet wandten sich die Letzteren nun der weitläufigen Berathung der Begehren und Beschwerden des Landes, der Postulate und Gravamina zu.

Es ist nicht anders als natürlich, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Magnatentafel auf der früheren Forderung nicht hatte beharren können. Jetzt war die Reihe, in der Sache ein Wort mitzusprechen, an Maria Theresia selbst, welche nichts weniger als erbaut war von der nach ihrem Ermessen allzu weit gehenden Schmälerung der von ihr verlangten Summe. Aber sie gab die Hoffnung nicht auf, noch eine ziemlich beträchtliche Erhöhung derselben zu erwirken. In dieser Meinung wurde sie von hervorragenden Männern des Landes unterstützt, welche auch jetzt noch glaubten, daß eine Gesammtbewilligung von acht- bis neunmalhunderttausend Gulden sich werde durchsetzen lassen. Darum richtete die Königin am 27. Juni eine neue Botschaft an den Landtag. Mit großer Behutsamkeit war dieselbe abgefaßt. Sieben Wochen seien vorübergegangen, so heißt es darin, seit die Stände in dem Besitze der königlichen Propositionen sich befänden. Noch immer liege keine Erklärung des Landtages über deren Inhalt vor. Es nähere sich jedoch der Termin, bis zu welchem der Schluß des Landtages gesetzlich stattzufinden habe. Er möge also bedacht sein, zunächst die Angelegenheit wegen der Contribution und dann die übrigen Landtagsgeschäfte unverweilt zu Ende zu führen.

Auch jetzt wieder waren die Magnaten und die Stände verschiedener Meinung. Die Ersteren hielten es für unschicklich und verletzend, bei Beantwortung der königlichen Propositionen noch irgend welche Verzögerung eintreten zu lassen. Die Letzteren aber beharrten darauf, ihre Erklärung über die Erhöhung der Contribution nur gleichzeitig mit den Begehren und Beschwerden des Landes zur Vorlage zu bringen. Und endlich einigte man sich dahin, wenigstens diejenigen Punkte der Gravamina, welche mit der Contribution und ihrer verlangten Erhöhung in innigem Zusammenhange standen, jetzt schon und gleichzeitig mit der Erklärung über die letztere der Königin vorzulegen. Als solche Beschwerdepunkte wurden gewisse Bestim-

mungen des bisherigen Militärreglements so wie die unentgeltliche Leistung von Arbeiten und Vorspannsfuhren bezeichnet. Endlich sei die Verwahrung beizufügen, daß für uneinbringliche Rückstände an der Contribution Niemand eine Haftung zu übernehmen habe und Keiner zu einer Zahlung an Stelle eines Anderen verhalten werden könne. In der Hauptsache selbst aber, der Contributionserhöhung wurde an dem bereits votirten Betrage einer halben Million festgehalten.

So lautete im Wesentlichen die Zuschrift, welche am 30. Juni der Landtag an Maria Theresia richtete. In einem so ehrfurchtsvollen Tone war sie gehalten, daß das Bestreben, der Königin die unvollständige Erfüllung ihrer Wünsche durch schmeichelhafte Worte möglichst zu versüßen, deutlich an's Licht tritt. „Durch die Gnade Eurer gehei- „ligten Majestät ist uns," so heißt es darin, „ein glückliches Leben „beschieden. Der Friede ist bis auf den heutigen Tag ungestört geblie- „ben; geheiligt und unverletzt sind unsere Gesetze und Freiheiten. „Streng werden Gewaltthätigkeit und Unrecht, noch strenger Verbre- „chen bestraft; überall wird, und zwar für den Höchsten wie den „Niedrigsten gleichmäßig die öffentliche Ruhe aufrecht erhalten. Daß „dieser glückliche Zustand nicht nur auf uns sich erstrecke, sondern daß „dereinst auch unsere Enkel sich desselben erfreuen, dazu werden schon „jetzt durch Eure geheiligte Majestät die Grundlagen gelegt und alle „Vorkehrungen getroffen, damit nicht ein unglückliches Ereigniß Scha- „den bringen könne. Und wir sind dessen gewiß, daß, indem Eure „kaiserlich königliche Majestät[236]) mit heiligem Eifer vorangehen, daß „sowohl in der Oeffentlichkeit als insgeheim jedem Bedürfnisse mit „frommer Nächstenliebe abgeholfen werde, Ihren Bestrebungen auch „der Segen Gottes nicht fehlen wird. Ueberall wird durch das Bei- „spiel des erhabenen kaiserlich königlichen Hauses der Same der Tugend „gesäet und das Laster ausgerottet. In diesem Glanze der Frömmigkeit „und Unschuld wird auch unser zukünftiger königlicher Herr, der Kron- „prinz, in ihm wird die übrige Nachkommenschaft Eurer Majestät, diese „Hoffnung und Stütze Ihrer Reiche, erzogen. Und was unserem ganzen „Volke zu höchster Freude gereicht, besteht darin, daß durch die ganz „besondere Gnade Eurer Majestät jene Erziehung, von welcher das

„Glück Ihrer Reiche und Provinzen vornehmlich abhängt, einem Manne „aus unserem Volke anvertraut wurde.“

Versicherungen der unverbrüchlichsten Treue, des sehnsüchtigen Wunsches, all ihren Begehren gerecht werden zu können, aber auch des lebhaften Bedauerns wurden hieran gereiht, daß die Armuth der Steuerzahler und der Mangel an Geld es durchaus nicht gestatte, eine beträchtlichere Erhöhung der Contribution als um eine halbe Million vorzunehmen. Und auch diese könne unmöglich für länger als eine dreijährige Dauer, somit nur bis zu dem Zeitpunkte zugestanden werden, in welchem die Gesetze des Landes die Einberufung eines neuen Landtages nothwendig machten.

In der Sitzung vom 7. Juli wurde dem Landtage die Antwort der Königin auf diese Eingabe mitgetheilt. Obwohl sie, so heißt es darin, wenigstens die Bewilligung einer Million gewünscht hätte, welche auch leicht bezahlt werden könnte, wenn nur der Mißbrauch abgeschafft würde, daß Viele der Steuerleistung sich entziehen, denen keineswegs das adelige Vorrecht der Befreiung von derselben zustehe, so wolle die Königin doch auch die ihr angebotene Summe, jedoch ohne irgend welche Clausel oder Bedingung, einzig und allein als Erhöhung der bisherigen Militärcontribution annehmen. Was das von den Ständen hieran geknüpfte Begehren betreffe, daß jede unentgeltliche Arbeit und Vorspann hinwegfalle und künftighin bezahlt, sowie daß gestattet werde, in den Sommermonaten die Contribution auch in Naturproducten, wie Getreide oder Heu, zu entrichten, so erklärte die Königin, daß sie diesem Begehren nur dann entsprechen könne, wenn für die hieraus hervorgehende Mehrauslage von den Ständen eine Entschädigung von zweimalhunderttausend Gulden gewährt würde. Auch die gewünschten Veränderungen in dem Militär-Reglement werde sie dann vornehmen lassen. Sie erwarte binnen acht Tagen die Antwort des Landtages, und hoffe, daß derselbe eine gerechte und gewissenhafte Vertheilung der Contribution vornehmen werde. Und da gerade die lange Dauer des Landtages Auslagen herbeiführe, deren Aufbringung den Steuerzahlern ungemein schwer falle, so wünsche die Königin, daß der Landtag bis zu Ende des gegenwärtigen Monates Juli seine Sitzungen schließe.

Der Palatin hielt es für nothwendig, nach Verlesung dieses Rescriptes der Versammlung kundzuthun, daß er sich eifrig bemüht habe, der Königin ihre üble Meinung vom ungarischen Landtage zu benehmen und sie zu bewegen, daß sie nicht auf dem Begehren einer ferneren Erhöhung der schon bewilligten fünfmalhunderttausend Gulden bestehe [237]).

Erst in ihrer Sitzung vom 12. Juli schritt die untere Tafel an die Berathung über den Inhalt des königlichen Rescriptes. Denn die Zwischenzeit war neuerdings von dem Palatin und dem Personal benützt worden, um die Stände im Sinne der Regierung zu bearbeiten. Fekete stellte nun den Antrag, es möge dem Begehren der Königin willfahrt und die Erhöhung des Zuschusses zu der Contribution von fünf auf siebenmalhunderttausend Gulden beschlossen werden. Dießmal eröffnete der Abgeordnete des Raaber Comitates, Alexander Török, den Reigen der Opponenten. Er und Bacskady erklärten im Namen ihrer Comitate, es sei ganz unmöglich, eine noch weiter gehende Erhöhung eintreten zu lassen. Der Letztere wandte sich direct an den Personal mit dem Begehren, er solle sich mit den Ständen zu einer gemeinschaftlichen Vorstellung bei den Magnaten vereinigen, es möge bei den fünfmalhunderttausend Gulden verbleiben und den Steuerzahlern gleichzeitig gestattet werden, in den Sommermonaten die Contribution in Getreide und Heu zu entrichten.

Wirklich wurde eine Deputation an die Magnatentafel entsendet, ihr in diesem Sinne Mittheilung zu machen. Die Letztere stimmte jedoch den Ständen nicht bei und drang auf Erfüllung des Begehrens der Königin. Nun kehrte auch der Personal Fekete auf seinen früheren Antrag zurück. Ihn unterstützte Anton Brunszvik in besonders wirksamer Weise. Der Arader Abgeordnete Andreas Forray schlug vor, die Hälfte der neu geforderten zweimalhunderttausend Gulden zu geben. Heftige Gegenrede erhob sich; insbesondere war es Johann Bohusch, der am leidenschaftlichsten widersprach, und so stürmisch war der Tumult, welcher nun entstand, daß Niemand mehr zu unterscheiden vermochte, welcher Meinung der Einzelne, welcher die Mehrheit der Versammlung sei. Stimmen erhoben sich, welche den Antrag stellten, man möge an

den Kaiser als Mitregenten sich wenden, um durch seine Vermittlung seine Gemalin zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Endlich brachte der Personal den Antrag zur Abstimmung, gegen die von der Königin angebotenen Zugeständnisse ihr die fernere Erhöhung der Contribution um 200.000, im Ganzen also 700.000 Gulden zu bewilligen. Mit wildem Geschrei wurde von der einen Seite mit Ja, von der anderen aber mit Nein geantwortet, und es schien fast unmöglich, sich zu vergewissern, was eigentlich die Mehrheit wolle. Dennoch scheint es, daß die letztere sich zu Gunsten des Begehrens der Königin neigte, wenigstens trat plötzlich ein Mitglied der Versammlung, welches sonst in den Reihen der Opposition stritt, Johann Okolicsanyi mit dem Vorschlage auf, wenn es schon Leute gebe, welche die Bewilligung der zweimalhunderttausend Gulden als einen Vortheil ansähen für das Land, so möge man sie doch nicht als eine Vergütung für gemachte Zugeständnisse, sondern als eine Gabe getreuer Unterthanen an die Königin gewähren. Nun erklärte Alles mit stürmischem Zurufe seine Einwilligung und die 700.000 Gulden waren bewilligt. „Gott möge", so heißt es in den uns vorliegenden Diätalakten, „die armen Steuerzahler in dieser ihrer „Belastung unterstützen und segnen, daß sie einer solchen Vermehrung „der ihnen schon früher auferlegten Bürde zu genügen vermögen. „Hierauf sind die Wünsche, die Gebete Aller gerichtet" [238]).

Gewiß kann dieses Mitleid mit denjenigen, welchen die neue Steuererhöhung auferlegt wurde, kein ungerechtfertigtes genannt werden. Die beste Bethätigung desselben aber hätte wohl darin bestanden, wenn diejenigen, deren Lippen jetzt überflossen von Ausdrücken des Mitgefühles über die Belastung des „armen steuerzahlenden Volkes", die Bürde desselben dadurch erleichtert hätten, daß sie selber Antheil nahmen an der Entrichtung der Steuern.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Stände durch den jetzt in der Aufregung gefaßten Beschluß der Behauptung zuwider handelten, die sie selbst seit zwei Monaten aufgestellt hatten. Besser hätten, so heißt es sogar in den Diätalakten, die Stände gethan, wenn sie, bevor sie die Unmöglichkeit jeder Steuererhöhung erklärten, dieselbe in genauerer

Erwägung der obwaltenden Umstände vorgenommen hätten, statt in solcher Weise ihrer eigenen Behauptung zuwider handeln zu müssen [239]).

Die Stände scheinen übrigens selbst gar bald zur Erkenntniß gekommen zu sein, daß sie sich wenigstens von ihrem Standpunkte aus einer Uebereilung schuldig gemacht hatten. Da jedoch in der Hauptsache nichts mehr geändert werden konnte, geschah dieß wenigstens insofern, daß man in die schriftliche Ausfertigung des Landtagsbeschlusses nicht nur die Bedingungen, zu deren Gewährung die Königin selbst sich bereit erklärt hatte, sondern noch andere Begehren einfließen ließ, deren Genehmigung die Entrichtung der höheren Steuer erleichtern konnte. So sollten die Judentaxe und die Contribution der dem Königreiche neu einverleibten Gebietstheile in der erhöhten Steuersumme inbegriffen sein.

Am 15. Juli wurde diese Vorlage, und zwei Tage später eine zweite, welche die Gravamina des Landes enthielt, der Königin überreicht.

Nicht weniger als siebenundsechzig Punkte umfaßten die allgemeinen Beschwerden des Königreiches Ungarn. Hiezu kamen noch dreizehn der königlichen Freistädte und dreiunddreißig von Croatien und Slavonien. Die Aufzählung all der wirklichen oder vermeintlichen Uebelstände, welche darin zur Sprache gebracht wurden, müßte hier zu weit führen. Es soll nur erwähnt werden, daß in dem ersten Punkte über die stete Abwesenheit der Monarchen und ihren Aufenthalt außerhalb des Landes Klage geführt und hieran die Bitte geknüpft wurde, die Kaiserin möge, wenn nicht immer, so doch abwechselnd mit ihren übrigen Ländern auch in Ungarn ihren Wohnsitz nehmen. Die Einkünfte des Palatins, die Wiederbesetzung des Postens eines Primas von Ungarn bildeten den Inhalt der nächsten Punkte. Der ungarischen Hofkammer möge das Recht der unmittelbaren Correspondenz mit der Monarchin gewährt, und ihr allein, nicht aber den in Wien residirenden Behörden das ungarische Bergwesen untergeordnet werden. Bei den ungarischen Regimentern seien vorzugsweise Ungarn zu Offizieren zu befördern, die Generale und Commandanten ungarischer Nationalität aber denen der übrigen Provinzen gleichzustellen. Nachdem die Ordensprovinz der Jesuiten, welche bisher als die österreichisch-ungarische bestand, einen zu großen Umfang erlangt habe, um von ihrem Vorgesetzten entsprechend geleitet werden

zu können, und in Folge dessen die Jesuiten in Ungarn, meistentheils der Landessprache fremd, auch den Unterricht nur in ganz ungenügender Weise zu versehen vermöchten, sei zur Beseitigung dieser Uebelstände eine eigene ungarische Ordensprovinz der Jesuiten zu errichten. Den Uebergriffen der Priester griechischen Glaubensbekenntnisses und den Bedrückungen, die sie dem Volke gegenüber sich erlaubten, möge ein Ziel gesetzt werden. Auch dem Unfuge sei zu steuern, demzufolge Landstreicher jeder Art unter Anlegung des geistlichen Kleides als Eremiten sich ansiedeln, durch Anforderungen an den Landmann denselben bedrücken und endlich durch Ausschweifungen Uebles stiften und die angemaßte geistliche Würde dem Aergernisse preisgeben. Schließlich mögen die Rückstände von den früheren Contributionen, welche bei dem besten Willen wegen Armuth der Steuerzahler nicht entrichtet werden konnten, nicht ferner verlangt, sondern in Gnaden nachgesehen werden.

Während er der Antwort auf diese Vorlage harrte, setzte der Landtag eine Commission nieder, welche dem Begehren der Königin zufolge einen Vorschlag zu gerechter Vertheilung der Steuererhöhung auszuarbeiten hatte. Der Palatin und je zwei Magnaten aus den vier Kreisen des Landes, dann der Personal, der Protonotar des Palatins, je drei Abgeordnete aus jedem der Kreise, vier Vertreter der Städte, einer des Clerus und einer der abwesenden Ständemitglieder, also neun Magnaten und zwanzig Angehörige der unteren Tafel bildeten diese Commission. Viele der hervorragendsten Männer des Landtages, Ludwig Batthyany, Georg Erdödy, Franz Barkoczy, Anton Grassalkovics von der oberen, Georg Fekete, Gabriel Pécsy, Johann Okolicsanyi, Kaspar Czuzy von der unteren Tafel nahmen an ihr Theil.

Noch war die Commission nur wenig vorgerückt in ihrer mühevollen Arbeit, als am 24. und 27. Juli die Antworten der Königin auf die Vorlagen der Stände erfolgten.

Wie wir aus ihren vertraulichen Mittheilungen an Bartenstein wissen, war Maria Theresia von dem Gange der Landtagsverhandlungen keineswegs erbaut. Nicht daß der bewilligte Betrag die Hälfte des gestellten Begehrens nur wenig überstieg, war Schuld an dem Unmuthe

der Kaiserin; sie selbst bezeichnet die gewährte Summe als eine für Ungarn beträchtliche [240]). Durch die Art und Weise der Verhandlungen aber, durch die Reden, welche gehalten wurden, und die Schriften, die erschienen, fühlte sie sich verletzt [241]). Als Bartenstein ihr sagte, auch im Jahre 1741 habe es düster ausgesehen; so wie damals, könne auch jetzt noch Alles gut gehen, dazu sei aber weniger eine gewisse Schärfe als Standhaftigkeit nöthig, da antwortete sie ihm: „Ihr habt Recht, das ist aber die Kunst" [242]).

Doch gab sie dieser Mißstimmung in den Rescripten nicht Ausdruck, welche sie an den Landtag erließ. An die Worte des Dankes und der Anerkennung für die Bewilligung der verlangten 700.000 Gulden knüpfte Maria Theresia, auf die einzelnen gleichzeitigen Begehren der Ungarn eingehend, die Versicherung, daß sie nicht verlange, es möge der Eine für die Zahlung des Anderen haften. Um so zuversichtlicher erwarte sie jedoch, die Stände würden die Vertheilung der Contribution in der Art vorzunehmen wissen, daß dadurch die wirkliche Einzahlung der ganzen Summe verbürgt werde. Die Einbeziehung der incorporirten Gebietstheile in die Contribution und die Aufnahme der von dem Landtage gewünschten Abänderungen in das Militärreglement wurden zugesagt, diese Veränderungen aber in einem abgesonderten Schriftstücke gleichzeitig vorgelegt.

Was die von Ungarn so dringend gewünschte Erleichterung des Handels mit Vieh und Bodenproducten anging, so habe sie, wurde im Namen der Königin erklärt, diesem Gegenstande immer ihre Aufmerksamkeit zugewendet, und sie hoffe zuversichtlich das erwünschte Ziel zu erreichen, wenn solches nur nicht durch den Landtag selbst gehindert oder wenigstens verzögert werde [243]). Denn in der Hand der Ungarn liege es zunächst, durch pünktliche Erfüllung der Vorbedingungen eines lebhafteren Handelsverkehres demselben neuen Aufschwung zu verleihen. Das Ausland lasse sich bekanntlich in derlei Dingen keinem Zwange unterwerfen [244]). Die in Triest bestehende und mit Hilfsmitteln reichlich ausgerüstete Handelsgesellschaft wirke bereits zu Gunsten des ungarischen Handels nach Außen; zu seiner Förderung seien nicht nur die Zölle herabgesetzt, sondern auch Verhandlungen mit Baiern angeknüpft worden,

um das Gleiche hinsichtlich der Donauzölle zu erlangen und Hindernisse zu beseitigen, welche der Ausfuhr ungarischen Viehes nach Augsburg, Nürnberg und anderen Reichsstädten im Wege stünden. In gleichem Sinne werde man auch mit der Republik Venedig Verhandlungen pflegen [245]). Andere Maßregeln zur Erreichung desselben Zweckes könnten nicht überstürzt, sondern müßten vorerst mit der ungarischen Statthalterei wohl überlegt werden. Was den durch Serben, Griechen und Armenier betriebenen Viehhandel aus den türkischen Provinzen nach Ungarn betreffe, so möge man bedenken, daß die Königin alle ihre Unterthanen und Länder mit gleicher Liebe umfassen müsse. Jedenfalls bedürfe sie voller Gewißheit darüber, ob auch ohne Einfuhr dieses Viehes Ungarn seinen eigenen Bedarf hieran gänzlich zu decken vermöge, und ob durch Untersagung solchen Handels nicht etwa bedauerlicher Nachtheil entstehen könnte. Erst nach Beseitigung dieser Besorgnisse wäre mit der türkischen Regierung Unterhandlung über diesen Gegenstand zu pflegen. Früher könne eine Entscheidung hierüber nicht erfolgen.

In gleicher Weise wurde der Punkt, welcher sich auf den Handel mit Tokayer Wein nach Polen bezog, jedoch mit dem Beisatze beantwortet, daß gegen die Verfälschung desselben strenge Vorkehrung zu treffen sei.

Dieß war im Wesentlichen die Erwiederung Maria Theresia's auf die Vorlagen der Stände, insoweit sie auf die Erhöhung der Contribution sich bezogen. Was die allgemeinen Beschwerden des Landes betraf, so erklärte die Königin, dem ersten Punkte derselben künftighin durch häufigere Anwesenheit im Lande Genüge leisten zu wollen. Die gesetzlichen Vorrechte des Palatins hätten die königliche Bestätigung erhalten und ihm werde außer den ihm zustehenden Einkünften aus den Districten der Jazygier und Cumanier ein Jahresgehalt von dreitausend Dukaten zu Theil werden. Die ungarische Hofkammer verbleibe in ihrem Rechte der unmittelbaren Correspondenz mit der Monarchin; die Unterordnung des ungarischen Bergwesens unter die ungarischen Finanzbehörden könne jedoch darum nicht Platz greifen, weil das Interesse der ganzen Monarchie es erfordere, daß sämmtliche Geschäfte, welche sich auf die Bergwerke bezögen, nach gleichen Grundsätzen besorgt

würden, zu welchem Ende denn auch eine gemeinschaftliche Oberbehörde hiefür errichtet worden sei. Gern wolle sie, dem Wunsche des Landtages gemäß, auch gebornen Ungarn Anstellungen im Bergwesen verleihen, nur müßten dieselben durch Theilnahme an den hiefür vorgeschriebenen Studien sich die unerläßlichen Vorkenntnisse dazu erwerben. Auf die Kriegstüchtigkeit der Ungarn und ihre angemessene Stellung im Heere habe die Königin jederzeit und zwar in solchem Maße Rücksicht genommen, daß jetzt schon deutsche Regimenter an Ungarn verliehen worden seien. Dem Wunsche wegen Errichtung einer eigenen Ordensprovinz der Jesuiten für Ungarn werde die Königin ihre Aufmerksamkeit zuwenden und in diesem Sinne Verhandlungen pflegen. Dem Unfuge der das Land durchziehenden und überall sich niederlassenden Einsiedler werde sie steuern, die Bitte um Nachsicht der unbezahlt gebliebenen Abgaben könne sie jedoch um so weniger gewähren, als die Bedürfnisse des Staatsschatzes ihr solches unmöglich machten. Sie müsse vielmehr die Stände ermahnen, auch ihrerseits Alles aufzubieten, um die Hereinbringung der rückständigen Steuern baldmöglichst herbeizuführen.

Es ist nicht ohne Interesse zu sehen, wie einer der Hauptgrundsätze des modernen Verfassungslebens, nicht den unverantwortlichen Träger der Krone, sondern die ihm beigegebenen Rathgeber als diejenigen hinzustellen, von denen die Regierungsmaßregeln eigentlich ausgehen, und welche somit einzig und allein für dieselben verantwortlich zu machen sind, der alten ungarischen Verfassung unbekannt war. Bei Allem was geschah, wurde der Name des Monarchen in den Vordergrund gestellt; er wurde gepriesen, wenn ein allgemein gehegter Wunsch in Erfüllung ging, gegen ihn aber wendete sich auch der Unmuth, wenn solches nicht geschah.

Es läßt sich nicht leugnen, daß dieß letztere damals der Fall war, und daß die Rescripte der Königin, als sie am 29. Juli in gemeinschaftlicher Sitzung des gesammten Landtages vorgelesen wurden, wenigstens bei den Mitgliedern der unteren Tafel nicht geringe Unzufriedenheit erregten. In großer Bestürzung verließen sie den Saal [246]). Und es ist nicht zu bestreiten, daß in demjenigen, was der Landtag am lebhaftesten wünschte und am dringendsten verlangte, seinem Begehren

nicht Genüge geschehen war. Für ihn handelte es sich um nichts so sehr, als um die Erleichterung, ja wo möglich um völlige Freigebung des Handels mit Vieh und Bodenproducten nach Mähren, nach Nieder-Oesterreich und Steiermark.

Die Zwischenzolllinie und die hohe Einfuhrgebühr, welche an derselben für derlei Handelsartikel bestand, war den Ungarn verhaßt; von ihrer Beseitigung allein erwarteten sie Zufluß von Geld und mit demselben Wohlstand für sich und ihr Land. In der immer wiederkehrenden Ablehnung der hierauf gerichteten Begehren erblickten sie eine unglaubliche, durch nichts zu rechtfertigende Bevorzugung der deutsch-österreichischen Provinzen, und die Behauptung war nicht bloß damals allgemein, sondern sie findet auch in den hervorragendsten Geschichtswerken der Ungarn sich wieder, daß nur die deutschen Räthe der Monarchen es gewesen seien, welche sie von der Gewährung dieser gewiß billigen Forderung abhielten. Denn dann hätten diese und ihre Standesgenossen ihre eigenen Bodenproducte nicht mehr um die bisherigen hochgespannten, sondern nur um die ungleich niedrigeren Preise zu verwerthen vermocht, mit welchen die Ungarn sich zufrieden stellen würden.

Dem vorurtheilsfreien Blicke war es jedoch schon damals klar, daß was von den Ungarn unter dem Anscheine der größten Billigkeit verlangt wurde, nichts anderes als die schreiendste Ungerechtigkeit gegen die Bewohner der übrigen österreichischen Provinzen mit sich geführt hätte. Denn die letzteren waren ja mit Steuern und Abgaben jeder Art dermaßen überlastet, daß hiemit die ungarische Contribution auch nach ihrer Erhöhung noch immer nicht zu vergleichen war. Zieht man noch außerdem in Betracht, daß die zwei am reichsten begüterten Stände in Ungarn, die Geistlichkeit und der Adel, gar keine Steuer bezahlten, während es in den anderen österreichischen Ländern kein solches Privilegium mehr gab, so war es nur selbstverständlich, daß der Grundbesitzer in diesen Provinzen durch die Zwischenzolllinie vor einer Concurrenz geschützt werden mußte, deren Zulassung ihn entweder zu fernerer Entrichtung der Steuern unfähig gemacht oder die Regierung genöthigt haben würde, ihm dieselben zu erlassen. Das eine wie das andere war aber

ganz unmöglich, und darum konnte schon damals und bis auf die neueste Zeit die Zwischenzolllinie nicht fallen, ehe nicht auch die Steuerfreiheit des Adels und der Geistlichkeit in Ungarn beseitigt und die allgemeine Besteuerung daselbst eingeführt war.

Wenn sich also die Ungarn verstimmt zeigten über die Nichtberücksichtigung ihrer Bitten, so klagte Maria Theresia mit noch größerem Rechte darüber, daß derlei unerfüllbare Begehren, und daß sie noch überdieß mit Ungestüm und Hartnäckigkeit an sie gestellt wurden [247]). Der gegenseitige Mißmuth wurde natürlicher Weise auch durch die Auszeichnungen nicht beschwichtigt, mit welchen die Kaiserin diejenigen bedachte, die sich ihr als treue Anhänger bewiesen. So wurde der Erzbischof von Kalocsa, Graf Nicolaus Csaky, zum Primas von Ungarn und Erzbischof von Gran ernannt, während gleichzeitig der Bischof Franz Klobusiczky das hiedurch freigewordene Erzbisthum Kalocsa erhielt. Graf Anton Grassalkovics wurde zum Obergespan für das Neograder, Georg Fekete aber als solcher für das Arader Comitat bestimmt.

Es konnte nicht dazu beitragen, Maria Theresia's Unmuth über die Art des Verlaufes des ungarischen Landtages zu zerstreuen, daß sie gerade zu jener Zeit von einem nicht unbedenklichen Aufstande, der in Croatien ausgebrochen war, Nachricht erhielt. Während in den Augen der Ungarn die Kaiserin allzuweit zurückblieb in Zugeständnissen an das Land, ging man in Croatien von der entgegengesetzten Anschauung aus und glaubte vor einer Einverleibung dieses Königreiches in Ungarn die lebhaftesten Besorgnisse hegen zu müssen. Durch eine solche würden, so behauptete man in Croatien, wo man an und für sich schon den Ungarn feindselig gesinnt war [248]), die uralten Privilegien des Landes vernichtet, und dasselbe bloß zu einer ungarischen Provinz herabgewürdigt werden. Dadurch gedenke man aber Croatien auch Lasten aufzuerlegen, zu denen es in keiner Weise verpflichtet sei.

Maria Theresia bemühte sich eifrig, diese Unruhen nicht weiter um sich greifen zu lassen, sondern sie wo möglich durch gütliche Mittel im Keime zu ersticken. Der Prinz von Sachsen-Hildburgshausen,

welcher durch langen Aufenthalt im Lande mit den Zuständen und Bedürfnissen Croatiens vertraut und daselbst in hohem Grade beliebt war, wurde nach Preßburg berufen, um über die zu ergreifenden Maßregeln sein Gutachten abzugeben. Gleichzeitig wurden jedoch auch Truppen aufgeboten, und durch ebenmäßige Anwendung von Mitteln der Güte und der Strenge die entstandenen Unruhen wieder beschwichtigt.

Während sie in solcher Weise den Ereignissen in Croatien ihre Aufmerksamkeit zuwandte, hatte Maria Theresia, welcher der fortgesetzte Aufenthalt in Preßburg immer unerquicklicher wurde, dem Landtag in seiner Sitzung vom 1. August ihre Absicht ankündigen lassen, sich nach Pest zu begeben, um das dort zusammengezogene Lager ihrer Truppen zu besuchen. Binnen zwei Wochen werde sie zurückkehren, und sie hoffe, daß bis dahin der Landtag die Gesetzesartikel zur königlichen Unterschrift bereit halten werde. Am 18. August gedenke sie denselben zu schließen.

Am 3. August um vier Uhr Morgens schiffte sich Maria Theresia mit ihrem Gemal und ihrem Schwager, dem Prinzen Karl von Lothringen, auf der Donau ein. Ihre Kinder sandte die Kaiserin insgesammt nach Wien. Sie selbst gelangte am 4. August um zehn Uhr Abends nach Pest, wo sie zu Wagen die festlich erleuchtete Stadt durchzog und in dem Hause des Erlauer Erzbischofes Barkoczy abstieg. Tags darauf begab sie sich in das Lager, welches der Feldmarschall Fürst Wenzel Liechtenstein commandirte. Am 8. August verfügte sich das kaiserliche Ehepaar in feierlichem Aufzuge über die Schiffbrücke nach Ofen, und besichtigte den erst vor Kurzem begonnenen Bau des königlichen Schlosses. Sonst füllten Festlichkeiten aller Art die Zeit des Aufenthaltes der Kaiserin in Pest. Und um die Berichte, die wir über dieselben besitzen, einigermaßen zu charakterisiren, möge hier nur die Wiederholung dessen gestattet sein, was über einen der Kaiserin zu Ehren veranstalteten Fischfang auf der Donau darin erzählt wird. In den auf ihren Wink ausgeworfenen Netzen fanden sich mehrere ganz ungewöhnlich große und schwere Fische, die wohl in irgend einer Weise künstlich in dieselben eingeschmuggelt worden sein mochten. „Es ist nicht anders zu muth-„maßen", sagt das offizielle Wiener Diarium, „als daß der Danubius

„oder Donaustrom, der billig ein Fürst der europäischen Flüsse genannt „zu werden verdient, gleichwie der Stadt Pest wohledle Senat und „Bürgerschaft seine tiefste Devotion gegen Ihre Majestäten unaufhörlich „zu zeigen sich bestrebt, also auch vorbesagtes Element zu Bezeigung „seiner Ehrerbietigkeit und Ergebenheit mit Hergebung so schöner Fische „diesen so großen Monarchen an den Tag zu legen nicht unterlassen „wollen" [249]). So wurden schon damals amtliche Berichte über die Reisen der Monarchen verfaßt.

Von größerem Interesse als diese Belustigung mit Fischfang ist der Besuch, mit welchem die Kaiserin am 10. August den Präsidenten der ungarischen Hofkammer, Grafen Anton Grassalkovics, auf dessen Schlosse zu Gödöllö beehrte.

Es ist eine oft wiederholte und durch einen Ausspruch des Lieblingsdichters der deutschen Nation in die weitesten Kreise verbreitete Meinung, das Haus Oesterreich habe sich oft grelle Undankbarkeit gegen diejenigen zu Schulden kommen lassen, die ihm hervorragende Dienste geleistet. In dieser Allgemeinheit wenigstens wird jedoch eine solche Anklage sich schwerlich beweisen, vorurtheilsfreie Forschung vielmehr weit eher den entgegengesetzten Fehler erkennen lassen, den einer allzu reichen Verschwendung von Ehren und Glücksgütern an Personen, deren hervorragende Dienste man belohnen zu sollen glaubte. Klagt ja doch sogar Maria Theresia darüber, daß ihre Ahnen zum Nachtheile der Finanzen des Staates allzu freigebig waren mit Geschenken an diejenigen, denen sie ihre Dankbarkeit bezeigen wollten, und auch die Kaiserin selbst war in dieser Beziehung durchaus nicht von jedem Vorwurfe frei. Recht deutlich zeigt sich dieß an dem Grafen Anton Grassalkovics. Einst ein armer slavischer Student, bekleidete er jetzt, noch nicht mehr als siebenundfünfzig Lebensjahre zählend, die vornehmsten Aemter des Landes, besaß unermeßliche Reichthümer, und war im Stande, seiner Monarchin einen Empfang zu bereiten, der an fabelhaftem Prunke alles bisher Gesehene weit hinter sich zurückließ.

Binnen zwei Stunden legte Maria Theresia den Weg von Pest nach Gödöllö zurück. Bei jeder Station, wo die Pferde gewechselt

wurden, harrten ihrer fünfhundert berittene Edelleute, welche der Kaiserin bis zur nächsten Station das Geleit gaben. Grassalkovics selbst kam ihr mit seinem Sohne die Hälfte des Weges zu Pferde entgegen, mit ihm eine große Anzahl von Mitgliedern des vornehmsten ungarischen Adels in ihren reichen Gewändern. In dem auf's glänzendste erleuchteten Schloßgarten war ein Prachtsaal errichtet, in welchem das Abendessen eingenommen wurde. Vierundzwanzig Edelleute aus dem Neograder Comitate leisteten die Bedienung bei der kaiserlichen Tafel, zwei Podmaniczky speziell bei der Kaiserin und ihrem Gemal.

Den 11. August verweilte Maria Theresia noch in Gödöllö, und in prunkvollen Festlichkeiten jeder Art verging der Tag; am 12. kehrte sie nach dem Lager zurück, am 13. aber verließ sie Pest und verfügte sich wieder nach Preßburg, wo inzwischen die Landtagsgeschäfte eine fast noch ungünstigere Wendung genommen hatten als zuvor. Denn die Mehrheit der unteren Tafel behauptete, daß in den Antworten der Königin auf die Begehren und Beschwerden des Landes gar nichts enthalten sei, was zur Grundlage neuer Gesetzesartikel gemacht werden könnte [250]). Um also wenigstens nicht den Steuerzahlern durch die Bestreitung der Diäten der Abgeordneten eine noch größere Auslage zu verursachen, möge man die Mitglieder des Landtages nach Hause entlassen.

Eifrig wurde diesen Aeußerungen durch den königlichen Personal Georg Fekete widersprochen. Niemals sei noch ein Landtag, so behauptete er, ohne Zustandebringung von Gesetzesartikeln geschlossen worden. Die Antworten der Königin böten ausreichenden Stoff für zwölf oder dreizehn Artikel. Schon habe der Protonotar des Palatins dieselben verfaßt und er könne sie jeden Augenblick vorlesen. Dem aber widersetzten sich wieder die Stände; ohne einen förmlichen Beschluß könne eine solche Arbeit, erklärten sie, gar nicht eingebracht werden. Auch in den Jahren 1708 und 1712 seien Landtage gewesen, auf welchen man keine Gesetzesartikel zu Stande gebracht habe. So möge man auch diesen Gegenstand für einen späteren Landtag verschieben.

Umsonst bemühte sich nun der Protonotar Paul Nagy die Stände zur Annahme des Vorschlages des Personals zu vermögen. So lebhaft wurde der Streit und so heftig der Widerspruch, den die Worte Nagy's erfuhren, daß es zwischen ihm und Caspar Czuzy fast zu persönlichem Conflicte kam [251]).

Auch an dem folgenden Tage, dem 12. August, schien sich die Stimmung der Stände nicht günstiger gestaltet zu haben. Umsonst trat dießmal der Protonotar Anton Brunszvik ein für die Anträge des Personals. Endlich suchte Gabriel Pronay [252]) dahin zu vermitteln, daß man diejenigen Erklärungen der Regierung, in welchen den Wünschen des Landes willfahrt wurde, in die Form von Gesetzesartikeln bringe, hinsichtlich der bisher unberücksichtigt gebliebenen Punkte aber die früheren Begehren erneuere. Ihn unterstützend suchte Johann Jeszenak [253]) die Versammlung von der Annehmbarkeit dieses Vorschlages zu überzeugen. Aber sie blieb auch jetzt noch unerschütterlich; endlich beschloß sie, wenn die Königin den Termin zur Beendigung des Landtages noch hinausschieben wolle, neuerdings sämmtliche Begehren und Beschwerden des Landtages zur Beschlußfassung vorzulegen. Sollte eine Verlängerung der Landtagsdauer nicht erfolgen, so müsse man auf der bisherigen Erklärung beharren und werde gar keine Gesetzesartikel zu Stande kommen lassen.

In diesem Sinne sandte die Ständetafel Botschaft zu den Magnaten; die letzteren aber erwiederten, sich dem Beschlusse der unteren Tafel nur dann anschließen zu können, wenn wenigstens die einzelnen Punkte, über welche man eine neue Entscheidung verlange, und wo möglich die Beweggründe ausdrücklich angeführt würden, um derentwillen solches geschehe. Da sich die Stände hiezu bereit finden ließen, wurde zur Ausarbeitung dieser neuen Vorlage eine gemeinschaftliche Commission zusammengesetzt. Der Erzbischof Franz Klobusiczky, die Grafen Franz Esterhazy, Joseph Illeshazy und Paul Balassa, Freiherr Lorenz Revay vertraten hiebei die Magnaten. Für die Stände betheiligten sich die Protonotare Pécsy, Brunszvik und Anton Naisics, Letzterer für Croatien und Slavonien, dann die Abgeordneten Galgoczy, Jeszenak, Bacskady, Okolicsanyi, Adelffy, Gloß und Svetics an der

Commission. Das Ergebniß ihrer Arbeit wurde vom Landtage angenommen und am 23. August der Königin vorgelegt.

Noch an demselben Tage wurde die Antwort der letzteren ausgefertigt. In einigen, wenn gleich nicht gerade wesentlichen Punkten lautete sie günstiger als der früher ertheilte Bescheid. Der Hauptnachdruck wurde auf die volle Bereitwilligkeit der Regierung gelegt, Ungarns Ausfuhrhandel mit Vieh und Bodenproducten möglichst zu fördern. Wenn in den westösterreichischen Ländern nicht etwa übergroßer Fleischmangel herrsche, werde dem freien Durchzuge ungarischen Viehes nach den deutschen Reichsstädten Augsburg, Nürnberg und anderen kein Hinderniß in den Weg gelegt werden. Mit Baiern und Venedig werde man in angelegentlichster Weise zu Gunsten der Zufuhr aus Ungarn unterhandeln, alle Hindernisse des Verkehres nach den Seehäfen aber möglichst beseitigen. Bei den Berathungen, welche zur Regulirung der Zoll- und Handelsverhältnisse zwischen Ungarn und den westösterreichischen Ländern gepflogen werden sollten, würden die Interessen Ungarns durch Vertretung der Behörden dieses Landes gewahrt werden.

Der etwas günstigere Eindruck, welchen der Inhalt dieses letzten Rescriptes vielleicht hervorbringen mochte, wurde allsogleich wieder durch die Verhandlungen verwischt, die sich in Folge der von Maria Theresia vollzogenen Erhebung der Städte Raab, Komorn, Neusatz und Zombor zu königlichen Freistädten entspannen. Denn diese Erhebung zog das Begehren der Regierung nach sich, daß jenen Städten das Recht zuerkannt werde, einen Vertreter mit Sitz und Stimme zu dem Landtage zu entsenden. Dieses Verlangen, durch den Mund des Vicepalatins Johann Trsztyanszky vorgebracht, fand jedoch lebhaften Widerspruch bei der unteren Tafel. So wurde, was die Stadt Raab betraf, ihre Zulassung zum Landtage ebensowohl von dem Vertreter des dortigen Domcapitels, dem Canonicus Ladislaus Kovacs, als von den Abgeordneten des Comitates eifrig bekämpft. Adel und Geistlichkeit reichten sich in derlei Dingen brüderlich die Hand. Kovacs gründete seine Einwendungen auf die Behauptung, die Stadt Raab komme den Verpflichtungen nicht nach, welche sie dem Domcapitel gegenüber auf sich genommen habe. Die Abgeordneten des Comitatsadels aber, welche

auch jetzt wieder betonten, daß nach der Verfassung des Landes eine Stadt nur einem einzigen Adeligen gleichkomme [254]), waren schon von vorneherein gegen jede Begünstigung, welche die Regierung den Städten zuwenden wollte. Wurden die letzteren ja schon durch ihre Erhebung zu Freistädten dem Verhältnisse der Unterordnung unter die Comitatsbehörden entrückt und zur Selbstverwaltung durch eigene, frei gewählte Organe berechtigt. Die letzteren aber traten mit Umgehung des Comitates in unmittelbare Berührung mit der königlichen Kammer, der Statthalterei und in Rechtssachen je nach der Natur des Gegenstandes mit der Districtualtafel oder dem Tavernicalstuhl. Aus diesem Grunde war auch der Einfluß der Regierung in solchen Städten immer ein mächtiger, und der des Comitates, das ehemals daselbst geherrscht hatte, ein äußerst geringer. Auf den Landtagen aber hielten die Vertreter der Städte fast immer zur Regierung, von welcher allein ihnen Schutz und Förderung zu Theil wurden, während Adel und Geistlichkeit sich wie überall, so insbesondere in Ungarn gegen die kräftigere Entfaltung des bürgerlichen Lebens feindselig verhielten. Eine Stärkung der Regierungspartei auf dem Landtage aber war dem Comitatsadel, aus welchem die übermächtige Opposition an der unteren Tafel bestand, durchaus nicht willkommen. Deßhalb verweigerte sie auch jetzt ihre Zustimmung zu diesem Gesetze, durch welches die Erhebung jener Städte zu königlichen Freistädten und ihre Zulassung zum Landtage in Kraft treten sollte. Jedenfalls möge, so lautete der Beschluß der unteren Tafel, die Entscheidung hierüber dem künftigen Landtage vorbehalten bleiben.

Der Protonotar Gabriel Pécsy, welcher diesen Beschluß der Stände der oberen Tafel mitzutheilen hatte, brachte jedoch, es geschah dieß in der Sitzung vom 24. August, von dort die Antwort zurück, die Magnaten stimmten der Anschauung der Stände keineswegs bei und beharrten darauf, daß dem Begehren der Regierung Folge geleistet werde. Auch in Bezug auf den Wunsch der Königin, ihrem eigenen Cabinetssecretär Freiherrn Ignaz von Koch, und dem Günstling und Rathgeber ihres Gemals in finanziellen Geschäften, Franz Joseph Freiherrn von Toussaint, das Indigenat in Ungarn zu verleihen, möge das Gleiche geschehen.

Schon durch dieses letztere, freilich nicht gerade staatskluge Begehren der Regierung war die Aufregung der Mitglieder der unteren Tafel noch vermehrt worden. In weit höherem Grade aber trug zur Steigerung der Mißstimmung ein Sendschreiben Maria Theresia's bei, durch welches sie erklärte, schon am 26. August den Schluß des Landtages vornehmen zu wollen, weßhalb bis zu dieser Frist die Gesetzesartikel zu Stande zu bringen seien. Wenn man dem Landtage nicht Zeit dazu lasse, so hieß es jetzt an der unteren Tafel, die wichtigsten Angelegenheiten reiflich zu berathen, dann möge man sich auch nicht wundern, wenn er die Entscheidung derselben nicht vornehmen, sondern sie einer späteren Zeit vorbehalten wolle. Und als hierauf beißend erwiedert wurde, Maria Theresia selbst habe die letzten zwei Nächte am Arbeitstische zugebracht, um nur die Landtagsgeschäfte ihrem Ende zuführen zu können, es möge doch von Seite der unteren Tafel ein Gleiches geschehen, da wurde zwar am 26. August von sechs Uhr Morgens angefangen mit einer dreistündigen Unterbrechung bis gegen Mitternacht Sitzung gehalten und die Ertheilung des Indigenates an Koch und Toussaint zu großer Erbitterung der Delegirten der Comitate mit Hilfe der Abgeordneten der Domcapitel und Städte auch durchgesetzt. Aber um so hartnäckiger war der Widerstand gegen die Zulassung der Vertreter von Raab, Komorn, Neusatz und Zombor zum Landtage. Gegen ihre Erhebung zu königlichen Freistädten wolle man, so lautete die Erklärung der Stände, keine Einwendung machen, das Stimmrecht auf dem Landtage aber werde ihnen gewiß nicht zu Theil werden. Da trat plötzlich zu vorgerückter Abendstunde unter Führung des Erlauer Erzbischofes Barkoczy [255]) eine Deputation der Magnaten, wie sie so zahlreich während des ganzen Landtages noch niemals erschienen war, in den Sitzungssaal der Stände. Der Tavernicus Graf Franz Esterhazy und Anton Grassalkovics befanden sich unter ihren Mitgliedern. Sie überbrachte ein so eben an den Palatin gelangtes Handschreiben Maria Theresia's, in welchem sie „ihren königlichen Un„willen" darüber aussprach, daß, obgleich sie nur wegen der Angelegenheit der vier Städte ihren Aufenthalt in Preßburg noch um vierundzwanzig Stunden verlängert habe, sie doch wider alle Erwartung wahrnehmen müsse, wie noch bei ihren Lebzeiten der Name „Maria Theresia"

von den Ständen mißachtet, ihre Rechte aber verletzt würden [256]). Tiefen Schmerz empfinde sie darüber, daß die Stände auf eine Weise mit ihr verführen, wie es noch keinem Könige gegenüber geschehen sei.

Den Eindruck, welchen die Mittheilung dieses Handschreibens auf die Ständetafel hervorbrachte, geschickt benützend, drangen die Magnaten eifrigst in die Stände, dem Begehren der Königin zu willfahren. Es gebe jetzt keinen Weg mehr zur Versöhnung als die Nachgiebigkeit, darum möge die Erhebung der vier Städte ohne jede beschränkende Bedingung, somit auch ihre Zulassung zum Landtage bewilligt werden.

Von allen Seiten in die Enge getrieben, ließen endlich auch die Stände von fernerem Widerstande ab und willigten in das Begehren der Königin. Und da dieselbe schon für den folgenden Morgen um sechs Uhr ihre Abfahrt bestimmt hatte, wurde noch eine Deputation ernannt, welche eine halbe Stunde zuvor Maria Theresia bitten sollte, ihre Abreise zu verschieben und noch durch ihre eigenhändige Unterschrift die Gesetzesartikel persönlich zu vollziehen.

Um dieselben rechtzeitig zu Stande zu bringen, wurde die ganze Nacht hindurch gearbeitet, und am 27. August um fünf Uhr Morgens die einundsechzigste und letzte Landtagssitzung eröffnet. Neuerdings ließen die Stände sich nachgiebig finden, indem sie auf das Verlangen der Magnaten von dem früher beschlossenen Begehren abließen, daß die Zahl der königlichen Städte nicht neuerdings vermehrt werden solle. Dann wurden in gemeinschaftlicher Sitzung die Gesetzesartikel verlesen, und zur Mittagsstunde verfügten die Mitglieder beider Tafeln sich in das Schloß, sie der Königin zu überbringen.

Nach der gewöhnlichen Rede des Palatins sprach Maria Theresia nur wenige Worte zu dem versammelten Landtage. Fürwahr hätte sie, so sagte die Kaiserin mit strenger Miene und in gereiztem Tone, auf eine größere Bereitwilligkeit zu ihrer Unterstützung bei Erfüllung der ihr obliegenden Regentenpflichten von Seite der ungarischen Nation gehofft, welcher sie so oft und noch in letzter Zeit vor ihren übrigen Völkern Beweise ihres Wohlwollens gegeben. „Beeilt Euch“, so rief sie ihnen zu, „dasjenige, was beschlossen worden, in's Werk zu setzen;

„laßt ab von Eurem Mißtrauen gegen Euren König, Eure Mutter, „auf daß Ihr die Gnade und Güte wieder erlanget, deren Ihr verlustig „geworden seid“ [257]).

So herbe, ja harte Worte konnten für den Augenblick nur einen niederschlagenden, für die Zukunft aber einen erbitternden Eindruck hervorbringen. In der Versammlung gab sich derselbe durch erbleichende und verstörte Mienen, durch düsteres Stillschweigen kund [258]). Da mußten natürlich die Schlußworte des Primas, der sich und die Stände der Gnade der Königin empfahl, nicht nur wirkungslos verhallen, sondern wie ironisch klingen. Auch die Ceremonie des Handkusses, zu welchem nun die Mitglieder des Landtages zugelassen wurden, verlief unter peinlicher Spannung, und von beiden Theilen wurde das Ende wie eine Erlösung begrüßt.

In solcher Weise schloß der Landtag des Jahres 1751, und nicht, wie schon am folgenden Tage das offizielle Wiener Diarium seinen Lesern zu verkündigen sich nicht schämte, „zu ausnehmendem Ver„gnügen der gnädigst regierenden Monarchin und deren hungarischen „treugehorsamsten Ständen.“ Ungleich ehrlicher ist der gleichzeitige Bericht „in den Landtagsakten selbst, der mit den Worten schließt: „So endigte „ein mit Verwirrung begonnener Landtag in höchster Verwirrung“ [259]).

Das Verschulden davon wurde natürlicher Weise von Maria Theresia den Ungarn, von den letzteren aber der Königin und ihren Rathgebern zugeschrieben. Den vorurtheilsfreien Beurtheiler will jedoch bedünken, daß beide Parteien, Regierung und Regierte, wie es freilich fast immer der Fall ist, auch dießmal wieder dasjenige aus den Augen verloren, dessen Beobachtung jedem Zwiespalte zwischen ihnen vorgebeugt hätte, und das ist das taktvolle Maßhalten im Begehren wie im Verweigern.

Achtes Capitel.

Die Lombardie.

Nach der Vertreibung der Spanier aus Mailand im März des Jahres 1746 und der Wiederbesetzung dieser Stadt durch die österreichischen Truppen traten daselbst Verhältnisse ein, denjenigen vergleichbar, welche drei Jahre zuvor in Böhmen und insbesondere in Prag stattgefunden hatten. So wie dort, so war auch hier eine zahlreiche und mächtige Partei, zumeist den höheren Ständen angehörig, dem fremden Eindringling zugefallen, hatte ihm nicht allein als Landesherrn gehuldigt, sondern ihn noch eifrig unterstützt, um seine nicht auf dem Wege des Rechtes, sondern nur durch die Gewalt der Waffen erlangte Herrschaft auch für die Zukunft dauernd zu befestigen. Ja in Mailand war man in gewissem Sinne noch weiter gegangen als in Prag und in Böhmen. Denn während hier von einem zuvor schon angesponnenen Complotte, um dem fremden Eroberer den Einfall in das Land und die Stadt, die Aufrichtung seiner Herrschaft daselbst zu erleichtern, keine Spur sich auffinden läßt, und die Thätigkeit derer, welche der Fahne des Kurfürsten von Baiern sich zuwandten, erst nach der Besetzung des größten Theiles des Landes und der Hauptstadt durch die baierischen und französischen Truppen begann, war man in Mailand ungleich weiter gegangen. Schon lang vor dem Einmarsche des Infanten Don Philipp in diese Stadt war daselbst eine Verschwörung entstanden, um die österreichische Regierung zu stürzen und die Spanier wieder nach Mailand zurückzuführen.

Wenn von diesem Standpunkte aus das Verschulden der Verschwörer zu Mailand ungleich größer erscheint als dasjenige der Anhänger des Kurfürsten von Baiern in Böhmen, so walteten doch wieder zu Gunsten der Ersteren mildernde Umstände ob, welche sie vielleicht weniger strafwürdig erscheinen ließen, als die von der Sache des Hauses Oesterreich Abtrünnigen in Prag. Denn in Böhmen hatte die Herrschaft desselben Jahrhunderte hindurch ununterbrochen bestanden, und feste Wurzeln geschlagen in dem Lande, das auch mit den übrigen Provinzen der österreichischen Monarchie sich längst schon zu einem eng verbundenen, fast untheilbaren Ganzen entwickelt hatte. In Mailand und der Lombardie aber walteten ganz andere Verhältnisse ob. Seit vierzig Jahren erst stand dieses Land unter österreichischer Herrschaft, während es früher durch fast zwei Jahrhunderte dem spanischen Szepter gehorcht hatte. Es war nicht anders als natürlich, daß in diesem langen Zeitraume Spanien und die Spanier sich eifrige Anhänger erworben hatten in der Lombardie, daß Viele nach deren Rückkehr sich sehnten und darum freudig bereit waren, zu ihrer Verwirklichung selbstthätig beizutragen. Hiezu kam noch, daß die Stammesverschiedenheit zwischen den Lombarden und den Spaniern eine ungleich geringere als diejenige zwischen den Ersteren und den Deutschen war. Auch die Sprache, die Sitten und Gewohnheiten der Spanier boten viel größere Aehnlichkeit mit denjenigen der Lombarden dar, als dieß von Seite der Deutschen der Fall war. Endlich wird, und zwar von einem lombardischen Schriftsteller, der eigenthümliche Umstand hervorgehoben, daß bei den lateinischen Völkern die Frauen im Allgemeinen sich keiner solchen Verehrung erfreuen als dieß bei den germanischen Völkern der Fall ist[260]). Darum trug der Gedanke, unter dem Szepter einer Frau zu stehen, nicht wenig dazu bei, nach der Thronbesteigung Maria Theresia's ihre lombardischen Unterthanen ihr abwendig und sie geneigt zu machen, unter die spanische Herrschaft zurückzukehren.

Hiezu kam noch, daß es wahrscheinlich erschien, der Infant Don Philipp werde Mailand zum Kernpunkte eines neuen italienischen Staates machen, daselbst residiren, einen glänzenden Hof halten und beträchtliche Geldsummen in's Land bringen, statt daß sie unter österreichischer

Herrschaft nach dem weit entfernten, mit Italien fast außer jeder Verbindung stehenden Wien ihren Abfluß nahmen. Noch waren die reichen Schätze, welche insbesondere in der ersten Zeit nach der Entdeckung Amerika's die Spanier nach Mailand und dort in Umlauf gebracht hatten, in gutem Andenken daselbst, und der erwerblustige und sparsame Lombarde vergaß darüber leicht, wie oft er sich durch den Stolz des Spaniers verletzt gefühlt hatte.

Bringt man endlich noch die verwandtschaftlichen Bande in Anschlag, durch welche während der langen Zeit der spanischen Herrschaft in Mailand viele der vornehmsten Familien des Landes mit Spaniern in nahe Verbindung getreten waren, die Gunstbezeigungen und Standeserhöhungen, deren sie sich von spanischen Herrschern zu erfreuen gehabt hatten, so wird man sich nicht darüber wundern, daß man gerade in den hervorragendsten mailändischen Familien der Sehnsucht nach der Rückkehr der Spanier und der eifrigen Mitwirkung zur Herbeiführung dieses Zieles begegnet.

So sind es denn auch die zwei vielleicht vornehmsten Namen des Landes, welche man in die zu diesem Ende angestiftete Verschwörung verwickelt sieht. Der eine derselben wird noch dazu durch eine Frau, die Gräfin Clelia Borromeo repräsentirt, während den zweiten der damalige Generaladministrator der lombardischen Posten, Fürst Franz Xaver Melzi vertritt.

Die Ursache, um derentwillen die Gräfin Borromeo in die Reihen der Gegner Maria Theresia's sich stellte, ist in der That eine solche, wie sie nur bei Frauen, bei diesen aber auch zumeist in entscheidendem Maße auf ihre Handlungen einwirkt. Die Tochter eines reichen genuesischen Patriziers, des Herzogs del Grillo, hatte Clelia sich im Jahre 1707 mit dem Grafen Johann Borromeo, dem Sohne jenes Karl Borromeo vermält, welcher als kaiserlicher Reichscommissär in Italien und als Vicekönig in Neapel, sowie später als Statthalter in Parma von Seite des Hauses Oesterreich mit Gunstbezeigungen überhäuft worden war. Die ganze Familie Borromeo galt daher als gut österreichisch gesinnt, und auch die Gräfin Clelia bildete

keine Ausnahme hievon, so viel sie auch sonst von sich reden gemacht hatte. Denn sie war eine geistvolle Frau, die sich gern mit den Wissenschaften beschäftigte und die hervorragendsten Gelehrten Italiens in jenen glänzenden Kreis zog, den sie um sich versammelte. Aber sie war auch eigenwillig und herrschsüchtig, und wie sie ihren wenig bedeutenden Gemal schon längst zu einem fügsamen Werkzeuge ihres Willens gemacht hatte, so konnte sie auch von Niemand Anderem und am allerwenigsten in ihrer Familie Widerspruch vertragen. Gerade von dieser Seite her aber mußte sie solchen, und noch dazu in einer Angelegenheit erfahren, in welcher Frauen zumeist am empfindlichsten sind. Es handelte sich um die Vermälung ihres ältesten Sohnes Renato, welcher das dreißigste Lebensjahr bereits überschritten hatte und also längst in das Alter getreten war, in welchem man daran denken mußte, daß das zukünftige Haupt einer so hervorragenden Familie sich ein eigenes Hauswesen begründe. Mit all der Umständlichkeit, mit der man damals in derlei Dingen verfuhr, in welchen die Abstammung, die Verwandtschaft, der Reichthum der zu Erwählenden eine ungleich größere Rolle als deren persönliche Eigenschaften spielten, ging man auch jetzt zu Werke. Endlich fiel die Wahl auf Marianne Odescalchi, Tochter des Herzogs von Bracciano, des Hauptes einer Familie, welche unter dem Pontificate eines ihrer Mitglieder, des Papstes Innocenz XI. zu außerordentlichem Reichthum und Ansehen gelangt war. Nach langer Verhandlung gedieh die Sache endlich zum Abschlusse und wurden die Ehepacten sowohl von den Odescalchi als den Borromeo unterzeichnet. Da änderte plötzlich die Gräfin Clelia ihren Entschluß und erhob Hindernisse wider dasjenige, was sie selbst bisher eifrig gefördert hatte. Ihr Sohn Renato aber, stolz und unbeugsam wie seine Mutter, mit welcher er ohnedieß nicht im besten Einverständnisse lebte, wandte sich an die oberste Lehensherrin der Familie, an Maria Theresia, und legte ihr die Sache zur Entscheidung vor [261]).

In einem Falle, in welchem das Recht und die Billigkeit so schwer zu Gunsten des Grafen Renato in die Wagschale fielen, konnte der Ausspruch Maria Theresia's unmöglich wider ihn lauten. Hiezu kam noch, daß die Familie Odescalchi immerdar den Anschauungen

ihres hervorragendsten Mitgliedes, des Papstes Innocenz XI. treu geblieben war, jenes eifrigen Verbündeten des Kaisers Leopold I. in dem Kriege gegen die Pforte. Schon die gut österreichische Gesinnung der Familie Odescalchi hätte ihr also Anspruch auf die Berücksichtigung und den Schutz Maria Theresia's erworben. Endlich gehörte es, wie man weiß, zu ihren Lieblingsgewohnheiten, Ehebündnisse zu schließen und nicht sie zu trennen, und das um so mehr, wenn, wie in dem gegebenen Falle, die beiden hauptsächlich Betheiligten, die zu verheiratenden Personen sich darüber in vollstem Einverständnisse befanden. Daher befahl Maria Theresia am 9. November 1743, daß die Gräfin Borromeo von ihrem Widerstande gegen die beabsichtigte Vermälung ihres Sohnes Renato ablassen und die letztere ungehindert vor sich gehen solle [262]).

Gegen einen so unzweideutigen Ausspruch der Monarchin gab es kein Widerstreben. Auch die Gräfin Borromeo unterwarf sich, aber diese Verletzung ihres Stolzes erfüllte sie mit Haß gegen diejenige, von der sie sich beleidigt wähnte. Mit Eifer ergriff daher die Gräfin die erste Gelegenheit, die sich ihr darbot, um sich empfindlich zu rächen. Sie verband sich zu diesem Ende mit ihrem Neffen, dem Fürsten Melzi, der aus dem Grunde gegen Maria Theresia aufgebracht war, weil sie den Unordnungen zu steuern gesucht hatte, welche unter seiner Leitung, und man darf wohl auch sagen zu seinem Vortheile bei dem Postwesen eingerissen waren.

Zu diesen beiden Häuptern der Verschwörung gesellten sich noch andere Mitglieder hervorragender Mailänder Familien, wie Graf Giuseppe Antonio Rezzonico della Torre, ein Bolognini, ein Oppizoni, eine Fürstin Trivulzi. Eine eifrige Correspondenz mit Gleichgesinnten in anderen lombardischen Städten, unter welchen ein Marchese Belcredi in Pavia sich besonders hervorthat, mit den Angehörigen lombardischer Familien, die in dem spanischen und französischen Heere dienten, mit den Befehlshabern des letzteren wurde gepflogen. Einer der ersten Beamten der Post, Namens Rainoldi, aus Lugano gebürtig, früher ein Vertrauter des Hofkanzlers Ulfeld und nun dem Fürsten Melzi an die Seite gegeben, soll mit ihm zugleich zum Verräther geworden sein

und bei der verbrecherischen Correspondenz mit dem Feinde die wesentlichsten Dienste geleistet haben. Man behauptete von ihm, er sei es gewesen, der den amtlichen Briefwechsel des Wiener Hofes mit den Mailänder Behörden geöffnet und die wichtigen Nachrichten, die er daraus reichlich zu schöpfen vermochte, auf dem Umwege über die Schweiz den Feinden mitgetheilt habe.

Am gefährlichsten war jedoch die Thätigkeit und am schwärzesten der Verrath, welchen eine andere Vertrauensperson der österreichischen Regierung, Graf Julius Anton Biancani, an derselben beging. Keiner vornehmen, sondern einer durch gewagte und nicht immer ganz vorwurfsfreie Speculationen reich gewordenen Familie entstammt, bewegte sich auch Julius Biancani, und Anfangs mit großem Glücke, auf dieser Bahn. Zwei Jahre vor dem Tode Karls VI. erhielt er von demselben den Grafentitel, den er sich schon früher unbefugt angemaßt hatte. Maria Theresia verlieh ihm, freilich nur gegen Bezahlung einer beträchtlichen Summe, einen hervorragenden Posten in der Administration. Gewinnreiche Pachtungen und ergiebige Lieferungen für die Armee wurden ihm zu Theil. Aber er wurde hiebei auf so weitgehenden Unterschleifen betreten, daß er selbst es für gerathen ansah, sich der verdienten Bestrafung durch die Flucht zu entziehen. Er begab sich nach Pavia zu dem Grafen Anton Bolognini, einem Anhänger der spanischen Partei, und mit ihm zu den spanischen Truppen. Zum Vortheile der letzteren entwickelte er von nun an eine rastlose Thätigkeit. Er war der Anstifter, daß in der Nacht vom 11. November dreihundert deutsche Soldaten von zweitausend Spaniern in Sant Angelo überfallen und nach tapferer Gegenwehr mit Verlust eines Drittheils der Ihrigen aus diesem Posten vertrieben wurden.

Zur Belohnung für einen so wichtigen Dienst wurde Biancani von dem Infanten Don Philipp mit der obersten Leitung des Cameralwesens betraut. In dieser Anstellung sorgte er mit unermüdlichem Eifer für die Proviantirung des spanischen Heeres. Ueberall erschien er selbst, überall griff er anordnend und handelnd ein, aber diese Thätigkeit, die ihm zu neuen Ehren, zu neuen Reichthümern verhelfen sollte, wurde ihm zum Unglück. Auf der Fahrt von Crema nach Brescia,

wo er großartige Einkäufe von Getreide bewerkstelligen wollte, wurde er auf venetianischem Gebiete, welches damals von beiden streitenden Theilen nur wenig respectirt wurde, durch eine österreichische Husaren-Patrouille gefangen. Man brachte ihn nach Parma und von da nach Mailand, das sich schon seit drei Monaten wieder in den Händen der Oesterreicher befand, und machte ihm daselbst den Proceß.

Umsonst suchte Biancani durch Ausflüchte aller Art sein Verschulden zu bemänteln. Wenn man überhaupt, und es war dieß damals allgemein der Fall, für politische Verbrechen die Anwendung der Todesstrafe für zulässig hält, so konnte das Schicksal Biancani's nicht zweifelhaft sein. Obgleich er tiefgefühlte Reue über das Geschehene an den Tag legte, obgleich seine Gattin um Gnade für ihn bat, und durch ihr Flehen erweicht, der bevollmächtigte Minister Graf Pallavicini sich am Wiener Hofe mit Nachdruck zu seinen Gunsten verwendete [263]), so blieb doch Alles umsonst; am 26. November 1746 wurde Biancani auf dem Corso der Porta Tosa zu Mailand enthauptet.

Ungleich gelinder war das Schicksal, welches die übrigen Verschwornen traf. Einer aus ihnen, ein Geistlicher Namens Zunti, wurde zwar nach Tirol in die Festung Kufstein gebracht; die Uebrigen aber waren vor dem Einmarsche der Oesterreicher in Mailand von dort entflohen. Die Gräfin Borromeo hatte in Bergamo, Melzi in Brescia, Rezzonico aber in Rom Schutz gesucht und gefunden; aus diesen Zufluchtsorten aber unterhandelten sie, um Straflosigkeit und die Bewilligung zur Rückkehr nach Mailand zu erlangen.

Am meisten Interesse gewähren die Verhandlungen, welche sich auf die Gräfin Borromeo bezogen, und zwar darum, weil sie für beide Frauen, sowohl die, um deren Schicksal es sich handelte, als diejenigen, von welcher die Entscheidung abhing, charakteristisch genannt werden müssen.

Da man der Gräfin selbst, welche sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht hatte, nichts anhaben konnte, suchte man sie vorerst dadurch empfindlich zu treffen, daß man ihre Einkünfte und Güter sequestrirte und die Pension aufhören ließ, welche ihr Sohn Renato ihr zu bezahlen

verpflichtet war. Mit freudiger Bereitwilligkeit machte der Letztere von dieser Ermächtigung Gebrauch. „Wenn von ihm allein meine Existenz „abhienge," schreibt die Gräfin Borromeo selbst, „so wäre ich schon aus „Mangel gestorben" [264]). Im Gegensatze zu ihm war jedoch die Tochter der Angeklagten, die Gräfin Julie Archinto, nicht nur unerschöpflich in Unterstützung ihrer Mutter, sondern auch unermüdlich in Schritten und Bemühungen zu deren Gunsten. Und in der That lieferte der Proceß wenigstens keine unumstößlichen Beweise für die Anklage, welche darin bestand, daß die Gräfin an der geheimen Correspondenz mit den feindlichen Generalen betheiligt gewesen sei. Darum verlangte Maria Theresia auch nichts mehr von der Gräfin Borromeo, als daß sie zum Zeichen ihrer Unterwerfung unter den Willen ihrer Herrin ihr Asyl verlasse, sich auf österreichisches Gebiet, nach Görz begebe und dort die ferneren Befehle der Kaiserin erwarte.

Unverzüglich erklärte die Gräfin, sich den Anordnungen der Kaiserin zu fügen. Sie verließ Bergamo und begab sich nach Padua, statt aber von dort ihre Reise nach Görz fortzusetzen, blieb sie unter dem Vorwande einer Erkrankung in Padua und ließ jede Aufforderung, sich nach Görz zu begeben, unbeachtet und unbefolgt. Dieser Eigensinn erbitterte die Kaiserin immer mehr; im März 1748 wurde die bisherige Sequestration der Güter der Gräfin Borromeo in eine Einziehung derselben verwandelt, und Jedermann der schriftliche oder mündliche Verkehr mit ihr aufs strengste untersagt.

Ueber ein Jahr noch verharrte die Gräfin Borromeo in ihrer Widerspänstigkeit, welche jedoch wieder nicht so weit ging, daß sie es verschmäht hätte, so wie früher Pallavicini, so jetzt den neuen Generalstatthalter der Lombardie, Grafen Ferdinand Harrach, mit Bitten um Verzeihung, um Bewilligung zur Rückkehr nach Mailand und um Wiedereinsetzung in ihren Besitz wahrhaft zu bestürmen. Harrach verwendete sich auch zu Gunsten der Gräfin in Wien; Maria Theresia aber bestand darauf, daß sie als allgemein kennbare Kundgebung ihrer Unterwerfung in Görz sich einfinden müsse. Erst am 9. Juli 1749, nach mehr als zweijährigem Widerstande geschah dieß, und nun säumte auch die Kaiserin nicht länger, der Gräfin ihre volle Verzeihung sowie die

Bewilligung zur Rückkehr nach Mailand zu ertheilen, und sie wieder in den Besitz ihrer Güter treten zu lassen. Alles solle vergeben und vergessen sein und die Gräfin sich der kaiserlichen Gnade in gleichem Grade erfreuen wie zuvor [265]).

Erst nach einjähriger Abwesenheit kehrte Clelia Borromeo nach Mailand zurück. Mit zunehmendem Alter nahmen auch ihre Sonderbarkeiten zu; sie schloß sich immer mehr von der Außenwelt ab, pflog keinen Verkehr mit ihren Standesgenossen, sondern nur mehr mit Leuten von geringer Bildung und ärmlichen Lebensverhältnissen, bis sie endlich im Jahre 1777, im dreiundneunzigsten Lebensjahre starb.

Sowie die Gräfin Borromeo und kurze Zeit nach ihr wurden auch zwei andere Verschworne, Melzi und Rezzonico, von der Kaiserin begnadigt [266]). Der Erstere trat in den geistlichen Stand, übertrug jedoch zuvor seine Besitzthümer und Würden auf seinen ältesten Sohn, Don Gaspare, den Vater jenes Francesco Melzi, welcher ein halbes Jahrhundert später als Vicepräsident der italienischen Republik eine so glänzende Rolle spielte. Rezzonico aber blieb in den Diensten des Infanten Don Philipp, zog mit ihm nach Parma und bekleidete an dem dortigen Hofe hervorragende Stellen.

Der Schlaueste von Allen, gegen welche eine Anklage wegen Treubruch und Verbindung mit dem Feinde erhoben worden war, scheint Rainoldi gewesen zu sein. Er blieb nach wie vor in Mailand und in seinem Amte; als wenn nichts geschehen wäre, lieh er seine Dienste den Oesterreichern, wie er früher, ja vielleicht auch jetzt noch im Interesse der Spanier wirkte. Erst nach und nach schöpfte man Verdacht wider ihn [267]), und auch in den Prozessen gegen die des Hochverrathes beschuldigten Mailänder kamen Aussagen vor, die schwere Anklagen wider Rainoldi enthielten [268]). Vieles deutete darauf hin, daß er noch fortan über Lugano die geheime Correspondenz mit dem Feinde unterhalte. Man sah es jedoch von vorneherein als schwierig an, ihn seines Verbrechens auch wirklich zu überweisen, und der Cabinetssecretär Koch verfiel sogar, um diesen Beweis herstellen zu können, auf das abenteuerliche Auskunftsmittel, man möge einmal die

Post nach Lugano von vertrauten Leuten, welche als Räuber verkleidet sein sollten, überfallen und durchsuchen lassen, um hiebei den verbrecherischen Briefwechsel Rainoldi's in die Hände zu bekommen [269]).

Dieses Mittel scheint aber entweder gar nicht in Anwendung gebracht worden zu sein, oder den gesuchten Beweis nicht geliefert zu haben. Gewiß ist es jedoch ein Kennzeichen ganz eigenthümlicher und kaum gerechtfertigter Schonung für Rainoldi, daß wir ihn zwei Jahre später noch immer in seinem Amte, und gleichzeitig noch immer nicht gereinigt finden von dem Verdachte, der auf ihm lastete. Endlich entschloß man sich, dasjenige zu thun, was schon damals und seither so oft und immer mit gleichem Unrechte geschah, und am besten durch die Worte des Hofkanzlers Ulfeld bezeichnet wird, welche lauten: promoveatur ut amoveatur. Rainoldi wurde von Mailand abberufen, um im Wege der Beförderung als Controlor zu dem bei der kaiserlichen Botschaft in Rom bestehenden Postamte versetzt zu werden [270]). Aber auch zu dieser letzteren Maßregel kam es nicht; Rainoldi fand sich allerdings in Wien ein und man kündigte ihm dort die Absicht an, ihn künftig anderswo als in Mailand zu verwenden. Aber er fand Mittel und Wege, die Erlaubniß zur Rückkehr nach Mailand und zum Wiederantritte seines Amtes zu erlangen. Nach längerer Zeit, im November 1751, taucht neuerdings der Verdacht unerlaubter Verbindung mit der spanischen Regierung gegen ihn auf. Aber man läßt es auch jetzt wieder dabei bewenden; man fügt sich darein, ihn auf seinem Posten nach wie vor zu belassen [271]).

Wo eine so weitgehende, in Schwäche ausartende Schonung beobachtet wurde, da kann man wohl nicht sagen, man sei mit übertriebener Härte gegen diejenigen vorgegangen, welche dem Hause Oesterreich die beschworene Treue gebrochen hatten. Immer seltener stößt man daher in der Correspondenz des Wiener Hofes mit den Mailänder Behörden auf die Namen der Beschuldigten, und seit dem Augenblicke, in welchem Maria Theresia durch den Aachner Frieden in dem Besitze von Mailand bestätigt worden war, ist dieß fast gar nicht mehr der Fall. Allerdings war es nicht der Friede von Aachen, durch welchen alle auf den österreichischen Länderbesitz in Italien bezüglichen Streit-

fragen geschlichtet wurden. Die Lösung derselben und so mancher anderen, welche sich auf die übrigen italienischen Staaten bezogen, wurde vielmehr einem speciellen Congresse vorbehalten, der sich im Dezember des Jahres 1748 zu Nizza versammelte. Oesterreich wurde hiebei durch den Feldzeugmeister Grafen Browne vertreten; der Mailänder Graf Gabriel Verri, ein Mann von tiefer Kenntniß und inniger Vertrautheit mit den Verhältnissen seiner Vaterstadt, von unerschütterlicher Anhänglichkeit an Maria Theresia und ihr Haus, stand ihm hiebei zur Seite. Die Auswechslung der Gefangenen, die Zurückgabe des Belagerungsgeschützes, die Regulirung der Landesgrenzen, endlich Geldfragen aller Art kamen dort zur Verhandlung und zum Ausgleich. Verri wurde zur Belohnung seiner Verdienste zum Senator und bald darauf zum Mitgliede des obersten Rathes von Italien ernannt.

An der Spitze desselben, der in Wien seinen Sitz hatte, stand noch immer wie in den letzten Regierungsjahren Karls VI. der Marquis von Villafor, Graf von Montesanto. Größeren Einfluß auf die Geschäfte, insofern sie sich auf Italien bezogen, als Montesanto, besaß jedoch der Hofkanzler Ulfeld, durch dessen Hände eigentlich Alles ging, was die politischen Angelegenheiten betraf, während die Fragen der Verwaltung und der Justiz dem italienischen Rathe vorbehalten blieben. Hieran änderte sich nichts, als nach Montesanto's Tode im Jänner 1750 Graf Sylva Tarouca seine Stelle erhielt und sie von nun an gleichzeitig mit dem Posten eines Präsidenten des niederländischen Rathes versah. Als Generalstatthalter zu Mailand aber befand sich seit dem September 1747 Graf Ferdinand Harrach, derselbe, der früher den fruchtlos gebliebenen Friedensconferenzen zu Breda als Bevollmächtigter Oesterreichs beigewohnt hatte. Selbst die lombardischen Schriftsteller lassen den hervorragenden Eigenschaften Harrachs volle Anerkennung widerfahren. Er kam, sagt einer aus ihnen, in ein Land, das verarmt war durch die übertriebenen Steuern, welche seit sechs Jahren ihm auferlegt worden, und durch die Verheerungen, die es als theilweiser Schauplatz des Krieges erduldet hatte, in ein Land, zerrissen durch die gegenseitige Gereiztheit der politischen Parteien, welche trotz der gegen sie geübten Strenge noch immer bestanden, so daß bei einem

Wiederausbruche des Krieges es als ungewiß angesehen werden konnte, ob die österreichische Herrschaft in Mailand fortbestehen oder diejenige Spaniens unter dem Infanten obsiegen werde. Harrach besaß aber die nöthigen Eigenschaften, um unter so schwierigen Verhältnissen gut zu regieren. Von leidenschaftslosem Wesen, freigebig, zuvorkommend, erwarb er sich die Hochachtung und die Liebe von Allen. Er bemühte sich, den politischen wie den wirthschaftlichen Zustand des Landes zu verbessern, indem er die Frage der Herbeischaffung der Lebensmittel ordnete, die Förderung des Handels und der Industrie sich angelegen sein ließ, endlich die Anzahl der Verbrechen dadurch beträchtlich verminderte, daß er mit den benachbarten Staaten Verträge abschloß, in Folge derer sie nicht länger als Zufluchtsstätten der Räuber und Mörder dienten, welche von dort aus die Lombardie überströmten [272]). In allen Anordnungen aus der dreijährigen Regierungszeit Harrachs zeigt sich sein klarer Verstand und die Güte seines Herzens. Er liebte eine heitere Lebensweise und sowohl in Mailand als in seinem Landaufenthalte Cernusco Asinario versammelte er eine gewählte Gesellschaft um sich, in der namentlich seine geistreiche Gemalin eine glänzende Rolle spielte [273]).

Harrach war, so läßt sich einer seiner hervorragendsten Zeitgenossen vernehmen, von außergewöhnlicher Gutmüthigkeit, ohne Stolz, voll Humanität, ein Freund der Ordnung und Ruhe, ein Feind aller Neuerungen. Seine Gemalin, welche damals noch jung, lebhaft und auch schön und elegant war, verbreitete Fröhlichkeit im Lande und führte die Sitte ein, daß auch in der Stadt die Damen zu Pferde sich sehen ließen und man zur Faschingszeit in Masken die Logen der Theater besuchte [274]).

Die Dame, von welcher hier die Rede ist, war die älteste Tochter des Obersten Kanzlers von Böhmen, Grafen Friedrich Harrach, welcher während der ersten Regierungszeit Maria Theresia's eine so bedeutende Rolle spielte, dann aber über die Reformfragen im Innern mit der Kaiserin in Zwiespalt gerieth und im Juni 1749 plötzlich starb. Erst neunzehnjährig, war die Gräfin Rosa im Jahre 1740 dem jüngeren Bruder ihres Vaters, dem Grafen Ferdinand Harrach als dessen

zweite Gemalin angetraut worden [275]). Durch den Tod seiner Stiefmutter, der Gräfin Ernestine von Dietrichstein, welche ihn zum Erben eingesetzt hatte, war Harrach reich geworden, und so wie in Mailand, so führte er auch später in Wien ein glänzendes Haus, als dessen stärkster Magnet freilich auch jetzt wieder die liebenswürdige Wirthin anzusehen war. Noch dreißig Jahre später war die Gräfin Rosa Harrach unter den Damen, deren Haus Kaiser Joseph II. mit Vorliebe besuchte.

Es war damals noch Sitte, so hervorragende Posten wie die Statthalterschaften in entlegenen Provinzen nur auf drei Jahre zu vergeben, wonach die Anstellung entweder erneuert wurde oder von selbst erlosch. Ohne Zweifel war es zunächst der Tod seines Bruders, welcher eine Witwe und acht Kinder zurückließ, wodurch Ferdinand Harrach vermocht wurde, jeden Gedanken an eine Verlängerung seines Verweilens in Mailand von sich zu weisen. Genau nach Ablauf von drei Jahren, im September 1750 übersiedelte er, das beste Andenken an sich in Mailand zurücklassend [276]), wieder nach Wien. Derjenige aber, welcher, wenn gleich nicht dem Titel, den er geführt hatte, so doch der amtlichen Wirksamkeit nach sein Vorgänger gewesen war, wurde zu seinem Nachfolger in Mailand ernannt. Es war dieß der frühere bevollmächtigte Minister und jetzige Feldzeugmeister Graf Johann Lucas Pallavicini.

Im Jahre 1697 zu Genua geboren, diente Pallavicini Anfangs seiner Vaterstadt, und vertrat dieselbe um das Jahr 1731 als deren Gesandter am Kaiserhofe. Gerade damals fand bekanntlich eine lebhafte Annäherung Genua's an den letzteren statt, indem die Republik in drängendster Weise dessen Beistand nachsuchte wider das aufständische Corsica. Die erbetene Hülfe wurde denn in der That auch gewährt, und die engen Beziehungen, welche hieraus zwischen dem Wiener Hofe und Genua hervorgingen, übertrugen sich nach und nach auch auf den Gesandten der Republik. Im Jahre 1733 trat er in österreichische Dienste, wohin ihn Karl VI. in der Absicht berief, dem völlig darnieder liegenden Seewesen Oesterreichs Aufschwung zu geben. An der Spitze einer österreichischen Escadre sollte Pallavicini Neapel gegen den

Einbruch des spanischen Infanten Don Carlos vertheidigen, aber die ihm zur Verfügung gestellten Hülfsmittel erwiesen sich als unzureichend zu einem solchen Beginnen. Glücklicher war Pallavicini in dem darauf folgenden Türkenkriege, denn wenn er auch den Ausgang des Kampfes zu keinem günstigeren zu gestalten vermochte, so leistete er doch als Commandant der Donauflotille die wesentlichsten Dienste.

Seit dem Beginne des Successionskrieges befand sich Pallavicini in Italien, zu den einflußreichsten Aemtern berufen, welche jedoch nur selten einen rein militärischen Charakter besaßen. Seine genaue Kenntniß des Landes und der Sprache desselben, sein Talent zu politischen und Finanzgeschäften machten ihn vielmehr besonders geschickt zur Durchführung von Aufgaben, welche sich auf die Verwaltung des Landes bezogen, es mochte um österreichisches Gebiet oder um eroberte Provinzen sich handeln. Ein Zeitgenosse nennt ihn einen Mann von Beredsamkeit, voll von Kenntnissen, und reich an Planen wie an Beweggründen zu deren Unterstützung [277]). Unter dem Titel eines bevollmächtigten Ministers bekleidete er eigentlich die Stelle eines Generalstatthalters der Lombardie sowohl vor als nach der Besetzung Mailands durch die Spanier. Freilich verlor er dieselbe, und wohl nicht ohne sein Verschulden, im Jahre 1747, als seine steten Zwistigkeiten mit den österreichischen Generalen und der immer lauter werdende Verdacht, er habe der Unternehmung wider Genua statt Vorschub nur Hindernisse bereitet, seine Entfernung nothwendig machten. Aber als Commandant des Castells von Mailand, wozu ihn Maria Theresia ernannte, blieb doch Pallavicini fortan in dieser Stadt und in ununterbrochener Kenntniß der dortigen Geschäfte. Daher fand ihn Maria Theresia um so geeigneter, nach Harrachs Abreise von dort an dessen Stelle zu treten, als ja durch den Abschluß des Friedens die früheren Beweggründe zu seiner Entfernung hinweggefallen waren. Und von seiner Gewandtheit versprach sich die Kaiserin vor Allem die Durchführung eines seiner Plane, der ihr besonders am Herzen lag. Er bestand darin, künftighin zehn Regimenter Infanterie und drei Reiterregimenter, zusammen fast 30.000 Mann aufzustellen und sie einzig und allein mit den lombardischen Einkünften zu erhalten [278]).

Die genauesten Kenner der italienischen Verhältnisse zweifelten von vorneherein an der Durchführbarkeit dieser Aufgabe. Aber Pallavicini, der mit dem Posten eines Statthalters von Mailand das Ziel seiner Wünsche erreicht hatte [279]), ging darum doch nicht weniger muthvoll an ihre Verwirklichung. Gleichzeitig schritt er, um die zu einer so großen Ausgabe erforderlichen Einkünfte zu erhalten und sicherzustellen, an die Reform des Finanzwesens des Landes. Nach drei Richtungen hin unternahm er dieselbe; zuerst durch Vollendung der Abschätzung sämmtlichen Grundeigenthumes behufs seiner Besteuerung, d. i. des Katasters, welche Arbeit in der ersten Regierungszeit Karls VI. beschlossen und theilweise durchgeführt worden, seit dem Jahre 1733 und der damaligen Besetzung Mailands durch die Spanier aber ins Stocken gerathen war. Ferner sollten die bisher zerstreuten Pachtungen der einzelnen Abgaben in einen allgemeinen Generalpacht vereinigt und dadurch nicht nur die Einkünfte wesentlich vermehrt, sondern die Kosten der Einhebung beträchtlich verringert und eine Menge von Mißbräuchen bei derselben abgestellt werden. Endlich wollte man durch die Vereinigung des gesammten Schuldenwesens des Landes in eine einzige öffentliche Schuld die Verwaltung derselben vereinfachen und ihre Last wesentlich vermindern [280]).

Ungleich weniger wichtig, aber doch immerhin erwähnenswerth ist es, daß Pallavicini es war, der durch strenge Verordnungen dem Uebelstande steuerte, welcher daraus hervorging, daß es in Mailand zur Gewohnheit geworden war, mit rasender Eile durch die Straßen zu fahren und dadurch Gesundheit und Leben der Fußgänger zu gefährden [281]). An dem bedächtigen Schritte, in welchem jetzt die Wagen in Mailand verkehren, sind heut zu Tage noch die Wirkungen der energischen Maßregeln Pallavicini's zu spüren. Ihm ist es zu danken, daß damals in Mailand eine Einrichtung sich festsetzte, welche noch jetzt in der Hauptstadt des Reiches fruchtlos ersehnt wird.

Pallavicini's Bemühungen zur Durchführung all dieser Aufgaben fanden die ausgiebigste Unterstützung von Seite eines Mannes, welcher dem Range nach nur die zweite Stelle in der Verwaltung des Landes bekleidete, dem Wesen nach aber den hervorragendsten Platz in

derselben einnahm. Es war dieß der Großkanzler Graf Beltrame Cristiani.

In der unscheinbaren Ortschaft Varese unfern von Piacenza in den ärmlichsten Verhältnissen geboren, brachte Cristiani seine Jugend in Piacenza zu. Durch Kenntnisse und rastlosen Eifer brachte er nach und nach es dahin, in den Stadtrath von Piacenza berufen zu werden, in welchem er sich befand, als der Tod Karls VI. und der Streit um seine Erbschaft auch Italien in den Krieg stürzte. Lebhaft ergriff Cristiani für die Sache des Hauses Oesterreich Partei, und so wichtig waren die Dienste, welche er den österreichischen Truppen erwies, daß Maria Theresia ihm die Verwaltung des Herzogthums Modena anvertraute, als Herzog Franz vor den österreichischen Streitkräften von dort geflohen war. Mit so großer Klugheit und Gerechtigkeit führte Cristiani inmitten der schwierigsten Verhältnisse diese Verwaltung, daß in dem Lande selbst nur eine Stimme des Lobes über ihn herrschte, und Herzog Franz nach seiner Rückkehr ihm für die Wohlthaten dankte, die er dem Lande erwiesen. Maria Theresia aber wußte, was sie an dem Manne besaß, und das wenig Gewinnende seiner Außenseite machte sie darin nicht irre. Cristiani war nämlich von häßlicher und plumper Gestalt; er vernachlässigte sein Aeußeres in einer fast abstoßenden Weise. So waren die Nase, der Mund, die Kleider stets mit Schnupftabak bedeckt, dessen er sich im Uebermaße bediente. Er besaß nicht die Gabe des Wortes, stotterte häufig [282]), und dennoch verstand er es, die Kaiserin sowohl als das ganze Ministerium mit der Ueberzeugung von seinem seltenen Werthe zu durchdringen [283]). Maria Theresia ernannte ihn zum Großkanzler von Mailand und überhäufte ihn mit Beweisen ihres unbeschränkten Vertrauens. Und gegen ihre sonstige Gewohnheit sahen dieß die übrigen Minister nicht mit Neid und mit Mißgunst, sondern Jeder trug nach Kräften dazu bei, Cristiani's Einfluß zu stärken und zu mehren, seine Stellung zu befestigen. Gerade sein persönlicher Umgang war es, der sie Alle, die Kaiserin und ihren Gemal so wie die Minister für Cristiani gewann [284]). Man habe ihn, so wurde behauptet, nach Wien gesendet, um ihm eine Falle zu bereiten, indem man der Ansicht war, seine abstoßende Außenseite werde dort

unangenehm berühren. Aber gerade das Gegentheil davon traf ein; als die mächtigste Person im Lande kehrte Cristiani nach Mailand zurück.

Im November 1750, kurz nachdem Pallavicini die Statthalterschaft übernommen, war dieß der Fall. Und noch sechs Monate später schreibt der venetianische Botschafter Tron an die Signorie, Cristiani sei jetzt am Hofe am meisten „in der Mode", besonders bei der Kaiserin und ihrem Gemal. „Sie bedienen sich seiner", fährt er fort, „in allen Angelegenheiten, welche sich auf Italien beziehen. Jedermann „will nur mit ihm zu thun haben, die Kaiserin aber ihn zu Allem „verwenden, so daß sie ihn zuletzt noch tödten werden durch die An„strengung, die sie ihm auferlegen" [285]). Kaunitz aber erklärte, schon vor sieben Jahren habe er der Kaiserin empfohlen, Cristiani zum Großkanzler von Mailand zu ernennen, denn er kenne den ganzen Werth seines Geistes und Herzens [286]). Und ein englischer Berichterstatter schreibt noch einige Jahre später über Cristiani: „Niemals sprach ich „mit einem Manne von richtigerem Urtheil und größerer Begabung. „Die Dienste, welche er dem Kaiserhofe in Italien geleistet, sind der „Art, daß sie ihm das unbedingteste Zutrauen Ihrer Majestäten erwar„ben. Er ist aber auch in Italien in hohem Maße beliebt. Er besitzt „nicht allein das Vertrauen seines eigenen Hofes, sondern zum großen „Theile auch dasjenige des Königs von Sardinien, der Republik Vene„dig und des Herzogs von Modena. Wenn Gott sein Leben verlängert, „so wird dieß ein Segen für das Haus Oesterreich sein. Er wird Ihre „kaiserliche Majestät bei ihren italienischen Nachbarn beliebt, von ihren „dortigen Unterthanen angebetet machen, und zu gleicher Zeit der Stellung „des Wiener Hofes daselbst mehr wirkliche Stärke verleihen als sie jemals „besaß" [287]).

Man sieht, daß die Aufgaben, welche Cristiani's in Italien harrten, der mannigfachsten Art waren. Was zunächst die Vollendung der auf die Grundsteuer bezüglichen Arbeiten betraf, so bestand das Haupthinderniß derselben in der ausnahmsweisen Stellung, welche für die geistlichen Güter in Anspruch genommen wurde. Durch die Befreiung der letzteren von Entrichtung der Steuern erlitt natürlicher Weise

entweder das Gesammteinkommen des Staates eine beträchtliche Einbuße, oder die weltlichen Grundbesitzer mußten zu ihrer eigenen Belastung auch noch diejenige auf sich nehmen, welche von den geistlichen Gütern zu tragen gewesen wäre. Maria Theresia gedachte einer solchen Unbilligkeit ein für allemal ein Ende zu machen; doch wollte sie hierin nur im Einvernehmen mit dem päpstlichen Stuhle zu Werke gehen. Papst Benedict XIV. kam den Wünschen der Kaiserin entgegen und es begannen nun die Verhandlungen, welche im Namen des Papstes der Cardinal Archinto, im Namen der Kaiserin aber Cristiani führten.

Im Dezember 1757 wurden dieselben beendigt. Auch jetzt behielten die geistlichen Güter noch mannigfache Vorrechte. Diejenigen, welche sich schon vor dem Jahre 1575 in den Händen der Kirche befanden, blieben von der Steuer befreit, und auch wo dieß nicht der Fall war, betrug dieselbe nur zwei Drittheile derjenigen, welche von den weltlichen Gütern zu zahlen war[255]). Noch andere Begünstigungen kamen hinzu, aber es war doch wenigstens so viel erreicht, daß der Grundsatz der Steuerfreiheit der geistlichen Güter nicht mehr als ein unantastbares Privilegium fortbestand.

Nicht nur mit dem römischen Hofe, sondern auch mit anderen fremden Regierungen war Cristiani glücklich in seinen Verhandlungen. So war dieß mit König Karl Emanuel von Sardinien der Fall, der gleichfalls am liebsten mit Cristiani zu thun haben wollte, um die zahlreichen Streitpunkte zu schlichten, welche in Folge der letzten Gebietsveränderungen zwischen Piemont und der Lombardie obwalteten. Zur Beilegung derselben wurde Cristiani nach Turin gesandt, und mit solchem Geschick, mit solch tiefem Verständniß der in Betracht kommenden Fragen führten er und der sardinische Minister Bogino die Verhandlungen, daß deren Ergebniß, der Vertrag vom 4. October 1751, länger als ein Jahrhundert hindurch die unverrückbare Grundlage der, man kann sagen, tausendfachen Beziehungen der beiden Staaten und ihrer Unterthanen zu einander gebildet hat.

Nicht weniger wichtig für Maria Theresia, ja ihr persönliches Interesse wohl noch in höherem Grade in Anspruch nehmend, war eine andere Verhandlung, zu welcher Cristiani den ersten Anstoß gab und die vorbereitenden Schritte unternahm.

Bekanntlich war Herzog Franz III. von Modena im Erbfolgekriege auf Seite der bourbonischen Höfe gestanden, und hatte diese Parteinahme mit dem wenigstens vorübergehenden Verluste seines Landes gebüßt. Erst durch den Aachner Frieden gelangte er wieder in dessen Besitz. Aber der Herzog war eben so wenig beliebt in demselben, als der Aufenthalt in seiner kleinen und wenig glänzenden Residenz seinem unruhigen, Vergnügungen jeder Art nachjagenden Sinne entsprach. Cristiani war daher der Ansicht, es werde nicht schwer fallen, den Herzog für einen Plan zu gewinnen, von dessen Verwirklichung er sich die ihm so wünschenswerthen Annehmlichkeiten des Lebens versprechen durfte, während der eigentliche Vortheil, der daraus hervorging, dem Hause Oesterreich zu Theil werden sollte.

Ein Hauptgrund der Unbeliebtheit des Herzogs in seinem eigenen Lande bestand in dem Zerwürfnisse desselben mit seinem Sohne, dem Prinzen Hercules, der seinerseits wieder von seiner Gemalin, Maria Theresia Cibo, Erbin von Massa und Carrara getrennt lebte. Cristiani beschäftigte sich nun mit dem Gedanken, die einzige Tochter aus dieser letzteren Ehe, Marie Beatrix, und mit ihr das reiche Erbe, das sie zu erwarten hatte, für einen Prinzen des Hauses Oesterreich zu gewinnen. Und um den Großvater, den Herzog von Modena, hiefür günstig zu stimmen, sollte ihn Maria Theresia zum Generalcapitän ihrer Truppen in Italien und zum Statthalter der Lombardie ernennen und ihn in dieser Stellung mit einem reichen Einkommen versehen. Es würde ihm dieß die Gelegenheit geben, den trübseligen Aufenthalt in Modena mit dem fröhlichen in Mailand zu vertauschen und daselbst der glänzenden Lebensweise nachzugehen, die immer in seinen Wünschen gelegen war. So lang sollte er in diesem Amte verbleiben, bis der Erzherzog, welcher seiner Enkelin bestimmt war, es selbst zu übernehmen vermochte.

Der Plan, welchen Cristiani's Scharfsinn erdachte, gereicht seinem Urheber wirklich zur Ehre. Wenigstens hätte er nicht leicht auf einen Gedanken verfallen können, der den beiden Personen, welche zunächst an seiner Ausführung betheiligt erschienen, willkommener gewesen wäre. Bei dem Herzoge von Modena war dieß der Fall, weil er keinen besseren Anlaß zu finden vermochte, um aus einer peinlichen in eine ihm völlig zusagende Lage zu kommen. Maria Theresia aber begrüßte mit Freude ein Project, dessen Verwirklichung einem ihrer Söhne einen nicht ganz unansehnlichen Länderbesitz, der Monarchie aber, wenn gleich keine Vergrößerung, so doch durch die Ausdehnung und Stärkung des österreichischen Einflusses in Italien einen gewissen Zuwachs an Macht zu sichern versprach.

Allerdings lag die Möglichkeit nahe, Fälle eintreten zu sehen, in welchen die ganze Verabredung in nichts zerfiele. Einerseits hätte Prinz Hercules sich mit seiner Gemalin wieder vereinigen und andererseits nach ihrem etwaigen Tode ein zweites Ehebündniß eingehen, in dem einen wie in dem anderen Falle aber noch legitime Nachkommenschaft erhalten können. Eine ausreichende Sicherstellung gegen eine solche Eventualität war wenigstens ganz unerreichbar. Aber weder Maria Theresia noch der Herzog von Modena ließen durch derartige Bedenken sich abhalten von der Verfolgung des einmal in's Auge gefaßten Zieles. Um sein Verfahren vor der Welt in glänzenderes Licht zu stellen, erklärte Herzog Franz in der Sache nur im Einvernehmen und mit Zustimmung des Königs Georg II. von England vorgehen zu wollen, in welchem er das Haupt des Estensischen Fürstenhauses erblicken müsse. König Georg aber, welchem dieser Anlaß willkommen schien, um den Herzog von Modena von den bourbonischen Höfen zu trennen, förderte eifrig den Plan. Nachdem Cristiani die wichtigsten Punkte in's Reine gebracht, wurden in Wien die letzten Unterhandlungen gepflogen; der Staatskanzler Ulfeld und der Reichsvicekanzler Colloredo vertraten hiebei die Kaiserin und ihren Gemal; für Modena waren der außerordentliche Gesandte Graf Anton Montecuccoli und Abbate Antonio Grossatesta, modenesischer Minister in England [289]) thätig; König Georg wurde durch den englischen Gesandten Robert

Keith repräsentirt. In solcher Weise kamen am 11. Mai 1753 die beiden Verträge zu Stande, von welchen der eine auf die Heirat und der zweite auf die Nachfolge in Modena Bezug hatte. Zur Vermeidung neuer Unruhen in Italien [290]), welche durch das Aussterben des Mannsstammes der herzoglich modenesischen Familie veranlaßt werden könnten, habe Herzog Franz, so hieß es in dem ersten Artikel des Vertrages über die Succession in Modena, den Beschluß gefaßt, einen Nachfolger zu ernennen, durch welchen dem alten Ruhme des estensischen Herzogshauses neuer Glanz hinzugefügt werde. Hiezu sei aber kein anderer Prinz so geeignet erschienen, als einer der nachgebornen österreichischen Erzherzoge, welche ja selbst dem in Deutschland blühenden Zweige des Hauses Este entstammten [291]). Er habe darum seine Enkelin Marie Beatrix [292]) dem Erzherzoge Leopold, drittem Sohne der Kaiserin zugesagt, welch letztere dagegen verspreche, ihn zu einem tüchtigen Regenten seiner künftigen Unterthanen zu erziehen und ihn nach Vollendung seines achtzehnten Lebensjahres nach Mailand zu senden, zu welchem Zeitpunkte dann die Vermälung stattfinden solle. Für den Fall des Todes des Erzherzogs wurde ihm dessen nächstjüngerer Bruder substituirt, bei der Prinzessin aber, obgleich sie damals keine Schwester besaß und auch später keine solche mehr erhielt, ein Gleiches festgesetzt. Niemals sollten die estensischen Staaten der österreichischen Monarchie einverleibt werden, noch eine von ihr abhängige Provinz, sondern immer einen für sich bestehenden Staat bilden, in welchem der zukünftige Fürst dem alten Herkommen zufolge seinen Wohnsitz zu nehmen habe. Um jedoch die hiedurch eintretende unauflösliche Vereinigung der Häuser Oesterreich und Este auch den beiderseitigen Unterthanen zu Gute kommen zu lassen, sollten sie gegenseitig die Rechte der eigenen Staatsbürger genießen. Herzog Franz wurde zum Generalcapitän der österreichischen Truppen in Italien und zum Statthalter der Lombardie ernannt. Bis zur Vermälung des Erzherzogs Leopold mit seiner Enkelin, also noch durch zwölf Jahre [293]) sollten diese Würden ihm verbleiben, dann aber auf den Erzherzog übergehen, während das mit denselben verbundene Einkommen dem Herzoge Zeit seines Lebens nicht entzogen werden könne. Würde der Herzog eher sterben, als der zum Gemal der Erbprinzessin von Modena bestimmte Erzherzog das achtzehnte Lebensjahr erreicht hätte, so ginge

für die Zwischenzeit das Commando der österreichischen Truppen in Italien und die Statthalterschaft von Mailand auf den Prinzen Hercules über.

Denn auch der Letztere und seine Gemalin stimmten diesem Vertrage bei, dessen unmittelbarste Folge natürlich darin bestand, daß die Statthalterschaft Pallavicini's nach Ablauf ihrer dreijährigen Dauer nicht mehr verlängert werden konnte. Da aber die Kaiserin einsah, daß dem Herzoge von Modena die Leitung der Geschäfte, zu deren Führung er in jeder Beziehung unkundig und ungeeignet erschien, wenn gleich dem Namen, so doch nicht der Wesenheit nach anvertraut werden konnte, legte sie dieselbe in die besten Hände, in diejenigen des Grafen Cristiani, der mit dem Titel eines bevollmächtigten Ministers dem Herzoge an die Seite gesetzt wurde. Das Commando ihrer Truppen unter dem Letzteren gedachte sie dem Grafen Pallavicini, der ja noch die Stelle eines Castellans von Mailand bekleidete, zu belassen. Pallavicini aber weigerte sich, in ein Abhängigkeitsverhältniß zu seinem früheren Untergebenen, dem Grafen Cristiani zu treten [294]). Statt seiner erhielt daher der Feldzeugmeister Graf Lynden das Commando der Truppen; Pallavicini aber begab sich nach Wien, wo ihm nicht nur eine Schadloshaltung von hunderttausend Gulden [295]), sondern noch überdieß die Zielpunkte seiner Sehnsucht, das goldene Vließ und die Würde eines Feldmarschalls zu Theil wurden. Er nahm sodann in Bologna seinen Wohnsitz, und trat nur noch einmal in die Oeffentlichkeit, indem er als kaiserlicher Botschafter im Jahre 1768 die Erzherzogin Marie Caroline zu ihrer Vermälung mit dem Könige von Neapel dorthin geleitete. Fünf Jahre später, im Jahre 1773 starb er in Bologna, der letzte jener langen Reihe von Statthaltern, welche seit zwei Jahrhunderten im Namen des spanischen wie des deutschen Zweiges des Hauses Oesterreich Mailand regiert hatten.

Denn weder der Herzog von Modena noch sein Nachfolger Erzherzog Ferdinand können fortan als die eigentlichen Träger der Regierungsgewalt angesehen werden. Allerdings hielt Herzog Franz am 14. Jänner 1754 seinen feierlichen Einzug in Mailand, von dem Castell aus mit dem Donner der Kanonen begrüßt. Allerdings begann für ihn

nun ein genußreiches Leben, aber all seine Zeit war auch dem Prunke so wie den Vergnügungen ausschließlich gewidmet. Die Arbeit und die Last der Geschäfte lagen ebenso ausschließlich auf den Schultern Cristiani's.

Freilich konnte es nicht ausbleiben, daß bei der Menge von Neuerungen, welche unter der Verwaltung Cristiani's theils fortgesetzt, theils begonnen wurden, gar Viele sich hiedurch beeinträchtigt fanden und mancherlei Anklagen wider ihn vorbrachten. Insbesondere gab man ihm eine allzuweit gehende Begünstigung der Generalpächter Schuld, und es fehlte nicht an Solchen, welche behaupten wollten, Cristiani's Privatvortheil sei dabei im Spiele. Andere wieder glaubten, Cristiani bedürfe nicht für sich selbst, wohl aber für den Wiener Hof beträchtliche Summen, indem ja die Kaiserin, wie ein lombardischer Geschichtschreiber sich ausdrückt, immer geldbedürftig, weil immer freigebig für die Ihrigen war. Und man hielt es nicht für unmöglich, daß Cristiani zunächst durch Geldspenden jene auffallende Gunst sich erworben habe, deren er sich von Seite der österreichischen Minister erfreute [296]).

Die wichtigste von all den Neuerungen, welche auf Vorschlag Cristiani's und unter seiner Leitung in der Lombardie durchgeführt wurden, bestand ohne Zweifel in der Einrichtung der Provinzial- und Gemeindeverwaltung, welche Maria Theresia durch das Edict vom 30. Dezember 1755 in's Leben rief. Hiedurch wurde Allen, welche in die Steuerlisten eingetragen waren, die Theilnahme an der Besorgung der Gemeindeangelegenheiten gestattet. Alljährlich hatten sie mit Stimmzetteln drei Deputirte zu wählen, von welchen jedoch Einer aus den drei Höchstbesteuerten genommen werden mußte. Ihnen lag die Vertretung der Gemeinde und die Verwaltung ihres Vermögens ob. Geistliche und Militärpersonen, so wie alle, welche einen privilegirten Gerichtsstand besaßen, waren ausgeschlossen. Minderjährige konnten sich durch ihren Vormund vertreten lassen. In der allgemeinen Versammlung der Gemeinde, welche zweimal im Jahre stattzufinden hatte, wurden die Steuerlisten revidirt, die künftigen Ausgaben der Gemeinde berathen und beschlossen, die vergangenen aber, so wie Alles, was in der Ver-

16*

waltung der Gemeinde geschehen war, einer genauen Ueberwachung unterzogen.

So wie in den Gemeinden, so wurden auch in den Provinzen, und zwar in den Hauptstädten derselben Delegationen gebildet, welche zunächst aus Abgeordneten je eines Bezirkes, und dann aus Vertretern des Adels und der Kaufleute zusammengesetzt wurden. Diese Versammlung, der Generalrath genannt, wählte zehn aus ihrer Mitte, welche Präfecten der Stadt und Provinz genannt wurden und die Verwaltungsgeschäfte im Namen des Generalrathes besorgten, unter dessen Aufsicht und Controle sie standen.

Die Durchführung des Katasters und der Selbstverwaltung in den Gemeinden war von den ersprießlichsten Folgen für die Lombardie. Die Einführung einer gleichmäßigen und unveränderlichen Auflage förderte den Aufschwung des Ackerbaues und der Landwirthschaft in ungeahntem Maße. Denn jeder Besitzer hatte das größte Interesse, aus seinem Eigenthume einen möglichst beträchtlichen Nutzen zu ziehen, ohne besorgen zu müssen, hiedurch die von ihm zu entrichtende Steuer unfreiwillig selbst zu erhöhen. Durch die Selbstverwaltung der Gemeinden aber und die Theilnahme aller Steuerzahler an derselben wurde der Antheil an ihren Angelegenheiten und das Geschick zu ihrer entsprechenden Besorgung unendlich gesteigert. Fast ein Jahrhundert hindurch hat dieses System seine Vortrefflichkeit bewährt, und als es für kurze Zeit aufgehoben wurde, um den in Frankreich geltenden Grundsätzen zu weichen, da zeigte es sich bald, um wie viel die letzteren hinter dem längst schon in der Lombardie eingebürgerten Systeme zurückstanden.

Eine der bemerkenswerthesten Handlungen Cristiani's war es auch, daß er im März 1757, als er sich vorübergehend in Wien befand, im Vereine mit Kaunitz die Kaiserin zur Aufhebung des italienischen Rathes bestimmte. Maria Theresia, welcher Alles verhaßt war, was an die aus Spanien herübergebrachten Einrichtungen ihres Vaters erinnerte [297]), ging bereitwillig auf diese Vorschläge ein. Tarouca, der bemerkt zu haben glaubte, daß die Kaiserin mit der Art, in welcher er die Geschäfte eines Präsidenten des italienischen Rathes versah, nicht völlig zufrieden war, ließ

sich bestimmen, auf diese Stelle zu verzichten, und hieraus, so wie aus dem gespannten Verhältnisse, welches seit langer Zeit schon zwischen Tarouca und Kaunitz [298]) bestand, erklärt sich wohl auch, warum nach und nach die früheren Beziehungen Maria Theresia's zu ihrem so vertrauten Rathgeber Tarouca etwas erkalteten. Die bisherigen Obliegenheiten des italienischen Rathes wurden von nun an der Staatskanzlei übertragen [299]).

Cristiani überlebte diese für ihn wichtige Veränderung nicht lange. Vier Jahre hindurch hatte er nicht nur die Lombardie mit fast unumschränkter Machtvollkommenheit regiert, sondern er war auch von Maria Theresia in den meisten Angelegenheiten, sie mochten den Staat oder sie selbst und ihr Haus angehen, zu Rathe gezogen worden [300]). Nun schien wirklich die Prophezeiung, die vor langer Zeit schon ausgesprochen worden, und die Besorgniß in Erfüllung zu gehen, welche Maria Theresia oftmals geäußert, daß er durch übertriebene Anstrengung sich selbst zu Grunde richten werde [301]). Im Mai 1758 erkrankte er ernstlich. So bewunderungswürdig wie die Klarheit, mit welcher er die Gefahr seines Zustandes erkannte, war auch die Ruhe und Gelassenheit, mit der er sich in dieselbe fügte. Nachdem er die Tröstungen der Religion mit frommer Ergebung empfangen, schlichtete er mit Ernst und Besonnenheit seine irdischen Geschäfte. Er berief seine Unterbeamten an sein Lager und ertheilte ihnen seine letzten Instructionen. Jedem sagte er, daß es die Pflicht des Menschen sei, bis zu seinem letzten Augenblicke in der Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben fortzufahren.

Maria Theresia nahm den lebhaftesten Antheil an dem Gesundheitszustande eines Mannes, den sie mit ihrem höchsten Vertrauen beehrte, und von welchem sie sich, da er sich erst in seinem sechsundfünfzigsten Lebensjahre befand, noch die wichtigsten Dienste versprochen hatte. Sie schrieb ihm nicht nur selbst einen liebevollen Brief, sondern sandte ihm auch ein schriftliches Gutachten Van Swietens über die ärztliche Behandlung, der er sich unterziehen solle. Alle zwei Tage ging eine Staffette von Mailand nach Wien mit genauen Nachrichten über den Zustand des Kranken. Noch einmal schöpfte man Hoffnung, denn wie es oft geschieht, flackerte auch dießmal noch die Lampe des Lebens

heller auf, ehe sie für immer verlosch[302]). Bald erwies sich diese Hoffnung als eitel; am 3. Juli 1758 verschied Cristiani, eine Witwe, vier Söhne und zwei Töchter, aber nur sehr wenig Vermögen zurücklassend. Da er immer ohne jedweden Aufwand gelebt hatte, so wurde hiedurch der Verdacht einer Bestechung von Seite der Generalpächter wohl am besten widerlegt. Mit gewohnter Großmuth trug Maria Theresia für die Hinterbliebenen Sorge. Der österreichische Gesandte in Neapel, Graf Karl Firmian wurde zu Cristiani's Nachfolger ernannt.

Neuntes Capitel.

Die Niederlande.

Durch den Aachner Frieden kehrten die österreichischen Niederlande, welche während der Feldzüge ganz in die Hände der Feinde gefallen waren, wieder unter die Herrschaft Maria Theresia's zurück. Nicht leicht hatte irgend ein Theil des europäischen Festlandes so sehr unter den verheerenden Wirkungen des langdauernden Kampfes gelitten, als dieß bei den belgischen Provinzen der Fall war. Denn Jahre lang hatten sie in ungleich höherem Grade noch als Deutschland und selbst als Italien den Kriegsschauplatz gebildet, und überdieß wurde hier, wo Frankreich seine Hauptmacht in's Feld stellte, mit größeren Truppenmassen gekämpft als es anderswo geschah. Und was der Krieg nicht selbst zerstört oder geraubt, das nahmen die unerträglichen Bedrückungen hinweg, welche die Franzosen während der Besetzung des Landes systemmäßig verübten. Von dem Oberfeldherrn derselben, dem Marschall von Sachsen sagen belgische Schriftsteller, daß seine Herrschaft über jene Provinzen nur den einzigen Zweck zu verfolgen schien, sich durch deren Beraubung zu bereichern [303]). Noch weiter als er ging jener Generalintendant Sechelles, dessen Name schon sechs Jahre zuvor in Böhmen zu so trauriger Berühmtheit gelangt war, und der nun wo möglich noch ärger in den Niederlanden hauste. Jede Steuerausschreibung, jede Erpressung ging von ihm aus, und auch als der Friede bereits geschlossen war, setzte Sechelles sein verderbliches Treiben noch ungestört fort. Mit verdoppeltem Eifer legten die Franzosen, um nur ja die kurze Zeit, die ihnen noch übrig blieb, recht ausgiebig zu benutzen, jetzt Hand an,

um so viele Schätze als möglich aus dem Lande zu schaffen. Ja sie nahmen sogar aus dem Archive zu Brüssel eine beträchtliche Menge der kostbarsten Urkunden weg, und vergeblich war Maria Theresia später für deren Wiedererlangung bemüht.

Erst am 27. Jänner 1749, also mehr als drei Monate nach Abschluß des Aachner Friedens entfernte Sechelles sich aus Brüssel, und Tags darauf marschirte auch die französische Besatzung aus der Stadt. Man hatte überall Vorsichtsmaßregeln getroffen, um zu verhindern, daß die allgemeine Erbitterung sich nicht in Beleidigungen gegen die abziehenden Franzosen Luft mache und dadurch Anlaß gebe zu neuen Gewaltthätigkeiten der letzteren. Eine Stunde nach ihrem Abzuge rückten die kaiserlichen Regimenter Arenberg, Lothringen und Los Rios sammt zwei Schwadronen des Dragoner-Regimentes Fürst de Ligne durch die Thore von Laeken und Löwen in die Stadt. Das Geläute aller Glocken und das Freudengeschrei der Einwohner bewillkommten sie.

Schon im Dezember 1748 hatte Maria Theresia zu einstweiliger Regierung des Landes eine Commission eingesetzt, welche aus dem Herzoge von Arenberg, dem Oberpräsidenten Steenhault, dem Präsidenten des Finanzrathes Marquis d'Herzelles, dem Kanzler von Brabant, Schokaert, und dem Präsidenten des flandrischen Rathes Grafen Patin bestand. Bis zum 23. April 1749 führte sie die Geschäfte; an diesem Tage aber traf der Generalstatthalter Prinz Karl von Lothringen in Brüssel ein, von dem erneuerten und noch gesteigerten Jubel der Bevölkerung begrüßt. Dem Prinzen stand von nun an der Feldzeugmeister Marchese Botta d'Adorno als bevollmächtigter Minister zur Seite.

Die Berufung des Letzteren kann als ein Beweis gelten, daß Maria Theresia doch nicht so weit, als man dieß gewöhnlich anzunehmen pflegt, davon entfernt war, manchmal auch schweres Verschulden völlig zu verzeihen. War es ja doch Botta gewesen, dem man nicht mit Unrecht jene schmachvolle Vertreibung der Oesterreicher aus Genua zur Last legte, welche Maria Theresia schon damals mit so tiefer Erbitterung erfüllte, und die auch nach mehr als einem Jahrhundert noch

als Losungswort des Kampfes gegen die österreichischen Waffen in Italien gedient hat. Seither hatte Botta unter dem Vorwande leidender Gesundheit in Zurückgezogenheit gelebt, aber seine Krankheit war, wie ein Zeitgenosse bemerkt, von dem Augenblicke an verschwunden, in welchem er seine Ernennung zum bevollmächtigten Minister in den Niederlanden und zum Obersthofmeister des Prinzen Karl von Lothringen erhielt [304]).

Haugwitz scheint es gewesen zu sein, welcher die Wahl der Kaiserin auf Botta gelenkt hat. Denn er glaubte den letzteren als einen guten Finanzmann zu kennen; ja es gab sogar Leute, welche behaupteten, die Plane, die jetzt Haugwitz in's Werk setzte, rührten eigentlich von Botta her, der sie schon während der letzten Regierungsjahre Karls VI. habe durchführen wollen. So unwahrscheinlich auch dieß letztere klingt, so ist doch so viel gewiß, daß man, wie von Pallavicini in Mailand, so auch von Botta in den Niederlanden sich versprach, er werde die Einkünfte des Landes beträchtlich vermehren und es dadurch möglich machen, nicht nur die eigenen Auslagen daraus zu bestreiten, sondern auch einen ausgiebigen Zuschuß für die Finanzen des Gesammtstaates zu liefern.

Wenn man die Wahl Botta's zu einem so hervorragenden Posten schon wegen des Makels, der an seinem militärischen Rufe haftete, in den österreichischen Landen nicht gerade mit Freude begrüßte, so wurde es noch überdieß mit Unzufriedenheit bemerkt, daß er mit Haugwitz und Pallavicini der dritte Nichtösterreicher war, der sich der besonderen Gunst, des besonderen Vertrauens der Kaiserin, der Verwendung in den einflußreichsten Stellen des Staates erfreute [305]). Doch auch er täuschte die Erwartungen nicht, welche Maria Theresia von ihm hegte. Mit Eifer und Verständniß ging er an die Erfüllung seiner Aufgaben. Er wußte sie mit einer Ruhe und Geräuschlosigkeit in's Werk zu setzen, welche in den Augen des einsichtsvollen Beurtheilers die Verdienstlichkeit ihrer Verwirklichung nur noch vermehrte.

Der oft wiederholte Ausspruch, daß diejenigen Frauen die vorzüglichsten seien, von denen man am wenigsten spreche, mag manchmal

auf ganze Länder, jedoch mit der Modification Anwendung finden, daß diejenigen die glücklichsten seien, von denen man am wenigsten zu berichten vermöge. Und so wiederholt sich denn auch in den gleichzeitigen Aufzeichnungen, so wie in den späteren Schriften über belgische Geschichte immer die Behauptung, daß die Jahre, welche dem Aachner Frieden folgten, bis zum Tode der Kaiserin Maria Theresia zwar arm an hervorragenden Ereignissen, aber doch gleichzeitig die gesegnetsten gewesen seien, deren Belgien sich seit Jahrhunderten erfreute.

Maria Theresia und ihre Regierung waren eifrigst bemüht, nach und nach die schweren Wunden zu heilen, welche der Krieg dem Lande geschlagen. Sonst überließen sie dasselbe, das sich wenigstens in seinen privilegirten Ständen, dem Adel und der Geistlichkeit, einer fast unbeschränkten Selbstverwaltung erfreute, so ziemlich seinem eigenen Willen. Und wenn schon hie und da in Wien der Gedanke in den Vordergrund trat, alte Uebelstände zu beseitigen und nothwendige Reformen zu verwirklichen, so begegnete man vorerst bei dem Prinzen Karl von Lothringen, welcher jeglicher Veränderung Feind war, und in noch höherem Grade bei den belgischen Ständen hartnäckigem Widerstreben.

Die Art, in welcher Maria Theresia und ihre Rathgeber gegen die Stände in den deutsch-österreichischen Erblanden verfuhren, ist gewiß nicht dazu angethan, als Beweis dafür zu dienen, daß man aus Achtung vor den althergebrachten Vorrechten der privilegirten Stände in den Niederlanden es unterließ, in gleicher Weise gegen sie aufzutreten. Die Ursache davon ist wohl nur in der richtigen Erkenntniß der gefährlichen Folgen zu suchen, welche eine wirkliche oder vermeintliche Verletzung der ständischen Gerechtsame in den belgischen Provinzen gar leicht nach sich ziehen konnte. Es wird nicht ohne Interesse sein zu hören, in welcher Weise das damalige Orakel in österreichischen Staatsangelegenheiten, wie Bartenstein über diese Dinge sich ausspricht.

Die Niederländer seien, sagt er in einem Referate vom 11. Dezember 1749, nicht so leicht als andere Völker zu regieren. Die Landesverfassung lasse sich ohne große Gefahr nicht ändern. In den Niederlanden ereigne es sich nicht selten, daß gerade aus Liebe zum Vaterlande dem-

jenigen entgegengehandelt werde, was dessen wahre Wohlfahrt erfordert. Wenn es irgendwo nöthig sei, alle Welt mit der Erkenntniß der wirklichen Beweggründe zu den von den bestgemeinten Absichten dictirten Regierungsmaßregeln zu durchdringen, so sei dieß in den Niederlanden der Fall. Je tiefere Wurzeln dort die Verschwendung geschlagen habe, welche in der Verwaltung des Landes eingerissen sei, um so größer werde auch die Anzahl derjenigen sein, welche hievon bisher Gewinn gezogen hätten, und sich nun durch jedwede Einschränkung verletzt fühlen würden. Von ihnen müsse man erwarten, daß sie sich den heilsamsten Verfügungen widersetzen, sie als Beeinträchtigung der Freiheiten des Landes darstellen, und in die Beschwerden darüber auch diejenigen hineinziehen würden, welche in ihrem eigenen Interesse und zu Gunsten ihres Vaterlandes solche Absichten auf's nachdrücklichste fördern sollten. Darum sei die äußerste Behutsamkeit und nur langsames, stufenweises Vorgehen unbedingt nöthig.

Auch im folgenden Jahre, im Juli 1750 spricht Bartenstein in gleichem Sinne sich aus. Auch jetzt wiederholt er den Satz, daß nur langsam, gleichsam unvermerkt und mit so geringem Aufsehen als möglich vorzugehen sei. Allerdings fügt er gleich selbst die Bemerkung hinzu, daß solches leichter gesagt als bewerkstelligt werden könne. Vor Allem müsse man dasjenige sorgfältig vermeiden, was irgendwie Mißtrauen oder den Argwohn erregen könnte, daß man der Joyeuse entrée oder den berechtigten Freiheiten des Landes zu nahe treten wolle. Es genüge nicht, daß die Kaiserin diese Absicht nicht hege, sie müsse auch die Ueberzeugung davon in den Niederlanden wecken und befestigen, ihre wahrhaft gemeinnützigen Intentionen aber aller Welt unzweifelhaft klar machen. Für eine Privatperson möge es großmüthig sein, sich mit dem unverdienten Hasse für dasjenige zu beladen, was Andere verschuldeten. Die Beherrscherin eines großen Staates aber habe andere Rücksichten zu nehmen; sie müsse das Volk davon überzeugen, daß ihm dasjenige zum Heile gereiche, was sie zu verwirklichen trachte [306]).

Diese Grundsätze auf die Niederlande anwendend, hält Bartenstein es für nothwendig, Alles dasjenige, was dort von Seite der

Regierung zu geschehen habe, in einer Weise zu vollführen, daß Jedermann einsehe, man beabsichtige hiebei nichts als die Vermehrung der Sicherheit des Landes, die Verminderung seiner beträchtlichen Schulden, die Erleichterung der Steuerlast, die Förderung des Handels und der Erwerbsquellen.

Das sicherste und ausgiebigste Mittel zur Erreichung dieser Zwecke glaubte man zu Wien in der Beseitigung oder mindestens der Aenderung des Barrieretractates zu finden.

Bis auf die Zeiten des dreißigjährigen Krieges läßt sich der Ursprung des Gedankens zurückführen, der nach und nach in Holland immer tiefere Wurzeln schlug und endlich zu einem Hauptgrundsatze der dortigen Politik wurde, des Gedankens, daß die wichtigsten Interessen des neu gegründeten Freistaates die Aufrichtung einer Schranke, welche ihn vor Frankreichs Eroberungsluft ausreichend zu schützen vermöge, zur unabweislichen Nothwendigkeit machten. Die Absicht, eine solche Schranke, eine Barriere gegen Frankreich zu erlangen, vermochte die Generalstaaten zum Abschlusse der großen Allianz mit Kaiser Leopold I. und England im Jahre 1701, in welcher ihnen die Errichtung einer Barriere wider Frankreich zugesagt wurde, ohne daß sich jedoch der Kaiser anheischig gemacht hätte, ihnen das Besatzungsrecht in den belgischen Festungen zuzugestehen oder sich zu irgend welchen Geldleistungen an die Generalstaaten zu verpflichten. Aber die Verbündeten des Kaiserhofes, England und Holland trafen, unbekümmert um die lebhafte Einsprache des Wiener Cabinetes, im Jahre 1707 ein Uebereinkommen über die Verpflichtungen, welche dem Hause Oesterreich als Beherrscher der Niederlande in Bezug auf die Barriere gegen Frankreich aufzuerlegen seien. Und in den Utrechter Frieden wurde die Bestimmung aufgenommen, daß die Niederlande dem Kaiserhause nicht eher zurückgegeben werden sollten, als bis sich dasselbe mit Holland über die Errichtung der Barriere verständigt haben werde.

So lebhaft nun Karl VI. auch wünschen mochte, so bald als nur immer möglich in den Besitz der Niederlande zu gelangen, so sehr schrack er doch vor den harten Bedingungen zurück, welche seine bis-

herigen Verbündeten ihm in dieser Hinsicht vorschreiben wollten. Erst im Jahre 1716 kam der Vertrag zu Stande, durch welchen die Niederlande in den Besitz des Kaisers zurückkehrten. Die Generalstaaten erhielten das Recht, daselbst ein Truppencorps von zwölf bis vierzehntausend Mann zu unterhalten, und mit demselben eine Anzahl belgischer Grenzfestungen gegen Frankreich zu besetzen. Die Kosten der Einquartierung der holländischen Truppen sollte von den österreichischen Niederlanden getragen und den Generalstaaten noch außerdem eine Subsidie von einer halben Million Thaler jährlich bezahlt werden. Im Falle der Verzögerung oder Verweigerung dieser Zahlungen durften die Generalstaaten dieselben von den Zahlungspflichtigen sogar durch Gewaltmittel hereinbringen.

Es ist leicht begreiflich, daß dieser Vertrag, zu dessen Abschluß der Kaiser durch seine Verbündeten förmlich gezwungen wurde, in den österreichischen Niederlanden große Bestürzung erregte. Mit Recht erblickten sie in der Einräumung der Befugniß, holländische Truppen im Lande zu halten, eine Gefährdung ihrer Unabhängigkeit; mit Recht sahen sie in der den Generalstaaten zu Theil werdenden Ermächtigung, sich auch durch Gewaltmittel in Besitz der Subsidienzahlung zu setzen, eine Schädigung ihres Rechtes der Steuerbewilligung. Hiezu kamen noch die beschränkenden Bestimmungen, welche der Vertrag in Bezug auf den Handel der österreichischen Niederlande zu Gunsten Hollands und Englands enthielt. Es war also von allem Anfange an das eifrige Bestreben der belgischen Provinzen, wenn nicht eine völlige Abschaffung des Barrierevertrages, so doch die Aenderung seiner drückendsten Bestimmungen zu erlangen. Einiges wurde in der That auch erreicht, dem Wesen nach aber blieb der Barrieretractat fortbestehen. Bald führte er zu offenem Zwiespalt mit Holland, indem die Einwohner der belgischen Provinzen, von der kaiserlichen Regierung dabei mächtig gefördert, ihrem Seehandel größere Ausdehnung zu geben suchten, während die Holländer, auch jetzt wieder von England nachdrücklich unterstützt, dagegen nicht bloß Einsprache erhoben, sondern sich sogar gegen belgische Schiffe Gewaltthätigkeiten erlaubten. Auch Preußen gesellte sich seiner Gewohnheit nach zu Oesterreichs Gegnern, und so wurde denn die

kaiserliche Regierung zur Nachgiebigkeit gezwungen. Im Jahre 1731 mußte sie den Seehandel der belgischen Provinzen nach Ostindien untersagen.

So wie in dieser Beziehung, so lastete auch in den übrigen Hauptpunkten, insbesondere was die Subsidienzahlung und das Besatzungsrecht der Holländer in den belgischen Grenzfestungen anging, der Barrierevertrag schwer auf den österreichischen Niederlanden. Als sich nun noch überdieß während des eben beendigten Krieges all die Opfer, die man zu Gunsten dieser Einrichtung getroffen hatte und auf eine Gesammtzahlung von mehr als dreiunddreißig Millionen veranschlagte[307]), nutzlos erwiesen, als die holländischen Besatzungen die ihnen anvertrauten Festungen fast ohne Schwertstreich dem Feinde überlieferten, da war nichts natürlicher, als daß man während der Dauer der Aachner Friedensverhandlungen in den belgischen Provinzen sowie in Wien von einer Erneuerung des Barrieretractates durchaus nichts wissen wollte. Zuletzt mußte freilich Maria Theresia wenigstens insofern nachgeben, daß sie die Einräumung der belgischen Festungen, in denen die Generalstaaten früher das Besatzungsrecht wirklich besessen hatten, an die holländischen Truppen zugestand. Hinsichtlich der Plätze aber, deren Fortificationen während des Krieges von den Franzosen zerstört worden waren, erklärte die Kaiserin, daß das Besatzungsrecht der Holländer erst mit dem Augenblicke der Wiederherstellung jener Festungswerke neuerdings aufleben könne. So lange nun aber, fügte man in Wien hinzu, in Folge der Rasirung einer Anzahl von Grenzplätzen von einer Barriere die Rede nicht sein könne, so lang dürfe den belgischen Provinzen auch die Bezahlung der Summe nicht auferlegt werden, welche sie bisher zur Aufrechthaltung dieser Barriere hatten entrichten müssen. Hiezu komme noch der trostlose Zustand, in welchem der Kaiserhof die Niederlande aus den Händen der Franzosen übernommen habe. Sie seien durchaus nicht im Stande, jene eben so beträchtliche als nutzlose Last auch noch fernerhin zu tragen. Darum könne man zu einer Erneuerung jener Zahlungspflicht sich in keiner Weise herbeilassen[308]).

Selbstverständlich fanden diese Kundgebungen Maria Theresia's bei der holländischen Regierung die ungünstigste Aufnahme. Sie wollte, und von ihrem Standpunkte aus gewiß nicht mit Unrecht, das Uebergewicht und den Vortheil nicht aufgeben, welche ihr die Bestimmungen des Barrierevertrages in Bezug auf die österreichischen Niederlande gewährten. Der Erbstatthalter von Holland, Prinz Wilhelm von Oranien, sandte eine Person seines engsten Vertrauens, den Grafen Bentinck [309]), welcher schon bei den Friedensverhandlungen zu Aachen Holland als dessen erster Bevollmächtigter vertreten hatte, nach Wien, um in unmittelbarer Berührung mit dem Kaiserhofe dem Begehren der Holländer Eingang zu verschaffen.

Ueber den Grundsatz, daß es im Interesse aller Betheiligten liege, die Barriere gegen Frankreich wieder aufzurichten und dadurch den österreichischen Niederlanden und Holland wenigstens einigen Schutz gegen die französische Uebermacht zu gewähren, war man bald einig. Um so schwieriger war es jedoch, sich darüber zu verständigen, wer die Kosten dieser Wiederaufrichtung tragen solle, und im Falle einer Betheiligung Aller, nach welchem Ausmaße für die Einzelnen dabei vorzugehen sei. Graf Bentinck behauptete im Namen der Holländer, daß nachdem jene Plätze der Kaiserin gehörten, dieselbe auch den größten Antheil der Kosten für deren Armirung bestreiten müsse. In Wien aber wollte man die gleiche Last den Generalstaaten zuschieben, indem man erklärte, daß eigentlich Holland das meiste Interesse an der Barriere besitze, welche allein es gegen Frankreich zu schützen vermöge. Und England, das man zu ausgiebiger Mitbetheiligung heranzuziehen wünschte, weil nur durch die Barriere die von ihm jederzeit so nachdrücklich bekämpfte Ausdehnung Frankreichs gegen Norden hintangehalten werden könne, antwortete wieder, es brauche gar keine Barriere, das Meer und die Flotte bildeten die beste Schutzwehr für England [310]). Von holländischer Seite aber wurde darauf, und mit Recht entgegnet, nicht um die Vertheidigung des englischen Gebietes, sondern um die Einschränkung der französischen Vergrößerungssucht handle es sich hiebei. Wenn England, wie es thatsächlich der Fall sei, von Holland fordere, sich unbedingt seiner antifranzösischen Politik anzuschließen, so müsse

es auch dazu beitragen, Holland vor den Gefahren sicherzustellen, welche diese Politik unzweifelhaft für dasselbe mit sich bringe.

Aber nicht allein wider England, sondern auch gegen Oesterreich waren die Ausführungen der Holländer gerichtet. Das gleiche Interesse, wie die Generalstaaten für den Schutz des eigenen Landes, müßte das Kaiserhaus für denjenigen seiner belgischen Provinzen haben. Sei es also nicht abweichender Meinung über die Nothwendigkeit der Wiederaufrichtung der Barriere, so müsse es auch anerkennen, daß dieselbe nur auf Grundlage des im Jahre 1716 abgeschlossenen Tractates geschehen könne. Mit der Barriere selbst müsse also auch jener Vertrag wieder in's Leben treten. Und nicht allein hinsichtlich der Beitragsleistung zu dem Wiederaufbau der Festungen und zur Erhaltung der holländischen Truppen in denselben solle solches geschehen. Alle übrigen Artikel des Barrieretractates, durch welche den Holländern so namhafte Begünstigungen auf commerziellem Gebiete zugesichert wurden, müßten erneuert und die seither eingetretenen Verletzungen desselben für alle Zukunft beseitigt werden. Die von der kaiserlichen Regierung eingeführte Bevorzugung ihrer belgischen Unterthanen habe aufzuhören und der Tarif zu entfallen, welcher die holländischen Waaren bei deren Einfuhr nach Belgien allzusehr bedrücke. Man möge doch endlich einmal davon abgehen, Belgien als ein selbstständig dastehendes Land betrachten und daselbst Vorkehrungen zur Förderung des Handels treffen zu wollen, welche sich nur auf Kosten seiner holländischen Nachbarn durchführen ließen. Der persönliche Vortheil der Kaiserin sei dabei im Spiele, denn niemals werde sie aus dem Wohlstande der eigenen Unterthanen, für dessen Emporblühen sie so ängstlich bedacht sei, die Vortheile schöpfen, welche das Bündniß mit Holland ihr gewähre. Der Fortbestand des letzteren aber sei mit der Wiederaufrichtung der Barriere und der Erneuerung des Vertrages von 1716 in untrennbarem Zusammenhange.

Es ist selbstverständlich und gereicht der Kaiserin nur zur Ehre, daß sie weit davon entfernt war, solche Anschauungen jemals zu den ihrigen zu machen. Darum führten weder Bentincks Verhandlungen in Wien, noch die Conferenzen zum Ziele, welche in der gleichen Absicht

später in Brüssel eingeleitet wurden. Nach wie vor unterstützte die kaiserliche Regierung mit Nachdruck die Forderung ihrer belgischen Unterthanen, daß auf die Ausdehnung ihres Handels, keineswegs aber auf dessen Beschränkung, ja auf seine Vernichtung hingearbeitet werde [311]). Nach wie vor widersprachen dem die Holländer aufs eifrigste; ja sie verlangten, daß noch vor dem Wiederaufbau der belgischen Festungen dem Handel der österreichischen Niederlande neuerdings jene Fesseln angelegt würden, welche ihm durch den Barrieretractat zu Gunsten der Holländer aufgezwungen worden waren [312]).

Da man weder im Haag, noch in Brüssel oder Wien nachgab, blieb dieser Zwiespalt ungeschlichtet. Natürlicher Weise konnte dieß nicht dazu beitragen, die Mißstimmung Maria Theresia's gegen ihre früheren Alliirten, von denen sie trotz des Bündnisses mit ihnen doch so vieles hatte erdulden müssen, zu besänftigen. Ja die rohen Excesse, welche die holländischen Truppen fortwährend in den belgischen Festungen gegen die friedlichen Einwohner dieser Städte begingen, steigerten die Unzufriedenheit der Kaiserin. So wurde im Jahre 1751 ein Bürger von Namur durch den Befehlshaber der dortigen holländischen Besatzung wegen eines angeblichen Verbrechens furchtbar mißhandelt.

Das Schreiben, welches Maria Theresia in dieser Angelegenheit persönlich an den Prinzen Statthalter von Holland richtete, ist ein schöner Beweis des Nachdruckes, mit dem sie der verletzten Interessen ihrer Unterthanen sich annahm. „Es scheint fast", so heißt es darin, „daß die Commandanten der Barrierеplätze es sich zu besonderer Auf„gabe machen, Exceß auf Exceß zu häufen, gleichsam zum Hohne „meiner Souveränetät und des Schutzes, den ich meinen Unter„thanen schulde. Wohl kein einziger Monarch der Welt würde solches „so lang erduldet haben als ich. Um nur ja nichts zu überstürzen, „habe ich die Mäßigung und die Geduld allzu weit getrieben, und ich „habe gegründete Ursache dieß zu bereuen, weil das Uebel, statt dadurch „gebessert zu werden, nur immer mehr sich verschlimmerte. Endlich hat „man das Ungeheuerliche dieses Vorganges [313]) so sehr gesteigert, daß „mit der schreiendsten Ungerechtigkeit und Grausamkeit, im Wider„spruche mit allen göttlichen und menschlichen Gesetzen, und in einer

„Weise, von der kein Beispiel in der Geschichte zu finden sein wird, „ein Bürger von Namur, mein Unterthan, wegen eines vermeintlichen „Vergehens, für welches er, selbst wenn er dessen geständig gewesen „wäre, von dem competenten Richter höchstens mit einer Geldstrafe „hätte belegt werden können, zweimal gefoltert und dann durch Hen„kershand gepeitscht wurde."

„Es würde mir schwer fallen, den Schmerz, ja den Abscheu zu „schildern, den ich empfand, als ich solches erfuhr. Meine Würde, „meine Ehre, mein Gewissen verpflichten mich, aufs ernstlichste eine „glänzende Genugthuung zu fordern, die in richtigem Verhältnisse zu „stehen hat zu der erduldeten Schmach. Denn niemals werde ich die „Pflichten vernachlässigen, welche ich als christliche Monarchin gegen „meine Unterthanen erfüllen muß."

Die ausweichende Antwort, welche Maria Theresia auf dieses energische Schreiben erhielt, und das Ausbleiben der verlangten Genugthuung bestärkten die Kaiserin in der Besorgniß, daß sie in Allem, was die Niederlande anging, umsonst die Seemächte um Zugestehung desjenigen bestürmen werde, was sie aus tiefster Ueberzeugung ihre berechtigten Forderungen nannte. Und mit dem sicheren Vorgefühle des Richtigen hatte sie schon in jenem Schreiben den Kernpunkt des Zwiespaltes bezeichnet, der in dieser Beziehung zwischen ihr und ihren Verbündeten obwaltete. Während sie immer darauf zurückkam, daß sie die Monarchin der Niederlande sei und keine auswärtige Macht sich eine Beschränkung ihrer Souveränetätsrechte anmaßen dürfe, war nach der Meinung der Seemächte diese Beschränkung schon durch den Barrierevertrag vorhanden. Am grellsten trat dieser Contrast der beiderseitigen Anschauungen in einem Zweigespräche hervor, welches im Sommer 1753 zwischen der Kaiserin und einem britischen Staatsmanne stattfand.

Sir Charles Hanbury Williams, Englands Gesandter in Dresden, war um jene Zeit von seiner Regierung nach Wien gesendet worden, um neben anderen wichtigen Geschäften, deren Besorgung ihm anvertraut war, auch in der Angelegenheit der niederländischen Barriere eine Ausgleichung herbeizuführen. Aber seine Bemühungen, der Kaiserin

die Nothwendigkeit, in dieser Sache den Seemächten nachzugeben, recht eindringlich zu Gemüthe zu führen, blieben ganz ohne Erfolg, ja sie brachten eher die entgegengesetzte Wirkung hervor. „Die Ueberzeugung, „daß sie die unabhängige Souveränin der Niederlande sei," berichtet Sir Charles an den Herzog von Newcastle, „ist so tief eingewurzelt „in ihr, daß es schwer sein wird dieselbe auszurotten. Ich nahm mir „die Freiheit, Ihrer Majestät begreiflich machen zu wollen, daß sie „weit davon entfernt, und daß ihre Herrscherrechte über die Niederlande „durch die Tractate mit den Seemächten beschränkt seien, von denen „ich hoffte, daß dieselben künftighin pünktlicher beobachtet werden wür„den als bisher. Das nahm jedoch Ihre kaiserliche Majestät sehr übel „auf, und laut, so laut, daß die Leute im Nebenzimmer es hörten, „bestand sie darauf, daß sie die Souveränin der Niederlande und es „ihre Pflicht sei, ihre Unterthanen zu schützen, welche durch so lange „Zeit durch den Barrierevertrag unterdrückt und jener natürlichen Rechte „beraubt worden seien, deren alle anderen Völker sich erfreuen"[314]).

Unter diesen Rechten verstand die Kaiserin in erster Linie dasjenige, ungehindert Handel und Schifffahrt zu treiben und durch industrielle Thätigkeit den Wohlstand des eigenen Landes und seiner Bewohner zu fördern. Aber fast jeder ihrer Schritte auf dieser Bahn wurde von den Seemächten wieder vereitelt. Es blieb daher der Kaiserin nicht viel Anderes übrig, als wenigstens den Interessen der Landwirthschaft ihre Sorgfalt zuzuwenden. Eine Reihe von Anordnungen wurde erlassen, um diesen Zweig des Volkswohlstandes zu heben. Wer der Bodencultur sich widmete, erhielt große Begünstigungen in Bezug auf seine Kriegspflicht; fahnenflüchtigen Soldaten wurde Verzeihung zu Theil, wenn sie nach ihren Dörfern zurückkehrten und der Landwirthschaft oblagen. Ja auch in politischer Beziehung empfing die ländliche Bevölkerung einen sprechenden Beweis der Fürsorge der Monarchin, indem ihren Kirchspielen eine berathende Stimme bei den Versammlungen der Provinzialstände eingeräumt wurde, zu denen sie bisher keinen Zutritt besaßen.

Durch diese Maßregel wurde, so zweckmäßig sie auch an und für sich sein mochte, doch eine gewisse Aenderung in der bisherigen Zusammen-

setzung der Stände herbeigeführt, und die vielleicht allzu weit gehende Macht der großen zu Gunsten der kleineren Städte und der Landgemeinden wesentlich beschränkt. Schon Jahrhunderte zuvor hatten die Grafen von Flandern in gleichem Sinne zu wirken sich bemüht [315]. Jetzt wäre man nicht ungern noch weiter gegangen, und hätte darnach getrachtet, diejenigen Rechte, von denen man behauptete, daß sie den Provinzialständen Belgiens nicht von Alters her und gesetzmäßig gebührten, sondern von ihnen im Laufe der Zeit usurpirt worden seien, für die Regierung zurückzuerlangen [316]. Aber man zögerte doch, Ernst zu machen mit Schritten, welche möglicher Weise von sehr verderblichen Folgen sein konnten. Und es scheint wohl, daß Graf Cobenzl, im Jahre 1753 zu Botta's Nachfolger in dem Posten eines bevollmächtigten Ministers in den Niederlanden ernannt, auch das Seinige dazu beitrug, um Maßregeln zu verhindern, von denen er nachtheilige Wirkungen vorhersehen mochte.

Karl Philipp von Cobenzl zählte in dem Augenblicke, in welchem er zu jenem wichtigen Posten berufen wurde, nur wenig über vierzig Jahre. Er galt für einen geschäftsgewandten, kenntnißreichen Staatsmann, und er war wegen seiner zuvorkommenden und gewinnenden Umgangsweise überall beliebt. Nur seine steten Geldverlegenheiten machte man ihm in Wien, und zwar vielleicht mehr noch als in Brüssel zum Vorwurfe, denn in letzterer Stadt mochte sein übertriebener Aufwand nicht wenig beitragen zu seiner Beliebtheit beim Adel und im Volke.

Die Hauptaufgabe, welche wenigstens während der ersten Jahre seiner Amtswirksamkeit dem Grafen Cobenzl gestellt wurde, bestand in Reformen, die man in der inneren Einrichtung der Verwaltung von Flandern und Brabant einzuführen gedachte. Nachdem die Heranziehung der Vertreter der kleineren Städte und Kirchspiele zu den Versammlungen der Provinzialstände zu größter Befriedigung des Kaiserhofes gelungen war, wollte man noch einen Schritt weiter gehen und Veränderungen in's Werk setzen, durch welche der Regierung ein stärkerer Einfluß als bisher auf die Einhebung und Verwaltung der Einkünfte der belgischen Provinzen zu Theil geworden wäre. Eine Generalpachtung oder eine von dem Finanzrathe unabhängige Administration sollte ein-

gesetzt, manches überflüssig erscheinende Amt aufgehoben und eine andere zweckmäßigere Art der Verrechnung eingeführt werden. Aber wie dieß in früherer Zeit häufiger als heut zu Tage der Fall war, daß wenn ein Land sich im Besitze von Einrichtungen befand, die es mit Recht oder mit Unrecht als heilsame ansah, es von Aenderungen derselben nichts hören wollte, so geschah dieß auch in den belgischen Provinzen. Der Wohlstand und die ungestörte Ruhe, deren die Bevölkerung sich erfreute, führte endlich eine gewisse Erschlaffung derselben herbei. Ein Theil glaubte wirklich an die Unübertrefflichkeit der Einrichtungen des Landes, der andere aber war durch seinen Vortheil veranlaßt, dieselben ungeändert zu erhalten, selbst wenn er sie als veraltet und nicht mehr zweckmäßig erkannte. Daher waren fast Alle, wie einer der hervorragendsten Geschichtschreiber des Landes bezeugt, von Abscheu vor jeder Neuerung erfüllt, und protestirten im Voraus gegen die heilsamsten Maßregeln[317]). Das Gleiche geschah auch hinsichtlich der Reformen, welche Maria Theresia damals einführen wollte. Die politischen Ereignisse, die zu jener Zeit eintraten und die ungetheilte Aufmerksamkeit der Kaiserin verlangten, der blutige Krieg, in welchen sie neuerdings verwickelt wurde, ließen sie wenigstens vor der Hand ihren Reformplanen in Belgien entsagen, und sie nahm dieselben, so lange sie lebte, nicht neuerdings auf.

Zehntes Capitel.

Die äußere Politik.

So wie in der Mehrzahl der Dinge, welche auf den inneren Organismus der Monarchie sich beziehen, in der Zeit zwischen dem Ausgange des Kampfes um die Erbfolge in Oesterreich und dem Beginne des siebenjährigen Krieges eine tiefgehende Umgestaltung erfolgte oder wenigstens begann, so war dieß fast in noch höherem Maße mit der Politik Oesterreichs nach Außen der Fall. Auch hier machte nach und nach der Gedanke sich geltend, die altgewohnten Bahnen, auf denen man nur Nachtheile und Einbußen der empfindlichsten Art erlitten hatte, seien zu verlassen und neue Wege zu betreten, auf welchen man nicht allein größere Sicherstellung vor wiederholten Verlusten, sondern vielleicht sogar Wiedergewinn des Verlornen zu finden hoffte. Freilich trat diese Umstimmung nur langsam und allmälig ein, aber das Gefühl, daß man sich bisher nicht in den richtigen Geleisen bewegt habe, und daß Anderes und Besseres geschehen solle, um das Interesse des Staates zu wahren, machte sich doch schon bald nach dem Abschlusse des Aachner Friedens bemerkbar. Ihm ist es zuzuschreiben, daß Maria Theresia in den Märztagen des Jahres 1749 den Befehl an die Mitglieder der Conferenz erließ, schriftlich ihre Meinung über das politische System darzulegen, welches Oesterreich von nun an befolgen solle [318].

Nur theilweise bestand die Conferenz noch aus den Männern, welche während der zweiten Hälfte des Erbfolgekrieges dieselbe gebildet hatten. Einer von ihnen, Herberstein war gestorben, und an seiner Stelle hatte

Maria Theresia ihren Oberstkämmerer, den Grafen Joseph Khevenhüller in die Conferenz berufen. Ein anderer, Graf Philipp Kinsky, hatte bekanntlich noch vor seinem Tode auf alle seine Aemter, somit auch auf seinen Platz in der Conferenz verzichtet. Statt seiner trat der Friedensbotschafter von Aachen, Graf Wenzel Kaunitz in dieselbe [319]). Durch seine persönliche Theilnahme an den Verhandlungen des obersten Rathes der Krone legte er nun die Grundsteine zu der politischen Macht, welche wenige Jahre später in seine Hände gelangte, und die er von da an durch vier Dezennien, bis zu seinem Hinscheiden fast ungeschmälert behielt.

Allerdings wurde es Kaunitz nicht schwer gemacht, durch seine geistige Begabung diejenige der übrigen Mitglieder der Conferenz in Schatten zu stellen. Weitaus die meiste Bedeutung aus ihnen besaß Graf Friedrich Harrach [320]), und er wäre vielleicht, da auch seine Ansichten mit denen des Grafen Kaunitz nur selten im Einklange sich befanden, ein ebenbürtiger Widersacher des letzteren gewesen. Aber Harrach befand sich damals schon in vollem Zerwürfnisse mit der Kaiserin, war somit ohne jeden Einfluß, und er wurde binnen wenig Monaten vom Tode ereilt. Der Feldmarschall Graf Königsegg, das älteste Mitglied der Conferenz, war viel zu bejahrt und nebenbei auch viel zu schwankend und unentschlossen, um großen Einfluß ausüben zu können. „In der Conferenz sagt er seine Meinung", so äußert sich ein Zeitgenosse über ihn, „unbekümmert ob sie befolgt wird oder nicht, „und ohne sich die geringste Mühe zu geben, Andere für seine An„schauung zu gewinnen. Die fremden Minister wenden sich mehr, um „ihm eine Auszeichnung zu erweisen, als im Interesse ihrer Angelegen„heiten an ihn, hinsichtlich deren er sich meist nur ganz allgemein ge„haltener Antworten bedient. Man wirft ihm vor, den Eindrücken, die „man ihm geben will, allzuleicht zugänglich, und daher auch immer „der Meinung des Letzten zu sein, der mit ihm spricht. So geschieht „es oft, daß, nachdem man ihn von Etwas überzeugt zu haben glaubt, „man am nächsten Tage der gerade entgegengesetzten Anschauung bei „ihm begegnet" [321]).

Einige Aehnlichkeit mit Königsegg, sowohl was dessen geistige Begabung, als was die Art seines Auftretens angeht, besaß auch der

Reichsvicekanzler Graf Rudolph Colloredo. Auch er war von großer und einnehmender Gestalt und wenigstens gegen seines Gleichen von gewinnender Umgangsweise, während man ihm nachsagte, daß er seine Untergebenen mit Hochmuth behandle. Und doch mußte er in Geschäftssachen immer zu diesen Untergebenen seine Zuflucht nehmen, so wenig kümmerte er selbst sich um sie [322]). Von den verwickelten Angelegenheiten des deutschen Reiches besaß er nicht aus Mangel an Verstand, denn er faßte leicht und richtig auf, sondern aus Unlust zur Arbeit kaum die oberflächlichste Kenntniß. Und was seine Theilnahme an den Berathungen der geheimen Conferenz betraf, so behauptete man von ihm, daß sie sich darauf beschränke, sich jederzeit mit der Anschauung der Uebrigen einverstanden zu erklären.

Sein rasches Emporkommen verdankte Colloredo zunächst seinem Schwiegervater, dem greisen Conferenzminister Gundacker Starhemberg, und der Gunst, in welcher dieser Vertrauensmann Maria Theresia's bei derselben gestanden war. Aber nach und nach verlor Colloredo, hauptsächlich durch seine etwas leichtfertige Lebensweise, in den Augen der sittenstrengen Kaiserin [323]). Um so wohlwollender war ihm der Kaiser gesinnt, denn er liebte den leichten und heiteren Verkehr mit jenem Lebemanne, der durch die Sorge um ernste Geschäfte sich in seinen Vergnügungen nicht im mindesten stören ließ. Die letzteren aber waren der kostspieligsten Art, und trotz der reichen Einkünfte, die er aus seiner Stelle und seinen Besitzthümern zog, war doch Colloredo bald ziemlich verschuldet. „Er macht hier den größten Aufwand", schreibt ein gleichzeitiger Berichterstatter von ihm; „die Frauen und das Spiel kosten „ihm bedeutende Summen. Dabei ist er ein schlechter Oekonom, und „seine Gemalin hilft ihm sein Vermögen zerrütten" [324]).

Gerade die glänzende Lebensweise Colloredo's, die Leutseligkeit des Umganges mit seines Gleichen und die zuvorkommende Aufnahme, welche er seinen Standesgenossen in seinem gastlichen Hause bereitete, machten ihn zu einer der beliebtesten Persönlichkeiten in der vornehmen Gesellschaft. Daß er von der Kaiserin nicht mit günstigem Auge angesehen wurde, änderte hieran nicht viel, und man schrieb diese Ungunst auch dem Umstande zu, daß seine eigenthümliche Stellung als Reichsvice-

kanzler, somit als Minister des Kaisers und nicht der Kaiserin, nicht selten eine Art eifersüchtiger Wachsamkeit der Letzteren gegen etwaige Uebergriffe Colloredo's veranlasse. Aber wie dem auch sein mochte, selbst die eifrigsten Lobredner Colloredo's mußten zugeben, daß er die Pflichten seines hohen Amtes nur in unzureichendem Maße erfülle. Und ein britischer Staatsmann, der wegen der Anhänglichkeit Colloredo's an das Bündniß mit den Seemächten ihn besonders anrühmt, muß sich doch zu diesem Ende der Worte bedienen: „Colloredo verfolgt ohne „Zweifel das richtige politische System, und ist auch sonst ein Mann „von vielen guten, großen und liebenswürdigen Eigenschaften. Gewiß „könnte sich England keinen besseren Minister an der Spitze der öster„reichischen Angelegenheiten wünschen, wenn er nur auch Befähigung „und Fleiß in ausreichendem Maße besäße" [325]).

Noch weniger bedeutend als Colloredo war der Oberstkämmerer Graf Joseph Khevenhüller. Ein kleiner, aber wohlgebauter Mann mit langen Gesichtszügen, breiter Stirne, großen blauen Augen, einer Adlernase, einem kleinen Munde und zugespitztem Kinn, so wird uns sein Aeußeres beschrieben. Er war zuvorkommend und besaß ganz die Umgangsweise so wie den Ideenkreis eines Hofmannes, aber wie wir hinzufügen müssen, eines Hofmannes der besseren Sorte. Festerprobt und unerschütterlich war seine Anhänglichkeit an seine Gebieter, immer bewahrte er ihnen eine fast rührende Treue. Niemals faßte er seinen eigenen Vortheil, sondern stets nur den seiner Monarchin in's Auge. Beträchtliche Geldopfer soll er für sie gebracht haben, und auch sonst galt er für freigebig und wohlthätig. Da er noch überdieß die geordnetste Lebensweise führte und ein musterhafter Familienvater war, so stand er bei Maria Theresia, welche diese Eigenschaften hoch anschlug, gar sehr in Gunst. Er gehörte zu der vertrautesten Umgebung des kaiserlichen Ehepaares, und überhaupt war es, wie wir aus seinen eigenen Aufzeichnungen wissen, ungleich mehr der Hof, der seinen Gesichtskreis bildete und ausfüllte, als der Staat, für dessen Angelegenheiten, insbesondere wenn es um das Betreten neuer Bahnen sich handelte, er doch nur geringeres Verständniß, und daher, seinem eigenen Urtheile mißtrauend, keinen nennenswerthen Einfluß besaß [326]).

In höherem Maße war dieß, schon seiner amtlichen Stellung wegen, bei dem Staatskanzler Ulfeld der Fall. Aber auch er war ja eigentlich nur das Werkzeug in der Hand des Mannes, welcher, obgleich seiner dem Namen nach untergeordneten Stellung wegen gar nicht Mitglied der Conferenz, doch dieselbe damals noch so ziemlich nach seinem Willen lenkte. Es war dieß der Hofrath von Bartenstein.

In dem Gange der Politik, welche der österreichische Hof während des Erbfolgekrieges befolgte, ist gleichzeitig die schärfste Charakterisirung der politischen Anschauungen Bartensteins gelegen. Auch jetzt, nach dem Abschlusse des Friedens, blieb er denselben treu. „Ehedem „hat man nur von zwei Erbfeinden gesprochen", hatte Bartenstein erst vor kurzem erklärt [327]), „nun aber kommt der dritte und gefährlichste „dazu. Wider Frankreich kann man auf die Hülfe der Seemächte „hoffen, gegen die zwei anderen aber nicht, mithin kommt es, um sich „derselben zu erwehren, lediglich auf die eigene Macht und den Beistand „Rußlands an."

Dieser Gedanke, daß Oesterreich es von nun an mit drei gefährlichen Feinden zu thun habe, liegt auch der Aeußerung zu Grunde, welche der Kaiser selbst, offenbar dem Wunsche seiner Gemalin zufolge, über das von nun an zu befolgende politische System zu Papier brachte. In eine vom 18. März 1749 datirte Note ist sie gekleidet. Die Erfahrung habe bewiesen, so lautet der Eingang dieser Aufzeichnung, wie übel es sei, systemlos zu Werke zu gehen und sich nur immer nach den verschiedenen eben eintretenden Ereignissen zu richten. An dem Beispiele Frankreichs, welches stets nach althergebrachten Prinzipien handle und sich durch keinerlei Zwischenfälle darin irre machen lasse, möge man die Vortheile eines solchen Verfahrens erkennen und zu dem Entschlusse gelangen, ebenfalls ein unabänderliches politisches System anzunehmen, welches von nun an als die stets sich gleichbleibende Grundlage aller zu unternehmenden Schritte festzuhalten sei. Um sich jedoch für ein solches zu entscheiden, sei es nothwendig, die Stellung der Monarchie zu den übrigen Mächten scharf in's Auge zu fassen. Da erblicke man vor Allem die Pforte, welcher Ungarn vollkommen offen liege, und die durch jede Bewegung in diesem Lande zu einem Ein-

bruche in dasselbe gereizt werde. Auf der anderen Seite befinde sich der König von Preußen, der durch seine bekannte Gesinnung nicht weniger gefährlich sei, indem er nur Gebietsvergrößerungen suche, von denen ihm gerade die nach Oesterreich hin gelegenen die wünschenswerthesten seien. Frankreich aber habe stets darnach getrachtet, die Macht des Hauses Oesterreich so sehr zu schwächen, daß es von ihm nichts mehr zu besorgen haben solle. In Italien stehe es nicht besser, indem der neu dort angesiedelte Herzog von Parma nach nichts Anderem streben werde, als nach Ausdehnung seiner Macht. Endlich seien die Grundsätze, zu welchen der König von Sardinien und sein Haus sich jederzeit bekannten und denen sie das Wachsthum ihres Staates verdankten, Niemand verborgen.

In so wenig beneidenswerther Lage, wie sie hier geschildert worden, könne man nichts Besseres thun, als vor Allem die innere Kraft der Monarchie sowohl durch die Verfassung der einzelnen Länder als die Aufstellung eines tüchtigen Heeres zu stärken. „Wer eine schöne und zahlreiche Armee besitzt," sagt der Kaiser wörtlich, „und die Mittel, sie zu unterhalten und „operiren zu machen, der wird von seinem Feinde respectirt und nicht so „leicht angegriffen werden, seine Freunde aber behalten und neue Alliirte „erwerben. Denn die Starken schätzen eine solche Hülfe, die Schwachen „aber begeben sich gern unter den Schutz eines Mächtigen. Darum ist „die innere Kräftigung der Monarchie als die eigentliche Grundlage „des neuen Systems anzusehen und ihr die größte Aufmerksamkeit zu „widmen."

Wenn man sich aber auch stark fühle, so solle man darum doch nicht glauben, keiner Freunde zu bedürfen; im Gegentheile solle man es gerade dann nicht vernachlässigen, Bündnisse zu schließen, nach welchen man immerfort trachten müsse. Von Alters her aber seien die Seemächte die wahren Verbündeten Oesterreichs; man solle sie auch fernerhin dafür ansehen und an ihnen festhalten, indem sie jederzeit gegen Frankreich eine mächtige Beihülfe bieten. Darum müsse man sie schonend behandeln, in Alles sich fügen, was die Eigenthümlichkeit ihrer Verfassung mit sich bringe, und sorgfältig verhüten, daß sie nicht nach und nach von Oesterreich sich abwenden.

Auch Rußland sei ein sehr werthvoller Freund, indem es der Monarchie gegen ihre beiden gefährlichsten Feinde, die Pforte und Preußen, unmittelbaren und thatkräftigen Beistand zu leisten vermöge. Insbesondere wäre bei einem Kriege mit der Pforte die russische Hülfe vonnöthen, während bei einer Erneuerung des Kampfes mit Preußen wohl auch noch auf andere Verbündete gehofft werden könnte. Sachsen habe das gleiche Interesse wie Oesterreich, vor Preußen auf seiner Hut zu sein; man müsse es daher, wenn es gleich nur geringe Macht besitze, sammt Hannover in die Defensiv-Allianz ziehen, in welcher das einzige Mittel liege, dem unruhigen Ehrgeize des Königs von Preußen Schranken zu setzen, Oesterreich selbst aber die ihm durchaus nothwendige Ruhe zu sichern. Von Frankreich und der Türkei sei wenigstens vor der Hand ein Krieg nicht zu fürchten. „Der einzige „Preuß ist zu sorgen, daß er von denen friedfertigen Dispositionen „von ganz Europa zu profitiren sucht, um seine Streich anzubringen. „Solche könne man durch diese Allianz allein verhindern und ihn „malgré lui obligiren ruhig zu sein.“

„Wegen des Königs in Preußen solle man nicht allein eine „gute Nachbarschaft halten, sondern ihn auch menagiren, in was nicht „wider den Dienst ist, und nicht so öffentlich den Haß, den man gegen „ihn zu haben Ursach hat, zeigen, und den Leuten in allen Gelegen„heiten vorwerfen, daß sie preußisch sind, ergo nichts nutz.“ Im Gegentheile möge man wenigstens für einige Zeit alle Gehässigkeit fahren lassen, und zwar nichts thun, was Oesterreich schaden, aber auch nichts, was den König mehr und mehr verbittern würde. Denn wenn er auch niemals wohlmeinend für Oesterreich sein werde, so möge man ihm doch wenigstens in gleichgültigen Dingen nicht überall entgegen handeln. Es wäre gut, eine Haltung gegen ihn anzunehmen, „daß er uns „nicht allzeit als eine Hydra ansieht, welche er von allen Seiten acca„bliren müsse.“ Mit einem Worte, man solle mit ihm auf solche Art umgehen, als ob man in den besten Beziehungen zu ihm stünde, um ihm jeden Vorwand zur Beschwerde zu rauben.

Frankreich sei gleichfalls zu schonen, aber ihm nie zu trauen, und am allerwenigsten möge man sich, wie es von dort aus versucht

worden, mit der Idee berücken lassen, mit Frankreichs Hülfe wieder in den Besitz Schlesiens zu gelangen. So lockend dieser Gedanke, so trügerisch sei er auch. Denn niemals werde Frankreich im Ernste die Hand dazu bieten, sondern immer nur trachten, Oesterreich mit seinen alten und natürlichen Verbündeten zu entzweien, um ihm dann, wenn es isolirt sein würde, dasjenige Uebel anzuthun, das es ihm jetzt nicht zufügen könne. Man möge sich nur wieder und immer wieder ins Gedächtniß zurückrufen, wie sehr man von Frankreich betrogen worden sei, und niemals darauf vergessen, daß Frankreichs süße Worte noch ungleich gefährlicher seien als seine Waffen.

Nachdem er noch einmal vor den Spaniern in Italien und vor Sardinien eindringlich gewarnt, jedoch auf die Nothwendigkeit hingewiesen, mit dem letzteren Staate auf guten Fuß sich zu stellen und wo möglich ein Bündniß mit ihm zu schließen, kommt der Kaiser neuerdings auf das Bedürfniß einer festen Allianz mit den Seemächten zurück, welche er wiederholt die natürlichen Verbündeten Oesterreichs nennt. Vor Allem sei England nebst Rußland der einzige Staat, dessen Freundschaft für Oesterreich vom höchsten Werthe sein müsse. Sie zu erhalten und zu kräftigen, sei daher vor Allem die Aufgabe. Doch hätten diese, sowie alle übrigen Bündnisse, welche man abzuschließen vermöchte, immer nur Defensiv-Allianzen zu sein. Denn nur die Erhaltung des Friedens und höchstens die Vertheidigung gegen feindlichen Angriff, nicht aber Krieg und Eroberung dürfe von nun an als Zielpunkt gelten für die österreichische Politik.

Ohne daß sie, wie es scheint, von diesem Gutachten des Kaisers Kenntniß besaßen, sprachen sich doch auch die übrigen Mitglieder der Conferenz wenigstens theilweise in dem gleichen Sinne aus. Auch sie legten auf die Wiederherstellung des besten Einvernehmens mit den Seemächten das größte Gewicht. Was man auch von ihnen und hauptsächlich von England sich noch während des Krieges, insbesondere aber während der letzten Friedensverhandlungen habe gefallen lassen müssen, so bleibe diese Macht doch nach wie vor der natürliche Verbündete Oesterreichs. Mit ihr in befriedigenden Beziehungen zu stehen, sei vor Allem zu erstreben. Denn das Bündniß mit Rußland beruhe,

so ließ sich insbesondere Graf Harrach vernehmen, auf keiner dauernderen Grundlage als auf der günstigen Gesinnung der Kaiserin Elisabeth und des Großkanzlers Bestuschew. Der eine oder andere Todesfall, ja vielleicht nur eine Umwandlung der bisherigen Anschauungen könnte hierin einen vollständigen Umschwung herbeiführen. Die Republik Holland gehe mit immer rascheren Schritten ihrem Verfalle entgegen, und selbst wenn dem nicht so wäre, so lasse doch der Streit über die Barriere gegen Frankreich kaum auf die Herbeiführung eines völlig zufriedenstellenden Einvernehmens mit derselben hoffen. England allein sei ein ebenso mächtiger als in Folge seines eigenen Vortheils auch verläßlicher Alliirter. So nothwendig sei die Wiederherstellung des innigsten Bündnisses mit dieser Macht, daß man auch in Wien sich mehr als bisher überwachen müsse, um England durchaus keinen Anlaß zur Mißstimmung zu gewähren.

In ziemlich verständlicher Weise, ja nicht ohne eine gewisse Leidenschaftlichkeit wies Harrach auf den gereizten und verletzenden Ton hin, in welchem so oft die Mittheilungen des Wiener Hofes an die englische Regierung abgefaßt worden seien. Man möge doch endlich einmal aufhören, fügte er hinzu, die alten Vorwürfe immer neuerdings vorzubringen. Man wisse ja, daß je gegründeter, desto verletzender sie auch seien, insbesondere für ein stolzes Volk, dessen Oesterreich weit mehr bedürfe, als es selbst von dem Beistande Oesterreichs abhängig sei. Es gebe ja schon jetzt genug Leute in England, welche zunächst in Folge ihrer Vorliebe für den Protestantismus dem Könige von Preußen die Rolle in Europa zudächten, die bisher das Haus Oesterreich gespielt habe. Diese Leute zu entwaffnen und die alten Sympathien Englands für Oesterreich wieder wachzurufen, sei die dringendste Aufgabe. Um sie zu erfüllen, müsse aber England gegenüber ein ganz anderer Ton angeschlagen werden, als er in der letzten Zeit üblich gewesen sei.

Auf den ersten Blick sieht man, daß die Spitze dieses scharf ausgesprochenen Tadels zunächst wider Bartenstein sich kehrte, denn er war ja der Verfasser sämmtlicher Kundgebungen, welche seit ungefähr zwei Jahrzehnten von der österreichischen Regierung ausgegangen waren.

Mit gewohnter Heftigkeit nahm Bartenstein den Fehdehandschuh auf, und er benützte den Anlaß, den ihm der Auftrag der Kaiserin bot, die Gutachten der einzelnen Minister übersichtlich zur Darstellung zu bringen, zu der an Maria Theresia gerichteten Bitte „seine Ehre und Unschuld" gegen jene auf irrigen Voraussetzungen beruhenden Anklagen vertheidigen zu dürfen.

Es war klug von der Kaiserin, daß sie dem Wunsche Bartensteins nicht entsprach. Im Herzen mochte sie freilich weit mehr seiner Meinung als derjenigen Harrachs beipflichten, denn auch sie war noch von Unmuth erfüllt über die Verfahrungsweise der englischen Regierung, und überhaupt lag es ihr fern, sich aus ängstlicher Rücksicht irgend welcher Art davon abhalten zu lassen, den Gefühlen, welche sie beseelten, auch Ausdruck zu verleihen. Dennoch forderte sie jetzt von Bartenstein als ein Opfer, das er ihr bringen möge, die Hinweglassung der auf die Anklagen Harrachs bezüglichen Stellen. Sie erkenne dieß als keinen geringen Dienst, den er ihr leiste. Wohl wisse sie, daß man das, was überhaupt noch erreicht worden, nur der Obsorge der beiden Männer verdanke, welche das Werk geführt hätten. Und es sei ihr gar wohl bekannt, fügte sie mit einem unzufriedenen Seitenblicke auf Harrach hinzu, woran man oft die besten Absichten scheitern gemacht habe [328]).

Es mag unentschieden bleiben, ob die Kaiserin unter dem zweiten der beiden Männer, welche an der Leitung der Friedensverhandlungen betheiligt waren und deren sie hier dankbar gedachte, den Staatskanzler Ulfeld oder den Friedensbotschafter Kaunitz verstanden wissen wollte. Wie dem aber auch sein mochte, Beide hatten jetzt gleichzeitig ihre Anschauungen dargelegt über das künftighin zu befolgende politische System. Das Gutachten Ulfelds kann wohl in keiner Weise Anspruch auf besondere Bedeutung erheben. Um so wichtiger aber erscheint die Aeußerung des jüngsten Mitgliedes der Conferenz, des Grafen Kaunitz. Schon räumlich tritt sie durch ihren stattlichen Umfang hervor, welcher fast das Doppelte der Gutachten der übrigen fünf Mitglieder der Conferenz zusammengenommen beträgt. Nicht der Umfang jedoch, sondern der

Inhalt ist es, der dieser Staatsschrift ihre außerordentliche Bedeutung verleiht und sie als ein Programm erscheinen läßt für die tief eingreifenden Aenderungen, welche wenige Jahre später in dem Systeme der österreichischen Politik durch Kaunitz selbst durchgeführt wurden.

Auch Kaunitz stellt von vorneherein die Unterscheidung auf, welche europäische Staaten als Freunde, und welche als natürliche Feinde Oesterreichs anzusehen seien. Als dritte Kategorie bezeichnet er diejenigen, die sich je nach der Lage der Dinge eben sowohl für als gegen Oesterreich erklären könnten. An die Spitze der natürlichen Freunde setzt er England, welches durch seinen eigenen Vortheil, und dieser allein könne als verläßliche Bürgschaft einer Allianz gelten, auf das Bündniß mit Oesterreich angewiesen sei. Doch dürfe dabei nicht vergessen werden, daß man im Falle eines Krieges gegen Preußen auf Englands Beistand nicht rechnen könne. Der König, der Prinz von Wales und das hannover'sche Ministerium seien allerdings von Eifersucht, ja von Haß gegen Preußen beseelt. Gerade dadurch aber werde die schon an und für sich bestehende Hinneigung des englischen Volkes, welchem die auswärtige Macht seines eigenen Königs ein Dorn im Auge sei, zu Preußen wesentlich genährt. Von Holland, welches gleichfalls durch die Natur seiner Interessen auf eine innige Verknüpfung mit Oesterreich hingewiesen werde, sei trotzdem eine etwaige Parteinahme gegen Preußen nicht zu erwarten. In ungleich höherem Maße wäre dieß wohl von Seite Rußlands der Fall. Da jedoch die Politik dieses Staates nicht von dessen wirklichen Interessen ausgehe, sondern sich nach dem individuellen Belieben einzelner Personen richte, sei es unmöglich, ein dauerndes System hierauf zu bauen.

Als vierten und letzten der natürlichen Verbündeten Oesterreichs stellte Kaunitz Sachsen hin, das durch den gemeinschaftlichen Gegensatz wider Preußen zu Oesterreich hingezogen werde. Bedenklich sei nur, daß es sich nach dem Bekenntnisse seiner eigenen Staatsmänner außer Stande befinde, an einem etwaigen Kampfe gegen Preußen gleich Anfangs unmittelbaren Antheil zu nehmen, während es doch von einem solchen Kriege ganz übermäßige Vortheile für sich beanspruche.

Von der Namhaftmachung dieser vier natürlichen Verbündeten Oesterreichs wendet sich Kaunitz zu derjenigen seiner Feinde. Auch er begreift die Pforte, Frankreich und Preußen unter denselben. Was von der Ersteren zu erwarten sei, lasse sich nicht im Voraus bestimmen, denn auch ihr Verfahren beruhe nicht auf Grundsätzen oder Staatsmaximen, sondern auf rein zufälligen Ereignissen, wie Empörungen, Intriguen im Serail, der etwaigen Entlassung eines friedliebenden und seiner Ersetzung durch einen ehrgeizigen Großwesir. Es lasse sich dem gegenüber nichts Anderes thun, als fortwährend auf seiner Hut zu sein und wenigstens von österreichischer Seite keinen Anlaß zu einem Friedensbruche zu bieten.

Was Frankreich betraf, so gab Kaunitz all dasjenige bereitwillig zu, was von demselben seit Jahrhunderten an dem Hause Oesterreich gesündigt worden war. Was aber in dieser Beziehung auch geschehen, so sei dieß Alles doch durch die letzte That Frankreichs noch verdunkelt worden. „Denn daß es", so lauten die Worte des Grafen Kaunitz, „ohne die mindeste Ursache zu den Waffen griff, und das seiner Meinung „nach unfehlbare Project schmiedete, Eure Majestät um Krone und „Scepter zu bringen, ist ein so treuloses Factum, daß davon in der „Geschichte kein Beispiel zu finden sein wird."

Allerdings habe, fährt Kaunitz fort, Cardinal Fleury hierüber schriftlich seine Reue bezeigt, und wie ihn die französischen Minister mehrmals versicherten, werde dieses ganze Verfahren von dem Könige und dem Ministerium jetzt gleichmäßig verabscheut. Allein man dürfe nicht übersehen, daß eine solche Gesinnung erst nach dem Fehlschlagen des Planes an's Licht getreten sei. Wäre er gelungen, so würde Frankreich sein altes Project der Errichtung einer Universalmonarchie wenigstens so weit verwirklicht haben, daß alle europäischen Mächte in gewissem Maße in Abhängigkeit von ihm gerathen, seiner Führung untergeordnet worden wären. Doch sei dieser Hauptzweck der französischen Politik, die Unterdrückung des Erzhauses Oesterreich, wenigstens insofern wirklich erreicht worden, als es gelang, Oesterreich einen neuen und mächtigen Feind entgegenzustellen, welcher schon an und für sich gefährlich, für Frankreich aber noch überdieß aus dem Grunde von

wesentlichem Nutzen sei, weil er von ihm die Macht Englands und Hollands abziehen und es außerdem unmöglich machen könne, so wie früher die Streitkraft des ganzen deutschen Reiches wider Frankreich zu vereinigen.

So wenig er sich dieß Alles auch verhehle, so sehr scheine es ihm doch, meint Kaunitz weiter, von Wichtigkeit zu sein, sich zu vergegenwärtigen, inwiefern sich hierin vielleicht eine Aenderung herbeiführen lasse. Der jetzige Augenblick dünke ihm hiezu nicht ungeeignet zu sein. Denn daran könne man nicht zweifeln, daß die Staatsgeschäfte in Frankreich nicht mehr mit jener Feinheit, jener Schnelligkeit, jener Zusammenfassung aller in Betracht kommenden Umstände, nicht mehr mit jener Vorsicht gelenkt würden, wie dieß unter Ludwig XIV. und noch während des Ministeriums des Cardinals Fleury der Fall gewesen sei.

Der König selbst besitze weder große Einsicht noch Liebe zur Arbeit; er verstatte seiner Maitresse, der Marquise von Pompadour, allzuviel Einfluß. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Marquis von Puysieux, sei zwar nicht ohne Verstand, aber er habe nur wenig Erfahrung. Von Natur aus friedliebend, begegne er in dieser Beziehung der gleichen Eigenschaft bei dem Könige. Hiezu komme noch die Entkräftung des Landes und die Armuth des Volkes, so daß mit einiger Bestimmtheit darauf zu rechnen sei, Frankreich werde sich so bald nicht zu einem erneuerten Friedensbruche verleiten lassen.

Die Beziehungen Frankreichs zu Preußen halte Kaunitz für weniger innig, als man sich das Ansehen geben wolle. Denn davon müsse doch Frankreich sich genugsam überzeugt haben, daß auf König Friedrichs Freundschaft nicht sicher zu bauen sei, und daß seine mehr und mehr anwachsende Macht selbst seinen bisherigen Alliirten zu größtem Schaden gereichen könne. Die Zweideutigkeit seines Betragens sei nicht allein während der Friedensverhandlungen, sondern schon zu der Zeit erkennbar geworden, als der jacobitische Aufstand in Schottland ausbrach. Wenn Frankreich bei diesem entscheidenden Ereignisse nicht mit so großem Nachdrucke aufgetreten sei, als es wohl gekonnt hätte, und wenn es

dadurch den Sohn des Prätendenten und seine schottischen Anhänger in gewissem Sinne aufgeopfert habe, so sei es hiezu hauptsächlich durch die Besorgniß vermocht worden, daß Preußen in seinem eigenen Interesse nicht müßig zusehen, sondern seine Macht gegen Frankreich und zur Vertheidigung des Königs von England anwenden werde. Derlei Vorfälle könnten sich auch in Zukunft noch öfter ereignen, und Frankreich habe zu seinem eigenen Schaden an dem Könige von Sardinien erfahren, daß wenn ehemals schwache Regierungen durch mehrmaligen Wechsel ihres politischen Systems zu Macht und Ansehen gelangt seien, sie in ihren Absichten und Allianzen einen oft grellen Wechsel eintreten lassen.

„So viel nun den König in Preußen betrifft", sagt Kaunitz wörtlich, „so verdient er sonder Zweifel in der Classe der natürlichen „Feinde oben an und noch vor der ottomanischen Pforte gesetzt, mithin „als der ärgste und gefährlichste Nachbar des durchlauchtigsten Erz„hauses angesehen zu werden."

Welchen Schaden die österreichische Monarchie durch den Verlust Schlesiens erlitten, wolle er hier nicht neuerdings ausmalen. Selbst wenn man die Einkünfte aus diesem Lande zu verschmerzen vermöchte, so sei doch mit Schlesien nicht etwa nur ein nebensächliches Glied, sondern ein Hauptheil des ganzen Staatskörpers abgerissen worden. Jetzt stehe es dem Könige von Preußen, der sich im Besitze einer zahlreichen und ungemein tüchtigen Armee, so wie der Mittel befinde, noch einige gleich vortreffliche Heere auf die Beine zu bringen, jederzeit frei, in das Herz der österreichischen Erbländer einzubrechen und der Monarchie „den letzten tödtlichen Streich" zu versetzen.

Selbst der König von Preußen könne keinen Augenblick zweifeln, daß das Kaiserhaus den Verlust Schlesiens niemals zu verwinden im Stande sei, und es daher keine passende Gelegenheit vorübergehen lassen werde, sich dessen neuerdings zu bemächtigen. Daraus folge jedoch von selbst, daß die Politik Preußens zur Bewahrung seiner eigenen Eroberung beständig dahin gerichtet sein werde, Oesterreich immer mehr zu schwächen und ihm für alle Zukunft die Kraft zur Durchführung

seiner Plane zu benehmen. Es sei daher mit Bestimmtheit vorherzusehen, daß auch künftighin beide Höfe in „der größten Eifersucht und unver-„söhnlichen Feindschaft fortleben würden".

Aus dem Gesagten ergebe sich, läßt sich Kaunitz ferner vernehmen, die Unzulänglichkeit des bisher befolgten und die Nothwendigkeit der Annahme eines neuen politischen Systems. Als Hauptgrundsatz des letzteren habe zu gelten, daß, „weil der Verlust Schle-„siens nicht zu verschmerzen und der König von Preußen als der „größte, gefährlichste und unversöhnlichste Feind des durchlauchtigsten „Erzhauses anzusehen sei, man auch dießseits die erste, größte und „beständige Sorgfalt dahin zu richten habe, wie man sich nicht nur „gegen des Königs feindliche Unternehmungen verwahren und sicher-„stellen, sondern wie er geschwächt, seine Uebermacht beschränkt und „das Verlorne wieder herbeigebracht werden könne."

Zu den Mitteln sich wendend, welche zur Erreichung dieses Zweckes zu ergreifen wären, erklärt es Kaunitz für ganz unerläßlich, in eine so große Unternehmung, wie die Wiedereroberung Schlesiens, nicht einzutreten, wenn nicht die Hoffnung ihres Gelingens die Gefahr des Scheiterns sehr überwiege, und so weit menschliche Beurtheilung reiche, an einem glücklichen Ausgange nicht mehr zu zweifeln sei. Daher dürfe man nicht daran denken, in der Erwartung, die übrigen Mächte würden ruhige Zuschauer des Kampfes bleiben, mit Preußen allein anzubinden. Denn die Kriegsmacht des Königs sei derjenigen der Kaiserin, wenn nicht überlegen, so doch zum mindesten gleich. Die in Folge des langjährigen Krieges eingetretene Erschöpfung der österreichischen Erbländer aber lasse das gegenseitige Machtverhältniß als ein für Oesterreich ungünstiges erscheinen.

Ohne durch Bündnisse gekräftigt zu sein, könne man sich also unmöglich in Krieg mit Preußen begeben. Von den Seemächten lasse sich jedoch kein Beistand wider dasselbe erwarten. Es bleibe somit nur eine einzige Aussicht, jenen großen Zweck zu erreichen, und dieselbe liege darin, daß Frankreich vermocht werde, „nicht nur den Unter-„nehmungen Oesterreichs sich nicht zu widersetzen, sondern zu denselben

„direct oder wenigstens indirect die Hände zu bieten und dadurch den „Ausschlag zu geben".

Er wisse wohl, fährt Kaunitz fort, daß die Verwirklichung einer solchen Absicht wegen der Größe der Schwierigkeiten, die hiebei zu überwinden wären, fast wie eine Unmöglichkeit anzusehen sei. Denn der wesentliche Nutzen, welcher gerade Frankreich aus der gegenwärtigen Machtstellung Preußens erwachse, sei nicht zu verkennen, und nur dann eine Änderung der bisherigen Begünstigung Preußens durch Frankreich zu hoffen, wenn eben dessen Interesse an dem Sturze der preußischen Macht noch mehr als an ihrer Aufrechthaltung betheiligt erscheine. Es gelte also Frankreich ein Anerbieten zu machen, durch welches dasselbe bewogen werde, die Wiedereroberung Schlesiens durch Oesterreich zu wünschen und zu unterstützen. Bei den Friedensverhandlungen von Aachen habe man sich von dem außerordentlichen Werthe überzeugt, welchen Frankreich darauf legte, daß Savoyen dem Infanten Don Philipp von Spanien zu Theil werde. Er sei der Schwiegersohn des Königs von Frankreich und könne im Falle des Todes des Dauphin auch dessen Nachfolger werden. Für diesen leicht möglichen Fall wünsche man ihm festen Fuß an der französischen Grenze und die Möglichkeit zu sichern, seiner Thronfolge in Frankreich durch eine gleichzeitige und hochwillkommene Gebietserwerbung leichteren Eingang zu verschaffen. Es sei daher nicht undenkbar, daß wenn Maria Theresia es übernehme, den König von Sardinien für die Abtretung Savoyens an den Infanten Don Philipp zu entschädigen, sie dadurch sich zur Wiedereroberung Schlesiens den Weg bahne. Freilich gebe es hiefür keinen anderen Ersatz an Sardinien als die Verzichtleistung auf Mailand und dessen Gebiet, wogegen Parma, Piacenza und Guastalla wieder an Oesterreich kämen. Würde Don Philipp auf einen der bourbonischen Königsthrone berufen, so habe Savoyen an Frankreich zu fallen. Gegen diese Zugeständnisse hätte das Letztere sich zu verpflichten, der Kaiserin zum Wiederbesitze Schlesiens zu verhelfen.

Es komme ihm nicht in den Sinn, erklärt Kaunitz wiederholt, die ungeheuren Schwierigkeiten der Ausführung dieses Planes irgendwie zu unterschätzen. Aber er müsse doch, was zunächst den etwaigen Wider-

stand des Königs von Sardinien gegen dessen Verwirklichung angehe, darauf aufmerksam machen, daß die an ihn zu richtende Zumuthung eigentlich in nichts Anderem als darin bestehe, eine „Wüstenei“ gegen einen „Lustgarten“ zu vertauschen. Hiezu komme noch die bekannte Abneigung zwischen den Piemontesen und den Savoyarden, und endlich der Umstand, daß der König von Sardinien jetzt auf zwei Seiten von bourbonischen Ländern eingeschlossen, Savoyen durch seine geographische Lage jederzeit eine leicht zu erringende Beute Frankreichs, die natürliche Grenzmauer der Hochgebirge aber gerade zwischen Savoyen und Piemont als eine fast unübersteigliche Schutzwehr des Letzteren gegen Frankreich aufgerichtet sei.

Für Oesterreich wäre freilich Mailand werthvoller als die Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla; doch würde dadurch, daß dieselben einerseits mit Mantua und dessen Gebiet, andererseits aber mit Toscana zusammenhängen, ein ununterbrochener Complex geschaffen, wodurch das zu bringende Opfer wesentlich verringert werde. Und sollte man sich zur Aufgebung Mailands durchaus nicht entschließen können und es vermeiden wollen, den König von Sardinien an der Sache irgendwie zu betheiligen, so könne man den Versuch wagen, den gleichen Zweck durch die Abtretung Luxemburgs an den Infanten Don Philipp, und zwar ebenfalls mit dem Heimfallsrechte für Frankreich zu erreichen.

Wenn Frankreich vermocht werden könnte, seine Macht direct gegen Preußen zu kehren, so wäre freilich an einem baldigen und glücklichen Ausgang des Kampfes kaum zu zweifeln. Da es sich jedoch schwerlich hiezu entschließen werde, so könne man sich auch mit seiner geheimen Zustimmung und bloß indirecten Mitwirkung begnügen. Es würde ausreichen, wenn etwa Spanien öffentlich gegen Preußen Partei ergriffe und Frankreich sich auf eine ausgiebige Subsidienzahlung beschränkte, außerdem aber den Kunstgriff, dessen es sich immer gegen das Haus Oesterreich bediente, nun auch gegen Preußen in Anwendung brächte. Er bestehe nur darin, durch die Aussicht auf Erwerbung preußischer Länder möglichst viele Regierungen zur activen Theilnahme an dem Kriege gegen Preußen zu bewegen. Rußland stehe ohnedieß schon auf dem Sprunge, wider Preußen zu den Waffen zu greifen. Wenn das Gleiche von Seite

Oesterreichs geschehe, würde bald anderen Regierungen die Lust kommen, sich ebenfalls mit preußischen Gebietstheilen zu vergrößern. Die hierauf abzielenden Plane Sachsens seien ohnedieß bekannt; Kurpfalz könne durch französische Subsidien und die Aussicht auf Cleve gewonnen werden, wogegen es Sulzbach und Neuburg an Baiern abtreten würde. Dann dürfe man auch den Beistand Hannovers und anderer Höfe erwarten, wenn nur einmal das Eis gebrochen und vor Frankreich keine Besorgniß zu hegen wäre.

Allerdings seien dieß noch ungeordnete und mancherlei Einwendungen unterworfene Gedanken. Die Hauptsache aber bestehe in der moralischen Gewißheit, daß Frankreich, selbst ohne sich unmittelbar in den Krieg zu mischen, blos durch seine indirecte Mithülfe so ausgiebigen Beistand zu leisten vermöge, daß „nach menschlichem Vermuthen an einem „glücklichen Ausgang des Unternehmens nicht wohl zu zweifeln wäre."

Er müsse hinzufügen, fährt Kaunitz fort, daß seines Erachtens mit der Verwirklichung dieses Planes nicht so lange zu zögern sei, bis etwa die österreichischen Erbländer sich völlig erholt hätten; es müsse vielmehr sobald als nur immer möglich an dessen Ausführung geschritten werden. Denn der russische Hof, dessen Veränderlichkeit man kenne, zeige sich jetzt von der besten Gesinnung beseelt und höchst aufgebracht wider Preußen. In Frankreich aber seien die Vorwürfe, welche man der Regierung darüber machte, daß sie nach einem so langen und erschöpfenden Kriege, nach so vielen Siegen in den Niederlanden ohne jeden Gewinn Frieden geschlossen habe, noch neu. Es werde sich daher gern bereit finden lassen, von der Gelegenheit Nutzen zu ziehen, welche sogar ohne directe Theilnahme am Kriege einen beträchtlichen Erfolg für Frankreich in Aussicht stelle. Hiezu komme noch, daß man dort dem Könige von Preußen seine dreifache Treulosigkeit noch nicht verziehen habe, und daß der Marquis von Puysieux sich nicht so feindselig gegen Oesterreich zeige, als dieß bei seinen Vorgängern der Fall war. Endlich werde Preußen, je mehr man ihm Zeit lasse, in dem neu erworbenen Lande sich festzusetzen, um so schwerer daraus zu vertreiben sein.

Die mit Frankreichs Beistand zu bewerkstelligende Wiedereroberung Schlesiens ist es also, welche Kaunitz als den Zielpunkt hinstellt, dessen

Erreichung die Politik Oesterreichs von nun an unverrückt im Auge behalten müsse [329]). Er ist wenigstens unter den Mitgliedern der Staatsconferenz der Erste und Einzige, welcher diesen Gedanken unverhüllt auszusprechen wagt, und zwar in einem Augenblicke, in welchem von Anderen, wie dem Kaiser selbst und seinen Gesinnungsgenossen Colloredo und Königsegg gerade das Gegentheil verlangt wird. Man möge, erklärte der Letztere, den König von Preußen rücksichtsvoll behandeln und ihm bei jeder Gelegenheit die Überzeugung beizubringen trachten, daß man weit davon entfernt sei, an den Wiederbesitz Schlesiens auch nur zu denken.

Ungleich verwandter mit den Anschauungen des Grafen Kaunitz als diese Meinung war diejenige der Grafen Harrach, Khevenhüller und Ulfeld. Auch der Erstere erklärte, daß wenn ein Anlaß sich darbiete, sich Frankreichs gegen Preußen, oder Preußens gegen Frankreich mit Nutzen zu bedienen, man hievon Gewinn ziehen solle. Ulfeld und Khevenhüller gingen noch weiter, denn sie meinten, daß eine Loslösung Frankreichs von Preußen zwar ungemein schwer, aber darum doch nicht unmöglich erscheine. Und von dem Manne, welcher damals noch den überwiegendsten Einfluß auf die Politik Oesterreichs besaß, von Bartenstein wird durch einen vertrauenswürdigen Zeugen ausdrücklich erzählt, daß er den Gedanken, mit der Beihülfe Frankreichs sich Schlesiens wieder zu bemächtigen, fortwährend in den Vordergrund stelle [330]).

Es ist eine oft wiederholte Behauptung, Maria Theresia selbst habe den Plan eines Bündnisses mit Frankreich im Einverständnisse mit Kaunitz entworfen und denselben Jahre hindurch geheim gehalten vor dem Kaiser und ihren übrigen Ministern. Als aber der Augenblick zum Handeln gekommen sei, und derselbe wird von den Einen auf den Zeitpunkt der Rückkehr des Grafen Kaunitz aus Paris und seiner Ernennung zum Staatskanzler, von den Anderen auf eine noch spätere Epoche verlegt, hätte das Geheimniß nicht länger bewahrt werden können. Als es von Kaunitz zuerst in der Staatsconferenz enthüllt wurde, sei der Kaiser in solchem Grade überrascht und erzürnt worden, daß er mit dem Ausrufe, dieses Bündniß sei unnatürlich, sich von seinem Sitze erhoben und noch während des Vortrages des Grafen Kaunitz die Con-

ferenz verlassen habe. Nachdem Kaunitz geendigt, habe die Kaiserin für seine Ansicht sich erklärt, ihm die Hand zum Kusse gereicht, die Conferenz aber entlassen.

Nach dem bisher Erzählten wird es wohl keines Beweises mehr bedürfen, daß diese Scene sich kaum in der hier erwähnten Art, und am allerwenigsten nach der Rückkehr des Grafen Kaunitz aus Paris oder noch später zugetragen haben wird. Allerdings waren seine Ansichten denjenigen des Kaisers, wie sich aus ihren beiderseitigen Denkschriften ergibt, gerade entgegengesetzt, und es mag wohl sein, daß sich hieraus ein Wortstreit zwischen ihnen entspann, wie ein solcher einmal noch viel später und aus einer ungleich geringfügigeren Ursache entstand. An einer glaubwürdigen Aufzeichnung hierüber fehlt es jedoch, und nur das ist gewiß, daß weder von einer Geheimhaltung des Planes vor den übrigen Ministern, noch von einem hartnäckigen Widerstreben der Mehrzahl aus ihnen die Rede sein kann. Statt jener angeblichen Geheimhaltung geschah vielmehr das Gegentheil, die Mittheilung sämmtlicher Gutachten und somit auch desjenigen des Grafen Kaunitz an alle Minister, um darüber ihre Meinung, und zwar gleichfalls schriftlich zu vernehmen. Ausdrücklich erklärt nun Harrach, daß er zwar bei seiner Ueberzeugung von der Nothwendigkeit verharre, bei dem früheren politischen Systeme zu bleiben, daß er aber vollkommen einverstanden sei mit dem Gedanken, Frankreich keinen Anlaß zu einer noch weiter gehenden Entfremdung zu geben. Ja wenn wirklich der Anlaß sich darbiete, der Hülfe dieses Staates gegen Preußen theilhaft zu werden, sei derselbe um so mehr zu benützen, als man von England ohnedieß niemals vielen Beistand gegen Preußen werde erlangen können.

Nicht so willfährig als Harrach sprach Colloredo in seiner zweiten Erklärung sich aus, und es mag wohl sein, daß in derselben vornehmlich die Ansichten des Kaisers zum Ausdrucke gelangten. Seit der Gründung und dem Wachsthum der österreichischen Monarchie sehe er Frankreich, ließ Colloredo sich vernehmen, als ihren Erbfeind an, und er könne nicht denken, daß die Scheelsucht der Bourbonen gegen das Kaiserhaus plötzlich ein Ende genommen habe. So lang dieselbe aber dauere, könne er weder glauben noch hoffen, daß Frankreich derart von

Preußen zu trennen sei, um sich dessen zur Vergrößerung des Hauses Oesterreich auf Kosten des Königs von Preußen zu bedienen. Seiner Meinung nach sei vielmehr Frankreichs Absicht nach wie vor darauf gerichtet, mit süßen und dem Scheine nach friedlichen Worten alle Mächte einzuschläfern, seine Verbündeten beizubehalten, ja deren Anzahl nach Möglichkeit noch zu vermehren, Zeit zu gewinnen zu seiner eigenen Reorganisation und zur Erholung von den im Kriege erlittenen Verlusten, um dann bei günstigem Anlasse nach seinen seit Jahrhunderten gleichmäßig festgehaltenen Grundsätzen seine Plane zum empfindlichsten Schaden des Kaiserhauses neuerdings zu verfolgen.

Zwischen der Meinung, welche in den Worten Colloredo's ihren Ausdruck fand, und den Ansichten, an denen Kaunitz nach wie vor festzuhalten erklärte, hatte nun die Kaiserin die Entscheidung zu fällen. Daß die Anschauungen des Grafen Kaunitz allein ihren eigenen Wünschen und Sympathien entsprachen, ist nicht zu bezweifeln. Denn seit sie durch den Frieden zu Füssen die Erwartung, sich in Baiern für den Verlust Schlesiens zu entschädigen, und seit sie durch den Aachner Vertrag jede Hoffnung auf Schadloshaltung durch neue Erwerbungen in Italien verloren hatte, ergriff die Sehnsucht nach dem Wiederbesitze Schlesiens mit verdoppelter Stärke Maria Theresia's Herz. Alles was ihr Aussicht hierauf eröffnete, nahm sie mit der ihr eigenen Lebhaftigkeit auf. Dennoch mangelt es leider an jeder von ihr selbst herrührenden Aufzeichnung über ihren damaligen Entschluß, und nur aus einem anderen Umstande läßt sich mit ziemlicher Bestimmtheit darauf schließen, daß der Vorschlag des Grafen Kaunitz für einige Zeit wenigstens zur Richtschnur der Bahnen geworden sei, welche die österreichische Politik von nun an verfolgte.

Der Feldmarschall Batthyany, welcher erst nach seiner Rückkehr aus den Niederlanden, und zwar im Mai 1749 in die geheime Conferenz berufen wurde, erhielt nun auf Befehl der Kaiserin Kenntniß von den Gutachten der Minister über das künftighin zu beobachtende politische System, und den Auftrag, hierüber gleichfalls seine Meinung zu sagen. Wir wollen aus der Denkschrift Batthyany's nur die Worte hervorheben, in denen er über die Vorschläge des Grafen Kaunitz sich

ausspricht, denn sie können wohl als Beweis dafür dienen, daß die letzteren an maßgebender Stelle gebilligt worden seien. Ausdrücklich erklärt Batthyany, jener Plan scheine den Beifall des ganzen Ministeriums insoweit gefunden zu haben, daß man nicht unterlassen wolle, denselben zur Ausführung zu bringen [331]). Er sehe wohl ein, fügt Batthyany hinzu, daß die Trennung Frankreichs von Preußen für Oesterreich überall, insbesondere aber in Deutschland von „unaussprech-„lichem Nutzen" sein würde. Seiner Meinung nach sei jedoch die Erfüllung des Wunsches, daß Frankreich die Vergrößerung Oesterreichs in Deutschland zugeben und auf längere Dauer in freundschaftlichen Beziehungen zu demselben verharren werde, kaum zu erwarten. Jedenfalls müsse Frankreich gegenüber die äußerste Vorsicht beobachtet werden, indem es leicht sein könne, daß es den König von Preußen von den Absichten Oesterreichs insgeheim in Kenntniß setze und ihn dadurch verleite, denselben durch rasches Losschlagen zuvorzukommen. Ebenso wäre es nicht unmöglich, daß Frankreich sich durch directe Verständigung mit dem Könige von Sardinien in den Besitz Savoyens setze und in solcher Weise die ihm willkommene Vergrößerung erhalte, ohne dafür den von Oesterreich gewünschten, in der Mithülfe zur Wiedererlangung Schlesiens bestehenden Preis zu bezahlen. Endlich drohe die Gefahr, durch die Annäherung an Frankreich die Freundschaft der Seemächte zu verlieren. Jedenfalls solle man die Unterhandlung mit Frankreich nicht eher beginnen, als bis Oesterreich seine Truppen wie seine Finanzen in so günstigen Zustand versetzt habe, daß nicht allein die Wahrscheinlichkeit, sondern sogar die „moralische Gewißheit" des Erfolges zu Oesterreichs Gunsten spreche.

Der wenigstens seiner äußeren Stellung nach weitaus bedeutsamste Gegner der Projecte des Grafen Kaunitz war ohne Zweifel der Kaiser selbst. Doch scheint auch sein Widerstreben kein allzu nachdrückliches gewesen zu sein, und er mag sich, wie es schon seine Gewohnheit war, darauf beschränkt haben, nachdem er offen seine Meinung gesagt, ein unbetheiligter Zuschauer bei dem zu bleiben, was nicht mit seinem Beifalle in's Werk gesetzt wurde.

Auch der Widerspruch derjenigen Mitglieder der Conferenz, welche nicht gleich von vorneherein der Meinung des Grafen Kaunitz wenigstens theilweise beigestimmt hatten, mag nach und nach verstummt oder wenigstens nicht länger beachtet worden sein. Aber freilich fielen damit noch nicht alle Hindernisse hinweg, welche einer aufrichtigen und nachdrücklichen Befolgung der neu aufgestellten politischen Grundsätze entgegenstanden. Und selbst die Kaiserin scheint wenigstens darin von den Anschauungen des Grafen Kaunitz allmälig abgewichen zu sein und mehr denjenigen der übrigen Mitglieder der Conferenz sich zugeneigt zu haben, daß auch sie die rasche Verwirklichung jenes Planes, wie Kaunitz sie wollte, für unausführbar oder doch wenigstens für allzugefährlich hielt. Der langsamere Weg wurde eingeschlagen, auf welchem man einerseits die innere Kräftigung der Monarchie zu erreichen suchte und andererseits mit klug berechnender Vorsicht die Schritte in's Auge faßte, welche zu thun wären, um Rußland in dem engen Bündnisse mit Oesterreich festzuhalten, Frankreich aber nach und nach in dasselbe hineinzuziehen und so das Netz zu spinnen, welches zu rechter Zeit von den verschiedensten Seiten her über dem Haupte des Königs von Preußen zusammengezogen werden sollte.

Den Seemächten gegenüber meinte man nicht mehr erreichen zu können, als sie wenigstens von einer Parteinahme für Friedrich zurückzuhalten. Dazu aber war es vor Allem nöthig, auch zu ihnen wieder in freundschaftlichere Beziehungen zu treten, als während der Friedensverhandlungen und unmittelbar nach dem Abschlusse derselben bestanden hatten. Insbesondere suchte Ignaz von Wasner, früher Oesterreichs Gesandter in London, der zu jener Zeit nach Wien zurückgekehrt war, in diesem Sinne auf die kaiserliche Regierung zu wirken. Mit Recht galt er als der eifrigste Parteigänger des Bündnisses mit den Seemächten; bei jeder Gelegenheit nannte er sie die besten und einzig verläßlichen Alliirten Oesterreichs. Und den Gedanken, daß Frankreich der Kaiserin Beistand leisten werde zur Wiederoberung Schlesiens, bezeichnete er als ein Hirngespinnst, vor dessen Verfolgung nicht ernstlich genug gewarnt werden könne [332]).

Mit der Ueberzeugungstreue des redlichen Mannes blieb Wasner bei dieser Meinung, wenn sie auch nicht geeignet war, ihm am Wiener Hofe Freunde und Gönner zu erwerben. Diese Unerschütterlichkeit in seinen Ansichten, und vielleicht mehr noch die feindselige Gesinnung Bartensteins, der es ihm niemals verzieh, daß Wasner sich wiederholte Vorstellungen gegen den herben und erbitternden Ton, in welchem die Mittheilungen der österreichischen Regierung an das englische Cabinet abgefaßt waren, ja einmal sogar die Unterdrückung eines Schriftstückes erlaubte, von welchem er eine allzu schädliche Wirkung mit Bestimmtheit vorhersah, endlich wohl auch Wasners zunehmende Kränklichkeit hinderten seine Wiederverwendung im Dienste der Kaiserin. Anfangs zwar zog ihn Maria Theresia, welche ihn persönlich hochschätzte, noch öfter zu Rathe, aber auch das diente nur dazu, Bartensteins Eifersucht und Unmuth noch heftiger zu schüren. Diesem Umstande, und da sich ja Wasner zu den Rathschlägen des Grafen Kaunitz gleichfalls im Gegensatze befand, ist es wohl hauptsächlich zuzuschreiben, daß auch bei dem steigenden Ansehen des Letzteren Wasner immer mehr in den Hintergrund trat. Er starb zwei Decennien später, im Jänner 1767, fast achtzig Jahre alt, nachdem er, wie Khevenhüller von ihm sagt, seine letzte Lebenszeit ohne weiteren Ehrgeiz als „christlicher Philosoph" in Ruhe zugebracht hatte [333]).

Von ungleich größerem Gewichte für die Sache, welche Wasner vertrat, als sein eigener mehr und mehr abnehmender Einfluß war es, daß auch die übrigen Rathgeber der Kaiserin nicht von fern daran dachten, um der noch ungewissen Hoffnung auf eine Annäherung an Frankreich willen sich von den Seemächten zu trennen. Lag es ja doch im Interesse des großen, aber mit äußerster Sorgfalt geheim gehaltenen Planes des Wiener Cabinetes, die Seemächte für den Fall der Erneuerung des Kampfes um Schlesien von einer Parteinahme für Friedrich zurückzuhalten. Und auch noch aus anderen Gründen war die Wiederherstellung guter Beziehungen, insbesondere zu England, für Oesterreich von vielfachem Interesse. Darum empfing Graf Richecourt, Wasners Nachfolger am Hofe von St. James, den strengen Befehl, gegen die

englische Regierung sich stets der rücksichtsvollsten Sprache zu bedienen und sich jeden Vorwurfes über das Geschehene sorgfältig zu enthalten.

Auch sonst sind die Instructionen, welche Richecourt in dem Augenblicke seiner Absendung nach London im Hochsommer des Jahres 1749 erhielt [334]), so bezeichnend für die damaligen Absichten der kaiserlichen Regierung, daß sie hier wohl eine kurze Erwähnung verdienen. Als Hauptgrundsatz wurde die Absicht hingestellt, keine Verpflichtungen einzugehen, welche direct oder indirect zu einem neuen Friedensbruche zu führen vermöchten, Niemand den leisesten Vorwand zu Mißtrauen zu geben und das Haus Bourbon von Oesterreichs Friedensliebe, jedoch in einer Art zu überzeugen, welche von jedweder Furcht oder Demüthigung gleichmäßig entfernt sei [335]). Die Allianz mit Rußland und den Seemächten müsse Oesterreich sorgfältig aufrecht erhalten. Die pünktlichste Erfüllung der mit ihnen bestehenden Verträge sei das wirksamste Mittel hiezu, und man möge sich hierin durch die Betrachtung nicht irre machen lassen, daß das Gleiche nicht auch von ihnen geschehen sei. Insbesondere müsse Rußland ganz besonders berücksichtigt werden. In Anbetracht der von Zeit zu Zeit daselbst vorkommenden Umwälzungen sei es nöthig, Alles zu vermeiden, was der russischen Nation als solcher mißfallen könnte, und sich nicht allzutief einzulassen in die Streitigkeiten der Parteien, die sich dort gegenseitig befehdeten [336]).

Durch alle Mittel, welche mit der Treue gegen die Verbündeten und der eigenen Würde nur immer vereinbar seien, müsse die französische Regierung davon überzeugt werden, daß man über das Vergangene keinen Groll mehr empfinde, sondern vielmehr zu aufrichtiger Versöhnung und Vereinigung mit ihr bereit sei, wenn sie nur auch Proben davon ablege, daß die gleiche Gesinnung sie beseele [337]). Und obwohl man Frankreich nicht mehr trauen dürfe, als eben die Thatsachen den Worten entsprächen, so möge man sich doch enthalten, in irgend einer Weise auch nur den geringsten Verdacht fühlbar werden zu lassen. Auch der Beihülfe Sachsens könne man sich bedienen, um einer Verschlimmerung der gegenwärtigen Beziehungen zu Frankreich vorzubeugen und es zu verhindern, daß daselbst die Kriegspartei die Oberhand gewinne. Ueberhaupt sei mit Sorgfalt darauf zu achten, daß man sich

weder durch die Seemächte verleiten lasse, bei Frankreich Mißtrauen zu erregen, noch durch Frankreich, die Seemächte zu verstimmen.

Der König von Preußen sei als der gefährlichste, furchtbarste und unversöhnlichste Feind des Hauses Oesterreich anzusehen, immer bereit, neuerdings gegen dasselbe loszubrechen, wenn sich ihm die Gelegenheit dazu so günstig zeige, wie solches im Jahre 1744 der Fall war [338]). Darum müsse man stets darnach trachten, ihn von Frankreich, wenn nicht direct und vollständig, so doch mittelbar und theilweise zu trennen, und das um so mehr, als man sich ja wegen der Gemeinsamkeit der Religion, oder besser gesagt, Irreligion, und der großen Anzahl seiner dortigen Anhänger von England keinen raschen und wirksamen Beistand gegen ihn zu versprechen vermöge. Ebensowenig sei solches von Holland und Sachsen wegen ihrer gegenwärtigen Schwäche, von dem hannoverschen Ministerium aber wegen seiner ganz ungewöhnlichen Aengstlichkeit der Fall.

Dem Könige von Sardinien dürfe man ebenfalls nicht trauen. Ermuthigt durch die bisher errungenen Erfolge, und innerlich überzeugt von dem Unrechte, das er an der Kaiserin begangen [339]), werde er nie die Geneigtheit verlieren, sich auf ihre Kosten zu vergrößern, noch jemals ihr beistehen, zu einem Ersatze für ihre Verluste in Italien zu gelangen. Ohne daher für jetzt die Ungültigkeit der durch den Wormser Vertrag gemachten Abtretungen hervorzuheben, noch auf die hiedurch erworbenen Rechte zu verzichten, möge man sich darauf beschränken, den König von Sardinien rücksichtsvoll zu behandeln und seine Freundschaft zu erhalten. Das genüge um so mehr, als eine oft wiederholte Erfahrung lehre, wie auf die mit ihm abgeschlossenen Verträge nicht zu bauen sei [340]).

Waren dieß im Allgemeinen die Gesichtspunkte, welche dem Grafen Richecourt als diejenigen bezeichnet wurden, von denen die Politik der kaiserlichen Regierung damals ausging, so wurden ihm in specieller Bezugnahme auf den Hof von St. James zwei Ziele angedeutet, deren Erreichung zunächst erwünscht schien. Es war dieß die Gewährleistung sämmtlicher Bestimmungen des Friedens von Dresden,

nicht bloß derjenigen, welche zu Gunsten des Königs von Preußen lauteten, sondern auch derer, die Oesterreich vor einem Angriffe desselben schützen sollten. Ueberdieß wurde der Beitritt Georgs II. in seiner zweifachen Eigenschaft als König von England und als Kurfürst von Hannover zu dem Bündnisse gewünscht, welches im Jahre 1746 zwischen Oesterreich und Rußland abgeschlossen worden war. Und wirklich wurden, was zunächst den ersteren Punkt, die Gewährleistung des Dresdner Friedens betraf, die Bemühungen Richecourts von glücklichem Erfolge gekrönt. Am 1. August 1750 war er im Stande, der Kaiserin den Staatsact zu übersenden, durch welchen der König von England diese Garantie übernahm [341]).

Ungleich gewichtigere Bedenken walteten in England hinsichtlich des zweiten Punktes ob, der sich auf dessen Beitritt zu dem österreichisch-russischen Bündnisse vom Jahre 1746 bezog.

Es ist schon an einer anderen Stelle die Unrichtigkeit der Behauptung hervorgehoben worden [342]), dieses Bündniß habe zunächst die Wiedereroberung Schlesiens für Maria Theresia bezweckt. Eine sorgfältige Prüfung der einzelnen Vertragsartikel führt vielmehr zu der Ueberzeugung, daß jener Tractat nur ein Vertheidigungsbündniß und darauf berechnet war, Oesterreich gegen etwaige Angriffe von Seite Preußens oder der Pforte sicher zu stellen. Daß man in Wien an der Anschauung von dem bloß defensiven Charakter dieses Vertrages festhielt, dafür finden sich in den diplomatischen Verhandlungen jener Zeit wiederholte Beweise [343]). Auch das Bestreben des Wiener Hofes, die Seemächte, obgleich man bei einem Kriege mit Preußen von ihnen durchaus keinen Beistand erwartete, dennoch in jenes Bündniß zu ziehen, spricht eher für als gegen diese Ansicht. Darum trug man auch in Wien keine Scheu, den vierten geheimen Separatartikel, welcher die Verabredungen hinsichtlich Preußens enthielt, nachdem Rußland seine Zustimmung gegeben hatte, der englischen Regierung vollständig mitzutheilen. Und man that dieß, obgleich man bei den damaligen ziemlich vertraulichen Beziehungen der englischen Regierung, worunter freilich nicht die Person des Königs zu verstehen sein wird, zu Preußen überzeugt sein konnte, daß dieser Artikel, wenn es nicht bereits geschehen,

doch gewiß jetzt dem Könige von Preußen ungesäumt werde bekannt werden.

Nur hinsichtlich des sogenannten geheimsten Artikels, durch welchen Oesterreich und Rußland sich gegenseitig verpflichteten, daß wenn etwa die Pforte den Belgrader Frieden brechen und eine der beiden Mächte angreifen würde, die andere der Türkei allsogleich den Krieg erklären und durch den Einmarsch auf osmanisches Gebiet eine mächtige Diversion herbeiführen solle, wurde auf Rußlands Begehren eine Ausnahme gemacht und derselbe an England nicht mitgetheilt. Man fürchtete, daß die Pforte, welche sich bisher ruhig verhalten hatte, daraus Anlaß zu Besorgnissen schöpfen und die bisherigen befriedigenden Beziehungen zu ihr wesentliche Beeinträchtigung erfahren könnten.

So sehr nun auch die kaiserliche Regierung, und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, in gutem Glauben den blos defensiven Charakter des vierten Separatartikels des Bündnisses mit Rußland hervorhob, so wenig zeigte sich doch das britische Cabinet geneigt, seinen Beitritt zu dieser Verabredung zu erklären. Und man kann die Berechtigung des Bedenkens nicht leugnen, welches gegen deren Inhalt von englischer Seite erhoben wurde. Unbestreitbar sei es, erklärte der Herzog von Newcastle dem Grafen Richecourt, daß wenn der König von Preußen Oesterreich angreifen sollte, dieses hiedurch seiner Verpflichtungen gegen ihn, England aber der übernommenen Gewährleistung Schlesiens entledigt sein würde. Das Gleiche walte jedoch im Falle eines preußischen Angriffes auf Rußland oder Polen nicht ob, während doch der geheime Separatartikel auch dann der Kaiserin das Recht einräume, nach dem Wiederbesitze Schlesiens zu streben. Auch sonst könne dieser Artikel nach seiner gegenwärtigen Fassung gar leicht den Vorwand liefern zu einem Friedensbruche wider Preußen. Darum werde England, welches auch dem geheimen Artikel wegen Schleswig nicht beizustimmen vermöge, seine Zutrittserklärung nur auf den Tractat allein beschränken und sie nicht auf die mit demselben verbundenen Separatartikel ausdehnen.

Die kaiserliche Regierung, welche bei der ganzen Verhandlung hauptsächlich den Zweck verfolgte, England mehr und mehr dem Könige

von Preußen zu entfremden und es wenigstens allmälig in das Bündniß zu ziehen, welches zwischen den Höfen von Wien und St. Petersburg bestand, und von Tag zu Tage enger sich knüpfte, begnügte sich vor der Hand mit demjenigen, worauf England eingehen zu wollen erklärte. Im October 1750 kam der Beitritt Georgs II. als König von England und Kurfürst von Hannover zu dem Vertrage vom Jahre 1746, jedoch ohne daß dessen geheime Separatartikel darin begriffen gewesen wären, zu Stande.

In dem Augenblicke, in welchem dieß geschah, waren jedoch schon Verhandlungen anderer Art zwischen König Georg und Maria Theresia angeknüpft, auf welche wenigstens von Seite des Ersteren ungleich größeres Gewicht als auf diejenigen gelegt wurde, welche seinen Beitritt zum Petersburger Bündnisse bezweckten.

Ein Bericht des Grafen Richecourt an die Kaiserin vom 9. April 1750 enthält die Darstellung eines eingehenden Gespräches, welches er wenige Tage zuvor mit dem Herzoge von Newcastle über die politischen Angelegenheiten pflog. Während desselben ließ der Herzog zum ersten Male die Aeußerung fallen, sowohl für die gemeinsame Sache der beiden Staaten, als für das besondere Interesse des Erzhauses Oesterreich könne es nichts Nützlicheres geben, als sich des deutschen Reiches mehr und mehr zu versichern. Der entscheidendste Schritt hiezu aber bestehe in der Wahl des Erzherzogs Joseph zum römischen Könige. Um sich hievon zu überzeugen, dürfe man sich nur in's Gedächtniß zurückrufen, daß des Hauses Oesterreich erbittertste Feinde immer vor Allem darnach getrachtet hätten, es der deutschen Kaiserkrone zu berauben und dieselbe in ein anderes Fürstenhaus zu verpflanzen. Solche Plane habe auch Frankreich nach der Thronbesteigung Maria Theresia's verfolgt; um sie für immer zu vereiteln, müsse die Wahl ihres ältesten Sohnes zum Nachfolger seines Vaters jetzt schon in's Auge gefaßt und durchgesetzt werden. Auf Englands Beistand zur Erreichung dieses Zieles möge man in Wien mit Zuversicht zählen.

Der Kaiserin gereiche, so wurde dem Grafen Richecourt am 17. Mai 1750 von Wien aus erwiedert, die Absicht der englischen Regie-

rung, den gemeinsamen Einfluß im deutschen Reiche zu stärken und zu mehren, zu lebhafter Befriedigung. Sie werde hiezu jederzeit auf's kräftigste mitwirken. Bevor aber die Angelegenheiten des deutschen Reiches nicht ein besseres Aussehen gewonnen hätten, könne sie von Schritten zur Herbeiführung der Wahl des Erzherzogs Joseph zum römischen Könige keinen günstigen Erfolg sich versprechen. Als ein solcher werde diese Wahl überhaupt nur dann anzusehen sein, wenn sie nicht durch eine Erniedrigung der kaiserlichen Würde oder durch neue Opfer von Seite des Hauses Oesterreich erkauft werden müsse [344]).

Man sollte meinen, daß gegen diese Erklärung des Wiener Hofes von keiner Seite eine gegründete Einwendung erhoben werden konnte. Eine neue Beschränkung der ohnedieß schon zum Schattenbilde herabgesunkenen kaiserlichen Macht durfte wohl niemand wünschen, dem überhaupt an dem Wohle Deutschlands und seinem Ansehen nach Außen irgend etwas gelegen war. Und daß Oesterreich, welches durch den kaum beendigten Krieg so empfindliche Einbußen erlitten hatte, nicht abermals zu schwerwiegenden Opfern sich herbeilassen konnte, war gleichfalls nur natürlich. Auch König Georg wies nicht ohne empfindliche Gereiztheit den Verdacht von sich, als ob er irgend etwas in Vorschlag zu bringen vermöchte, was in der einen oder der anderen Richtung für Oesterreich von Nachtheil sein könnte. Nur um „kleine und unwichtige Gefälligkeiten" handle es sich, welche der Kaiserhof den Kurfürsten erweisen solle, um sie für sich zu gewinnen und sich ihrer Stimmen für den Erzherzog zu versichern [345]).

Im Verlaufe der ferneren Verhandlung kam es jedoch gar bald an den Tag, von welcher Art jene kleinen und unwichtigen Gefälligkeiten eigentlich waren.

Diese Verhandlung wurde jedoch nicht mehr in London, sondern in Hannover gepflogen, wohin König Georg im Frühsommer des Jahres 1750 sich begab und Richecourt ihm folgte. Da der Letztere von den Angelegenheiten des deutschen Reiches nur wenig verstand, wurde ein Mann, welcher mit denselben innig vertraut war, der Reichshofrath Johann Werner von Vorster, von Seite des Kaiserhofes nach Hannover

gesandt. In seinen Händen lag nun zum größten Theile die Verhandlung, welche eigenthümlicher Weise von englischer und hannoverscher Seite mit Eifer und Lebhaftigkeit, von dem Wiener Hofe aber nur mit einer gewissen Lauheit geführt wurde. Denn wie man richtig vorhergesehen, so überschritten die in Anspruch genommenen „Gefälligkeiten" weitaus das Maß desjenigen, was man in Wien gewähren zu können glaubte. Hätte es sich um bloße Geldopfer gehandelt, so hätte man sich, so übel es auch um die österreichischen Finanzen bestellt war, in Anbetracht der Wichtigkeit des Zweckes, um den es sich handelte, hiezu am Ende wohl noch bereit finden lassen. Wozu man sich aber nicht zu entschließen vermochte, das war die ausnahmsweise Begünstigung gerade derjenigen Höfe, welche in dem vergangenen Kriege für Frankreich und Preußen gegen Oesterreich Partei genommen hatten. Mit Recht wies man darauf hin, daß ein solcher Vorgang, durch welchen die Feinde des Kaiserhauses vor seinen getreuesten Anhängern belohnt und bevorzugt würden, das ohnehin schon so tief gesunkene Ansehen der Kaisermacht in Deutschland neuerdings schwächen und für die Zukunft gewissermaßen als ein Sporn gelten müßte, ein Beispiel zu befolgen, das so reichlichen Gewinn brachte.

Außerdem wollte man am Kaiserhofe, und gewiß gleichfalls mit nicht geringerem Rechte, von all den Zugeständnissen nichts hören, welche darauf abzielten, die ohnehin schon bis auf's Aeußerste geschmälerte oberste Richtergewalt des Kaisers zu Gunsten der einzelnen Reichsfürsten noch mehr zu beschränken, ja sie völlig zu vernichten. Und endlich wies man Alles weit von sich ab, was darauf hinausging, der österreichischen Monarchie erneuerte Opfer, sei es an Gebietsabtretungen oder irgend einer Belastung ihrer Bewohner zu Gunsten benachbarter Länder aufzuerlegen. Wenn man aber diesen Grundsätzen folgte, da blieb freilich nur wenig übrig, um die deutschen Fürsten zu gewinnen, welchen es, den König von Preußen voran, nicht im allerentferntesten um Deutschland, seine Kräftigung im Innern und sein Ansehen nach Außen, sondern einzig und allein um Befriedigung ihrer Habsucht, um Ausdehnung ihrer eigenen Macht auf Kosten des großen Ganzen zu thun war.

Daß Maria Theresia in der That nicht jeder Beitragsleistung aus dem Wege ging und ein für sie sogar beträchtliches Opfer nicht scheute, um auch ihrerseits mitzuwirken zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zweckes, das bewies sie zuerst Baiern gegenüber, dessen Gesandter Graf Joseph Haßlang in Hannover über den Kaufpreis unterhandelte, welcher dem Kurfürsten für seine Stimme zu Gunsten des Erzherzogs Joseph bezahlt werden sollte. Am 22. August 1750 kam der Vertrag zu Stande, durch welchen dem Kurfürsten von Baiern für sechs Jahre eine Zahlung von jährlich vierzigtausend Pfund Sterling zugesichert wurde. England sollte die Hälfte, Holland und Oesterreich je ein Viertheil bezahlen. Um dem letzteren Staate gegenüber den Schein der Uneigennützigkeit zu wahren, verzichtete der Kurfürst auf seine vermeintlichen Ansprüche auf Mirandola und Concordia, welche übrigens durchaus keine begründeten waren. Baiern versprach außerdem sechstausend Mann Hülfstruppen zu stellen und in den deutschen Angelegenheiten mit Hannover zu gehen, worunter verstanden wurde, daß es bei der Königswahl seine Stimme dem Erzherzoge zuwenden werde.

Ein Hauptgrund, weßhalb man sich Baiern gegenüber so freigebig bewies, bestand in der Erwartung, daß das Beispiel Baierns auch die ihm nahe verwandten Kurfürsten von Köln und der Pfalz nach sich ziehen werde. Das wurde wenigstens von baierischer Seite versprochen und war auch die Meinung des Herzogs von Newcastle [316]), der sich des Kurfürsten Clemens August von Köln noch überdieß um so mehr versichert hielt, als König Georg mit ihm schon im Mai 1750 einen Subsidienvertrag abgeschlossen hatte. Darin war gleichfalls die Verpflichtung enthalten, in allen Reichsangelegenheiten mit Hannover zu stimmen. Auch der erste hannoversche Minister, der Großvogt von Münchhausen hielt Köln für gewonnen, und diese Ansicht fand in dem sogenannten „Generalplan" ihren Ausdruck, welchen Münchhausen entwarf, um ihn zur Richtschnur des gemeinschaftlichen Vorganges in der ganzen Wahlangelegenheit zu machen. Auf Mainz und Trier rechnete man unbedingt, Sachsen hofften die englischen und hannoverschen Staatsmänner durch die Vermittlung Rußlands zu gewinnen, für Kurpfalz aber müsse, so ließ man verlauten, von österreichischer Seite das

verhältnißmäßig geringe Opfer der Ueberlassung der Grafschaft Pleistein gebracht werden.

Das dem Großvogt von Münchhausen in gleichzeitigen Berichten gespendete Lob, ein durchaus erfahrener und in den verwickelten Reichsgeschäften wohlbewanderter Mann zu sein, mag er vollauf verdient haben. Aber mit dem Grundzuge des Charakters der damaligen Fürsten Deutschlands war er wohl zu wenig vertraut; ihre Begehrlichkeit, ihre unersättliche Habgier schlug er allzu gering an. Am entschiedensten zeigte sich dieß dem Kurfürsten von der Pfalz gegenüber, und gar bald begann man auch in Hannover die Richtigkeit der Anschauung des Wiener Hofes zu erkennen, der sich zwar bereit erklärte, den Kurfürsten von der Pfalz mit der Grafschaft Pleistein zu belehnen, jedoch gleichzeitig die Besorgniß aussprach, dieses Zugeständniß werde nicht ausreichend erscheinen und den Kurfürsten nur zu neuen Forderungen anspornen.

Doch mochte man vielleicht selbst in Wien nicht vermuthen, daß die Richtigkeit dieser Voraussetzung so bald schon durch die Thatsachen bekräftigt werden sollte. Noch war, möchte man sagen, die Tinte nicht trocken, mit welcher die Verabredungen Baierns mit dem Kaiserhofe und den Seemächten unterzeichnet worden waren, als schon der Bevollmächtigte des Kurfürsten von der Pfalz in Hannover, Herr von Wrede mit den Begehren hervortrat [317], an deren Gewährung sein Herr die Zusage zur Uebernahme der gleichen Verbindlichkeiten knüpfte. Er verlangte nicht weniger als Subsidien von den Seemächten, von dem Kaiserhofe aber die Abtretung der Grafschaft Pleistein und zwei Millionen Pfund Sterling als Schadenersatz für die Nachtheile, welche die Pfalz seit dem Jahre 1734 bis zum Abschlusse des Aachner Friedens durch die Kriegführung erlitten.

Es ist wahr daß König Georg über diese fast sinnlos zu nennende Forderung des Kurfürsten von der Pfalz sich lebhaft ereiferte und im ersten Unmuthe sogar befahl, dem Gesandten von Wrede seine Eingabe zurückzustellen, denn mit einem solchen Vorschlage könne man gar nicht an's Licht treten. Aber wie dieß in ähnlichen Fällen fast immer geschieht, so hatte man von pfälzischer Seite wenigstens das

erreicht, daß man nach und nach in Hannover mit dem Gedanken vertraut wurde, man müsse für den Kurfürsten von der Pfalz noch ein Mehreres thun, als bisher beabsichtigt war. Wrede selbst, ein Mann von ungewöhnlicher Feinheit und Verschlagenheit, und der diplomatischen Kunstgriffe jener Zeit, zu denen Falschheit und Verstellung in erster Linie gehörten [348]), sich meisterlich bedienend, arbeitete rastlos in diesem Sinne. So kam es daß, als Wrede sein früheres Begehren in dasjenige um Abtretung der Grafschaft Falkenstein verwandelte, man sich in Hannover schon geneigter zeigte, auf Kosten Oesterreichs mit sich markten zu lassen. „Zur Zeit noch“, so wurde erwiedert, könne man nur wegen Pleistein allein unterhandeln, im Uebrigen müsse der Kurfürst andere und billigere Bedingungen stellen. Denn sonst werde man, wie es im Jahre 1745 der Fall war, auf sein zustimmendes Votum zuletzt völlig verzichten [349]).

Mit um so größerem Rechte meinte man in Hannover von der völligen Außerachtlassung des kurpfälzischen Votums reden zu dürfen, als man von Tag zu Tag der Ankunft des Sendboten entgegensah, welcher die bindende Erklärung des Kurfürsten von Köln überbringen sollte, seine Wahlstimme dem Erzherzoge Joseph zu geben. Nach längerem Zaudern erschien er wirklich, aber seine Botschaft lautete wesentlich anders, als man so zuversichtlich geglaubt hatte. Allerdings erklärte der Kurfürst sich zur Erfüllung des an ihn gestellten Begehrens bereit, aber er knüpfte dieselbe an Bedingungen, von denen er im voraus wissen konnte und wohl auch wußte, daß sie nicht annehmbar seien. Von den Seemächten verlangte er 175.000 Gulden als Ersatz des Entganges, welchen die Zurückhaltung der bisherigen französischen Subsidien ihm verursachte. Der Kaiserhof aber solle auf die Rückstände verzichten, welche der Kurfürst von Köln von den noch zu entrichtenden Römermonaten schulde. Außerdem habe Oesterreich dem Kurfürsten all den Schaden zu vergüten, der während des vergangenen Krieges durch die kaiserlichen Truppen in den kölnischen Landen angerichtet worden sei. Und endlich solle es dem Kurfürsten von Baiern, welcher zwar seinen Ansprüchen auf Mirandola und Concordia entsagt, dergleichen aber

noch andere zur Geltung zu bringen habe, ein angemessenes Aequivalent für dieselben gewähren [350]).

So wie er es den Begehren des Kurfürsten von der Pfalz gegenüber gethan, so sehr ereiferte König Georg sich jetzt auch über die Erklärung des Kurfürsten von Köln. Nachdem derselbe, rief der König aus, auf eine so schändliche und unwürdige Art handle, solle ihm auch kein Heller mehr zu Theil werden. Aber dieser Unmuth, so lebhaft gefühlt er auch sein mochte, blieb gleichwohl wirkungslos. Den Kurfürsten von Köln und der Pfalz war es um nichts Anderes als um möglichste Ausbeutung ihrer kurfürstlichen Stellung und Würde zu thun. Und in dieser Absicht wurden sie von denjenigen Staaten, welche darauf ausgingen, Alles zu nichte zu machen, was zur Einigung und Kräftigung Deutschlands beizutragen vermochte, von Frankreich und Preußen auf's entschiedenste bestärkt.

Es ist schon früher des Planes des Kaiserhofes Erwähnung geschehen, seine politischen Beziehungen zu Frankreich nach und nach günstiger zu gestalten und hierin wo möglich so weit zu gelangen, daß man in dem Kampfe, welcher früher oder später sich neuerdings mit Preußen um den Besitz Schlesiens entspinnen müsse, an Frankreich keinen Gegner, ja vielleicht sogar einen Verbündeten besitze. Aber ein solcher Plan konnte nur mit äußerster Vorsicht in's Werk gesetzt werden, nur langsam und allmälig reifen. Die größte Schwierigkeit lag offenbar darin, solchen Gedanken in Frankreich selbst Eingang zu verschaffen und eine gänzliche Umwandlung eines politischen Systems zu bewerkstelligen, das Jahrhunderte hindurch gerade in der entgegengesetzten Richtung thätig gewesen war. Und welcher Art auch die einleitenden Schritte hiezu, auf die noch später zurückgekommen werden soll, gewesen sein mögen, das ist gewiß, daß sich damals noch nicht die leiseste Wirkung derselben verspüren ließ. So wie in früheren Zeiten, so bildeten auch jetzt wieder die kleineren deutschen Höfe den Schauplatz, auf welchem österreichischer und französischer Einfluß sich am heftigsten bekämpften [351]). Mit entschiedenem Glücke für Frankreich war dieß am Kölner Hofe der Fall. Kaum hatte Clemens August die Meinung gewonnen, er habe von Oesterreich und den Seemächten weniger Geld als von

Frankreich zu erwarten, so wandte er sich dem Letzteren wieder zu. Schon am 1. März 1751 schloß er mit Frankreich einen Vertrag, durch welchen er erklärte, mit dem französischen Hofe treue Freundschaft zu halten, keiner anderen Macht Truppen überlassen, in den Reichsangelegenheiten nur im Sinne Frankreichs stimmen und handeln, den König von Preußen aber zur Förderung der französischen Interessen in Deutschland anfeuern zu wollen. Jede Verbindung mit den Seemächten wolle er abbrechen, und im Falle eines Krieges sechstausend Mann mit den französischen Truppen vereinigen.

Der Kaufpreis für diesen, man darf wohl sagen, reichsverrätherischen Tractat bestand in der jährlichen Bezahlung von 270.000 Gulden und dem Versprechen, auch die Rückstände der früheren Subsidien zur Auszahlung gelangen zu lassen. Und so weit ging Clemens August in seiner Erniedrigung vor Frankreich, daß er auf dessen Wunsch den Freiherrn von Asseburg, den Unterhändler dieses Vertrages, zu seinem ersten Minister ernannte.

Weniger Eingang als bei dem Kurfürsten von Köln mögen Frankreichs feindselige Bemühungen gegen Oesterreich in Dresden gefunden haben. In einem Punkte aber glichen beide Höfe, der von Köln und von Dresden sich auf ein Haar, in der Begierde nach Geld, und in dem festen Entschlusse, nur für Geld, für möglichst viel Geld die Wahlstimme dem Erzherzog zu Theil werden zu lassen. Darum lautete denn auch die Antwort des Kurfürsten von Sachsen auf das Aufforderungsschreiben der Kaiserin zweideutig [352]), und man war in Wien gar bald darüber im Klaren, daß auch die sonst in Dresden so viel geltende Verwendung des Petersburger Hofes hieran keine Aenderung hervorbringen werde [353]). In England konnte man sich jedoch, und man darf der dortigen Regierung darin nicht Unrecht geben, nur schwer entschließen, für eine innere Angelegenheit des deutschen Reiches, wie die Wahl des Erzherzogs zum römischen Könige ja doch eigentlich war, sich allzu beträchtliche Opfer aufzuerlegen. Und der Kaiserhof hielt nach wie vor standhaft an dem Grundsatze fest, für ein allerdings an und für sich wünschenswerthes Resultat doch nicht einen Kaufpreis zu zahlen, der mit demselben kaum in entsprechendem Verhältnisse stand. Darum wurde

denn auch der Kurfürst von Sachsen durch längere Zeit unter diejenigen gezählt, auf deren Stimme bei der etwaigen Wahl eines römischen Königs nicht mit Bestimmtheit gerechnet werden könne. Erst im September 1751 kam zwischen den Seemächten und dem Kurfürsten von Sachsen ein ähnlicher Vertrag zu Stande, wie solches ein Jahr zuvor mit Baiern geschehen war. Der Kurfürst erhielt achtundvierzigtausend Pfund Sterling für vier Jahre; England übernahm zwei, Holland ein Dritttheil hievon. Auf vier Jahre wurde die Dauer des Vertrages festgesetzt, in welchem der Kurfürst versprach, in den Reichsangelegenheiten mit Hannover zu gehen. Durch eine nähere Verabredung wurde festgesetzt, daß dieß so viel heiße, als dem Erzherzoge die Wahlstimme zu geben [354]).

Mit Kurmainz und Trier, mit Baiern, Hannover und Böhmen wäre nun Sachsen die sechste Stimme gewesen, welche für die Wahl des Erzherzogs sich aussprach. Aber zwei Drittheile der Stimmen schienen sowohl dem Kaiserhofe als dem Könige von England zu wenig, um nun wirklich an das Werk zu schreiten. Und hiezu kam in Wien wenigstens die Besorgniß, daß selbst die schon gewonnenen Stimmen wieder fahnenflüchtig werden könnten, wenn Frankreich und Preußen mit dem bisher insgeheim, aber darum nicht minder eifrig betriebenen Widerstande gegen die Wahl des Erzherzogs endlich offen hervortreten würden [355]).

Denn mit so großem Eifer auch Frankreich den gemeinschaftlichen Bemühungen Oesterreichs und der Seemächte widerstrebte, so trat doch Alles, was in dieser Beziehung von französischer Seite geschah, weit in den Hintergrund vor den Anstrengungen des Königs von Preußen. Es soll ihn darum keine besondere Anklage treffen, denn die Handlungsweise, die er dabei befolgte, ging eben nur aus der innersten Natur seines eigenen Wesens und der freilich von ihm selbst geschaffenen Verhältnisse hervor. Denn darin bestand ja seit seinem ersten Einbruche in Schlesien bis auf unsere Tage mit seltenen Ausnahmen der stets sich gleichbleibende Kern der preußischen Politik: Vereitlung alles dessen, was eine kräftigere Einigung Deutschlands herbeiführen konnte, so lang hiedurch irgend welches Opfer, selbst nur ein Schatten der Unterordnung Preußens verlangt wurde, dagegen Förderung dieser Einheit mit

allen sich darbietenden Mitteln, sobald dieselbe gleichbedeutend war mit der möglichst uneingeschränkten Herrschaft Preußens über Deutschland.

Ist das Verhältniß Deutschlands zu Preußen in unseren Tagen in das letztere Stadium getreten, so war zur Zeit Friedrichs der zuerst erwähnte Grundsatz, die Spaltung und Zersplitterung Deutschlands der maßgebende für Preußen. Freilich war es hiebei nicht so sehr Deutschland selbst, um welches Friedrich, sei es in der einen oder in der anderen Richtung sich kümmerte, sondern der Gegensatz zu Oesterreich, der alle seine Handlungen beseelte. Die Unruhe des bösen Gewissens, und die Besorgniß, es könne doch noch einmal der rächende Tag für ihn erscheinen, an welchem er das in so ungerechter Weise gewonnene Gut wieder herausgeben müsse, traten in jedem seiner Schritte unverkennbar hervor. Aber die Anerkennung muß man ihm zollen, mit einer Wachsamkeit, einem Scharfblicke ohne Gleichen verfolgte er die Wandlungen der öffentlichen Geschäfte, mit einer wahrhaft bewunderungswürdigen, niemals ermüdenden Thätigkeit wirkte er für seine eigenen Interessen. Und darum hätte auch das Wort des Dichters: „Find' ich dich überall auf meinen Wegen", wohl niemals Jemand mit größerem Rechte aussprechen können, als Maria Theresia gegen Friedrich von Preußen.

Eilftes Capitel.

Oesterreich und Preußen.

Schon zweimal während Maria Theresia's erster Regierungsjahre war die diplomatische Verbindung zwischen Oesterreich und Preußen abgebrochen worden. Erst geraume Zeit nach Abschluß des Dresdner Friedens, im Juli 1746, kehrte nach zweijähriger Abwesenheit der österreichische Gesandtschaftssecretär Leopold von Weingarten nach Berlin zurück. Und drei Monate später, zu Ende des Monats October, traf auch der General der Cavallerie Graf Joseph Bernes, welcher gleichfalls schon früher dieses Amt bekleidet hatte, als neu ernannter österreichischer Gesandter in der preußischen Hauptstadt ein. Bei der Auswahl desselben hatte man wohl auf die militärischen Neigungen des Königs und dessen Vorliebe für französisches Wesen besondere Rücksichten nehmen zu müssen geglaubt. Die hauptsächliche Verrichtung des Grafen Bernes habe darin zu bestehen, so heißt es in dem Schreiben, in welchem Maria Theresia ihren Repräsentanten bei Friedrich einführte, den König zu versichern, wie hoch die Kaiserin seine Freundschaft schätze, und daß sie es an deren aufrichtiger Erwiederung nicht fehlen zu lassen gedenke. Es werde ihr vielmehr zu besonderem Vergnügen gereichen, das erneuerte Freundschaftsband immer mehr und mehr befestigt und enger verknüpft zu sehen [356]).

Es ist selbstverständlich, daß diese Worte, obgleich sie bei der Erneuerung der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen gebraucht werden mußten, nicht eben die wahre Gesinnung der Kaiserin zum Ausdrucke brachten. Aber sie konnten doch, gerade

so wie die Entsendung des Grafen Bernes überhaupt, als ein Anknüpfungspunkt, als die dargebotene Hand zur Herstellung äußerlich befriedigender Beziehungen gelten. Friedrich aber zeigte sich keineswegs beeilt, dieselbe auch wirklich zu ergreifen; er war vielmehr gerade damals aufs höchste beunruhigt durch die glücklichen Fortschritte der kaiserlichen Waffen in Italien, und die hervorragendsten Personen in Berlin, deren Meinungsäußerungen sich unbedingt nach des Königs Anschauungen richteten, sprachen ungescheut davon, der König könne, wenn er sich in dem Besitze Schlesiens behaupten wolle, nichts Anderes thun als neuerdings den Frieden brechen und Frankreich zu Hülfe eilen [357]).

Wenn es nun auch hiezu nicht kam, so zeigte doch Friedrich seine wirkliche Stimmung gegen Oesterreich schon dadurch, daß er während vier Wochen den kaiserlichen Gesandten auf die von demselben mehrmals erbetene Audienz warten ließ. Als er sie ihm endlich ertheilte, war freilich der König mit Freundschaftsversicherungen nicht sparsam, und lebhaft erinnerte er sich des Jahres 1734, während dessen er unter Eugen von Savoyen gemeinschaftlich mit der kaiserlichen Armee im Felde gestanden war [358]). Aber er täuschte damit doch Niemand, ja er beabsichtigte es kaum, sondern nährte wohl geflissentlich die Besorgniß, die man in Wien vor einem erneuerten Friedensbruche hegte.

Der Kaiserhof wurde darin nicht nur durch die noch so frische Erinnerung an das vor zwei Jahren Geschehene, sondern noch überdieß durch die Mittheilung bestärkt, daß in der Person des Marquis de Volvire ein geheimer Unterhändler Frankreichs eingetroffen sei, welcher dem Könige von Preußen eine beträchtliche Erhöhung seiner französischen Subsidien versprach, wenn er zu Gunsten Frankreichs eine ausgiebige Diversion wider Oesterreich unternähme [359]). Allerdings meldete Bernes, der König, von Besorgnissen erfüllt vor der ihn im Kriegsfalle bedrohenden russischen Heeresmacht, habe das Anerbieten Frankreichs mit der Erklärung zurückgewiesen, er werde auf dasselbe nicht eingehen und nicht ein drittes Mal sein Schicksal vom französischen Hofe abhängig machen. Aber man wußte doch nicht mit Bestimmtheit, ob diese Worte auch ernst gemeint und nicht etwa darauf berechnet waren, für den vielleicht beabsichtigten Treubruch einen noch größeren Kaufpreis zu erzielen.

Die französische Partei in Berlin, den Feldmarschall Grafen Schmettau und den Grafen Rothenburg an ihrer Spitze, arbeitete rastlos daran, den König zu einem neuen Feldzuge wider Oesterreich zu drängen. Aber die Vertreibung der Oesterreicher aus Genua, das Scheitern der Unternehmung gegen Südfrankreich, und die Rückkehr des Grafen Browne über den Var, die Anknüpfung der Friedensverhandlungen in Breda endlich machten wohl einerseits die Begehren Frankreichs um thatkräftige Hülfe nach und nach verstummen, während andererseits der König von Preußen noch weniger geneigt wurde als zuvor, an dem sichtlich seinem Ende sich nähernden Kampfe neuerdings Antheil zu nehmen.

Durch den Frieden von Aachen erfolgte die allgemeine Pacification von Europa, und hiedurch wurde denn auch jeder Gedanke an eine unmittelbare Erneuerung des bewaffneten Streites zwischen Oesterreich und Preußen beseitigt. Der Kampf mit der Feder, mit diplomatischen Schachzügen dauerte freilich mit nicht verminderter Thätigkeit fort. Die Ersetzung des Grafen Bernes, welcher nach Petersburg gesandt wurde, durch den Feldmarschall-Lieutenant und Oberstkriegscommissär Grafen Johann Chotek, denselben, der an den Ereignissen von Genua so sehr betheiligt gewesen war, brachte hierin keine Aenderung hervor. Auch dadurch, daß Chotek nach elf Monaten wieder an einem anderen österreichischen General, dem Grafen de la Puebla einen Nachfolger erhielt, geschah dieß durchaus nicht. Denn nicht in den Repräsentanten der beiden Höfe von Wien und Berlin, sondern in den Monarchen selbst und in der Situation, welche der Eine derselben geschaffen hatte, der Andere aber nur mit Widerstreben ertrug, lag der unversöhnliche Gegensatz zwischen ihnen. Nicht nur ihr ganzes Leben wurde dadurch erfüllt und verbittert, sondern auch nach ihrem Tode noch ist er das charakteristische Kennzeichen der Stellung der beiden Staaten zu einander geblieben.

Als eines der vielen Merkmale dieser Stimmung mußte die Haltung des Königs von Preußen in all den Angelegenheiten erscheinen, welche sich auf die Verwirklichung derjenigen Bestimmungen des Dresdner Friedens bezogen, deren Erfüllung ihm keinen Gewinn bot, sondern

ihm vielmehr beträchtliche Leistungen auferlegte. Hauptsächlich war dieß in Bezug auf die durch den Dresdner Tractat bestätigte Bestimmung des Berliner Vertrages vom Jahre 1742 der Fall, derzufolge König Friedrich sich anheischig gemacht hatte, nicht nur die von englischen und holländischen Staatsangehörigen dargeliehenen, auf Schlesien versicherten Summen zu bezahlen, sondern noch überdieß den Schlesiern die Beträge zurückzuerstatten, die sie dem Steueramte, der Bancalität und dem Staate auf die schlesischen Domänen vorgestreckt hatten. Hinsichtlich der gleichen Forderungen österreichischer und fremder Unterthanen sollte man später ein Uebereinkommen treffen.

Daß in der kurzen Zeit zwischen dem Abschlusse des Berliner Vertrages und dem erneuerten Friedensbruche Preußens im Jahre 1744 nichts zur Begleichung dieser Angelegenheiten geschah, ist ziemlich begreiflich. Aber auch nach der Bekräftigung jener Verpflichtungen durch den Dresdner Tractat that Friedrich nichts zu deren Erfüllung. Nach Abschluß des Friedens von Aachen kam man von österreichischer Seite neuerdings und in drängender Weise darauf zurück. Auch den sechsten Artikel des Dresdner Vertrages hob man hervor und drang darauf, in Gemäßheit seines Inhaltes die Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten in einer für ihre Unterthanen gleichmäßig ersprießlichen Weise zu ordnen.

Dieses letztere Begehren stimmte allerdings auch mit Friedrichs Absichten überein, denn auch er wünschte seinem Lande die Vortheile einer geregelten Handelsverbindung mit dem benachbarten Oesterreich zugewendet zu sehen. Aber eines lag ihm natürlich noch weit mehr am Herzen, und das war die Sicherstellung seines neu gewonnenen Besitzes. Als eines der entscheidendsten Mittel hiezu erschien ihm jedoch die Gewährleistung Schlesiens von Seite des deutschen Reiches.

Darum war auch in dem neunten Artikel des Dresdner Vertrages die Bestimmung aufgenommen worden, der König von England werde seine Bemühungen mit denen der beiden vertragschließenden Theile vereinigen, um der Kaiserin sowohl als dem Könige von Preußen den Besitz aller ihrer gegenwärtigen Länder von Seite des deutschen Reiches garantiren zu lassen.

Es darf nicht verkannt werden, daß durch den Wortlaut dieser Bestimmung die Mitwirkung Maria Theresia's zur Erreichung jenes Zieles vertragsmäßig zugesagt war. Daß man jedoch in Wien, wo man noch immer mit dem geheimen Gedanken sich trug, sich gelegentlich in den Wiederbesitz Schlesiens zu setzen, nicht eben sehr eifrig war mit der Verwirklichung jener Bedingung, ist nicht weniger begreiflich, als daß gerade ihre Erfüllung dem Könige von Preußen am meisten galt. Als daher Graf Puebla im Auftrage seiner Regierung im Dezember 1749 die beiden Angelegenheiten wegen der schlesischen Schulden und der Regulirung der beiderseitigen Handelsbeziehungen neuerdings in Anregung brachte, erhielt er nicht nur eine ausweichende, sondern eine der Form nach höhnische, ja beleidigende Antwort. Man habe sich darüber gefreut, so heißt es darin, in der österreichischen Denkschrift einer dreimaligen Versicherung der Bereitwilligkeit der Kaiserin zu begegnen, die übernommenen Verbindlichkeiten treu zu erfüllen. Die Befriedigung hierüber würde jedoch einen weit höheren Grad erreicht haben, wenn es möglich gewesen wäre, in dem ferneren Inhalte jener Schrift einige Spuren von der „Realität" dieser guten Gesinnung zu entdecken, während man doch das entschiedene Gegentheil davon habe wahrnehmen müssen.

Von österreichischer Seite war nämlich, und wie es scheint nicht mit Unrecht, die Behauptung aufgestellt worden, man sei erst dann verpflichtet, zur Erlangung der Reichsgarantie mitzuwirken, wenn die Vertragsbestimmungen selbst, um deren Gewährleistung es sich handle, erfüllt worden seien. Hierauf wurde jedoch von preußischer Seite entgegnet, daß solches nur dann gelten könne, wenn die Nichterfüllung einer übernommenen Verpflichtung in der Schuld des Betheiligten liege. Die Gewährleistung des Dresdner Vertrages von Seite der vereinigten Provinzen von Holland sei gleichfalls eine Bestimmung des Friedens. Der König habe sich für ihre Verwirklichung lebhaft bemüht; daraus aber, daß diese Bemühung ohne sein Verschulden erfolglos geblieben sei, könne doch unmöglich abgeleitet werden, daß man um die Reichsgarantie sich gar nicht zu bekümmern, oder wie in Wien behauptet werde, dieselbe erst dann zu vollziehen habe, wenn diejenige Hollands zu einer Thatsache geworden sei [368]).

In Wien blieb man die Antwort auf die Erklärungen, welche die preußische Denkschrift enthielt, natürlich nicht schuldig. Wenn man bisher, so heißt es in der Erwiederung des Kaiserhofes, sich in der Bemühung, die Reichsgarantie des Dresdner Friedens zu erwirken, säumig gezeigt habe, so liege auch jetzt wieder der Hauptgrund hievon nur in dem Verfahren des Königs von Preußen. Denn er selbst habe insgeheim und im Widerspruche mit dem Dresdner Tractate die einseitige Gewährleistung seines schlesischen Besitzthumes bei der englischen Regierung durchzusetzen gewußt. Die gleichen Zielpunkte verfolge er jetzt bei dem deutschen Reiche. Wolle er jedoch darauf ausgehen, dem Dresdner Vertrage entsprechend, der Kaiserin die Garantie ihres Besitzstandes ebenso zu Theil werden zu lassen, wie er für sich selbst sie verlange, dann könne er auch auf ihre Mitwirkung zur Zustandebringung einer solchen Gewährleistung zählen [361].

Gewiß war es der Umstand, daß es Oesterreich gelang, in der Zwischenzeit von englischer Seite die Zusage einer Garantie sämmtlicher Bestimmungen des Dresdner Friedens zu erhalten, wodurch Maria Theresia zu einer dem Wesen nach so willfährigen Antwort vermocht wurde. Auch Friedrich trachtete sich jetzt wenigstens den Anschein zu geben, als ob es ihm nie darum zu thun gewesen sei, sich, wie es von Seite Englands im Jahre 1746 geschehen war, allein den Besitz Schlesiens und der Grafschaft Glatz garantiren zu lassen. Die von ihm verlangte Gewährleistung des Reiches solle sich, erklärte er jetzt, auch nach seinem Wunsche auf den ganzen Dresdner Frieden erstrecken. In eben dem Maße, in welchem Maria Theresia zur Erwirkung der Reichsgarantie beitragen werde, solle dieß von Seite Preußens zur Begleichung der schlesischen Schuldsache geschehen [362].

Freilich war auch jetzt wieder die preußische Erklärung in jenem bitteren und verletzenden Tone abgefaßt, welchen Friedrich in seinen Mittheilungen an Oesterreich nun einmal nicht zu lassen vermochte. Aber in Wien hielt man es für klüger und der Würde des Kaiserhauses entsprechender, dem Könige von Preußen auf diesem Wege nicht länger zu folgen. Man verzögerte die Antwort, bis man von englischer Seite die Gewährleistung des Dresdner Friedens erlangt hatte. Und als dieß

wirklich geschehen war, kündigte Maria Theresia in einer kurzen Erklärung, welche über alle in der preußischen Denkschrift enthaltenen Anklagen und stachlichten Worte schweigend hinwegging, ihre Bereitwilligkeit und ihren festen Entschluß an, sowohl bei der Reichsversammlung zu Regensburg als an den deutschen Höfen auf baldige Gewährleistung des Dresdner Friedens von Seite des Reiches nachdrücklich hinzuwirken [363]). Gleichzeitig wurde Graf Puebla von dem Plane des Königs von England in Kenntniß gesetzt, dem Erzherzoge Joseph durch dessen Wahl zum römischen Könige die Nachfolge auf dem deutschen Kaiserthrone zu sichern.

In Wien glaubte man wirklich, König Friedrich werde gegen diese Wahl keine Einsprache erheben. Man meinte, daß sich dieselbe keineswegs im Widerspruche mit dem politischen Systeme des Königs von Preußen befinde, und daß ihn die Verwirklichung der Reichsgarantie vollends willfährig stimmen werde für den Gedanken des Königs von England. Graf Puebla wurde überdieß beauftragt, die Mitwirkung der Kaiserin zur Zustandebringung der Garantie nicht etwa als eine Bedingung zur Erlangung der preußischen Wahlstimme für den Erzherzog erscheinen zu lassen, sondern die beiden Angelegenheiten, da zwischen ihnen ein näherer Zusammenhang durchaus nicht stattfinde, sorgfältig auseinanderzuhalten. Die Zusage der Kaiserin hinsichtlich der Reichsgarantie sei ganz unabhängig von der Wahlangelegenheit, und in der letzteren nehme man die preußische Stimme nur als ein Zeichen der Freundschaft des Königs in Anspruch [364]). So wenig als die Wahlsache, so sehr stehe jedoch die Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages, welche auf die schlesische Schuld sich bezögen, in enger Berührung mit der Reichsgarantie. Gerade Preußen habe hierauf zu wiederholten Malen den entschiedensten Nachdruck gelegt. Man erwarte daher, daß es nun seine Zusage gleichfalls erfüllen und diese Angelegenheit einer raschen und dem Tractate entsprechenden Entscheidung zuführen werde.

Nun unterschied sich auch die preußische Erwiederung in merkbarer Weise von den Kundgebungen, welche bisher von Berlin nach Wien gelangt waren. Von Maria Theresia's „großmüthiger und auf„richtig freundschaftlicher Denkungsart", so wie von des Königs „Erkennt-

„lichkeit“ war darin die Rede, daß sie seine „beharrliche Hoffnung“ nicht getäuscht, sondern sich bereit erklärt habe, nachdrücklich darauf hinwirken zu wollen, daß die Reichsgarantie des Dresdner Friedens nunmehr ohne längere Säumniß zu Stande komme. Der König werde nicht nur zur Erreichung dieses Zweckes seine Bemühungen mit denjenigen der Kaiserin vereinigen, sondern noch überdieß zur Durchführung der schlesischen Schuldsache gern und mit Freuden die Hand bieten. Da jedoch ein befriedigendes Resultat wohl nur dann zu erwarten sei, wenn man sich beiderseits zuvor über die zu beobachtenden Grundsätze geeinigt habe, so wäre es zweckmäßig, wenn Oesterreich irgend Jemand von maßvoller und leidenschaftsloser Gesinnung nach Berlin absenden wollte, um vorerst über diese Grundsätze eine Verständigung herbeizuführen. Der König von Preußen werde hiezu jede mögliche Erleichterung gewähren, und gerade aus diesem Beweggrunde wünsche er, daß die Verhandlung unter seinen Augen gepflogen werde [365]).

Ungleich weniger erfreulich lautete die Antwort des Königs auf den Vorschlag, den ältesten Sohn Maria Theresia's zum römischen Könige wählen zu lassen. Er gebe zu, so ließ sich Friedrich vernehmen, daß der Erzherzog mit der Zeit einer derjenigen Bewerber sein werde, welche die meiste Aufmerksamkeit verdienten. Aber er müsse es dem Urtheile der beiden kaiserlichen Majestäten anheimstellen, ob es nicht diese Wahl allzusehr beschleunigen heiße, wenn man sie in einem Augenblicke in's Werk setzen wolle, in welchem sich der Kaiser noch in der Blüthe der Jahre befinde und der besten Gesundheit erfreue. Ganz Europa und insbesondere das deutsche Reich seien in vollständigster Ruhe und nichts deute auf die Nothwendigkeit einer solchen Wahl. Ebensowenig sprächen für sie die Beweggründe, welche in der Wahlcapitulation des gegenwärtigen Kaisers angeführt seien, und deren Prüfung, so wie diejenige der Legalität der vorzunehmenden Wahl nach dem achten Artikel des westphälischen Friedens von dem ganzen Reiche vorzunehmen sei [366]). Wenn aber, was Gott verhüten wolle, der Kaiser sterben sollte, in welche Lage würde man das Reich bringen, wenn man es von einem unmündigen Kaiser regieren lassen wolle? Man möge also, ehe man mit der Wahlfrage hervortrete, des Erzherzogs Großjährigkeit abwarten, dann

werde man sie auch leichter im Sinne der Gesetze und der Verfassung des Reiches zu lösen im Stande sein.

Es ist wohl selbstverständlich, daß diese Erklärung König Friedrichs in Wien, wo man sich wirklich mit der Hoffnung geschmeichelt hatte, der König werde sich der Wahl des Erzherzogs zum römischen Könige kaum widersetzen, peinlich berühren mußte. Aber gerade jetzt zeigte es sich deutlich, wie sehr es der Kaiserin Ernst war mit dem Vorsatze, die Wahlsache nicht im Zusammenhange mit den übrigen Angelegenheiten behandeln zu lassen, welche bisher Anlaß zu Differenzen zwischen Oesterreich und Preußen geboten hatten. Denn trotz der so unwillfährigen Antwort des Königs entsprach doch Maria Theresia seinem Wunsche und sandte den Hofkammerrath Joseph von Koch nach Berlin, um dort die Unterhandlungen wegen der schlesischen Schulden zu pflegen. Nicht so sehr ihr eigenes Interesse als dasjenige der hiebei betheiligten Staatsgläubiger bewog sie hiezu. In Preußen werde man darin, erklärte die Kaiserin, um so mehr ein besonderes Merkmal ihres Wunsches erblicken, die verschiedenen Streitpunkte nach und nach einer Ausgleichung zuzuführen, als die Absendung eines eigenen Unterhändlers im Grunde genommen nicht nöthig erscheine. Denn die Bestimmungen der Verträge lauteten unzweideutig und klar, ihre gründliche Ausführung aber sollte nach den bei allen gesitteten Nationen anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes wohl gleichfalls keinem Zweifel unterliegen [367]).

Es fiel natürlicher Weise der preußischen Regierung nicht bei, diesen letzteren Satz irgendwie zu bestreiten. In Wahrheit aber handelte sie demselben so viel als nur immer möglich entgegen. Denn als Koch sich trotz der ungünstigen Jahreszeit noch im Dezember 1750 nach Berlin verfügte, behauptete man dort plötzlich, über die Schuldsache nur gleichzeitig mit der Frage über die gegenseitigen commerziellen Beziehungen, von welchen in den letzten Mittheilungen der preußischen Regierung gar nicht die Rede gewesen war, unterhandeln zu können. Und obwohl Koch bedauernd entgegnete, daß diese letzteren Angelegenheiten ihm völlig fremd und mit der Schuldsache in gar keinem inneren Zusammenhange seien, blieb man doch in Berlin bei jenem Entschlusse und handelte dadurch dem erst vor kurzem gegebenen Versprechen

zuwider, die Beilegung der Differenz in der Schuldsache mit der Zustandebringung der Reichsgarantie Hand in Hand gehen zu lassen [368]). Man griff eben ja nach jedem nur irgend denkbaren Auswege, um sich der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen wo möglich ganz, jedenfalls aber so lang als es nur immer sein konnte, zu entziehen. Darum blieb zuletzt für Koch nichts übrig, als unverrichteter Dinge Berlin wieder zu verlassen. Der König aber gab ihm den ziemlich schalen Trost auf den Weg, er beschäftige sich mit dem Gedanken, eine in jeder Beziehung hervorragende Persönlichkeit nach Wien abzusenden, welche sowohl hinsichtlich der Schuldangelegenheit als der Handelsbeziehungen die Streitpunkte zwischen Oesterreich und Preußen einer definitiven Ausgleichung zuführen werde [369]).

Wie dieß fast immer der Fall ist, so wurde auch jetzt wieder die feindselige Gesinnung des Königs, welche in diesem ganzen Verfahren unverkennbar an den Tag tritt, durch die Berichte wohldienerischer Menschen noch geschürt. Denn nicht mit Unrecht dachten sie in seiner Gunst sich zu befestigen, wenn sie in einer Weise an ihn schrieben, die seiner eigenen vorgefaßten Meinung vollständig entsprach. In höchstem Maße war dieses Verfahren von dem Grafen Podewils geübt worden, welcher zuerst nach dem Abschlusse des Friedens von preußischer Seite in Wien beglaubigt worden war. Und als er zu Anfang des Jahres 1751 an Joachim Wilhelm von Klinggräff einen Nachfolger erhielt, da fand man zwar in Wien, daß der Letztere in seinen Depeschen nicht in der Weise Unwahrheiten und Verläumdungen vorbringe, wie dieß von seinem Vorgänger geschehen sei [370]). Aber auch Klinggräff hielt sich nicht frei von dem Bestreben, den König in seiner Abneigung gegen den Wiener Hof noch zu bestärken. Als er seine Antrittsaudienz bei Maria Theresia erhielt und von der Kaiserin wohlwollend aufgenommen wurde, konnte er zwar die Wahrheit dieser Thatsache dem Könige nicht verschweigen, aber er beeilte sich beizufügen, ihn habe die Kaiserin durch ihre anscheinende Zuvorkommenheit keinen Augenblick getäuscht. Allzusehr sei sie bemüht gewesen, ihn von der Aufrichtigkeit ihrer Gesinnungen für den König von Preußen zu überzeugen. Dadurch habe sie jedoch auf ihn nur die entgegengesetzte Wirkung hervorgebracht. Weniger als

je werde er ihr trauen, denn trotz ihrer Beredsamkeit habe der Ausdruck ihrer Augen ihre wahre Denkungsart verrathen [371]).

Wie sehr diese letztere Bemerkung dem Sinne des Königs entsprach, geht aus seiner Antwort an Klinggräff deutlich hervor. Er lobt ihn dafür, daß er vor den Schmeichelreden der Kaiserin auf seiner Hut sei und ihr mißtraue. „Ich weiß genau", fügt er wörtlich hinzu, „was „ich in Bezug auf ihre Gesinnung gegen mich halten soll. Am Altare „könnte sie mir schwören, meine Freundin sein zu wollen, so würde ich „ihr nur so lang glauben, als sie keine Gelegenheit und keinen günsti„gen Augenblick fände, um mir zu schaden" [372]).

In diesen Worten, welche der Kaiserin selbst nicht unbekannt blieben, wird man ein neues Kennzeichen der tief eingewurzelten Ueberzeugung Friedrichs erblicken, daß nach dem, was von seiner Seite an Maria Theresia verübt worden, an eine aufrichtige Versöhnung mit ihr nicht zu denken sei. Er handelte daher fortan gegen sie wie gegen eine erklärte Feindin, und vor Allem war dieß in der Wahlangelegenheit der Fall.

Im Sinne seiner Antwort an Maria Theresia schrieb er an sämmtliche Kurfürsten des Reiches [373]), und suchte sie für seine Behauptung zu gewinnen, daß die Wahl eines römischen Königs nicht zeitgemäß und noch einer Menge von Vorfragen unterworfen sei, deren Entscheidung von Reichswegen der Wahl vorhergehen müsse. Die Widerlegung seiner Anschauungen, wie sie ihm beispielsweise von Hannover zu Theil wurde und ihm bewies, daß gerade das Wohl und das Interesse des Reiches es fordere, die Wahl in Friedenszeiten vorzunehmen, um für einen passenden Nachfolger auf dem Kaiserthrone rechtzeitig zu sorgen, beirrte den König in seinen Bestrebungen nicht. Nach wie vor waren sie unablässig darauf gerichtet, das Ansehen des Hauses Oesterreich in Deutschland zu schwächen, die Autorität des Reichsoberhauptes, wo sie überhaupt noch einer Schmälerung fähig war, völlig zu vernichten, jegliche Einigungsbestrebung zu stören und den Zwiespalt im Reiche zu einem immer tiefer gehenden, unheilbaren zu gestalten.

Daß hiezu die Hülfe Einheimischer und Fremder gleichmäßig benützt wurde, ist durch jeden der damaligen Schritte des Königs un-

widerleglich bewiesen. Unter den Ersteren stand der Kurfürst von der Pfalz, unter den Letzteren Frankreich in vorderster Reihe. Diesem Staate und Preußen möge man, erklärte der König ganz ernsthaft dem österreichischen Gesandten in Berlin, das Schiedsrichteramt über dasjenige übertragen, womit die Ansprüche des pfälzischen Kurfürsten zu befriedigen wären [374]). Und man behauptete von Friedrich, daß er für sich selbst die Vormundschaft über den jungen römischen König, wenn dessen Vater vorzeitig sterben sollte, in Anspruch zu nehmen gedenke. Erst wenn man hierüber, so wie über die Wahlcapitulation im Reinen sei, werde auch er gegen die Wahl des Erzherzogs keinen Anstand erheben.

Die Kundgebungen Friedrichs dienten nur dazu, den Wiener Hof von dem Uebelwollen des Königs neuerdings zu überzeugen. Die ganze Erklärung, durch welche für Frankreich ein Schiedsrichteramt in einer rein deutschen Angelegenheit in Anspruch genommen wurde, glaubte man nur darauf berechnet, sich bei Frankreich mehr und mehr einzuschmeicheln und mit dessen Beistand ein Project scheitern zu machen, zu dessen Unterstützung Friedrich scheinbar sich anbot. So durchdrungen war man von dem Gedanken, der König treibe nach wie vor nur ein falsches Spiel, daß Maria Theresia es unter ihrer Würde hielt, seine schriftliche Erklärung auch nur zu beantworten. Dem Könige von Preußen gegenüber, so wurde im Namen der Kaiserin in England erklärt, sei keine Erwiederung besser als die gegründetste Antwort, und die Verachtung, welche in einem solchen Stillschweigen liege, werde den König empfindlicher berühren, als Alles, was man ihm zu entgegnen vermöchte [375]).

Die Erbitterung, welche in diesen Worten sich ausspricht, wurde durch König Friedrich gleichsam absichtlich genährt und gesteigert. Allerdings ging er daran, sein Versprechen zu lösen und einen Mann von hervorragender Stellung nach Wien zu senden, um die Angelegenheiten wegen der schlesischen Schulden und der beiderseitigen Handelsbeziehungen zur Entscheidung zu bringen. Aber schon in der Wahl, welche er traf, glaubte man ein Anzeichen erblicken zu müssen, daß es mit dieser Absicht ihm keineswegs Ernst sei. Der Vicepräsident der Regierung in Pommern, Herr von Dewitz, ein Schwiegersohn des Cabinetsministers

Grafen von Podewils, ein Mann, von dem man behauptete, daß er von Handels- und Geldangelegenheiten gar nichts verstehe, war der Erkorne, und selbst in Berlin war man höchlich erstaunt über diese Wahl [376]). Man zweifelte nicht, daß unter solchen Händen das Geschäft, um das es sich handelte, nur wenig Fortschritte machen werde. Und so war es auch in der That, wohl aber ließ Dewitz in Umtriebe sich ein, welche den Wiener Hof gegen ihn aufbringen mußten. Er bemühte sich hervorragende österreichische Offiziere für den preußischen Kriegsdienst zu gewinnen [377]).

Seit einiger Zeit schon war von Berlin aus in diesem Sinne gearbeitet worden. Im vergangenen Jahre hatte der preußische General Winterfeldt während eines Aufenthaltes in Karlsbad den Oberstlieutenant Rebentisch vom österreichischen Regimente Browne zum Uebertritte nach Preußen vermocht. Der Oberst Freiherr von Schönaich vom Regimente Graf Johann Palffy war ihm, zum Lohne seines Uebertrittes vom Könige zum Generalmajor ernannt, dorthin gefolgt [378]). Insgeheim berichtete Puebla von neuen Verhandlungen, welche mit dem Feldmarschall-Lieutenant von Schmerzing und dem Generalmajor Winkelmann gepflogen werden sollten. Dem Ersteren sei ein jährlicher Gehalt von sechstausend Thalern und das Cavallerie-Regiment Geßler als Preis seines Eintrittes in preußische Dienste angeboten worden. Der Oberst von Grumbkow aber und andere preußische Offiziere würden sich im nächsten Sommer gleichfalls nach Karlsbad begeben und dort dieselben Kunstgriffe anwenden, deren im vergangenen Jahre Winterfeldt sich mit so vielem Erfolge bediente. Auch sie beabsichtigten Offiziere und Soldaten zum Uebertritte nach Preußen zu verlocken [379]).

Da man den vortrefflichen Zustand der preußischen Armee und ihre ausgezeichneten Offiziere in Wien gerade so genau als die Sparsamkeit kannte, derzufolge der König sich nur bei ganz besonderen Anlässen zu beträchtlicheren Ausgaben entschloß, so zweifelte man nicht, daß er bei solchem Verfahren nur den Fall einer Erneuerung des Krieges im Auge habe und den Zweck verfolge, Oesterreich im Voraus seiner besten Offiziere zu berauben. Ein derartiger Verdacht war sicherlich nicht dazu angethan, Maria Theresia's leicht erregtes, ja leidenschaftliches

Gemüth mit freundlicheren Gesinnungen für König Friedrich zu erfüllen. Alles was nur immer von seiner Seite geschah, bestärkte sie vielmehr in ihrer Abneigung wider ihn.

Manchmal kamen freilich wieder Kundgebungen vor, welche einen unerfahrenen Beurtheiler glauben machen konnten, daß es Friedrich um Herbeiführung besserer Beziehungen zu seiner Gegnerin zu thun sei. So um das Ende des Jahres 1752, als plötzlich der König großen Werth darauf legte, ein möglichst wohlgetroffenes Bildniß der Kaiserin zu besitzen. Dem österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Puebla, schenkte er zu allgemeiner Verwunderung eine ziemlich werthvolle Dose. Und als im Jänner 1753 sein Vertreter bei den Verhandlungen über die schlesische Schuld und die Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich und Preußen, Herr von Dewitz, welcher in der letzteren Zeit ein ungleich versöhnlicheres Benehmen an den Tag gelegt hatte als früher, binnen vier Tagen von den Blattern hinweggerafft wurde [380]), beeilte sich Friedrich ihm so rasch als möglich einen Nachfolger zu geben. Seine Wahl fiel auf einen der tüchtigsten Mitarbeiter des Großkanzlers Cocceji bei der Umgestaltung des preußischen Gerichtswesens, den Schlesier Karl Joseph Maximilian von Fürst. Er galt als ein Mann von wohlwollender und redlicher Gesinnung, von erprobter Geschäftskenntniß, und man meinte, daß er in der That der Geeignetste sei, die ihm übertragenen Geschäfte zu befriedigendem Ende zu führen, wenn ihm solches nicht etwa durch die Aufträge seines Hofes unmöglich gemacht würde [381]).

Es soll nicht behauptet werden, daß Letzteres wirklich geschehen und Preußen allein für die langsamen Fortschritte der Verhandlungen verantwortlich zu machen sei. Aber daran ist gewiß nicht zu zweifeln, daß die Förderung der ganzen Angelegenheit durch Preußen eine ungemein lässige war und keineswegs der Zusage Friedrichs entsprach, er werde das Verfahren des Kaiserhofes hinsichtlich der Reichsgarantie zum Maßstabe nehmen für sein eigenes Verhalten in Bezug auf die schlesische Schuld. Längst schon war die erstere Sache nach den Wünschen des Königs geordnet, während die zweite noch immer nicht zur Austragung zu gelangen vermochte.

Doch trat dieser Beweis der Feindseligkeit Friedrichs wider Oesterreich noch sehr in den Hintergrund vor der Art und Weise, in welcher er die gleiche Gesinnung in der Wahlsache bethätigte. Seinem Einflusse und demjenigen Frankreichs schrieb man in Wien es zu, daß nun England wirklich verlangte, die Kaiserin solle dem Kurfürsten von der Pfalz als Preis seiner Stimme statt der Grafschaft Falkenstein ein angemessenes Aequivalent für dieselbe gewähren. Umsonst wies man in Wien darauf hin, daß dem Kurfürsten auch nicht der Schatten eines solchen Anspruches gebühre; England hatte sich, wie man am Kaiserhofe mit Bestimmtheit in Erfahrung gebracht zu haben glaubte, gegen Frankreich zur Erwirkung einer solchen Leistung anheischig gemacht, und mit all der Hartnäckigkeit, welche das Verfahren der britischen Staatsmänner von jeher kennzeichnete, drangen sie nun auf Verwirklichung ihres Begehrens. Um in Wien dessen Annahme durchzusetzen, sandte man den Unterhändler der Breslauer Präliminarien, Lord Hyndford dorthin. Gleichzeitig erklärte König Georg, der sich im Frühjahre 1752 wieder nach Hannover begeben hatte, dem österreichischen Gesandten von Vorster mit trockenen Worten, er werde der Kaiserin, wenn nicht alsogleich zur Wahl eines römischen Königs geschritten werden sollte, seine Freundschaft entziehen und sich mit Frankreich vergleichen [382]).

Mit solchen Drohungen vermochte man jedoch dem standhaften Sinne der Kaiserin gegenüber nicht viel zu erreichen. In einem Tone, dessen Verbindlichkeit sich von der herrischen Sprache der englischen Staatsmänner auf's vortheilhafteste unterschied, bewies Maria Theresia neuerdings die Unannehmbarkeit der pfälzischen Forderungen. Außer der Ueberlassung von Pleistein erstreckten sich dieselben auf die Abtretung der Grafschaft Falkenstein, die Gewährung einer Entschädigung von mehreren Millionen für die im Kriege erlittenen Verluste, und die Einräumung des Rechtes, daß von den kurfürstlichen Entscheidungen nicht an das Reichsoberhaupt appellirt werden dürfe. Endlich sollte dem Kurfürsten noch die Anwartschaft auf irgend ein Lehen, etwa in der Oberpfalz eingeräumt werden.

Solchen Begehren gegenüber war es der Kaiserin nicht schwer, die Unmöglichkeit ihrer Erfüllung von Seite Oesterreichs darzuthun.

Wenn sie selbst durch freiwillige Gebietsabtretungen der pragmatischen Sanction zuwider handeln würde, ließ Maria Theresia sich vernehmen, von wem könne sie dann die Aufrechthaltung derselben noch überhaupt fordern? Und wenn sogar das Haus Oesterreich und der gegenwärtige Träger der Kaiserkrone zu erneuerter Schwächung der Reichsgewalt sich herbeiließe, wer würde dieselbe noch irgendwie respectiren? Was sei überhaupt eine Krone noch werth, die man in solcher Weise zu einem leeren Schattenbilde erniedrige? Um jedoch zu zeigen, daß sie sich einem wenn gleich empfindlichen Opfer nicht entziehe, wenn sie damit einem Begehren ihres mächtigen Bundesgenossen zu willfahren vermöge, so erklärte sich die Kaiserin bereit, dem Kurfürsten von der Pfalz außer der Ueberlassung von Pleistein auch noch eine halbe Million Gulden zu bezahlen. Sie werde dieselbe zu Handen des Königs von England und zwar in dem Augenblicke erlegen, in welchem das Wahlgeschäft zu befriedigendem Abschlusse gelange. Damit seien jedoch die Zugeständnisse erschöpft, zu denen sie sich dem Kurfürsten von der Pfalz gegenüber herbeilassen könne [383]).

Lord Hyndford und der englische Gesandte Keith waren billig genug, die Größe dieses Opfers zu ermessen. Aber in Hannover schien man dadurch nicht befriedigt, und am Mannheimer Hofe war dieß selbstverständlich noch weniger der Fall. Man glaubte dort schon genug zu thun, wenn man nur die Forderung wegen Falkenstein fallen ließ, auf den übrigen Begehren aber um so hartnäckiger bestand. Außer Pleistein verlangte nun der Kurfürst von der Pfalz eine Million baaren Geldes, die Anwartschaft auf die Ortenau oder ein anderes Lehen von ähnlichem Werthe, und das Privilegium de non appellando für alle seine Länder, Zweibrücken mit inbegriffen. Und diese Begehren wurden von König Georg II. neuerdings dringend befürwortet.

Auf's Aeußerste getrieben, gab man in Wien nun insoweit nach, daß man die an Kurpfalz zu bezahlende Summe auf sechsmalhunderttausend Gulden erhöhte und sich zur Ertheilung des Privilegiums de non appellando herbeiließ. Endlich wurde dem Kurfürsten die Anwartschaft auf das Lehen von Wildenau zugesagt, welches sich damals im Besitze des Freiherrn von Sazenhofen befand [384]).

Von den englischen und den hannoverschen Staatsmännern, insbesondere dem Herzog von Newcastle wurde diese Erklärung Maria Theresia's mit Freude begrüßt. Denn nun zweifelten sie nicht mehr daran, daß mit so weitgehenden Zugeständnissen der Kurfürst von der Pfalz sich zufrieden geben und das Einverständniß mit ihm keinem Hindernisse mehr begegnen werde [385]). Aber nur allzubald erwies sich diese Erwartung als trügerisch. Man schrieb es in Hannover dem Einflusse des Königs von Preußen an dem Hofe von Mannheim zu [386]), wenn der Kurfürst von der Pfalz die Opfer, zu denen man in Wien schon so schwer sich entschlossen hatte, auch jetzt noch als ungenügend erklärte. Nun aber blieb die Kaiserin unerschütterlich, und auch in Hannover schien man endlich einzusehen, daß man ihr keine neuen und noch größeren Zugeständnisse zumuthen könne. Fruchtlos blieben die Vermittlungsversuche des kurmainzischen Bevollmächtigten Grafen Stadion, und auch die diplomatischen Kunstgriffe des aalglatten Wrede brachten keine Wirkung mehr hervor. Wenn er sich erst kurz vor der Rückkehr des Königs nach England in Hannover einfinden werde, hatte Wrede gedacht, so könnte es ihm noch am ehesten gelingen, in der leicht begreiflichen Ungeduld Georgs und seiner Minister, vor ihrer Abreise die Sache zum Abschlusse zu bringen, die Annahme der pfälzischen Forderungen zu erreichen. So schlau diese Berechnung auch sein mochte, so schlug sie dennoch fehl, und neuerdings kehrte König Georg unverrichteter Dinge nach England zurück.

Aber dieser Mißerfolg schreckte weder ihn selbst noch seine einflußreichsten Rathgeber davon ab, für die Verwirklichung des bisher mit so vieler Hartnäckigkeit verfolgten Planes auch noch fortan mit nicht geringerem Eifer thätig zu sein. Da die spezielle Sendung Lord Hyndfords im Jahre 1752 erfolglos geblieben war, erschien schon im Juli 1753 ein neuer Delegirter der englischen Regierung in Wien, um den Kaiserhof zu all den Opfern zu vermögen, welche die Gewinnung der deutschen Kurfürsten für die Wahl des Erzherzogs ihm auferlegen sollte. Aber auch jetzt wieder war dieß ein fruchtloses Beginnen; Sir Charles Hanbury Williams vermochte in Wien nicht mehr auszurichten, als dieß vor ihm Lord Hyndford und Robert Keith, der

englische Minister am Kaiserhofe, im Stande gewesen waren. Selbst die drastischen Mittel der Ueberredung, welche Sir Charles in Anwendung brachte, änderten hieran nichts, und sogar die Versicherung, in den Straßen Wiens werde gar bald das Gras wachsen, wenn die Kaiserkrone auf ein anderes Fürstenhaus übergehe [387]), blieb ohne Eindruck auf die Kaiserin und ihre Umgebung.

Ueberhaupt war der englische Bevollmächtigte nicht eben glücklich in der Wahl seiner Argumente. So konnte es gewiß nur die entgegengesetzte Wirkung von derjenigen, die er wünschte, hervorbringen, wenn er der Kaiserin auf ihre Klage über die vorschnelle Unterzeichnung der Friedenspräliminarien von Aachen durch die Seemächte trocken erwiederte, sie sei die einzige Person in Europa, welche sich der Ueberzeugung verschließe, daß gerade jener Unterzeichnung das Haus Oesterreich seine Rettung verdanke [388]).

Auch die Wohlthaten, welche England dem Wiener Hofe durch Gewährung reichlicher Subsidien während der Dauer des Erbfolgekrieges erwiesen hatte, wurden von Williams der Kaiserin in nicht sehr delicater Weise vor Augen gerückt. Da war es denn auch kein Wunder, daß Maria Theresia, wie Sir Charles berichtet, von seinen Worten nicht eben erbaut war. Und es mag für seine Aufrichtigkeit, aber nicht für seine diplomatische Geschicklichkeit zeugen, wenn er bemerkt, er konnte von demjenigen nicht abgehen, was er für wahr hielt. „Eure Herrlich„keit haben mich beauftragt", schreibt er dem Herzoge von Newcastle, „mit Freimuth zu sprechen, und ich that so".

Diesen Grundsatz befolgte der Abgesandte der englischen Regierung auch bei seinen Besprechungen mit den Ministern der Kaiserin. Aber in dem Augenblicke wenigstens, als Williams die österreichische Hauptstadt verließ, standen dort nicht mehr Ulfeld und Bartenstein an der Spitze der Geschäfte. Der Erstere hatte an dem Grafen Wenzel Kaunitz einen Nachfolger erhalten, und in Folge dessen war Bartenstein von einem Posten entfernt worden, von dem aus er durch mehr als ein Vierteljahrhundert die Staatsgeschäfte Oesterreichs nach seinem Willen gelenkt hatte.

Zwölftes Capitel.

Kaunitz in Paris.

Bald nach Abschluß des Aachner Friedens hatte man sowohl in Wien als in Paris an die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich gedacht. Der Gesandtschaftsbeamte Cornel Ludwig de Launay erschien zuerst von österreichischer Seite in Paris; er starb jedoch bald und wurde durch den Legationssecretär Johann Karl von Mareschal ersetzt. Frankreich aber sandte einen Mann Namens Blondel, einen nahen Verwandten jenes du Theil, welcher zugleich mit dem Grafen von Saint-Severin für die französische Regierung den Aachner Frieden unterzeichnet hatte, als seinen Geschäftsträger nach Wien.

Blondel kam einige Monate früher an den Ort seiner Bestimmung, als die Kaiserin ihren Ministern die Aufgabe stellte, ihre Gedanken über das politische System kundzugeben, welches Oesterreich den fremden Staaten gegenüber von nun an befolgen solle. Auch Kaunitz war damals noch nicht in Wien. Dennoch sprach Maria Theresia schon in der ersten Audienz, welche sie Blondel ertheilte, dem Repräsentanten Frankreichs gegenüber in einem Sinne sich aus, welcher die Anschauungen wenigstens ahnen ließ, die binnen kurzem durch Kaunitz in unzweideutige Worte gekleidet und in einen bestimmten Plan gebracht wurden. Thunlichste Annäherung an Frankreich und allmälige Loslösung desselben von dem Bündnisse mit Preußen war die Parole, welche Kaunitz

ausgab, und die auch Maria Theresia zu der ihrigen gemacht zu haben schien. Wenigstens erging sie sich in jener ersten Besprechung mit Blondel in Ausdrücken der Unzufriedenheit mit den Seemächten, von denen sie sowohl während des Krieges als der Friedensverhandlungen zu Aachen im Stiche gelassen worden sei. Sie knüpfte hieran die Versicherung ihres Bedauerns, daß im Herbste des Jahres 1741 der Hofkriegsrath von Koch, auch jetzt noch ihr vertrauter Secretär, zu spät nach Frankfurt gekommen sei, um in geheimer Verhandlung mit Belleisle eine Aussöhnung zwischen den Höfen von Wien und Versailles zu Stande zu bringen [389]). Viele tausend Menschenleben und viele Millionen an Geld würden Frankreich dadurch erspart worden sein [390]).

Auch sonst war Maria Theresia eifrig bemüht, durch Aufmerksamkeiten aller Art Blondel für den Wiener Hof einzunehmen und so durch seine Vermittlung in Paris einer günstigeren Stimmung für Oesterreich Eingang zu verschaffen. Selbstgefällig rühmt sich Blondel seiner Regierung gegenüber, wenn er zu kleineren Hoffesten, bei welchen die Kaiserin nur einen vertrauteren Kreis um sich versammelte, mit den ihm am Range weit voranstehenden Botschaftern des Papstes und Venedigs, den Gesandten Englands und Hollands geladen wird. Und als Maria Theresia, wie es bei ihr so oft sich ereignete, neuerdings auf dem Punkte stand, Mutter zu werden, kündigte sie ihren Entschluß an, für den Fall der Geburt eines Erzherzogs den König von Frankreich zum Taufzeugen zu bitten.

Diese entgegenkommenden Schritte der Kaiserin erregten natürlicher Weise bei demjenigen, wider den sie zunächst gerichtet waren, bei dem Könige von Preußen lebhafte Unruhe. Er wurde nicht müde, Blondel bei der französischen Regierung zu verklagen und von ihm zu behaupten, er sei von Oesterreich völlig gewonnen worden. Und Friedrich fand in der That bei dem Hofe von Versailles Gehör für diese Beschuldigung. Gar bald tritt in vertraulichen Aufzeichnungen aus jener Zeit die Meinung hervor, man werde durch Blondel in Paris nichts ausrichten können, indem man in Folge der Anklagen des Königs von Preußen ihm dort nicht mehr so viel Zutrauen schenke als zuvor [391]).

Uebrigens war ja die ganze Anwesenheit Blondels in Wien, so wie diejenige Mareschals in Paris nur der vorbereitende Schritt zur Absendung diplomatischer Repräsentanten, welche insbesondere nach den Begriffen der damaligen Zeit dem Range der beiderseitigen Monarchen und der Macht ihrer Staaten allein entsprachen. Maria Theresia schwankte keinen Augenblick in der Wahl des Mannes, den sie für den einzig geeigneten ansah zur Uebernahme dieser Mission. Es war dieß kein Anderer als ihr Bevollmächtigter bei den Friedensverhandlungen zu Aachen, Graf Wenzel Kaunitz.

Noch ehe jene Verhandlungen vollständig beendigt waren, hatte man in Wien den Gedanken gefaßt, den Grafen Kaunitz je nach seiner Wahl entweder nach England oder nach Frankreich als Botschafter zu senden [392]). Kaunitz aber war wenigstens vor der Hand nicht darauf eingegangen, sondern er hatte den lebhaften Wunsch ausgesprochen, einige Zeit hindurch sich selbst, der Pflege seiner Gesundheit und der Ordnung seiner Privatverhältnisse leben zu können. Als eine Gunst der Kaiserin nahm er die Erlaubniß in Anspruch, sich nach Wien begeben zu dürfen [393]). Als er jedoch im Jänner 1749 dort eingetroffen war, und sich in Folge seiner Ernennung zum Mitgliede der geheimen Conferenz an den Berathungen betheiligte, welche die Kaiserin über die Aufstellung eines neuen politischen Systems abhalten ließ, als endlich durch sein Auftreten ein Gedanke als der für die Zukunft maßgebende angenommen wurde, welcher ein vollständiges Verlassen der bisher betretenen Bahnen in sich schloß, da war es wohl nicht anders als natürlich, daß nun auch Kaunitz dem Begehren der Kaiserin sich nicht länger entziehen konnte, bei der Ausführung dieses Gedankens als Mitwirkender thätig zu sein, ja den wichtigsten und schwierigsten Theil der Aufgabe zu übernehmen. Dieser aber fiel wohl schon der Natur der Sache nach dem neu zu ernennenden Botschafter Oesterreichs am französischen Hofe zu.

Graf Kaunitz hatte damals, im Februar 1749, sein achtunddreißigstes Lebensjahr eben vollendet. Seit dem Augenblicke, in welchem er als Gesandter Maria Theresia's am Turiner Hofe beglaubigt worden war, hatte er sich als tüchtiger und eifriger Theilnehmer an den wichtigsten Verhandlungen bemerkbar gemacht. In hervorragendster Weise

war jedoch seine ganz ungewöhnliche Befähigung bei den Aachner Friedensverhandlungen in den Vordergrund getreten. Wie früher von Cristiani gesagt wurde, kann auch von Kaunitz behauptet werden, daß Jedermann, der mit ihm zu thun hatte, er mochte ein unparteiischer Beurtheiler, ein Anhänger oder ein Gegner seiner Person und seiner Meinungen sein, doch überströmte in dem Lobe seiner außerordentlichen Begabung. „Er ist der am meisten Vertrauen genießende Conferenzminister", schreibt über ihn der venetianische Botschafter Tron, „und durch seine Klugheit „und sein Ansehen bei der Kaiserin hat er bei vielen Berathungen den „Ungestüm Ulfelds zu mäßigen gewußt [394])". Der französische Geschäftsträger Blondel berichtet, daß alle Welt in der Meinung übereinstimme, Niemand sei befähigter als Kaunitz zur Uebernahme des Postens, welchen Ulfeld gegenwärtig bekleide [395]). Und Ulfeld selbst konnte wenigstens so lang, als er noch nicht gewahr wurde, welch ein gewaltiger, ja überlegener Nebenbuhler ihm an Kaunitz heranwuchs, sich nicht entschlagen, den Talenten desselben Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. „Kaunitz „kommt früh dazu", sagt Ulfeld im März 1748 in einem Berichte an die Kaiserin, in welchem er über einige in Antrag gebrachte Verleihungen des Ordens vom goldenen Bließe sich ausspricht, „aber er hat „sich auch durch seine Fähigkeit früh hervorgethan, und ich wünschte nur, „daß Eure Majestät noch mehrere solche Leute besäßen und ihnen Ihr „Zutrauen zu schenken vermöchten" [396]).

Freilich änderte Ulfeld gar bald seine Sprache über Kaunitz, als er von dem allmäligen Ueberhandnehmen seines Einflusses sich mehr und mehr überzeugte. „Des Grafen Kaunitz Schrift", so läßt sich Ulfeld in einem eigenhändigen Berichte [397]) an die Kaiserin über ein politisches Gutachten vernehmen, welches Kaunitz ausgearbeitet hatte, „überweiset mich nicht mehr als seine frühere Anmerkung. Sie ist mit „einiger Ereiferung und so hochtrabend geschrieben, daß sie mir Eckel „verursacht. Denn worin besteht der Vorschlag des Grafen Kaunitz, „von welchem er behauptet, daß er genehmigt worden sei, als in dem„jenigen, was auch mein Votum und die übrigen enthielten".

Wenn Ulfeld durch diese und ähnliche Ausfälle das steigende Ansehen des Grafen Kaunitz bei der Kaiserin zu untergraben sich bemühte,

so ist er mit diesem Vorhaben doch kläglich gescheitert. Wie sehr dieß der Fall war, geht aus einem vertraulichen Briefe der Kaiserin an ihren Cabinetssecretär Koch deutlich hervor. „Ich habe“, so schreibt sie ihm am 14. Mai 1750, indem sie ihm eine von Kaunitz entworfene Staatsschrift über die Barriere-Angelegenheit zurücksandte, „ich habe „Kaunitz' Arbeit gelesen und beschäftigte mich mit ihr einen ganzen Tag, „während dessen ich an Fieber und starken Kopfschmerzen litt. Aber ich „kann sagen, daß mich am Abende die Genugthuung vollständig geheilt „hatte, die ich empfand, einen solchen Mann und an ihm die einzige Hülfe „für mein Ministerium zu besitzen. Je mehr ich ihn schätze, desto mehr „zittere ich für ihn und seine Erhaltung, und desto mehr fühle ich wie „sehr er mir hier abgehen wird“ [398]).

Zu jener Zeit war also die Absendung des Grafen Kaunitz nach Paris schon eine unwiderruflich beschlossene Sache, während er doch früher wenigstens Blondel gegenüber sich das Ansehen gegeben hatte, als zögere er mit der Uebernahme des wichtigen und glänzenden Postens, den die Kaiserin ihm zudachte. Auch die großen Kosten hob er hervor, welche die Pariser Botschaft ihm verursachen müsse, und er wies darauf hin, daß Fürst Wenzel Liechtenstein, welcher vor dem Ausbruche des Erbfolgekrieges den Kaiserhof in Frankreich vertrat, immer behauptete, dort dritthalb Millionen Gulden verausgabt zu haben. Dennoch mag sein Entschluß, dem Rufe der Kaiserin zu folgen, nicht allzulang geschwankt haben. Mit großem Aufwande traf er die Vorbereitungen zu seiner Sendung nach Paris; freilich befolgte er dabei nur das Beispiel, welches man in Frankreich mit der Ausrüstung des neuernannten Botschafters in Wien, des Marquis von Hautefort gab. Mit einem zahlreichen Gefolge von Gesandtschaftscavalieren, Secretären und Dienern ging endlich Kaunitz im October 1750 nach Paris. Ungefähr zu gleicher Zeit kam Hautefort nach Wien, wo er von Seite des Hofes in zuvorkommendster Weise empfangen wurde. Denn über alle Bedenklichkeiten, welche von einem Theile ihrer Umgebung gegen eine Verletzung der strengen Regeln der Etiquette erhoben wurden, setzte sich die Kaiserin sorglos hinweg. Und auch ihr Gemal zeigte sich voll Zuvorkommenheit gegen den französischen Botschafter. Er suchte hiedurch der ziemlich all-

gemein verbreiteten Meinung entgegen zu wirken, als ob er grundsätzlich ein Widersacher Frankreichs und ein persönlicher Feind Ludwigs XV. sei.

Auch Hautefort gegenüber sprach die Kaiserin von ihren politischen Planen mit einer ziemlich weitgehenden Offenheit. Was Schlesien angehe, sagte ihm Maria Theresia, gebe man ihr Schuld, daß sie an nichts denke als an dieses Land. „Ich behaupte nicht", fügte sie hinzu, „daß ich dessen Verlust nicht bedaure. Ich sage auch nicht, daß wenn „der Lauf der Zeit günstige Umstände hiezu herbeiführen würde, ich „nicht an dessen Wiedererlangung dächte. Aber ich wiederhole es Ihnen, „für den gegenwärtigen Augenblick denke ich keineswegs daran."

Daß sie sich wenigstens für eine spätere Zeit mit dem Gedanken an die Wiedereroberung Schlesiens beschäftigte, war diesen Worten der Kaiserin ziemlich deutlich zu entnehmen. Nicht minder aufrichtig war sie gegen Hautefort, wenn sie ihm von der Aufnahme sprach, welcher ihre Absicht einer größeren Annäherung an Frankreich in diesem Lande begegnen werde. „Ich fürchte nicht die Denkungsweise des Königs", sagte sie ihm, „ich fürchte nur das, was ihm mittelbar oder unmittel- „bar die Leute eingeben werden, deren hauptsächlichstes Interesse darin „besteht, uns so weit als möglich von einander zu entfernen [399])."

Wenn auch die Kaiserin mit den letzteren Worten wohl zunächst auf den König von Preußen hindeutete, so wollte sie gewiß nicht weniger durchblicken lassen, daß es auch in Frankreich selbst einflußreiche Leute genug gebe, welche eine Annäherung zwischen den beiden Staaten, die sich durch so lange Zeit feindselig gegenüber gestanden hatten, zu vereiteln suchen würden. Und so verhielt es sich denn auch in der That. Wohl wird in hervorragenden Geschichtswerken die Behauptung aufgestellt, daß schon in dem Augenblicke, in welchem Kaunitz sich noch in Wien befand und wenigstens vor den Augen der Uneingeweihten seine Sendung nach Paris noch keineswegs als eine feststehende Sache galt, er alle Einleitungen zu directen Verhandlungen mit der allmächtigen Maitresse des Königs von Frankreich, der Marquise von Pompadour, getroffen hatte. Allein die geheimsten Aufzeichnungen der Wiener Archive enthalten hievon keine Spur. Und selbst wenn Kaunitz von einer gün-

stigen Stimmung der Marquise für den Wiener Hof und ihrer Abneigung gegen den König von Preußen unterrichtet gewesen wäre, so täuschte er sich doch darüber gewiß nicht, daß die Anschauungen der einflußreichsten französischen Staatsmänner einem künftigen Bündnisse mit Oesterreich wenigstens damals noch wenig geneigt waren, daß vielmehr ganz außerordentliche Hindernisse überwunden werden mußten, ehe man auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit hoffen durfte auf eine Verwirklichung jenes Planes.

Die ersten Berührungen wenigstens, welche zwischen dem österreichischen Geschäftsträger Mareschal und dem französischen Hofe stattfanden, waren nicht gerade ermuthigender Art, und himmelweit verschieden von dem Entgegenkommen, welches Blondel bei Maria Theresia gefunden hatte. Eine eigentliche Audienz bei dem Könige wurde Mareschal verweigert; bei seiner Vorstellung am Hofe sprachen weder der König noch die Königin oder sonst Jemand mit ihm auch nur ein Wort; ebenso wenig war ihm gestattet, ein solches an sie zu richten [400]. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Marquis von Puysieux, behandelte ihn kalt, und Mareschals Berichte sind erfüllt von Schilderungen der feindseligen Gesinnung, auf die er überall stoße. Man beabsichtige in Frankreich nichts, so schrieb er, um nur ein Beispiel zu erwähnen, einmal an Ulfeld, als dem Kaiserhofe jeden Einfluß auf die „Weltsachen" zu entziehen, seine Stellung gegen die anderen Staaten zu erschweren, ihn von allen Seiten zu beunruhigen, Mißtrauen wider ihn zu erwecken, und die Dinge fortan in einem solchen Stande zu erhalten, „daß man uns immer mit fremden Waffen bekriegen und „wie bisher Deutsche durch Deutsche schwächen und aufreiben könne [401]".

Auch die Instruction, welche die französische Regierung dem Marquis von Hautefort ertheilte, ist ein Beweis ihrer für Oesterreich nicht eben wohlwollenden Gesinnung. In entschiedenem Gegensatze zu ihr steht diejenige, welche Kaunitz vor seiner Abreise erhielt [402].

Da er, so heißt es darin, als Mitglied der geheimen Conferenz ihren Berathungen beigewohnt und an denselben so großen Antheil gehabt habe, müsse es als überflüßig erscheinen, ihm gegenüber manchen

Punkt zu berühren, der sonst in gesandtschaftlichen Instructionen besprochen werde. Nur dasjenige wolle man nicht mit Stillschweigen übergehen, was für ihn nöthig sei, um von der Kaiserin „eigentlicher Willens„meinung“ vollständig unterrichtet zu sein.

Vor Allem habe er sein Augenmerk darauf zu richten, in einer Weise, welche weder bei den Seemächten Anstoß erregen, noch Frankreich gegenüber als Zaghaftigkeit oder Demüthigung ausgelegt werden könnte, den französischen Hof immer mehr von der friedliebenden Gesinnung der Kaiserin und von ihrem aufrichtigen Verlangen zu überzeugen, zur Aufrechthaltung der Ruhe Europa's und zur Förderung des allgemeinen Wohlstandes in ein dauerndes und inniges Freundschaftsverhältniß mit Frankreich zu treten. So wenig als zu irgend etwas die Hand geboten werden dürfe, woraus die Seemächte Anlaß schöpfen könnten zu berechtigter Klage, so wenig dürfe man sich auch von ihnen zu einem Schritte verleiten lassen, der neuerdings zu einem Zerwürfnisse mit Frankreich zu führen vermöchte. Erst wenn diese Grundlage gegeben und die französische Regierung von der Aufrichtigkeit der Gesinnung des Wiener Hofes überzeugt worden sei, erst dann könne man nach und nach daran arbeiten, bei Frankreich den Verdacht gegen Preußen zu vermehren. Doch dürfe solches nur allmälig und bei passender Gelegenheit geschehen, um nicht durch übertriebenen Eifer mehr zu schaden als zu nützen.

Wie Kaunitz am besten wisse, sei der König von Preußen unablässig bemüht, Frankreich mit Mißtrauen gegen Oesterreich zu erfüllen, sich selbst aber dem Cabinete von Versailles unentbehrlich zu machen. Diesen Bestrebungen nachdrücklich entgegen zu wirken, sei die Hauptaufgabe des Repräsentanten des Kaiserhofes in Frankreich; über die Art aber, in welcher er zur Erreichung dieses Zieles thätig zu sein habe, werde er selbst erst an Ort und Stelle und nach eingehender Erforschung der obwaltenden Verhältnisse zu urtheilen vermögen.

So verschieden also die Instruction, welche der Wiener Hof dem Grafen Kaunitz ertheilte, auch von derjenigen war, die Hautefort erhielt, so sind sie doch beide gleichmäßig als Beweis dafür anzusehen, wie weit

entfernt man damals noch in Frankreich von jeder Annäherung an den Kaiserhof war. Daß trotzdem Ludwig XV. schon insgeheim durch die Marquise von Pompadour für Oesterreich gewonnen, und nur sein Ministerium noch in den früheren Anschauungen befangen gewesen sei, ist somit eine Behauptung, welche durch gar nichts bekräftigt, sondern vielmehr durch alle Zeugnisse, die wir über die damaligen Vorgänge besitzen, gründlich widerlegt wird.

Am meisten Gewicht unter diesen Zeugnissen verdienen ohne Zweifel die geheimen Berichte, welche Kaunitz seit seiner Abreise von Wien bis zu seiner Rückkehr dorthin durch die Vermittlung des Kabinetssecretärs Koch der Kaiserin erstattete [403]). Auch an den Kaiser, welcher bekanntlich der Annäherung an Frankreich weit weniger günstig gesinnt war als seine Gemalin, schrieb Kaunitz sehr häufig vertrauliche Briefe in französischer Sprache. In diesen Berichten, hauptsächlich aber in den Schreiben an Koch [404]) erzählt Kaunitz genau und ausführlich seine Erlebnisse am französischen Hofe und den Gang der Verhandlungen, mit denen er betraut war. Er schildert den zuvorkommenden Empfang, welchen der König und der Marquis von Puysieux ihm bereiteten. Ludwig XV. habe zu ihm, so sagt er, wie zu einem alten Bekannten und mit einer Vertraulichkeit gesprochen, über welche alle Welt sich verwunderte. In den Gesichtszügen des Königs und in seiner ganzen Haltung habe er, behauptet Kaunitz, große Aehnlichkeit mit dem Kaiser gefunden. Puysieux besitze, wie er ihn zuvor schon gekannt, eine edle Seele, ein vornehmes und doch zugleich sanftes Wesen, einen wahrheitsliebenden Charakter [405]). Auch der Marquise von Pompadour habe er sich genähert und ihr Aufmerksamkeiten erwiesen; er wisse daß dieß dem Könige angenehm, und daß die Marquise selbst ihm dafür dankbar gewesen sei [406]).

Wurden die persönlichen Beziehungen des Königs von Frankreich und seiner Minister zu Kaunitz, diesem eben so hochgestellten als hochbegabten Staatsmanne, gleich von Anfang an bei weitem bessere, als sie es zu dem sowohl seiner Stellung als seiner Befähigung nach wenig bedeutenden Geschäftsträger Mareschal gewesen waren, so blieb doch das politische Verhältniß zwischen Oesterreich und Frankreich noch lange Zeit dasselbe. Ja man kann nicht einmal behaupten, daß es Kaunitz persön-

lich gelungen wäre, auch nur allmälig Bahn zu brechen für die weit aussehenden Plane, auf deren Verwirklichung er ausging.

Wie schwer man in Frankreich von der alten Abneigung und dem alten Mißtrauen gegen Oesterreich sich losmachen konnte, zeigt am deutlichsten die Haltung des französischen Hofes in der Angelegenheit der Wahl des Erzherzogs Joseph zum römischen Könige. Es ist schon früher gesagt worden, daß neben dem preußischen zunächst der französische Einfluß es war, welcher den Bemühungen, diese Wahl zu Stande zu bringen, am mächtigsten und erfolgreichsten widerstrebte. Auch die Anstrengungen des Grafen Kaunitz, das Cabinet von Versailles in dieser Beziehung auf andere Gedanken zu bringen, blieben vollständig fruchtlos. Von großem Interesse ist es, den Betrachtungen nachzugehen, durch welche Kaunitz dieses Verfahren des französischen Hofes sich zu erklären sucht. Auch in diesem Punkte sich streng von Bartenstein und seiner Schule unterscheidend, welche ja noch heut zu Tage sowohl unter Staatsmännern als Geschichtschreibern fortlebt, sah Kaunitz nicht schon in jedem politischen Gegner einen verwerflichen Menschen, wider den man nur in Anklagen und Drohungen sich ergehen müsse. Er trachtete sich vielmehr an dessen Stelle zu versetzen, die Beweggründe seines Handelns zu erforschen, und wenn er sie vom Standpunkte des Gegners aus als begründet erkennen mußte, sah er in der Gegnerschaft allein noch kein ausreichendes Motiv zur Verurtheilung desselben.

So vorurtheilslos geht er denn auch bei der Erklärung des damaligen Verfahrens der französischen Regierung zu Werke. „Sie benimmt „sich," so schreibt er am 20. November 1750 an Koch, „nach ihren eigenen „Interessen und nach ihrem augenblicklichen System. Sie besitzt keine Ver„bündeten, die sie nicht bezahlen muß, außer dem König von Preußen. „Sie fühlt sich in ihrer ganzen Stärke und Größe; sie kann sich daher „weder ganz Europa noch ihren eigenen Geschöpfen und Verbündeten „gegenüber mit der Rolle desjenigen begnügen, mit Ausschluß dessen „man thut, was man will" [407]). In Frankreich hege man den stärksten Verdacht, schreibt Kaunitz ein andermal, daß Oesterreich und Rußland einig seien in dem Gedanken eines Angriffes auf den König von Preußen. Am ärgsten aber sei das Mißtrauen gegen England, und ihm werde

man niemals den Ruhm gönnen, allein ein so großes Werk wie die Wahl des Erzherzogs zu vollbringen. Darum werde man in Frankreich nie davon abgehen, den König von Preußen und den Kurfürsten von der Pfalz in ihrem Widerstreben gegen diese Wahl zu unterstützen. Nur die Gewinnung jener beiden Fürsten und die Zustandebringung eines gütlichen Einvernehmens mit Frankreich könnte hierin eine Aenderung herbeiführen [408]).

„Sie haben sehr Recht", sagt Kaunitz in einem anderen Briefe an Koch, „wenn Sie glauben, daß dieser Hof mit dem von Berlin Alles „vereinbart, was sich auf die Wahl des römischen Königs bezieht. Es „werden noch viele Veränderungen in dem allgemeinen System eintre„ten müssen, um mit der Hoffnung sich schmeicheln zu können, diese „Vereinigung zu brechen oder wenigstens zu vermindern" [409]). Er finde Puysieux, setzt Kaunitz hinzu, zwar verständig und gerecht, aber allzu geneigt, sich überreden und irrige Meinungen beibringen zu lassen. Er hoffe ihm nach und nach über die falschen Einflüsterungen des Königs von Preußen die Augen öffnen zu können; er werde jedoch nur vorsichtig und allmälig vorgehen, und er hoffe hiedurch größere Erfolge als mit den ewig wiederkehrenden Klagen und Vorwürfen zu erzielen. „Man fördert die Dinge nicht, indem man sie überstürzt." Man möge daher auch, fügt Kaunitz mit einem bedeutsamen Seitenblicke auf Ulfeld und Bartenstein hinzu, den übrigens Maria Theresia auch auf sich selbst beziehen konnte, in Wien ein gleiches Verfahren beobachten und sich nach und nach aller Ausbrüche des Unmuthes gegen den König von Preußen enthalten. Denn sonst werde man, statt die gewünschte Wirkung zu erzielen, nur das Bündniß zwischen ihm und Frankreich immer fester knüpfen, keineswegs aber, wie Oesterreichs Interesse so dringend es fordere, dasselbe nach und nach schwächen und lösen.

Auch in einem späteren Briefe an Koch, und zwar vom 11. December 1750, kommt Kaunitz auf das Bündniß zwischen Frankreich und Preußen zurück. Er finde dasselbe und das Einverständniß der beiden Regierungen über die meisten politischen Angelegenheiten, sagt er auch jetzt wieder, so natürlich und so sehr dem gegenwärtigen Stande der Dinge und Frankreichs Interesse entsprechend, daß er darüber keinen

Augenblick erstaunt sei. „Der König von Preußen," fährt Kaunitz fort, „ist Frankreichs Verbündeter und wir sind es nicht. Und welch ein „Verbündeter ist er noch überdieß? Ein solcher, ohne dessen Macht und „Ansehen Frankreich seine jetzige schöne Rolle in der Welt nicht spielen „würde. Es ist daher nur selbstverständlich, daß man hier für ihn mehr „Rücksicht und Zutrauen hat als für uns" [410]).

Was seine eigene Geschäftsführung in Frankreich betreffe, so rufe er sich, sagt Kaunitz in einem anderen Briefe an Koch, gar oft den Ausspruch Philipps II. in's Gedächtniß zurück, daß man zwar das Vollkommene anstreben, sich jedoch gleichzeitig auch mit dem Guten begnügen müsse [411]). Man sei am Hofe von Versailles im Ganzen nicht mehr so feindselig gegen Oesterreich gesinnt als zuvor, und der Wiener Hof würde vielleicht manche Beweise des Wohlwollens von französischer Seite erhalten, wenn man dort nicht in der steten Besorgniß sich befände, bei dem Könige von Preußen Anstoß zu erregen. Darum baue der letztere auch mit Zuversicht auf die Freundschaft Frankreichs, und Friedrich wisse gar wohl, wie schwer es falle, an Frankreichs gegenwärtigem, so tief eingewurzeltem politischen Systeme eine Aenderung durchzusetzen.

„Das hiesige Ministerium beobachtet," so heißt es in einem Briefe an Koch vom 18. Dezember 1750, „sein eigenes System; das scheint „mir ganz natürlich, und wir können nichts Besseres thun als das Gleiche. „Keine kleinlichen Eifersüchteleien, keine Starrsinnigkeit, und einen einzi„gen Zielpunkt, das Interesse unserer Monarchin. Dieser kleine Mann„heimer Hof scheint mir gefährlicher als jeder andere zu sein; er be„folgt den gleichen Grundsatz und seine Minister verstehen sich vollstän„dig unter einander. Der ganze Unterschied, welchen wir zwischen ihrem „und unserm Verfahren zulassen sollten, besteht darin, daß wir in Treue „und Glauben sowohl diesen als alle übrigen Höfe Europa's über„treffen müssen; das wird immer die beste Politik des Hauses Oester„reich sein [412])".

Wo solche Grundsätze nicht etwa in Depeschen, welche für die Oeffentlichkeit oder zur Mittheilung an fremde Regierungen bestimmt waren, sondern in vertraulichen Briefen ausgesprochen werden, die vor

Jedermann geheim bleiben, und nur dem Auge der Kaiserin selbst zugänglich werden sollten, da darf man wohl behaupten, daß man nicht von vorneherein darauf ausging, die Politik des eigenen Staates in verächtlichen Winkelzügen sich bewegen zu lassen, sondern daß man so viel als nur immer möglich an dem Gedanken festhielt, nicht unlautere Mittel zur Erreichung der Ziele zu gebrauchen, die man als ein Gebot des Staatswohles ansah.

Als einen peinlichen Zwischenfall empfand man es in Wien, daß derjenige, in dessen Hände die Ausführung jener Entwürfe zunächst gelegt war, daß Kaunitz schon zwei Monate nach seinem Eintreffen in Frankreich sehr bedenklich erkrankte. Mehr als drei Monate hindurch war er ganz außer Stande, die Geschäfte seines Amtes zu besorgen, und als er dieselben wieder aufzunehmen vermochte, da mußte er der Kaiserin anzeigen, daß die Stimmung der französischen Regierung gegen Oesterreich sich noch immer nicht gebessert habe. König Friedrich fahre fort, seine Feindseligkeit gegen die Kaiserin unverhüllter als je zur Schau zu tragen, Frankreich aber sei mit ihm nach wie vor auf's engste verbunden. Eine Trennung zwischen Beiden herbeiführen zu können, dazu sei für jetzt wenigstens auch nicht die leiseste Hoffnung vorhanden [413]). Der Kaiserin eigenem Entschlusse müsse es anheimgestellt werden, ob unter solchen Umständen von dem Plane, welcher vor zwei Jahren als Richtschnur des von nun an zu befolgenden politischen Systems angenommen wurde, abzugehen [414]), oder ob an demselben auch jetzt noch festzuhalten und an seiner Verwirklichung fortzuarbeiten sei.

Diesem Berichte fügte Kaunitz eine ausführliche Denkschrift bei, welche seinem eigenen Ausspruche nach als eine Art Fortsetzung seines vor zwei Jahren abgegebenen Gutachtens über die Politik, welche Oesterreich von nun an befolgen müsse, anzusehen war.

Der Grundgedanke der Betrachtungen des Grafen Kaunitz bestand in der Wahrnehmung, daß England und Frankreich trotz ihrer sonstigen Feindseligkeit doch darin übereinstimmen, daß sie gleichsam wetteifernd den König von Preußen in dem Besitze Schlesiens zu erhalten und zu befestigen suchen. Von Frankreich geschehe dieß, weil es in König

Friedrich seinen besten und mächtigsten, ja fast einzigen Alliirten erblicke. Und in England besitze er nicht nur schon an und für sich eine starke Partei, sondern gerade dasjenige, was den persönlichen Unwillen des Königs Georg gegen Preußen errege, sei einem großen Theile des englischen Volkes willkommen. Dort wolle man keinen König, der die im Lande gesammelten Schätze zu Gunsten fremder Besitzungen verwende, die letzteren bevorzuge und gar leicht seine Hausmacht dereinst zur Unterdrückung der Freiheiten Englands zu mißbrauchen vermöge. Wollte König Georg dieß jemals unternehmen, so könnte ihm wohl an Friedrich von Preußen der mächtigste Gegner erwachsen, von dem es nicht undenkbar wäre, daß er das Beispiel befolge, welches dereinst Wilhelm III. durch sein Verfahren gegen seinen Schwiegervater Jakob II. gegeben habe. Friedrich besitze ja ohnedieß durch seine Geburt und das von der Königin Anna verordnete Thronfolgegesetz ein Anrecht auf die englische Krone.

Hiezu komme noch, daß Preußen durch so lange Zeit ein treuer Verbündeter Englands gewesen sei. Wenn es sich im Erbfolgekriege auf die Seite Frankreichs gestellt habe, so sei dieß, und man wisse solches in England genau, keineswegs aus Abneigung gegen das Letztere, sondern nur darum geschehen, weil man nur in solcher Weise die neue Eroberung Schlesien sich zu sichern vermochte. Trage nun auch England Sorge für die Festhaltung dieses Besitzes, so werde ihm gerade daraus die Hoffnung erwachsen, Preußen nach und nach wieder auf seine Seite zu ziehen und es loszulösen von dem französischen Bündnisse.

So klar man nun auch in Frankreich diese Zielpunkte der Politik Englands erkenne, so tief sei man doch auch von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das Haus Oesterreich den Verlust Schlesiens nimmermehr verschmerzen, dessen Wiedererwerbung jederzeit anstreben, und sich daher mit Preußen niemals versöhnen werde. Wenn man in Oesterreich auf diesem Wege verharren wolle, so möge man bedenken, daß man Ursache genug habe, nicht vor Preußen allein, sondern auch noch vor zwei anderen gefährlichen Nachbarn, vor Frankreich und der Pforte gegründete Besorgnisse zu hegen. Jeden Augenblick könne die Letztere, insbesondere wenn der schon betagte, friedliebende Sultan sterben sollte,

zu ihrer früheren Befehdung Oesterreichs zurückkehren. Die Haltung Frankreichs aber müsse nach wie vor als eine drohende erscheinen. Unter solchen Verhältnissen würde man in Oesterreich sein eigenes Interesse verkennen, wenn man sich auf zwei Seiten der augenscheinlichsten Gefahr aussetzen wollte, um nach einer dritten Seite hin der leeren Hoffnung auf Wiedereroberung eines verlorenen Landes auch dann noch nachzujagen, wenn zur Verwirklichung eines solchen Planes gar keine Möglichkeit obzuwalten scheine. „Denn nicht nur die früheren Gegner und eifersüchti-„gen Nachbarn, sondern auch die eigenen Verbündeten ergreifen nun „gegen einen solchen Plan auf's eifrigste Partei, und nur in diesem ein-„zigen Punkte vereinigen sie ihre sonst sich überall bekämpfenden Bestre-„bungen zu gemeinschaftlichem Handeln".

„Was bleibt nun", fährt Kaunitz wörtlich fort, „bei solchen Um-„ständen für ein anderes vernünftiges Mittel zur Befestigung der eigenen „Sicherheit übrig, als endlich den Verlust Schlesiens gänzlich zu ver-„gessen, dem Könige von Preußen dießfalls alle Sorge zu benehmen, und „ihn auf diesem Wege dereinst in die Allianz Oesterreichs mit den See-„mächten zu ziehen?"

Um die Kaiserin leichter mit diesem Gedanken zu versöhnen, ruft ihr Kaunitz alle die Abtretungen in's Gedächtniß zurück, in welche das Haus Oesterreich sich schon gefügt habe. Seien Neapel und Sicilien aufgegeben worden, und habe man dem Könige von Sardinien so beträchtliche Gebiete zu Theil werden lassen, ja auf Frankreichs Bemühungen, die Kaiserin um Krone und Szepter zu bringen, vollständig vergessen und die frühere Feindschaft in wahre freundschaftliche Zuneigung verwandelt, so sei ja ein gleiches Verfahren auch gegen den König von Preußen oder dessen Nachfolger durchaus nicht unmöglich. Denn durch das Interesse des Staates und die eigene Sicherheit werde ein solch großmüthiger Entschluß unumgänglich erfordert. Und ein erster und öffentlicher Schritt zu vollständiger Aussöhnung mit Preußen sei ja schon dadurch geschehen, daß man die Garantie des Dresdner Friedens vom deutschen Reiche verlangte. Hiedurch habe man die überzeugendste Probe von der friedfertigen Gesinnung Oesterreichs gegeben.

Was endlich den König von Preußen betreffe, so liege ihm die Sicherstellung seiner schlesischen Erwerbung ohne Zweifel am meisten am Herzen. Durch welche Macht aber vermöge er vollständiger dieses Ziel zu erreichen, als gerade durch Oesterreich? Sei man nur einmal in Wien zu der Ueberzeugung gelangt, daß das eigene Interesse nichts dringender fordere, als Preußen über den Besitz Schlesiens ganz zu beruhigen, so würden auch die geeigneten Mittel hiezu nicht schwer zu finden sein. Wenn nur die Kaiserin den Verzicht auf Schlesien wiederhole, die erneuerte Gewährleistung des Besitzes dieser Provinz von Seite ihrer eigenen Verbündeten veranlasse, und auch im Uebrigen im Einvernehmen mit England ein politisches System annehme, welches demjenigen Frankreichs entgegengesetzt wäre, so fände Preußen hiebei seine vollständige Sicherheit, erhalte freie Hand an neue Eroberungen zu denken, und könne sich losmachen aus seiner beschwerlichen Abhängigkeit von Frankreich. Denn von dieser Macht habe es doch früher oder später dafür eine Wiedervergeltung zu besorgen, daß es sie während des letzten Krieges nicht weniger als dreimal im Stiche gelassen habe. Allerdings danke es König Friedrich seiner eigenen Klugheit und der Verblendung der Anderen, daß England und Frankreich bisher für ihn gleichzeitig arbeiteten. „Wer aber so viel Verstand besitzt wie er, der traut auf die „Länge solchen Kunstgriffen nicht und sucht solidere Maßregeln zu er„greifen, sobald sich nur hiezu die rechte Gelegenheit bietet“ [415]).

Man kann sich wohl denken, welch tiefen Eindruck diese Mittheilungen des Grafen Kaunitz, welche mit den, ehedem von ihm selbst gemachten Vorschlägen in so entschiedenem Widerspruche standen, in Wien hervorbringen mußten. Wenn sie denjenigen, die von Anfang an für das Festhalten an dem Bündnisse mit den Seemächten gestimmt waren, nur willkommen sein konnten, so mochten die Wenigen, die dem früheren Vorschlage des Grafen Kaunitz beigestimmt hatten, und unter ihnen die Kaiserin selbst, sich durch das Verschwinden der Aussicht auf die Verwirklichung jener Plane um so ärger enttäuscht fühlen. Denn wenn schon der Urheber derselben und ihr wärmster Vertheidiger an der Möglichkeit ihrer Durchführung verzweifelte, so konnte wohl nicht leicht Jemand fortfahren, noch an deren künftige Realisirung zu glauben.

Leider fehlt es an einem schriftlichen Zeugnisse über die Aufnahme, welche der Bericht des Grafen Kaunitz bei Maria Theresia fand. Nur das wissen wir aus einem späteren Briefe des Ersteren an Koch, daß die Kaiserin zwar von einem Bündnisse mit Preußen so weit entfernt war als je, daß sie jedoch demjenigen, welcher ihr gegenüber diesen Gedanken auszusprechen gewagt hatte, wegen seiner freimüthigen Kundgebung nicht zürnte. Sie ließ ihm vielmehr ein neues Zeichen ihres Vertrauens zu Theil werden, für welches ihr Kaunitz auf's lebhafteste dankte [416]). Und sie scheint sich von nun an noch ernstlicher als zuvor mit dem Gedanken beschäftigt zu haben, Kaunitz an Ulfelds Stelle mit der Leitung der auswärtigen Geschäfte zu betrauen [417]). Als aber die Nachricht einging, daß Kaunitz sich noch immer nicht recht zu erholen vermöge und vielleicht sogar eine neue Erkrankung zu besorgen sei, schrieb Maria Theresia auf ein Referat, welches ihr Bartenstein hierüber erstattete, die Worte: „Wann er wieder anfangt, so ist alles aus. Wird „das Ende wie bei armen Wegner sein, wo recht betrübt bin" [418]).

Kurze Zeit nach dem Augenblicke, in welchem Kaunitz selbst auf dem Punkte stand, den Plan einer Gewinnung Frankreichs zu dereinstiger Bekämpfung Preußens vollständig fallen zu lassen, ja ihn sogar in dessen Gegentheil, die Versöhnung mit Preußen zu etwaigem Widerstande gegen Frankreich zu verwandeln, findet sich gleichwohl wieder eine Andeutung, wie schwankend doch damals seine eigene Meinung über das von Oesterreich zu befolgende politische System gewesen sein muß. Er erklärt später selbst, daß er an eine wirkliche Verbindung Oesterreichs mit Preußen nicht gedacht habe, noch jemals an eine solche denken werde [419]). Und in einem anderen Briefe an Koch begegnen wir zum ersten Male der Hinweisung auf die Möglichkeit, sich vielleicht des Einflusses der Marquise von Pompadour zur Erreichung politischer Zwecke zu bedienen.

„Wenn sich", schreibt Kaunitz am 22. August 1751, „Frau von „Pompadour in die auswärtigen Angelegenheiten mischen würde, habe „ich Ursache zu vermuthen, daß sie uns keine schlechten Dienste erweisen „könnte. Sie hat viel Güte für mich und bezeigt mir einiges Vertrauen. „In Compiegne hatte ich durch den Haushalt, den ich daselbst führte,

„Gelegenheit, den hervorragendsten Hofleuten, welche zu ihren Freunden „und dem kleineren Kreise des Königs gehören, Artigkeiten zu erweisen. „Ich weiß, daß der König dieß gut aufnahm, und daß mehrere dieser „Herren sehr zu meinen Freunden gehören. Man hat mir sogar zu „verstehen gegeben, daß wenn es ausführbar wäre, einen Botschafter „in den kleineren Kreis des Königs zu ziehen, solches mit mir geschehen „würde; aber es ist dieß eben unmöglich. Kurz, ich weiß nicht wie es „zuging, aber es ist wahr, daß der König und Frau von Pompadour „und ihre ganze Umgebung viel Güte für mich haben. Alles dieß hat „freilich keinen Einfluß auf die eigentlichen Geschäfte, aber derartige „persönliche Zuneigungen verderben doch nichts, und können bei günsti- „ger Gelegenheit von bedeutenden Folgen sein" [420]).

Wenn etwa Kaunitz in diesen Worten eine leise Hoffnung aus- sprechen wollte, durch den Einfluß der Marquise von Pompadour für seine Plane doch noch Boden zu gewinnen am Hofe von Versailles, so war die Veränderung, welche damals im französischen Ministerium eintrat, kein günstiger Umstand hiefür. Zu Kaunitz' lebhaftem Bedauern verließ der ihm persönlich befreundete und von ihm hochgeschätzte Mar- quis von Puysieux aus Gesundheitsrücksichten seinen Posten und wurde auf demselben durch den Marquis Saint-Contest ersetzt.

Kaunitz schildert den Letzteren als wenig bedeutend, langsam, un- entschlossen, allen Einflusses bei dem Könige entbehrend und immer von der Besorgniß durchdrungen, seine eigene Stellung durch irgend einen Fehl- griff zu gefährden [421]). Und was die politischen Beziehungen Frankreichs zu Oesterreich betraf, so wich auch Saint-Contest nicht ab von den Pfaden, welche sein Vorgänger gewandelt war, indem er es zwar an allgemeinen Freundschaftsversicherungen für Oesterreich nicht fehlen ließ, aber doch zugleich die feindselige Haltung nicht änderte, welche in allen wichtigen Fragen Frankreich gegen den Wiener Hof bisher beobachtet hatte.

Es war ein bedeutsamer Gewinn für die Plane, welche Maria Theresia verfolgte, daß es ihr nach langer Verhandlung gelang, wenig- stens einen der bourbonischen Höfe, den von Madrid, auf ihre Seite, und den Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit demselben zu Stande zu bringen.

Der erste Anstoß hiezu ging insofern von Spanien aus, als Cardinal Portocarrero, Spaniens Minister in Rom, zuerst dem österreichischen Uditore di Rota Grafen Christoph Migazzi den Wunsch zu erkennen gab, es möge durch ein dauerndes Bündniß zwischen Oesterreich und Spanien den früheren Zwistigkeiten zwischen beiden Staaten ein für alle Mal ein Ende gemacht werden [422]).

In Wien konnte diese Mittheilung Migazzi's nur auf's Angenehmste berühren. Wenn es gelänge, so wurde auch bei diesem Anlasse wieder betont, zwischen den beiden mächtigsten Regentenhäusern Europa's, den Bourbonen und dem Hause Oesterreich dauernde Freundschaft zu erzielen, dann würde mit einem Male jenen kleineren Höfen das Handwerk gelegt, deren ganze Politik bisher darin bestanden habe, aus der Feindschaft zwischen den großen Staaten für sich selbst Nutzen zu ziehen. Denn jedesmal hätten sie sich von demjenigen Staate, dem sie gerade für den Augenblick sich zuwandten, für ihre Dienste gar theuer bezahlen lassen [423]).

Es ist selbstverständlich, daß diese Anklage vornehmlich gegen Sardinien sich richtete, wie denn der Hauptzweck einer engeren Verbindung zwischen Oesterreich und Spanien, ganz abgesehen von ihrer Rückwirkung auf Frankreich, in der Befestigung des Friedens in Italien und in der Sicherstellung Oesterreichs gegen jeden Angriff von dieser Seite lag.

Daß die von Portocarrero zuerst ausgesprochene Meinung auch diejenige der spanischen Regierung sein werde, glaubte man in Wien nicht bezweifeln zu dürfen. Denn auch der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Don Jose Carvajal huldigte der Ansicht, welche damals in so vielen europäischen Cabineten die vorherrschende war, der Staat bedürfe vor Allem des Friedens und der Erholung von den verderblichen Wirkungen des langjährigen Krieges, der so eben sein Ende erreicht hatte. Die aus Indien kommenden Schätze sollten endlich zum Besten des Landes, und nicht mehr zur Führung aufreibender Kriege verbraucht werden. Und obgleich der Mann, welcher damals mit Carvajal in die Regierung Spaniens sich theilte, der Minister des Krieges und der Finanzen, Marquis Ensenada, sonst mit Carvajal nicht einig

war, so pflichtete er doch wenigstens in dieser Beziehung dessen Anschauungen bei. Daher wurde denn auch Graf Nikolaus Esterhazy, welcher gegen Ende des Jahres 1750 zum bevollmächtigten Minister Oesterreichs am spanischen Hofe ernannt wurde [424]), sowohl von Carvajal als von Ensenada mit großer Zuvorkommenheit bewillkommt. Und auch die dritte Person, welche die beiden Minister an Einfluß wohl noch übertraf, der berühmte Sänger Farinelli legte aus eigenem Antriebe die größte Bereitwilligkeit an den Tag, zur Anknüpfung freundschaftlichster Beziehungen zwischen den beiden Regierungen thätig zu sein [425]). Da endlich die Königin Maria, welche eine fast unbeschränkte Macht ausübte über ihren Gemal, sowohl aus persönlicher Freundschaft für Maria Theresia, mit der sie als Tochter der Königin Marianne von Portugal, einer Tante der Kaiserin, ziemlich naher Blutsverwandtschaft sich rühmte, als aus richtiger Erkenntniß der gleichartigen Interessen beider Staaten einem Bündnisse mit Oesterreich günstig gesinnt war, schien die Zustandebringung desselben schon von vorneherein ziemlich gesichert [426]).

Ein mächtiges Bindemittel zur Eintracht zwischen beiden regierenden Familien lag auch noch in der Absicht, welche sowohl auf spanischer als auf österreichischer Seite gehegt wurde, eine Doppelheirat zwischen Prinzen und Prinzessinnen aus beiden Häusern zu stiften. Die Ehe des Königs von Spanien war zwar nicht mit Kindern gesegnet, wohl aber war dieß bei seinem Bruder, dem Könige Karl von Neapel der Fall, und dessen Botschafter in Wien, Fürst Camporeale trat zu Anfang des Jahres 1751 ganz ohne Vorbereitung plötzlich mit dem Antrage hervor, man möge seiner Zeit den Erzherzog Joseph mit der ältesten Tochter des Königs beider Sicilien, dessen ältesten Sohn aber mit einer Erzherzogin vermälen.

Allerdings wurde ihm erwiedert, daß man bei dem zarten Alter der Betheiligten nicht so lang im Voraus eine bindende Verpflichtung eingehen wolle. Aber gleichzeitig hatte man kein Hehl, daß man den Vorschlag willkommen heiße und dessen dereinstige Verwirklichung wünsche [427]). Vor der Hand beschränkte man sich darauf, dem Grafen Esterhazy den Entwurf eines Freundschaftsvertrages mit Spanien zu

übersenden. Derselbe war von einem Briefe der Kaiserin an die Königin von Spanien begleitet [428]), und Esterhazy erhielt den Auftrag, Beides der Letzteren zu überreichen. Er begab sich zu diesem Ende nach Aranjuez; nachdem aber die spanische Hofsitte dem Grafen Esterhazy jede Möglichkeit abschnitt, allein mit der Königin zu sprechen, bewog er Farinelli, ihm in dieser Beziehung als Vermittler zu dienen. Er selbst mußte sich begnügen, aus Zeichen, welche ihm die Königin bei der allgemeinen Audienz gab, so wie aus dem Berichte Farinelli's zu entnehmen, daß sie seine Botschaft wohl aufgenommen habe. Auch von Seite des Ministers Carvajal war hinsichtlich des Vertragsentwurfes das Gleiche der Fall [429]).

Der Tractat selbst, welcher von Wien aus in Antrag gebracht wurde, hatte seiner Natur nach ein Defensivvertrag zu sein. Beide Mächte sollten sich zur Aufrechthaltung des Friedens und zu gemeinschaftlichem Auftreten wider denjenigen verpflichten, der ihn zu brechen versuchte. Für den Fall eines bewaffneten Angriffes wider einen der beiden Staaten wurde eine Truppenhülfe von zwölftausend Mann, worunter viertausend Reiter beantragt. Endlich sollte dem gegenseitigen Handel, und darin bestand wohl die Hauptsache, welche insbesondere für Triest und die österreichischen Niederlande von Werth war, jede nur irgend mögliche Begünstigung zu Theil werden [430]).

Gegen die Grundsätze, welche durch den vorgeschlagenen Vertrag zur Geltung gebracht werden sollten, erhob die spanische Regierung keinerlei Bedenken. Wohl aber wurden solche in Bezug auf dessen Ausdehnung vorgebracht, indem man in Wien die Hülfeleistung Spaniens für den Fall eines feindlichen Angriffes überhaupt in Anspruch nehmen wollte, während Spanien sie nur auf einen Angriff auf die österreichischen Besitzungen in Italien, Toscana mit eingeschlossen, zu beschränken gedachte.

Nur allmälig und widerstrebend scheint man sich in Wien zur Nachgiebigkeit in Bezug auf diesen Punkt entschlossen zu haben. Allzugern hätte man sich wenigstens für den Fall eines Angriffes auf die deutsch österreichischen Erbländer von Seite des Königs von Preußen der spanischen Hülfe versichert. Aber man hielt in Madrid, und von

dem dortigen Standpunkte aus gewiß nur mit Recht, an dem Grundsatze fest, den man gleich ursprünglich zur Basis der ganzen Verhandlung gemacht hatte, daß zunächst die Aufrechthaltung des Friedens in Italien es sei, welche durch den neuen Vertrag gesichert werden sollte. Einer etwaigen Ruhestörung in Deutschland wollte man fern bleiben.

Ein anderer Zwischenfall bestand darin, daß auch der König von Sardinien Antheil zu nehmen wünschte an den Verhandlungen und an dem Vertrage. Da eine Sicherstellung nach dieser Seite hin dem Kaiserhofe gleichfalls nur willkommen sein konnte, so bot man in Wien hiezu bereitwillig die Hand. Aber hiedurch wurde der Fortgang der Verhandlungen ungemein verzögert, denn über die Bedingungen, unter denen der Beitritt Sardiniens stattfinden sollte, vermochte man sich nur schwer zu verständigen. Hiezu kam noch die Langsamkeit, mit der am Hofe zu Madrid alle Geschäfte besorgt wurden, und eine langdauernde Erkrankung des Grafen Esterhazy trug gleichfalls an dem Aufschube Schuld. Endlich scheint es fast, daß England, obwohl es erklärte, dem Vertrage nicht in den Weg treten, ja sogar Antheil an demselben nehmen zu wollen, ihm doch insgeheim entgegenwirkte. Denn es wollte ja niemals gern von Abmachungen hören, welche dem Handel der österreichischen Niederlande und der Stadt Triest zu Gute gekommen wären.

In dem Augenblicke endlich, in welchem Esterhazy, der wiederholt und dringend seine Abberufung verlangt hatte, durch den Grafen Migazzi ersetzt wurde, am 18. April 1752 erfolgte die Unterzeichnung des Vertrages. Doch geschah dieselbe vor der Hand nur durch Esterhazy und Carvajal; der sardinische Gesandte Marquis von San Marzano war noch nicht zum Abschlusse ermächtigt. Denn noch hatte man in Wien sich zur Erfüllung der Begehren nicht zu entschließen vermocht, welche von Seite des Turiner Hofes gestellt wurden. Außer einem Streite über die Gleichheit des Ranges, welche der König von Sardinien begehrte, während man sie in Wien nicht zugestehen zu sollen glaubte, meinte man auch dem Verlangen einer etwaigen Vertheidigung der Insel Sardinien nicht willfahren zu können, indem Oesterreich hiezu keine Seemacht besitze. Als endlich Maria Theresia sich auch hinsichtlich

dieser Punkte zur Nachgiebigkeit verstand, fand am 14. Juni 1752, und zwar für Oesterreich durch den Grafen Cristoph Migazzi, jetzt Erzbischof von Carthago und Coadjutor von Mecheln, die Unterzeichnung des Vertrages statt, welcher nach dem Orte, an dem dieß geschah, gewöhnlich der von Aranjuez genannt wird.

Oesterreich und Spanien garantirten sich durch denselben den Besitz ihrer eigenen Länder in Europa. Auch derjenige der Könige von Sardinien und Neapel, dann des Herzogs von Parma wurde garantirt; die Gewährleistung dieser drei letzteren Fürsten dem Wiener Hofe gegenüber erstreckte sich jedoch nur auf die österreichischen Länder in Italien. Nur im Falle eines Angriffes auf die letzteren war die im Tractate näher bezeichnete Truppenhülfe zu leisten. Doch konnte an Stelle derselben auch eine Geldentrichtung treten, welche für je tausend Mann Fußvolk monatlich achttausend Gulden, für je tausend Mann Reiter aber das Dreifache betrug. In Handelsangelegenheiten sollten die gegenseitigen Unterthanen den begünstigtsten Nationen gleichgestellt sein.

Man hatte sich in dem Augenblicke, in welchem man die ersten Schritte zu dem nun vollendeten Werke unternahm, in Wien ohne Zweifel mit der Hoffnung geschmeichelt, auf dem Umwege über Madrid in Paris einer günstigeren Stimmung für Oesterreich Eingang zu verschaffen. Die zunehmende Erkaltung zwischen den beiden bourbonischen Höfen vereitelte jedoch diese Erwartung. Aber auch hiedurch ließ Kaunitz sich nicht abhalten, fortwährend thätig zu sein zur Herbeiführung befriedigenderer Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich. Wie sehr er hiebei von Maria Theresia selbst unterstützt wurde, beweiset der Umstand, daß sie ihm hunderttausend Gulden anwies, um die Kosten eines feierlichen Einzuges in Paris zu bestreiten. Denn nachdem ein solcher auch von Seite des französischen Botschafters Hautefort in Wien stattgefunden hatte, legte der König, der sammt seinem vergnügungssüchtigen Hofe viel auf derlei Festlichkeiten hielt, Werth darauf, daß dieß auch durch Kaunitz geschehe. Am 17. September 1752, also fast zwei Jahre nach seinem Eintreffen in Paris und nur kurz vor seiner Abreise von dort vollzog Graf Kaunitz unter unerhörtem Zusammenströmen der schaulustigen Pariser seinen feierlichen Einzug.

Außer ihm nahmen noch die Grafen Starhemberg, Paar und Mercy in eigenen Staatscarrossen daran Theil. Er selbst erzählt, daß man von der Pracht und dem Geschmacke seiner Equipagen und des ganzen Aufzuges so entzückt gewesen sei, daß er nicht nur von Seite des Königs und des Hofes, sondern auch von der Pariser Bevölkerung mit Lob überschüttet wurde. Insbesondere habe die letztere während seines Vorüberfahrens die schmeichelhaftesten Dinge ihm zugerufen [431]).

Von größerer Bedeutung, wenn auch vor der Hand noch von geringem Erfolge waren die Schritte, mit welchen Kaunitz seine Annäherung an die Marquise von Pompadour zu einer mehr und mehr Raum gewinnenden zu gestalten sich bemühte. Zu wiederholten Malen besuchte er sie während des Sommers des Jahres 1752 in dem prächtigen Lustschlosse Bellevue, welches der König ihr geschenkt hatte. Doch zog er hieraus für jetzt wenigstens noch keinen größeren Nutzen, als daß er ihr in anscheinend vertraulichem Tone Dinge erzählte, von denen er wünschte, daß sie dem Könige mitgetheilt würden [432]). Denn er wußte wohl, daß die Marquise dem Letzteren Alles berichtete, was sie erfuhr, und er gab deßhalb seinem Gespräche mit ihr die Wendung, die ihm in solcher Beziehung die nützlichste zu sein schien. Aber von einem weitergehenden Einverständnisse mit der Pompadour, von Schritten derselben zur Verwirklichung der geheimen Plane des Grafen Kaunitz ist in dessen vertraulichen Berichten nicht die leiseste Andeutung zu finden.

Nur ein einziges Mal nimmt Kaunitz ihre Vermittlung bei dem Könige in Anspruch, um denselben zu einem Zugeständnisse zu vermögen, an welchem dem Kaiser persönlich gelegen war. Es handelte sich darum, der Prinzessin Charlotte, der Schwester des Kaisers, die von ihr sehnlich gewünschte Erlaubniß zu erwirken, mit dem ihrer hohen Geburt und ihrem Range entsprechenden äußeren Glanze in irgend einer Stadt ihres Heimatlandes Lothringen ihren Aufenthalt nehmen zu dürfen. Nachdem die Verwendung des Grafen Kaunitz bei Puysieux und Saint-Contest fruchtlos geblieben war, bat er die Marquise von Pompadour um ihre Fürsprache bei dem Könige. Bereitwillig gewährte sie ihm dieselbe, aber auch ihre Dazwischenkunft war ohne Erfolg. König

Ludwig erklärte zwar, der Rückkehr der Prinzessin nach Lothringen kein Hinderniß in den Weg legen zu wollen; irgend eine Prärogative aber, die auf ihre Abkunft aus souveränem Hause hindeute, könne er ihr nicht zugestehen. Er mochte wohl denken, daß hieran, wie es denn auch wirklich geschah, der Plan der Prinzessin am ehesten scheitern werde. Kaunitz aber meinte, der König sehe es nicht gern, daß die alte Anhänglichkeit der Lothringer an ihr früheres Herzogshaus, von welcher sich schon im Jahre 1744, bei der Annäherung des Herzogs Karl an ihr Land so unverkennbare Symptome gezeigt hatten, durch die Anwesenheit eines Mitgliedes dieses Hauses eine neue Belebung erfahre [433]).

Auf diese fruchtlos gebliebene Verwendung der Marquise von Pompadour zu Gunsten eines Anliegens des Grafen Kaunitz beschränken sich die Andeutungen, welche wir über die Beziehungen des Letzteren zu der Favorite des Königs besitzen. Eine weitergehende Verbindung zwischen Beiden fand bis zu dem Augenblicke der Abreise des Grafen Kaunitz von Paris am Neujahrstage 1753 in keiner Weise statt. Wenigstens ist weder in seinen amtlichen Berichten noch in seinen vertraulichen Briefen an den Kaiser oder an Koch auch nur mit einem Worte davon die Rede.

Dreizehntes Kapitel.

Kaunitz als Staatskanzler.

Schon an einer früheren Stelle ist der Beweis geführt worden, daß die so oft wiederholte Erzählung von der Art, in welcher Kaunitz die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten erhielt, nicht in der Wahrheit begründet sein kann. Längst sei Maria Theresia für seine Vorschläge gewonnen worden, so lautet jene Erzählung, habe sie jedoch vor ihrem Gemal und den Ministern sorgfältig verborgen gehalten. Als nun Kaunitz nach seiner Rückkehr aus Paris seinen Platz in der geheimen Conferenz wieder einnahm, habe unter dem Vorsitze der Kaiserin eine Berathung stattgefunden über etwaige Veränderungen des bisherigen politischen Systems. Einstimmig hätten die älteren Minister sich für das Festhalten an der Allianz mit England und gegen eine nähere Verbindung mit Frankreich erklärt. Als endlich an Kaunitz als den Jüngsten im Kreise die Reihe kam, seine Meinung zu sagen, habe er, der bisher der Verhandlung anscheinend keine Aufmerksamkeit geschenkt, zu höchster Ueberraschung der Uebrigen mit eben so viel Nachdruck als Beredsamkeit das entgegengesetzte System, den Anschluß an Frankreich vertheidigt. Drei Wochen später sei das Ministerium geändert und Kaunitz an Ulfelds Stelle zum Leiter der auswärtigen Politik ernannt worden [434]).

Wir wissen jetzt, daß seit länger als drei Jahren der Plan des Grafen Kaunitz weder dem Kaiser noch irgend einem Mitgliede der Conferenz ein Geheimniß geblieben war. Wenn gleich im Laufe der

Zeit nicht nur den Mitwissern dieses Planes, sondern fast auch seinem Urheber selbst die Lust, für dessen Verwirklichung noch fortan thätig zu sein, durch Frankreichs wenig zuvorkommende, ja nicht selten feindselige Haltung abhanden gekommen sein mochte, so konnte doch die Enthüllung, oder besser gesagt, die etwaige Wiederholung solcher Gedanken für keinen einzigen Theilnehmer an jener Versammlung eine Ueberraschung sein. Und hiezu kommt noch, daß die Aenderung im Ministerium nicht eine plötzlich hervortretende, sondern eine lang schon vorbereitete und den Hauptbetheiligten durchaus nicht unerwartete Sache war. Durch geraume Zeit schon hatte Maria Theresia sich mehr und mehr von Ulfelds geistiger Unzulänglichkeit für die ihm obliegenden Aufgaben überzeugt. Seine immer wiederkehrenden und immer ungestümer werdenden Bitten um Ersatz der Geldsummen, von denen er behauptete, daß er sie in Erfüllung seiner Amtspflichten von seinem eigenen Vermögen habe verausgaben müssen [435]), beraubten ihn des letzten Restes seines Ansehens bei der Kaiserin. Dennoch trachtete sie, jede Kränkung Ulfelds thunlichst zu vermeiden. Darum verzögerte der Umstand, daß lange Zeit hindurch kein Posten verfügbar wurde, mit welchem Ulfeld zufriedengestellt werden konnte, seine Entfernung von der Leitung der auswärtigen Geschäfte. Als aber im Dezember 1751 der greise Feldmarschall Graf Königsegg starb und durch diesen Todesfall das Ehrenamt eines Obersthofmeisters, dem Range nach das erste am Hofe, in Erledigung kam, da war wenigstens bei der Kaiserin selbst die Sache so gut als entschieden. Ulfeld sollte Obersthofmeister und Kaunitz an dessen Stelle Staatskanzler werden. Unverzüglich erging durch Koch's Vermittlung die entsprechende Verständigung an Kaunitz nach Paris.

Gewiß ist es von hohem Interesse, die Art und Weise in's Auge zu fassen, in welcher Kaunitz diese Mittheilung aufnahm. Nachdem er seiner Dankbarkeit für das Vertrauen der Kaiserin Worte geliehen, hob er hervor, daß er auch für die persönliche Ehre, mit dem wichtigsten und schwierigsten Posten der Monarchie betraut zu werden, so wie für die materiellen Vortheile einer solchen Stellung durchaus nicht unempfindlich sei. Auch die letzteren könnten ihm, dem Vater von sechs Kindern, dessen Privateinkommen kaum zwanzigtausend Gulden jährlich

betrage, keineswegs gleichgültig sein. Aber weder durch seine Eigenliebe noch durch sein Interesse sei er so sehr verblendet, um sich über sich selbst und die Leistungen zu täuschen, die er seinem Verstande wie seinem Körper zumuthen könne. Ihm mangle die Gabe, gleichzeitig viele und verschiedenartige Geschäfte zu übersehen und zu besorgen, so wie diejenige eines guten Gedächtnisses. Ein Staatskanzler hingegen müsse, um den fremden Ministern mit genauer Sachkenntniß antworten zu können, von allen wichtigen und unwichtigen Angelegenheiten, welche seinen Wirkungskreis berühren, gründlich unterrichtet sein. Außerdem besitze er eine tiefe Abneigung, über Gegenstände zu reden, mit denen er sich nicht vollständig vertraut zu machen vermochte. Endlich koste es ihn eine wahrhaft peinliche Anstrengung, das Nachdenken über Dinge von der höchsten Bedeutung durch die Beschäftigung mit geringfügigeren Angelegenheiten unterbrechen zu müssen. Alle diese und noch andere Fehler, in Verbindung gebracht mit der Schwäche seiner Gesundheit, ließen ihn nur allzuklar seine Unzulänglichkeit zu einem solchen Posten erkennen. Seine Gesundheit sei der Art angegriffen, daß er lange und angestrengte Arbeit gar nicht ertrage und nicht selten genöthigt sei, ihr für mehrere Tage ganz zu entsagen.

Da er sich nun, fuhr Kaunitz fort, nicht für geeignet ansehe, den Posten eines Staatskanzlers zu übernehmen, so fühle er sich verpflichtet, seine Gedanken über dasjenige kundzugeben, was seiner Ansicht nach geschehen solle, um eine bessere und zweckmäßigere Leitung der auswärtigen Geschäfte herbeizuführen. Hiezu scheine ihm eine Umgestaltung des Amtes, durch welches dieselben besorgt würden, der Staatskanzlei ganz unerläßlich. Wahrhaft erstaunlich sei es, daß durch so lange Jahre Bartenstein die ganze Last der Staatsgeschäfte allein zu tragen vermochte. „Niemand kann ihm mehr Gerechtigkeit wider„fahren lassen als ich; ich bewundere seinen Fleiß, seine Kenntnisse, seine „Regsamkeit, seinen Eifer, sein unglaubliches Gedächtniß, aber er ist „darum nicht weniger Mensch, und obwohl ich alle seine großen Eigen„schaften anerkenne, so halte ich ihn deßhalb doch nicht für unfehlbar, „hauptsächlich was seine Behandlungsweise der Geschäfte betrifft. „Außerdem ist er nicht mehr jung, und da er bisher keine Schüler

„herangezogen hat, wird er dieß wohl auch schwerlich in Zukunft thun." Hieraus folgert Kaunitz die Nothwendigkeit, die Staatskanzlei völlig umzugestalten, und er erbietet sich, dieß im Namen und Auftrag der Kaiserin zu thun. Für so lange sei er bereit, an die Spitze des Departements der auswärtigen Angelegenheiten, jedoch nur in der zuversichtlichen Erwartung zu treten, daß er, wenn die Sache einmal in Gang gebracht sei, einer Last entledigt werde, welche er auf die Länge nicht tragen könne [436]). Als den geeignetsten Zeitpunkt, in welchem alle diese Veränderungen in's Werk zu setzen wären, bezeichnete Kaunitz den October des kommenden Jahres 1752. Bis dahin könne er selbst den Plan der neuen Einrichtung der Staatskanzlei reiflich durchdenken, und von Seite der übrigen Conferenzminister möge das Gleiche geschehen.

Maria Theresia stimmte in Allem den Anschauungen des Grafen Kaunitz bei; nur in einem Punkte mag sie von denselben abgewichen sein, und zwar dort, wo es sich um eine bloß zeitweilige Uebernahme der Geschäftsleitung handelte. Aber sie dachte wohl, kommt Zeit kommt Rath, und sie fuhr fort, die Vorbereitungen zu der beabsichtigten Veränderung zu treffen. Genau so wie Kaunitz es gewünscht, kündigte sie im October 1752 Ulfeld ihren Entschluß an, ihn von dem Amte eines Staatskanzlers zu entheben und zu ihrem Obersthofmeister zu ernennen.

Die mürrischen, ja abstoßenden Manieren, über welche die fremden Gesandten so oft sich beklagten, trug Ulfeld jetzt auch seiner Monarchin gegenüber zur Schau. Nur widerwillig fügte er sich in ihre Befehle, und nur mit beträchtlichen Opfern erkaufte sich Maria Theresia seinen Gehorsam. Nach der Versicherung eines zu jener Zeit in Wien anwesenden englischen Diplomaten mußte ihm ein Jahresgehalt von 45.000 Gulden gewährt, ein Haus geschenkt, und endlich eine Schuldenlast von 160.000 Gulden abgenommen werden, welche er keineswegs im Dienste der Kaiserin, sondern durch übertriebenen Aufwand und hohes, aber unglückliches Spiel aufgehäuft hatte [437]). Maria Theresia gab jedoch, wie es scheint, mit vollen Händen, um seiner nur los zu werden.

Ungleich schwerer als die Trennung von Ulfeld wird es der Kaiserin gefallen sein, Bartenstein aus der Stellung zu entfernen, die

er nun durch ein Vierteljahrhundert eingenommen, und in welcher er sich, man mochte über seine Anschauungen denken wie man wollte, doch unleugbar große Verdienste erworben hatte. Es mag sein, daß er schon Karl VI. und dann auch Maria Theresia nicht selten Rathschläge ertheilte, welche in ihrer Ausführung sich keineswegs als glückliche bewährten. Aber das kann doch auch wieder nicht in Abrede gestellt werden, daß wenn er gleich von Irrthümern, von großen und folgenschweren Irrthümern nicht frei gewesen sein mag, dieselben nur durch eine falsche Auffassung der Weltlage und der Stellung, so wie der Aufgaben Oesterreichs herbeigeführt wurden, daß Bartenstein jedoch immer nach bestem Wissen und Gewissen zu Werke ging, daß er stets nur das Beste seiner kaiserlichen Herrin und ihres Reiches zu ergründen und zu fördern sich bemühte. Und für die rastlose, fast übermenschliche Thätigkeit, welche er entwickelte in unermüdlicher Erfüllung seiner Pflicht, dafür liefert die unglaubliche Menge und Ausdehnung der von ihm selbst verfaßten Staatsschriften wohl einen unwiderleglichen Beweis.

Daß Maria Theresia selbst voll Anerkennung war für Bartensteins Dienste, und ihn als einen derjenigen bezeichnete, welchen sie und ihr Haus zu immerwährendem Danke verpflichtet seien, ist schon an einer anderen Stelle gezeigt worden. Auch zu der Zeit, in welcher die Rückkehr des Grafen Kaunitz nahe bevorstand, begegnen wir Aeußerungen der Kaiserin, welche beweisen, wie sehr sie Bartenstein noch immer zugethan war. „Ich bin morgen den ganzen Morgen in der Stadt", schrieb sie ihm am 19. October, dem Vorabende des Todestages ihres Vaters, „und werde meine Andacht in der Gruft verrichten. Habe mir „zwar andere Leute bestellt, Euch aber wäre mir zu hart. Ich weiß „wie der Kaiser hochseligster Gedächtniß für Euch gedacht und Ihr noch „denkt, also kann ich Euch nicht indifferent wie Andere ansehen, und „verschiebt es bis über acht Tage".

Trotz dieses Gefühls der Anhänglichkeit und Dankbarkeit für Bartenstein sah doch Maria Theresia ein, daß an ein Verbleiben desselben in seiner bisherigen Stellung, wenn Kaunitz an die Spitze der Staatskanzlei träte, nicht gedacht werden könne. Nicht so sehr eine

grundsätzliche Meinungsverschiedenheit war daran Schuld, denn auch Bartenstein hatte ja schon lang mit dem Plane sich getragen, Oesterreich müsse sich um die Freundschaft Frankreichs bewerben, um mit dessen Beistand Schlesien wieder zu gewinnen. Auch sonst begegnen wir in den Berichten und Briefen des Grafen Kaunitz nicht selten Aeußerungen der Zustimmung zu den Anschauungen Bartensteins [438]). Aber darum war ihm doch die ganze Art seiner Geschäftsbehandlung, der hofmeisternde und ungestüme, nicht selten herrische Ton, den er in seinen Staatsschriften anschlug, die stete Wiederkehr der Vorwürfe und Anklagen, mit denen er auch befreundete Regierungen allzufreigebig bedachte, endlich die endlose Weitschweifigkeit seiner Arbeiten nicht weniger unerträglich. Die rechthaberische Weise, welche Bartenstein gegen Jedermann, ja manchmal gegen die Kaiserin selbst sich herausnahm, verletzte Kaunitz empfindlich. „Wenn Ihre kaiserliche Majestät", schrieb er noch während seines Aufenthaltes in Wien an Koch [439]), „Ihre Allerhöchste Entschließung „einmal ertheilt haben, so sollte sich ein Diener nicht unterfangen, „seine Privatmeinung noch behaupten zu wollen." Daß er sich selbst diesen Ton nicht gefallen lassen werde, daß daher mit seinem eigenen Eintritte in die Staatskanzlei Bartenstein aus derselben ausscheiden müsse, darüber war Kaunitz mit sich vollständig im Reinen.

Um also einerseits Kaunitz zu befriedigen und sich andererseits nicht undankbar gegen Bartenstein zu erweisen, setzte Maria Theresia sich mit gewohnter Großherzigkeit über all die Vorurtheile des Ranges und der Geburt hinweg, denen zufolge die Stellen von Conferenzministern nur Mitgliedern der vornehmsten Adelsfamilien zu Theil werden sollten. Schon bei der ersten Mittheilung, welche über die beabsichtigten Veränderungen an Kaunitz erging, wurde er von dem Plane der Kaiserin unterrichtet, Bartenstein zum Conferenzminister zu ernennen. Lebhaft stimmte Kaunitz diesem Gedanken bei, den er einen sehr glücklichen nannte. In solcher Weise würden die reichen Erfahrungen, welche Bartenstein während eines langen Geschäftslebens gesammelt, nicht mit einem Male nutzlos gemacht, und Bartensteins Rathschläge ohne Zweifel ersprießlicher sein, als die durch ihn geschehende Ausführung der gefaßten Beschlüsse es bisher gewesen. Endlich könnte man sich seiner noch immer zur Ver-

fertigung von Denkschriften über bestimmte Fragen bedienen, und so noch fortan aus ihm den größtmöglichen Nutzen ziehen [440]).

Es blieb bei dieser Verabredung; in dem Augenblicke jedoch, als es zu ihrer Verwirklichung kam, fand man an Bartenstein selbst ein unerwartetes Hinderniß. Dringend bat er die Kaiserin, den Gedanken, ihn zum Conferenzminister zu ernennen, nicht zur That werden zu lassen.

Leider besitzen wir die beiden Denkschriften nicht, welche Bartenstein hierüber an die Kaiserin richtete. Nur aus einem Briefe des Grafen Kaunitz an Koch [441]) wissen wir von ihrer Existenz. Er sei nicht erstaunt darüber, schreibt Kaunitz, daß Bartenstein nichts davon hören wolle, Conferenzminister zu werden. „Er war es ja in Wahrheit „schon jetzt," fährt Kaunitz fort, „und noch überdieß mit dem Einflusse „und den Hülfsmitteln, welche die ausschließliche Führung der Feder „natürlicher Weise gewährt. Denn im Grunde machte er Alles allein „und ungefähr so wie er es wollte. Mit einem Worte, er stand bisher „an der Spitze eines Departements, und würde im Vergleiche damit „gar nichts mehr sein, wenn er nichts anderes als Conferenz„minister wäre."

Es war eine Entscheidung darüber noch nicht getroffen oder wenigstens noch nicht verlautbart, als endlich Kaunitz, von Maria Theresia mit Ungeduld erwartet, im April 1753 nach Wien kam. Seit sechs Monaten war die Nachricht, er werde die Leitung der Staatskanzlei übernehmen, überall verbreitet, es war also kein Wunder, daß Jedermann seiner Ankunft mit Spannung entgegensah. Am höchsten mochte dieselbe wohl bei Bartenstein gediehen sein, der sich, wie es scheint, noch immer nicht mit dem Gedanken hatte befreunden können, aus der Staatskanzlei und von der Ausarbeitung aller Schriften entfernt zu werden, welche auf die auswärtigen Angelegenheiten sich bezogen. Darum zwang sich der sonst so stolze und hochfahrende Mann jetzt Kaunitz gegenüber zu entgegenkommenden Schritten; alle seine Insinuationen wurden jedoch mit kühler Höflichkeit abgelehnt. Bartenstein erhielt die Stelle eines Vicekanzlers bei dem Directorium und wurde zum geheimen Rathe ernannt. In den auswärtigen Angelegen-

heiten führte er nicht mehr die Feder, ja er wurde in denselben, wie es scheint, nur sehr selten mehr zu Rathe gezogen [442]).

Wenn es wahr wäre, daß Kaunitz in einer fast gewaltsamen Weise die Entfernung Ulfelds und Bartensteins aus den Geschäften herbeigeführt und in einer stürmischen Sitzung der Staatsconferenz, aus welcher der Kaiser selbst sich unmuthig entfernte, die Aenderung der bisherigen österreichischen Politik durchgesetzt habe, so müßten wenigstens leise Andeutungen darüber den fremdländischen Agenten in Wien, welche überall ihre Späher unterhielten, zugekommen sein. War doch schon im Jahre 1749, selbst ehe die Conferenzminister ihre Gutachten über die künftighin zu befolgende Politik ausgearbeitet hatten, der Gedanke der Kaiserin, sich gelegentlich Schlesiens wieder zu bemächtigen, nach Berlin berichtet worden. Hatte doch kurze Zeit nachher der englische Gesandte Keith seiner Regierung geschrieben, Bartenstein beabsichtige zu diesem Ende um die Freundschaft und den Beistand Frankreichs zu werben. Und jetzt sollte gar nichts darüber in die Oeffentlichkeit dringen, ja gerade das Gegentheil der eigentlichen Wahrheit von aller Welt geglaubt werden? In welch hohem Maße dieß Letztere der Fall war, zeigt jedoch am besten der umfassende und hier schon mehrmals benützte Bericht, welchen der englische Gesandte in Dresden, Sir Charles Hanbury Williams, dem Herzoge von Newcastle über die specielle Mission erstattete, welche ihn im Frühsommer 1753 von Dresden nach Wien führte. Hauptsächlich um die Wahl des Erzherzogs Joseph zum römischen Könige so wie um die Angelegenheiten der niederländischen Barriere handelte es sich dabei, und mit dem Grafen Kaunitz als dem neu ernannten Leiter der österreichischen Politik hatte Williams am häufigsten und eingehendsten in Berührung zu treten.

„Kaunitz ist ohne Zweifel diejenige Persönlichkeit," sagt Williams von ihm, „welche in Wien am meisten Ansehen und Vertrauen genießt. „Der Gnade und Gunst des Kaisers wie der Kaiserin erfreut er sich „in gleich ausgedehntem Maße. Und wirklich kann ich sagen, daß all „das Gute, das ich von ihm gehört habe, wahr, all das Böse aber, „das man von ihm erzählt, falsch ist. Er besitzt nicht allein natürliche „Gaben ersten Ranges, sondern sie sind auch in hohem Grade ausge-

„bildet. In seiner Jugend lernte er viel und mit großem Fleiße; seit „jener Zeit wurde er fortwährend in den verschiedenartigsten Angelegen„heiten verwendet. Er spricht gut und mit großer Präcision des Aus„druckes, so gut, daß ich ihn in Verdacht habe, er liebe es sich selbst „sprechen zu hören. Seine Phrasen sind etwas allzu gesucht und studirt, „aber die Mannigfaltigkeit der Geschäfte, in welche er jetzt gestürzt „worden, wird ihn bald heilen von diesem Fehler. Jedermann sagt von „ihm, daß er ein ehrlicher Mann sei und die Interessen seiner Kaiserin „wahrhaft im Herzen trage. Er wünscht das Haus Oesterreich jene „Rolle spielen zu sehen, welche ihm zukommt, und in vielen Dingen zeigt „er richtige und edelgedachte Anschauungen und Absichten, um dieses „große Ziel zu erreichen."

„Kaunitz hat auch noch einen anderen Vortheil," fährt Williams fort, „welchen Niemand außer ihm besitzt. Derselbe besteht darin, daß „die Kaiserin durchaus keine Besorgniß hegt vor seinen Talenten [413]). „Sie sieht ihn als einen Mann an, der unter ihren eigenen Augen, „unter ihrer Anleitung zu den Geschäften herangezogen worden. Sie „denkt daß sie selbst ihn dazu ausgebildet habe, und fühlt daher keine „Eifersucht gegen das Werk ihrer eigenen Hände, noch Verdacht wider „denjenigen, den sie für ihr Geschöpf hält. Andererseits erklärt Kaunitz, „daß er nur aus Grundsatz und aus Anhänglichkeit, nicht aber aus „Habsucht oder aus Ehrgeiz diene, daß er in dem gegenwärtigen Augen„blicke sich gleichmäßig der Gunst beider Majestäten erfreue, und daß „so lang dies andauert, er ihnen dienen werde mit Eifer und Treue. „So bald er jedoch eine Verminderung dieses Vertrauens und dieser „Gunst gewahr werden sollte, werde er seine Entlassung verlangen und „sich nach Rietberg zurückziehen."

Was die politischen Angelegenheiten betreffe, habe er Kaunitz voll tiefer Kenntniß und richtiger Beurtheilung derselben gefunden. „Er ist „nun überzeugt," sagt Williams wörtlich, „obgleich er es in dem Augen„blicke seiner Absendung nach Paris durchaus nicht war, daß das Haus „Oesterreich weder Freundschaft noch Hülfeleistung von dem Hofe von „Versailles zu gewärtigen habe, daß eine gesunde Politik die Kaiserin „veranlassen müsse, gegen die ehrgeizigen Absichten jener Krone stets auf

„ihrer Hut zu sein, und daß es daher für Ihre Majestät als ein Gebot „der Nothwendigkeit erscheine, das Band der Freundschaft mit ihren „alten und natürlichen Verbündeten immer fester zu knüpfen."

Es ist selbstverständlich, daß Williams entzückt war über solche Anschauungen, welche ihm Kaunitz oft wiederholte und von denen der österreichische Minister sich ihm gegenüber auf's tiefste durchdrungen zeigte [441]). Und Williams selbst zweifelt nicht im entferntesten, daß Kaunitz keinen anderen Gedanken hege, als sich vor Frankreich mißtrauisch zu hüten, mit England aber die vertraulichsten Beziehungen einer unerschütterlichen Allianz wieder herzustellen.

Es mag wohl sein, daß Kaunitz die politische Lehre, die Sprache sei dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen, schon ein halbes Jahrhundert ehe sie ausgesprochen worden, thatsächlich geübt habe. Aber daran wird wohl auch nicht zu zweifeln sein, daß mit dem Eintritte des Grafen Kaunitz in das Ministerium durchaus kein so rascher und vollständiger Umschwung der österreichischen Politik eintrat, als man bisher geglaubt hat. Seiner Berufung nach Wien lagen in ungleich höherem Maße persönliche als sachliche Motive zu Grunde, und in der Haltung so wie in den Bestrebungen des Kaiserhofes trat wenigstens vor der Hand noch gar keine irgendwie bemerkbare Veränderung ein. Die äußerste Vorsicht wurde von Kaunitz beobachtet, nur langsam und gleichsam tastend versuchte er allmälig die ersten Schritte zur Einschlagung anderer Bahnen zu thun, als diejenigen waren, in welchen die Politik des Hauses Oesterreich sich durch so lange Zeit bewegt hatte.

Wer sich von der Richtigkeit des hier Gesagten vollständig überzeugen will, darf nur einen Blick auf die Art werfen, in welcher seit der Abreise des Grafen Kaunitz die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich fortgeführt wurden. Gewöhnlich heißt es, daß Graf Starhemberg, von Kaunitz selbst durch längere Zeit in Paris in den Geschäften unterwiesen, ihn auf dem dortigen Posten ersetzt habe. Das ist wohl im Wesentlichen richtig, aber man vergißt, daß Starhemberg in dem Augenblicke der Abreise des Grafen Kaunitz nicht in Paris war,

daß damals der unbedeutende und in Frankreich wenig beliebte Mareschal neuerdings die Besorgung der Geschäfte übernahm und denselben ein ganzes Jahr hindurch vorstand, indem Starhemberg erst im Jänner 1754 zu Paris sich einfand. Mareschal aber begab sich nach der Schweiz, wo er zum kaiserlichen Residenten ernannt wurde.

In der That ist denn auch die Correspondenz, welche im Laufe des Jahres 1753 zwischen dem Wiener Hofe und Mareschal geführt wurde, so nichtssagend als möglich. Von wichtigeren politischen Fragen ist darin eben so wenig als von Hindeutungen auf bessere Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich die Rede. Und nur ein einziges Mal begegnen wir in einem Privatbriefe des Grafen Kaunitz an Mareschal dem Auftrage, die Marquise von Pompadour seiner unverbrüchlichen Anhänglichkeit zu versichern [445]).

Es ist daher eine durchaus grundlose Behauptung, daß damals zwischen Kaunitz und der Marquise von Pompadour unmittelbare Verhandlungen gepflogen worden seien, welche sich zu den in den französischen Staatsschriften niedergelegten Anschauungen in entschiedenem Gegensatze befunden hätten.

Die letzteren waren in der That nicht von der Art, um ermuthigend einzuwirken auf die Verfolgung des Planes, welchen Kaunitz erdacht hatte. Um sich dieß klar zu verdeutlichen, braucht man nur einen Blick in die Instruction zu werfen, welche der neu ernannte französische Gesandte in Wien, Marquis von Aubeterre mit auf den Weg bekam.

„Es ist nur allzusehr zu besorgen", so heißt es wörtlich darin, „daß Ihre kaiserlichen Majestäten festhalten an den ehrgeizigen Ab- „sichten des Hauses Oesterreich, und daß sie nur darnach trachten, sich „der gegenwärtigen Umstände zu bedienen, um neue Unternehmungen „in's Werk zu setzen. Der kaiserliche Hof, innig verbunden mit dem- „jenigen Englands, sieht nur mit Schmerz die Größe des Königs von „Preußen. Diese beiden Höfe können es nicht ertragen, daß jener Fürst „das einzige Hinderniß ihres Planes ist, sich zu unbeschränkten Herren „von Deutschland zu machen, und je nach ihrem Gefallen dem ganzen

Reiche Gesetze aufzuerlegen. Dieselben Höfe, welche immer im Einverständnisse handeln, sind unablässig damit beschäftigt, Vorwände zu erfinden, um den König von Preußen anzugreifen, und sie bieten sich gegenseitig die Hand, um ihrem Verfahren einen Anschein von Recht, ihren Behauptungen einen solchen von Wahrscheinlichkeit zu verleihen [446]).

Jedoch nicht dasjenige, was von Paris aus dem damaligen Botschafter Frankreichs in Wien vorgezeichnet wurde, sondern das ist für uns von entscheidender Wichtigkeit, was der Kaiserhof seinem neu ernannten Repräsentanten in Frankreich als Verhaltungsbefehle mit auf den Weg gab. Vom 28. October 1753 ist die Instruction für Starhemberg datirt, und sie stammt aus der Feder des Hofrathes Friedrich von Binder, des Nachfolgers Bartensteins in dem Amte eines Staatsreferendars. Da Binder der vertrauteste Freund und Rathgeber des Grafen Kaunitz war, und Starhemberg noch insbesondere aufgetragen wurde, die Instruction in eigener Verwahrung zu halten und Niemand auch nur ein Wort davon mitzutheilen, so ist nicht anzunehmen, daß Starhemberg neben derselben auch noch mit anderen Weisungen versehen worden sein könnte.

Die Instruction beginnt mit einer langen und sehr in's Detail gehenden Darstellung des feindseligen Verfahrens, welches das Cabinet von Versailles seit dem Abschlusse des Aachner Friedens gegen den Wiener Hof beobachtet habe. In allen Angelegenheiten von nur einiger Wichtigkeit, am meisten aber in derjenigen der Wahl des Erzherzogs Joseph zum römischen Könige sei dieß gleichmäßig zu Tage getreten. So weit sei es gekommen, daß sowohl gegen den Geschäftsträger Blondel, als den Botschafter Marquis von Hautefort schwere Beschuldigungen erhoben worden seien, als ob sie sich durch die Freundschaftsversicherungen des Kaiserhofes allzusehr hätten gewinnen lassen. Ja was den Ersteren, Blondel, anging, so sei die Verfolgungssucht wider ihn so weit gegangen, daß man einen Augenblick geglaubt habe, er werde nach seiner Rückkehr nach Frankreich in die Bastille geworfen werden. Und obgleich solches nicht geschah, auch ohne allzu großes Aufsehen unmöglich geschehen konnte, so werde er doch jetzt in den

Geschäften gar nicht mehr gebraucht, sondern von denselben entfernt gehalten. Bei solchen Vorgängen könne man leicht ermessen, was man von dem neuen französischen Gesandten Marquis d'Aubeterre, und zwar um so mehr sich versprechen dürfe, als in der letzteren Zeit sich Manches ereignete, wodurch die Mißgunst des Hofes von Versailles noch wesentlich vermehrt worden sei.

Der von dem Kaiserhofe mit dem Herzoge von Modena abgeschlossene Erbfolgevertrag und die geheime Absicht des Königs von Frankreich, dem Prinzen Conti die polnische Königskrone zu verschaffen, werden hiebei in erster Linie genannt. Durch Verabfolgung beträchtlicher Geldsummen an die Potocki'sche Partei habe Frankreich dieselbe für jenen Plan gewonnen; durch eine Allianz mit der Pforte und die Hülfe des Königs von Preußen gedenke es ihn vollends zu verwirklichen. Freilich bemühe sich der König von Preußen vor Allem, durch Frankreich die Pforte zum Kriege gegen Oesterreich zu reizen. Allein Frankreich traue dem Könige von Preußen doch nicht so weit, um ihm jetzt schon die wahre Absicht in Bezug auf den Prinzen Conti zu eröffnen und dadurch vor der Zeit das Heft aus den Händen zu geben. Es beschränke sich daher für jetzt darauf, dem Berliner Hofe zu Gemüthe zu führen, wie sehr es seinem eigenen Interesse zuwider sei, die polnische Wahlfreiheit durch die russische Uebermacht fast gänzlich vernichten und künftighin nur einen solchen Candidaten zur polnischen Krone gelangen zu lassen, welcher von Rußlands Führung vollständig abhänge und daher für Preußen ein sehr unbequemer Nachbar werden könne.

Eine ähnliche Sprache wie in Berlin werde auch von dem französischen Botschafter Desalleurs in Constantinopel geführt. „Wenn „die Türken," so heißt es wörtlich in Starhembergs Instruction, „ihre „Herrschbegierde und Vergrößerungssucht so weit treiben würden als „einige christliche Höfe, so wäre die der ganzen Christenheit und insbesondere Unserem Erzhaus so gefährliche französische Bemühung schon „zu ihrer völligen Reife gelangt. Allein der jetztregierende bejahrte „Sultan liebt die Erhaltung des Friedens, wie auch Treue und „Glauben allzusehr, als daß er sich wirklich in derlei weit aussehende „Projecte hätte einflechten lassen." Bisher habe Frankreich in Con-

stantinopel trotz aller Ueberredungs- und Bestechungskünste noch nichts erreicht. Gleichwohl könne dieß jeden Tag, und insbesondere dann geschehen, wenn daselbst etwa ein Regierungswechsel eintrete.

Begreiflich sei es, daß durch diese Vorgänge Rußland beunruhigt und zu dem Entschlusse vermocht worden sei, eine Armee von sechzigtausend Mann an seiner liefländischen Grenze zusammen zu ziehen. Von Seite Frankreichs wurde diese Truppenbewegung am englischen Hofe zur Sprache gebracht. Und als der Herzog von Newcastle auf die Anfrage des französischen Botschafters, des Herzogs von Mirepoix erwiederte, man könne einem Staate wohl unmöglich verwehren, innerhalb seiner Grenzen eine Ansammlung von Streitkräften vorzunehmen, da gab Mirepoix dieß bereitwillig zu. Nur werde man dann auch, fügte er bei, es seinem Könige nicht verdenken können, wenn er seine Armee an der Grenze gegen die österreichischen Niederlande zusammenziehe.

Dieß ist in ihren Hauptzügen die Schilderung, welche der Kaiserhof dem Grafen Starhemberg von den damaligen Beziehungen Oesterreichs zu Frankreich entwarf. Uebergehend auf das Verhalten, welches derselbe auf seinem neuen Posten zu beobachten habe, wurde ihm vor Allem erklärt, das vorzüglichste und sorgfältigste Augenmerk des Wiener Hofes sei darauf gerichtet, mit sämmtlichen Mächten in gutem Einvernehmen zu leben, den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten und nicht nur selbst jeden Anlaß zu dessen Störung zu vermeiden, sondern sich eifrig zu bemühen, daß dieß auch nicht von Seite Anderer geschehe. Oesterreich werde sich daher in keine Verbindungen einlassen, welche auf Offensivmaßregeln und Verletzung irgend eines anderen Staates hinausliefen, sondern es werde nur auf seine eigene Erhaltung und Sicherheit bedacht sein.

„Diese friedfertige Gesinnung," heißt es weiter, „erstreckt sich „sogar auf den französischen und den preußischen Hof, ungeachtet uns „ihre widrigen und mit der Beobachtung der Treue und des Glaubens „nicht zu vereinbarenden geheimen Absichten und Unterbauungen durch„aus nicht verborgen sind, und ungeachtet bei den meisten Höfen das „unbegründete Vorurtheil obwaltet, als ob wir die Staatsangelegen-

„heiten so zu führen beflissen seien, daß wir in einen baldigen Krieg „mit dem König in Preußen gerathen und neue Gelegenheit finden „möchten, die verlorenen schlesischen Lande wieder unter unsere Bot- „mäßigkeit zu bringen. Wir sind gewohnt, und unsere christliche Ge- „sinnung erfordert es, das Versprochene heilig zu erfüllen und unser „Gewissen vor Veranlassung eines Krieges und häufiger Vergießung „von Menschenblut rein zu erhalten. Wir verabscheuen alle politischen „Maßregeln, welche nur auf Ungerechtigkeit, Eigennutz und Ver- „größerungssucht gebaut sind. So lang also der genannte König seinen „Verbindlichkeiten genügt und nicht selbst ein neues Kriegsfeuer anbläst, „hat er so wenig als jede andere Macht etwas Feindliches von uns „zu besorgen."

Wir wissen wohl, daß die Kaiserin nicht jederzeit so entfernt war von der Herbeiführung eines Angriffskrieges gegen Preußen, als es hier mit ziemlich emphatischen Worten versichert wird. Die letzteren haben daher nur darum besonderes Interesse für uns, weil aus ihnen mit ziemlicher Bestimmtheit hervorgeht, daß jetzt am Kaiserhofe, wohl zunächst in Folge der feindseligen Haltung Frankreichs, welche eine Mitwirkung dieser Macht zur Wiedereroberung Schlesiens vor der Hand ganz undenkbar erscheinen ließ, jeder Gedanke hieran für den Augenblick wenigstens in den Hintergrund getreten war.

Solches bestätigt denn auch die Richtschnur, welche dem Grafen Starhemberg für sein Verhalten am Hofe von Versailles vorgezeichnet wurde. Trotz der unverkennbaren Abneigung gegen Oesterreich, von welcher die ganze Politik Frankreichs erfüllt sei, müsse man es doch vermeiden, zu einer Steigerung dieser Mißstimmung noch beizutragen. Darum habe Starhemberg darnach zu trachten, sich bei dem Könige von Frankreich und dessen Ministerium beliebt zu machen und ihr Vertrauen zu erwerben, ohne jedoch in diesem Bestreben jemals zu weit zu gehen und sich irgend eine Demüthigung gefallen zu lassen. „Die „Liebe zur Wahrheit und Redlichkeit, ein gleichförmiges Betragen, die „Billigkeit und die Entfernung von allen Chicanen, nebst der Ver- „schwiegenheit, Mäßigung und Vorsicht sind allein die richtigen Mittel, „um zu diesem Ziele zu gelangen."

Was die Beziehungen Frankreichs zu Preußen betreffe, so seien sie so sehr auf gegenseitiges engstes Einvernehmen gegründet, daß es eher eine widrige als eine günstige Wirkung hervorbringen müßte, wenn man die früher gegen den König von Preußen erhobenen Beschwerden erneuern und Haß oder Abneigung wider ihn zur Schau tragen wollte. Starhemberg möge sich daher, wenn der Anlaß hiezu von selbst sich ereigne, auf allgemeine Ausdrücke beschränken, von dem Könige als solchem gar nicht reden und sich begnügen, nur ganz obenhin sein Betragen während des verflossenen Krieges mit dem Bemerken in Erinnerung zu bringen, daß man sich dereinst in Frankreich wohl noch überzeugen werde, in wie fern die eine oder die andere Macht vorzugsweise Frankreichs Vertrauen verdient habe [447]).

Die Anführung dieser Worte wird genügen, um keinen Zweifel übrig zu lassen, daß damals die Verbindung zwischen Preußen und Frankreich auf's engste geknüpft schien. Durch einen Handelsvertrag, welcher zwischen beiden Staaten im Februar 1754 abgeschlossen wurde, und durch ihr einträchtiges Zusammenwirken in der bedeutsamen Frage, welche die politische Welt zu jener Zeit vorwiegend beschäftigte, der Wahl des Erzherzogs Joseph zum römischen Könige fand sie einen allgemein erkennbaren Ausdruck. Und andererseits erhielt die Erbitterung, mit welcher die hartnäckige Bekämpfung seines Lieblingsplanes durch Frankreich und Preußen den König von England erfüllte, dadurch, daß nun auch zwischen der englischen und preußischen Regierung wegen der Entschädigung, die König Friedrich für die während des letzten Krieges weggenommenen preußischen Schiffe in Anspruch nahm, eine heftige Fehde entbrannte, eine sehr gesteigerte Bedeutung. Jeden Augenblick konnte irgend ein an und für sich wenig bedeutendes Ereigniß den Krieg zum Ausbruche bringen; der Umstand aber, daß wohl keinem der Staaten, welche zunächst in denselben verwickelt worden wären, die Gewinnung irgend eines zureichenden Kampfpreises in sicherer Aussicht stand, ließ sie am Ende wieder Bahnen aufsuchen, auf welchen der Friede erhalten werden konnte.

Im allerentschiedensten Maße scheint diese friedliebende Tendenz am Wiener Hofe obgewaltet zu haben, wenigstens ist in all seinen

amtlichen und vertraulichen Kundgebungen aus jener Zeit auch nicht im Entferntesten der Wunsch angedeutet, jetzt den Kampf um Schlesiens Wiedererlangung entbrennen zu sehen. In dem gleichen Sinne lauteten denn auch die Versicherungen, welche Starhemberg nach seiner Ankunft in Paris der dortigen Regierung ertheilte. Die Antworten, die er hierauf von dem Minister Saint-Contest erhielt, waren freilich der Art, daß sie gerechtem Zweifel darüber Raum gaben, ob jenen Erklärungen am Hofe von Versailles auch voller Glauben geschenkt werde [448]).

Ungleich zuvorkommender als Saint-Contest sprach sich die Marquise von Pompadour bei ihrer ersten Begegnung mit Starhemberg aus. Er war der Ueberbringer eines Schreibens des Grafen Kaunitz [449]), welches sich zunächst auf eine Prozeßangelegenheit bezog, die der Marquise am Herzen lag. Es handelte sich um einen Besitz an liegenden Gütern auf dem Gebiete der österreichischen Niederlande. Die Gräfin Marsan aus der in Frankreich hochangesehenen Familie Rohan besaß daselbst beträchtliche Güter, und zwar Walhain in Brabant, Flobecq und Lessines im Hennegau, und Ninove in Flandern. Nebst anderen Besitzungen hatten dieselben früher dem Fürsten von Baudemont gehört. Als dieser im Jahre 1723 zu Nancy kinderlos starb, fand sich ein Testament vor, durch welches der älteste Sohn des Herzogs Leopold von Lothringen zum Erben sämmtlicher Güter bestimmt, deren Fruchtgenuß aber Baudemonts zwei Nichten, Töchtern seiner Schwester Anna von Lothringen, vermälten Fürstin von Lislebonne vermacht wurde. Die letzteren, die Fürstin von Epinoy und die Aebtissin von Remiremont, glaubten sich hiedurch verletzt, und es kam endlich zwischen ihnen und dem Herzoge Leopold von Lothringen ein Vertrag zu Stande, durch welchen jene vier Besitzungen ihnen gegen Verzichtleistung auf ihre sonstigen Rechte und Ansprüche zu Theil wurden. Als nun im Jahre 1736 die Enkelin der Fürstin von Epinoy mit dem Grafen Marsan vermält wurde, erhielt sie die vier Güter als Morgengabe. Von Seite des Generalprocurators von Brabant wurde jedoch, nachdem Oesterreich wieder in den Besitz der Niederlande getreten war, die Behauptung aufgestellt, die Güter hätten nach dem

Tode des Prinzen von Vaudemont, der bekanntlich nur ein illegitimer Sprößling des Herzogs Karl IV. von Lothringen war, nicht weiter vererbt werden, sondern an die Krone zurückfallen sollen. Er nahm sie für die letztere jetzt nachträglich, und zwar sammt allen hievon seit dem Jahre 1723 bezogenen Einkünften in Anspruch [450]). Denn nach althergebrachtem Rechte und Gebrauche seien in allen drei niederländischen Provinzen, welche hiebei in Betracht kämen, nicht nur die aus einer illegitimen Verbindung stammenden Kinder unfähig zu letztwilligen Verfügungen, sondern ihre Güter nach ihrem Tode als erledigt und der Krone heimgefallen zu erklären. Noch strenger seien diese Gesetze dort, wo es um eine ehebrecherische Verbindung sich handle. Dieß sei aber hier der Fall, indem Prinz Vaudemont, ein Sohn der Beatrix von Cusance, Witwe des Fürsten von Cantecroix, dem Herzoge Karl von Lothringen geboren worden, als dessen rechtmäßige Gemalin, die Herzogin Nicole noch am Leben war. Welcher Art auch die Abmachungen des Herzogs Leopold von Lothringen mit der Fürstin von Epinoy und ihrer Schwester gewesen, so könnten sie doch an demjenigen, was einen fremden Staat, die österreichischen Niederlande und das in denselben gesetzlich bestehende Heimfallsrecht angehe, nicht das Mindeste ändern [451]).

Am französischen Hofe machte diese Rechtssache ganz außerordentliches Aufsehen, denn dort stand die Gräfin Marsan, welche mit der Marquise von Pompadour die vertrautesten Beziehungen unterhielt, in besonderer Gunst. Erst kürzlich war sie zur Gouvernante der königlichen Kinder ernannt worden, und die Marquise von Pompadour hatte Kaunitz noch vor seiner Abreise von Paris auf's dringendste um seine Vermittlung gebeten, daß der Prozeß niedergeschlagen werde, und die Gräfin Marsan ungestört im Besitze ihrer niederländischen Güter verbleibe. Kaunitz hatte ihr versprochen, das Möglichste zu thun; als er jetzt schriftlich an seine Zusage erinnert wurde, rieth er der Marquise, die Gräfin Marsan solle sich der Prozeßführung vor den belgischen Gerichten nicht entziehen. Selbst wenn das Urtheil, auf dessen Unparteilichkeit sie zählen dürfe, wider sie ausfallen sollte, so werde ihr durch die Gnade der Kaiserin eine besondere Berücksichtigung zu Theil werden.

Nur schwer fand sich die Marquise von Pompadour darein, daß ihrem Schützling nicht Alles gewährt werde, was sie für denselben in Anspruch nahm. Besser als ihre Gönnerin erkannte jedoch die Gräfin Marsan ihren Vortheil. Sie entsagte dem thörichten Anspruch, welchen übereifrige Schmeichler ihr in den Kopf gesetzt hatten, daß ihre Stellung an dem Hofe von Frankreich sie schützen könne vor einem Prozesse über den Besitz ihrer belgischen Güter. Sie erklärte, dem Rathe des Grafen Kaunitz und Starhembergs folgen und auf die Prozeßführung vor den belgischen Gerichten eingehen zu wollen [452].

Es ist dieser Rechtssache hier nur aus dem Grunde ausführlichere Erwähnung geschehen, weil sie den einzigen Berührungspunkt zwischen Kaunitz und der Pompadour darbietet, von welchem eine Spur sich entdecken läßt. Auch von einer genaueren Verbindung der Letzteren mit Starhemberg, und von einer Einwirkung der Pompadour zu Gunsten der österreichischen Interessen ist nicht das Mindeste zu verspüren. Als im Juli 1754 der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Marquis von Saint-Contest, schwer erkrankt, ist Starhemberg ganz ohne bestimmtere Nachrichten darüber, wer etwa im Falle der Erledigung jenes Postens denselben erhalten könnte. Und als Saint-Contest wirklich stirbt, zeigt Starhemberg dem Grafen Kaunitz an, der König habe ganz unerwartet dem bisherigen Staatssecretär der Marine, Herrn Rouillé, die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertragen. „So viel kann „ich vorläufig erwähnen," fügt er in einem späteren Berichte hinzu, in welchem er auch noch die übrigen hiedurch nothwendig gewordenen Aenderungen bespricht, „daß diese ganze Austheilung der Aemter von „der Madame Pompadour herrührt. Es ist so geheim tractirt worden, „daß selbst die hiesigen Minister Puysieux und Saint-Severin nicht „eher davon gewußt, als bis die Promotion geschehen war" [453].

So wenig als die Einwirkung der Marquise von Pompadour auf diese Ernennungen, so wenig wird auch die Richtigkeit der Behauptung zu bestreiten sein, daß sie keineswegs unter österreichischem Einflusse, derselbe mochte von Kaunitz oder Starhemberg herrühren, geschahen. Die ganze Art und Weise, in welcher der Letztere über Rouillé und

den Vorgang berichtet, der bei dessen Berufung in das Ministerium des Aeußern beobachtet worden, ist dafür ein unwiderleglicher Beweis. Rouillé nennt er „einen sehr schwachen, in auswärtigen Geschäften ganz „unerfahrenen und zu einer so wichtigen Stelle untüchtigen Mann.“ Als den Grund aber, warum die Marquise von Pompadour den König zu dieser Ernennung vermocht habe, gibt er ihren dringenden Wunsch an, die Stelle eines Generalcontrolors mit einer Persönlichkeit zu besetzen, auf welche sie unbedingt zählen könne. Eine solche sei Sechelles, der nicht nur der Marquise, sondern auch ihrem vertrautesten Freunde, dem Prinzen von Soubise blindlings ergeben sei. Ihm habe der bisherige Generalcontrolor Machault weichen, und um für Letzteren einen Platz zu finden, Rouillé vom Marinedepartement zu demjenigen der auswärtigen Angelegenheiten übergehen müssen. Allerdings verstehe Machault so wenig von der Marine als Rouillé vom Aeußern, aber darum kümmere man sich nicht. Den einfacheren Vorgang zu wählen und Machault gleich unmittelbar die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten anzuvertrauen, wozu er weit geeigneter gewesen wäre als Rouillé, habe man darum nicht thun wollen, weil Machault nicht zu der kriegerisch gesinnten Partei gehöre, welche jetzt, nebst der Pompadour aus dem Kriegsminister d'Argenson, den Prinzen von Conti und Soubise, dem Marschall Belleisle und Sechelles bestehend, ein beträchtliches Uebergewicht erlangt habe. Jedoch auch von Rouillé meint Starhemberg, daß er mit Noailles, Puysieux und Saint-Severin dem Kreise derjenigen angehöre, denen die Erhaltung des Friedens am Herzen liege [454]).

Wer dort, wo von Parteien des Krieges und des Friedens am französischen Hofe und von der Theilnahme der Marquise von Pompadour an der ersteren die Rede ist, etwa der Meinung sein wollte, daß es sich hier schon um einen Krieg handelte, der zu Gunsten Oesterreichs und zur Wiedereroberung Schlesiens für dasselbe geführt werden sollte, der würde ohne Zweifel in einen schweren Irrthum verfallen. Schon die Zusammenstellung der beiden Namen d'Argenson und Belleisle müßte ihn eines Besseren belehren. Beide hatten sich in früherer Zeit durch eine wahrhaft fanatische Parteinahme gegen Oesterreich hervorgethan, und auch die seither vergangenen Jahre hatten keine Aenderung

in dieser Gesinnung bewirkt. Auch jetzt noch brachten sie jeden Gedanken an einen Krieg mit einem solchen wider Oesterreich in Verbindung, und die Ereignisse in Italien, die Zwistigkeiten Oesterreichs mit Genua und mehr noch seine enge Verbindung mit Modena, die daraus hervorgehende Aussicht auf eine beträchtliche Vergrößerung des österreichischen Gebietes in Italien, auf eine Vermehrung seines Einflusses in diesem Lande sollten den Anlaß und Vorwand dazu bieten.

Wenn er nun auch, sagt Starhemberg in dem ausführlichen Berichte, welchen er über diese Vorgänge an Kaunitz erstattet, an einen Krieg nicht glaube, indem das wahre Interesse der Marquise von Pompadour, deren Einfluß mächtiger sei als je, einem solchen nicht günstig erscheine, so sei doch auch keine Hoffnung vorhanden, daß „ein „gutes Einvernehmen und eine genaue Freundschaft“ zwischen den Höfen von Wien und Versailles, wenn auch von Seite Oesterreichs alles mögliche dafür geschehe, jemals werde herbeigeführt werden können. Denn so weit werde der Einfluß der Kriegspartei immerdar vorherrschen, daß man den Einflüsterungen des Königs von Preußen und der übrigen Gegner Oesterreichs Gehör schenken, bei jeder Gelegenheit wider Oesterreich Partei nehmen und ihm die Abneigung zu erkennen geben werde, die einmal in Frankreich wider dasselbe herrsche [455]).

Daß man über die letztere auch in Wien sich nicht täuschte, bezeugt die Depesche, welche auf jene Mittheilungen an Starhemberg erging. „Wir glauben durch den Tod des Marquis von Saint-Contest,“ heißt es darin, „keinen Verlust erlitten zu haben, da dieser Minister „bei allen Gelegenheiten nicht nur seines Hofes abgeneigten Grund„sätzen nachgegangen ist, sondern auch wenige Rücksicht und Achtung „für uns und unsere wohlgemeinten Vorstellungen geäußert hat, welches „uns also den natürlichen Anlaß gegeben, die freundschaftlichen Eröff„nungen abzubrechen und durch Aeußerungen der Gleichgültigkeit werk„thätig zu zeigen, daß unsere frühere Sprache aus keinem furchtsamen „oder zweideutigen Antrieb, sondern nur aus friedfertigen Absichten „herrührte“ [456]).

So stand es um die Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich im Laufe des Jahres 1754. Wie gering damals die Aussichten

waren auf eine Verwirklichung der Plane des Grafen Kaunitz, wie wenig von österreichischer Seite hiefür geschah und wie irrig daher die Behauptungen derjenigen sind, welche meinen, daß zu jener Zeit schon Alles geebnet war für den Abschluß eines engen Bündnisses zwischen Oesterreich und Frankreich, bedarf wohl künftighin keines ferneren Beweises. Und auch der Zwiespalt, welcher wegen der nordamerikanischen Colonien zwischen England und Frankreich ausbrach und vorerst zu offenen Feindseligkeiten zur See und auf dem amerikanischen Festlande führte, brachte hierin wenigstens vor der Hand keine Aenderung hervor. In den Tagen, in welchen man glaubte, daß sich der Krieg zwischen den beiden Seemächten auch auf dem europäischen Continente entzünden werde, zweifelte Niemand daran, daß sich Frankreich und Oesterreich wieder feindlich gegenüber stehen würden. Jeden Augenblick meinte man einen Einbruch der Franzosen in die österreichischen Niederlande besorgen zu müssen, und Starhemberg erhielt den Auftrag, die Anfrage an die französische Regierung zu stellen, ob sie im Falle eines in Europa zu führenden Krieges mit England wirklich den Aachner Frieden brechen und die Niederlande angreifen werde.

Man kann nicht sagen, daß die Antwort, welche Rouillé hierauf ertheilte, geeignet gewesen wäre, solche Besorgnisse zu zerstreuen. Nach lebhaften Versicherungen der friedliebenden Gesinnung des französischen Hofes rückte er doch mit der Aeußerung hervor, daß man es demselben nicht verdenken könnte, im Falle eines Krieges mit England sich durch Bekämpfung der Verbündeten dieser Macht für die von ihr zu besorgenden Nachtheile schadlos zu halten [457]).

Wie sehr man auf einen solchen Friedensbruch von französischer Seite am Wiener Hofe gefaßt war, wird außerdem noch durch einen kleinen, aber bezeichnenden Zug auf's klarste bewiesen. Als nach langer Verhandlung im April 1755 der Gräfin Marsan ein gütlicher Vorschlag zur Ausgleichung ihrer Rechtssache gemacht wurde, da zweifelte Kaunitz selbst daran, daß sie sich zu einer Annahme desselben herbeilassen werde. Denn im Falle eines Einmarsches der Franzosen in die Niederlande könnte sie Mittel finden, sich jene Güter durch denselben

Richter zusprechen zu lassen, vor welchem sie jetzt vielleicht Besorgnisse hegte [458]).

Es ist wohl selbstverständlich, daß gegenüber der Wahrscheinlichkeit, sich binnen kürzester Frist durch französische Streitkräfte auf ihrem eigenen Gebiete angegriffen zu sehen, die Blicke der Kaiserin mehr als zuvor dorthin sich richteten, von woher sie noch am ehesten Hülfe erwarten durfte. In erster Linie war dieß von Seite Rußlands der Fall, zu welchem Staate die freundschaftlichen Beziehungen Oesterreichs die ganze Reihe von Jahren hindurch, welche seit dem Aachner Frieden verflossen waren, mit wenigen, jedoch im Ganzen und Großen nicht gerade viel bedeutenden Schwankungen ziemlich gleichmäßig fortbestanden hatten. Von Rußland aber konnte seiner geographischen Lage wegen ausgiebiger Beistand nur wider Preußen, nicht aber gegen Frankreich erwartet werden. Wider letzteres war eigentlich nur England im Stande, wirkliche Unterstützung zu gewähren. Eine Hülfeleistung von dieser Seite schien aber nicht nur in Englands Interesse, sondern auch im Kreise seiner Pflichten zu liegen, denn gerade um Englands willen und darum, weil man sie in Paris noch für eine treue Verbündete Englands hielt, sollte Maria Theresia in einer ihr sonst fern liegenden Sache neuerdings in einen Krieg verwickelt werden.

Das damalige Verhältniß Oesterreichs zu England wird schon aus dem bisher Erzählten klar geworden sein. Noch immer sahen die beiden Staaten als Verbündete sich an; noch immer hielten sie es für einen richtigen politischen Grundsatz, diese Allianz fortdauern zu lassen. Aber trotzdem hatte der Zwiespalt der Meinungen in vielen der wichtigsten Fragen so mannigfachen Streit zwischen beiden Höfen entzündet, daß eine gewisse Gereiztheit in ihrem Verkehre sich kundgab, welche zuletzt auch auf die Geschäfte selbst nicht ohne Rückwirkung blieb. Maria Theresia war durch Englands Verfahren während der Aachner Verhandlungen auf's tiefste verletzt worden; in England aber rechnete man es der Kaiserin wie ein Verbrechen an, daß sie in die Erneuerung des Barrierevertrages nicht willigen, ihre volle Souveränetät über die Niederlande behaupten und es nicht zugeben wollte, daß ihre dortigen Unter-

thanen zu Gunsten der Holländer und Engländer sich die drückendste Beschränkung ihres Handels und ihrer Schifffahrt gefallen lassen sollten. Man war in England auf's höchste darüber erbittert, daß Maria Theresia durch einen neuen Tarif ihren Unterthanen die gleichen Begünstigungen einräumte, wie sie die Engländer und Holländer genossen. Daß in dem Vertrage mit Spanien und Sardinien vom Jahre 1752 auch die Angehörigen dieser Länder den begünstigtsten Nationen beigezählt wurden, steigerte die Unzufriedenheit der Engländer und Holländer mit Oesterreich nur noch mehr. Und König Georg war persönlich über die Haltung aufgebracht, welche man zu Wien in der Wahlsache beobachtete. Die anscheinende Gleichgültigkeit der Kaiserin in einer Frage, welche er selbst für die wichtigste politische Angelegenheit Europa's hielt, sah er fast wie eine ihm widerfahrende Beleidigung an, und sein Unmuth machte nicht selten in heftigen Ausdrücken sich Luft.

So stand es damals um diese beiden, unablässig mit einander hadernden und zankenden Freunde. Nur die Zeit konnte es lehren, ob über ihrem fortwährenden Zwiste endlich ihr Bündniß in Trümmer gehen, oder ob die Gewalt der Thatsachen sich stärker erweisen und die gemeinsame Bedrängniß sie wieder einander nähern und neuerdings vereinigen werde zu gemeinschaftlichem Handeln.

Daß dieß Letztere geschehen werde, dafür sprach vor Allem der Umstand, daß die so lange Jahre hindurch fortbestehende politische Gruppirung der wichtigsten europäischen Staaten noch immer nicht wesentlich geändert worden war. Der Zwiespalt zwischen England und Frankreich erwies sich so stark als nur je, und die Gereiztheit des Hofes von St. James gegen Preußen, die innige Verbindung der letzteren Macht mit Frankreich erlaubten keinen Zweifel darüber, auf welcher Seite Preußen im Falle eines allgemeinen Krieges zu finden sein werde. Ebenso erschien es als selbstverständlich, daß England einen Krieg auf dem Festlande ohne Oesterreichs Beistand nicht zu führen vermöge. Und die freundschaftlichen Beziehungen des Wiener Hofes zu Rußland, die gemeinschaftliche Abneigung dieser beiden Mächte gegen Preußen ließen darauf hoffen, daß Rußland der Dritte sein werde in

dem zu erwartenden Bündnisse zwischen England und Oesterreich gegen Frankreich und Preußen.

Dieses Bündniß zu Stande zu bringen und es zu einem möglichst festen und dauernden zu gestalten, darauf waren von nun an die Bemühungen des Grafen Kaunitz unabläßig gerichtet. Er handelte dabei mit einem Eifer und einem Nachdrucke, als ob ihm niemals die Verwirklichung des Gegentheils des politischen Planes, welchen er jetzt verfolgte, in den Sinn gekommen wäre. Aber jene Gedanken schienen tief in den Hintergrund getreten zu sein, und nichts als die Herbeiführung der engsten Allianz mit England und Rußland war für den Augenblick wenigstens der Zielpunkt der österreichischen Politik.

Nach beiden Richtungen hin mußten jedoch ganz eigenthümliche Schwierigkeiten besiegt werden. Was England anging, lagen sie zunächst in den Zwecken des Bündnisses, was hingegen Rußland betraf, in den Mitteln zur Erreichung dieses Zweckes. Denn darüber kann wohl kein Zweifel obwalten, daß England, wie so oft schon, so auch dießmal sich Oesterreichs ausschließlich zur Bekriegung Frankreichs zu bedienen gedachte. Für Oesterreich hingegen lag nicht der entfernteste Grund zu einem Kampfe wider Frankreich vor. Mußte es durchaus Krieg führen, so konnte es für Oesterreich nur einen einzigen Preis für einen solchen geben und dieser lag in der Wiedereroberung Schlesiens. Wurde ihm von vorneherein dieser Kampfpreis verweigert, dann war es für Oesterreich besser, jeder Verbindung mit England und dadurch aller Theilnahme am Kriege zu entsagen, strengste Neutralität zu behaupten und dadurch Frankreich jeden Vorwand zum Einfalle in die österreichischen Niederlande zu entziehen.

Was hingegen Rußland anging, so lag der Stein des Anstoßes nicht so sehr in mangelnder Bereitwilligkeit dieses Staates zu einem Bündnisse, als in der Besorgniß, daß er die Bedingungen desselben nur in unzureichendem Maße erfüllen werde. Denn die Kaiserin Elisabeth sowohl als der Großkanzler Bestuschew legten es unverholen an den Tag, daß es ihnen eigentlich um nichts so sehr zu thun war als um Geld, welches zu ganz anderen Dingen als zur Kriegführung, und

zwar von der Kaiserin zu Bauten und zur Bestreitung der Ausgaben, welche ihre verschwenderische Lebensweise verursachte, von Bestuschew aber zu seiner eigenen Bereicherung verwendet werden sollte. Wie es dann mit der Kriegführung aussah, darüber schienen sie um so sorgloser zu sein, als sie wohl wußten, daß Rußlands geographische Lage ihm die beste Schutzwehr gegen einen feindlichen Angriff gewähre, daß sie somit einen solchen selbst von Preußen nicht zu befürchten hätten. Darum war denn auch England sparsamer in Zugeständnissen an Geld, als es in Rußland gewünscht wurde, und die Thätigkeit der österreichischen Diplomatie bestand vorerst in nichts Anderem, als wo möglich Rußland zu einer Ermäßigung seiner Forderungen, England aber zu einer Steigerung seiner Verwilligungen zu vermögen. Freilich war diese Rolle nicht dankbar; in England klagte man darüber, daß die Verbündeten allzu große Begier zeigten nach englischem Gelde, in Rußland aber beschuldigte man den Wiener Hof einer zu weit gehenden Sympathie mit England und allzu lebhafter Unterstützung des englischen Standpunktes in den Verhandlungen, welche zur Verwirklichung des gemeinsamen Bündnisses gepflogen wurden.

Wie ungerecht diese letztere Beschuldigung war, ist am besten aus den Vorstellungen ersichtlich, welche von österreichischer Seite in England erhoben wurden, um die dortige Regierung zu größerer Nachgiebigkeit gegen die Wünsche Rußlands zu stimmen. Man erkenne gar wohl, heißt es in einer Depesche [459]) der Kaiserin an den Grafen Karl Colloredo, welcher nach Richecourts Tode Oesterreich in England vertrat, man erkenne gar wohl, daß jeder Staat in Friedenszeiten darauf bedacht sein müsse, unnöthige Ausgaben zu vermeiden und seine Finanzen zu ordnen, um für den Fall eines Krieges auch außerordentliche Opfer bringen zu können. „Wo aber die Gefahr des gänzlichen Umsturzes „bemerkbar vor Augen steht, sollten doch endlich die Illusionen ver„schwinden und vernünftige Leute sich nicht selbst verblenden."

„Wem ist wohl verborgen," fährt die Kaiserin fort, „daß Eng„land auf keinen einzigen seiner Alliirten als auf uns und unsere werk„thätige Mitwirkung sicher zu zählen vermag, daß hingegen die mächtige

„Krone Frankreich in der engsten Verbindung mit Preußen, Schweden, „Dänemark, den bewaffneten Reichsfürsten und der Pforte steht, auch „ihr künftiger Operationsplan dahin gerichtet ist, bei ausbrechendem „Kriege die Niederlande mit einer Armee zu überschwemmen, die Eng= „länder auf ihrer Insel einzuschließen, die fast wehrlose Republik Holland „entweder gänzlich zu unterwerfen oder zur Neutralität zu zwingen, „und wie es zu Anfang des vergangenen Krieges geschehen, eine Armee „nach Westphalen abzuschicken, welche ganz Deutschland, vor Allem aber „die hannoverschen Lande im Zaum halten und ihnen willkürlich Ge= „setze vorschreiben kann."

Nebstdem sei, heißt es weiter, es noch unvergessen, welche Ge= fahr der letzte Aufstand in Schottland und die verhältnißmäßig unbe= deutende Ausschiffung an der dortigen Küste für England mit sich brachte. Was habe England erst zu erwarten, wenn ihm durch den Verlust der Niederlande alle Hülfe vom Festlande abgeschnitten und dem mächtigen Nachbar die Gelegenheit gegeben werde, das Feuer des Krieges in das Herz Englands zu tragen und sich eine Nation zu unterwerfen, welche ihre Freiheit und glückliche Regierungsform so hochschätze? Das seien keine politischen Träume oder Schreckschüsse, sondern offenkundige Wahrheiten, denen Niemand zu widersprechen ver= möge. Um so mehr aber sei es zu verwundern und zu bedauern, daß man sie gänzlich außer Augen setze und nicht eines reifen Nachdenkens würdige, da es doch nicht bloß um etwas mehr oder weniger Ansehen bei Freunden und Feinden, sondern um die eigene Erhaltung, um die Vertheidigung von Krone und Scepter sich handle, und die innerliche Stärke Englands wie eine Kette zusammenhänge, welche bei Zerreißung einiger Glieder unter ihrer eigenen Last erliegen müsse.

Wahr sei es, daß die Forderungen Rußlands zu weit getrieben seien und nicht immer auf die anständigste Art vorgebracht würden. Aber nicht minder wahr sei es auch, daß der englische Hof in Beher= zigung der obwaltenden Umstände ein Mehreres thun und ausgiebigere Summen an Rußland bewilligen sollte.

So wie in England, so wurde von österreichischer Seite auch in Rußland ernstlich zur Nachgiebigkeit gemahnt. Und noch nach einer anderen Richtung hin sah man sich Rußland gegenüber zu dringenden Vorstellungen genöthigt. Denn man besorgte in Wien, daß durch manchen herausfordernden Schritt, welchen Rußland der Pforte gegenüber that, hauptsächlich aber durch den Bau einer großen Festung, die man in Südrußland anlegen wollte, auch nach dieser Seite hin der Friede gestört werden könnte. Bei dem überwiegenden Einflusse Frankreichs in Constantinopel aber müsse man Alles mit Sorgfalt vermeiden, was dem Hofe von Versailles Anlaß geben könnte, die Pforte zum Friedensbruche zu reizen. In einem solchen Falle müßten die russischen, ja vielleicht auch die österreichischen Streitkräfte dorthin sich wenden, und es hätten auf den anderen Kriegsschauplätzen die gemeinsamen Feinde gewonnenes Spiel.

In dieser letzteren Beziehung blieben zwar die Vorstellungen des Wiener Hofes nicht ohne Erfolg, und Rußland stellte die schon begonnenen Festungsbauten wieder ein. In ersterer Hinsicht aber bewies man sich um so zäher, und bis tief in das Jahr 1755 dauerten die Verhandlungen über das Bündniß zwischen Rußland und England. Als es endlich zu Stande kam, hatten inzwischen auf anderen Punkten sich Veränderungen vorbereitet, welche der ganzen politischen Lage Europa's ein anderes Ansehen gaben.

Vierzehntes Capitel.

Wandlungen der Politik.

Dieselben Beweggründe, welche die englische Regierung zu den Verhandlungen über einen Subsidienvertrag mit Rußland vermochten, bestimmten dieselbe auch, sich eifriger als es bisher der Fall gewesen, noch nach anderen Bundesgenossen umzusehen, welche im Stande wären, der französischen Landmacht auf dem Continente Europa's die Spitze zu bieten. Denn wenn man auch in England vielleicht nicht so weit ging als Maria Theresia, welche in einer Besetzung der Niederlande durch die Franzosen eine Bedrohung Englands durch eine französische Invasion und somit eine ernstliche Gefährdung der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Inselreiches erblickte, so war man doch für all die Nachtheile nicht blind, welche eine Occupation der Niederlande durch Frankreich für England herbeiführen mußte. Die erneuerte Bedrohung, ja vielleicht die Unterwerfung Hollands stand hiebei in vorderster Reihe. Ihr konnte nur vorgebeugt werden, wenn die österreichischen Niederlande widerstandsfähig gemacht und in den Stand gesetzt wurden, die Bestimmung zu erfüllen, welche ihnen in den Augen der beiden Seemächte zunächst angewiesen war, und die darin bestand, eine Vormauer für Holland gegen Frankreich zu bilden.

Von solchen Betrachtungen ausgehend, begann man in England zu Anfang des Jahres 1755 mit größerem Eifer als bisher nach der Wiederherstellung der früheren freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich zu streben. Ernstlich sprach man dem kaiserlichen Gesandten in London

von der Absicht, ein großes Bündniß zusammenzubringen, darauf berechnet, wo möglich den Frieden auf dem europäischen Festlande zu erhalten, und wenn derselbe dennoch durch Frankreich gebrochen werden sollte, dessen Angriff zurückschlagen zu können [460]. Aber die Wege, welche man wenigstens Oesterreich gegenüber zur Verwirklichung dieses Gedankens betrat, waren gerade die verkehrten. Zum Schutze der Niederlande könne nichts günstiger sein, so behauptete man in England, als die Erneuerung des Barrierevertrages. Oesterreich möge doch ja nicht mehr zögern, dem hierauf gerichteten Wunsche der Seemächte Folge zu geben.

Es ist ein sprechender Beweis des sehnlichen Wunsches der Kaiserin, die früheren freundschaftlichen Beziehungen zu England aufrecht zu erhalten, wenn sie sich endlich in einem der Hauptpunkte, der Bezahlung der früheren Subsidien an Holland zur Nachgiebigkeit bereit finden ließ. Aber die Hälfte jener Summe sollte zur Wiedererbauung der zerstörten Festungen verwendet, und binnen Jahresfrist zum Schutze der Interessen ihrer Unterthanen ein Handelsvertrag abgeschlossen werden. Denn in dem Augenblicke, in welchem, wie so oft schon, so auch jetzt wieder die Niederlande mit dem Schicksale bedroht waren, der Schauplatz eines blutigen Krieges zu werden, konnte die Beherrscherin dieser Provinzen Verpflichtungen nicht eingehen, durch welche der Wohlstand derselben nicht etwa von der Hand des Feindes, sondern zu Gunsten der eigenen Alliirten für alle Zukunft auf's schwerste geschädigt worden wäre. England habe schon einmal, schrieb Kaunitz dem Grafen Colloredo, durch Verzichtleistung auf den Asientovertrag zu Gunsten politischer Vortheile seinem eigenen Handel schwerwiegende Opfer auferlegt. Habe man damals keine Vorwürfe besorgt von der englischen Nation, so seien deren jetzt um so weniger zu erwarten, wo es gelte, einen alten und treuen Verbündeten in jene Rechte eintreten zu lassen, welche jeder Monarch in Bezug auf sein Land in Anspruch nehmen dürfe [461]. Und während England fortwährend fordere, sage es gar nichts über die Leistungen, die es zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zweckes auf sich zu nehmen gedenke. Vor allem sei es nöthig, die Streitmacht in den Niederlanden ansehnlich zu verstärken. Zu den vier und zwanzig-

tausend Oesterreichern und zwölftausend Holländern, welche sich jetzt dort befänden, müßten acht- bis zehntausend Engländer und etwa sechstausend Hessen, dann vielleicht ein Corps Baiern und Würzburger stoßen. Mit den Schweizern müßten Werbeverträge, und zwar durch Oesterreich mit den katholischen, durch England aber mit den protestantischen Cantonen abgeschlossen werden [462]). Alles habe zu geschehen, um die Streitmacht der Verbündeten möglichst zu vermehren.

Aber nicht allein um die Bekriegung Frankreichs, sondern auch darum handle es sich, den König von Preußen in Schach zu halten [463]) und ihn zu verhindern, in dem Augenblicke, in welchem die Verbündeten sich Frankreichs zu erwehren hätten, sie auch von seiner Seite mit Krieg zu überziehen. Allerdings sei es Oesterreich, welches von ihm jederzeit das Meiste besorgen müsse. Aber auch die hannoverschen Lande lägen ihm offen, und es könne leicht sein, daß dieselben von zwei Seiten aus, von Frankreich und von Preußen einen Einmarsch feindlicher Truppen zu gewärtigen hätten.

„Wir erwarten mit Verlangen die zuverlässige Auskunft," schreibt Kaunitz an Colloredo [464]), „welche Entschließung der englische „Hof fassen wird. Es mag zum Krieg oder zum Vergleich kommen, „so ist doch gerade jetzt die Zeit, ein solides System zu Grunde zu „legen. Sollte aber auch dermalen die Indolenz fortdauern, so ist „menschlichem Ansehen nach nichts Gutes mehr zu hoffen und der „Seemächte Untergang leicht vorherzusehen. Je nachdrücklicher und leb- „hafter Sie die Gefahr vorstellen und die bisherigen Illusionen auf- „decken, um so mehr werden Sie der Absicht der Kaiserin entsprechen. „So lang England nicht mit dem erforderlichen Vertrauen und der „gehörigen Rücksicht auf das Allgemeine zu Werke geht, so lang ist „nichts Gutes zu hoffen und so lang mangelt der ganzen Allianz der „gehörige Nachdruck."

Diese und viele ähnliche, nicht etwa bloß in ostensiblen Depeschen, sondern in geheimen und chiffrirten Schreiben des Grafen Kaunitz vorkommenden Stellen zeigen wohl deutlich, daß Oesterreich keineswegs wünschte, in einer ihm fernliegenden Sache in einen allgemeinen Krieg verwickelt zu werden. Konnte es sich jedoch demselben nicht entziehen,

so war es wenigstens damals noch entschlossen, an der Seite seiner alten Verbündeten einzutreten in den Kampf. Und da man mit voller Bestimmtheit voraussetzte, daß auch der König von Preußen Theil nehmen werde an demselben, so dachte man wider ihn als den nächsten und gefährlichsten Gegner die österreichische Hauptmacht zu kehren. Man wollte die letztere so wenig als möglich theilen und die äußersten Anstrengungen machen, um gleich in den ersten Feldzügen entscheidende Ergebnisse zu erringen. Wäre dieß vorerst wider Preußen gelungen, dann könne man noch immer und mit desto größerer Aussicht auf Erfolg den Kampf aufnehmen wider Oesterreichs übrige Feinde. Man wisse ja zuverlässig, daß König Friedrich sich weder mit der bereits erfolgten Eroberung Schlesiens begnügen, noch die Bedingungen der von ihm abgeschlossenen Verträge erfüllen werde. Er warte nur auf einen günstigen Anlaß, um die österreichischen Erblande neuerdings zu überfallen und zu Grunde zu richten. Und darüber möge man sich nur ja nicht täuschen, daß jetzt, wenn auch „gerade zur „Unzeit," doch der Augenblick gekommen sei, in welchem das schon lange glimmende Feuer der Zwietracht zwischen den beiden feindseligen Nachbarn zu hellen Flammen ausbrechen werde [465]).

Mit offenen Worten ist es hier und an zahlreichen ähnlichen Stellen gesagt, daß Kaunitz den Ausbruch des Kampfes für einen unzeitigen hielt und den Fortbestand des Friedens ungleich lieber gesehen hätte. Um diesen Preis hätte er wenigstens vor der Hand dem Gedanken an die Wiedereroberung Schlesiens noch gern entsagt. Und nicht minder wichtig ist die Behauptung, welche noch oftmals wiederkehrt, König Friedrich beschäftige sich mit neuen Angriffsplanen gegen Oesterreich. Es wird später ausdrücklich versichert, daß man die unumstößlichen Beweise für diese Thatsache in Händen habe. Worin jedoch die Beweise bestanden, ist nirgends ersichtlich.

Nachdem man in Wien, wie so eben gezeigt worden, den Krieg am liebsten völlig vermieden hätte, so war man auch im Sinne der Beilegung der obwaltenden Streitigkeiten bei den Regierungen von Frankreich und England bemüht. Sollten jedoch diese Bestrebungen wirkungslos bleiben, und mußte man wider Willen die Waffen er-

greifen, dann wollte man sie vornehmlich wider denjenigen kehren, den man für den unversöhnlichsten Feind hielt, und welchem noch überdieß der einzige des Kampfes würdige Preis abgerungen werden konnte.

Aus diesem Grunde war man auch keineswegs abgeneigt, den König von England des Beistandes Oesterreichs zu versichern, wenn seine hannoverschen Erblande durch Preußen angegriffen werden sollten. Aber man machte gleichzeitig darauf aufmerksam, daß England sich zu einer verhältnißmäßigen Gegenleistung in Bezug auf den Schutz der österreichischen Niederlande herbeilassen müsse, und daß es mehr als wahrscheinlich sei, der König von Preußen werde seine kriegerische Action nicht auf einen Einfall in Hannover beschränken, sondern er werde noch weit eher einen solchen gegen die österreichischen Staaten ausführen wollen. Die Kaiserin nehme keinen Anstand, so wurde in ihrem Namen gesagt, feierlich zu erklären, daß sie ihre eigene Erhaltung nur in derjenigen ihrer Verbündeten suche. Zu Gunsten derselben sei sie daher zu jedweder Anstrengung entschlossen, doch müsse die Wahl, die Zahl und die Art der anzuwendenden Vertheidigungsmittel den Gegenstand einer eigenen Verabredung bilden, zu deren Zustandebringung die Kaiserin bereitwillig die Hand biete [466]).

Wie sehr es dem Wiener Hofe Ernst war mit den Bestrebungen, über eine gemeinschaftliche Action mit den Seemächten eine Vereinbarung herbeizuführen, zeigen wohl auch die Berathungen, welche Prinz Karl von Lothringen zu Brüssel mit dem englischen Minister Grafen Holdernesse über diesen Gegenstand pflog, und die Zugeständnisse, zu denen man sich von österreichischer Seite herbeiließ. Als solches kann erwähnt werden, daß so ungern man sich auch zu einer Zersplitterung der ohnedieß wenig zahlreichen Streitkräfte in den Niederlanden entschloß, man doch dem dringenden Begehren der Engländer und Holländer nachgab und die Besatzung von Namur durch viertausend Oesterreicher verstärkte.

Die englische Regierung zeigte sich jedoch weit davon entfernt, sich mit solchen Concessionen zufrieden zu stellen oder überhaupt nur auf die Vorschläge des Wiener Hofes einzugehen. Ohne sich selbst zu irgend einer Leistung verbindlich zu machen, forderte sie kategorisch die

unverweilte Absendung von fünfundzwanzig bis dreißigtausend Mann nach den Niederlanden. Außerdem solle die Kaiserin, wenn Hannover angegriffen würde, nicht nur dorthin Truppen abschicken, sondern noch überdieß eine Diversion gegen den König von Preußen unternehmen. Und mit so heftigen Vorwürfen und Drohungen begleitete die englische Regierung dieses Begehren, daß man sich in Wien davon auf's tiefste verletzt fühlte. Dennoch hütete man sich sorgfältig vor einem übereilten Entschlusse, und in zwei Conferenzen, welche am 12. und am 15. Juni 1755 in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin, dann der Grafen Ulfeld, Rudolph Colloredo, Khevenhüller, Batthyany und Kaunitz stattfanden, wurden die zu ergreifenden Maßregeln eingehend berathen.

Gegen die Gewährung der Vorschläge Englands wurde angeführt, daß der Streit wegen der amerikanischen Colonien das Haus Oesterreich in keiner Weise berühre. Unmöglich könne es sich daher zumuthen lassen, gerade in einer solchen Sache die Initiative zu feindseligen Demonstrationen gegen Frankreich zu ergreifen. Denn als solche würde diese Regierung die Absendung einer ansehnlichen Verstärkung der Truppen in den Niederlanden ohne Zweifel auffassen. Es wäre dieß ein Schritt, welcher außerordentliches Aufsehen erregen, ja wahrscheinlicher Weise das Signal zum Ausbruche des Krieges geben würde. Denn Frankreichs Entschluß, in die Niederlande einzufallen und sich derselben zu bemächtigen, ehe jene Verstärkung den weiten Weg dahin zurücklegen könnte, sei leicht vorherzusehen. Hiezu komme noch, daß Oesterreich auf eine ausgiebige Hülfe von Seite der Seemächte nicht zählen dürfe. Sollte es nun in Folge der Absendung einer beträchtlichen Streitmacht nach den Niederlanden die Stammprovinzen der Monarchie nur schwächer besetzt halten können, so würden dieselben dem mit Bestimmtheit vorherzusehenden Angriffe des Königs von Preußen um so gewisser zur Beute. Da man nicht zweifle, daß der künftige Krieg zwar kurz, aber sehr heftig sein werde, müsse man um so mehr dafür besorgt sein, die Vertheidigungsmittel in den deutschen Erbländern nicht zu schwächen, sondern sie insgesammt dem Könige von Preußen als dem gefährlichsten Feinde entgegenzusetzen. Dieses Princip sei von der Kaiserin bereits gebilligt und als ein durch das Wohl des Staates

dringend gefordertes anerkannt worden. Man würde jedoch im entgegengesetzten Sinne handeln, wenn man sich jetzt durch die Drohungen Englands einschüchtern und bewegen ließe zu blinder Unterwerfung unter die von dort gestellten Begehren.

In entschiedenem Widerspruche zu diesen Anschauungen standen die Betrachtungen, welche ihnen von anderen Stimmen entgegengesetzt wurden. Ob die Veranlassung zum Kriege Oesterreich betreffe oder nicht, darauf komme es jetzt, so wurde von diesen behauptet, gar nicht mehr an; der Krieg sei einmal unvermeidlich geworden, und da handle es sich nicht mehr um das allgemeine Aufsehen oder um das Mißfallen Frankreichs, welches irgend ein Schritt der österreichischen Regierung erregen könne, sondern um die Vertheidigung wider einen zu besorgenden Angriff. Wenn Frankreich nicht wirklich Böses im Schilde führe, könne es sich durch die Absendung einer bloß zur Vermehrung der Vertheidigungsmittel bestimmten Truppenzahl nach den Niederlanden unmöglich verletzt fühlen. Trage es sich aber mit feindseligen Gedanken, dann sei eine baldige Vorkehrung gegen die ungehinderte Verwirklichung derselben vollends am Platze. Wenn sich auch von den Seemächten nicht allzuviel Beistand versprechen lasse, so seien sie doch überhaupt die einzigen natürlichen Bundesgenossen Oesterreichs, und ganz ohne Alliirte könne kein Staat so vielen und mächtigen Feinden Widerstand leisten. England könne gleichfalls die ganze Last des Krieges nicht allein tragen. Würde es aber von Oesterreich verlassen und in Folge dessen von seinen Feinden überwältigt, dann werde Oesterreich seiner Zeit sich auch dieses Bundesgenossen beraubt sehen, in Europa allein stehen und nicht nur Frankreichs Angriffen, sondern auch denen des Königs von Preußen schutzlos preisgegeben sein.

Der Haß gegen den Letzteren und die Besorgniß vor ihm wurden von beiden Parteien benützt, um die Entscheidung zu Gunsten ihrer Anschauung ausfallen zu machen. Wer von den Mitgliedern der Conferenz auf der einen oder der anderen Seite stand, ist aus den Aufzeichnungen über dieselbe nicht näher zu entnehmen, doch wird man nach dem, was früher zur Charakteristik jener Männer gesagt wurde,

aus denen die Conferenz zusammengesetzt war, in dem Urtheile über die Meinungen der einzelnen Mitglieder nicht so leicht irren. Was Kaunitz anging, so scheint er für den Mittelweg sich ausgesprochen zu haben, welcher denn auch zum Beschlusse erhoben wurde und der darin bestand, daß Englands Begehren weder vollständig erfüllt noch vollständig zurückgewiesen werden sollte. Man erklärte sich zur Absendung einer geringeren Verstärkung, etwa von zehn- bis zwölftausend Mann, jedoch nur unter der Bedingung bereit, daß auch von England und Holland eine entsprechende Anzahl entweder eigener oder von ihnen besoldeter Truppen in den Niederlanden aufgestellt würden.

Um jedoch durch diese wenigstens theilweise Unterwerfung unter die Forderungen Englands nicht das Ansehen zu gewinnen, als ob man sich durch die heftige und drohende Sprache, in welcher sie vorgebracht worden, zu dieser Willfährigkeit habe bewegen lassen, wurde einstimmig beschlossen, die beleidigenden Worte, deren England sich bediente, nachdrücklich zurückzuweisen. „Sollte man," so heißt es in dem Vortrage des Grafen Kaunitz, „auch bei den dermaligen Umständen, „wo die Seemächte Eurer Majestät kräftigste Mitwirkung nicht entbehren können, dergleichen Zudringungen ungeahndet erdulden müssen, „was würde man nicht dann erst zu gewärtigen haben, wenn Eure „Majestät sich über kurz oder lang genöthigt sähen, die Seemächte um „ihren bundesmäßigen Beistand zu ersuchen" [467]).

Von Kaunitz selbst rührt die Antwort her, welche in diesem Sinne an den englischen Gesandten Keith erging. „Sie werden starke „Ausdrücke darin finden," schrieb Maria Theresia dem Prinzen Karl von Lothringen, als sie ihm unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit das Schriftstück mittheilte, „aber ich mußte zu denselben greifen, „um endlich zu wissen, woran ich mit den Engländern bin" [468]).

Die Wichtigkeit dieses Actenstückes, welches gewisser Maßen als die Einleitung zu dem in nicht ferner Zeit folgenden Bruche mit England anzusehen ist, wird es nothwendig machen, sich hier etwas näher mit demselben zu beschäftigen.

Wenn sich die österreichischen Truppen im Solde Englands und nicht in demjenigen ihrer eigenen Monarchin befänden, so könnte, heißt es darin, nicht mit größerer Entschiedenheit des Tones das Begehren an die Kaiserin gestellt werden, den Kern ihrer Staaten von Truppen zu entblößen, um sie wahrscheinlich mit wenig Nutzen, aber mit desto gewisserer Gefahr zur Vertheidigung der Niederlande und Hollands, Englands und Hannovers zu verwenden.

Als Ueberredungsmittel hiezu werde vor Allem die Aufzählung desjenigen benützt, was England zu verschiedenen Zeiten für das Haus Oesterreich gethan habe, während England gerade seinen damaligen Anstrengungen seine eigene Größe, seine Reichthümer und seine Freiheit verdanke. Hätte England nicht in früherer Zeit diese Grundsätze gleichmäßig befolgt, so würde es sich jetzt nicht in der Lage befinden, in jedem Augenblicke die Güter verlieren zu können, die es mit so viel Opfern sich erwarb.

Wenn aber das Haus Oesterreich in dem Bündnisse mit den Seemächten nützliche Hülfe fand, so habe es dieselbe gar oft mit dem Blute und dem Ruin seiner Unterthanen bezahlt und dabei sehr empfindliche Einbußen erlitten, während seine Verbündeten sich vergrößerten und sich neue Wege eröffneten, um ihren Handel und dadurch ihre Reichthümer zu mehren. Man bedauere, diese Wahrheiten ungerechten und ewig wiederkehrenden Vorwürfen entgegensetzen zu müssen. Wenn jedoch irgend etwas geeignet wäre, die Erkenntlichkeit, welche den Seemächten gegenüber das Haus Oesterreich grundsätzlich immerdar bezeigt habe, nach und nach zu vermindern, so wäre dieß das Bestreben derselben, eine Hülfeleistung, welche immer nur die Folge ihrer Verpflichtung und von ihrem eigenen Interesse dictirt war, als eine ganz uneigennützige hinzustellen. Würde vielmehr von England sein eigenes wohlverstandenes Interesse besser gewürdigt worden sein, so befände es sich jetzt nicht in dem Falle, Oesterreich jene Schwäche der Niederlande zur Last zu legen, welche nur die Folge seines eigenen Verfahrens, seiner eigenen Grundsätze sei.

In Zeiten des Friedens finde es England für gut, die Vertheidigung der Niederlande als eine Pflicht hinzustellen, welche nur den Seemächten obliege, deren Erfüllung nur für sie von Interesse sei. Darum habe man dem Wiener Hofe zu verstehen gegeben, er möge die Anzahl seiner Truppen in den Niederlanden vermindern, wenn ihr Unterhalt ihn verhindere, die früheren Subsidien für die Erhaltung der Barriereplätze fortzubezahlen. In Befolgung dieses gefährlichen Systems hätten die Seemächte sich den Anschein gegeben, als betrachteten sie die Niederlande wie einen Besitz, dessen Vortheile ihnen zukämen. Sie theilten sich in den Handel derselben, und Holland bezog jährlich eine Million Gulden von ihnen. Ein Vertrag, der in seinen Endzwecken nur als ein Mittel zur Herbeiführung einer gemeinsamen Vertheidigung und Sicherstellung anzusehen war, sei zum Schmerze des Hauses Oesterreich, zum Verderben seiner Unterthanen und zur Vernichtung aller Hülfsquellen ausgebeutet worden, aus denen sie eine Steigerung ihres Wohlstandes zu schöpfen vermocht hätten. Seit mehr als vierzig Jahren habe die Stimme des Rechtes verstummen, die Forderung der allgemeinen Wohlfahrt zurückweichen müssen vor dem Gedanken, daß die Seemächte zur Vertheidigung des Landes berufen und daher zum Bezuge aller Vortheile aus demselben berechtigt seien. Und wenn man auch in Holland schon mehrmals auf dem Punkte gestanden, sich den im Rechte und in der Billigkeit begründeten Begehren Oesterreichs nicht länger zu verschließen, so habe sich doch England dessen jederzeit geweigert. Gerade diejenige Regierung, welche immer den Grundsatz vertrat, die Vertheidigung der Niederlande obliege den Seemächten, verlange jetzt von Oesterreich die Rettung derselben. Und die Kaiserin, obgleich der Veranlassung und dem Zwecke des bevorstehenden Krieges gleichmäßig fremd, habe dennoch die Hand dargeboten zur gemeinsamen Vertheidigung. Sie habe sich bereit erklärt, ihre Truppen in den Niederlanden nicht allein zum Schutze dieser Provinzen, sondern auch zu demjenigen Hollands und Englands daselbst zu belassen und den König von Preußen mit Krieg zu überziehen, wenn er die hannoverschen Provinzen angreifen würde [469]. Dadurch habe sie auf eigene Gefahr sich mit der Aufgabe beladen, den gefährlichsten Feind zu beschäftigen, und somit nicht nur Alles, was in ihrer Macht stand, sondern mehr

gethan, als man von ihr erwarten durfte. Doch sei dieß nur unter der Voraussetzung geschehen, daß nun auch England dasjenige mittheilen werde, wozu es im gemeinschaftlichen Interesse entschlossen sei. Statt dieß zu thun, habe man angekündigt, daß Holland seine Truppen aus den Barriereplätzen zurückziehe, und nur in Namur, jedoch einzig und allein unter der ausdrücklichen Bedingung deren belassen wolle, wenn die Hälfte der Besatzung von Oesterreich gestellt würde. England aber biete nichts als eine Unterhandlung über einen Soldvertrag mit Hessen und die Erneuerung solcher Verträge mit Baiern und Sachsen. Dafür verlange es die unverzügliche Absendung von fünfundzwanzig- bis dreißigtausend Mann nach den Niederlanden. Es vergesse ganz, daß Oesterreich sich nicht Bedingungen gefallen zu lassen, sondern das Recht habe, Forderungen zu stellen. Denn das Verlangen, daß Holland sein Truppencontingent bereit halte, sei in den bestehenden Verträgen gegründet. Eben so wenig habe England auf die sonstigen Vorschläge geantwortet, welche in dem Vertheidigungsplane enthalten waren. Wenn aber weder England noch Holland thatkräftig zum gemeinsamen Widerstande beitragen wollten, so könne man auch Oesterreich nicht dazu verhalten. Dennoch sei die Kaiserin zur Absendung von zehn- bis zwölftausend Mann nach den Niederlanden bereit; mehr könne sie nicht entbehren, denn sie müsse jederzeit darauf gefaßt sein, daß der König von Preußen binnen vierzehn Tagen achtzigtausend Mann aufstelle, um mit ihnen die österreichischen Staaten zu überschwemmen. Und wenn man ihr sage, daß dann die Niederlande verloren gehen würden, so müßte sie ein solches Ereigniß auf's schmerzlichste empfinden, aber auch dann noch leichter das geringere als das schwerere Uebel ertragen.

Nicht erst seit heute wisse die Kaiserin, daß England eine Politik befolge, die es ohne Zweifel für gut halte, durch welche es sich jedoch abhalten lasse von den seiner politischen Lage allein entsprechenden Maßregeln. Aber auch die Kaiserin besitze Festigkeit und Entschlossenheit genug, um vor den Folgen dieser Politik auf ihrer Hut zu sein und sich denselben nicht auszusetzen [470]). Um jedoch dem verderblichen Streite zwischen zwei Verbündeten ein Ende zu machen, und noch tiefer berührt von dem traurigen Zustande der Allianz, als von den verletzenden

Vorgängen wider sie selbst, habe die Kaiserin sich zu einem letzten Schritte und zu der offenen Mittheilung desjenigen entschlossen, was sie für ihre Verbündeten zu leisten im Stande sei, und was sie von denselben verlangen zu dürfen glaube. Sie hoffe darauf, daß man in England die Größe des Dienstes erkennen werde, welchen sie der Allianz schon durch den bloßen Entschluß leiste, an einem Kriege Antheil zu nehmen, der nicht seinem Ursprunge nach, sondern nur wegen seiner gefährlichen Folgen für sie von Bedeutung sei.

Die Kaiserin schmeichle sich mit der Hoffnung, daß noch allen Uebelständen gesteuert werden könne, wenn die erforderlichen Maßregeln nur endlich einmal mit Thatkraft und Nachdruck und mit jenem Einverständnisse ergriffen würden, welches unter Verbündeten wünschenswerth und nothwendig sei.

Was aber auch kommen möge, so werde doch der Wiener Hof niemals zu irgend etwas die Hand bieten, was unvereinbar erscheine mit seiner Selbsterhaltung, seinem Ruhme und dem wahren Besten der Allianz [471]).

Wer die Schärfe der Sprache erwägt, deren sich Kaunitz in dieser Denkschrift der englischen Regierung gegenüber bediente, der könnte leicht auf den Gedanken gerathen, Kaunitz habe nichts anderes beabsichtigt, als die Sache mit England zum Bruche zu treiben und in das von ihm schon seit so langer Zeit gewünschte Bündniß mit Frankreich zu treten. Daß jedoch eine solche Anschauung irrig wäre, geht aus einer vertraulichen Mittheilung des Grafen Kaunitz deutlich hervor. In den Tagen, in welchen er der Antwort Englands auf die österreichische Denkschrift mit Spannung entgegensah, hielt es Kaunitz für seine Pflicht, in einem ausführlichen Berichte der Kaiserin die Gesichtspunkte klar zu machen, von denen er seit der Uebernahme der Leitung der auswärtigen Geschäfte ausgegangen war. Ja sogar auf das Jahr 1749 greift er zurück, und er entwickelt nochmals die Gründe, welche ihn damals den Gedanken, der Beihülfe Frankreichs zur Wiedereroberung Schlesiens theilhaft zu werden, nicht als einen so abenteuerlichen ansehen ließen, wie er Anderen erschienen sein mochte. Aber er müsse bereitwillig zugeben, daß verschiedene Umstände, insbesondere

aber die Haltung der französischen Regierung die Verwirklichung jenes Planes vollständig vereitelten. „So lange Frankreich," sagt Kaunitz wörtlich, „zu keiner deutlicheren Sprache zu bringen ist, und vielmehr „durch das Werk selbst zu erkennen gibt, daß es bei seinen früheren „Staatsmaximen unabänderlich beharre, so lang kann auch von Eurer „Majestät nicht gewagt werden, sich neuerdings, und mehr als es „bereits geschehen ist, gegen diesen Hof bloß zu geben, und sich, wie „man zu sagen pflegt, der Art zwischen zwei Stühle zu setzen, daß das „Vertrauen der Seemächte für immer verloren würde, ohne von „anderer Seite her sichergestellt und einer verläßlichen Beihülfe Frank„reichs gewiß zu sein." Sollte aber auch die widrige Gesinnung Frankreichs jemals überwunden, und es für ein aufrichtiges Einverständniß mit Oesterreich gewonnen werden können, so wäre es dennoch sehr zweifelhaft, ob Frankreich zu vermögen sein werde, wider den König von Preußen, diesen Hauptfeind Oesterreichs Partei zu ergreifen und der Kaiserin zur Wiedereroberung Schlesiens hülfreiche Hand zu bieten.

Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, habe Kaunitz sich zwar sorgfältig gehütet, das Verhältniß zu Frankreich ein noch weniger befriedigendes werden zu lassen, als es ohnedieß sei, sein Hauptaugenmerk aber darauf gerichtet, das Bündniß mit den Seemächten zu stärken und es möglichst der Gebrechen zu entkleiden, unter denen es bisher so augenscheinlich litt. Denn diese Allianz sei noch immer als die natürlichste, sicherste und vortheilhafteste anzusehen und daher sorgfältig zu erhalten.

Hiezu sei es aber nöthig gewesen, den Seemächten gegenüber eine offene, ungeschminkte Sprache zu führen und ihnen die irrige Ansicht zu benehmen, nur auf ihre Hülfe müsse Oesterreich seine ganze Wohlfahrt bauen und allsogleich sich einschüchtern lassen, wenn ihm mit der Aufkündigung der englischen Freundschaft gedroht werde. Es sei unerläßlich, sie zu der Erkenntniß zu bringen, daß auch sie des Beistandes Oesterreichs in keiner Weise zu entrathen vermöchten. Und Englands „Uebermuth" würde sich in's Unabsehbare steigern, wenn dessen unstatthafte Vorwürfe und unanständige Drohungen nicht in gleichem Tone abgefertigt würden. Denn das lasse sich allerdings nicht leugnen, daß

auch bei dem bisherigen System, wenn dessen Gebrechen nicht verbessert werden sollten, Oesterreich keine hinlängliche Sicherheit für sich selbst und noch weniger die bundesmäßige Mitwirkung der Seemächte zu der wünschenswerthen Beschränkung der preußischen Macht zu gewärtigen habe. Da nun England selbst durch eigene Schuld sich in großer Verlegenheit befinde, so scheine der richtige Augenblick gekommen zu sein, es durch eine eindringliche Sprache zu entschiedenem Auftreten zu bewegen.

Geschehe dieß letztere, so seien drei verschiedene Möglichkeiten denkbar. Entweder entscheide sich England für thatkräftige Maßregeln im Sinne der Allianz, dann sei der Hauptzweck erreicht und zu Allem noch Rath zu schaffen. Oder es finde sich durch die Haltung Oesterreichs bewogen, zu einer gütlichen Beilegung seines Streites mit Frankreich die Hände zu bieten, dann sei wenigstens für den Augenblick die Kriegsgefahr beseitigt. Oder es ereigne sich ein drittes und England wende sich, wovon die letzten geheimen Nachrichten schon einige Andeutungen enthielten, an Preußen. Dann werde es darauf ankommen, ob König Friedrich auf die Vorschläge Englands eingehe oder nicht. Geschehe das Letztere und Wahrscheinlichere, so werde dieses Fehlschlagen seiner Entwürfe England zwingen, sich neuerdings und eifriger als je um den Beistand Oesterreichs zu bewerben. Sollte aber Preußen wider Vermuthen auf die Seite Englands sich schlagen und das Bündniß mit Frankreich verlassen, dann wäre wohl nicht zu zweifeln, daß Frankreich selbst die vollständige Aussöhnung und Verbündung mit Oesterreich suchen und auf die Annahme eines politischen Systems hinwirken würde, welches die ersten katholischen Mächte gegen die protestantischen vereinigen und die bisherige Gestalt des europäischen Gleichgewichtes völlig abändern würde.

In Englands Hände sei somit die Entscheidung über dasjenige gelegt, was Oesterreich ferner zu thun habe. Biete es zum Vergleiche mit Frankreich die Hand, dann bleibe der Friede erhalten, und dieß sei vor Allem zu wünschen und zu erstreben. Halte es fest an der bisherigen Allianz, dann müsse es zu thatkräftigem Auftreten angefeuert und hiebei von Oesterreich nachdrücklich unterstützt werden, jedoch nur

mit steter Beobachtung des Grundsatzes, daß die Vertheidigung der deutschen Erblande am wenigsten zu vernachlässigen sei. Verwerfe es aber diesen Weg, der ohne Zweifel als der sicherste und natürlichste erscheine, dann sei es klar, daß nichts Gedeihliches mehr zu hoffen sei von dem Bündnisse mit einer Macht, die zuerst den Krieg herbeiführt und dann die Mittel vernachlässigt, welche allein sie selbst und ihre Verbündeten aus der augenscheinlichsten Gefahr zu retten vermögen. Dann aber müsse auch ernstlich an die Anbahnung eines neuen Systems gedacht und, sei es durch Spanien oder durch Neapel, eine Annäherung an Frankreich versucht werden. „Ein allergnädigster Fingerzeig wird „mir genug sein," so schließt Kaunitz seinen Vortrag an die Kaiserin [472]), „meine eigenen Ideen der ewigen Vergessenheit zu widmen, wenn solche „von Eurer Majestät nicht genehmigt werden sollten. Falls sie aber „den allerhöchsten Beifall fänden, könnte ich um so getroster meine „künftigen Schritte hienach ausmessen und auf die weiteren Einleitungen „in Zeiten fürdenken."

Einen „Probirstein" nannte Kaunitz der Kaiserin gegenüber seine Denkschrift an Keith, einen Probirstein, um zu erfahren, ob auf ein verläßliches Bündniß mit den Seemächten zu hoffen oder auf ein solches nicht mehr zu zählen sei. Daß es dem Wiener Hofe Ernst war mit seinem Wunsche, wenn schon der Friede nicht erhalten bleiben könne, auf der Seite Englands einzutreten in den allgemeinen Kampf, und nicht den alten Bundesgenossen zu verlassen, um einen neuen dafür einzutauschen, das beweiset auch die Instruction, welche der kaiserliche Gesandte Graf Karl Colloredo damals erhielt [473]). Da König Georg II. sich nach Hannover begab, um seine dortigen Truppen zu mustern und sein Stammland in Vertheidigungsstand zu setzen, wurde Colloredo beauftragt, dem Könige dorthin zu folgen, sich aber zuvor noch in Wien einzufinden, um hier mit neuen Verhaltungsbefehlen versehen zu werden. So umfangreich sind dieselben, daß sie an Bartensteins voluminöse Ausarbeitungen lebhaft erinnern. Der Kern der weit ausgesponnenen Betrachtungen und Andeutungen, welche dem Grafen Colloredo an die Hand gegeben wurden, besteht übrigens nur in dem, was schon die früher angeführten Actenstücke enthalten. Die

Bewahrung des Friedens sei vor Allem, und wenn diese unmöglich, die äußerste Anstrengung zur gemeinsamen Vertheidigung zu erstreben. Dem Könige Georg, der zunächst für Hannover besorgt sei, müsse begreiflich gemacht werden, daß der ausgiebigste Schutz für dieses Land in einer zahlreichen Armee liege, die in den belgischen Provinzen sich versammle. Darum möge England zwanzigtausend Mann Hülfstruppen dahin abschicken und Holland sein Contigent stellen, das sich wenigstens auf achttausend Mann zu belaufen habe. Vereint mit der österreichischen Streitmacht, welche etwa dreißigtausend Mann zählen werde, könne man dann schon den Franzosen die Stirne bieten. Ihre übrigen Truppen müsse die Kaiserin gegen Preußen bereit halten [474]).

Die Sendung Colloredo's blieb jedoch ohne den gewünschten Erfolg, und auch Keiths Verhandlungen mit Kaunitz führten nicht zum Ziele. Noch konnten die österreichischen Vorschläge nicht nach England gelangt sein, als Keith den Grafen Kaunitz um eine kategorische Erklärung über fünf Punkte ersuchte. Ob die Kaiserin im Falle eines Angriffes auf Hannover zur Hülfeleistung bereit sei, in welcher Anzahl von Streitkräften diese Hülfe bestehen, wann sie sich in Marsch setzen werde, ob Oesterreich den Subsidienvertrag mit Baiern zu erneuern und ob es zu den Kosten des Marsches dieser Truppen beizutragen gedenke, darin bestanden die einzelnen Fragepunkte Keiths. Da auch sie nur auf die Leistungen Oesterreichs und nicht auch auf diejenigen Englands sich bezogen, konnte Kaunitz sich ihnen gegenüber nur auf seine frühere Erklärung berufen. Die letztere aber wurde von England keiner Antwort mehr theilhaft. Wohl schwand mit dem Ueberhandnehmen der Feindseligkeiten zur See und in Nordamerika die Aussicht auf Erhaltung des Friedens auf dem europäischen Festlande immer mehr. Dennoch raffte sich England nicht auf zu energischen Maßregeln, um den bevorstehenden Krieg mit Nachdruck zu führen. Noch immer verweigerte es eine befriedigende Erklärung über die Streitmacht, die es selbst auf die Beine zu bringen gedenke zu dem gemeinsamen Kampfe wider Frankreich; noch immer bestand es auf seinem Begehren, daß Oesterreich eine größere Truppenzahl nach den Niederlanden entsende. Und es unterstützte dieses Verlangen mit einer leisen Hindeutung darauf,

daß es wohl gelingen könnte, den König von Preußen zur Neutralität zu bestimmen, so daß Oesterreich seine Truppen unbesorgt gegen Frankreich zu verwenden vermöchte.

In Wien aber brachten diese Anzeichen eines günstigen Einvernehmens zwischen England und Preußen nicht die gewünschte Wirkung hervor. Selbst wenn England, wurde in der geheimen Conferenz vom 16. August 1755 gesagt, den König von Preußen von der Theilnahme am Kriege zurückzuhalten vermöchte, so sei darin nur ein Fingerzeig für Oesterreich gelegen, sich gleichfalls fern zu halten von dem Kampfe. Denn er könne doch keine andere Folge für Oesterreich haben, als seine Finanzen neuerdings zu zerrütten, sein Heer theilweise zu Grunde zu richten, die Niederlande aber als den Schauplatz des Krieges zu verwüsten. Dem Könige von Preußen würde hievon der wesentlichste Nutzen zu Theil werden. Denn während Oesterreich nur geschwächt aus dem Kampfe hervorgehen könnte, blieben seine Truppen und seine Schätze geschont, und er vermöge dann im geeigneten Zeitpunkte um so ungehinderter den Meister zu spielen. Man einigte sich daher zu dem Beschlusse, bei der obwaltenden Lage der Dinge sich eher in das kleinere Uebel zu fügen als sich dem größeren auszusetzen. Daher sei jede Feindseligkeit nach allen Seiten hin sorgfältig zu vermeiden, und Oesterreich dürfe sich selbst durch einen Einbruch Frankreichs in die Niederlande nicht aus seiner theilnahmslosen Stellung verdrängen lassen [475]).

Wir kennen nicht die innere Geschichte dieses Beschlusses, doch scheint es, als ob nicht allein das in keiner Weise zu rechtfertigende Verfahren der Seemächte [476]), sondern auch die etwas günstigeren Nachrichten aus Paris und die Erklärung der französischen Regierung, sie werde sorgfältig alles vermeiden, wodurch sie mit Oesterreich in Krieg gerathen könnte [477]), hierauf nicht ohne Einfluß geblieben wären. Auch mochten der Kaiser selbst, der Reichsvicekanzler Colloredo und diejenigen, welche einer offenen Parteinahme wider die Seemächte und Preußen abgeneigt waren, in gleichem Sinne thätig gewesen sein. Aber lang hielt man an jenem Vorhaben nicht fest, und Kaunitz sagt ausdrücklich, die Nachricht von dem wahrscheinlichen Einbruche Frankreichs in die

Niederlande habe die kaiserliche Regierung bewogen, dem Gedanken der Neutralität zu entsagen und sich rasch zu entschließen, den früheren Plan wieder aufzunehmen und Schritte zu thun zum Abschlusse eines Bündnisses zwischen Oesterreich und Frankreich. Schon am 19. und 21. August fanden neue Conferenzen statt, in welchen die Berathung über die Haltung Oesterreichs bei dem bevorstehenden Kriege wieder aufgenommen wurde. Größeres Gewicht als zuvor legte man jetzt auf die Bedenken, welche gegen die Nichtbetheiligung am Kampfe erhoben werden konnten. Der drohende Verlust der Niederlande und die Gefährdung Hannovers wurden als äußerst bedauerliche Vorkommnisse hingestellt. Außerdem sei es dem Ansehen einer Großmacht wie Oesterreich gewiß im höchsten Grade schädlich, wenn sie ruhig mit ansehe, wie ein beträchtlicher Theil ihrer Staaten vom Feinde besetzt werde. Durch Oesterreichs Nichtbetheiligung am Kriege würden dessen bisherige Alliirte und insbesondere England so empfindlich gereizt, daß wohl ohne allen Zweifel beim Abschlusse des Friedens ein Theil der Niederlande geopfert und von England benützt werden würde, um in solcher Weise zum Schaden Oesterreichs sein eigenes Interesse zu wahren.

Trotz alledem sei es jedoch noch weit gefährlicher, auf Seite Englands gegen Frankreich an dem Kampfe Antheil zu nehmen. So peinlich es nun sei, zwischen zwei so großen Uebeln wählen zu müssen, so glücklich müßte man sich preisen, wenn man einen Ausweg zu finden vermöchte, durch welchen nicht nur die bisher besorgten Gefahren beseitigt, sondern günstige Wirkungen, wenn auch nicht mit voller Bestimmtheit erwartet, so doch mit vieler Wahrscheinlichkeit gehofft werden dürften. Dieser Ausweg bestehe in dem Versuche, sich insgeheim mit Frankreich derart zu verständigen, daß dem Könige von Preußen als dem gefährlichsten Feinde Schlesien wieder entrissen und ihm gleichzeitig die Gelegenheit zur Rache im Voraus benommen werde. Man wisse wohl, daß in dem letzten Kriege der König von Preußen seinem eigenen Geständnisse zu Folge den großen Fehler begangen habe, sich mit der Einnahme von Prag allzulang aufzuhalten und nicht direct nach Wien zu marschiren. Man dürfe davon überzeugt sein, daß er einen solchen Irrthum nicht wieder begehen, sondern in dem Augenblicke, in welchem

ein Krieg gegen die Pforte die ganze Macht des Hauses Oesterreich beschäftige, seine gefährlichen Absichten verwirklichen werde. Oesterreich müsse daher bei Zeiten auf seine eigene Rettung bedacht sein. Das wirksamste Mittel hiezu bestände darin, wenn Frankreich zur Lösung seiner bisherigen Allianz mit dem Könige von Preußen, und wenn Rußland dazu vermocht werden könnte, den Letzteren mit wenigstens achtzigtausend Mann anzugreifen.

Allerdings sei es richtig, daß für Frankreich die wichtigsten politischen Gründe obwalteten, Preußen nicht fallen zu lassen, sondern durch die Macht dieses Staates diejenige Oesterreichs in Schach zu halten. Es müßten ihm also, wenn nicht größere, so doch wenigstens eben so große Vortheile angeboten werden, um Frankreich für einen solchen Gedanken zu gewinnen. Solches könne jedoch nur während eines Krieges geschehen, denn im Frieden würden sowohl Frankreich als England sich den Absichten Oesterreichs widersetzen. Während des Krieges aber fordere es Frankreichs Interesse, die Zahl seiner Feinde nicht zu vermehren. Es werde also gern zu einem gütlichen Abkommen mit Oesterreich die Hand bieten. Hiezu komme noch, daß es dem Könige von Preußen mißtraue und dieser Argwohn noch dadurch vermehrt werde, daß Preußens Interesse und Politik ihm vorschreiben, sich an dem bevorstehenden Kampfe nicht zu betheiligen. Sollte sich noch überdieß die Vermuthung eines geheimen Einverständnisses zwischen Preußen und England bestätigen, so könne ein solches Frankreich nicht verborgen bleiben und werde dessen Geneigtheit vermehren, sich den Planen Oesterreichs nicht zu widersetzen. Uebrigens falle dann der Vortheil des Bündnisses mit Preußen für Frankreich völlig hinweg. Denn wenn König Friedrich unthätig bleibe und es ruhig geschehen lasse, daß Oesterreich seine Hauptmacht gegen Frankreich gebrauche, so ziehe Letzteres aus der Allianz mit Preußen gar keinen Nutzen.

Hiezu komme noch, daß Oesterreich durch das vertragswidrige Verfahren seiner bisherigen Verbündeten in das volle Recht gesetzt werde, einen solchen Schritt zu unternehmen. Allerdings untersage der Barrieretractat, irgend etwas von den Niederlanden zu veräußern. Die Seemächte aber könnten sich auf diesen Tractat nicht berufen, denn sie

hätten ihm und den übrigen Verträgen zuerst entgegengehandelt. So habe Holland, statt seine Truppen in den Niederlanden bei anscheinender Kriegsgefahr auf 16.000 Mann zu vermehren, dieselben größtentheils aus dem Lande gezogen; ja es würde, wenn nur Frankreich darauf einginge, gar gern zur Neutralität sich entschließen und damit die ganze Grundlage des Barrieretractates umstürzen. England aber handle eben so, sobald es sich weigert, Oesterreich auf dem Continent mit seiner ganzen Macht beizustehen. Wie aber könne Oesterreich allein an die Verträge gebunden sein, wenn dessen Verbündete offen dagegen handeln.

Ein solches Zusammentreffen von Umständen werde sich sobald nicht, ja vielleicht niemals wieder ereignen. Wenn man sich dasselbe nur recht zu Nutzen mache und Frankreich zugleich wesentliche Vortheile anbiete, so sei viele Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß es auf solche Vorschläge eingehen und dadurch Oesterreich zu Ergebnissen verhelfen werde, von denen die Wohlfahrt der ganzen Monarchie abhänge und auf welche es durch seine bisherigen Verbündeten nimmermehr hoffen dürfe.

Die Vortheile, welche Frankreich anzubieten wären, beständen darin, daß man dem Infanten Don Philipp für seine Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla ein anderes und einträglicheres Gebiet in den Niederlanden zu Theil werden ließe. Der Bewerbung des Prinzen Conti um die polnische Krone, welche der König von Frankreich in Folge seiner Vorliebe für diesen Prinzen so sehr begünstige, möge man förderlich und nicht entgegen sein, an der Zustandebringung eines Bündnisses zwischen Frankreich, Spanien, Neapel und Rußland arbeiten, Frankreich aber von der Lauterkeit der Absichten Oesterreichs dadurch überzeugen, daß man ihm gestatte, sich Ostende's und Nieuports für die Dauer des Krieges zu bemächtigen. Endlich sollten den Verbündeten Frankreichs, wie Schweden, Sachsen und der Pfalz wesentliche Vortheile auf Kosten Preußens zu Theil werden, welcher Staat auf die Ausdehnung, die er vor dem dreißigjährigen Kriege gehabt, reducirt und dadurch außer Stand gesetzt werden müsse, jemals Rache zu nehmen. Gegen alle diese Zugeständnisse verlange man nichts, als

daß Frankreich der Allianz mit dem Könige von Preußen völlig entsage und sich mit Oesterreich einverstehe über die Bestreitung der Kosten, welche die Ausführung des ganzen Planes verursachen werde.

Wenn Oesterreich mit hunderttausend Mann und Rußland mit einer fast gleichen Truppenzahl den Krieg gegen Preußen begännen, dann würden wohl Schweden, Sachsen, Pfalz, ein Theil des fränkischen Kreises, ja vielleicht Hannover selbst nicht lang sich bitten lassen, an dem Kriege wider Preußen Antheil zu nehmen. Schweden wäre mit Stettin und Vorpommern, Sachsen mit Magdeburg, Pfalz mit Cleve und dem märkischen Gebiete, der fränkische Kreis durch die Entfernung der Gefahr wegen Baireuth, Hannover mit Halberstadt zu gewinnen. Dann aber könnten schon im künftigen Jahre mehr als 250.000 Mann gegen Preußen zu Felde ziehen. Die Vortheile, welche hieraus für Oesterreich erwüchsen, brauchten nicht näher erörtert zu werden. Aber auch Frankreich könnte ohne seine eigene Betheiligung an dem Kriege auf dem Festlande und bloß dadurch, daß es seinen früheren Verbündeten, dem es ohnehin nicht trauen dürfe, verlasse, Resultate erreichen, auf die es nur nach dem glücklichsten Kriege zu zählen vermöchte. Dadurch aber sei der Grundsatz verwirklicht, welcher allein der neu abzuschließenden Allianz Dauer und Kraft zu verleihen vermöge. Er bestehe darin, daß alle Betheiligten hiebei gleichmäßig Vortheile fänden.

Uebergehend auf den Weg, auf welchem zur Erreichung dieses Zieles Frankreich gegenüber die ersten Schritte unternommen werden sollten, schlägt Kaunitz vor, daß der kaiserliche Gesandte in Paris, Graf Starhemberg, welcher hiezu ausreichende Geschicklichkeit und Vorsicht besitze, von dem ganzen Zusammenhange des Planes genau verständigt und mit einer eigenhändigen Beglaubigung beider Majestäten, oder wenigstens der Kaiserin allein versehen werden möge. Dann habe Starhemberg dem Prinzen Conti insgeheim anzuvertrauen, daß er dem Könige sehr wichtige und für Conti selbst erfreuliche Geheimnisse mitzutheilen habe, wenn nur der König eine vertraute und von seiner Seite mit der gleichen Beglaubigung zu versehende Person hiezu benennen wolle. Die letztere wäre einstweilen mündlich in den neuen Plan ein-

zuweihen und hierauf die französische Antwort abzuwarten, um zu sehen, ob man sich mit Frankreich weiter einlassen könne oder nicht.

Die Absicht, um derentwillen man gerade durch Conti den ersten Antrag einbringen wolle, liege auf der Hand. Von seinem Einflusse auf den König dürfe man sich die durchgreifendste Wirkung, von der Aussicht aber, welche ihm auf die polnische Krone eröffnet würde, die lebhafteste Aneiferung zur Ausführung des ganzen Projectes versprechen. Um jedoch dem Grafen Starhemberg, der an Ort und Stelle am besten zu beurtheilen vermöge, welcher Weg am ehesten zum Ziele führen könnte, die Hände nicht allzusehr zu binden, möge ihm noch überdieß ein Schreiben an die Marquise von Pompadour zugesendet werden, um sich etwa derselben statt des Prinzen Conti zur ersten Anregung der Sache bei dem Könige von Frankreich zu bedienen [478]).

Erst wenn eine zuverlässige Verabredung mit Frankreich zu Stande gebracht sei, solle die Verhandlung mit Rußland eröffnet und mit allem Eifer betrieben, dem Petersburger Hofe jedoch nicht gleich Anfangs das ganze Geheimniß geoffenbart werden. Ihm gegenüber möge man sich vor der Hand auf die Mittheilung beschränken, daß nachdem der König von Preußen mehrmals den Verträgen entgegen gehandelt habe, jetzt die beste Gelegenheit zu seiner Demüthigung erschienen sei. Maria Theresia habe sich daher entschlossen, den König im kommenden Frühjahr mit gesammter Macht anzugreifen, wenn nur Rußland sich kraft des vierten Artikels des Vertrages vom Jahre 1746 verpflichtet erkenne, gleichzeitig mit wenigstens achtzigtausend Mann loszuschlagen.

Um das tiefste Geheimniß zu bewahren, wurde beantragt, zur Ausarbeitung und Ausfertigung der Depeschen, welche nur aus der Feder des Grafen Kaunitz und des Staatsreferendars Friedrich von Binder stammten, bloß zwei Beamte der Staatskanzlei, den Hofrath Johann Jakob von Dorn und den Archivar Elias von Hochstättern zu verwenden. Die Höfe aber, welche nicht in das Geheimniß gezogen werden sollten, seien in der Vermuthung zu bestärken, Oesterreich suche sich der Theilnahme am Kriege völlig zu entschlagen. Beobachte man sorgfältig diesen Vorsatz, dann werde die wahre Absicht Oesterreichs

wohl verborgen zu halten sein. Denn wenn gleich England, Preußen und andere Staaten argwöhnen dürften, daß man von österreichischer Seite in Frankreich an einer Neutralität oder einem engeren Einverständnisse arbeite, so werde doch nicht leicht Jemand den ganzen Plan und dessen eigentlichen Zusammenhang errathen, noch von dem Hause Oesterreich so große und standhafte Entschließungen erwarten, welche in gewissem Maße eine Trennung von dessen Verbündeten und eine Versöhnung mit dem mächtigsten seiner Feinde umfaßten.

Aber auch vom Standpunkte der bisherigen Allianz müsse der Vorschlag, wenn man ihn ohne Vorurtheil betrachte, als ein vortheilhafter angesehen werden. Denn da die Kaiserin den größten Theil ihrer Macht ohnehin nicht wider Frankreich zu verwenden vermöchte, so lang sie in der augenscheinlichsten Gefahr stünde, von dem Könige von Preußen angegriffen zu werden, so wäre ihr Bündniß für England ohnedieß nutzlos, während durch den neu ausgedachten Plan die Allianz auf den Zustand vor dem letzten Kriege zurückgeführt würde. Die Seemächte aber hätten einen desto größeren Beistand von Oesterreich zu erwarten, je weniger dessen Macht getheilt werden müsse.

Die letztere Bemerkung, derzufolge der Abschluß eines Bündnisses zwischen Oesterreich und Frankreich sogar im Interesse der Seemächte und der Allianz mit denselben gelegen sein sollte, konnte von Kaunitz selbst kaum ernstlich gemeint sein. Sie war wohl nur darauf berechnet, den Kaiser, an dessen Person Kaunitz gegen die sonstige Gewohnheit dießmal seinen Vortrag richtete, für den neuen Plan zu gewinnen. Und in der That wurde, was sonst niemals vorkam, die Genehmigung der Vorschläge des Grafen Kaunitz gleichzeitig von dem Kaiser und seiner Gemalin eigenhändig bekräftigt [479]).

Unverzüglich schritt nun Kaunitz an die Ausführung seines Planes. Noch am 21. August, an dem Tage, an welchem seine Anträge Annahme fanden, wurden in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin die Depeschen verlesen, durch welche Starhemberg von den Absichten seiner Regierung die erste Mittheilung, und nähere Andeutungen zu deren Verwirklichung erhielt. Und noch am Abende desselben Tages eilten zwei niederländische Couriere mit der wichtigen Sendung nach Paris [480]).

Selbstverständlich waren die Instructionen für Starhemberg in allen wesentlichen Punkten den Anträgen angepaßt, welche Kaunitz dem Kaiser und der Kaiserin vorgelegt hatte. Von den übrigen Schriftstücken, welche Starhemberg gleichzeitig erhielt, ist eine eigenhändig ausgestellte Erklärung, in welcher die sorgfältigste Geheimhaltung der Sache für jetzt und alle Zukunft versprochen wurde [481]), dann das Schreiben des Grafen Kaunitz an die Marquise von Pompadour zu erwähnen, dessen Starhemberg sich nur dann bedienen sollte, wenn er nicht etwa der Vermittlung des Prinzen Conti den Vorzug geben würde [482]). Endlich erhielt Starhemberg eine in französischer Sprache abgefaßte, in wenige Sätze zusammengedrängte Skizze des ganzen Planes. Er sollte sie dem Delegirten des Königs bei der ersten Zusammenkunft vorlesen, und ihm zwar gestatten, sich die wichtigsten Punkte zu notiren, ihm aber eine Abschrift durchaus nicht verabfolgen.

Es ist darin gesagt, daß die Kaiserin gern den allgemeinen Frieden erhalten und sich nur mit Widerwillen in die Nothwendigkeit versetzt sehen würde, an einem Kriege gegen Frankreich Antheil zu nehmen. Die für Frankreich so ungünstigen Ereignisse in Amerika seien völlig unerwartet gekommen, und die Kaiserin habe dieselben lebhaft bedauert. Uebrigens hätten ihre Verbündeten schon ihren Beistand in Anspruch genommen, und ohne eben so gerechte als mächtige Gründe werde sie sich der ausschließlich einen defensiven Charakter an sich tragenden Verpflichtungen gewiß nicht entschlagen, welche sie gegen dieselben eingegangen sei. Sie habe jedoch Ursache zu der Vermuthung, daß England sich durch die Vermittlung protestantischer Höfe mit dem Könige von Preußen zu verbünden oder ihn wenigstens durch russische Streitkräfte nur zu dem Ende in Schach zu halten suche, um in solcher Weise die Interessen der katholischen Religion, so wie der Häuser Oesterreich und Bourbon seinen besonderen Absichten zu opfern. Diese durchaus nicht grundlosen Vermuthungen hätten lebhafte Unruhe und gerechten Verdacht in der Seele der Kaiserin erweckt, und sie auf den Gedanken gebracht, den Versuch zu wagen, ihre eigenen Interessen mit denen des Hauses Bourbon in Uebereinstimmung zu bringen. Nur blinde Leidenschaftlichkeit und alte Vorurtheile hätten bis jetzt das

Zustandekommen eines so heilsamen und für die Aufrechthaltung der katholischen Religion und der Ruhe Europa's so wünschenswerthen Werkes vereitelt.

Man beabsichtige daher sich mit Frankreich über einen Plan zu verständigen, durch dessen Annahme beide Theile volle Sicherheit erhielten. Dem Infanten Don Philipp würde ein Ländergebiet in den Niederlanden zugewiesen, dem Prinzen Conti aber die polnische Krone verschafft werden. Außerdem wolle man Frankreich in günstige Beziehungen zu Rußland bringen, und Spanien gewinnen für den gemeinschaftlich zu verabredenden Plan, endlich den Verbündeten Frankreichs Vergrößerungen verschaffen. Hiegegen müsse Frankreich der Allianz mit dem Könige von Preußen entsagen, der ja gleichfalls bereit sei, Frankreich seinen eigenen Absichten und dem Bündnisse aufzuopfern, welches er zwischen den protestantischen Mächten zu Stande zu bringen trachte [483]). Ueber die Kosten der Ausführung dieses Planes werde man sich mit Frankreich verständigen.

Aus dem Vortrage des Grafen Kaunitz an den Kaiser und die Kaiserin, aus der Instruction für Starhemberg und aus den Mittheilungen, mit welchen Kaunitz selbst die letzteren begleitete, sind die wahren Absichten des Wiener Hofes ganz unzweideutig zu entnehmen. Sie gingen wenigstens jetzt noch nicht dahin, Frankreich zur offenen Theilnahme an dem Kampfe gegen Preußen zu bewegen; man wollte sich damit begnügen, daß Frankreich es ruhig geschehen lasse, wenn Preußen von Oesterreich, Rußland und wo möglich noch anderen kleineren Mächten mit Krieg überzogen werde. Nur auf ein Geldopfer von Seite Frankreichs, um damit Rußland zu gewinnen, glaubte man nicht verzichten zu dürfen.

„Ich kann mir leicht vorstellen," schrieb Kaunitz am 21. August an Starhemberg, „welche Menge verschiedener Ideen sich Ihnen bei „Durchlesung des kaiserlichen Rescriptes vor Augen legen wird." Und so war es denn auch in der That, denn eine größere Ueberraschung, als Starhemberg sie in dem Augenblicke des Empfanges der neuen Instructionen empfand, kann fürwahr nicht gedacht werden. Auf's tiefste

war er durchdrungen von der Größe der Aufgabe, welche ihm gestellt wurde. Kaunitz selbst charakterisirt sie in einer späteren Denkschrift mit den Worten: „Eine Großmacht war mit der Ueberzeugung zu „durchdringen, daß ihr ganzes bisheriges politisches System sich in „entschiedenem Widerspruche befinde mit ihren wahren Interessen. Man „mußte ihr beweisen, daß das Mittel, das sie für das einzige ansah, „um sich aus ihren Verlegenheiten England gegenüber zu ziehen, zu „dem beabsichtigten Zwecke nicht tauge, und daß sie einen falschen Weg „einschlage, wenn sie fortfahre, den König von Preußen zu unterstützen, „den sie bisher als den Knotenpunkt all ihrer Bündnisse ansah. Mit „einem Worte," fährt Kaunitz fort, „es handelte sich darum, die alte „Rivalität Frankreichs gegen das Haus Oesterreich vollständig aus„zurotten und den nationalen Charakter eines ganzen Ministeriums „gründlich umzuformen. Es war dieß eine Aufgabe, welche die Vor„sehung allein einzugeben, zu lenken und gelingen zu machen vermochte; „unter ihrer Leitung war es auch, daß man an's Werk schritt" [484]).

Fünfzehntes Capitel.

Verhandlungen mit Frankreich.

Am Schlusse des Schreibens, mit welchem Kaunitz dem Grafen Starhemberg dessen neue Instructionen übersandte, sprach er die Hoffnung aus, die Vorsehung werde Starhemberg dazu auserfehen haben, dasjenige glorreich auszuführen, wozu sich ihm selbst während seines Aufenthaltes in Paris gar kein Anlaß habe darbieten wollen [485]). Die Ergebnisse der ersten Bemühungen Starhembergs schienen jedoch einer solchen Erwartung nur wenig zu entsprechen. Am 29. August 1755 empfing Starhemberg die Instructionen, am zweiten Tage darauf wandte er sich an die Marquise von Pompadour, welche seine Mittheilungen wohlwollend aufnahm [486]). Warum er sich der Vermittlung des Prinzen Conti nicht bediente, ist aus Starhembergs Berichten nicht ganz klar zu entnehmen [487]). Doch geht aus einem Rescripte der Kaiserin an Starhemberg hervor, der Letztere habe sich darum an die Pompadour gewendet, weil sie als die eigentliche Vertrauensperson des Königs anzusehen war. Hätte man sie nicht in das Geheimniß gezogen, so wäre von ihr vielleicht eine nachtheilige Einwirkung zu besorgen gewesen [488]).

Dem Wunsche der Kaiserin ungesäumt Folge gebend, bestimmte der König von Frankreich eine Person seines Vertrauens zur Führung der geheimen Verhandlung mit Starhemberg. Es war dieß der Abbé von Bernis, ein Günstling der Pompadour, der er schon in ihren früheren Lebensverhältnissen nahe gestanden war. Allsogleich begann er die Verhandlungen mit Starhemberg; über die ersten Besprechungen

fehlen uns jedoch die Berichte, und wir wissen darüber nichts, als daß die erste Zusammenkunft am 3. September zu Sevres in einem kleinen Landhause stattfand, welches der Marquise von Pompadour gehörte, unterhalb der Terrasse des Schlosses von Bellevue lag und nach der damaligen Mode Bagatelle, Brimborion, nach Anderen auch Babiole genannt wurde. Die zweite Conferenz fand am 7. September in der Wohnung, welche Bernis in den Tuilerien eingeräumt war, die dritte aber zwei Tage später in dem Hause Starhembergs statt. In dieser letzten Besprechung wurde die Antwort niedergeschrieben, welche Bernis im Namen des Königs auf die Vorschläge der Kaiserin ertheilte [489]).

In neunzehn Punkte ist sie gekleidet, als deren erster der Ausdruck des Wunsches erscheint, von nun an eine Grundlage zu gewinnen zu einer beständigen und unerschütterlichen Vereinigung zwischen den beiderseitigen Staaten. So wie der König erfreut gewesen sei über die Erklärung der Kaiserin, daß die Ereignisse in Amerika sie mit Bestürzung erfüllt hätten, so erstaunt sei er doch auch über die Mittheilung, daß der König von Preußen daran denken solle, sein Bündniß mit Frankreich demjenigen mit England zum Opfer zu bringen. Nicht der leiseste Verdachtsgrund habe bis jetzt darauf hingedeutet. Ohne die überzeugendsten Beweise und die wichtigsten Beweggründe vermöchte aber der König nicht mit seinen Verbündeten zu brechen, ja nicht einmal ihre Treue auch nur im geringsten zu bezweifeln. Die Kaiserin möge ihm daher mit vollem Vertrauen die Anhaltspunkte mittheilen, durch welche sie zu dem Schlusse gelangt sei, daß zwischen Preußen und England geheime Unterhandlungen stattfänden zum Schaden der katholischen Religion, zum Nachtheile Oesterreichs und Frankreichs. Je mehr sie aber Ursache habe zum Mißtrauen wider England, um so gewisser hoffe der König auf ihren Beistand zur Verwirklichung seiner Absicht, an jenem Staate Rache zu nehmen für die ihm von dorther widerfahrenen Insulten. Zu diesem Ende wäre es vor Allem nöthig, durch vorläufige Verabredungen jeden Friedensbruch zwischen Oesterreich und Frankreich zu verhindern. Vor Allem müßten die beiden Mächte sich verpflichten, Niemanden beizustehen, der im Widerspruche mit dem Vertrage von Aachen und den darin enthaltenen Gewährleistungen zu handeln

sich anschickte. In einem späteren Tractate könnte man mit Zuziehung Spaniens und Neapels über die Bedingungen sich einigen, unter welchen der Austausch der italienischen Herzogthümer gegen ein Aequivalent in den Niederlanden zu Gunsten des Infanten Don Philipp stattfinden solle. In die abzuschließende Allianz wären auch Rußland und die übrigen Verbündeten der beiden Mächte, über welche man sich speciell verständigt haben würde, einzubeziehen. Durch eine geheime Verabredung seien die französischen Truppen in Ostende und Nieuport einzulassen, ohne hiedurch die Eigenthumsrechte der Kaiserin irgendwie zu gefährden. In solcher Weise könnte eine verläßliche Grundlage gewonnen werden zu einer starken, ja vielleicht immer dauernden Allianz.

So unbestimmt auch die Antwort des Königs von Frankreich gehalten sein mochte, in einem Punkte war sie doch deutlich und klar, in der Weigerung, zu irgend einem feindseligen Schritte gegen Preußen die Hand zu bieten oder einen solchen auch nur stillschweigend zuzulassen. Jetzt darf man sich darüber nicht wundern, denn man weiß, daß gerade zu jener Zeit Frankreich sich eifrig bemühte, Preußens bewaffneten Beistand wider England zu erlangen. Aber auch damals war es natürlich, daß Frankreich, obgleich es im vorigen Kriege von Preußen wiederholt im Stiche gelassen worden war, sich doch nützlichere Dienste von demselben als von Oesterreich versprach. Frankreich war es vor Allem um Kriegshülfe gegen England zu thun; von Oesterreich, das auch jetzt noch sein Defensivbündniß mit dem letzteren Staate als fortbestehend anerkannte und offen erklärte, es hoffe zuversichtlich darauf, Frankreich werde jedem Gedanken an die Besetzung Hannovers entsagen [490]), durfte es sich aber eine solche so leicht nicht versprechen. Ungleich größere Erwartungen glaubte man in dieser Beziehung von Preußen, schon wegen dessen geographischer Lage und der Spannung zwischen den Königen Friedrich und Georg hegen zu dürfen.

Von großem Interesse ist die Art, in welcher Kaunitz über die französische Antwort sich ausspricht. Er verkennt nicht, daß die letztere einer förmlichen Ablehnung gleich komme. Frankreich halte an dem Bündnisse mit Preußen um so eifriger fest, als es nicht mit Unrecht

behaupte, nach dem Vorschlage Oesterreichs werde Frankreichs mächtigster Alliirter, der König von Preußen mit dem Verderben bedroht, während den Verbündeten Oesterreichs kein Nachtheil widerfahre. Dem gegenüber wolle nun Frankreich, daß Oesterreich nicht nur still sitze, sondern dazu behülflich sei, seine eigenen Verbündeten, die man als die Angreifer hinstellen werde, zu Grunde zu richten, ohne einen anderen Vortheil davon zu haben, als jetzt der Ruhe genießen und abwarten zu dürfen, bis es selbst an die Reihe komme. Hierauf dürfe man jedoch nun und nimmermehr eingehen. Es entstehe vielmehr die Frage, ob man nicht zu dem schon früher gefaßten Beschlusse, von dem Kampfe sich fern zu halten, neuerdings zurückkehren solle. Denn die Sache wegen Preußen noch weiter zu treiben, sei in keiner Weise räthlich. Es wäre unverantwortlich gewesen, eine vortheilhaft erscheinende Gelegenheit unbenützt vorübergehen zu lassen. Doch die Ereignisse vermöge man nicht zu erzwingen, sondern nur vorzubereiten, um sie dann, wenn sie sich wirklich einstellten, gehörig zu benützen. Wider alle Vernunft wäre es jedoch gehandelt, auf einer anscheinend noch so glücklichen Idee allzu hartnäckig zu verharren, wenn die entscheidenden Umstände ihr ungünstig seien.

Ungleich ersprießlicher und ehrenvoller für Oesterreich als die bloße Neutralität wäre es jedoch, wenn durch sein Auftreten dem Ausbruche des Krieges auf dem europäischen Festlande überhaupt vorgebeugt werden könnte. Man solle daher erklären, daß der Kaiserin die Ereignisse in Amerika zu fern lägen, um zu entscheiden, wer dort der Angreifer gewesen sei, daß sie jedoch selbst nicht nur den Aachner Frieden gewissenhaft zu beobachten, sondern bei Spanien und anderen Mächten auf eine Vereinbarung anzutragen gedenke, derzufolge gemeinschaftlich wider denjenigen Partei ergriffen werde, welcher zuerst die Feindseligkeiten auf dem europäischen Festlande eröffne. Es sei zu hoffen, daß mehrere Staaten einer solchen Erklärung sich anschließen, ja daß sogar Frankreich und England den Krieg in Europa nicht ungern vermeiden würden [491]).

Am 24. September wurde über Starhembergs Berichte und die Vorschläge des Grafen Kaunitz in einer Conferenz berathen, bei welcher

der Kaiser und die Kaiserin, dann außer Kaunitz noch Ulfeld, Colloredo, Khevenhüller und Batthyany anwesend waren. Die Anträge des Grafen Kaunitz wurden genehmigt, und am 27. September ging der Eilbote nach Paris, welcher Starhemberg neue Instructionen überbrachte. Aus denselben war nicht nur der Gedanke eines Angriffskrieges gegen den König von Preußen vollständig beseitigt, sondern es wurde darin unzweideutig erklärt, daß man unter den obwaltenden Umständen gänzlich davon abstehe. Denn die französische Antwort habe, so heißt es darin, die ganze Grundlage umgestürzt, auf welche der österreichische Plan gebaut gewesen sei. Freilich könne nun auch von den Anerbietungen nicht mehr die Rede sein, welche man hieran geknüpft habe [492]). Und ebensowenig sei man im Stande, die Hände zu bieten zur Verwirklichung der Begehren der französischen Regierung, welche Oesterreich den einzigen Gewinn, den es gesucht, versage, und dennoch der Vortheile theilhaft werden möchte, die man ihr unter jener Bedingung in Aussicht gestellt habe.

Der Vorschlag Frankreichs, nicht allein einen förmlichen Neutralitätsvertrag mit ihm einzugehen, sondern noch überdieß England als den Friedensbrecher anzusehen und zu erklären, ja wider dasselbe offen Partei zu ergreifen, sei für Oesterreich ganz unannehmbar. Man würde sich dadurch für die Zukunft völlig in die Gewalt Frankreichs begeben, und das in dem Augenblicke, in welchem diese Macht ihre Vorliebe für Oesterreichs gefährlichsten Feind und ihre Absicht, festzuhalten an dem Bunde mit ihm, offen zur Schau trage. Nimmermehr könne der Kaiserhof zu einem solchen Verfahren sich verstehen. Aber dazu sei er gerne bereit, sich, wenn Frankreich es billige, mit Spanien und anderen Mächten zu gemeinschaftlicher Parteinahme gegen denjenigen zu vereinigen, welcher zuerst auf dem Festlande Europa's den Krieg beginne.

Von Kaunitz' eigener Hand war in diesem Sinne die Antwortsnote abgefaßt, welche Starhemberg beauftragt wurde, dem französischen Unterhändler zu übergeben.

In der späteren Denkschrift, welche wir über diese Verhandlungen von Kaunitz besitzen, behauptet er, daß die Erklärung, Oesterreich

trete von seinem Projecte zurück, nur eine scheinbare und darauf berechnet gewesen sei, Zeit zu gewinnen, um Frankreich sowohl von der Aufrichtigkeit der Anerbietungen des Kaiserhofes, als davon zu überzeugen, daß der König von Preußen es früher oder später verlassen werde. Man habe also vor der Hand nur darnach getrachtet, die Verhandlung nicht abbrechen zu lassen und das aufkeimende Mißtrauen gegen Preußen zu nähren. Denn man habe nicht gezweifelt, König Friedrich werde selbst die Mittel zur Steigerung desselben an die Hand geben.

Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Gedanken wirklich schon damals die maßgebenden für den Wiener Hof waren, oder ob Kaunitz dieselben nur später als solche hinstellte, um sein Verfahren um so folgerichtiger erscheinen zu lassen. Wie dem aber auch sein mochte, am 4. October traf der österreichische Courier bei Starhemberg ein, der damals mit dem königlichen Hofe in Fontainebleau sich befand. Allsogleich richtete Starhemberg die weitere Mittheilung an Bernis; aber die französische Antwort ließ eine Woche auf sich warten. Und als sie endlich kam, bestand sie in nichts anderem als in dem Begehren nach deutlicherer Erläuterung der Vorschläge Oesterreichs [493].

Ein eigenthümliches Zusammentreffen ist es, daß die Antwort der Kaiserin auf die französische Erklärung durch die Entbindung verzögert wurde, in welcher sie die Erzherzogin Antonie, jene Prinzessin zur Welt brachte, deren ganzer späterer Lebenslauf mit dem österreichisch-französischen Bündnisse in so enge Verbindung trat, deren Verheiratung nach Frankreich gewisser Maßen als sichtbares Zeichen dieser Allianz galt, und welche zuletzt das beklagenswerthe Opfer derselben wurde. Aber damals kamen derartige Gedanken selbstverständlich Niemand in den Sinn; Kaunitz meldet nur dem Grafen Starhemberg die am 2. November erfolgte glückliche Niederkunft der Kaiserin. „Da aber Ihre „Majestät", so fügt er hinzu, „die gewöhnlichen Wochen nicht auszu„halten, sondern den Geschäften nur allzugeschwind sich wieder zu „unterziehen pflegen, so hoffe ich binnen wenig Tagen die Antwort „ertheilen zu können" [494].

Am 20. November fand in Gegenwart der Kaiserin und der sonstigen Theilnehmer an der Staatsconferenz die Berathung über die Antwort statt, auf welche man nach Starhembergs Berichten in Paris schon mit ziemlicher Ungeduld wartete.

Noch immer müsse, wurde auch bei dieser Berathung wieder von Kaunitz entwickelt, das Hauptaugenmerk der österreichischen Regierung auf den König von Preußen und darauf gerichtet sein, seine allzusehr angewachsene Macht wieder zu schwächen. Nur auf zweifachem Wege, entweder mit Hülfe der bisherigen Verbündeten oder mit derjenigen Frankreichs vermöge man dieß zu erreichen. Zu dem Wege müsse man sich entschließen, welcher am ersten zum Ziele zu führen verspreche. So lang aber hiezu keine Hoffnung vorhanden sei, dürfe man sich wenigstens für die Zukunft keinen dieser beiden Wege versperren. Daher könne kein Krieg, welcher nicht unmittelbar gegen den König von Preußen gerichtet sei, Oesterreich zu wesentlichem Vortheil gereichen. Wohl aber sei von einem solchen Kampfe großer Nachtheil zu besorgen, und er müsse daher so viel als nur immer möglich vermieden werden.

Da nun Frankreich nicht die geringste Neigung gezeigt habe, dem Bunde mit Preußen zu entsagen, ja vielmehr gerade das Gegentheil klar zu erkennen gebe, so dürfe man nicht weiter in dasselbe dringen. Aber das müsse man ihm gleichfalls klar machen, daß es die Vortheile, auf welche man ihm früher Aussicht eröffnet und um die es ihm wahrhaft zu thun sei, auf dem eingeschlagenen Wege nimmermehr erreiche. Denn niemals werde man den Versprechungen Frankreichs zu trauen im Stande sein, so lang man besorgen müsse, daß es mit Preußen in engerer Verbindung als mit Oesterreich bleibe. Um jedoch die französische Regierung, welche sich in der letzteren Zeit doch immerhin günstiger gesinnt zeige als früher, nicht völlig zurückzustoßen und die geheime Verhandlung mit ihr nicht vollständig abzubrechen, sei ihr eine zuvorkommende, wenn gleich nicht entscheidende Antwort zu ertheilen. Wolle Frankreich hauptsächlich Zeit gewinnen, so sei dieß auch für Oesterreich erwünscht. Selbst in Frankreich werde man einsehen müssen, daß der Wiener Hof, ohne von Frankreichs eigentlichen Absichten genauer unterrichtet zu sein, unmöglich weiter gehen könne [495]).

In diesem Sinne waren denn auch die neuen Instructionen, die am 22. November an Starhemberg abgesendet wurden, und die Erklärungen abgefaßt, welche derselbe gegen Bernis auszusprechen hatte. Aber nicht nur dieser allein, sondern auch der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Rouillé, und der erste Beamte dieses Ministeriums, der Abbé de la Ville waren vollständig, der Marineminister Machault und der Generalcontrolor Sechelles wenigstens theilweise in das Vertrauen gezogen worden. Und man sah es in Wien als eine günstige Vorbedeutung an, daß das Gleiche nicht auch mit Belleisle und d'Argenson geschehen war. Denn sie hielt man, und wohl mit Recht, für die eifrigsten und gefährlichsten Repräsentanten des Systems, welches in dem vorigen Kriege seinen Ausdruck gefunden hatte, und das darin bestand, im Bunde mit Preußen Oesterreich zu bekriegen.

Man war sich in Wien vollständig bewußt, daß man in Versailles mit der so lang schon erwarteten Antwort nicht zufrieden sein und nichts darin erblicken werde, als eine Wiederholung des schon früher Gesagten. Das aber lag gerade in der Absicht des kaiserlichen Hofes, denn um jeden Preis wollte er es vermeiden, sich vorzeitig bloß zu geben und seine Stellung vielleicht nach allen Seiten hin zu compromittiren. Ruhig wollte er abwarten, ob denn die Versprechungen, die er Frankreich gegenüber gemacht, dort gar keine Wirkung hervorbringen würden, und ob nicht der lebhafte Wunsch, die gegebenen Zusagen der Verwirklichung näher gebracht zu sehen, Frankreich nach und nach geneigter machen werde zu einer Veränderung seines bisherigen politischen Systems.

„Diese erste Epoche unserer Verhandlungen", sagt Kaunitz in seiner späteren Denkschrift, „war nur erfüllt mit Zweifel und Miß„trauen, mit Unentschlossenheit und Ungewißheit der peinlichsten Art. „Von England verlassen, oder doch zum Mindesten überzeugt, daß wir „von dort nichts zu hoffen haben gegen des Hauses Oesterreich ge„bornen Feind, besorgten wir jeden Augenblick, von Frankreich zu der „im Aachner Frieden verabredeten Garantie gegen England aufgefordert, „oder im günstigsten Falle zu einer für die Gegenwart unvortheil„haften, für die Zukunft aber verderblichen Neutralität gezwungen zu

„werden. Denn indem sie allen unseren Feinden freien Spielraum „wider uns gegönnt hätte, würde sie uns unserer alten Freunde un„widerruflich beraubt haben. Dennoch hätte in jenem unglücklichen „Augenblicke die Rücksicht auf die Gegenwart es über jene auf die „Zukunft davon tragen müssen, und wir wären ohne allen Zweifel auf „eine einfache Neutralität eingegangen, wenn Frankreich dieß in einer „Weise von uns verlangt hätte, daß von einer Ablehnung die Herbei„führung des Krieges zu befürchten gewesen wäre. Aber wie groß war „unsere Freude, als unsere Besorgnisse plötzlich durch die Antwort „zerstreut wurden, welche uns Frankreich am 28. Dezember ertheilte."

„Diese günstige Veränderung," fährt Kaunitz fort, „verdankte man „nur der äußersten Sorgfalt, mit welcher man während des ganzen Laufes „der Verhandlung sich bemüht hatte, dem Könige von Frankreich eine „vortheilhafte Idee von der Aufrichtigkeit, der Entschlossenheit und der „Seelengröße Ihrer kaiserlichen Majestäten beizubringen, und in der „That konnte man deren Plane und Absichten nicht besser vertreten, als „dieß von Seite des Grafen Starhemberg geschah."

Wenn man jedoch die Antwort der französischen Regierung zum ersten Male durchliest, so vermag man nur schwer und allmälig zu begreifen, daß sie am Wiener Hofe einen so freudigen Eindruck hervorbrachte. Der Inhalt derselben weiset allerdings auf die steigende Erbitterung gegen England, aber keineswegs darauf hin, daß man die bisherige Allianz mit Preußen zu lösen gedenke. Ausdrücke der Verwunderung und des Bedauerns kommen darin vor, daß der Wiener Hof auf dem Gedanken beharre, die Staaten des Königs von England auf dem europäischen Festlande vor einem Angriffe bewahrt zu sehen. Seit der Eröffnung des englischen Parlamentes und seit den Adressen der beiden Häuser an den König sei man in Frankreich fest entschlossen, sich aller nur möglichen Mittel zu bedienen, um an England Rache zu nehmen für die von dorther empfangenen Beleidigungen [496]). Nur die Zurückstellung der weggenommenen Schiffe könne noch den Weg bahnen zu neuen Verhandlungen, um die amerikanischen Streitfragen zu schlichten. Erfolge dieselbe jedoch nicht, dann würden weder der Kaiser und die Kaiserin, noch die übrigen Verbündeten Englands den

französischen Truppen den freien Durchzug durch ihre Länder verweigern können, um die Besitzungen des Königs von England sowohl als der englischen Nation anzugreifen und sie Beide in solcher Weise zu einem billigen Ausgleiche zu zwingen. Denn die unbeschränkte Freiheit, in jene Gebietstheile vorzudringen, müsse sich Frankreich für jeden Fall bewahren. Darum könnten dieselben auch unmöglich in die Gewährleistung einbegriffen werden, welche man hinsichtlich der Länder Oesterreichs und Frankreichs, so wie der sonstigen Verbündeten dieser beiden Mächte einzugehen bereit sei. Willige England nicht in die Zurückstellung der Schiffe und entzünde sich darüber der Krieg, so könne Oesterreich strenge Neutralität beobachten. Doch müsse es nachdrücklich dahin wirken, daß sowohl den russischen als den hessischen oder anderen von England in Sold genommenen Truppen der Durchzug verweigert werde. Gelinge es trotzdem den Russen, sei es Frankreich, sei es einen seiner Verbündeten zu bedrohen, so müsse Oesterreich den französischen Streitkräften freien Durchzug gewähren, um derlei Unternehmungen Schranken zu setzen. Wenn zwischen Oesterreich und Frankreich hierüber völliges Einverständniß bestehe, dann werde auch kein Staat in Europa es wagen, die Ruhe auf dem Festlande zu stören.

„Statt uns," läßt sich Kaunitz über diese Erklärung Frankreichs vernehmen, „dadurch in Verlegenheit zu bringen, daß es unsere Ge-„währleistung des Aachner Friedens forderte, schlug es uns eine voll-„ständige Neutralität für den Fall, daß zwischen England und Frank-„reich ein Krieg in Europa ausbreche über ihren amerikanischen Streit, „einen Freundschafts- und Garantievertrag mit Frankreich und dessen „Alliirten, endlich eine definitive Verabredung über die Differenzen vor, „welche durch den Aachner Frieden noch nicht ausgeglichen wurden."

„Freilich waren die Vorschläge Frankreichs von wenig ange-„nehmen Bedingungen begleitet. Außerdem bezogen sie sich nicht auf un-„seren großen Zielpunkt, ja sie schienen uns sogar von demselben weiter „zu entfernen. Aber sie gewährten uns doch wenigstens Zeit, wieder „Athem zu schöpfen. In Folge der uns gemachten Vorschläge brauchten „wir nicht zu besorgen, von Frankreich angegriffen zu werden, und wir

„konnten nunmehr mit beruhigteren Sinnen nachdenken über den Weg, „welchen wir einzuschlagen hatten."

Der Vortheil wenigstens, welcher in diesem Zeitgewinne lag, wurde von der österreichischen Regierung ausgiebig benützt. In der Nacht vom 12. auf den 13. Jänner 1756 war die Antwort Frankreichs in Wien eingetroffen; erst zehn Tage später, am 23. Jänner fand die Conferenz statt, in welcher auch jetzt wieder in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin über die Schritte berathschlagt wurde, welche Frankreich gegenüber geschehen sollten. Die Hauptfrage bestand darin, ob es trotz der Ungewißheit, in der man sich befand, Frankreich in naher Zukunft von dem Bündnisse mit Preußen loslösen zu können, doch für Oesterreich gerathen sei, sich mit Frankreich durch einen Freundschafts- und Garantievertrag zu verbünden. Mit größter Sorgfalt erwog man die Gründe für und wider eine solche Allianz. Ein Verbündeter Frankreichs, so wurde gegen dieselbe bemerkt, könne nicht gleichzeitig ein solcher für England sein, indem die Interessen dieser beiden Mächte jederzeit in directem Gegensatze zu einander stünden. Eine Allianz mit Frankreich werde Oesterreich vielleicht mit Rußland entzweien. Man dürfe Frankreich nicht trauen; sobald das Bündniß mit ihm den Kaiserhof seiner Alliirten beraubt habe, werde es ihn im Stiche lassen, von Freunden verlassen, von Feinden umgeben. Ueberhaupt sei es ein politisches Hirngespinnst, das Haus Oesterreich sich mit Frankreich verbünden zu sehen. Alle Welt werde sich beschweren über den Umsturz des politischen Systems, England aber Vorwürfe erheben über Undankbarkeit. Vor fünfzehn Jahren habe es beigetragen die österreichische Monarchie zu retten, und jetzt werde es vom Kaiserhofe verlassen.

Diesen Einwendungen stellte man die Gründe gegenüber, welche zu Gunsten der französischen Vorschläge sprachen, und schon die Ausführlichkeit, mit der sie entwickelt wurden, zeigt ziemlich deutlich, wohin die Vorliebe der maßgebenden Personen sich neigte. Dasselbe Motiv, heißt es darin, welches die Engländer dazu bewegt, das Bündniß mit Oesterreich zu suchen, sollte das Letztere davon zurückhalten. Denn für

England sei Oesterreich nur gut genug, sich dessen gegen Frankreich zu bedienen. Oesterreichs Bedrohung durch die Türken habe England niemals berührt, und weit davon entfernt, sich Englands Hülfe gegen Preußen versprechen zu dürfen, sei jeder Vortheil, den man durch eigene Anstrengung gegen Preußen erringe, im Widerspruche mit Englands Politik. Es wolle die Vergrößerung Oesterreichs nicht, und sogar sein Verderben wäre ihm gleichgültig, weil es Oesterreich durch den König von Preußen zu ersetzen gedenke. Es beabsichtige nichts als Oesterreich in Streit mit Frankreich zu bringen, und es freue sich, wenn sich die beiden katholischen Mächte in demselben erschöpften; sowohl durch seine religiösen wie seine commerziellen Interessen werde es nach dieser Richtung gedrängt. Das Bündniß mit England sei also für Oesterreich nutzlos gegen zwei seiner gefährlichsten Feinde, Preußen und die Pforte. Wider den dritten, unter welchem man Frankreich verstand, sei es noch überdieß schädlich, weil es diese Macht verlocke, jederzeit ihre größten Anstrengungen direct gegen Oesterreich zu kehren, und weil das Letztere in jedem Streite zwischen jenen beiden Mächten dem Angriffe Frankreichs preisgegeben sei, auch wenn ein solcher Streit es gar nicht berühre, und es am allerwenigsten sich irgend einen Vortheil davon versprechen dürfe. Selbst wenn man also über das Bündniß mit Frankreich dasjenige mit England verliere, so werde Oesterreich künftighin statt vor drei, nur mehr vor zwei Feinden sich hüten müssen.

Das Bündniß Oesterreichs mit Rußland beruhe auf der ähnlichen Stellung beider Mächte gegen die Türkei; hieran werde sich aber auch in Zukunft nichts ändern. An einem anderen Kriege als gegen die Pforte werde Rußland nur auf Grundlage reichlicher Subsidien sich betheiligen, England ihm deren jedoch niemals zu Gunsten Oesterreichs gewähren. Darum dürfe man sich auch keine Hülfe von Seite Rußlands versprechen, noch weniger aber besorgen, daß es mit Preußen jemals gemeinschaftliche Sache gegen Oesterreich mache; sein eigenes Wohl, seine eigene Sicherheit stünden dem entgegen. Selbst wenn also auch einige Erkaltung zwischen Oesterreich und Rußland eintreten sollte, so werde dieselbe weder von Dauer noch von gefährlichen Folgen sein.

Noch geringere Beachtung verdienten die Einwendungen, welche gegen die Verläßlichkeit Frankreichs vorgebracht würden. Vor der Durchführung des Tractates werde es sein Wort nicht brechen wollen, weil es eben der Vortheile desselben theilhaft zu werden wünsche. Nach seiner Verwirklichung wäre dieß eher zu besorgen, und man müsse sich dagegen sicher zu stellen suchen. Aber sei nicht das Gleiche von jeder Macht, und vor Allem von England zu besorgen? Ein Bündniß Oesterreichs mit Frankreich sei nicht in höherem Grade ein Hirngespinnst, als es der Vertrag von Hannover oder selbst der von Aranjuez gewesen. In dem ersteren Falle habe England, Oesterreichs Alliirter, sich gegen dieses Oesterreich mit Frankreich, in dem zweiten Falle Spanien, Frankreichs Alliirter, sich mit Oesterreich verbündet, welches zu England in Freundschaftsbeziehungen stand.

Feststehende politische Systeme gebe es nicht; das Richtige und einzig Wahre könne auch in der neuen politischen Gruppirung bestehen. Endlich sei es nicht Oesterreich, welches England verlasse, sondern es sei von demselben verlassen worden. Es habe ihm seine Anerbietungen gemacht und keine Antwort darauf erhalten. Im Gegentheile habe England erklärt, ohne die Mitwirkung Hollands vermöge es nichts für den Continent zu thun; jetzt rathe es selbst den Holländern, mit Frankreich einen Neutralitätsvertrag zu schließen. Wenn Oesterreich ein Gleiches thue, handle es nur nach Englands Begehren; dem Letzteren stehe daher auch kein Recht zu Vorwürfen zu.

Es wird hier absichtlich etwas länger bei der Widerlegung verweilt, mit welcher man die Einwendungen gegen den beabsichtigten Systemwechsel zu entkräften versuchte. Aber nicht in der Meinung geschieht es, daß dieser Versuch überall gelungen sei, sondern nur um die Gesichtspunkte klar an's Licht treten zu lassen, von denen man am Kaiserhofe ausging. Und auch Frankreich gegenüber meinte man jetzt nicht mehr die frühere Zurückhaltung beobachten zu sollen. Es sei wohl mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, heißt es in dem Rescripte, welches am 27. Jänner 1756 an Starhemberg erging, England habe das, was bisher zwischen ihm, Oesterreich und Rußland unterhandelt

worden sei, an Preußen verrathen, und von Berlin aus werde man sich dieser Mittheilungen bedienen, um Oesterreich bei Frankreich verdächtig zu machen. Durch offene Auseinandersetzung des Geschehenen und der Beweggründe hiezu werde man solchen Kunstgriffen am wirksamsten begegnen. Starhemberg möge daher unbedenklich erklären, daß schon seit Beginn der nordamerikanischen Wirren die Hauptabsicht des Kaiserhofes darauf gerichtet gewesen sei, den Ausbruch des Krieges zu hintertreiben. Nachdem aber nicht nur von England aus, sondern auch von anderen Seiten her der Ausspruch der französischen Minister bekannt wurde, der erste Kanonenschuß zur See würde das Signal sein zu einem allgemeinen Kriege, habe der Kaiserhof sich gegen seinen Willen genöthigt gesehen, zum Schutze der Niederlande wider den zu besorgenden feindlichen Ueberfall rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen. Er habe nur seine Pflicht redlich erfüllt, wenn er damals in die englische Regierung gedrungen sei, nicht nur mit Rußland, Sachsen und Baiern, sondern auch mit anderen Mächten Subsidienverträge abzuschließen, an die Aufstellung eines ansehnlichen Heeres in den Niederlanden zu denken und überhaupt einen feststehenden Plan zu gemeinsamer Vertheidigung zu vereinbaren. Hiebei wollte Oesterreich es übernehmen, mit dem größten Theile seiner Macht dem Könige von Preußen, wenn er in das Spiel sich einmengen würde, entgegen zu treten.

Die Erklärungen, welche hierauf dem Wiener Hofe von England aus zugekommen seien, und die ganz unstatthafte Zumuthung, die kaiserliche Kriegsmacht in den Niederlanden ungesäumt durch dreißigtausend Mann österreichischer Truppen zu verstärken, hätten jedoch dem Wiener Hofe die Augen geöffnet. Er sei nicht länger darüber im Zweifel geblieben, daß Englands Absicht keineswegs auf die Sicherstellung Oesterreichs vor dem Könige von Preußen, sondern nur dahin gerichtet sei, Oesterreich in Krieg mit Frankreich zu verwickeln, die eine Macht durch die andere zu schwächen, Preußen aber in der vortheilhaftesten Lage zur Ausführung seiner wohlbekannten verderblichen Absichten gegen Oesterreich zu belassen.

Durch diesen Vorgang Englands sei in Wien die erste Grundlage zu dem Argwohn eines geheimen Einverständnisses zwischen Eng-

land und Preußen gelegt worden. Man habe jedoch den Freimuth so weit getrieben, diesen Verdacht vor England nicht zu verbergen, sondern ihm offenen Ausdruck zu geben; die gehoffte Erläuterung sei jedoch niemals erfolgt, im Gegentheile hätten zahlreiche Anzeichen die Existenz eines geheimen Vertrages zwischen Preußen und England immer wahrscheinlicher gemacht. Hiedurch sei man endlich in Wien zu den ersten Eröffnungen an Frankreich vermocht worden, während man England gegenüber seit sieben Monaten jede vertrauliche Correspondenz abgebrochen habe.

Nach dieser Erläuterung und Rechtfertigung des früheren Vorganges zu demjenigen sich wendend, um was es zunächst sich handelte, wird nunmehr die Antwort der französischen Regierung einer umständlichen Erörterung unterzogen. Die Ergebnisse derselben lauten, wie es nach dem bisher Gesagten wohl Niemand mehr Wunder nehmen wird, im Allgemeinen günstig. Frankreichs Entschluß, es England noch einmal anheimzustellen, durch Auslieferung der weggenommenen Schiffe die gegen Frankreich verübten Insulten gut zu machen und neuerdings die Bahn zu eröffnen zu friedlicher Ausgleichung des Streites, wird ein Kennzeichen der Mäßigung genannt, welche, wenn sie erfolglos bleiben würde, England vor den Augen der Welt als den Ruhestörer und Angreifer hinstellen müßte. Auch die Erklärung Frankreichs, daß es keine andere Macht in den gegenwärtigen Streit verwickeln und keine aus ihnen, so lang sie nicht England begünstige, dasjenige büßen lassen werde, was die britische Regierung verschuldete, erhielt die lebhafte Zustimmung des kaiserlichen Hofes. Denn er erblickte hierin die doppelte Versicherung, daß Frankreich auch im Falle des Fehlschlagens seiner kriegerischen Unternehmungen wider England und Hannover doch gegen die Niederlande und die übrigen österreichischen Staaten nichts Feindseliges beabsichtige, so wie daß Frankreich nicht daran denke, sich Preußens zur Bekriegung Englands und Hannovers zu bedienen, obwohl die Allianz zwischen Frankreich und Preußen noch fortbestehe und Letzteres verpflichtet wäre, einer Aufforderung zu bundesmäßiger Hülfe Folge zu geben. Hiedurch falle jedoch eine der wesentlichsten Besorgnisse hinweg, welche man sonst in Wien wegen der etwaigen Neutralität Oester-

reichs hätte hegen müssen. Sie würde darin bestanden haben, daß während Oesterreich die undankbare Rolle eines müßigen Zuschauers spielte, der König von Preußen Antheil am Kriege genommen, seine Macht und sein Ansehen erweitert, und gewiß die Gelegenheit nicht unbenützt gelassen hätte, im Trüben zu fischen.

Was endlich den Hauptpunkt der französischen Erklärung, den Vorschlag einer Gewährleistung des österreichischen Länderbesitzes durch Frankreich anging, so erblickte man darin in Wien den Antrag auf Stiftung einer dauernden Vereinigung zwischen Oesterreich und Frankreich. Es lasse sich nicht verkennen, wurde im Namen des Kaiserhofes weiter bemerkt, daß durch eine derartige Garantie eine völlige Trennung Oesterreichs von den Seemächten beabsichtigt werde. Und Frankreich begebe sich dadurch in die Gefahr, die Allianz mit dem Könige von Preußen zu verlieren, welcher in einer solchen Gewährleistung ein beständiges Hinderniß seiner gegen Oesterreich gerichteten Vergrößerungsplane erblicken müßte. Dennoch widerstreite der Abschluß eines Garantievertrages, wie er jetzt in Antrag gebracht werde, weder den bisherigen Verpflichtungen Oesterreichs gegen die Seemächte, noch seinem wohlverstandenen Interesse. Seinen Verpflichtungen nicht, indem dieselben bloß defensiver Natur seien, und es gewiß nicht als casus foederis gelten könne, wenn ein Verbündeter, wie es jetzt von England geschehe, sich ohne Noth Krieg zuziehe und dadurch seinen Alliirten in Gefahr und Verlegenheit setze. Und Oesterreichs Interessen nicht, weil es sich von England, das klein genug denke, durch völlige Vernachlässigung aller Mittel zur Rettung seine eigene Wohlfahrt auf's Spiel zu setzen, keinen Beistand, am allerwenigsten gegen die Pforte oder Preußen versprechen könne, während durch eine Gewährleistung des österreichischen Länderbesitzes von Seite Frankreichs wenigstens die drohendste Gefahr so ziemlich beseitigt erscheine. Darum müsse man auch dem beabsichtigten Tractate vor der früher beantragten einfachen Neutralität Oesterreichs den Vorzug geben. An der letzteren werde freilich festzuhalten und in dieselbe jedenfalls Spanien, Neapel und Sardinien einzubeziehen sein. Sollte Frankreich ein Gleiches für Preußen begehren, so könnte es von österreichischer Seite auch für Rußland und andere befreundete Mächte verlangt werden.

Die letztere Erklärung ist darum von Wichtigkeit, weil sie andeutet, daß der Wiener Hof sich einer Einbeziehung Preußens in den Garantievertrag nicht zu widersetzen gedachte. Der Gedanke an die Wiedereroberung Schlesiens scheint bei ihm also zu jener Zeit noch nicht so sehr in den Vordergrund getreten zu sein, als man vielleicht annehmen will. Und vor Allem war er weit davon entfernt, die gewiß willkommene Aussicht auf eine dauernde Annäherung an Frankreich so übermäßig hoch anzuschlagen, daß er sich in Gefahr begeben hätte, dadurch die ihm obliegenden Pflichten gegen das deutsche Reich zu verletzen, oder sein altes und bewährtes Bündniß mit Rußland wirklich in die Schanze zu schlagen. Darum stieß denn auch der Punkt der französischen Erklärung, durch welchen Oesterreich verpflichtet werden sollte, sich dem Durchmarsche der russischen und aller übrigen in englischem Solde stehenden Truppen mit Aufgebot all seiner Kräfte zu widersetzen, den französischen Streitkräften aber zur Bekämpfung der Unternehmungen Englands und Rußlands den Durchzug zu gestatten, am Wiener Hofe auf lebhaften Widerspruch. Denn dadurch würde das Freundschaftsband mit Rußland, diesem natürlichen Verbündeten gegen Preußen und die Pforte, vollständig zerrissen, Frankreich aber in die Lage gesetzt, je nach seinem Gutdünken die hannoverschen Lande zu überfallen, während dem Könige von England alle Mittel zu deren Vertheidigung benommen würden. Eine Zulassung, ja sogar eine Unterstützung derartiger Plane würde der von Frankreich selbst in Antrag gebrachten Neutralität auf's entschiedenste widersprechen, eine Verletzung der dem Reichsoberhaupte nach der beschworenen Capitulation obliegenden Verpflichtungen in sich begreifen, und keine andere Wirkung herbeiführen, als daß eine Entzweiung des Kaisers mit den Gliedern des Reiches, des Hauses Oesterreich aber mit seinen bisherigen Verbündeten einträte. Die unmittelbare Folge hievon würde darin bestehen, daß dem Kaiserhof kein anderes Mittel zu seiner Rettung übrig bliebe, als sich vollständig in Frankreichs Arme zu werfen und in eine Art von Abhängigkeitsverhältniß zu demselben zu begeben.

„Es ist auch in der That nicht wohl zu begreifen," so lauten die Worte des Rescriptes der Kaiserin an Starhemberg, „wie man

„des Kaisers Majestät und Liebden als dem Reichsoberhaupte, und „Uns als dem ersten Reichsmitstande ohne Schamröthe nur zumuthen „möge, daß Wir der französischen Armee den freien Eintritt in die „deutschen Staaten und den feindlichen Angriff der hannoverschen Lande, „ungeachtet diese in die gegenwärtigen Streitigkeiten keineswegs direct „mitverflochten sind, ohne Hinderniß gestatten, Uns hingegen dem „Einmarsche der russischen Truppen ungeachtet Unserer mit Ruß- „land obschwebenden Freundschaft und ungeachtet Wir früher — wie „Wir freimüthig zu bekennen kein Bedenken tragen — auf die Er- „richtung des nunmehr ohne Unser Zuthun zu Stande gekommenen „englischen Subsidientractates sehr gedrungen haben, mit allen Kräften „widersetzen sollten."

„Wenn Wir zu einem so unanständigen als widerrechtlichen „Schritte jemals zu vermögen wären, so müßte Frankreich selbst von „Unserem guten Treuen und Glauben ein sehr schlechtes Urtheil fällen „und weniger Hoffnung auf die Erfüllung Unserer künftigen Ver- „sprechungen setzen."

An die Erklärung, daß der Kaiserhof nun und nimmermehr zu einem solchen Zugeständnisse sich herbeilassen werde, wurde der Auftrag an Starhemberg geknüpft, von der französischen Regierung die geheime Zusage zu erwirken, daß sie die Ruhe in Deutschland nicht stören und Hannover mit einem Angriffe verschonen wolle. Ueberdieß sei ein solcher schon darum zu widerrathen, weil er in England keinen sonderlichen Eindruck hervorbringen, ganz Deutschland aber in Aufregung versetzen und den Anmarsch der russischen Truppen nothwendig machen, endlich den Krieg viel weiter spielen müßte, als jetzt Frankreich selbst es beabsichtige.

Daß dieß wirklich die wahre Anschauung des Kaiserhofes war, geht aus einem vertraulichen Briefe des Staatskanzlers an Starhemberg noch deutlicher hervor. So sehr er auch im Allgemeinen erfreut war über den Stand der Verhandlungen, so nennt er doch jenes Begehren Frankreichs widerspruchsvoll und unredlich, ja selbst lächerlich. Das Erstere, weil es einen Vorgang gestatten würde, welcher dem

Begriffe der Neutralität gerade entgegengesetzt wäre; das Letztere aber, weil man dadurch sich verpflichten müßte, die Feinde der eigenen Verbündeten zu begünstigen [497]).

In diesem Sinne waren denn auch die Erklärungen, welche Starhemberg der französischen Regierung gegenüber abzugeben hatte, und die Vollmachten eingerichtet, durch welche ihn der Kaiser und die Kaiserin zur Fortführung der Verhandlungen autorisirten. Daß solches überhaupt geschah, betrachtete Kaunitz als einen großen Triumph, und er gibt seiner Freude darüber in einem zweiten Privatschreiben an Starhemberg unverholenen Ausdruck. Der Inhalt der ihm zugehenden Depeschen werde, so schreibt er, Starhembergs Erwartungen wohl übertreffen. „Was mir am meisten Sorgfalt und Mühe gekostet hat", fügt Kaunitz hinzu, „war die für das Zartgefühl Ihrer Majestäten „erforderliche Ueberzeugung, daß es erlaubt sei [498]). Alles Uebrige „ergab sich von selbst. Ich sehe für beide Höfe die schönsten Aussichten „von der Welt vor mir, und es gibt nichts, worauf ich nicht zu hoffen „wage, wenn man nur dort, wo Sie sich befinden, eben so offenes „Spiel spielt wie hier" [499]).

Es darf nicht mit Stillschweigen übergangen werden, daß Kaunitz diesen Zeilen einige Worte hinzufügte, welche ohne Zweifel dazu bestimmt waren, der Marquise von Pompadour vorgezeigt zu werden. Auf's höchste sei er geschmeichelt gewesen, läßt sich Kaunitz gegen Starhemberg vernehmen, durch einige Ausdrücke, welche das Briefchen der Marquise an ihn enthielt [500]). „Ich bitte Sie", fährt er fort, „sie dessen zu versichern, so wie der Ehrfurcht und Anhänglichkeit, welche „ich, wie sie weiß, für sie empfinde. Ich schmeichle mir, daß sie mich „nicht des Wortbruches beschuldigen wird, aber ich wäre zugleich sehr „befriedigt, wenn sie sich auch ihrerseits des versprochenen Bildnisses „der liebenswürdigsten Frau erinnern wollte, welches ich schon seit drei „Jahren mit vieler Ungeduld erwarte" [501]).

Es ist schwer sich ein Urtheil über den Eindruck zu bilden, welchen die vorstehenden Erklärungen des Kaiserhofes an und für sich bei der französischen Regierung hervorgebracht hätten, wenn nicht in der

Zwischenzeit zwei Ereignisse eingetreten wären, welche auf die Entschlüsse der Letzteren von nachhaltigster Wirkung sein mußten. Das eine derselben bestand darin, daß England das Begehren um Zurückstellung der französischen Schiffe ablehnend beantwortete und dadurch Frankreich selbst dazu drängte, die Drohung, es müsse eine solche Ablehnung als offene Kriegserklärung ansehen und darnach handeln, zur Wahrheit zu machen. Noch bedeutsamer war die Nachricht von dem Bündnisse, welches am 16. Jänner 1756 zwischen England und Preußen abgeschlossen wurde. Um so tieferen Eindruck brachte sie in Frankreich hervor, als man sich dort noch vor kurzem mit der Hoffnung geschmeichelt hatte, die so oft und noch in jüngster Zeit wiederholten Versicherungen König Friedrichs von seiner Anhänglichkeit an Frankreich und seiner unverbrüchlichen Bundestreue seien redlich gemeint [502]). Je weniger man der Behauptung des Wiener Hofes, der König von Preußen trage sich mit dem Gedanken eines Bündnisses mit England, und daher, was unter den damaligen Verhältnissen für den Hof von Versailles ziemlich gleichbedeutend war, mit dem eines Abfalles von Frankreich, früher Glauben geschenkt hatte, um so tiefer empfand man es jetzt, daß diese Vorhersagung nun wirklich eingetroffen war. Freilich hielt man es für staatsklug, die Entrüstung über dieses Ereigniß vor den Augen des österreichischen Unterhändlers möglichst zu verhüllen. Dennoch ging der französische Minister Rouillé, dem man sonst nur Aengstlichkeit und übertriebene Vorsicht nachzuerzählen wußte, jetzt ziemlich rasch auf die Andeutungen Starhembergs ein. Die Veränderung mit großer Gewandtheit benützend, hielt der österreichische Gesandte zwar nicht zurück mit dem Inhalt des jüngsten Rescriptes seiner Regierung. Aber gleichzeitig erklärte er, die bisherige Grundlage der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich sei durch die Ereignisse weit überholt. Man solle daher dem früheren, von dem Wiener Hofe aufgestellten, seither aber fallen gelassenen Plane sich neuerdings zuwenden [503]).

Bedächtiger als Rouillé war dießmal der Abbé von Bernis, welcher von dem Gewichte der Entschuldigungsgründe sprach, die von Seite Preußens am französischen Hofe vorgebracht wurden. Gehe

König Friedrich doch so weit, in Frankreich die Erneuerung des Vertrages vom Jahre 1741 anzubieten und dadurch die Meinung hervorzurufen, in dem neuen Tractate sei wirklich nichts enthalten, was mit seinen früheren Verpflichtungen im Widerspruche stehe. Dennoch räumte auch Bernis ein, daß sich die Lage völlig verändert habe [504]).

Mit der Marquise von Pompadour hatte Starhemberg keine Zusammenkunft, wie denn die persönliche Theilnahme derselben an den Verhandlungen ungleich geringer war, als man, durch die vielfach unrichtigen Angaben in den französischen Geschichtsbüchern irre geleitet, gewöhnlich annehmen zu dürfen glaubt. Bernis übernahm die Mittheilung der Worte an sie, welche das Schreiben des Grafen Kaunitz an Starhemberg enthält.

In dem gegebenen Falle hätte es übrigens der Einwirkung der Marquise von Pompadour wohl gar nicht bedurft, um den Hof von Versailles für das Bündniß mit Oesterreich immer günstiger zu stimmen. Ja während man früher die Anregung hiezu einzig und allein von Oesterreich ausgehen ließ und nur widerstrebend die Bahn zu betreten schien, auf welche man von Wien aus Frankreich hinüberzuziehen suchte, so war es jetzt der Hof von Versailles, welcher zu energischem Vorwärtsschreiten auf derselben drängte. Insbesondere waren es Rouillé und Sechelles, welche fortwährend die Frage wiederholten, ob man denn in Wien von dem Abschlusse des Vertrages zwischen England und Preußen noch immer nicht in Kenntniß sei, und ob man in Folge dessen Starhemberg noch keine neuen Instructionen ertheilt habe?

Es läßt sich nicht leugnen, daß Starhemberg in der schwierigen Lage, in der er sich befand, mit vieler Geschicklichkeit vorging. Einerseits waren seine Bemühungen darauf gerichtet, den Zwiespalt zwischen Frankreich und Preußen immer mehr zu erweitern. Friedrichs Verfahren und der Unmuth darüber, daß er gerade in dem Augenblicke, in welchem eine so hervorragende Persönlichkeit wie der Herzog von Nivernois als Frankreichs Abgesandter an seinem Hofe erschienen war, mit Frankreichs erbittertstem Gegner einen Vertrag abgeschlossen

hatte, der Argwohn, daß in demselben geheime Artikel der bedenklichsten Art enthalten sein könnten, die Erinnerung endlich, wie oft schon Frankreich, und am empfindlichsten beim Abschlusse des Dresdner Friedens von dem Könige von Preußen hintergangen worden war, all dieß war für Starhembergs Bestrebungen von günstigster Wirkung. Und andererseits begriff er vollständig den Vortheil, welcher für Oesterreich darin lag, wenn künftighin nicht mehr von Wien, sondern von Frankreich die Initiative ausging zur Herbeiführung eines Bündnisses zwischen beiden Regierungen.

Schon begann Bernis, welcher fast am längsten von der Aufrechthaltung der früheren Beziehungen Frankreichs zu Preußen gesprochen hatte, Starhemberg gegenüber die Frage aufzuwerfen, ob denn auch Oesterreich dem Bündnisse mit England entsagen werde, wenn Frankreich dasjenige mit Preußen aufgeben sollte. Letzteres werde nur unter der Voraussetzung des Ersteren stattfinden können [505]). Er wies darauf hin, daß König Friedrich von der geheimen Verhandlung zwischen den Höfen von Wien und Versailles Kenntniß erlangt habe. Es möge daher kein Augenblick mehr versäumt werden, um baldigst zu bestimmten Verabredungen zu gelangen.

Diesem letzteren Begehren war auch in der Erklärung Ausdruck verliehen, welche Bernis im Namen des Königs am 19. Februar 1756 dem Grafen Starhemberg überreichte. Um den Abschluß der für die Ruhe Europa's, das Heil der katholischen Religion und das Interesse der beiden Höfe so nothwendigen Vereinbarung zwischen ihnen nicht länger zu verzögern, heißt es darin, sei der König entschlossen, sich mit Ihren kaiserlichen Majestäten in dauernder und unveränderlicher Weise einzuverstehen, es möge dieß nun auf der Grundlage des ersten, von der Kaiserin vorgeschlagenen Planes, oder des zweiten, von Frankreich ausgegangenen Antrages geschehen. Die Basis des abzuschließenden Vertrages aber müsse in der Gleichheit und vollständigsten Gegenseitigkeit der festzusetzenden Bedingungen bestehen [506]).

Auch in Wien hatte man nicht einen Augenblick an der Tiefe und Nachhaltigkeit des Eindruckes gezweifelt, welchen das Verfahren

des Königs von Preußen auf den Hof von Versailles hervorbringen werde. „Ein entscheidendes Ereigniß zu Oesterreichs Heil“ [507]) nennt es Kaunitz in seiner oft citirten Denkschrift. Und in dem geheimen Rescripte der Kaiserin an Starhemberg vom 22. Februar heißt es: „Es müßte das „französische Ministerium alle Empfindlichkeit und Gemüthsregungen „verloren haben, wenn es nicht im Herzen heimliche Rache nähren, „noch die Gelegenheit, solche in vollem Maße auszuüben, mit Freuden „ergreifen sollte.“

Dennoch brachte die Frage, ob man die Vereinbarung mit Frankreich auf Grundlage des früheren österreichischen Planes oder des von Frankreich vorgeschlagenen Garantievertrages zu Stande bringen solle, den Wiener Hof in einige Verlegenheit. Kaunitz hielt es für gefährlich, sich geradezu für das Eine oder das Andere zu entscheiden. Von der ersteren Verhandlung besorgte er, daß sie neuerdings scheitern könne. Der Garantievertrag aber hätte die Bande, durch welche Frankreich an Preußen geknüpft war, nicht gelöst, und die für Oesterreich so furchtbare Macht des Königs Friedrich ungeschmälert gelassen. Man entschied sich daher in Wien dafür, beide Plane miteinander zu vereinigen, auf den ersteren wohl das Hauptgewicht zu legen, im Falle seiner Unausführbarkeit aber sich auch mit dem zweiten zu begnügen. Denn auch aus dem letzteren werde man wenigstens den Vortheil ziehen, von einem gefährlichen Feinde weniger bedroht zu sein.

Vor Allem aber war man bemüht, Frankreich auf der Bahn weiter zu treiben, welche es jetzt, wenn gleich noch mit schwankendem und unentschlossenem Schritte eingeschlagen hatte. Die Umstände hiezu seien, heißt es in dem eben angeführten Rescripte der Kaiserin an Starhemberg, ungemein günstig. Zur See und in Amerika werde Frankreich wahrscheinlich den Kürzeren ziehen, auf dem Festlande aber habe ihm Preußen den Weg nach Hannover versperrt. Auch die Möglichkeit einer französischen Landung in England sei durch den Vertrag dieser Regierung mit Preußen beträchtlich vermindert, indem nun die hessischen und auch ein Theil der hannoverschen Truppen nach England gezogen werden könnten. Um seine Verluste zur See, und den Schaden,

den es in Amerika wahrscheinlich erleiden werde, wieder gut zu machen, bleibe Frankreich kein anderes Mittel als die Annahme der ersten österreichischen Vorschläge. Beide Höfe seien hiezu durch das Verfahren Englands und Preußens vollständig berechtigt, indem hiedurch die Schranken beseitigt wurden, welche von derlei Unternehmungen noch hätten zurückhalten können.

Starhemberg wurde daher ermächtigt, auf die früheren Anträge Oesterreichs zurückzugehen, deren Annahme dem Kaiserhofe noch immer das Erwünschteste wäre. Das für Parma, Piacenza und Guastalla vorgeschlagene Aequivalent dürfe jedoch nur dann neuerdings angeboten werden, wenn es sich zeige, daß es dem französischen Hofe wirklich Ernst sei mit dem Abschlusse des geheimen Vertrages. Wäre dieß letztere nicht der Fall, dann könnte nichts anderes als eine Neutralitätsacte zwischen beiden Höfen aufgerichtet werden, deren Entwurf Starhemberg zugesendet wurde. Doch entspreche die letztere allein den Wünschen des Kaiserhofes nur wenig; dieselben gingen darauf hinaus, Frankreich, wenn nicht zu Offensivunternehmungen wider Preußen, so doch zu einem solchen Vertheidigungsbündnisse zu vermögen, daß es Oesterreich freiere Hand und größere Sicherheit gewähre. Und um Frankreichs etwaige Bedenklichkeiten zu beseitigen, wurde Starhemberg in einem wohl gleichfalls zur Mittheilung an die französischen Staatsmänner bestimmten Briefe des Grafen Kaunitz beauftragt, der französischen Regierung die unermeßliche Gefahr vor Augen zu führen, welche ein Bündniß zwischen England, Holland, Preußen, Oesterreich und Rußland, worauf England jetzt hinarbeite, für Frankreich herbeiführen müßte. Wenn auch dieser Gedanke den Hof von Versailles für die österreichischen Vorschläge nicht gewänne, dann müsse man auf die Hoffnung verzichten, es werde dieß jemals der Fall sein [508].

Als Kaunitz diese Zeilen zu Papier brachte, war er natürlich noch nicht im Besitze des nur um zwei Tage älteren Berichtes des österreichischen Gesandten in Paris. Ihm hätte er entnommen, daß der Hof von Versailles sich schon bereit erklärt hatte, diejenigen Anträge zur Basis der Verhandlungen zu machen, welche man auch in Wien

als solche annehmen wollte. Und da man an der Zustimmung des Kaiserhofes nicht zweifelte, so war man, ohne der Antwort des Letzteren noch länger zu harren, dem Begehren Starhemberg's gefolgt und in nähere Besprechungen über jene Vorschläge getreten. An die Spitze derselben stellte man von französischer Seite neuerdings das Verlangen der vollsten Reciprocität, unter welcher man verstand, daß Oesterreich sich zu all demjenigen wider England anheischig mache, was es selbst von Frankreich gegen Preußen verlange. Bernis erklärte, daß man nicht weiter in die Sache eingehen könne, wenn nicht über diesen Punkt schon vorläufig eine bestimmte Zusage ertheilt werde [509]).

Umsonst bemühte sich Starhemberg, den Unterschied anschaulich zu machen, welcher seiner Meinung nach zwischen den Beziehungen Oesterreichs zu England und zwischen denen Frankreichs zu Preußen bestand. Umsonst wies er darauf hin, daß ein solches Versprechen, zu welchem er übrigens durchaus nicht ermächtigt sei, auch vollkommen nutzlos wäre. Denn wenn ein Theil eine Bedingung durchaus verlange und der andere sie eben so standhaft verweigere, so könne ja von einem Vertrage ohnedieß nicht die Rede sein. Dann aber trete auch alles dasjenige nicht in Kraft, worüber man sich etwa schon vorläufig verständigte.

Bernis gab die Richtigkeit dieser Bemerkung zu; dennoch beharrte er auf seinem Begehren. Als aber Starhemberg sich zur Ausstellung der von ihm geforderten Zusage durchaus nicht herbeiließ, ergriff endlich Bernis das ihm von dem österreichischen Gesandten vorgeschlagene Auskunftsmittel. Es bestand darin, daß er selbst schriftlich erklärte, wenn jene Grundbedingung von dem Kaiserhofe nicht angenommen werden sollte, sei Alles dasjenige null und nichtig, was zwischen Starhemberg und ihm über die ursprünglichen Vorschläge der österreichischen Regierung verhandelt werden würde [510]).

Erst nachdem Starhemberg diese Erklärung entgegen genommen hatte, schritt Bernis an die ausführlichere Besprechung der österreichischen Vorschläge, welche von ihm in sechs Punkte getheilt wurden. Der erste

betraf die Ausmittlung eines Ländergebietes für den Infanten Don Philipp in den österreichischen Niederlanden. Als solches wurde von Seite Frankreichs die Grafschaft Flandern, das Gebiet von Tournay und das ganze Land zwischen der Schelde und dem Meere verlangt. Denn das verstehe sich doch wohl von selbst, daß man dem Bruder des Königs von Spanien und dem Schwiegersohn des Königs von Frankreich bei seiner Uebersiedlung nach den Niederlanden ein ungleich Mehreres bieten müsse als er jetzt in Italien besitze. Auch wären über das Recht der Nachfolge desselben auf dem Throne von Neapel nähere Verabredungen zu treffen.

Was den zweiten Punkt, das ist das Anerbieten betraf, dem Prinzen Conti die polnische Königskrone zu verschaffen, erklärte Bernis, Frankreich beabsichtige nichts als die Erhaltung der Freiheit der polnischen Nation und ihres Wahlrechtes. Man wäre nicht abgeneigt, mit Oesterreich eine Vereinbarung einzugehen, um für den Fall des Todes des Königs von Polen die Aufrechthaltung des Friedens und der öffentlichen Ruhe zu sichern; eine andere Absicht habe man eben so wenig als einen bestimmten Throncandidaten im Auge.

Der dritte Punkt bestand in der Bemühung, welche man eintreten lassen sollte, um Rußland mit Frankreich zu versöhnen und Spanien in das Bündniß zu ziehen. Nach beiden Richtungen hin erklärte sich Frankreich bereit, die Hand zu bieten zur Erreichung des angegebenen Zweckes. Nur wünschte es, daß dasjenige, was in Bezug auf Spanien geschehen solle, in der gleichen Absicht auch auf Neapel ausgedehnt werde.

Als vierter Punkt wurde das Anerbieten des Kaiserhofes angesehen, den Verbündeten Frankreichs zu einer Vergrößerung zu verhelfen. Doch versparte man die Erörterung hierüber auf den Augenblick, in welchem man sich über den fünften und sechsten Punkt geeinigt haben werde. In dem ersteren hatte Oesterreich verlangt, daß Frankreich seiner Allianz mit dem Könige von Preußen entsage. Auch jetzt wieder erklärte Bernis, der französische Hof werde Preußen gegenüber genau so vorgehen, wie dieß von Seite Oesterreichs gegen England geschehe. Darum

werde auch nicht leicht von einer activen Theilnahme Frankreichs an den Schritten die Rede sein können, welche Oesterreich gegen Preußen beabsichtige, denn der Wiener Hof befinde sich ja nicht in der Lage, gegen England angriffsweise vorzugehen. Man werde sich daher wohl mit einer einfachen Verzichtleistung auf jenes Bündniß begnügen, wozu Frankreich ohne Zweifel bereit sei, wenn nur in Wien hinsichtlich der Allianz mit England das Gleiche geschehe. Denn immer werde Frankreich auf vollster Gegenseitigkeit bestehen und ohne dieselbe niemals zu einer Vereinbarung die Hand bieten.

Sorgfältig war Starhemberg bemüht, jeder bindenden Zusage über diesen Punkt aus dem Wege zu gehen. Die gemeinsame Absicht sei ja nur darauf gerichtet, behauptete er, die verderblichen Folgen des Bündnisses zwischen England und Preußen zu vereiteln; die wahre Gegenseitigkeit aber müsse man in dem gemeinschaftlichen Zusammenwirken zur Erreichung dieses Zweckes erblicken. Das beste, ja das einzige Mittel hiezu bestehe darin, der Macht des Königs von Preußen engere Grenzen zu ziehen. Es sei jedoch keine Wahrscheinlichkeit vorhanden, zu diesem Ziele zu gelangen, wenn hiezu nicht auch Frankreich im Einvernehmen mit Oesterreich mitwirke, wenn es jeden Beitrag zu den Kosten verweigere, welche die Durchführung solcher Absichten gegen Preußen unfehlbar verursachen müßte. Darum handle es sich aber in dem sechsten Punkte, welcher das Einvernehmen mit Frankreich über die Bestreitung der Auslagen zur Verwirklichung des vereinbarten Planes betreffe.

Es kann hier der weitläufigen Erörterungen nicht Erwähnung geschehen, welche über diesen Kern der ganzen Frage zwischen Bernis und Starhemberg stattfanden. Jeder vertheidigte seinen Standpunkt mit Eifer und Geschick. Von demjenigen der Gegenseitigkeit ausgehend, behauptete Bernis, daß, weil Oesterreich gegen England nicht offensiv vorgehen könne und werde, dasselbe auch Frankreich gegen Preußen nicht aufzuerlegen sei. Man möge sich also damit begnügen, daß Oesterreich freie Hand gelassen werde zur Verfolgung seiner Plane gegen Preußen, und ebenso Frankreich, um an England gerechte Rache zu

nehmen. Starhemberg mußte es wenigstens vor der Hand aufgeben, den französischen Unterhändler auf andere Gedanken zu bringen. Aber im eifrigen Gespräche mit ihm entlockte er ihm wenigstens so viel, daß er nach Wien berichten konnte, es scheine ihm gewiß, man werde in Frankreich wenigstens theilweise eingehen auf die Absichten des Kaiserhofes gegen Preußen. Man werde zustimmen, daß Oesterreich die ihm geraubten Länder mit der Beihülfe Rußlands dem Könige von Preußen wieder entreiße; ja man werde sogar keine Schwierigkeit erheben, hiezu durch Gewährung der etwa nöthigen Geldhülfe gleichfalls Beistand zu leisten [511].

Zu dem vierten Punkte zurückkehrend, stellte Bernis die Frage, welche Mächte man in Wien unter den Verbündeten Frankreichs verstehe, deren Vergrößerung man herbeiführen, und durch welche Mittel man die letztere bewerkstelligen wolle? Das Unternehmen gegen Preußen, antwortete Starhemberg, könne überhaupt nur dann in's Werk gesetzt werden, wenn man von seinem Gelingen moralisch überzeugt sei. Hiezu erscheine es jedoch zweckdienlich, außer den russischen Hülfstruppen, die man zu diesem Ende zu gewinnen sich bemühen werde, deren auch von sonstigen Nachbarn des Königs von Preußen zu erhalten. Um dieselben jedoch hiezu zu vermögen, müsse man ihnen die Aussicht auf Vortheile eröffnen und ihre Besorgnisse vor der Rache des Königs beschwichtigen. Die Vortheile könnten in einigen Ländern des Letzteren bestehen, auf welche jene Nachbarn ohnedieß gegründete Ansprüche besäßen, oder zu deren Besetzung sie aus dem Grunde berechtigt erschienen, weil sie darin eine Schadloshaltung fänden für den vielfachen Nachtheil, der ihnen von dem Könige von Preußen früher zugefügt worden sei. Um sie aber zu sichern vor seiner Rache, dazu gebe es kein geeigneteres Mittel als ihn in eine Lage zu versetzen, in welcher er Niemand mehr zu schaden vermöchte und auf die Verwirklichung seiner ehrgeizigen Plane verzichten müßte. Von verschiedenen Seiten her angegriffen, könnte er nicht überallhin Front machen, sondern wäre bald gezwungen, sich mit dem zu begnügen, was man ihm überhaupt lassen wolle.

Für Frankreich müsse ein solcher Vorgang um so vortheilhafter erscheinen, als es nach dieser Richtung hin nicht allzulang werde Opfer

zu bringen haben. Dann könne es all seine Kräfte gegen England kehren, welches, von Verbündeten völlig entblößt, nicht lang werde säumen können, die Hand zu bieten zu einem billigen Ausgleich. Und darin beständen auch die Mittel zur Erwirkung einer Vergrößerung für die Verbündeten Frankreichs. Unter ihnen habe man zunächst Schweden, die Pfalz und Sachsen verstanden, welche durch ihre geographische Lage so wie durch ihre Interessen am meisten darauf angewiesen seien, in dieser Sache Hand in Hand mit Oesterreich und Frankreich zu gehen.

So lauteten der Hauptsache nach die Erklärungen Starhembergs gegen Bernis. Der französische Unterhändler wollte jedoch von so weit absehenden Unternehmungen gegen Preußen nichts hören. Niemals werde König Ludwig, dessen Denkart ein so gewaltsamer Vorgang durchaus zuwider sei, auf derartige Vorschläge eingehen. Der König von Preußen werde für sein Verschulden an Frankreich, welches in nichts Anderem bestehe als daß er dem Hofe von Versailles ein Geheimniß gemacht habe aus seinen Verhandlungen mit England, genugsam bestraft, wenn man ihn allein lasse in dem Kampfe mit Oesterreich und Rußland, und wenn man zugebe, daß er Schlesien wieder verliere. Ihm diese Provinz zu entreißen, werde ein Leichtes sein, wenn er diesen beiden ihm so sehr überlegenen Mächten allein gegenüber stehe. Hiezu bedürfe es auch nicht der Mitwirkung anderer Staaten, und es genüge, wenn dieselben für ihn nicht Partei nähmen. Schweden werde immer das Bündniß mit Frankreich demjenigen mit Preußen vorziehen, Sachsen und Baiern aber könnten durch Subsidien bestimmt werden, keinen Antheil an dem Kampfe zu nehmen. Lieber würde Frankreich dem Könige von Preußen offen den Krieg erklären, als unter der Hand mitwirken zu seiner vollständigen Vernichtung [512]). Und selbst wenn Frankreich jemals darein willigte, so könnte dieß nur unter der Bedingung geschehen, daß auch Oesterreich seine Zustimmung gebe zur gänzlichen „Beraubung" des Königs von England [513]).

Dieß ist im Wesentlichen der Inhalt der Unterredungen zwischen Starhemberg und Bernis. Von nicht viel geringerem Interesse ist es, die Betrachtungen zu kennen, welche der kaiserliche Bevollmächtigte an

deren Darstellung knüpft. „Alles zeigt," so läßt er sich vernehmen, „daß man hier gegen eine Preisgebung des Königs von Preußen noch „viele Bedenklichkeiten hegt, oder sich wenigstens den Anschein gibt sie „zu hegen. Man will ihn ohne Zweifel im Besitze ausreichender Macht „lassen, um sich seiner in jedem Augenblicke gegen uns bedienen zu „können. Was ich auch sagen mag, man glaubt nicht daran, daß „Frankreich jemals irgend etwas von seiner Seite zu fürchten habe. „Man scheint den Vortheil nicht ganz zu ermessen, welchen England „aus dem Bündnisse mit Preußen zu ziehen vermag. Man hält dafür, „daß der Kaiserhof nur durch sein eigenes Interesse, durch Leiden- „schaftlichkeit und Durst nach Rache sich leiten lasse. Mit einem Worte, „man will wohl die Macht des Königs von Preußen beschränken, aber „ihn nicht völlig vernichten. Man ist es zufrieden, wenn wir uns „Schlesiens wieder bemächtigen, aber man will uns nicht in eine ganz „gesicherte Lage versetzen, welche Frankreich Grund zu Besorgnissen „einflößen könnte."

Starhemberg schließt seinen Bericht mit der Hindeutung, daß, wie groß auch die Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Höfen über das Verfahren, welches gegen Preußen beobachtet werden solle, noch immerhin sein möge, die Vorschläge Oesterreichs doch streng genommen nur in dem einzigen Punkte, welcher sich auf die Gewinnung von Verbündeten gegen Preußen bezog, abgelehnt wurden. Es bleibe noch immer zu erwägen, ob man sich nicht allein und ohne die Mithülfe Frankreichs des Beistandes solcher Mächte zu versichern vermöge. Denn wenn auch vielleicht nicht durchaus nothwendig, so würde er doch gewiß höchst nützlich sein zur Verwirklichung der Plane des Kaiserhofes.

So sehr nun auch diese Mittheilungen in Wien im Allgemeinen befriedigten, so waren sie doch keineswegs geeignet, alle Bedenklichkeiten zu zerstreuen, alle Besorgnisse zu beseitigen, die man daselbst hegte. Denn aus den Erklärungen Frankreichs meinte man zu entnehmen, daß es noch nichts weniger als entschlossen sei, den König von Preußen auch wirklich im Stiche zu lassen. Und Starhemberg bestärkte auch seinerseits den Wiener Hof in dieser Vermuthung. In Frankreich be-

sorge man noch immer, schrieb er an Kaunitz [514]), daß wenn die Macht Preußens völlig vernichtet würde, Oesterreich seine alte Verbindung mit den Seemächten wieder anknüpfen und deren Streitkräfte mit den seinigen gegen Frankreich vereinigen könnte. Hierin bestehe auch die Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Haupttheilnehmern an den Verhandlungen, zwischen Rouillé und Bernis. Der Erstere, ängstlicher und mißtrauischer, wolle Frankreich nach keiner Seite hin bloßstellen, sowohl Oesterreich als Preußen schonen und eine gewisse Rivalität zwischen ihnen fortbestehen lassen. Der Letztere hingegen, gewandter und klarsehender, begreife wohl, daß Frankreich niemals auf Oesterreich zählen dürfe, wenn es sich nicht vollständig von Preußen lossage. Dazu werde man aber, fügte Starhemberg neuerdings hinzu, Frankreich nur dann bringen, wenn man sich in Wien zu dem Gleichen in Bezug auf England entschließe.

Ueber die Richtigkeit dieser letzteren Anschauung war man auch in Wien schon lang nicht mehr im Zweifel. Gleich nach dem Eintreffen des Berichtes aus Paris über jene wichtige Besprechung zwischen Starhemberg und Bernis hatte man die Nothwendigkeit begriffen, entweder den ganzen Plan aufzugeben, oder hinsichtlich Englands auf den früher mit solcher Entschiedenheit festgehaltenen Standpunkt zu verzichten. Was auch hiegegen, und gewiß nicht mit Unrecht, hauptsächlich in Bezug auf Hannover eingewendet werden konnte, wog in den Augen des Kaiserhofes leichter als die Gefahr, des ganzen Gewinnes einer Verbindung mit Frankreich wieder verlustig zu werden. Starhemberg wurde daher beauftragt, Bernis zu erklären, daß man auf die Forderung eingehe, derzufolge Oesterreich gegen England und Hannover in gleicher Weise verfahren werde, wie Frankreich gegen Preußen, daß es sich daher einer etwaigen Unternehmung Frankreichs gegen Hannover nicht länger widersetze, sondern hinsichtlich derselben sich neutral zu verhalten gedenke [515]).

Was die Art und Weise betraf, in welcher die Vereinbarung mit Frankreich zu Stande zu bringen sei, so war man in Wien noch immer der Meinung, daß beide Projecte gemeinsam verwirklicht werden sollten. Die Bestimmungen des österreichischen Antrages wollte man

zur Grundlage und zum eigentlichen Endziele der Verhandlungen nehmen, als Vorbereitung hiezu hielt man es jedoch für wünschenswerth, die von Frankreich vorgeschlagene Neutralitätsacte und den Defensivvertrag zu errichten. Hiedurch meinte man auch den Vortheil zu erlangen, daß man durch Bekanntmachung der Neutralitätsacte das wach gewordene Mißtrauen der übrigen Höfe einiger Maßen beschwichtigen und in solcher Weise den Hauptgegenstand der Verhandlung bis zu dem Zeitpunkte des Losschlagens um so leichter geheim halten könnte.

Was das Letztere, das Losschlagen betraf, so erklärte man in Wien jeden Zeitverlust für einen unwiderbringlichen Schaden. Man müsse sich daher auch beeilen, mit Rußland ein völliges Einverständniß herbeizuführen und es zu dem Entschlusse zu bringen, mit Oesterreich wider Preußen gemeinschaftliche Sache zu machen und gegen billige Subsidien noch in diesem Jahre siebzig bis achtzigtausend Mann an die preußische Grenze marschiren zu lassen [516]).

Eine reifliche Erwägung der französischen Mittheilungen mahnte jedoch auch den Kaiserhof an die Nothwendigkeit größerer Mäßigung und Vorsicht. Ehe man nicht mit Frankreich völlig in's Reine gekommen und wenigstens über die Hauptpunkte einig sei, könne man auch in Rußland nicht weiter gehen. Einer jener Punkte jedoch, und ohne Zweifel für Oesterreich der wichtigste von allen bestehe darin, daß man sich nicht zu schwer wiegenden Opfern, und insbesondere nicht zu ansehnlichen Gebietsabtretungen in den Niederlanden entschließen könne, ehe man nicht vollständig sicher sei, wieder in den Besitz von Schlesien und Glatz zu gelangen. So lange dieß letztere nicht wirklich geschehen sei, könnten auch alle übrigen, Frankreich zum Vortheile gereichenden Bedingungen nicht in Wirklichkeit treten [517]).

So unerschütterlich man nun auch in Wien an diesem Grundsatze festhalten zu wollen erklärte, so täuschte man sich doch darüber nicht, daß um der Mitwirkung Frankreichs sicher zu sein, man demselben vielleicht noch weiter gehende Vortheile in Aussicht stellen müsse, als bis jetzt geschehen sei. Denn wenn man sich auch zu der von Frankreich geforderten Gegenseitigkeit verpflichten sollte, derzufolge Oesterreich

gegen England das gleiche Verfahren zu beobachten habe, wie Frankreich gegen Preußen, so war doch kein Zweifel möglich, daß in Ermanglung einer Seemacht ein agressives Vorgehen gegen England, aus Abgang der Geldmittel aber auch eine pecuniäre Unterstützung der Unternehmungen wider diesen Staat für Oesterreich unthunlich sei. Wenn sich nun auch Frankreich kaum zu angriffsweisem Vorgehen gegen Preußen werde bereit finden lassen, so sei doch dessen Geldhülfe schon zur Bezahlung der Subsidien an Rußland ganz unerläßlich. Allerdings irre Frankreich, wenn es die von ihm bezeichneten Gebiete in den Niederlanden nur als ein Aequivalent für die Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla hinstellen wolle. Dieselben besäßen wenigstens den drei- oder vierfachen Werth jener Herzogthümer; aber der Zuwachs, welcher Oesterreich außer den Letzteren noch durch die Wiedereroberung von Schlesien und Glatz zu Theil werden solle, sei so groß, daß man gefaßt sein müsse auf noch weitergehende Zugeständnisse an Frankreich. Ohne sich zu solchen zuerst anzubieten, solle doch Starhemberg auf offene Mittheilung desjenigen dringen, was Frankreich begehre, und wogegen es zu rückhaltsloser Mitwirkung zur Erreichung des gemeinsamen Zweckes sich verpflichte. Denn wenn etwa Frankreich die Erklärungen aufrechterhalten sollte, welche Bernis bei Besprechung des vierten Punktes der österreichischen Vorschläge abgegeben habe, dann wäre es weder thunlich noch rathsam, mit Preußen den Krieg zu beginnen, ja auch nur mit Frankreich eine Vereinbarung über jene Vorschläge zu Stande zu bringen. Wenn es nur die Wiedereroberung von Schlesien und Glatz, nicht aber eine noch größere Schwächung Preußens gestatten, und dadurch die Möglichkeit hindern wolle, auch noch andere Staaten zu gemeinschaftlichem Auftreten gegen Preußen zu vermögen, wenn es an Sachsen, Baiern und andere Höfe nur Subsidien geben wolle, um sie zur Neutralität zu bewegen, dann seien hievon die bedenklichsten Folgen zu besorgen. Denn gegen Oesterreich und Rußland allein könne Preußen wohl noch ausreichende Heere in's Feld stellen und dadurch den Erfolg zweifelhaft machen oder doch wenigstens den Krieg auf Jahre hinausziehen. Frankreich vermöge inzwischen mit England Frieden zu schließen und seine Verabredungen mit Oesterreich fallen zu lassen, dadurch aber das Letztere in unermeßliche und noch überdieß fruchtlos

gebrachte Opfer zu stürzen. Endlich würde Frankreich, so lang seine Verbündeten nicht in den Krieg verwickelt wären, freie Hand behalten, die österreichische Unternehmung ganz nach eigener Willkür zu führen, zu erschweren, zu verzögern oder vielleicht gar zu hintertreiben. Darum sei auf's eifrigste zu trachten, Frankreich auch hinsichtlich des vierten Punktes zur Annahme der österreichischen Vorschläge zu vermögen [518]).

In diesem Sinne lautete denn auch die Erklärung, welche dem Grafen Starhemberg zur Einhändigung an Bernis zugesendet wurde. Auch hier war die Bereitwilligkeit des Kaiserhofes, sich zur Beobachtung vollster Gegenseitigkeit zu verpflichten, jedoch auch sein Begehren in den Vordergrund gestellt, daß die zu treffende Vereinbarung nur für den Fall Gültigkeit besäße, als Schlesien und Glatz wieder an Oesterreich gelangt seien. Nachdem zu unzweifelhafter Erreichung dieses Zieles die Armeen Oesterreichs und Rußlands nicht genügten, seien auch noch andere Staaten heranzuziehen zur Kriegführung gegen Preußen. So wünschenswerth es auch wäre, so bald als möglich an die Ausführung des großen Planes zu schreiten, so müsse doch zuvor alles in bestimmtester Weise verabredet sein. Es könne also wohl geschehen, daß erst im Frühlinge des nächsten Jahres der Zeitpunkt zum Losschlagen komme. Inzwischen möge man wenigstens, und das sobald als möglich, den Defensiv-Vertrag abschließen, welcher ebensowohl zur Bekanntmachung als dazu bestimmt sei, die Grundlage der ferneren Unterhandlungen zu bilden. Endlich würde dadurch Oesterreich der französischen Hülfe für den Fall versichert, daß es der König von Preußen noch vor Zustandebringung des geheimen Vertrages mit Frankreich plötzlich angreifen würde.

In einer abgesonderten Depesche wurde Starhemberg bedeutet, daß für Rußlands bewaffnete Hülfe wenigstens eine jährliche Subsidie von fünf Millionen Gulden erforderlich sei. Die an Sachsen und andere Höfe zu bezahlenden Unterhaltsgelder würden mehr als vier Millionen betragen. Es möge daher an Frankreich das Begehren um einen Vorschuß von zwölf Millionen Gulden gestellt werden, wofür Maria Theresia zur Verschreibung des Herzogthums Luxemburg bereit sei. Außerdem wären durch eine nach Westphalen abzusendende franzö-

sische Armee Hannover und sonstige protestantische Länder von einer Hülfeleistung an Preußen zurückzuhalten und die österreichischen Kriegsunternehmungen gegen dasselbe zu erleichtern. Starhemberg wurde es überlassen, ob er mit diesen Gedanken schon jetzt hervortreten oder hiezu einen Zeitpunkt abwarten wolle, in welchem die Verhandlung mit Frankreich weiter vorgeschritten sei.

Während man in Wien mit Ungeduld der Antworten harrte, denen man auf diese Mittheilungen aus Paris entgegen sehen durfte, trafen aus St. Petersburg Nachrichten ein, durch welche der Kaiserhof gar sehr in seinem Vorsatze bekräftigt wurde, unerschrocken weiter zu schreiten auf der eingeschlagenen Bahn.

Sechzehntes Capitel.

Der Vertrag von Versailles.

Länger als ein Decennium hindurch hatten zwischen Oesterreich und Rußland die besten politischen Beziehungen bestanden, nur wenig beeinträchtigt durch einzelne Differenzen, welche sich insbesondere wegen verschiedener Vorfälle in Ungarn und Siebenbürgen ergaben. Das Verhältniß der dortigen Bewohner griechischer Religion zu dem russischen Staate, und die Art von Einmengung, welche Rußland sich ihretwegen manchmal in die inneren Angelegenheiten der österreichischen Monarchie gestatten zu dürfen glaubte, machte allerdings nicht selten eine gewiß berechtigte Empfindlichkeit rege. Aber sie trat weit in den Hintergrund vor der Gleichartigkeit der politischen Interessen, welche damals im Ganzen und Großen zwischen Rußland und Oesterreich obwaltete. In vorderster Reihe stand hiebei das Verhältniß beider Staaten zur Pforte, denn bei einem Angriffe von dorther hätte Oesterreich nur bei Rußland, so wie dieses nur wieder bei Oesterreich wirksame Hülfe zu finden vermocht.

Eine zweite kaum weniger wichtige Gemeinsamkeit bestand in dem Gegensatze, in welchem sich beide Monarchien zu Preußen befanden. Die Quelle, aus der er für Oesterreich entstammte, war eben so bekannt als berechtigt. Für Rußland hingegen sucht man sie stets nur in persönlicher Abneigung der Kaiserin Elisabeth gegen Friedrich von Preußen.

Durch die Klatschsucht untergeordneter Leute, wie Lakaien und Kammerfrauen, soll Elisabeth von der spöttischen, ja verächtlichen und wegwerfenden Art unterrichtet worden sein, in der sich Friedrich über sie selbst, über ihren Lebenswandel und ihre Art, die Regierungsgeschäfte zu führen oder besser gesagt zu vernachlässigen, auszusprechen pflegte. Elisabeth wieder, hiedurch gegen ihn aufgebracht, habe ihm außerdem seine Anschauungen in Religionssachen, und vielleicht mehr noch sein liebloses Verfahren gegen seine Gemalin in höchstem Grade übel genommen. Die persönliche Verstimmung der beiden Monarchen von Rußland und Preußen sei daher eine sehr weitgehende gewesen, und wer sich vergegenwärtigt, wie sehr damals in fast allen europäischen Staaten, am meisten aber wohl in Rußland die Haltung der Regierung fast einzig und allein abhing von der individuellen Anschauung des Staatsoberhauptes, der wird nicht bestreiten, daß hierin wirklich eine Hauptquelle lag der andauernden Spannung zwischen Rußland und Preußen.

Dennoch scheint es zu viel gesagt, wenn in dieser persönlichen Gereiztheit zwischen Elisabeth und Friedrich die einzige Ursache der feindseligen Haltung Rußlands gegen Preußen gesucht wird. Es ist ja doch nur natürlich, daß man auch in Rußland, wie es ja überall der Fall gewesen wäre, das rasche Anwachsen eines unmittelbar angrenzenden Staates wie Preußen nur mit mißtrauischem Auge betrachten konnte. Und die Ursache zu Besorgnissen, welche sich hieraus für Rußland ergab, war um so größer, als eine gegen früher fast verdoppelte, jetzt wahrhaft furchtbar gewordene Macht in den Händen eines Mannes lag, welcher bewiesen hatte, daß es keine Schranke für ihn gebe, wo es um die Erreichung seines Vortheils sich handelte. Es war also wohl doch nicht bloß persönlicher Haß der Kaiserin Elisabeth gegen Friedrich, oder wie auch gesagt wurde [519]), das Resultat der Bemühungen der Repräsentanten Oesterreichs und Sachsens in St. Petersburg, wenn schon im Mai 1753 in einer Versammlung des dortigen Senates der Grundsatz festgestellt wurde, sich einer ferneren Zunahme der preußischen Macht zu widersetzen und die erste passende Gelegenheit zu ergreifen, um das Haus Brandenburg durch eine überwiegende Kraftanstrengung zu unterdrücken.

Noch weiter ging man im October 1755, wenige Tage nach Unterzeichnung des Subsidienvertrages mit England. Es wurde beschlossen, den König von Preußen dann anzugreifen, wenn dieß von Seite eines der Alliirten Rußlands, worunter wohl nur Oesterreich verstanden werden konnte, gleichfalls geschehen sollte. Und als endlich die Kaiserin Elisabeth nach langer Zögerung die Ratification des Subsidienvertrages mit England vollzog, erklärte sie ausdrücklich, daß derselbe nur dann Geltung haben solle, wenn der König von Preußen den König von England oder dessen Bundesgenossen angreife; nur gegen Friedrich wolle sie zur Hülfeleistung an England verpflichtet sein.

Unter diesen Verhältnissen konnte denn natürlicher Weise, so wie es in Wien und Paris der Fall gewesen war, auch in St. Petersburg die Nachricht von dem Abschlusse des Bündnisses zwischen England und Preußen nur den übelsten Eindruck hervorbringen. Wäre diese Nachricht zwei Tage früher angelangt, behauptet der österreichische Botschafter in St. Petersburg, Graf Nikolaus Esterhazy, so würde dadurch sicher die Ratification des Subsidienvertrages mit England vereitelt worden sein [520]).

Aber wenn dieß auch der Form nach nicht geschehen war, so sah man doch bald, daß in der Wesenheit das Gleiche der Fall sein und jener Tractat in Folge des Bündnisses zwischen England und Preußen wohl niemals zur Ausführung gelangen werde. Denn als der englische Botschafter in Rußland, Sir Charles Hanbury Williams, die Erbitterung gewahr werdend, welche man seit Empfang dieser Nachricht in immer steigendem Maße wider England empfand, sich weigerte, die erste Rate der Subsidienzahlung an Rußland zu entrichten, da wurde im Namen der Czarin erklärt, daß man das englische Geld nicht begehre, ja sogar dessen Annahme verweigern werde. Und als endlich der kaiserliche Botschafter Graf Esterhazy der russischen Regierung vertrauliche Mittheilung machte von der Anknüpfung und dem Stande der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich, wurde von der russischen Regierung der Beschluß einstimmig erneuert, „nachdem des Königs von Preußen dermalige Macht- und Vergröße- „rungsbegierde dem Staatsinteresse Rußlands und seiner künftigen

„Sicherheit widerstreite", sei keine Gelegenheit zu verabsäumen, um ihn je eher desto besser wieder auf seine früheren Landesgrenzen zu beschränken. Dem Repräsentanten der Kaiserin Maria Theresia aber wurde eröffnet, daß Rußland, insofern dieselbe ein Gleiches zu thun entschlossen sei und ihre Beziehungen zu Frankreich es zuließen, noch in dem gegenwärtigen Jahre mit achtzigtausend Mann die Operationen gegen Preußen beginnen und die Waffen nicht eher niederlegen wolle, als bis Maria Theresia ihr Erbherzogthum Schlesien und die Grafschaft Glatz wieder erobert haben werde. Dem mit Frankreich abzuschließenden Neutralitäts- und Defensivtractate aber werde Rußland bereitwilligst beitreten [521]).

„Die vergnüglichsten und alle Hoffnung übertreffenden Nach-„richten" nennt Kaunitz in einem Rescripte an Starhemberg [522]) diese Mittheilungen aus Rußland. Sie würden ihn, wenn es dessen überhaupt noch bedurft hätte, gestärkt und gekräftigt haben in der Verfolgung seines Planes und in Bekämpfung der Hemmnisse, welche ihm bei der Ausführung desselben von verschiedenen Seiten her, am meisten aber von der englischen Regierung bereitet wurden.

Es ist schon früher gezeigt worden, wie die Selbstüberschätzung, welche damals wenigstens ein charakteristisches Merkmal der politischen Anschauungen der britischen Staatsmänner bildete, sich Oesterreich gegenüber in wahrhaft widerwärtiger Weise breit machte. Nichts zu gewähren und immer nur in befehlendem Tone zu verlangen, das Begehren an Oesterreich zu stellen, sich für England und in dessen alleinigem Interesse in einen verderblichen Krieg mit Frankreich zu stürzen, endlich übermüthig zu pochen auf die Unmöglichkeit, daß Oesterreich, durch Englands Rücksichtslosigkeit auf's Aeußerste getrieben, vielleicht doch von dem Bündnisse mit den Seemächten sich abwenden und neue Bahnen einschlagen könnte zur Erreichung der ihm nächstliegenden Zwecke, mit diesen Worten läßt sich das Verfahren Englands gegen Oesterreich in kurzem kennzeichnen.

„Keine Macht der Welt", heißt es in einer gleichzeitigen Denkschrift des Grafen Kaunitz, „sucht irgend ein Bündniß, als um ihre

„eigene Sicherheit zu vermehren und sich was immer für einen Vor-„theil zu verschaffen."

„Nach dem Plane, welchen das englische Ministerium verfolgen „zu wollen schien, hätten wir nicht nur das eine und das andere Ziel „verfehlt, sondern wären gerade in unser Verderben gerannt, indem „wir uns Frankreich gegenüber völlig erschöpft hätten."

„Niemals wird die Kaiserin zögern, allen Gefahren sich aus-„zusetzen, welche aus ihren Verpflichtungen gegen irgend einen Ver-„bündeten hervorgehen können. Aber es ist nur gerecht, daß er dieselben „wenigstens dann mit ihr theilt, wenn es nur um seine eigene Sache „sich handelt. Die Maßregeln, welche wir den Engländern vorschlugen, „waren nur auf diesen Grundsatz gebaut, dennoch verschmähte man es „in England, sich zu denselben herbeizulassen."

Das Räthsel, welches in diesem Vorgange Englands zu liegen schien, konnte nur durch die gleichzeitigen Verhandlungen der britischen Regierung mit dem Könige von Preußen erklärt werden. Und gar bald war man nicht mehr im Zweifel darüber, daß während England die größte Gleichgültigkeit für die Interessen Oesterreichs gezeigt, ja durch die Nichtbeantwortung der österreichischen Vorschläge eine verletzende Mißachtung an den Tag gelegt hatte, es beflissen gewesen war, sich der Freundschaft Preußens zu versichern. „Man dachte nicht einmal „daran," sagt Kaunitz, „daß es Oesterreich erlaubt sein könne, für „seine eigene Sicherheit zu sorgen. Man traute sich das Recht und die „Macht zu, dessen Beschlüsse zu leiten, ihm seine Handlungen vorzu-„schreiben und über sein Schicksal zu entscheiden. Man beschäftigte sich „daher nur mit dem Könige von Preußen, schloß endlich mit ihm den „Vertrag vom 16. Jänner 1756, und beglückwünschte sich ohne Zweifel „insgeheim, das Mittel, um Oesterreich wider Willen in den Krieg „zu verwickeln, darin gefunden zu haben, daß man die österreichischen „Niederlande ausnahm von dem eben abgeschlossenen Vertrage."

„Dieses Mittel war in der That sinnreich zu nennen. Man „überließ jenen Theil der Staaten der Kaiserin dem Uebelwollen

„Frankreichs, und zwang sie dadurch, dieselben entweder zu verlieren „oder zu vertheidigen. Hätte man sich zu dem letzteren entschlossen, so „würde man England einen zweifachen Dienst erwiesen, dessen Feind „auf sich gezogen und gleichzeitig seinem lieben Alliirten, dem Könige „von Preußen die schönste Gelegenheit gewährt haben, in Böhmen ein„zufallen und dort neue Eroberungen zu machen. Als treue und zärt„liche Verbündete würden die Engländer die Kaiserin mit Lobsprüchen „überhäuft, ihr jedoch gleichzeitig, sie mit zwei so furchtbaren Feinden „im Kampfe sehend, in höchst christlicher Weise gerathen haben, der „Zeit und den Umständen zu weichen, und da sie so überlegenen Kräften „nicht zu widerstehen vermöchte, einem ihrer Feinde neue Opfer zu „bringen, um sich dem anderen gegenüber vollständig zu Grunde richten „zu können." [523])

„Welch ein Plan? Und wie konnte das englische Ministerium, „so anmaßend als es auch immer sein mag, doch jemals glauben, daß „der Kaiserhof mit gekreuzten Armen den Ausspruch seines Verderbens „erwarten werde?"

Die Aeußerungen des Grafen Kaunitz sind hier absichtlich wortgetreu wiedergegeben worden, um ein klares Bild seiner Ansichten über das Verfahren der englischen Regierung gegen Oesterreich zu liefern. Zu spät schienen endlich auch die britischen Staatsmänner einzusehen, daß sie Oesterreich gegenüber zu weit gegangen seien, und daß Schritte geschehen sollten zur Wiederherstellung des früheren Freundschaftsverhältnisses zwischen den beiden Staaten. Und als Kaunitz dem englischen Bevollmächtigten Keith auf die Mittheilung von dem Abschlusse des Vertrages mit Preußen im Auftrage der Kaiserin trocken erwiederte, sie habe sich dieser Nachricht schon seit längerer Zeit versehen, danke für dieselbe und wünsche, daß der neue Tractat den Staaten des Königs von England zum Vortheil gereichen möge [524]), da fühlte man in England ganz die Bitterkeit der Stimmung, von welcher man am Wiener Hofe erfüllt war, und die Nothwendigkeit, sie wieder zu besänftigen. Das tiefempfundene Mißtrauen gegen den König von Preußen, von dem man es nicht für unmöglich hielt, er könne, wenn sein

Vortheil es erheische, den neuen Verbündeten zu Gunsten des alten verrathen, trug gleichfalls nicht wenig dazu bei, die englische Regierung in dieser Ansicht zu bestärken [525]). So wie König Friedrich sowohl in Paris als dem französischen Abgesandten in Berlin, dem Herzog von Nivernois gegenüber kein Mittel unversucht ließ, um Frankreich zur Erneuerung des Vertrages vom Jahre 1741 zu bewegen, so zog auch jetzt England dem Wiener Hofe gegenüber andere Saiten auf. Keith erhielt den Befehl, den mit Preußen geschlossenen Tractat dem Wiener Hofe vollständig mitzutheilen und gleichzeitig den Vortheil zu schildern, der darin liege, daß Deutschland sicher gestellt und Oesterreich die Möglichkeit gewährt sei, einen großen Theil seiner Truppen ohne Gefahr vor Preußen nach den Niederlanden zu senden. Nun sei der rechte Augenblick gekommen, um Preußen durch England mit Oesterreich zu verbünden. In einer Erneuerung und Bekräftigung der Abtretung Schlesiens sei das beste Mittel hiezu gelegen. Endlich bat Keith um Auskunft, ob das Gerücht, daß Oesterreich mit Frankreich geheime Verhandlungen pflege, wahr spreche oder nicht [526]).

So wie es selbst sich bemühte zur Wiederherstellung besserer Beziehungen zu Oesterreich, so wirkte England auch an befreundeten Höfen, wie in St. Petersburg und Madrid, in Turin und Dresden in dem gleichen Sinne. Der russische Botschafter in Wien, Graf Keyserlingk, weder in die eigentlichen Absichten seiner Regierung, noch in die geheime Verhandlung mit Frankreich eingeweiht, war rastlos thätig für England und nahm sogar bei dem Kaiser und der Kaiserin Audienz, um zu Gunsten Englands auf sie zu wirken. Der holländische Gesandte Burmania und sein sardinischer College Graf Canal thaten ein Gleiches, und der Dresdner Hof kündigte an, daß er in derselben Absicht den Grafen Flemming nach Wien schicken werde.

„Obgleich wir nun," läßt sich Kaunitz in einem vertraulichen Schreiben an Starhemberg vernehmen [527]), „in unseren einmal fest„gestellten Grundsätzen nicht wanken und alle Höfe mit allgemeinen „abschlägigen Antworten abfertigen, so ist doch in der That der Sturm, „der von allen Seiten auf mich losbricht, ungemein stark und wird

„noch täglich stärker werden, je mehr sich das Gerücht von Ihrer „geheimen Verhandlung verbreitet. Ja man geht schon so weit, daß „man an Mittel denkt, mich zu stürzen. Allein ich lache dazu und „wünsche nur, daß der Defensivtractat bald geschlossen werde, damit „ich einige Gemüther beruhigen könne".

Zur Erreichung dieses Zieles war denn auch Starhemberg nach wie vor angestrengt thätig. Zu seinem lebhaften Bedauern brachte eine Erkrankung des Abbé von Bernis eine für Starhemberg peinliche Verzögerung der Verhandlung hervor. Denn es war nicht förderlich für sie, daß sich nun der Minister Rouillé derselben vornehmlich zu bemächtigen suchte. Auf der Besitzung des Letzteren zu Jouy wurden die Bedingungen des vorerst abzuschließenden Vertrages eingehend erörtert, ohne jedoch so rasch als in Wien es gewünscht wurde, zum Ziele zu führen. Und selbst als Bernis wieder eingriff in die Verhandlung und sich eifrig für ihren baldigen Abschluß verwendete, verzögerte sich derselbe durch die Unentschlossenheit der übrigen Minister. Seit dem Rücktritte des Marschalls von Noailles und des Grafen Saint-Severin, seit der schweren Erkrankung des Generalcontrolors Sechelles und des Marquis von Puysieux war der französische Ministerrath außer Rouillé noch aus den Herren von Machault, d'Argenson und Saint-Florentin zusammengesetzt. Die beiden Letzteren hatte man wenigstens so weit in's Geheimniß gezogen, daß man ihnen die Absicht des Königs mittheilte, ein Bündniß mit Oesterreich zu schließen und künftighin das beste Einvernehmen mit diesem Staate zu unterhalten. D'Argenson, von jeher ein erbitterter Gegner des Kaiserhofes, war schlau genug, sich nicht offen gegen die Durchführung jenes Planes zu erklären, aber insgeheim bemühte er sich eifrigst, denselben scheitern zu machen. Starhemberg zweifelte keinen Augenblick daran, daß er es sei, welcher den preußischen Gesandten Knyphausen und durch ihn König Friedrich selbst von Allem unterrichtete, was ihm über den Gang der geheimen Verhandlung mit Oesterreich bekannt wurde [528]).

D'Argensons steter Widersacher, Machault, befand sich auch hinsichtlich der Frage, um welche es jetzt sich handelte, im entgegengesetzten

Lager. Von ihm zweifelte man nicht, daß er den Abschluß des Vertrages mit Oesterreich lebhaft wünsche. Aber so wie er früher stets den Anregungen des Generalcontrolors Sechelles, dieses eifrigen Förderers der Allianz mit Oesterreich gefolgt war, so schloß er sich seit der Erkrankung desselben mehr an Rouillé an. Der Letztere aber, sichtlich von dem Bestreben durchdrungen, den König von Preußen möglichst zu schonen, und von dem ersten Beamten seines Ministeriums, dem Abbé de la Ville stets von neuem mit Mißtrauen und Bedenklichkeiten erfüllt, vermochte zu keinem rechten Entschlusse zu gelangen. Und es ist in hohem Grade bemerkenswerth, daß von einer directen Einwirkung der Marquise von Pompadour auf die Verhandlungen nirgends die Rede ist. In keinem seiner zahlreichen und höchst vertraulichen Briefe und Berichte an Kaunitz spricht Starhemberg jemals von einer Zusammenkunft oder einem schriftlichen Verkehre mit ihr. Ja sogar ihr Name wird nur selten genannt, und so wenig auch daran zu zweifeln sein wird, daß ihr die Hauptaufgabe zugefallen war, welche darin bestand, den König von Frankreich in einer der Verhandlung günstigen Stimmung zu erhalten, so wenig scheint sie doch an den verschiedenen Phasen derselben wenigstens bisher irgend welchen thätigen Antheil genommen zu haben.

Nicht völlig im Einklange hiemit steht die Angabe eines hervorragenden und verläßlichen französischen Geschichtschreibers [529]), derzufolge Starhemberg am 20. April 1756 ein ausführliches Schreiben an die Marquise von Pompadour richtete, in welchem die Gründe für die Allianz eingehend entwickelt wurden. Da sogar einzelne Absätze aus diesem Schreiben wortgetreu angeführt werden, so ist an der Existenz desselben wohl nicht zu zweifeln. Ob hiedurch die Möglichkeit ausgeschlossen wird, daß das erwähnte Schreiben vielleicht nicht an die Pompadour gerichtet war, oder daß es von Jemand Anderem als von Starhemberg herrührte, darüber soll hier in keiner Weise abgesprochen werden. Nur das ist gewiß, daß Starhemberg in dem geheimen Berichte, welchen er dem Grafen Kaunitz über jene Vorgänge erstattet, und in dem er sich über die Einzelnheiten derselben ziemlich umständlich verbreitet, eines Briefes an die Marquise von Pompadour mit keinem

Worte gedenkt, und von einem solchen auch sonst keine Spur zu entdecken ist.

Was nun diese Einzelnheiten der Vorgänge am französischen Hofe betrifft, so war es einen Tag früher als das Datum, welches jenes Schreiben an sich trägt, am 19. April 1756 [530]), daß zu Versailles die Berathung gehalten wurde, in welcher Bernis Bericht zu erstatten hatte über das Ergebniß seiner Verhandlung mit Starhemberg. Nachdem Sechelles in Folge seines körperlichen Leidens der Versammlung nicht beiwohnen konnte, hatte der König auf Anregung der Pompadour befohlen, daß dessen Platz durch den Marquis von Puysieux eingenommen werde. Sowohl darin, denn Puysieux war dem Bündnisse mit Oesterreich günstig gestimmt, als in dem Verhalten des Königs gegen den Marquis d'Argenson war die günstigste Vorbedeutung für das Gelingen des Werkes zu erblicken. Von den übrigen Ministern darum gebeten, nahm es der König auf sich, mit d'Argenson zu sprechen und ihm seinen entschiedenen Willen zu erklären, daß die Bahn nicht mehr verlassen werde, welche er aus freiem Entschlusse eingeschlagen habe.

Außer diesen beiden Männern nahmen noch Rouillé, Machault, Saint-Florentin und Bernis an der Zusammenkunft Theil. Der Letztere begann mit einer ausführlichen Darstellung desjenigen, was seit Anfang der Verhandlung vorgefallen war, jedoch ging er über einige Punkte, insbesondere über die Art der Anknüpfung derselben rascher hinweg. Er sagte nur, Starhemberg habe sich unmittelbar an den König mit der Bitte um Geheimhaltung seiner Mittheilungen gewendet. Nur um die Sache nicht vor der Zeit ruchbar werden zu lassen, was unfehlbar hätte geschehen müssen, wenn der von allen Seiten beobachtete und mit Besuchen überhäufte Minister Rouillé die Verhandlung mit Starhemberg geführt hätte, sei Bernis mit derselben, jedoch unter Rouillé's Leitung beauftragt worden. Auch davon, daß Sechelles und Machault schon früher in's Vertrauen gezogen worden, wurde nichts erwähnt.

Was die Sache selbst anging, so wurde, nachdem Bernis die Beweggründe zu solchem Vorgange umständlich dargestellt hatte, von

sämmtlichen Anwesenden, d'Argenson mit eingeschlossen, ihre Zustimmung zu demselben erklärt. Puysieux knüpfte hieran die Bemerkung, so sehr er auch einverstanden sei, so sehr müsse er doch auch zu höchster Vorsicht und Klugheit bei der Wahl der Mittel zur Ausführung rathen. Auch d'Argenson stimmte dem bei; die einzige Einwendung, welche er und Puysieux erhoben, bestand darin, daß statt Frankreich, wie es bisher so lebhaft gewünscht worden, den Frieden zu verschaffen, dasselbe durch die Annahme des österreichischen Vorschlages allem Anscheine nach in einen allgemeinen, ja sogar in einen Religionskrieg gestürzt werden würde. Dennoch sei es unbestreitbar, daß wenn die zu ergreifenden Maßregeln gehörig verabredet würden und die Vereinbarung zwischen Frankreich und Oesterreich auf die Grundsätze der Gleichheit und der Gegenseitigkeit gebaut werde, Frankreichs Interesse die Theilnahme fordere. Von höchster Wichtigkeit aber sei es, die Dinge nicht halb zu thun und keine Zeit zu verlieren. Man möge daher nicht nur unverzüglich den Defensivtractat, sondern wo möglich auch schon die Präliminarien des ungleich bedeutsameren Vertrages abschließen, der noch bevorstehe. Binnen acht Tagen möge das Erstere geschehen, um sodann allsogleich an das Zweite schreiten und dadurch das ganze große Werk seiner Beendigung zuführen zu können [531]).

Am folgenden Tage, dem 20. April, gab Bernis dem Grafen Starhemberg Kunde von dem Resultate der Berathung. In fast täglichen Zusammenkünften zu Paris oder zu Versailles arbeiteten nun Beide an der Vollendung des Vertrages, dessen verschiedene Bestimmungen sie einer bis in die kleinsten Umstände eindringenden Erörterung unterzogen. Auch Rouillé nahm nicht selten an den Verhandlungen Theil. In ihre Einzelnheiten einzugehen würde wohl zu weit führen; es soll hier nur gesagt werden, daß der ursprünglichen Absicht zufolge eigentlich zwei Tractate zu Stande kamen, die Neutralitätsacte und der Defensivvertrag, deren Unterzeichnung durch Starhemberg, Rouillé und Bernis am 1. Mai 1756 zu Jouy, und nicht wie es in den bezüglichen Urkunden heißt, in Versailles geschah [532]). Doch wird der Vertrag gewöhnlich nach der letzteren Stadt, der damaligen Residenz der französischen Könige genannt.

In der Neutralitätsacte wird erklärt, daß nachdem die Streitigkeiten zwischen Frankreich und England über die Grenzen ihrer Besitzungen in Amerika immer bedrohlicher würden für die öffentliche Ruhe, die Kaiserin weder mittelbar noch unmittelbar Antheil an denselben nehmen, sondern während der ganzen Dauer des dadurch hervorgerufenen Krieges völlige Neutralität beobachten werde. Frankreich hingegen versprach, nachdem es keine andere Macht verwickeln wolle in seinen bloß mit England bestehenden Streit, unter gar keinem Vorwande die Niederlande oder irgend ein anderes Besitzthum der Kaiserin-Königin angreifen zu wollen.

In einer zweiten, aus neun Artikeln und zwei Separatartikeln bestehenden Urkunde sind die Bestimmungen des Defensivtractates niedergelegt. Nachdem die Neutralitätsacte, heißt es im Eingange, abgeschlossen wurde, um eine größere Ausdehnung des Krieges zwischen England und Frankreich zu hintertreiben und es zu verhüten, daß hieraus Feindseligkeiten zwischen den letzteren Staaten und Oesterreich entstünden, hätten beide Monarchen es für zweckmäßig erachtet, der Neutralitätsacte auch noch ein Freundschafts- und Vertheidigungsbündniß beizufügen. Der westphälische Friede und alle seither zwischen den beiden Staaten abgeschlossenen Friedens- und Freundschaftsverträge wurden bestätigt. Beide Monarchen versprachen die gegenseitige Vertheidigung ihrer in Europa gelegenen Staaten. Zu diesem Ende verpflichteten sie sich im Falle eines Angriffes zur Stellung eines Hülfscorps von 24.000 Mann, wovon drei Viertheile Fußvolk und ein Viertheil Reiterei, doch sei der gegenwärtige Krieg zwischen England und Frankreich ausdrücklich und allein ausgenommen. Wenn der angegriffene Theil statt des bewaffneten Beistandes lieber Geldhülfe wünsche, so seien statt tausend Mann Fußvolk achttausend, statt tausend Reitern aber vierundzwanzigtausend Gulden monatlich zu bezahlen. Die gemeinschaftlich vorzunehmende Einladung anderer Mächte zu diesem Vertheidigungsbündnisse wurde offen gehalten.

Die dritte, gleichfalls von den drei Bevollmächtigten unterzeichnete Urkunde enthält die fünf geheimen Artikel. In dem ersten

derselben wird festgesetzt, daß obgleich der gegenwärtige Krieg zwischen England und Frankreich als alleinige Ausnahme von dem Vertheidigungsbündnisse hingestellt worden sei, doch für den Fall, als irgend eine französische Provinz in Europa von den Streitkräften einer anderen Macht als England, etwa unter der Bezeichnung von Hülfstruppen angegriffen würde, Oesterreich zur Leistung der verabredeten Truppenhülfe bereit sei. Das Gleiche wurde von Frankreich zu Gunsten Oesterreichs versprochen.

Der zweite geheime Artikel zählt diejenigen Monarchen auf, an welche die gemeinsame Einladung zum Beitritte zu dem Vertheidigungsbunde zu richten sei. Als solche werden Kaiser Franz als Großherzog von Toscana, die Könige von Spanien und Neapel, endlich der Infant Don Philipp von Parma genannt; über andere Mächte werde man sich später verständigen.

Durch den dritten geheimen Artikel verpflichteten sich beide Monarchen, zur Beseitigung jedes Streitpunktes zwischen ihnen durch eine besondere Convention alles dasjenige beizulegen, was etwa noch nicht durch den Aachner Frieden geschlichtet worden sei. In dem vierten Artikel versprachen sie, ohne gegenseitige Theilnahme und Zustimmung keine neue Verpflichtung gegen eine andere Macht einzugehen oder eine früher bestandene zu erneuern. Endlich erklärten sie in dem fünften Artikel, daß auch die vorhergehenden vier geheimen Artikel gleichzeitig mit der Neutralitätsacte und dem Defensivvertrage ratificirt werden sollten.

Schon am folgenden Tage, am 2. Mai wurde diese Ratification von König Ludwig vollzogen und von Machault contrasignirt. So wie die Bevollmächtigten selbst unmittelbar nach der Unterzeichnung der Verträge die Vollendung ihres Werkes durch ein fröhliches Gastmal feierten, zu welchem außer ihnen nur noch der Abbé de la Ville als Vierter zugezogen war, so legte auch der König in jeder Weise seine Zufriedenheit über dessen Zustandekommen an den Tag. Frau von Pompadour aber zeigte sich hocherfreut über den Abschluß einer Sache, die sie als ihr Werk betrachtete, und sie ließ Starhemberg versichern,

sie werde sich auf's Aeußerste bemühen, daß in einer so schön begonnenen Angelegenheit nicht auf halbem Wege stehen geblieben werde [533]).

An dem Tage der Unterzeichnung der Verträge erhielt Starhemberg auch die Antwort des Königs von Frankreich auf die letzten Erklärungen der Kaiserin. Sowohl ihr Inhalt als ihre Form lasse nichts zu wünschen übrig, bemerkt Starhemberg, und man sehe wohl, daß sie der Feder eines der vierzig Mitglieder der französischen Akademie entstamme [534]).

Das was man für unmöglich gehalten habe, heißt es darin, auf dem Wege ministerieller Unterhandlung zu Stande zu bringen, sei nun durch die Monarchen selbst glücklich vollzogen worden. Sie hätten es empfunden, wie sehr die Zeiten und die Verhältnisse sich geändert, und wie veraltete Vorurtheile nicht mehr ihre Entschließungen lenken, ihrem Verfahren als Richtschnur dienen dürften. Sie brauchten sich nur gegeneinander auszusprechen, um völlige Uebereinstimmung zu erzielen. Obgleich Europa vorbereitet zu sein scheine auf das große Bündniß zwischen Frankreich und Oesterreich, so dürfe man sich doch nicht täuschen über die Befürchtungen, die Eifersucht und das Mißtrauen, welche hiedurch an verschiedenen Höfen würden rege gemacht werden. Die offenen wie die geheimen Feinde der beiden Staaten würden nicht lange anstehen zu behaupten, daß durch die Vereinigung so beträchtlicher Kräfte das Gleichgewicht Europa's zerstört sei und insbesondere Deutschland zu zittern habe für seine Freiheit. Den hieraus vielleicht entstehenden Uebelständen und Gefahren könnten die beiden Monarchen nur vorbeugen, wenn sie fortführen, jederzeit die gleiche Offenheit gegen einander zu beobachten und überall im vollsten Einverständnisse zu sprechen und zu handeln.

Doch könne das Vertrauen zwischen zwei Mächten nur dann von ewiger Dauer sein, wenn ihre beiderseitigen Interessen in der Gegenwart völlig übereinstimmten, in der Zukunft aber keinem Widerspruche ausgesetzt seien. Darum halte es der König für nöthig, daß beide Höfe sich unverzüglich über Präliminarartikel verständigen, welche dem abzuschließenden geheimen Vertrage zur Grundlage dienen sollten. Denn

der schon zu Stande gekommene Defensivtractat steuere nur den Gefahren der Gegenwart, nun aber handle es sich darum, denen der Zukunft zuvorzukommen. Ehe man sich jedoch zu ferneren Erklärungen über die schon im verflossenen September vorgebrachten österreichischen Vorschläge herbeilasse, müsse man sich ausführlichere Erläuterungen einzelner Punkte erbitten. So wäre es erwünscht, die Höhe der Summen, welche im Falle des Abschlusses des geheimen Vertrages Frankreich bezahlen sollte, und die einzelnen Termine zu kennen, innerhalb deren diese Zahlung zu leisten wäre. Der König müsse wissen, welche Plätze ihm als Sicherstellung für jene Summen, und zu welcher Zeit sie ihm eingeräumt würden. Er bitte um Aufklärung über die Art, wie man den Satz verstehe, Frankreich solle die Seemächte dermaßen beschäftigen, daß sie außer Stande wären, den Absichten der Kaiserin durch Hülfeleistung an ihre Gegner Hindernisse zu bereiten. Endlich müsse man wissen, aus welchen Truppen jene dritte Armee zusammengesetzt sein solle, welche die Kaiserin für nothwendig ansehe zum Gelingen ihrer Unternehmung, welche Mächte diese Truppen zu stellen hätten, und durch welche Mittel man jene Regierungen zu gewinnen denke? Wenn die Kaiserin über alle diese Punkte genügende Auskunft zu geben vermöge, dann werde sich der König durch nichts von dem Abschlusse der Präliminarien des geheimen Vertrages zurückhalten lassen [535].

Zwei Bemerkungen, mit denen Starhemberg die französische Mittheilung begleitet, verdienen hier besondere Erwähnung. Der einen zufolge war man in Frankreich besorgt, daß die Anforderungen Oesterreichs an den französischen Staatsschatz ungemein hochgespannte sein würden, und laut der anderen trug man sich dort mit dem Gedanken einer Erwerbung der ganzen österreichischen Niederlande. Abgesehen von der Vergrößerung seines Gebietes und der Vermehrung seiner Macht, welche ihm hieraus erwuchs, könne nur, so denke man in Frankreich, durch die völlige Entfernung der österreichischen Herrschaft aus den Niederlanden die Loslösung des Kaiserhauses von dem Bündnisse mit England für alle Zukunft bewerkstelligt werden.

Was Starhemberg hier noch als seine persönliche Anschauung ausspricht, wurde binnen kurzem, wie er es vorhersagen zu dürfen

glaubte, von Frankreich in die Form eines unzweideutigen Begehrens gekleidet. Schon während der Verhandlungen, welche in der Zwischenzeit bis zum Eintreffen der Ratificationen aus Wien sowohl von Starhemberg als von Bernis mit Eifer fortgesetzt wurden, rückte der Letztere mehr und mehr mit der Sprache heraus, und er erklärte endlich offen, seiner Meinung nach würde eine dauernde Vereinigung zwischen Frankreich und Oesterreich nur dann zu Stande kommen können, wenn man sich in Wien zur völligen Abtretung der Niederlande entschließe [536]). Man müsse alles beseitigen, was für die Zukunft Zwiespalt und Mißverständnisse zwischen den beiden Regierungen hervorrufen könnte. Hiezu komme noch, daß die Niederlande nach Abtretung eines beträchtlichen Theiles derselben an den Infanten Don Philipp für Oesterreich ein Besitzthum sein müßten, dessen Erträgniß in gar keinem Verhältniß stehe zu den für dasselbe aufzuwendenden Kosten. Und wenn endlich Oesterreich ein so wichtiges Land wie Schlesien durch Frankreichs Beihülfe wieder erlangen wolle, so müsse dem Letzteren hiefür ein entsprechenderer Preis geboten werden als die bloße Abtretung eines Landstriches an den Herzog von Parma.

Daß die Erwerbung der Niederlande in Frankreichs Absichten liege und das unvermeidliche Entgelt sein würde für dessen Beistand gegen Preußen, daran hatten Kaunitz und Starhemberg schon lang nicht mehr gezweifelt. Darum wies auch der Letztere das französische Begehren, als ihm Bernis dasselbe zum ersten Male kundgab, keineswegs schroff von der Hand. Er beschränkte sich so ziemlich darauf, die Größe des Opfers zu schildern, welches dadurch der Kaiserin auferlegt würde. Von Bernis aber verlangte er, daß ihm das Begehren Frankreichs schriftlich mitgetheilt werde.

Nachdem die Kaiserin, wird in dieser schriftlichen Mittheilung des französischen Unterhändlers gesagt, Schlesien und Glatz an Preußen feierlich abgetreten habe, sei die Wiedererlangung dieser Provinzen für sie als eine neue Erwerbung zu betrachten, welche durch ihre Wichtigkeit und ihre Lage die Niederlande weit übertreffe. Es wäre daher weder gerecht, noch den Grundsätzen der Gegenseitigkeit entsprechend, wenn

Frankreich, indem es dem Bündnisse mit Preußen entsage und durch dasjenige mit Oesterreich diesem Staate so beträchtliche Vortheile zuwende, hieraus nur in Zukunft und in indirecter Weise Gewinn ziehen solle. Jener Grundsatz des Rechtes und der Gegenseitigkeit fordere vielmehr, daß die festen Plätze, welche dem Könige von Frankreich zur Sicherstellung der von ihm vorzuschießenden Summen einzuräumen wären, unter den Seeplätzen Flanderns gewählt würden. Nur dann werde Frankreich aus seinem Bündnisse mit Oesterreich wenigstens einen Theil jenes Gewinnes in Bezug auf seine Stellung gegen England erlangen, welchen es der Kaiserin so bereitwillig gegen die Mächte gewähre, von denen sie am meisten gefährdet sei.

Um allen Streitigkeiten vorzubeugen, welche früher oder später aus einem bloßen Gebietstausche in den Niederlanden hervorgehen und die Einigkeit zwischen Frankreich und Oesterreich stören würden, sei es vielmehr unerläßlich, daß entweder im Wege einer Abtretung oder eines Verkaufes die ganzen österreichischen Niederlande an Frankreich gelangten. Die Kaiserin möge daher so bald als möglich die Summen bezeichnen, welche sie für die Abtretung der Niederlande von Frankreich jährlich beziehen wolle. König Ludwig aber verpflichte sich, im Einvernehmen mit den Höfen von Madrid, Neapel und Parma dem Infanten Don Philipp ein Besitzthum zu verschaffen. Der Werth der drei Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla, welche an Oesterreich fallen sollten, wäre von dem Preise für die Abtretung oder den Verkauf der Niederlande an Frankreich in Abzug zu bringen [537]).

Die wichtigste der Bemerkungen, mit welchen Starhemberg diese Erklärung übersandte, bestand in dem Ausdrucke der Besorgniß, daß wenn man sich auch zu vollständiger Befriedigung der Wünsche Frankreichs herbeilasse, man dort trotzdem nicht darauf eingehen werde, die Macht des Königs von Preußen so sehr zu schwächen, daß er für Oesterreich in Zukunft nicht mehr gefährlich werden könne. Fortwährend bildete dieser Punkt eine unausgeglichene Meinungsverschiedenheit zwischen Starhemberg und Bernis. Zur Aufstellung einer dritten Armee gegen Preußen sei es unausweichlich, behauptete Starhemberg, den

hiezu aufzufordernden Staaten, insbesondere Sachsen und der Pfalz Erwerbungen auf preußischem Gebiete zu versprechen. Und ohne dem Könige noch mehr zu entziehen als bloß Schlesien und Glatz, bliebe das große Werk nur zur Hälfte gethan. Denn wie er Oesterreich diese Gebiete schon einmal entriß, so würde er jederzeit im Stande sein, das Gleiche ein zweites Mal zu thun.

Bernis hingegen wies darauf hin, daß man kein Recht dazu habe, den König von Preußen auch jener Länder zu berauben, welche er in rechtmäßiger Weise besitze. Es liege im Interesse der Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich, daß in ganz Europa die Meinung sich verbreite, nicht Hang zur Gewaltthätigkeit oder Rachsucht und Haß seien die Triebfedern der Handlungsweise der beiden verbündeten Mächte. Uebrigens werde der Verlust Schlesiens allein und der Krieg um dessen Besitz die Kräfte Preußens in solchem Maße erschöpfen, daß man von dorther für lange Zeit nichts zu befürchten haben werde. Endlich stelle die Eintracht mit Frankreich als das beste Mittel sich dar, um die Kaiserin über die Gefahren zu beruhigen, welche ihr von Preußen her drohen könnten.

Wie dem aber auch sein mochte, das ist gewiß, daß nun an den Wiener Hof die Nothwendigkeit zu Entschlüssen der ernstesten Art unabweislich herantrat.

Zu der Menge von irrigen Nachrichten, welche über die wichtige Verhandlung mit Frankreich bisher verbreitet waren, gehört auch die, daß noch in dem Augenblicke, in welchem es um die Ratification der Neutralitätsacte sowie des Defensivtractates mit Frankreich, dann um die ferneren Schritte zur Zustandebringung eines noch viel weiter gehenden geheimen Vertrages sich handelte, nur die Kaiserin selbst und Kaunitz für diese Maßregeln eingestanden seien, während Kaiser Franz und alle anderen Minister sich lebhaft dagegen erklärten. Es war dem jedoch durchaus nicht so. Wohl mag es sein, daß innerlich manche der hervorragenden Persönlichkeiten am Kaiserhofe nicht einverstanden war mit dem neuen politischen Systeme, das man anzunehmen im Begriffe stand, und in vertraulichen Gesprächen mögen vielfache Aeußerungen dagegen gefallen

sein. Aber zu offenem Widerspruche, und vor Allem in der Conferenz kam es nie; die Ratificationen der Verträge wurden vielmehr ohne allen Anstand vollzogen, wenigstens ist von einem solchen nirgends auch nur eine Spur zu entdecken. Am 19. Mai wurden sie nach Paris abgesendet; wenige Stunden vorher war eine Sitzung der Conferenz, von welcher behauptet wird, daß sie ungemein stürmisch gewesen sei. Die Actenstücke aber, auf welche man sich als Beweis dafür beruft, stellen wohl eher das Gegentheil außer allen Zweifel. Nach der einzigen Aufzeichnung, welche wir über jene Conferenz besitzen, führte in derselben nur Kaunitz das Wort. Nach einer eingehenden Zergliederung der beiden Verträge hob er die Vortheile hervor, welche aus ihnen für Oesterreich erwüchsen. Und als die Frage gestellt wurde, ob dieselben zu genehmigen seien, sprachen sich sämmtliche Stimmen dafür aus; über irgend einen Widerspruch ist auch nicht die leiseste Andeutung vorhanden. Maria Theresia aber erklärte wiederholt, während ihrer ganzen Regierungszeit habe sie noch nie einen Vertrag so vergnügten Herzens unterschrieben [538]).

Die gleiche Einstimmigkeit wie früher in Bezug auf die Ratification der mit Frankreich abgeschlossenen Verträge herrschte nun im österreichischen Ministerium auch über den wichtigsten Punkt, über welchen man jetzt Beschluß fassen mußte, über die etwaige gänzliche Abtretung der Niederlande an Frankreich. Wie dieß bei so bedeutsamen Anlässen am Kaiserhofe der Brauch war, so wurden auch jetzt wieder die Mitglieder der geheimen Conferenz, und zwar durch den Kaiser persönlich aufgefordert [539]), schriftlich ihre Meinung hierüber zu eröffnen. Und Alle, nicht nur Kaunitz, sondern auch Ulfeld, Colloredo, Khevenhüller und Batthyany, sie Alle sprachen für die Abtretung sich aus.

Da es jedoch unmöglich ist, hier auf die vielen und verschiedenartigen Erörterungen einzugehen, welche in den schriftlichen Gutachten all dieser Personen über den Gegenstand der Frage enthalten sind, so sei nur der Anschauung der wichtigsten aus ihnen, des Grafen Kaunitz etwas ausführlicher gedacht.

„Daß die Niederlande", so läßt er sich vernehmen, „sowohl in „politischer Beziehung als nach ihrem Erträgnisse ein sehr edles Kleinod

„des durchlauchtigsten Erzhauses seien, wird von Niemand mißkannt „und in Abrede gestellt werden. Nichts als ein noch größerer Vortheil „für die Monarchie und der äußerste Nothstand können deren freiwillige „Abtretung rechtfertigen. So gewiß und klar nun dieser Satz an sich „ist, so gewiß und unwidersprechlich ist es andererseits, daß der König „in Preußen der gefährlichste Feind des durchlauchtigsten Erzhauses sei, „daß seine Macht durch die Eroberung Schlesiens verdoppelt worden, „daß eine neue Acquisition durch Krieg oder andere mögliche Zufälle „ihm das völlige Uebergewicht geben würde, daß die violenten Umstände, „in welchen die beiden Mächte sich gegenwärtig befinden, in die Länge „nicht dauern können, daß eine oder die andere Macht die Oberhand „gewinnen müsse, daß aber die größte und beständige Gefahr über „dem durchlauchtigsten Erzhause schwebe, und daß es daher um nicht „weniger als um die Aufrechthaltung der katholischen Religion, der „kaiserlichen Autorität in Deutschland, der Reichsverfassung, und um „die Wohlfahrt, ja wenn ich es frei sagen darf, um die künftige Existenz „des durchlauchtigsten Erzhauses zu thun sei."

Mit der Abwendung eines so großen und nahe bevorstehenden Uebels könne seiner Ansicht nach, fährt Kaunitz fort, gar nichts verglichen werden, und ihm scheine, daß der Verlust der ganzen Niederlande reichlich ersetzt würde, wenn man hiedurch „die völlige Entkräftung „des Königs in Preußen zu erkaufen vermöchte. Wird nun noch dazu," so lauten seine Worte, „die Wiedereroberung Schlesiens und der Graf„schaft Glatz mit in die Wagschale gelegt, so wäre der Verlust der „Niederlande für den größten Gewinnst zu rechnen, und dem durch„lauchtigsten Erzhause könnte nichts glücklicheres und erwünschteres „widerfahren." [540])

Von dem allgemeinen Grundsatze, in die Abtretung der ganzen Niederlande zu willigen, sei jedoch die spezielle Frage wohl zu unterscheiden, ob dieß auch in der Art geschehen könne, wie es von Frankreich verlangt werde. Bekanntermaßen seien die Niederlande der Mittelpunkt des europäischen Handels. Ihre Lage sei hiezu ungemein vortheilhaft, das Volk aber besitze großen Reichthum und eine besondere Gabe, Manufacturen, Handel und Schifffahrt zu treiben. Dem Hause Oester-

reich würde ihr Besitz zu weit größerem Vortheil gereicht haben, wenn nicht die Seemächte die Hauptzuflüsse durch den westphälischen Frieden und den Barrieretractat gehemmt hätten. Sollten aber die Niederlande in die Hände Frankreichs gerathen, so würde diesem Lande hiedurch ein solcher Zuwachs an Macht zu Land und zur See zu Theil werden, daß ganz Europa hiedurch eifersüchtig gemacht würde. Nimmermehr könnten die Seemächte einwilligen, und nicht nur sie würden eher Alles auf die äußerste Spitze treiben, sondern auch Frankreichs gegenwärtige Alliirte auf die Seite Englands und Preußens sich schlagen.

Solches wäre jedoch weniger, ja fast gar nicht zu besorgen, wenn zwar die Kaiserin zur Abtretung der ganzen Niederlande sich entschlösse, jedoch hievon nur denjenigen Theil, welcher schon früher unter Frankreich gestanden, und etwa noch ein Stück des Hennegau und des Gebietes von Tournay an Frankreich, den Rest aber an den Infanten Don Philipp gelangen ließe.

Hiedurch erhielte zwar Frankreich einen sehr kostbaren, aber doch keinen solchen Vortheil, welcher die Eifersucht der übrigen Mächte im höchsten Grade wachrufen würde. Der beste Theil der Niederlande befände sich in den Händen eines spanischen Prinzen, welcher dereinst bei den Seemächten, bei Spanien, ja vielleicht bei Oesterreich selbst eine kräftige Unterstützung gegen Frankreich zu finden vermöchte. Und obgleich die erste Generation dem französischen Hofe völlig ergeben sein dürfte, so pflegten doch derlei persönliche Gesinnungen durch das eigene Interesse gar bald geändert zu werden, wie dieß die politischen Grundsätze des gegenwärtigen Königs von Spanien zur Genüge bewiesen.

Ein so entscheidendes Gewicht lege Kaunitz diesen Betrachtungen bei, daß er der Kaiserin die Fortsetzung der geheimen Verhandlung und die Abtretung der Niederlande für den Fall widerrathen müßte, wenn Frankreich auf seinem Begehren unabänderlich bestehen sollte. Solches sei jedoch kaum zu vermuthen und man dürfe darauf hoffen, daß Frankreich durch geeignete Vorstellungen zu vermögen sein werde, von seiner Forderung entweder vollständig abzugehen oder dieselbe doch wesentlich zu ermäßigen.

Was nun die zweite, nicht weniger wichtige Frage, die für Oesterreich zu verlangenden Gegenbedingungen angehe, so seien sie von zweierlei Art. Entweder solche, an deren Erfüllung überhaupt die Theilnahme Oesterreichs an dem Bunde mit Frankreich und den hieraus hervorgehenden Schritten grundsätzlich zu knüpfen sei. Oder es handle sich um Bedingungen, deren Verwirklichung allerdings erwünscht wäre, deren Nichterfüllung aber darum noch kein Scheitern der ganzen Verhandlung nach sich ziehen sollte. Zu der ersteren Kategorie gehöre die Erklärung Frankreichs, daß, wenn die Kaiserin nicht zum wirklichen und durch den künftigen Frieden bestätigten Besitze Schlesiens und der Grafschaft Glatz gelange, sie dann auch an keine einzige ihrer Gegenversprechungen gebunden sein dürfe. Aber nicht allein zur Wiedereroberung von Schlesien und Glatz, sondern auch zu noch weitergehender Schwächung des Königs von Preußen müsse Frankreich seine Einwilligung erklären. Ferner hätte es an den künftigen Kriegsoperationen gegen Preußen werkthätigen Antheil zu nehmen, und wenn nicht ein ausreichendes Armeecorps als Hülfstruppen zu einem Theile der in den Niederlanden befindlichen österreichischen Streitkräfte stoßen und mit ihnen gegen Preußen vorrücken zu lassen, so doch wenigstens eine Armee an der Grenze oder erforderlichen Falles in Westphalen zu versammeln und hiedurch Hannover so wie andere protestantische Mächte an jeder Hülfeleistung an Preußen zu verhindern. Zur Aufbringung einer dritten Armee hätte Frankreich möglichst beizutragen und nicht eher an die Operationen zu schreiten, bis ein vollständiger Plan für dieselben gemeinsam verabredet und Alles in einer Weise eingeleitet sei, daß „menschlichem Ansehen nach“ das Unternehmen nicht wohl fehlschlagen könne.

Eine fernere unerläßliche Bedingung bestehe nach dem vorher Gesagten darin, daß Don Philipp Flandern und Brabant sammt demjenigen Theile der Niederlande, welcher nicht an Frankreich gelange, und zwar in der gleichen Weise erhalte, wie Maria Theresia diese Länder jetzt besitze. Er müsse daher alle Schulden übernehmen und die Privilegien der Stände bestätigen. Endlich sei es durchaus unanständig und unthunlich, der Abtretung der Niederlande die Gestalt eines Verkaufes

zu geben. Die Sache müßte in der Art eingeleitet werden, daß Frankreich sich für die Dauer des Krieges zu einem jährlichen und hinlänglichen Darlehen verstehe, wofür ihm ein Theil des früher von ihm besessenen Gebietes schon vorläufig verpfändet und verschrieben werden könnte.

Diese sechs Punkte werden von Kaunitz wiederholt als diejenigen bezeichnet, deren Verweigerung den Rücktritt Oesterreichs von der geheimen Verhandlung und der ganzen Unternehmung unfehlbar zur Folge haben müßte. Als zwar wünschenswerthe, aber nicht gerade unerläßliche Bedingungen werden von ihm nicht weniger als achtzehn aufgezählt, von denen hier nur die wichtigsten angeführt werden sollen. Die erste besteht darin, daß „bei der künftigen Zergliederung der preußischen „Lande" außer Schlesien und Glatz auch noch ein anderer Zuwachs für Oesterreich ausbedungen werde. Die Lausitz, wenn man Sachsen hiefür eine reichere Entschädigung zu geben vermöchte, oder Crossen, welches schon vor dem letzten Kriege nicht mehr zu Schlesien gehört habe, das Sulzbachische oder die Oberpfalz, wenn deren gegenwärtigen Besitzern anderwärts ausreichender Ersatz verschafft werden könnte, werden hiezu ausdrücklich bezeichnet. Oesterreich würde eine wesentliche Erleichterung zu Theil werden, wenn Frankreich vermocht werden könnte, außer dem festzusetzenden Darlehen an Oesterreich auch noch an Rußland, Sachsen und andere Höfe Subsidien zu verabfolgen. Frankreich möge sich verwenden, daß auch Spanien und Neapel sich zu Beiträgen an Geld, und der letztere Hof noch überdieß zur Abtretung des Stato degli presidij herbeilasse. Verabredungen wegen etwaiger Erlangung der Würde eines Hochmeisters des deutschen Ordens für einen Erzherzog, wegen der Wahl des römischen Königs, wegen einer allfälligen Vermälung österreichischer Erzherzoginnen mit neapolitanischen Prinzen, endlich wegen einer Entschädigung des Prinzen Karl von Lothringen für den Verlust des Gouvernements der Niederlande wurden gleichfalls erwähnt [541]).

Hiedurch war nach der Anschauung des Grafen Kaunitz die Grundlage geboten, auf welcher die Verhandlung mit Frankreich weiter geführt werden sollte. Was jedoch die Form betraf, in der dieß zu geschehen

habe, so meinte er, daß bis jetzt und so lang Frankreich erst vorbereitet werden mußte auf die großen Absichten des Wiener Hofes, der Letztere sich in schriftliche Antworten und Erläuterungen mit der französischen Regierung einzulassen hatte. Eine Fortsetzung dieser Methode würde aber den Nachtheil herbeiführen, daß Frankreich die Bedingungen Oesterreichs vorerst mit Stillschweigen übergehen, seine eigenen Begehren allein in den Vordergrund stellen und dadurch das ganze Werk nur stückweise verhandelt, hinterher aber jede Forderung Oesterreichs auf schwer zu besiegende Schwierigkeiten stoßen würde. Man möge also mit dem französischen Hofe keine schriftlichen Verhandlungen mehr pflegen, sondern Alles an Starhemberg verweisen und diesen mit gemessenen Aufträgen versehen, wie weit er im äußersten Falle nachgeben könne.

„Die zu fassende hiesige Entschließung ist groß", hatte Kaunitz schon am 29. Mai an Starhemberg geschrieben, „und obzwar noch keine „Conferenz gehalten worden, so sind mir doch beider kaiserlichen Maje„stäten erleuchtetste Gesinnungen schon insoweit bekannt, daß Sie bevoll„mächtigt werden dürften, in Ansehung unserer Bewilligungen Ja und „zugleich Nein zu sagen. Ja, wenn die conditiones sine qua non „von Frankreich angenommen würden; Nein, wenn dieß nicht erfolgte „und auf dem bisherigen Fuße fernerhin tractirt werden wollte. Billig„keit und Standhaftigkeit sind die einzigen Mittel, auf die eine oder „andere Art aus der Sache mit Ehren und Nutzen zu kommen."

Die gleichen Gesichtspunkte, wie sie hier zusammengefaßt und in dem Gutachten des Grafen Kaunitz ausführlich erörtert wurden, lagen auch der umfassenden Instruction zu Grunde, welche am 9. Juni 1756 an Starhemberg erging. Der Staatskanzler ergänzte sie noch mit einigen Andeutungen über die Lage im Allgemeinen, in der man sich damals befand. Vor Allem hob er die Erbitterung, welche das englische Ministerium gegen den Wiener Hof an den Tag legte, die Haltung des Königs von Preußen und den Gang hervor, welchen man Rußland gegenüber beobachten müsse.

Was die erste dieser Mächte, Großbritannien betraf, so hatte man in Wien lange Zeit hindurch gezögert, dem englischen Gesandten

Keith auf sein Begehren um Aufklärung über die angeblichen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich eine andere und weniger ausweichende Antwort zu geben, als dieß von Kaunitz vorläufig geschehen war. Auf Andringen Keith's war ihm endlich eine schriftliche, jedoch gleichfalls wieder kurze und nichtssagende Antwort ertheilt worden. Und als Keith sich hierüber beschwerte und bei dem Kaiser und der Kaiserin um persönliche Audienz bat, um dieselben wenigstens zu einer mündlichen Erklärung zu vermögen, daß sie nicht abgeneigt seien, mit England wieder in freundschaftlichere Verbindung zu treten, da fand — am 13. Mai 1756 — zwischen ihm und der Kaiserin jenes denkwürdige Gespräch statt, über welches ein ausführlicher Bericht aus seiner Feder vorhanden ist.

Als Keith der Kaiserin gegenüber bemerkte, die ausweichende Erklärung, welche in ihrem Namen der englischen Regierung ertheilt worden sei, müsse der Letzteren als ein Abbruch der früheren freundschaftlichen Beziehungen zu England erscheinen, da antwortete Maria Theresia, es sei dieß nicht ihre Schuld. „Nicht ich habe," fuhr die Kaiserin mit gewohnter Lebhaftigkeit fort, „das alte System verlassen, „sondern Großbritannien verließ mich und zugleich das System, indem „es den Bund einging mit Preußen. Bei der ersten Nachricht hievon „war ich wie vom Schlage gerührt. Ich und der König von Preußen „sind einmal ganz unvereinbar, und keine Rücksicht der Welt kann mich „jemals bewegen, in irgend ein Vertragsverhältniß zu treten, an welchem „er Theil nimmt." Und als Keith sich bemühte, die angebliche Unschädlichkeit des Tractates zwischen England und Preußen zu beweisen, gleichzeitig aber einige Anspielungen auf die geheimen Verhandlungen mit Frankreich sich erlaubte, da sagte ihm Maria Theresia, es sichtlich vermeidend, auf diesen Gegenstand einzugehen: „Wie könnt Ihr erstaunt „sein, wenn ich, das Beispiel befolgend, welches Ihr mir durch den „Abschluß eines Vertrages mit Preußen gegeben, nun auch meinerseits „einen solchen mit Frankreich schließe?"

Der englische Gesandte gab sich nun den Anschein, daß er nicht glauben könne, Maria Theresia werde sich mit Frankreich, dem alten

Feinde ihrer Person und ihrer Familie verbünden. Nichts werde ihn, sagte Keith, von der Existenz eines solchen Vertrages überzeugen, bis er nicht mit seinen eigenen Augen den Namen „Maria Theresia" geschrieben sehe am Schlusse eines Allianztractates mit Frankreich. „Ich „bin", erwiderte die Kaiserin, „weit von französischer Gesinnung ent- „fernt, und ich leugne nicht, daß der Hof von Versailles mein bitterster „Feind war. Aber ich kann auch nicht verhehlen, daß die Abtretungen, „zu denen mich England bei den Friedensschlüssen zu Dresden und „Aachen gezwungen, mich völlig machtlos gemacht haben. Ich habe „wenig von Frankreich zu fürchten; ich bin ganz außer Stande mit „Nachdruck zu handeln, und habe gar keine andere Hülfsquelle mehr „als Verabredungen zu treffen, durch welche der Rest mir gesichert „wird, den ich noch besitze". Und als der britische Minister emphatisch ausrief: „Wollen Sie, die Kaiserin und Erzherzogin, sich so weit er- „niedrigen, sich selbst in die Arme Frankreichs zu werfen"? da erwiederte Maria Theresia rasch: „Nicht in Frankreichs Arme will ich mich werfen, „sondern nur ihm zur Seite stellen." Noch habe sie, und es war dieß damals wirklich der Fall, keine Vereinbarung mit Frankreich unter- zeichnet; sollte dieß aber wirklich geschehen, so werde sie nicht gegen England gerichtet sein.

Mit großem Wohlwollen hörte die Kaiserin die Gegenvorstellungen Keith's mit an, aber sie ließ ihn nicht in Zweifel darüber, daß sie durch dieselben in ihren Entschlüssen keineswegs erschüttert worden sei. „Es liegt nicht mehr in meiner Macht", mit diesen Worten beendigte sie das Gespräch, „werkthätigen Antheil an fernliegenden Streitigkeiten „zu nehmen. Darum kann ich für den Schutz der entfernteren Theile „meines Besitzthums nicht mehr so große Anstrengungen machen, und „meine Hauptpflicht besteht darin, meine Erbländer zu sichern. Ich habe „in Wahrheit nur zwei Feinde wirklich zu fürchten, den König von „Preußen und die Pforte. So lang jedoch die Kaiserin von Rußland „und ich in den guten Beziehungen zu einander stehen, welche jetzt „zwischen uns obwalten, werden wir, wie ich hoffe, Europa den Be- „weis zu liefern im Stande sein, daß wir uns gegen diese beiden, „wenn gleich furchtbaren Gegner, zu vertheidigen vermögen." [542])

Keith kann natürlich seine Berichte nicht schließen, ohne seinem Groll gegen Kaunitz, welchen er den Urheber all dieses Unheils nennt, die Zügel schießen zu lassen. „So lang diese Täuschung und die Gunst „der Kaiserin dauert“, fährt der englische Gesandte fort, „kann hier „nichts Gutes geschehen, und es ist leider die größte Wahrscheinlichkeit „vorhanden, daß er jenes Vertrauen so lange besitzen wird, bis es nicht „mehr möglich ist, das zu Grunde Gerichtete wieder herzustellen. Die „einzige Hoffnung besteht darin, daß er durch Stolz und Unverschämt„heit sich alle Welt zu Feinden gemacht hat. Denn ich kann mit Wahr„heit sagen, daß Niemand am Hofe und in der Stadt, weder unter „den Männern noch den Frauen sein Freund ist, sondern daß Alle „ihn stürzen möchten.“ [543])

In diesen letzteren Worten zeigt es sich wieder einmal klar, welch gewaltigen Einfluß das eigene Interesse ausübt auf das Urtheil der Menschen. Noch waren nicht drei Jahre verflossen, seit ein englischer Minister, Sir Charles Hanbury Williams, sich in Ausdrücken des Lobes für Kaunitz überbot. Freilich erblickte er damals einen eifrigen Förderer der Allianz mit England in ihm, während jetzt das Gefühl, daß man sich in Kaunitz getäuscht habe, nicht wenig dazu beitragen mochte, noch bitterere Worte über ihn in den Mund der englischen Staatsmänner zu legen, als sie sonst wohl gebraucht haben würden.

Konnte man in dieser Beziehung, dem Verhältnisse Oesterreichs zu England, den grellen Wechsel der Zeiten recht deutlich empfinden, so war nach einer anderen Richtung hin, der Stellung Oesterreichs zu Preußen, das entschiedenste Gegentheil, die größte Stabilität zu beobachten. Schlecht oder oft auch gar nicht verhüllte Feindseligkeit bildete nach wie vor das einzige charakteristische Merkmal der Beziehungen beider Staaten zu einander.

Nicht einzig und allein auf dem politischen, sondern auch auf anderen Gebieten hatte diese Stimmung Ausdruck gefunden. So sei, um nur ein Beispiel zu erwähnen, der beiderseits vorgenommenen maßlosen Steigerung der Einfuhrzölle auf die aus dem anderen Lande kommenden Naturproducte und industriellen Erzeugnisse gedacht. Und es

fehlte schon damals nicht an einsichtsvollen Personen, welche die Ansicht aussprachen, daß die beiden Monarchen durch diese Maßregeln nur ihren eigenen Ländern den empfindlichsten Schaden verursachten [544]).

Vielleicht noch peinlicher berührte es Maria Theresia persönlich, daß sie von geheimen Umtrieben Kunde erhielt, welche auf Veranlassung des Königs von Preußen in Ungarn angesponnen worden sein sollten. Einzelne Mitglieder hervorragender ungarischer Familien, welche über Zurücksetzung von Seite des Kaiserhofes sich beklagen zu dürfen glaubten, und sich durch die Ernennung verschiedener Lothringer zu Commandanten ungarischer Plätze noch mehr verletzt fühlten, warfen ihre Blicke auf denjenigen, bei welchem jede Beschwerde gegen das Haus Oesterreich zuvorkommende Aufnahme fand, den König von Preußen. Anzeigen gingen nach Wien von geheimen Zusammenkünften ungarischer Unzufriedener, ja sogar von der Ansammlung bewaffneter Schaaren im nordungarischen Gebirge. Daß gleichzeitig der König von Preußen seine Streitkräfte in Schlesien ansehnlich verstärkte, konnte den Verdacht nur erhöhen, von welchem man stets wider ihn beseelt war [545]).

Die gegenseitige Verstimmung wuchs, als König Friedrich von den geheimen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich Kenntniß erhielt, in Wien aber die Anzeige von den militärischen Vorkehrungen einging, welche man in Preußen frühzeitig zu treffen begann [546]). Um sein Mißtrauen nicht noch mehr zu erregen, hielt man sich in Oesterreich vollständig ruhig, obgleich sich in Böhmen nur wenige Regimenter befanden, die Cavallerie aber weit umher in Ungarn zerstreut lag. Man besorgte jedoch, daß Rußland nicht mit gleicher Vorsicht zu Werke gehen und dem Könige von Preußen hiedurch den Vorwand liefern könnte, Oesterreich zuvorzukommen und es mit seiner ganzen Macht plötzlich zu überfallen [547]).

Von Rußland war also, wie man sieht, für den Augenblick wenigstens eher allzugroßer Eifer als zu viel Lauigkeit zu befürchten. Denn so sehr man auch Ursache hatte, zufrieden zu sein mit Rußlands oft wiederholter Erklärung, wenn man in Wien es wünsche, so

bald als möglich den Krieg wider Preußen zu beginnen, so geringe Erwartungen hegte man doch von den russischen Truppen, deren verwahrloster Zustand von dem österreichischen Botschafter in Rußland, dem Grafen Nikolaus Esterhazy so oft schon in düsteren Farben geschildert worden war. Außerdem sei, so fügte er jetzt hinzu, kein einziger tüchtiger General vorhanden, welcher die Armee zu commandiren vermöge [548]). Es war also sehr zu besorgen, daß der König von Preußen sich eines russischen Angriffes mit leichter Mühe und mit Aufgebot eines nur geringen Theiles seines vortrefflichen Heeres erwehren, seine Hauptmacht aber gegen Oesterreich wenden und diesem Staate, der zur Eröffnung der Feindseligkeiten noch nicht ausreichend gerüstet war, in raschem Anpralle unermeßlichen Schaden zufügen werde.

War man somit auf der einen Seite bemüht, es nicht allzu frühzeitig zum Kriege kommen zu lassen und die Eröffnung des Feldzuges lieber auf das künftige Jahr zu verschieben, so mußte man doch auch wieder befürchten, daß es in der Zwischenzeit dem englischen Gelde noch immer gelingen könnte, einen Umschwung in den Absichten der russischen Regierung herbeizuführen. Die Einwirkung des Wiener Hofes auf den von St. Petersburg verfolgte also das zweifache Ziel: den Letzteren vor der Hand von einem angriffsweisen Vorgange gegen Preußen abzumahnen, ihn jedoch gleichzeitig gegen jede Verlockung von Seite Englands zu stählen und ihn nicht nur festzuhalten in dem Bündnisse gegen den gemeinsamen Feind, sondern das letztere durch neue Verabredungen noch zu stärken und präciser zu gestalten.

Auch in dieser Beziehung kam Rußland dem Wiener Hofe auf halbem Wege entgegen. Es legte demselben Präliminarartikel vor, denen zufolge beide Mächte sich verpflichten sollten, mit nicht weniger als achtzigtausend Mann, und so lang gegen Preußen zu kämpfen, bis die Absicht des Krieges erreicht wäre. Als solche sei die Wiedereroberung von Schlesien und Glatz für Maria Theresia, die Wegnahme des Königreiches Preußen aber durch Rußland anzusehen. Das Letztere werde jedoch diese Provinz nicht für sich behalten, sondern sie gegen Curland, Semgallen und eine sonstige Gebietsabrundung an Polen

zurückstellen. Schweden und Sachsen seien einzuladen zu der Allianz; dem Ersteren werde hiefür die Erwerbung von Pommern, dem Letzteren diejenige Magdeburgs in Aussicht gestellt [549]).

Absichtlich enthielt man sich in Wien auf diese Vorschläge irgend welche Antwort zu geben, ehe man nicht mit Frankreich in der Hauptsache völlig in's Reine gelangt war [550]).

Siebzehntes Kapitel.

Der Ausbruch des Krieges.

Als man am Kaiserhofe über die Instructionen Beschluß faßte, welche man dem Grafen Starhemberg zur Beantwortung der letzten französischen Erklärungen zu ertheilen gedachte, gab man sich keiner Täuschung hin über den weitgehenden Unterschied, der zwischen den beiderseitigen Anschauungen und Zielpunkten bestand. Während nach der Meinung der französischen Regierung die Hauptaction gegen England gerichtet sein sollte, dachte man in Wien sie wider Preußen zu kehren. Während man in Frankreich die Erwerbung der ganzen österreichischen Niederlande als Kaufpreis für die gewaffnete Hülfe hinstellen zu dürfen glaubte, wollte man sich in Oesterreich zwar dieser Einbuße fügen, jedoch den größten und werthvollsten Theil des abzutretenden Landes nicht an Frankreich, sondern an den Infanten Don Philipp gelangen lassen. Man werde daher in Frankreich, meinte Kaunitz, nicht eben zufrieden sein mit der Antwort, welche man von Wien aus ertheilen zu müssen glaubte [551]).

Auch Starhemberg mochte dieß vorhersehen, und er war daher in der Zwischenzeit eifrigst bemüht, seine Stellung so viel als möglich zu verstärken, um gewaffnet zu sein gegen die Erschütterungen, die ihr bevorstanden. Als die mächtigste Stütze mußte er nach wie vor Frau von Pompadour ansehen, und schon in einem seiner letzten Berichte hatte er Kaunitz gebeten, einige für sie anerkennende Zeilen, die ihr

gezeigt werden könnten, in seine Depeschen einfließen zu lassen. Jetzt sei der Augenblick gekommen, in welchem man ihrer am meisten bedürfe, und es wäre zweckmäßig, wenn ihr außer persönlichen Artigkeiten von Seite des Grafen Kaunitz auch noch etwas gesagt würde, was die Dankbarkeit und Achtung des Wiener Hofes und der Regierung für sie ausdrücke. „Es ist gewiß," sagt Starhemberg wörtlich, „daß wir „ihr Alles verdanken, und daß wir auch für die Zukunft Alles von „ihr erwarten dürfen. Sie will, daß man sie schätzt, und sie verdient „es in der That. Ich werde sie künftighin öfter und in vertraulicherer „Weise sehen, wenn unser Bündniß kein Geheimniß mehr sein wird, „und ich wünschte ihr dann etwas sagen zu können, was für sie per„sönlich schmeichelhaft wäre." [552])

Der Art und Weise, in welcher Kaunitz dieser Aufforderung Starhembergs entsprach, soll hier schon darum ausführlicher gedacht werden, weil durch das Schreiben, welches er an die Pompadour richtete, offenbar die Veranlassung zu der irrigen, darum aber nicht mit geringerer Sicherheit ausgesprochenen und so oft wiederholten Behauptung gegeben wurde, Maria Theresia selbst sei in Briefwechsel mit der Pompadour getreten. Derselbe Courier, welcher Starhemberg neue Instructionen überbrachte, war auch der Träger eines Briefes des Grafen Kaunitz an Frau von Pompadour; doch stammt der Aufsatz nicht von Kaunitz selbst, sondern aus der Feder seines vertrauten Mitarbeiters Binder.

„Nur Ihrem Eifer und Ihrer Weisheit verdankt man," so lautet dieser Brief, „Alles, was bisher zwischen den beiden Höfen geschah. „Ich fühle dieß, und ich kann mich der Genugthuung nicht berauben, „es Ihnen zu sagen, und Ihnen zu danken, daß Sie bis jetzt meine „Führerin sein wollten. Ich darf es Ihnen außerdem nicht verhehlen, „daß Ihre kaiserlichen Majestäten Ihnen alle Gerechtigkeit widerfahren „lassen, die Ihnen gebührt, und daß sie für Sie all die Gefühle hegen, „die Sie nur wünschen können. Das was geschehen ist, scheint mir „die Billigung aller Unparteiischen und der Nachwelt zu verdienen. „Aber was noch zu thun übrig bleibt, ist zu groß und Ihrer zu „würdig, als daß Sie es an Ihrer Mitwirkung fehlen lassen könnten, „um ein Werk nicht unvollendet zu lassen, welches nicht ermangeln

„kann, Sie Ihrem Vaterlande für immer theuer zu machen. Auch bin „ich überzeugt, daß Sie fortfahren werden, einem so wichtigen Gegen„stande Ihre Sorgfalt zu widmen. In diesem Falle sehe ich den Erfolg „für gewiß an, und ich theile schon im voraus den Ruhm und die „Genugthuung, welche Ihnen hieraus erwachsen wird, indem Ihnen „gewiß Niemand mit größerer Aufrichtigkeit und Ehrfurcht anhänglich „sein kann.“ 553)

Noch ehe dieses Schreiben in seine Hände gelangt war, hatte Starhemberg eine geheime Zusammenkunft mit Frau von Pompadour, bei welcher er sie fortwährend von den besten Intentionen für das Bündniß zwischen Oesterreich und Frankreich beseelt fand. Auch die französischen Minister sprachen stets in diesem Sinne sich aus, und nur dem Marquis d'Argenson glaubte man trotz seiner lebhaften Versicherung, ein warmer Anhänger der Allianz mit Oesterreich zu sein, nicht recht trauen zu dürfen. Sie Alle, die Pompadour mit eingeschlossen, erklärten wiederholt, daß nichts gerechter sei als die Forderungen des Kaiserhofes, die Erwerbung Schlesiens als eine Bedingung zu betrachten, ohne deren vorhergegangene Erfüllung man in Wien an keinerlei Zugeständnisse gebunden sein wolle. Frau von Pompadour fügte noch einige vertrauliche Mittheilungen über den Einfluß hinzu, welcher von den französischen Staatsmännern auf das Gelingen des gemeinsamen Werkes geübt werden dürfte. Bernis allein sei, so ließ sie sich vernehmen, vollständig eingeweiht in die Absichten des Königs hinsichtlich des Bundes mit Oesterreich. Rouillé sei ein ehrlicher Mann und wünsche in Wahrheit nur das Gute, aber er sei schwach und mißtrauisch und stehe fast zu sehr unter der Leitung des Abbé de la Ville, welcher den Ehrgeiz hege, die Rolle des Ministers und Unterhändlers zu spielen, während er doch nur ein untergeordneter Beamter sei. Bedauern müsse man den Austritt des Marquis von Puysieux, dieses so würdigen und rechtlichen Mannes, so wie die schwere Erkrankung des Herrn von Sechelles. Nicht alle Leute in Frankreich seien von so guter Gesinnung wie diese, aber die Gegner vermöchten keinen Schaden zu stiften, wenn nur die Verhandlung in gleicher Weise fortgeführt werde wie bisher. Endlich machte sie Starhemberg darauf

aufmerksam, daß der König von Preußen in Wien sehr gewandte Spione zu unterhalten scheine, und daß man allen Grund habe zu der Vermuthung, ein Mitglied der Staatskanzlei selbst sei von ihm zu solchem Dienste gewonnen [554]).

Auch Kaunitz bedauerte lebhaft den Rücktritt des Marquis von Puysieux, der ihm beim Abschluß des Vertrages vom 1. Mai seine warme Sympathie für das neue Bündniß zwischen Oesterreich und Frankreich persönlich ausgesprochen hatte [555]). Denn jede Schwächung der Partei, welche in Frankreichs leitenden Kreisen für das neue System stritt, mußte Kaunitz wie ein schwer zu empfindender Nachtheil erscheinen. Freilich gaben Starhembergs Berichte über die günstige Stimmung am französischen Hofe die willkommenste Aussicht auf befriedigenden Erfolg. Ob man jedoch auf die Ergebnisse dieser Stimmung wirklich mit Zuversicht zählen dürfe, konnte erst nach dem Eintreffen der neuen Instructionen für Starhemberg klar werden. Vier Besprechungen mit Bernis, jede von fünf bis sechs Stunden Dauer, hatten sie vorerst zur Folge, und über einen wichtigen Punkt der Forderungen Oesterreichs, daß seine Zugeständnisse erst dann in Kraft treten sollten, wenn es sich im ruhigen und gesicherten Besitze Schlesiens und der Grafschaft Glatz befinde, erfolgte schon vorläufig eine Erklärung [556]). Ihr zufolge ließ man diesen Grundsatz wohl in Bezug auf die Abtretungen, welche man von Oesterreich verlangte, nicht aber hinsichtlich anderer Vertragsbedingungen gelten. So sei es, wurde erläuternd hinzugefügt, nur gerecht und billig, daß die Abtretung der Niederlande von dem ungestörten Wiederbesitze Schlesiens abhängig gemacht werde. Aber man könne doch nicht auch das Gleiche in Bezug auf die Einräumung einiger fester Plätze in den Niederlanden begehren, welche als Sicherstellung zu gelten habe für die von Frankreich zu erlegenden Summen.

„Gewiß finde ich," sagt Starhemberg wörtlich, „den hiesigen „Hof in günstiger Stimmung für unser großes Project. Er wünscht „dessen Gelingen und ich halte ihn für entschlossen, hiezu werkthätig „mitzuwirken. Die ganze Schwierigkeit besteht darin, daß er nur wenig „Gefahr laufen, gleichzeitig aber viel größere Vortheile erlangen will,

„als wir ihm zugestehen können. Er wird Alles thun, wovon er für „unvermeidlich ansieht, daß es von seiner Seite geschehe, aber gewiß „nicht mehr, und zugleich wird er nichts von dem aufgeben wollen, was „zu erlangen er irgendwie für möglich ansieht. Er hält unseren Plan „für ausführbar, ohne zu directer Theilnahme an dem Kriege gegen „Preußen, dessen er sich gern entschlagen möchte, verpflichtet zu sein. „Er wünscht, wenn nicht das Ganze, so doch wenigstens den größten „Theil der Niederlande zu erwerben und wird hievon nichts nachlassen „wollen. Man muß sehen, ob man sich über diese beiden Punkte zu „verständigen vermag, und ich kann der Hoffnung hierauf nicht ent„sagen." 557)

Um die Aufgabe, mit welcher er betraut war, so vollständig als nur immer möglich durchführen zu können, sah es jedoch Starhemberg als ganz unerläßlich an, daß die Fortführung der Verhandlung von französischer Seite nach wie vor in den Händen des Abbé von Bernis gelassen und derselbe deßhalb zurückgehalten werde, sich auf seinen Botschafterposten nach Spanien zu begeben. Würde dieß letztere geschehen, so müßte die Verhandlung vollständig in die Hände des Ministers Rouillé gelangen, und Starhemberg glaubte hievon wohl keinen Meinungswechsel, denn auch Rouillé schien dem neuen Systeme aufrichtig zugethan, jedoch vielfache Zögerung und Hemmnisse untergeordneter, darum aber nicht weniger beschwerlicher Art besorgen zu müssen. Auch Kaunitz war ganz der gleichen Meinung; nichts fürchte er mehr, hatte er schon vor längerer Zeit geschrieben, als eine kleinliche und kanzleimäßige Behandlung einer großen Sache, welche nur von einem höheren Standpunkte aus richtig aufgefaßt und durchgeführt werden könne. Und in einem späteren Briefe sprach er rückhaltslos seine Hoffnung und seinen Wunsch aus, daß Bernis in den obersten Rath der französischen Krone berufen werden möge. „Sowohl Frankreich als dessen Verbündete bedürfen," schreibt Kaunitz an Starhemberg, „in den großen Angelegenheiten auch „eines großen Mannes, und Bernis scheint mir in der That diese „Eigenschaft zu besitzen." 558)

Wie dieß in solchen Fällen gewöhnlich geschieht, waren es die Minister selbst, welche gegen die Berufung Bernis' die eifrigste Ein=

sprache erhoben, denn sie besorgten, durch einen jüngeren und thätigeren Collegen nach und nach ihres Einflusses bei dem Könige verlustig zu werden. So groß war diese Furcht, daß vor derselben das andere Bedenken, durch ein Widerstreben gegen Bernis dessen mächtige Gönnerin, die Marquise von Pompadour zu verletzen, den Ministern fast gänzlich entschwand. Hiedurch war aber auch wieder der Weg angegeben, auf welchem allein Starhemberg für das Verbleiben Bernis' in Paris und für seinen Eintritt in das Ministerium thätig sein konnte. Da er nicht hoffen durfte, durch die übrigen Rathgeber der Krone diesen Zweck zu erreichen, blieb Starhemberg nichts übrig, als hierauf durch Frau von Pompadour hinzuwirken, welche überhaupt jetzt ungleich mehr als es früher geschehen war, bei der ganzen Verhandlung in den Vordergrund trat.

Es ist wohl selbstverständlich, daß die Intriguen, welche von beiden Seiten in dieser Sache gespielt wurden, nicht gerade förderlich sein konnten für die Verhandlung selbst. Endlich wurde das Auskunftsmittel getroffen, daß man Bernis des Postens eines Botschafters in Spanien enthob und ihn für die gleiche Stelle am Kaiserhofe bestimmte. Vor Antritt derselben sollte er die geheime Verhandlung vollständig zu Ende führen.

Was die letztere anging, so begegneten die auf Preußen bezüglichen Punkte der von Oesterreich als unerläßlich hingestellten Bedingungen den meisten Bedenken. Dem Verlangen des Kaiserhofes, daß auf eine über die Rückeroberung Schlesiens und der Grafschaft Glatz noch hinausgehende Schwächung Preußens hingearbeitet werde, wollte man durchaus nicht willfahren. Und auf's Bestimmteste wurde im Namen des Königs erklärt, zu werkthätiger Theilnahme an einem Angriffskriege gegen Preußen werde er sich nimmermehr herbeilassen. Anders wäre es, wenn etwa der König von Preußen Oesterreich angreifen und es dadurch in die Lage versetzen würde, zu seiner Vertheidigung bei Frankreich Hülfe zu verlangen. Uebrigens bedürfe auch Oesterreich zu einem Angriffe auf Preußen keiner französischen Truppen. Es möge sich damit begnügen, von Frankreich ausgiebige Subsidien zu erhalten, wodurch es in den Stand gesetzt würde, so viele Hülfstruppen anzuwerben, als es

nur immer verwenden wolle. Endlich sei es von Oesterreich nicht klug, auf einer Sache zu bestehen, welche den Gefühlen des Königs von Frankreich widerstrebe, und deren Ausführung außerdem unmöglich sei. Denn mit Nachdruck den Krieg gegen England zu führen, die Küsten ausreichend zu besetzen, Oesterreich große Geldsummen zu liefern und über das Alles hinaus noch eine Armee in's Feld zu stellen zum Kriege gegen Preußen, übersteige die Kräfte des französischen Staates.

Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Erklärungen des Cabinetes von Versailles in mancher Beziehung nicht unbegründete waren. Auch Starhemberg vermochte solches kaum in Abrede zu stellen, und wenn er demungeachtet auf jenen Forderungen bestand, so geschah dieß zunächst darum, weil er zu einem Abgehen von denselben keine Ermächtigung besaß. Ueberdieß hoffte er durch eine im letzten Augenblicke eintretende Nachgiebigkeit weiter gehende Zugeständnisse in Bezug auf die übrigen Bedingungen erlangen zu können [559]).

In Wien wurde diese Ansicht Starhembergs in keiner Weise getheilt. Derselbe erhielt vielmehr den erneuerten Auftrag, auf dem Punkte der österreichischen Vorschläge, welcher sich auf Frankreichs active Theilnahme an dem Kriege gegen Preußen bezog, gerade so unerschütterlich wie auf den übrigen Bedingungen zu bestehen [560]). Vor Allem aber müsse er, wurde in einem späteren Rescripte hinzugefügt, an dem Begehren festhalten, über die Absichten Frankreichs, welche dieselben auch immer sein mögen, klar und unzweideutig unterrichtet zu werden. „Denn Wir sind gerade so darauf gefaßt," schreibt noch am 11. August die Kaiserin selbst an Starhemberg, „dem großen Vorschlage gänzlich „zu entsagen, als ihn, wenn Wir die Thunlichkeit seiner Durchfüh„rung vor Uns sehen, mit allem Eifer zu betreiben und in's Werk „zu setzen".

Die Standhaftigkeit, welche der Kaiserhof, und auf dessen Antrieb sein Gesandter in Frankreich bei den Unterhandlungen bewiesen, die zur Herbeiführung einer Vereinbarung über alle noch streitigen Punkte fortwährend gepflogen wurden, schien wirklich gute Früchte zu tragen. Anfangs versuchte Bernis durch eine eingehende Denkschrift, welche seiner Feder entstammte, die

Begehren des Wiener Hofes wenigstens theilweise als unerfüllbar zu bezeichnen. Die Abneigung des Königs von Frankreich gegen jede werkthätige Betheiligung an dem Kriege gegen Preußen und gegen eine so weitgehende Schwächung dieses Staates, wie Oesterreich sie wollte, wurde darin neuerdings lebhaft geschildert. Die Unmöglichkeit für Frankreich, auf ein solches Unternehmen sich einzulassen, welches man als ein ungerechtes bezeichnete, und die üble Wirkung, die es auf die übrigen Mächte hervorbringen müsse, wurden gleichfalls erwähnt. Nothwendig sei es, sich abwartend zu verhalten, bis der König von Preußen den ersten Angriff vollführe, in der Zwischenzeit aber sich über das Verfahren zu verständigen, das man in diesem Falle beobachten wolle. Trete er wirklich ein, dann werde Frankreich nicht nur die verabredete Truppenhülfe stellen, sondern auch in die übrigen Begehren des Kaiserhofes wenigstens theilweise willigen. Bestehe die Kaiserin auf den letzteren, selbst ohne angegriffen zu werden, dann wolle sich zwar Frankreich der Mithülfe gleichfalls nicht entziehen, es müsse aber für sich noch viel weitergehende Forderungen stellen als bisher [561]).

So lebhafte Bewunderung Starhemberg auch der Klarheit und Eleganz des Styles der französischen Denkschrift zollte [562]), so wenig hinderte ihn dieß doch zu erklären, daß er dieselbe niemals annehmen könnte. Obgleich Bernis ihn versicherte, daß sie vom Könige gebilligt worden sei und dessen persönliche Gesinnung enthalte, blieb doch Starhemberg beharrlich in Zurückweisung derselben. Statt aller schönklingenden Phrasen möge man ihm lieber, wiederholte er oftmals, mit einem trockenen Nein antworten, als ihn mit Hoffnungen hinhalten, die man nicht erfülle, und die den Kaiserhof zu Schritten verleiten könnten, welche er hinterher vielleicht bereuen müßte. Das Interesse beider Regierungen verlange gleichmäßig, in der Sache, um die es sich handle, sei es in der einen oder anderen Weise zu Ende zu kommen. Er begehre daher nichts als kurze und unzweideutige Antworten auf die einzelnen Vorschläge, welche von österreichischer Seite gemacht worden seien. Erst wenn er solche empfangen, mögen sie nun zustimmend oder ablehnend lauten, werde er überhaupt wieder nach Wien berichten.

Starhemberg behauptet, die Entschiedenheit seiner Sprache habe um so mehr Eindruck gemacht auf Bernis, als es dem Letzteren mit seiner Denkschrift wahrscheinlich nur darum zu thun gewesen sei, den Kaiserhof glauben zu machen, daß man in Frankreich nur geringe Lust hege, auf dessen Vorschläge einzugehen, und daß, wenn solches dennoch geschehe, man Oesterreich hiedurch ein Opfer bringe, das es verpflichte, sich zu Allem bereit finden zu lassen, was Frankreich als Gegendienst verlange. Auch scheine es fast, daß Bernis durch seine Ausarbeitung und den Inhalt derselben sich vor den übrigen Ministern von dem vielleicht auftauchenden Verdachte habe reinigen wollen, er sei allzusehr eingenommen für die Vorschläge Oesterreichs.

Umsonst bemühte sich Bernis, dem Grafen Starhemberg zu beweisen, daß in seiner Denkschrift Sätze enthalten seien, welche die Absicht des Cabinetes von Versailles, schließlich dennoch den Anträgen des Wiener Hofes Folge zu geben, deutlich genug durchschimmern ließen. Wenn gleich widerstrebend, fügte sich endlich Bernis der Zurückweisung seiner Denkschrift, und nachdem er seiner Behauptung nach neue Verhaltungsbefehle vom Könige eingeholt hatte, begann nun eine Reihe fast täglicher Zusammenkünfte zwischen Starhemberg und Bernis [563], in welchen die bisherige Verhandlung eifrig fortgeführt wurde. Eine Schrift setzten sie auf, in der in drei neben einander stehenden Reihen die Forderungen Oesterreichs, die Antworten Frankreichs und die Beweggründe zu den letzteren neben einander gestellt wurden. Da die Mittheilungen hierüber nicht immer zufriedenstellend lauteten, trachtete Starhemberg durch neue Aufklärungen die noch obwaltenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Endlich gelang es ihm, wie wenigstens er selbst es bezeichnet, so viel als man nur immer wünschen konnte, und mehr zu erreichen, als man sich jemals versprechen durfte [564]).

Hinsichtlich des einen Hauptpunktes, einer Schwächung Preußens, welche über den Verlust Schlesiens und der Grafschaft Glatz noch beträchtlich hinausging, war dieß freilich, wenn gleich nur anscheinend, nicht der Fall. Eine förmliche Zustimmung Frankreichs zu dieser Bedingung werde man, meinte Starhemberg, niemals erreichen; man möge daher auf einer solchen auch nicht länger beharren. Für Oester-

reich sei ja nichts anderes von Wichtigkeit, als daß jene Schwächung Preußens auch wirklich geschehe. Hiezu werde man aber am besten gelangen, wenn man sich mit einer bloß indirecten und stillschweigenden Einwilligung Frankreichs begnüge. Sie sei schon darin enthalten, daß man sich von französischer Seite an den Maßregeln betheilige, welche der Kaiserhof zur Erreichung jenes Zweckes in's Werk setzen werde. Denn daß die französische Regierung grundsätzlich mit einer noch weiter gehenden Schwächung des Königs von Preußen einverstanden sei, gehe schon aus der Erklärung Bernis' hervor: die Grenzen dieser Schwächung sollten erst dann festgesetzt werden, wenn man sich mit den Regierungen verständigt haben werde, welche berufen seien, Theile der von Preußen loszutrennenden Gebiete zu erhalten [565]). Als solche Regierungen wurden vom Kaiserhofe Sachsen, die Pfalz und Schweden, von Frankreich aber noch insbesondere Dänemark und Holland bezeichnet.

Das Ergebniß der Verabredungen zwischen Bernis und Starhemberg wurde in mehrere Schriftstücke zusammengefaßt, deren hier der Deutlichkeit wegen mit einiger Umständlichkeit Erwähnung geschehen muß. Das eine enthielt die Punkte, über welche eine vorläufige Vereinbarung zu Stande gebracht worden, und ein zweites diejenigen, hinsichtlich deren dieß nicht geschehen war. Die erste der vereinbarten Bedingungen bestand darin, daß Frankreich während der ganzen Dauer des Krieges England beschäftigen und es hindern werde, Preußen Hülfstruppen zu senden oder zu dessen Gunsten Diversionen zu machen. Hierin erblickte Starhemberg Frankreichs Verpflichtung, mit England nicht Frieden zu schließen, ehe nicht der Kaiserhof in den Besitz der Vortheile gelangt sei, welche er durch den geheimen Tractat sich ausbedingen wollte.

Eine zweite Verabredung bestand in der Erklärung Frankreichs, auf seine Kosten ein Hülfscorps von fünfundzwanzig bis dreißigtausend Mann im deutschen Reiche zu unterhalten, dessen sich Oesterreich nach Gutdünken bedienen könne. Unter diesen Streitkräften waren offenbar deutsche, in französischem Solde stehende Truppen gemeint.

Gegen diese Zugeständnisse Frankreichs hatte sich die Kaiserin zu verpflichten, gegen Ueberlassung von Parma, Piacenza und Guastalla

dem Infanten Don Philipp, „um künftighin von ihm besessen zu wer„den," die ganzen Niederlande, jedoch mit Ausnahme eines Theiles abzutreten, der künftighin an Frankreich gelangen solle. Durch jene Clausel dachte Starhemberg Frankreich zu verhindern, sich etwa hinterher der ganzen Niederlande zu bemächtigen. Und außerdem fügte er noch ausdrücklich die Erklärung bei, daß diese Verabredung nur dann gültig sein solle, wenn Frankreich die Forderungen zugestehe, über welche man noch nicht einig geworden sei [566]).

Die letzteren bestanden zunächst in dem Begehren der Kaiserin, daß Frankreich ein beträchtliches Corps seiner eigenen Truppen stelle, welches je nach dem Verlangen des Wiener Hofes auch wider Preußen offensiv vorgehen solle. Außerdem sei die Summe von jährlich zwölf Millionen Gulden, welche Frankreich an Oesterreich bezahlen werde, der gleichen Gefahr auszusetzen wie die ganze Unternehmung [567]), während Frankreich dieß nur in Bezug auf die Hälfte jener Summe zugestehen wollte. Auf die Art der Auszahlung des Geldes und die näheren Bestimmungen hinsichtlich der Abtretung der Niederlande bezogen sich die übrigen noch streitigen Punkte.

Was die erstere der nicht zugestandenen Forderungen, die offensive Kriegführung Frankreichs gegen Preußen betraf, erhielt Starhemberg auch jetzt wieder von Bernis und der Pompadour die einmüthige Versicherung, nimmermehr werde der König von Frankreich sich hiezu verstehen, wenn nicht König Friedrich als der erste Angreifer auftrete, es möge dieß gegen Oesterreich oder Frankreich geschehen. Starhemberg solle nicht länger auf einer Forderung bestehen, hinsichtlich deren Frankreich immer die gleiche ablehnende Sprache geführt habe, und deren Verwirklichung Oesterreich sogar zum Nachtheile gereichen würde. Denn es wäre für Frankreich unmöglich, sowohl England als Preußen mit Nachdruck zu bekriegen und überdieß noch Oesterreich die verlangten Summen zu bezahlen; jedenfalls müßte eine gleichzeitige Kriegführung Frankreichs gegen England und Preußen eine Schmälerung jener Summen nach sich ziehen.

Uebrigens gab es noch andere Stimmen, und die gewichtigste unter ihnen war diejenige des Marschalls Belleisle, der von seinem

früheren Widerstreben gegen die Abmachungen zwischen Oesterreich und Frankreich völlig zurückgekommen zu sein schien [568]), welche Starhemberg versicherten, jene Forderung des Kaiserhofes müsse auch ohne daß man auf ihr länger bestehe, von selbst in Erfüllung gehen. Habe der Krieg nur einmal begonnen und sei Frankreich in denselben verwickelt, dann werde es noch viel weiter mit fortgerissen werden als man jetzt glaube.

Der zweite Streitpunkt bezog sich auf die zwölf Millionen Gulden oder dreißig Millionen Livres, welche Frankreich als jährliche Kriegssubsidie bezahlen wollte. Seiner Ansicht nach sollten sechs Millionen Gulden ein Halbjahr voraus entrichtet werden. Gelänge die Unternehmung, so hätte Frankreich aus dieser Zahlung keine Geldforderung an Oesterreich zu stellen; mißlänge sie, so wollte Frankreich nur die Hälfte der bezahlten Summen verlieren. Dieß war der Punkt, hinsichtlich dessen Starhemberg mehr erreicht zu haben sich schmeichelte, als man erwarten durfte. Er war ja ermächtigt, sich mit acht Millionen Gulden zu begnügen und die Zurückzahlung der ganzen Summe zuzusagen; dennoch erklärte er jetzt, das Aeußerste aufbieten zu wollen, um die französische Regierung zu bewegen, auch im Falle des Mißlingens der Unternehmung auf jegliche Ersatzforderung zu verzichten.

Der am schwersten zu beseitigende Zwiespalt waltete jedoch in Bezug auf die einzelnen Verabredungen ob, welche sich auf die Abtretung der Niederlande bezogen. Sowohl hinsichtlich der Plätze, welche Frankreich von vorneherein als Sicherstellung für seine Zahlung verlangte, als der Gebietstheile, die es zu erwerben gedachte, und endlich des Zeitpunktes, in welchem der Infant Don Philipp in den Besitz der Niederlande gesetzt werden sollte, war dieß der Fall. Dringend bat Starhemberg um genaue Verhaltungsbefehle, ja wo möglich um Uebersendung eines vollständigen Entwurfes des geheimen Vertrages, dessen baldiger Abschluß nothwendiger sei als je.

Wenn man in Wien dieser letzteren Bemerkung des Grafen Starhemberg unbedingt beistimmte, so wurde man hiezu vor Allem durch die täglich häufiger und drängender werdenden Nachrichten über die angestrengten Rüstungen Preußens vermocht. König Friedrich beab-

sichtige, so war schon vor längerer Zeit gemeldet worden, vier befestigte Lager, und zwar bei Schweidnitz, unweit der böhmischen Grenze, dann bei Magdeburg, bei Halberstadt, und endlich bei Cöslin in Pommern zu bilden. Und da man in Wien mit Grund vermuthen mußte, er beschäftige sich mit dem Gedanken eines plötzlichen Einbruches in Oesterreich, so hatte man es unmöglich noch länger verschieben können, Gegenmaßregeln zu treffen. Man bereute fast, daß man, um nur ja keinen Verdacht in Preußen zu erregen, es in diesem Jahre unterlassen hatte, die Truppen in den gewöhnlichen Uebungslagern in Böhmen und Mähren zu versammeln. Seitdem aber in Preußen die lebhafteste kriegerische Bewegung herrschte und sogar in der nächsten Nähe Böhmens beträchtliche Streitkräfte angehäuft wurden, durfte man die nöthige Vorsicht nicht länger vernachlässigen. Durch Absendung von Truppen nach Böhmen und Mähren hoffte man dem Könige binnen kurzem eine Streitmacht von fünfzig, und bis zum September eine solche von achtzig- bis neunzigtausend Mann entgegenstellen zu können. Würden aber auch, die Besatzungen ungerechnet, hunderttausend Mann gegen ihn verwendet werden können, so sei doch nicht außer Acht zu lassen, heißt es in einem Rescripte der Kaiserin an Starhemberg [569]), daß der König von Preußen hundertfünfzig- bis hundertachtzigtausend Mann der besten Truppen in's Feld zu stellen vermöge. Da er voraussichtlich den größten Theil dieser Streitmacht wider Oesterreich gebrauchen, Rußland aber höchstens ein Armeecorps von vierzig- bis fünfzigtausend Mann entgegensetzen werde, so lasse sich hieraus leicht ermessen, warum der Kaiserhof darauf bestehen müsse, dem Könige von Preußen so viele Feinde als nur immer möglich zu erwecken.

Auch in Frankreich hatten die Nachrichten von den gewaltigen Rüstungen des Königs von Preußen nicht geringen Eindruck hervorgebracht. Anfangs hatte man die Erklärung derselben in den Worten gesucht, welche um jene Zeit der französische Gesandte, Marquis von Valori seinem Hofe über Friedrich schrieb: „Leute, welche sich selbst „Treulosigkeiten und Gewaltthätigkeiten vorzuwerfen haben, schöpfen „eben aus Allem Ursache zur Beunruhigung und zum Mißtrauen" [570]). Als aber die Nachrichten aus Preußen immer bedrohlicher lauteten, da

erklärte Rouillé dem preußischen Gesandten Knyphausen, durch einen Angriff Preußens auf Oesterreich würde Frankreich gezwungen werden, nicht nur dem Kaiserhofe die vertragsmäßige Hülfe zu gewähren, sondern ihm auch darüber hinaus noch mit seiner ganzen Macht beizustehen [571]). Und als Knyphausen es versuchte, die Rüstungen seines Königs in Abrede zu stellen und zu behaupten, daß man ihm nur von Wien aus solche andichte, da erwiederte Rouillé, nicht vom Kaiserhofe seien die Nachrichten hierüber nach Frankreich gelangt; man hätte vielmehr diejenigen, welche man über die kriegerischen Vorkehrungen des Königs von Preußen von den verschiedensten Seiten empfing, erst von Paris aus nach Wien mittheilen müssen.

In der letzteren Stadt wurde diese Erklärung der französischen Regierung mit um so größerer Befriedigung aufgenommen, als gerade damals, und in diesem Falle wenigstens durch Preußens alleiniges Verschulden Dinge geschehen waren, welche die ohnehin schon bestehende Erbitterung gegen Friedrich auf's Aeußerste steigern mußten.

Schon seit einer Reihe von Jahren war dem ebenso verwendbaren als verläßlichen österreichischen Gesandtschaftssecretär in Berlin, Leopold von Weingarten zur Erleichterung der Geschäftsbesorgung sein jüngerer Bruder Maximilian beigegeben worden, welcher früher in Brünn gedient hatte und dann nach Berlin versetzt wurde [572]), ohne jedoch ein eigentlich diplomatisches Amt zu erhalten. Seit mehr als sieben Jahren befand er sich in der preußischen Hauptstadt, als im April des Jahres 1756 der ältere Bruder in eine höhere Anstellung nach Böhmen versetzt, sein bisheriger Posten aber dem jüngeren Bruder zu Theil werden sollte, ja schon wirklich verliehen wurde [573]). Man sieht daraus, daß man in Wien, obwohl man sich nie darüber getäuscht hatte, daß Maximilian von Weingarten ungleich weniger befähigt sei als sein Bruder, doch von jedem Mißtrauen gegen ihn entfernt war. In dem Augenblicke jedoch, in welchem diese Maßregel in's Werk gesetzt werden sollte, wurde entdeckt, daß der jüngere Weingarten sich im Solde des Königs von Preußen befand, um demselben die Geheimnisse zu verrathen, zu deren Kenntniß er in seiner dienstlichen Stellung etwa zu gelangen vermochte.

Obgleich die Berichte des kaiserlichen Gesandten in Berlin, des Grafen de la Puebla über diese Angelegenheit vollständig vorhanden sind, so ist es doch nicht leicht, den eigentlichen Kern der Sache aus ihnen herauszufinden. Gerade in dem Augenblicke, in welchem seine Ernennung zum Gesandtschaftssecretär nach Berlin gelangte, entdeckte Maximilian von Weingarten seinem Vorgesetzten, dem Grafen de la Puebla, daß ihm durch Vermittlung eines Cassiers bei der preußischen Kriegscasse, Namens Rühl, den er bei einer Lustpartie in Charlottenburg getroffen, von Seite des geheimen Cabinetsrathes Eichel ziemlich unverhüllte Anerbietnngen gemacht worden seien. Eichel selbst habe ihm gesagt, der König sei ungeduldig, ihm Beweise seiner Großmuth zu geben, wenn er dafür auf einige Gegendienste zählen könne [574]). Weingarten habe jedoch jede derartige Zumuthung entschieden zurückgewiesen und sei zu Puebla geeilt, ihm das Geschehene mitzutheilen.

Es waren erst wenige Jahre vergangen, seit König Friedrich dem holländischen Gesandtschaftssecretär Gebler, demselben, der später in österreichische Dienste trat, und sich dort durch schriftstellerische, so wie durch hervorragende staatsmännische Leistungen und durch seine Verbindung mit den gelehrtesten Männern seiner Zeit bemerkbar gemacht hat, Aehnliches zumuthete. Puebla nahm daher die Mittheilungen Weingartens als baare Münze auf; er sah in denselben nur einen Beweis mehr für die Vertrauenswürdigkeit dieses Mannes, und um List gegen List zu gebrauchen, schlug er ihm vor, die Anträge des Königs nicht ganz von der Hand zu weisen. Man werde dann am besten sehen, wie weit man von preußischer Seite zu gehen gedenke. Vielleicht ließe dieser Weg sich benützen, um über die wirklichen Absichten des Königs von Preußen Verläßliches in Erfahrung zu bringen.

Aber es zeigte sich bald, daß jede derartige Erwartung eine trügerische war. Von jenem Augenblicke an schien Weingarten völlig umgewandelt zu sein. Eine finstere Melancholie hatte sich seiner bemächtigt, und wenn Puebla ihn nach der Ursache seines Trübsinnes fragte, erhielt er zur Antwort, daß die Erinnerung an jenes Ereigniß

seine Stimmung verdüstere, daß er sich jeder Art von Verfolgung ausgesetzt glaube, und daß ihm der Tod willkommener wäre als die Gemüthsbewegung, in welcher er sich fortwährend befinde. Umsonst versuchte Puebla, umsonst versuchte Weingartens Bruder ihn zu trösten. Der Erstere begriff bald, daß es unmöglich sein würde, den von Schwermuth Ergriffenen die ihm zugedachte Doppelrolle spielen, ja ihn nur länger in Berlin verweilen zu lassen. Er verschob es daher, ihn zum Gesandtschaftssecretär zu erklären, und wollte den Erfolg der ärztlichen Behandlung abwarten, der sich Weingarten zu unterziehen begann, als der Letztere plötzlich durch ein Schreiben [575]) an Puebla seine Entlassung aus dem österreichischen Staatsdienste verlangte. Als Beweggrund zu diesem Schritte gab er an, seine Kränklichkeit gestatte ihm nicht länger, die Pflichten seines Amtes zu versehen, und weniger noch, diejenigen eines neuen zu übernehmen. Einen ähnlichen Brief richtete Maximilian von Weingarten an seinen Bruder. Er bat ihn dringend, sein letztes Lebewohl nicht von der Hand zu weisen und sein Verfahren wenigstens ihrer Mutter und ihrem jüngeren Bruder gegenüber nicht mit allzu schwarzen Farben zu schildern [576]).

Sowohl dem Grafen de la Puebla als dem älteren Weingarten fiel es nach Empfang dieses Schreibens wie Schuppen von den Augen; sie zweifelten nicht mehr, daß Maximilian von Weingarten der Versuchung erlegen war, welche er zu bestehen nicht die Kraft hatte. Jedoch nicht ihm, sondern seiner Schwiegermutter, einer Frau Witte, der Witwe des früheren Bürgermeisters von Charlottenburg, einem ränkesüchtigen Weibe glaubten sie die Hauptschuld beimessen zu sollen. Alles was später vorging, bestärkte sie in dieser Meinung. Als Leopold von Weingarten zu seinem Bruder eilte, um ihm die verderblichen Folgen seines Schrittes vor Augen zu führen und ihn zur Zurücknahme seines Entlassungsgesuches zu bewegen, wurde ihm von der Schwiegermutter der Zutritt zu seinem Bruder verwehrt. Nun sandte Puebla seinen Gesandtschaftscaplan, der immer in den freundschaftlichsten Beziehungen zu dem jüngeren Weingarten gestanden war, zu demselben. Ihm gelang es zwar, bis zu dem Letzteren vorzudringen, den er in Thränen und Wehklagen fand. Die Antwort aber, die er von ihm erhielt, war keine

andere, als daß sein Unglück ein unwiderrufliches, nicht mehr gut zu machendes sei [577]).

Die Erklärung, welche der Graf de la Puebla diesem Vorfalle gab, besteht darin, daß der an und für sich schon ziemlich schwachsinnige Weingarten von seiner Schwiegermutter und seiner Gattin verleitet wurde, auf die ihm im Namen des Königs gemachten Anerbietungen einzugehen. Nun sei er eben so sehr von Reue über diesen Treubruch, als von der Besorgniß gepeinigt, sich und die Seinigen einer Gewaltthätigkeit von Seite des Königs von Preußen auszusetzen, wenn er es wagen sollte, sein Vergehen und den Umfang desselben offen zu bekennen.

Wer an der Richtigkeit dieser Vermuthungen, wenigstens insofern sie den Verrath Weingartens betrafen, noch irgendwie zweifeln wollte, wäre durch den weiteren Verlauf der Angelegenheit sicher eines Besseren belehrt worden. Bald berichtete Puebla, daß Weingarten schon seit ungefähr zwei Jahren mit einer Pension von zweitausend Thalern jährlich bestochen gewesen sei und seine Bezahlung jederzeit von Eichel persönlich erhalten, auch zwei Mal mit dem Könige gesprochen haben solle. Durch Gewissensbisse beunruhigt, habe er nach Ablegung der österlichen Beichte seinem Vorgesetzten jenes theilweise Geständniß gemacht und den Gedanken gehegt, die ihm von Puebla zugedachte Doppelrolle wirklich zu spielen [578]). Sein auffallender Trübsinn habe jedoch seine Schwiegermutter veranlaßt, ihn gründlicher auszuforschen, und da sie seine Reue über das Geschehene und seine Absicht wahrnahm, zu seiner Pflicht zurückzukehren und sich zu diesem Ende wieder nach Oesterreich zu begeben, habe sie ihn durch Versprechungen wie durch Schreckbilder aller Art von diesem Vorsatze abwendig gemacht, und ihn endlich bewogen, Berlin insgeheim zu verlassen, ohne daß man mit Bestimmtheit in Erfahrung zu bringen vermöge, wohin er geflohen sei.

Es soll nicht behauptet werden, daß Puebla jede dieser Angaben, die er selbstverständlich auch nur wieder aus geheimen Berichten zu schöpfen vermochte, als unumstößlich bewiesene Thatsachen hinstellen konnte. Aber die Hauptsache, Weingartens Verrath und seine Flucht aus Berlin, oder wenigstens seine heimliche Entfernung aus seiner bis-

herigen Wohnung und die Fruchtlosigkeit jeglicher Nachforschung nach ihm ist nicht zu bestreiten. Als nun die kaiserliche Regierung die Auslieferung Weingartens verlangte, da begann jene unwürdige Comödie, daß König Friedrich das Recht zu diesem Begehren vollständig anerkannte und sich bereit erklärte zur Erfüllung desselben. Aber man möge ihm nur auch den Ort benennen, wohin sich Weingarten begeben haben könne. Und als man nacheinander Stendal und Magdeburg als die Städte bezeichnete, in welchen die Verwandten der Frau Witte ansäßig waren, wo sich also auch Weingarten wahrscheinlich aufhalten werde, da wurden immer wieder amtliche Berichte erstattet und vorgelegt, denen zufolge jede auch noch so sorgfältige Nachforschung erfolglos geblieben sei [579]).

In Wien mußte man um so eher dieses Gaukelspieles müde werden, als man ja von dem Augenblicke an, in welchem man von dem Verschulden Weingartens sich überzeugte, nicht im Ernste daran denken konnte, der König werde in dessen Auslieferung willigen. Daß Weingarten gar nicht im Stande gewesen war, wirkliche Staatsgeheimnisse zu verrathen, indem solche zwischen dem Wiener Hofe und seinem Gesandten in Berlin, der sich in völliger Unkenntniß der geheimen Verhandlung zwischen Oesterreich und Frankreich befand, gar nicht verhandelt wurden [580]), konnte den tiefen und gerechten Unmuth nicht beschwichtigen, den man über dieses ganze Verfahren des Königs von Preußen empfand. Und gerade in diesem Augenblicke geschah von Seite desselben wieder ein Schritt, in welchem man nur eine neue Beleidigung zu erblicken vermochte.

Obgleich König Friedrich seit einiger Zeit schon mit rastlosem Eifer gerüstet, und man in Wien erst spät, vielleicht allzuspät sein Beispiel befolgt hatte, beauftragte er doch seinen Gesandten Klinggräff, bei der Kaiserin Audienz zu begehren und die Anfrage an sie zu richten, ob etwa die Ansammlung von Truppen in Böhmen und Mähren die Bekriegung Preußens bezwecke?

Auf seine vorläufige Anmeldung um Ertheilung einer Audienz wurde dem preußischen Gesandten durch den Grafen Kaunitz bemerkt,

daß die militärischen Vorkehrungen Oesterreichs den König um so weniger befremden könnten, als er selbst mit solchen den Anfang gemacht habe. „Nachdem aber“, schreibt Maria Theresia am 27. Juli an Starhemberg, „der genannte Minister ohne Scham und gegen die „selbstredenden Thatsachen behaupten wollte, daß sein König nur einige „Garnisonen verwechselt, übrigens aber gar keine Kriegsanstalten vor„gekehrt habe, sondern solches von uns zuerst geschehen sei, so hat man „es für ebenso überflüssig als unanständig angesehen, sich mit ihm in „einen Wortstreit oder eine Erörterung einzulassen. Und aus der näm„lichen Betrachtung ist es geschehen, daß wir dem von Klinggräff „ohne Verzug die angesuchte Audienz ertheilt, seinen ganz unverständ„lichen Vortrag angehört und solchen mit den kurzen Worten erwie„dert haben:“

„Die bedenklichen Umstände der allgemeinen Angelegenheiten haben „mich die Maßregeln für nothwendig ansehen lassen, die ich zu meiner „Sicherheit und zur Vertheidigung meiner Verbündeten ergreife, und „welche überdieß nicht bezwecken, irgend Jemand zum Schaden zu ge„reichen. Dieß bitte ich Sie, dem Könige, Ihrem Herrn, zu berichten.“

Es ist schwer, sich über den Beweggrund des Königs von Preußen zu diesem Schritte ein richtiges Urtheil zu bilden. Wenn Maria Theresia, wie dieß wirklich der Fall, und dem Könige von Preußen auf's Genaueste bekannt war, seit langer Zeit darauf hinarbeitete, mit mächtigen Staaten wie mit Rußland und Frankreich ein Bündniß zu Stande zu bringen, um mit ihrer Hülfe Schlesien wieder zu erobern, so konnte sie wohl in dem Augenblicke, in welchem dieser Gedanke seiner Verwirklichung nahe trat, durch eine bloße Anfrage des Königs von Preußen nicht zum Aufgeben ihrer eigenen Plane vermocht werden. Eine Antwort, durch welche ihm völlige Sicherstellung gegen eine Bekriegung von Seite Oesterreichs gewährt worden wäre, konnte Friedrich daher gewiß nicht erwarten, wenn er selbst auch sie vielleicht unter ähnlichen Verhältnissen ertheilt, ihr sodann aber ohne Zweifel zuwider gehandelt hätte. Andererseits aber liegt doch eine ziemlich weit gehende Naivetät, welche freilich dem Könige von Preußen nicht zugetraut werden kann, aber seinen übereifrigen Lobrednern nicht

fremd ist, in der Annahme, daß er wirklich der Meinung gewesen sein könnte, die Kaiserin werde jetzt plötzlich dem preußischen Gesandten die Endziele jener Verhandlungen entdecken, die so lang und mit einer, wenigstens von ihrer Seite so sorgfältig bewahrten Verschwiegenheit geführt worden waren. Was blieb also der Kaiserin übrig, als die preußische Anfrage in ausweichender Weise zu beantworten? Und daß dieß nicht, wie immer und immer wieder, freilich stets mit gleichem Unrechte behauptet wird, mit hochfahrenden und verletzenden Worten geschah, wird durch die Ausdrücke, deren die Kaiserin selbst sich gegen Klinggräff bediente, am besten bewiesen.

Daß König Friedrich seine Entschlüsse nicht von der Antwort der Kaiserin abhängig machte, geht aus seinen eigenen Schritten am deutlichsten hervor. An demselben Tage, ja vielleicht in der gleichen Stunde, in welcher sein Gesandter am Wiener Hofe die Kaiserin um ihre Absichten gegen Preußen befragte, kündigte Friedrich der englischen Regierung seinen Entschluß an, seinen Feinden zuvorzukommen. Ja er bestimmte schon jetzt den Zeitpunkt genau, zu welchem dieß geschehen solle. Als solcher erscheine die letzte Augustwoche am passendsten, indem es dadurch Frankreich unmöglich gemacht würde, noch in diesem Jahre die preußischen oder hannoverschen Länder mit Krieg zu überziehen. Freilich scheute der König sich nicht, an demselben Tage, an welchem er dem Repräsentanten Englands an seinem Hofe diese Erklärung einhändigen ließ, seinem eigenen Gesandten in Frankreich gegenüber zu behaupten, dem ganzen Gerede des Wiener Hofes über seine angeblichen Vorbereitungen zum Kriege liege nur die Thatsache zu Grunde, daß er vier Regimenter nach Pommern gesendet und seine schlesischen Festungen in Vertheidigungsstand gesetzt habe [581]). Wer solcher Doppelzüngigkeit sich bediente, hatte sich zu hüten, den Vorwurf der Unaufrichtigkeit gegen Andere zu erheben.

War aber Friedrich dazu entschlossen, als Angreifer aufzutreten, so hielt er doch, und darin dürfte wohl der eigentliche Beweggrund zu seiner Anfrage am Kaiserhofe gesucht werden, sehr darauf, in den Augen der Welt nicht als Friedensbrecher, sondern als derjenige zu erscheinen, welcher hiezu wider seinen Willen gezwungen werde. Um

sein Verfahren in solcher Weise vor aller Welt beschönigen zu können, dazu sollte ihm, wie es scheint, der Wiener Hof die Möglichkeit liefern. Denn nachdem dieß durch die Antwort nicht geschehen war, welche er auf seine erste Anfrage von dort erhielt, beschloß er sogleich, eine zweite an die Kaiserin zu richten. Klinggräff wurde beauftragt, sie neuerdings um eine Audienz anzugehen und um bestimmtere Erklärungen zu bitten. Nicht die Staaten der Kaiserin oder diejenigen ihrer Verbündeten, wohl aber die preußischen Länder seien mit einem Angriffe bedroht. Mit Bestimmtheit wisse er, daß die Kaiserin zu Beginn dieses Jahres mit Rußland ein Offensivbündniß wider ihn geschlossen habe. In demselben sei festgesetzt, ihn mit sehr beträchtlichen Streitkräften plötzlich anzufallen. Wohl sei die Ausführung des Planes für das nächste Jahr aufgeschoben worden, weil es den russischen Truppen an Rekruten, ihrer Flotte an Matrosen mangle, und man noch überdieß des Getreides zu ihrer Ernährung entbehre. Aber die Unternehmung sei nur vertagt, nicht aufgegeben. Und da er von allen Seiten her Nachrichten von Rüstungen in Böhmen und Mähren empfange, halte er sich für berechtigt, eine förmliche und unzweideutige Erklärung von der Kaiserin zu verlangen, daß sie nicht die Absicht hege, ihn in diesem und dem nächsten Jahre anzugreifen.

„Ich muß wissen," setzte Friedrich hinzu, „ob wir im Kriege „oder Frieden sind; ich mache die Kaiserin zur Schiedsrichterin darüber. „Sind ihre Absichten lauter, so ist jetzt der Augenblick es zu zeigen. „Aber wenn man mir eine Antwort im Orakelstyle gibt, unbestimmt „oder nicht bündig, so wird sich die Kaiserin selbst alle die Folgen „vorzuwerfen haben, welche die stillschweigende Bekräftigung der ge„fährlichen Plane nach sich ziehen muß, die sie mit Rußland gegen „mich entwarf. Ich nehme den Himmel zum Zeugen, daß ich unschul„dig bin an dem Unglücke, das daraus hervorgehen wird" [582]).

Schon einmal hatte Friedrich, und zwar damals mit ungleich geringerem Rechte als jetzt, sich unschuldig erklärt an den Folgen, welche sein gewaffneter Einbruch in benachbartes Land nach sich ziehen werde [583]). Die Rückerinnerung an das, was er zu jener Zeit an ihr verbrochen, mußte die Kaiserin nur noch unzugänglicher machen für

seine jetzigen Betheuerungen. Was er übrigens auch vorbringen mochte, daran hielt man fest, ihm gegenüber nichts zu thun, wodurch ihm irgend ein Anlaß zum Friedensbruch geboten würde. Als Klinggräff von seinem Auftrage dem Grafen Kaunitz Kenntniß gab, verlangte dieser eine schriftliche Mittheilung. Klinggräff war nicht hiezu ermächtigt; er schrieb daher neuerdings an den König, und als er dessen Zustimmung erhalten, übergab er am 18. August dem Staatskanzler eine Denkschrift, welche mit jener Depesche des Königs im Wesentlichen gleichlautend war.

Drei Tage später erhielt Klinggräff von Kaunitz die Antwort des Kaiserhofes. Seit einiger Zeit schon, war darin gesagt, sei der König von Preußen mit den umfassendsten und beunruhigendsten Vorbereitungen zum Kriege beschäftigt gewesen, als er es für passend gehalten habe, die Kaiserin um Aufklärung über die militärischen Vorkehrungen anzugehen, welche in ihren Staaten geschähen, und zu denen sie sich erst nach den Maßregeln entschlossen habe, welche von Seite Preußens getroffen wurden. Es seien dieß Thatsachen, welche ganz Europa als solche erkenne. Darum hätte die Kaiserin sich gar wohl enthalten können, Aufklärungen über Dinge zu geben, welche deren gar nicht bedürften; dennoch habe sie solches gethan, und Herrn von Klinggräff in der ihm ertheilten Audienz persönlich geantwortet. Sie sei ohne Zweifel berechtigt, die obwaltenden Zeitverhältnisse und die ihr drohenden Gefahren nach eigenem Gutdünken zu beurtheilen. Uebrigens sei ihre Erklärung so deutlich, daß sie nicht gedacht habe, sie könne anders gefunden werden. Gewohnt, die Rücksichten, welche Souveräne einander schulden, sowohl selbst zu beobachten als von Anderen zu erfahren, habe sie nur mit Erstaunen und der gerechtesten Empfindlichkeit den Inhalt der Denkschrift vernommen. Sowohl ihrem Wesen, als den darin gebrauchten Ausdrücken nach sei sie der Art, daß die Kaiserin sich genöthigt sehen würde, die Grenzen der Mäßigung, die sie sich vorzeichnete, zu überschreiten, wenn sie auf Alles antworten würde, was sie enthalte. Aber sie wolle doch neuerdings erklären lassen, daß die Nachrichten von einem Angriffsbündnisse zwischen ihr und Rußland, so wie die angeblichen Bedingungen dieser Allianz falsch und erdichtet

seien, daß ein solcher Vertrag gegen Preußen nicht bestehe und auch früher nicht bestanden habe. Diese Erklärung werde ganz Europa in den Stand setzen, die traurigen Ereignisse richtig zu beurtheilen, von welchen die Denkschrift spreche, und zu sehen, daß sie jedenfalls der Kaiserin nicht zur Last gelegt werden könnten [584]).

Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß wenigstens ihrem Wortlaute nach die Antwort der Kaiserin der Wahrheit völlig entsprach. So übereinstimmend auch die Absichten Oesterreichs und Rußlands wider Preußen sein mochten, ein förmlicher Vertrag zwischen ihnen zu dem angegebenen Zwecke bestand in der That nicht und hatte auch niemals bestanden. In dem Augenblicke, in welchem sie dieß erklärte, hatte Maria Theresia noch immer nicht die Antwort aus Frankreich empfangen, die sie für unerläßlich hielt, um zur Vereinbarung eines förmlichen Vertrages mit Rußland zu schreiten.

Daß dieß jedoch ihre ernstliche Absicht war, läßt sich gewiß gleichfalls nicht leugnen. So wenig also auch die Antwort der Kaiserin eine Unwahrheit enthielt, so richtig waren doch die Voraussetzungen Friedrichs in Bezug auf das Wesen der Sache, welches in der Absicht eines Angriffes auf Preußen bestand. Und die Ueberzeugung hievon war es, welche den König zu raschem Losschlagen drängte, nicht aber der Wortlaut der Antwort der Kaiserin, welche auch jetzt noch eine „stolze Abfertigung" genannt wird, ganz geeignet, und vielleicht sogar darauf berechnet, den König von Preußen zu erbittern und zu veranlassen, in gerechtem Zorne über die ihm zu Theil werdende Demüthigung zum Schwerte zu greifen. Dem war jedoch durchaus nicht so; wenigstens lag es, wie die Kaiserin an Starhemberg schrieb, in ihrer Absicht, ihre Antwort so einzurichten, „daß dem Könige von „Preußen kein scheinbarer Vorwand zum Friedensbruch, noch Unseren „Bundesgenossen eine Ausflucht wegen der künftigen Anerkennung des „Casus foederis, und wegen der werkthätigen Hülfeleistung übrig „bleibe." Gleichzeitig wollte man, fährt Maria Theresia fort, den König von Preußen hinsichtlich dessen, was ihm am meisten am Herzen lag, nämlich der Frage, ob man ihn jetzt oder im künftigen Jahre mit Krieg zu überziehen gedenke, in Ungewißheit, „folglich in der Verlegen-

„heit erhalten, entweder einen offenbaren Angreifer abzugeben oder die „Sorge wegen der Zukunft auf dem Herzen zu behalten“ [585]).

In derselben Depesche, in welcher die Kaiserin die Absicht kennzeichnet, die ihrer Antwort an den preußischen Gesandten zu Grunde lag, spricht sie ihre innersten Gedanken aus über einen etwaigen Angriff von Seite des Königs von Preußen. „So wenig Wir nun,“ lautet diese Stelle, welche um ihrer Wichtigkeit willen mit den eigenen Worten der Kaiserin hier einen Platz finden soll, „so wenig Wir nun „zu einiger Offensiv-Maßnehmung, ohne eine weit überlegene Macht „und ohne den fast zuverlässigen Anschein eines glücklichen Ausschlags „zu schreiten gedenken, so fest sind Wir entschlossen, bei einem von „preußischer Seite erfolgenden Friedensbruch den Muth nicht sinken „zu lassen, sondern der Gefahr standhaft entgegen zu gehen, zumalen „Wir bei dem bemerkten Fall in reife Ueberlegung gezogen haben, daß „es dennoch früh oder spät zu einem Krieg mit dem König in Preußen „kommen müsse, daß er dermalen der unbezweifelte Angreifer sein würde, „daß bei solchen Umständen der französische und russische Hof sich der „versprochenen Hülfeleistung nicht entschütten könnten noch würden, daß „es auf Gewinnung der Zeit bis in den Winter, und im ärgsten „Falle auf den Verlust einer Schlacht und eines großen Theiles des „Königreiches Böhmen, mithin auf fast unerschwingliche Kosten und „sehr empfindlichen Schaden Unserer getreuen Unterthanen ankommen „würde, daß aber alles dieß nur für einen zeitweiligen Nachtheil anzu„sehen und bei einem künftigen Frieden, menschlichem Ansehen nach „kein abermaliger Länderverlust zu besorgen, hingegen auch ein glück„licher Ausschlag Unserer gerechten Waffen, die Wiedereroberung Schle„siens, die Schwächung Unseres gefährlichsten Feindes und die Befe„stigung des Ruhestandes und der Wohlfahrt Unseres Erzhauses mit „vieler Wahrscheinlichkeit zu hoffen, folglich ein zeitweiliger Schaden „gegen einen immerwährenden und unschätzbaren Vortheil in die Wag„schale zu legen sei.“

Noch waren diese Worte der Kaiserin nicht an ihre Bestimmung gelangt, als schon die Würfel zu dem entscheidenden Schritte fielen, durch welchen ein erneuerter, langdauernder und blutiger Kampf zwi-

schen Oesterreich und Preußen, wenn nicht heraufbeschworen, so doch begonnen wurde. Am 25. August empfing Friedrich die Antwort der Kaiserin; schon am folgenden Tage wurde seinen Truppen der Marschbefehl ertheilt. Gleichzeitig erhielt Klinggräff den Auftrag, in Wien zu erklären, der König sei noch jetzt zur Verständigung bereit, wenn ein geeigneter Vorschlag hiezu von Oesterreich geschehe.

Es versteht sich wohl von selbst, daß Maria Theresia sich durch diese directe Aufforderung Friedrichs eben so wenig einschüchtern ließ, als solches durch seine früheren Anfragen geschehen war. Ja, wenn es noch eines Spornes zur Ausdauer und zur Entschlossenheit bedurft hätte, so lag derselbe darin, daß König Friedrich nicht, wie man erwartet hatte, gegen Böhmen, sondern gegen Sachsen angriffsweise vorging.

Achtzehntes Capitel.

Maria Theresia und Friedrich II.

Wenn in der Darstellung, welche wenigstens in großen Umrissen die Politik des Kaiserhofes während des Zeitraumes zwischen dem Frieden von Aachen und dem Wiederbeginn des Krieges vor Augen führen sollte, Sachsens kaum gedacht worden ist, so liegt die Ursache hievon nur darin, daß die wechselseitigen Beziehungen der Höfe von Dresden und Wien zu einer solchen Erwähnung fast gar keine Gelegenheit geben. Waren jene Beziehungen auch im Allgemeinen freundschaftliche zu nennen, so traten sie über diese Grenze doch niemals hinaus. In Dresden war man ängstlich besorgt, Alles zu vermeiden, was dem gefürchteten Nachbar, dem Könige von Preußen, den Anlaß oder den Vorwand bieten konnte zu feindseligem Verfahren. Darum kam es auch nicht zu dem Beitritte Sachsens zu dem im Jahre 1746 zwischen Oesterreich und Rußland abgeschlossenen Vertheidigungsbündnisse, und die Jahre lang hierüber geführte Verhandlung blieb am Ende erfolglos. Die Grundlosigkeit der Beschuldigungen, welche man aus diesem Gesichtspunkte von preußischer Seite gegen Sachsen erhob, ist daher ebenso erwiesen als die Unwahrheit der Behauptung, Sachsen habe nach dem Abschlusse des Aachner Friedens den Vertrag wieder aufleben gemacht, durch welchen man während des verflossenen Krieges zu einer Verständigung über die zukünftige Theilung der preußischen Länder gelangt sei [586]). Sachsen war allen Verhandlungen zwischen Oesterreich, Rußland und Frankreich zur Herbeiführung eines gemeinschaftlichen Vorgehens wider Preußen vollständig fremd, und

wenn im Laufe derselben mehrmals die Idee aufgetaucht ist, Sachsen durch Antheile an den Eroberungen, durch die man Preußens Ländergebiet beträchtlich zu vermindern hoffte, heranzuziehen zu dem Bündnisse und zu dem Kriege wider Preußen, so läßt sich doch keine Spur dafür auffinden, daß ein solcher Gedanke jemals von Sachsen ausgegangen sei, oder daß es irgend einem hierauf abzielenden Vorschlage Gehör gegeben habe. Alles was von preußischer Seite gegen Sachsen mit einem gewissen Rechte angeführt werden konnte, ist darauf zu beschränken, daß man in Sachsen, und zwar nicht allein in den Kreisen der Regierenden, sondern auch in der Bevölkerung mit tiefempfundener Abneigung gegen Preußen und dessen König erfüllt war. Man hätte ja ganz ohne Gedächtniß sein müssen für die Mißhandlungen, mit welchen König Friedrich in dem kurzen Winterfeldzuge des Jahres 1745 Sachsen heimgesucht hatte, wenn man daselbst anders für ihn gefühlt haben würde. Und was den König August und dessen Familie betraf, so konnte sie nur auf's tiefste verletzt sein durch die Demüthigungen, mit welchen König Friedrich ihnen gegenüber während der ganzen Dauer seiner Regierung nicht sparsam gewesen war. Bringt man noch außerdem die stete Beunruhigung in Anschlag, in welcher Friedrich seine Nachbarn, und insbesondere Sachsen durch die Sorge vor seiner wirklichen oder vermeintlichen Vergrößerungssucht sowie durch gar manche willkürliche Maßregel erhielt, so wird es begreiflich erscheinen, daß in dem vertraulichen Schriftenwechsel des Dresdner Hofes mit seinen Repräsentanten im Auslande nicht selten Ausdrücke vorkamen, welche nicht gerade schmeichelhaft klangen für den König von Preußen. Daß darin auch von dem Wunsche nach Verringerung einer Macht, welche bisher in so hohem Maße zur Schädigung Sachsens gebraucht worden war und dasselbe auch für die Zukunft mit Gefahren bedrohte, manchmal die Rede war, ist gleichfalls weder zu verwundern noch zu verdammen. Und um so weniger Rückhalt mochte des Königs erster Minister, Graf Brühl, in dieser Beziehung sich auferlegen, als er lange Zeit hindurch nicht ahnte, daß durch die Dazwischenkunft eines Verräthers Alles dasjenige, was er im engsten Vertrauen an die Vertreter Sachsens bei den fremden Regierungen schrieb, sobald als nur immer möglich dem Könige von Preußen mitgetheilt wurde.

Freilich empfing Brühl gegen Ende des Jahres 1754 von Wien aus eine Warnung, und der Kaiser selbst, nach ihm aber Maria Theresia waren es, welche dem sächsischen Gesandten Grafen Flemming im Vertrauen eröffneten, daß der König von Preußen aus dem sächsischen Cabinete alle wichtigen Actenstücke, und hauptsächlich die Gesandtschaftsberichte aus St. Petersburg, Wien und London erhalte. Ueber die Art, in welcher dieß geschah, wußte man jedoch in Wien nichts zu sagen und in Dresden nichts zu entdecken [587]). Jetzt ist es Jedermann bekannt, daß der Kanzlist in der sächsischen geheimen Cabinetskanzlei, Friedrich Wilhelm Menzel, schon seit dem Jahre 1752 durch den preußischen Gesandten von Maltzan bestochen war; bis zu dem Tage der Enthüllung seines Verrathes hatte er von demselben ungefähr dreitausend Thaler erhalten. Menzels Schwager, der Goldschmiedgeselle Erfurth, wurde von ihm gebraucht, den preußischen Gesandtschaftssecretären Pleßmann und Benoit die Depeschen und Berichte, um welche es ihnen am meisten zu thun war, in Abschrift, ja manchmal sogar im Original zu überbringen. Das Hauptgewicht wurde auf die Berichte aus St. Petersburg gelegt, und Pleßmann selbst übergab Menzel die Schlüssel, mit deren Hülfe er zu den Schränken gelangte, in denen sie verwahrt waren [588]).

Man sieht also, daß König Friedrich auch in Dresden die Mittel in Anwendung brachte, welche in Berlin dem Secretär Weingarten gegenüber versucht wurden. In Dresden geschah dieß, das läßt sich nicht leugnen, mit größerem Erfolge als in Berlin, denn wenn auch die Mittheilungen Menzels nicht, wie von preußischer Seite unwahr behauptet worden ist, eine Theilnahme Sachsens an den wider Preußen gesponnenen Planen bewiesen, so scheint es doch, als wenn zunächst durch sie dem Könige von Preußen genauere Nachricht über die wider ihn gerichteten Absichten Oesterreichs und Rußlands zugekommen wäre. Denn aus den Berichten des kaiserlichen Gesandten in St. Petersburg, Grafen Esterhazy, geht mit ziemlicher Bestimmtheit hervor, daß der russische Großkanzler Bestuschew dem sächsischen Geschäftsträger Funk das ganze Geheimniß enthüllte [589]), und der Letztere that nur seine Pflicht, wenn er seine Regierung hievon unterrichtete. Funks De-

peschen aber werden sich wohl unter denjenigen befunden haben, deren Inhalt durch Menzel dem Könige von Preußen bekannt wurde. Und es mag leicht sein, daß Friedrich gerade durch diese Mittheilungen zuerst zu seinen Rüstungen, und nachdem dieselben einmal vollendet waren, zum Angriffe auf Sachsen und Oesterreich vermocht wurde.

Was nun diesen letzteren, den entscheidenden Schritt des Königs von Preußen betrifft, durch welchen er zuerst den Degen zog zur Eröffnung eines blutigen Krieges, der sieben Jahre hindurch einen großen Theil seiner eigenen so wie der benachbarten Länder verheerte, so ist derselbe seither vielfach, und zwar vornehmlich in doppelter Richtung besprochen worden. Einerseits wurde über die Frage gestritten, ob der König durch dasjenige, was über die Anschläge seiner Gegner zu seiner Kenntniß gekommen, berechtigt wurde zu einem Angriffe auf sie, oder ob er auch jetzt wieder einen nicht zu rechtfertigenden Friedensbruch begangen habe, wie er sich eines solchen — und nur parteiische Lobredner des Königs werden dieß zu bestreiten unternehmen — schon dreimal, durch seinen ersten Einfall in Schlesien, durch den Bruch der Convention von Kleinschnellendorf und durch denjenigen des Breslauer Friedens schuldig gemacht hatte. Und andererseits wurde behauptet, wenn der König von Preußen nicht den Frieden gebrochen hätte, wäre es niemals zum Kriege gekommen.

Was zunächst den ersteren Punkt angeht, den man füglich als die Rechtsfrage [596]) bezeichnen könnte, so wird zwischen dem Verfahren Friedrichs gegen Sachsen und Oesterreich streng unterschieden werden müssen. Keine militärische oder politische Rücksicht, dieselbe mochte für den Erfolg seiner Unternehmung noch so schwer in's Gewicht fallen, hätte den König zu dem durchaus rechtswidrigen Vorgange vermögen sollen, mit gewaffneter Hand einzufallen in ein friedliches Nachbarland, dem er in Wahrheit keinerlei Verschulden zur Last legen konnte, und in welchem man, um ihn nur ja nicht zu reizen, erst vor kurzem und daher viel zu spät mit den dringendsten Vorbereitungen begonnen hatte, sich gegen einen etwaigen Angriff nothdürftig zur Wehr zu setzen. Und vollends war das Verfahren, das er in Sachsen sich erlaubte, von dem „unschädlichen Durchmarsche", den er Anfangs verlangt hatte, so weit

entfernt und so ganz darauf berechnet, ein ihm nicht gehöriges Land, welches zu solcher Behandlung keinen Anlaß gegeben, sich zinsbar zu machen und es auszubeuten für seine eigenen Kriegszwecke, daß die Handlungsweise des Königs von Preußen gegen Sachsen wohl mit Recht als eine durchaus verwerfliche bezeichnet werden muß.

Ganz anders wird der Urtheilsspruch ausfallen, wenn man mit gleicher Unparteilichkeit den Vorgang des Königs von Preußen gegen Oesterreich erwägt. Da läßt es sich durchaus nicht bestreiten, daß der Kaiserhof seit langer Zeit schon mit Entwürfen sich trug, welche Preußen mit den ernstesten Gefahren bedrohten. Ja diese Plane, abwechselnd fallen gelassen und neuerdings aufgenommen, waren in der letzten Zeit in ein Stadium getreten, welches ihre Verwirklichung als unmittelbar bevorstehend ansehen ließ. War man hieran von österreichischer Seite nicht bereits geschritten, so lag die Ursache davon nicht etwa in dem Wunsche und der Absicht, nicht zuerst den Frieden zu brechen und als Angreifer aufzutreten gegen Preußen, sondern einzig und allein in der Ueberzeugung, solches im nächsten Jahre mit ungleich größerer Aussicht auf Erfolg thun zu können als jetzt. Und nicht allein auf Schlesien und Glatz, welche Provinzen König Friedrich in unrechtmäßiger Weise an sich gebracht hatte, sondern noch auf ganz andere, von dem Könige rechtlich ererbte Theile seines Ländergebietes dehnte der Kaiserhof seine Eroberungsplane aus, wenn er auch nicht für sich, sondern nur für Andere an neue Erwerbungen zum Nachtheile Preußens dabei dachte. Daß König Friedrich, nachdem er die unumstößliche Gewißheit erlangt hatte, daß solche Plane nicht nur beständen, sondern ihrer Ausführung nahe wären, dieselbe nicht stillsitzend abwartete, sondern ihr rasch handelnd zuvorkam, so lang die Dinge für ihn noch günstiger lagen, dafür kann ihn ein berechtigter Tadel unmöglich treffen.

Ganz ähnlich scheint es sich auch mit der zweiten Frage zu verhalten, welche darin besteht, ob der siebenjährige Krieg gar nicht zum Ausbruche gekommen wäre, wenn der König von Preußen nicht zuerst zum Schwerte gegriffen hätte. Merkwürdig ist es gewiß, daß die Behauptung, es wäre dann möglicher Weise der Krieg gar nicht geführt worden, zuerst von jenem Manne ausgesprochen wurde, welcher es seiner

Zeit unternahm, nicht wie es in preußischen Geschichtsbüchern heißt, „mit Treue und Klarheit“ [591]), sondern durch ein listig gesponnenes Gewebe von halber Wahrheit und völliger Erdichtung des Königs Verfahren gegen Sachsen zu rechtfertigen.

Der preußische Minister Hertzberg war es, welcher ein Jahr nach dem Tode des Königs diese Ansicht zum ersten Male kundgab [592]), und sie ist seither von einer Unzahl von Federn eifrig bekämpft worden. Wie uns scheint mit Recht. So weit wir sehen können, war der Ausbruch des Krieges für das bevorstehende Jahr 1757 unvermeidlich geworden. Die einzige Möglichkeit, ihn noch zu hintertreiben, hätte vielleicht darin bestanden, daß es während der Frist, welche den Winter hindurch gegeben war, dem englischen Golde gelang, den jederzeit käuflichen russischen Großkanzler Bestuschew und vielleicht noch manche andere einflußreiche Persönlichkeit am Petersburger Hofe zu bestechen und durch ihre Dazwischenkunft Rußland im letzten Augenblicke abzuhalten von der Betheiligung an dem Kriege wider Preußen. Wäre jedoch Rußland, mit dem eine bindende Verabredung noch immer nicht bestand, zurückgetreten von den Zusagen, die es einstweilen gegeben hatte, so würde auch Maria Theresia für den Augenblick wenigstens verzichtet haben auf den Gedanken eines Angriffes auf Preußen und einer Wiedereroberung Schlesiens. Denn zu oft wiederholten Malen hatte die Kaiserin erklärt, daß sie nur dann eintreten wolle in den Kampf gegen Preußen, wenn ihr durch ein Offensivbündniß mit Rußland und mit Frankreich eine solche Uebermacht gesichert wäre, daß an einem günstigen Ausgange der großen Unternehmung kaum mehr zu zweifeln sei.

So richtig diese letztere Behauptung, so unwahrscheinlich ist doch die Annahme, daß es England möglich gewesen wäre, auf dem Wege der Bestechung eine Betheiligung Rußlands an dem Kriege gegen Preußen zu verhindern. Offen Partei zu nehmen gegen die Absichten seiner Monarchin, war Bestuschew zu feig und wohl auch zu schlau; Elisabeth war aber so aufgebracht gegen den König von Preußen und schon so weit gegangen in ihren Zusagen an Maria Theresia, daß eine Aenderung ihrer Entschlüsse wohl im höchsten Grade unwahrscheinlich erschien. Hielt sie aber fest an denselben und gelang es, Frankreich in

die active Theilnahme an dem Kriege gegen Preußen zu verwickeln, dann hätte Maria Theresia wohl durch nichts mehr zurückgehalten werden können, den Kampf, wenn es nicht zuerst von Friedrich geschehen wäre, endlich auch ihrerseits zu beginnen.

Daß dieß aber durch den König von Preußen geschah, wurde vielleicht am Kaiserhofe eher leise gewünscht, als ängstlich befürchtet. Denn nun mußte Friedrich doch vor aller Welt, wie er es schon mehrmals wirklich gewesen war, neuerdings als der erste Angreifer erscheinen, und nun war auch Frankreich vertragsmäßig verpflichtet, Oesterreich gewaffnete Hülfe gegen den König von Preußen zu leisten. Hiedurch aber wurde einer der wichtigsten Streitpunkte zwischen den Höfen von Wien und Versailles auf einmal entschieden. Und so sehr man, und gewiß mit Recht, am Kaiserhofe über Friedrichs Verfahren gegen Sachsen empört war [593]), so wenig wäre man überrascht worden, wenn er seinen Angriff gegen Böhmen oder das österreichische Schlesien gerichtet hätte. Auf das letztere war man vielmehr, wie die Depeschen des Kaiserhofes nach Paris und nach St. Petersburg beweisen, in Wien schon seit längerer Zeit vollständig gefaßt. Und wenn von einem Manne, der unter der Maske eines österreichischen Veterans, man möchte fast sagen, verrätherischer Weise [594]) mehr für eine einseitige, preußisch gefärbte Darstellung der damaligen Ereignisse gethan hat, als dieß von noch so parteiischen preußischen Federn geschah, das Gegentheil behauptet wird, so mag dieß als ein Beweis gelten, wie wenig Glauben die so oft nacherzählten Angaben jenes Schriftstellers überhaupt verdienen.

Jedoch nicht darum, sondern um eine ungleich wichtigere Frage handelt es sich für uns, um die Beurtheilung der Gedanken und Plane, welche für das ganze Verfahren der Kaiserin gegen den König von Preußen maßgebend waren. Aus dem redlichen Bemühen, die Handlungsweise des Letzteren parteilos zu erwägen, wird die Berechtigung hervorgehen, den gleichen Maßstab auch an diejenige der Ersteren zu legen.

Noch jetzt kann man nicht selten der Beschuldigung begegnen, nur blinder Haß gegen den König von Preußen sei es gewesen, welcher die

Kaiserin zu dem Plane gebracht habe, auch ihrerseits einmal einen Krieg mit Preußen zu beginnen, um dem verabscheuten Gegner nicht nur Schlesien und Glatz wieder zu entreißen, sondern ihn noch überdieß so sehr zu schwächen, daß er für alle Zukunft als unschädlich anzusehen sei. In wohldienerischer Weise sei dieser leidenschaftlichen Auffassung von dem hervorragendsten ihrer Rathgeber geschmeichelt und sie darin bestärkt worden, während besonnenere und einsichtsvollere Stimmen am Kaiserhofe ungehört verhallten. Hätte man Oesterreichs wahres Interesse in's Auge gefaßt, statt sich von Rachbegier leiten zu lassen, so wäre man in dem Bündnisse mit England verblieben und hätte sich nicht geweigert, durch völlige Lossagung von dem Gedanken einer Wiedereroberung Schlesiens auch mit Preußen in ein besseres Verhältniß zu treten.

Es ist allbekannt und soll auch in keiner Weise geleugnet werden, daß Maria Theresia's ganzes Fühlen und Denken von tiefer Erbitterung durchdrungen war gegen den König von Preußen. Daß sie hiezu vollauf berechtigt gewesen und in ihm den Urheber all des Unheils erblicken mußte, welches seit ihrer Thronbesteigung während eines achtjährigen blutigen Krieges über sie und ihre Länder gekommen war, wird wohl vernünftiger Weise nicht mehr bestritten werden können. Ebenso ist es begreiflich, daß sie nach solchen Vorgängen und nachdem sie von der einzig und allein richtigen Ueberzeugung erfüllt war, König Friedrich habe auch im Jahre 1744 hauptsächlich darum den Breslauer Frieden gebrochen und neuerdings zu den Waffen gegriffen, weil er ansehnliche Gebietstheile Böhmens von Oesterreich losreißen und mit Preußen vereinigen wollte, ihm auch für die Gegenwart und Zukunft noch weitergehende Vergrößerungsplane zutraute. Daß er dieselben vornehmlich auf Oesterreichs Kosten werde verwirklichen wollen, war nach dem Geschehenen gleichfalls ein naheliegender Verdacht. Und die eigenen Aufzeichnungen des Königs haben ja bewiesen, daß ihm die Absicht, sich Böhmens und Mährens zu bemächtigen, um sie dann gegen Sachsen zu vertauschen, dessen Erwerbung für Preußen er als eine Nothwendigkeit ansah, wohl zu keiner Zeit eine fernliegende war [595]). Im Interesse der österreichischen Länder, und dieses hatte das Staatsoberhaupt

derselben wohl zunächst zu wahren, mußte es der Kaiserin also dringend geboten erscheinen, solchen Planen des Königs von Preußen entgegen zu treten und ihm nicht nur durch die Wiedereroberung von Schlesien und Glatz, sondern durch eine darüber noch hinausgehende Schwächung die Verwirklichung derartiger Ideen für alle Zukunft unmöglich zu machen.

Die Wiedereroberung von Schlesien und Glatz war aber auch sonst noch für Oesterreich und dessen regierendes Haus eine Frage von unermeßlicher Wichtigkeit. Für Oesterreich, weil ganz abgesehen von dem reichen Zuwachse an Einkünften und Macht, welcher ihm hiedurch zu Theil geworden wäre, nur durch den Besitz einer so vorwiegend deutschen Provinz wie Schlesien in Oesterreichs bunt zusammengewürfeltem Ländercongloerate das deutsche, und man darf wohl sagen, das civilisatorische Element auch der Zahl nach das überwiegende blieb. Für das Kaiserhaus aber, weil es nicht blind sein durfte für die Verkümmerung seiner Stellung, welche es durch die Einbuße Schlesiens in Deutschland erlitten hatte, während das übermäßige Anwachsen Preußens dem ohnedieß schon so tief gesunkenen Ansehen der Kaisermacht in Deutschland den letzten, tödtlichen Stoß gab. Ohne die Wiedereroberung Schlesiens, oder wenn diese unausführbar sein sollte, ohne die Erwerbung eines Ersatzes für dasselbe auf deutschem Territorium werde, das begannen schon damals einsichtsvolle Politiker zu begreifen, das österreichische Herrscherhaus die deutsche Kaiserwürde nicht zu behaupten vermögen. Und daß sie sich darin nicht täuschten, haben die späteren Ereignisse zur Genüge bewiesen.

Wenn also die Rücksichten auf ihren Staat wie auf ihr Haus die Kaiserin gebieterisch dazu drängten, sich mit dem Gedanken der Wiedereroberung Schlesiens zu beschäftigen, so ist es natürlich, daß sie sich hievon durch die tractatmäßig geschehene Abtretung dieser Provinz an Preußen nicht zurückhalten ließ. Das empörende Unrecht, das sie von dem Könige von Preußen hatte erdulden müssen, erschien ihr nicht darum als Recht, weil es durch einen ihr durch Waffengewalt abgedrungenen Vertrag bekräftigt worden war. Noch immer sah sie in ihrem Inneren als Schlesiens rechtmäßige Herrscherin sich an, und

Niemand würde im Stande gewesen sein, sie zu überzeugen, daß einem Manne gegenüber, welcher nicht nur die von seinem Vater überkommenen, sondern auch die von ihm selbst abgeschlossenen Verträge ihr gegenüber freventlich gebrochen, ihr nunmehr die Pflicht obliege zu gewissenhafter Beobachtung der Tractate.

Es war also nicht bloß das Ergebniß ihrer persönlichen Stimmung, sondern mehr noch die richtige Erkenntniß der wahren Interessen ihres Staates wie ihres Hauses, wenn Maria Theresia dem Gedanken Raum gab, bei einer günstigen Gelegenheit sich Schlesiens wieder zu bemächtigen. Und daß der Zeitpunkt hiezu günstig gewählt war, ja daß der Kaiserin unter den obwaltenden Verhältnissen fast gar nichts übrig blieb als den Weg einzuschlagen, den sie wirklich ging, wird gleichfalls nicht geleugnet werden können. Daß der Ausgang des Kampfes, den sie unternahm, den Erwartungen nicht entsprach, mit welchen sie ihn begann, kann an der Berechtigung derselben wohl nicht das Mindeste ändern.

Als im Sommer des Jahres 1755 die Frage an die Kaiserin herantrat, ob sie an dem Bündnisse mit England festhalten oder statt dessen ein neues anknüpfen solle mit Frankreich, lagen diese beiden Staaten schon miteinander im Kriege. Die Verpflanzung desselben auf das Festland von Europa und die Unmöglichkeit, in den Kampf nicht verwickelt zu werden, war mit Bestimmtheit vorherzusehen. Jedes Staatsoberhaupt, und somit auch dasjenige Oesterreichs mußte neben der Frage, auf welcher Seite das Recht war, sich auch noch diejenige vorlegen, unter welchen Voraussetzungen von der Theilnahme am Kriege und von der Darbringung der mit demselben nothwendig verbundenen Opfer irgend ein erreichbarer Gewinn oder bloß unvermeidlicher Verlust erwartet werden mußte.

Auf die Rechtsfrage, insofern sie bei dem Zwiespalte zwischen England und Frankreich in Betracht kommt, soll jedoch hier keineswegs der Nachdruck gelegt, sondern nur erwähnt werden, daß das Recht in dem obwaltenden Streite gewiß nicht auf der Seite Englands lag. In dieser Beziehung traf aber die Kaiserin ohne Zweifel das Richtige, wenn sie sich gar keinen Urtheilsspruch hierüber anmaßte, sondern

immer und immer wieder hervorhob, daß der in den amerikanischen Verhältnissen wurzelnde Streit sie durchaus nicht näher berühre. Werde sie aber, und anfänglich gewiß wider ihren Willen, dennoch in denselben gezogen, dann sei sie verpflichtet, bei der Wahl der Partei, zu der sie sich schlagen solle, hauptsächlich ihr eigenes Interesse und dasjenige ihres Staates zu Rathe zu ziehen. Daß dasselbe aber für den Anschluß an Frankreich sprach, wird ein aufmerksamer Blick auf die damalige Lage der Dinge gar bald herausfinden.

Wenn wir, um sie zu schildern, auf die Denkschrift zurückgreifen, in welcher Kaunitz die Beweggründe des Verfahrens des Kaiserhofes darlegt, so wird die Berechtigung hiezu in der Ueberzeugung gefunden werden, daß nicht leicht Jemand zu Aufschlüssen hierüber in höherem Grade berufen sein konnte, als der damalige Leiter der österreichischen Politik.

„Der König von Preußen", läßt Kaunitz sich vernehmen, „mit „Frankreich verbündet und von England gesucht, sah das Haus Oester-„reich sich selbst überlassen, und er erwartete, um es zu vernichten [596]), „nur den Augenblick, in welchem es mit Frankreich oder mit der Pforte „in Streit gerathen würde."

„Frankreich, noch immer in seinen alten Vorurtheilen gegen „Oesterreich verharrend, arbeitete systemmäßig an dessen Schwächung. „In dem Bündnisse Oesterreichs mit den Seemächten erblickte es „einen stets sich gleich bleibenden Beweggrund zur Rivalität mit Oester-„reich. Darum glaubte es ihm den König von Preußen entgegensetzen „zu müssen, und von diesem Augenblicke angefangen unterstützte es „dessen Unternehmungen. Es unterhielt fast zwanzigtausend Mann in „Deutschland und stellte sie zu seiner Verfügung; es verband sich mit „ihm zur Herabwürdigung des Ansehens des Reichsoberhauptes, es „unterstützte seine Intriguen bei der Pforte so wie Alles was ihm in „den Sinn kam, um Oesterreich zu Grunde zu richten."

„England, einzig und allein mit seinen inneren Angelegenheiten „beschäftigt, hielt sein Bündniß mit Oesterreich nur zu dem Zwecke

„aufrecht, sich desselben als eines Werkzeuges zu bedienen, das man „nur schärft, wenn man dessen bedarf [597]). Nichts zog England in „Betracht als die Hülfe, welche es von Oesterreich wider Frankreich „erwarten durfte, und da es nur diesen einzigen Feind fürchten mußte, „waren seine Maßregeln nur darauf gerichtet, denselben stets anderwärts „zu beschäftigen. Alles was sich nicht unmittelbar hierauf bezog, wurde „als ein Gegenstand betrachtet, welcher Englands Nationalinteresse „fern lag. Unbekümmert um die Gefahren, mit denen das Haus Oester„reich durch das rasche Anwachsen des Hauses Brandenburg bedroht „wurde, dachte England nur daran, sie zu seinem eigenen Vortheile „auszubeuten, indem es seit dem Erbfolgekriege die Absicht verfolgte, „Oesterreich und Preußen wieder zu versöhnen, um sich dereinst Beider „gegen Frankreich zu bedienen."

„Hierin wurzelten die steten Rücksichten und Aufmerksamkeiten „Englands für den König von Preußen, die Opfer, welche man zu seinen „Gunsten von Oesterreich verlangte, die gleißnerischen Versprechungen [598]) „endlich, mit denen man Oesterreich zu beschwichtigen versuchte, wie die„jenigen einer bewaffneten Garantie, der Wahl eines römischen Königs und „dergleichen Dinge. Bringen wir mit diesem politischen System Eng„lands noch die persönlichen Intriguen und Cabalen der Minister in „Verbindung, den Zwiespalt der Interessen zwischen dem Ministerium „zu London und demjenigen zu Hannover, die leidenschaftliche Förde„rung des Protestantismus durch das Letztere [599]) und die Absicht des „Ersteren, die hannover'schen Plane durch den König von Preußen im „Zaume zu halten, so werden wir als letztes Ergebniß eben so viel „Vorliebe für diesen König als Gleichgültigkeit gegen das Haus Oester„reich finden."

„Die Republik Holland, welche ihren Handel in Abnahme gerathen, „ihre Einkünfte sich vermindern, ihre Schuldenlast aber sich vermehren „sah, dachte an nichts mehr als daran, die Trümmer ihrer früheren „Größe zu retten. Sie meinte ihren eigenen Verfall durch die Subsidien „zu verzögern, die sie aus dem Barrierevertrage zog, und ihren Handel „durch die Unterdrückung desjenigen der österreichischen Niederlande „wieder aufleben zu machen. Sie gerieth darüber in Streit mit dem

„Hause Oesterreich, und wurde in demselben durch England unterstützt. „Beide Mächte trachteten nur der Vortheile des Barrieretractates „theilhaft zu werden, keine aber kümmerte sich um die Erfüllung seines „Zweckes, Niemand dachte an die Sicherstellung der Niederlande. Man „verlangte nach dem Bündnisse nur, um die ganze Last desselben dem „Kaiserhofe aufzubürden, welch Letzterer jedoch weder für die Allianz „überhaupt noch für sich selbst einen Vortheil darin zu erblicken ver„mochte, von neuem seine Rechte, seine Unterthanen und seine Ein„künfte zu opfern, nur um die Habgier der Holländer zu sättigen."

„Spanien schloß mit dem Hause Oesterreich den Vertrag von „Aranjuez, aber die Vortheile desselben erstreckten sich nur auf Italien „und konnten ihrer Natur nach nur vorübergehende sein. Die Ansprüche „des Infanten Don Philipp auf den Thron beider Sizilien, der Rück„fall seiner Länder an Oesterreich und Sardinien, endlich der Wider„spruch des Königs von Neapel gegen Verfügungen, welche auf Ver„träge sich stützten, an denen er niemals hatte Antheil nehmen wollen, „Alles dieß bedrohte die Ruhe Italiens, und konnte dem Hause Oester„reich dort neue Kriege erwecken."

„Der sardinische Hof, obgleich mit eingeschlossen in den Vertrag „von Aranjuez, war darum doch dem Wiener Hofe nicht freundlicher „gesinnt. Emporgewachsen auf Oesterreichs Kosten, harrte er vielleicht „nur der günstigen Gelegenheit, um ihm den Rest seiner italienischen „Länder zu entreißen."

„Dänemark und Schweden waren durch Subsidien an Frankreich „gekettet; der König von Preußen nahm an diesen Bündnissen Theil „und war deßhalb nur um so furchtbarer zu nennen. Der einzige Hof „von St. Petersburg fand sich durch unwandelbare Interessen [600]) an „Oesterreich gebunden. Aber um ihn in den Stand zu setzen, auch „handelnd aufzutreten, bedurfte er Subsidien, welche wir ihm aus „unseren eigenen Einkünften nicht zu schaffen vermochten."

„Mit solchen Verbündeten hatte sich Oesterreich gegen Preußen, „Frankreich und die Pforte zu vertheidigen. Ein einziger dieser Feinde

„konnte alle seine Streitkräfte beschäftigen, keiner seiner Verbündeten „aber es vom Untergange retten, wenn es von zwei Gegnern gleich„zeitig angegriffen worden wäre."

„Dieß war," fährt Kaunitz fort, „die Lage Europa's, als Eng„land mit Frankreich wegen amerikanischer Handelsinteressen in Streit „gerieth."

„Oesterreich kannte alle Gefahren seiner Lage und wußte, daß es „denselben nur durch die Schwächung des grausamsten und furchtbarsten „seiner Feinde entgehen könne, es sah ihn jedoch von Frankreich unter„stützt und von England gesucht [601]). Man mußte ihm daher die eine „oder die andere dieser beiden Mächte entfremden, sie für Oesterreich „wohlwollend stimmen, ja sich ihrer Hülfe versichern, um einen Nachbar „niederzuwerfen, neben welchem das Haus Oesterreich nicht länger be„stehen konnte." [602])

„Mit England begann man. Man bot ihm jede Hülfe, welche „von Oesterreich nur immer abhängen konnte. Man zeigte ihm die „Möglichkeit, die Niederlande, Holland, Hannover, endlich alle Theil„nehmer an der Allianz zu vertheidigen. Aber man verlangte gleichzeitig „Maßregeln für die Sicherheit der österreichischen Länder, und man „gab dem britischen Ministerium zu verstehen, daß es keine natürlicheren „und wirksameren Vorkehrungen hiezu gebe als Hülfsgelder an Ruß„land, welche das Letztere nur gegen den König von Preußen anwenden „wollte."

„England aber, das seit jener Zeit den Plan verfolgte, den „König von Preußen an sich zu ziehen, um in solcher Weise Oesterreich „sicher zu stellen und es dann je nach Gutdünken gegen Frankreich zu „verwenden, empfing unsere Vorschläge nur, um sie nicht zu beant„worten. Alle unsere Bemühungen blieben vollständig fruchtlos, und „wir vermochten uns am Ende der Ueberzeugung nicht zu verschließen, daß „die Existenz des Hauses Oesterreich für England zum mindesten gleich„gültig sei und es auf alle Fälle Ursache zu haben glaube, es durch „das Haus Brandenburg zu ersetzen."

„Während die Engländer über unsere Vorschläge Stillschweigen „beobachteten und uns der peinlichsten Ungewißheit überließen, wußte „Frankreich, welches daran verzweifelte, der englischen Seemacht Wider„stand leisten zu können, kein besseres Mittel zu ersinnen, um sich aus „der Verlegenheit zu ziehen, als in die Niederlande einzufallen; ja es „hatte sich dazu bereits entschlossen. Wir sahen uns daher auf dem „Punkte, entweder diese Provinzen ohne Schwertstreich zu verlieren, „oder mit Frankreich einen Krieg zu eröffnen und das Herz der Mon„archie dem guten Willen des Königs von Preußen bloßzugeben. Es „hätte dieß geheißen, ihm die von ihm gewünschte Gelegenheit zur Ver„nichtung des Hauses Oesterreich zu bieten. In dieser äußersten Be„drängniß war kein Augenblick zu verlieren, um die Monarchie zu „erretten. Kein anderes Mittel blieb übrig, als ihre Nebenbuhlerin „selbst zu interessiren für ihre Erhaltung."

In die Darstellung der Schritte, welche zu diesem Ende geschahen, können wir Kaunitz nicht folgen, und es bedarf dessen auch nach dem früher Gesagten nicht mehr. Für uns wird es an dem Beweise genug sein, daß in ungleich höherem Maße noch als durch persönliche Abneigung und Gereiztheit gegen Friedrich die Rücksichten auf das Wohl und das Interesse ihres Staates die Kaiserin zu dem Bündnisse mit Frankreich und der Bekriegung Preußens bewogen.

Ein hiefür entscheidender Umstand wird aus der Denkschrift des Grafen Kaunitz vollkommen klar. Er bestand darin, daß die Kaiserin allein, ohne Englands, ohne Hollands ausgiebige Hülfe, und von dem ihr nun durch England zugedachten Verbündeten eher bedroht als unterstützt, die Niederlande nun und nimmermehr gegen Frankreich zu vertheidigen vermochte. Daß aber beide, sowohl England als Preußen, an den Schutz der Niederlande nicht im Entferntesten dachten, haben sie durch den Tractat von Westminster am klarsten bewiesen. Unfehlbar wären die Niederlande binnen kürzester Frist in Frankreichs Hände gerathen und möglicher Weise auch im Frieden in denselben verblieben, denn wessen sich Oesterreich bei Friedensverhandlungen von Seite Englands versehen durfte, hatte sich erst vor wenigen Jahren zu Aachen deutlich gezeigt. Wahrscheinlich hätte also Oesterreich im Kriege gegen Frank-

reich die Niederlande für immer verloren, ganz gewiß aber aus einem solchen Kampfe nicht den geringsten Gewinn heimgetragen, der es nur einiger Maßen schadlos gehalten hätte für seine unvermeidlichen Opfer an Soldaten und an Geld. War es da nicht die unabweisbare Pflicht der Beherrscherin Oesterreichs, auf einen Ausweg zu sinnen, durch welchen, wenn schon die Niederlande verloren gehen mußten, als hochwillkommener Ersatz für dieselben die Erwerbung einer Provinz in Aussicht gestellt wurde, deren Besitz für Oesterreich selbst und sein kaiserliches Haus unendlich viel wichtiger und vortheilhafter als derjenige der Niederlande war?

Hiezu kam noch, daß bei einem Kriege gegen Frankreich die Kaiserin sowohl in Italien als an der Grenze gegen die Türkei mit ernstlichen Gefahren bedroht war. Stand jedoch Frankreich auf Oesterreichs Seite, dann war das Letztere vor den übrigen bourbonischen Höfen wie vor Sardinien gesichert, und Frankreichs mächtiger Einfluß bei der Pforte verbürgte die Fortdauer der Ruhe an der südlichen Donau. Und endlich wurden auch in Deutschland jene kurfürstlichen Höfe, welche so lange Zeit auf Frankreichs Anstiften die hartnäckigsten Gegner des Kaiserhauses gewesen waren, wie Baiern und die Pfalz, und mit ihnen fast alle katholischen Fürsten Deutschlands von dem Augenblicke angefangen, in welchem den steten Intriguen Frankreichs gegen die Kaisergewalt Einhalt geschah, fest an Oesterreich gekettet. Durch dieß Alles aber wurde die ganze politische Lage mit einem Male, und gewiß nur zu Gunsten Oesterreichs gründlich verändert. Statt nach der unteren Donau, nach dem Po, dem Rheine und den Niederlanden Truppen senden zu müssen und dadurch, wie so oft schon, so auch dießmal wieder ihre Streitkräfte zu zersplittern und auf jedem einzelnen Kriegsschauplatze allzusehr zu schwächen, konnte Maria Theresia sie auf einem einzigen Angriffspunkte vereinigen zur Bekämpfung des gefährlichsten Feindes, dessen Besiegung nicht nur in ihrem eigenen Interesse und dem ihres Hauses, sondern auch in demjenigen ihres Staates dringend zu wünschen war.

So wenig als in Bezug auf den Zweck, welchen die Kaiserin verfolgte, wird sie auch hinsichtlich der Mittel, die sie zur Erreichung

derselben in Anwendung brachte, ein berechtigter Tadel treffen. Nicht ihre Schuld war es, sondern diejenige des Königs von Frankreich, und man darf wohl sagen, der ganzen damaligen Einrichtung des französischen Staatswesens, daß man in Frankreich nur mit Hülfe der Maitressen des Königs, wie dereinst die Herzogin von Chateauroux und jetzt die Marquise von Pompadour es waren, politische Zwecke zu erreichen vermochte. So gut wie im Herbste des Jahres 1743 der König von Preußen des Einflusses der Ersteren, so konnte, ja mußte jetzt Maria Theresia der Letzteren sich bedienen, und man würde es in jener Zeit überall, am meisten aber in Frankreich als köstliche Naivetät belacht haben, wenn etwa Kaunitz und Starhemberg aus Gewissensscrupeln es hätten vermeiden wollen, den einzigen Weg einzuschlagen, der am französischen Hofe überhaupt zum Ziele zu führen vermochte. Und daß die Kaiserin selbst weder durch das Mittel der Bestechung, das von ihrem Gegner mit solcher Vorliebe gebraucht wurde, noch durch eine zu weitgehende Herablassung einer Pompadour gegenüber sich persönlich etwas vergab, hat die Darstellung jener Verhandlungen, in welcher nichts beschönigt und nichts verschwiegen wurde, unzweifelhaft dargethan.

Ein Rückblick auf sie liefert jedoch auch den Beweis, wie gern König Friedrich, welchem nichts weniger in den Sinn kam als jene stolze und ablehnende Haltung gegen die Pompadour anzunehmen, welche man ihm jetzt noch andichten möchte, den gleichen Weg betreten und sich ihrer Vermittlung bedient hätte, wenn dieß nur mit einiger Aussicht auf Erfolg möglich gewesen wäre. In einer eigenhändigen Depesche, welche er schon im Februar 1756 seinem Gesandten Knyphausen schrieb, wies er ihn an, der Pompadour durch Schmeicheleien Staatsgeheimnisse zu entlocken; vielleicht wäre es auch möglich, deutet er an, durch ihre Dazwischenkunft eine Wiederversöhnung mit dem Hofe von Versailles zu Stande zu bringen [603]).

Ein zweiter Vorwurf wird nicht selten gegen Maria Theresia aus dem Grunde erhoben, weil sie durch ihre Abmachungen mit Frankreich die Veranlassung bot, daß neuerdings französische Truppen den Boden Deutschlands betraten, und an dem Kampfe Deutscher gegen

Deutsche sich betheiligten. Gewiß müßte diese Anklage jederzeit, und am meisten in unseren Tagen und mit unseren Anschauungen eine schwerwiegende sein. Damals aber that Maria Theresia nichts anderes, als was lang vor ihr durch den König von Preußen geschehen war. In dem Vertrage vom 5. Juni 1741 hatte er die Absendung französischer Hülfsvölker nach Deutschland erwirkt, und um dieselbe Zeit war das Gleiche auch von dem Kurfürsten von Baiern vollführt worden. Kann man es Maria Theresia verdenken, daß sie jetzt dasselbe Mittel zu ihren eigenen Gunsten in Anwendung zu bringen suchte, welches seiner Zeit gegen sie mit so vielem Erfolge gebraucht worden war?

Man sieht also, daß die Handlungsweise Maria Theresia's vom österreichischen Standpunkte aus, und dieser allein mußte wohl für die Beherrscherin der österreichischen Länder der maßgebende sein, nur die vollste Billigung verdient. Wenn dagegen auch bereitwillig zugegeben wird, daß Friedrichs Verfahren insofern nicht getadelt werden könnte, wenn er, des bevorstehenden Angriffes von österreichischer Seite gewiß, auch gegen Oesterreich allein zuerst das Schwert gezogen hätte, so wird ein vorurtheilsloser Beurtheiler darin keinen Widerspruch finden. Es waren eben die Interessen der beiden Monarchen und ihrer Staaten einander so schroff entgegengesetzt, daß Jeder von ihnen nur seine Pflicht that, wenn er zu deren Verfechtung kühn in die Schranken trat.

Anmerkungen.

[1]) Ich habe sie in den früher in der Privatbibliothek Sr. Majestät des Kaisers aufbewahrten, auf Allerhöchsten Befehl dem Staatsarchive zugewiesenen Papieren gefunden und werde sie sobald als möglich mit anderen Schriften Maria Theresia's veröffentlichen. Sie sind undatirt, rühren aber theilweise aus dem Jahre 1751 und theilweise von 1756 her. Sie wurden von mir dem verstorbenen Freiherrn v. Hock mitgetheilt, der sie in dem ersten Hefte seiner unvollendet gebliebenen Geschichte des österreichischen Staatsrathes benützte.

[2]) Hienach wäre meine eigene Auffassung der Haltung des Grafen Philipp Kinsky den Forderungen Friedrich's gegenüber zu berichtigen. Ich kannte damals die Aufzeichnungen Maria Theresia's noch nicht, welche ich erst im Jahre 1866 auffand; ich folgte daher der Darstellung des Grafen Podewils in dessen Berichten an Friedrich vom Jahre 1747 (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften, V, 516), welcher von Kinsky ausdrücklich sagt: „il opina toujours dans les con-„férences qu'il ne fallait céder un pouce de terre à V. M.," und dem Eindrucke, welchen die im Kinsky'schen Archive zu Prag befindlichen, bei Folkmann abgedruckten Briefe der Kaiserin an Kinsky auf mich hervorbrachten.

[3]) Unter welchem Ausdrucke die Kaiserin jederzeit auch Ungarn und dessen Nebenländer, nicht aber auch die Niederlande und die Lombardie verstand.

[4]) Maria Theresia, ihr Staat und ihr Hof im Jahre 1755. Aus den Papieren des Großkanzlers von Fürst. Ranke's historisch-politische Zeitschrift II. 690.

[5]) Fürst 691.

[6]) Auch auf die Beitragsleistung Ungarns zu dieser Summe wurde gehofft. Da man jedoch gerechte Besorgniß hegte, Ungarn hiezu nicht bewegen zu können, wurde die Anforderung an die übrigen Provinzen etwas höher gespannt. So kam in runden Ziffern auf Böhmen 5.270.000, auf Niederösterreich 2.008.000, auf Mähren 1.856.000, auf Steiermark 1.182.000, auf Oberösterreich 906.000, auf Kärnten 637.000, auf Krain 363.000, auf das Temesvarer Banat 355.000, auf Schlesien 245.000, auf Croatien und Tirol je 100.000, auf Görz und Gradiska 41.000 und auf die Militärgrenze 30.000 Gulden. Der Beitrag Ungarns war

mit 2.447.000 und der Siebenbürgens mit 721.000 Gulden veranschlagt. Hätte Ungarn seinen Antheil bezahlt, so würde das Erträgniß der gesammten Contribution den Betrag von sechzehn Millionen überstiegen haben.

[7]) Darum schreibt auch schon am 26. April 1749 der venetianische Botschafter Diedo von Haugwitz: „Questa figura, quanto è aborrita da ogni ordine „di mondo soggetto a questa Regnante, altretanto è sostenuta e protetta „dalla Regnante istessa."

[8]) Vgl. Harrach's Charakteristik in Maria Theresia's erste Regierungsjahre; III. 132—135.

[9]) Conferenzprotokoll vom 20. Jänner 1748.

[10]) Auch Diedo berichtet am 24. August 1748: „Tutti li Ministri prin„cipali condannano il progetto, ma l'Imperatrice lo ha voluto e lo sostiene."

[11]) Archiv des Ministeriums des Innern.

[12]) Podewils an Friedrich. 29. Juli 1747. S. 542.

[13]) Die Grafen Karl Harrach und Auersperg, die Prälaten von den Schotten und von St. Dorothea, die Herren v. Moser und v. Lindeck, dann der Syndicus v. Kriegler führten die Verhandlungen im Namen der niederösterreichischen Stände.

[14]) Resolution auf den Vortrag vom 27. Juni 1749. Archiv des Ministeriums des Innern.

[15]) Im Sinne der „Herrin" genommen.

[16]) Offenbar sollte Harrach auf den Posten eines bevollmächtigten Ministers in den Niederlanden zurückkehren, den er schon einmal eingenommen hatte.

[17]) Ganz eigenhändig. Doch ist der Brief von den Worten angefangen: „das was er von der Nachwelt sagt" bis zu Ende durchstrichen und von der Kaiserin eigenhändig beigefügt: „à peu près habe also geantwort, nur was un„terzeichnet ausgelassen."

[18]) Diedo schreibt hierüber am 10. Mai 1749: „Riescono sempre sensi„bili a' Stati li cambiamenti nella forma del loro reggimento. Le mutazioni „infatti eseguiti da questa Sovrana, da me significate, hanno prodotto una „generale interna mestizia che apparve per altro anche manifestamente all' „incontro del congedo preso dal conte Federigo d'Arrach nella Cancellaria „da esso sostenuta e che viene di essere abolita. Attribuisce ognuno la fer„mezza dell'Imperatrice al mal talento del Co. Haucovitz, che seppe si bene „insinuare nel di lui animo deliberazioni di tanto rimarco. La verità però „è che costante la Maestà Sua nel voler rendersi vera Sovrana, e nel voler „levare gli abusi che recavano troppo gravoso peso al suo Erario col som„mamente esteso numero di uffizij, non cessa dalle più indefesse applicazioni, „e lasciando clementemente a tutti, vita loro durante, li stipendj che in „avanti godevano, prepara a se ed al figlio primogenito una più doviziosa „costituzione."

[19]) Harrach starb am 4. Juni 1749, wenige Tage vor Vollendung seines dreiundfünfzigsten Lebensjahres. Diedo berichtet hierüber am 7. Juni: „Attaccato

„dal male del vajuolo il Sig. Co. di Harrach, ministro di Conferenza di „Stato e della nuova intima appresso l' Imperatrice concernente gli affari in-„terni, mori nel terzo giorno del male in età di cinquanta tre anni. E com-„pianto da ogni ordine di persone per le sue rare qualità, delle quali era „veramente adornato. Il mondo, che vuole sempre attribuire qualche motivo „alle morti immature, suppone che la abolizione della Cancellaria di Bohemia, „di cui era Gran-Cancelliere, e le altre novità, sopra le quali dichiarò sempre „contrario il di lui voto alla Maestà Sua, gli habbiano afflitto l'animo, con-„taminato il sangue e causata la mancanza."

[20]) Dieses ganz eigenhändige Schreiben der Kaiserin befindet sich im Archive der Familie Harrach, aus welchem es mir gefälligst mitgetheilt wurde.

[21]) Er war damals noch nicht achtundvierzig Jahre alt.

[22]) „Wegen Manipulation deren Creushaubtleuthe ist die Instruction recht, „nur solle beygesetzt werden, das welche die Instruction nicht pflichtmässig halten „werden oder saumselig, mir selbe directe zu berichten und zu benennen, selbe nicht „allein die ungnad, sondern auch die Cassation zu gewärtigen haben." Vortrag der böhmischen Hofkanzlei vom 20. Mai 1748. Archiv des Ministeriums des Innern.

[23]) Handbillet vom 2. Mai 1749. Abgedruckt in dem Aufsatze: Die Justizreformen in Oesterreich von Dr. A. v. Domin. Oesterr. Revue. 1864. IV. 76.

[24]) Der venetianische Botschafter Contarini sagt in seiner Finalrelation vom Jahre 1746 von dem Grafen Seilern: „ministro di molta età, avvezzo all' „antico modo tedesco, di elatezza nelle proposizioni e tardanza nel risolvere, „cosicchè se li Refferendarj non lo eccitassero a quella sollecitudine che „oggidi vuole la Regina in tutte le cose, pochi sarebbero li negozj che si „vedessero per lui consumati." Arneth. Die Relationen der Botschafter Venedigs. Fontes rerum austriacarum. XXII. 307.

[25]) Die Hofräthe von Saffran, Doblhoff, Kannegießer, Cetto, Stuppan, Kranichstätten und Neumayr bildeten zuerst das Gremium des neuen Directoriums. Auf den Antrag des Grafen Haugwitz, auch den Hofrath von Buol zur Besorgung der tirolischen Angelegenheiten dorthin zu versetzen, schrieb Maria Theresia eigenhändig: „dises kan nicht seyn und habe seiner höchst nöthig in justitialibus; alles „gutte kan nicht von selber stelle genohmen werden." Vortrag des Grafen Haugwitz vom 4. Mai 1749. Archiv des Ministeriums des Innern. Er selbst erhielt 30.000 Gulden Gehalt; bei Doblhoff und Kannegießer wurde derselbe mit 7000, bei Saffran und Cetto mit 6000, bei Stuppan und Kranichstätten mit 5000, bei Neumayr, welcher nur provisorisch angestellt war, mit 4000 Gulden bemessen. Bei der Obersten Justizstelle bezog der Präsident Graf Seilern 14.000, der Vicepräsident Graf Oed außer einer Pension von 5000 noch 8000, der Vicepräsident Graf Korzensky 12.000 Gulden, während die Hofräthe Buol, Lierwald, Hüttner, Turba, Kommergansky und Rumerskirch jeder 6000, Hofrath Mühlersdorf 5000, drei Hofräthe 4000 und die drei Jüngsten 3000 Gulden bezogen.

[26]) Geschichte der Codification des österreichischen Civilrechtes, von Dr. Philipp Harras von Harrasowsky. Wien 1868. S. 34.

[27]) Harrasowsky. 39.

[28]) Der venetianische Botschafter Corer berichtet am 2. Februar 1754 über Hormayr: „Prova molto spiacere d'aver in questa rigida stagione a passare „in Moravia, essendo tale l'ordine avuto da S. M., che con impacienza desi„dera veder l'incominciamento dell' indicata regolazione de' codici."

[29]) Harrasowsky. S. 44.

[30]) Eigenhändige Resolution über die Sitzungsprotokolle vom 3. Mai und 9. Juni 1753. Bei Harrasowsky S. 48.

[31]) Eigentlich war dieß schon durch die Einrichtungen des Jahres 1748 der Fall, und selbst Maria Theresia räumt solches ein, indem sie auf das Verlangen der mährischen Stände wegen unveränderten Fortbestehens der Landtage eigenhändig schreibt: „finde keinen anstand pro formalitate die landtäge beizubehalten, jedoch „mit der bedingnus, das was jetzund festgesetzt, nicht einmahl mehr in question „zu zihen wäre." Archiv des Ministeriums des Innern.

[32]) Die ersten Kreishauptleute in Niederösterreich waren Graf Joseph Herberstein zu Krems, Ignaz von Hagen zu St. Pölten, Joseph von Sondersleben in Gaunersdorf und Freiherr Anton Pilati in Traiskirchen. Vortrag des Grafen Haugwitz vom 23. Juni 1753.

[33]) Vortrag des Grafen Kinsky an Maria Theresia vom 17. Dezbr. 1744. Archiv des Ministeriums des Innern.

[34]) „und keiner von selben in einen Erbland von uns sich niederlassen dürffe." Archiv des Ministeriums des Innern. Als dieser Theil des vorliegenden Werkes schon geschrieben war, erschien von G. Wolf: Die Vertreibung der Juden aus Böhmen im Jahre 1744, welche Schrift noch nähere Angaben über den Verlauf dieser Angelegenheit enthält.

[35]) Rescript an die ungar. Statthalterei vom 1. Jänner 1745. Archiv der ungar. Hofkanzlei.

Ex pluribus iisque ponderosissimis rationibus eliminationem omnium Judaeorum in Regno nostro Bohoemiae, et Marchionatu Moraviae commorantium aut vitam degentium sub finem Mensis Junij currentis anni etiam manu militari, si ea opus esset, exequendam clementissime resolvimus: eo expresso addito mandato, ne eorum aliquis ultimo die praedicti Mensis in ambabus memoratis Provincijs ulterius inveniatur et tolleretur, aut in alijs Regnis et Provincijs Nostris Haereditarijs profigenda ibidem sede et habitatione recipiatur et admittatur.

Quam benignam resolutionem et dispositionem Nostram Fidelitatis Vestrae ad statum notitiae ac eum etiam in finem perscribendum et intimandum esse duximus, quatenus sensum ac mentem suam qualiternam dictos Judaeos e Bohemia et Moravia previo modo eliminandos ab adventu in Hungariam ac ibidem figenda sede et habitatione realiter arcendos esse censeant . .

[36]) Archiv des Ministeriums des Innern.

[37]) Erizzo's Bericht vom 5. Juni 1745.

[38]) Archiv des Ministeriums des Innern.

[39]) Rescript vom 20. Juni 1746. Archiv des Ministeriums des Innern.

[40]) Vom 28. Juli 1746. Archiv des Ministeriums des Innern.

[41]) Bericht vom 5. August 1746. Archiv des Ministeriums des Innern.

[42]) Rescript an die böhmische Statthalterei vom 4. August 1746. Archiv des Ministeriums des Innern.

[43]) „Bleibet bey meiner Resolution, daß keiner in Ollmütz noch Brünn „hineinzulassen, auch sogar in denen Vorstädten nicht zu wohnen gestatten. Was „mein Aerarium verliehret, habe darüber schon meine Resolution genohmen. Wan „sie aber ihre praestanda nicht richtig abführeten, so wären selbte nur eine Last „vor das Land, also gleich auszuarbeithen, wie angefangen werden kunte, selbte aus „dem Land gleich zu bringen." Eigenhändige Bemerkung der Kaiserin auf ein Referat der böhmischen Hofkanzlei vom Dezember 1745. Archiv des Ministeriums des Innern.

[44]) Diedo. 13. April 1748. „E sin ora poi costantamente risoluta l'Im„peratrice che restino scacciati del tutto da quel Regno gl'Ebrei, ma ne è „imbarazzata nell' esecuzione dell' idea, contrastata com' è nella massima da „tutti quei sudditi che sostengono per necessaria la permanenza di quella „nazione."

[45]) Diedo. 3. Dezember 1746. „Essa Imperatrice è bensì fornita di „egregie prerogative, ma succeduta una volta in lei una prevenzione sinistra, „non vi è più speranza di renderla disimpressa."

[46]) Englische Gesandtschaftsberichte bei Raumer. Beiträge II. 237.

[47]) Sir Charles Hanbury Williams an den Herzog von Newcastle. Dresden, 15. Juli 1753. Statepaper office. London. „I am also sorry to say that „the spirit of persecution still reigns at Vienna, which is push'd on and encou„raged by the Empress Queens Confessor, for it is known at Vienna that in „a council held upon the affairs of protestants in Upper Austria, the Empe„rors Confessor declared that He knew of no lawful methods for bringing „the lost sheep back to the Flock but argument and persuasion. On the other „hand her Imperial Majesty's Confessor declared loudly for the Legality of „violent Measures, and compelling them to come in by force, and this Advice „prevail'd."

[48]) Fürst 718.

[49]) Die Darstellung dieser Audienz ist einer im Staatsarchive befindlichen, aus dem Nachlasse des Feldmarschalls Grafen Seckendorff herrührenden handschriftlichen Mittheilung eines der Mitglieder der Deputation entnommen.

[50]) K. A. Menzel. Geschichte der Deutschen. XI. 20.

51) Bericht des venetianischen Botschafters Erizzo. 23. April 1746.

52) Piero Correr. 15. Dezember 1753.

53) Correr. 22. Dezember 1753.

54) Maria Theresia hatte gewünscht, daß den in großer Entfernung von der Kirche wohnenden Landleuten an solchen Tagen der Besuch des Gottesdienstes nachgesehen werde. Auf dieses Begehren ging jedoch der Papst nicht ein. Bartenstein's Referat vom 3. August 1751.

55) Correr. Schönbrunn. 4. Mai 1754. „Avendo penetrato Sua Maestà „che alcuni religiosi nel publicare l'editto della regolazione delle feste avevano „aggiunto varie espressioni tendenti piutosto ad allontanar il popolo che a „disporlo ad obbedire all' Imperial commando, perciò fece che questi tali reli„giosi fossero condotti in arresto a Greiffenstein, castello distante due leghe „da qui, e dove si pongono li Religiosi di mala condotta o li rei d'inqui„sizione."

56) Correr. 4. Mai 1756.

57) Sir Charles Hanbury Williams an den Herzog von Newcastle. 15. Juli 1753. „After I have told your Grace that Her Imperial Majesty is daily „showering down riches and favours upon the whole priesthood, you will be „surprised to hear that in general the priests are not her friends. They talk „loudly and openly against her government, and the Pulpits are filled with „Persons who daily instill sedition into the people, and this is done in so „bare faced a manner as would not be tolerated in the most free government „in Europe."

58) Menzel. XI. 99.

59) Erizzo. 8. Jänner 1746. „Promove gli universali clamori. . ."

60) Podewils an Friedrich. 18. Jänner 1747. Sitzungsberichte. V. 488.

61) Der venetianische Botschafter Andrea Tron. 13. Februar 1751.

62) Tron. 14. und 28. Februar 1750.

63) Ranke's historisch-politische Zeitschrift. II. 675.

64) Sie betrugen unter Karl VI. 570.000, im Jahre 1747 aber 488.000 Gulden.

65) Ausweis im Archiv des Finanzministeriums.

66) So bezog nach der Behauptung des Großkanzlers Fürst Graf Kaunitz als Staatskanzler 78.000, Graf Ulfeld als Obersthofmeister 68.000 Gulden. In einem amtlichen Ausweise vom Jahre 1756 figurirt jedoch Graf Kaunitz nur mit 30.000 Gulden.

67) Ulfeld's Eingaben an die Kaiserin vom 12. und 13. Dezember 1751.

68) Wolf. Aus dem Hofleben Maria Theresia's. S. 27.

69) Wolf. S. 80.

[70]) S. 675.

[71]) S. 676.

[72]) Arneth. Finalrelationen der venetianischen Botschafter. S. 300.

[73]) Fürst. 708.

[74]) Vgl. auch Plenker. Die Entwicklung der indirecten Abgaben in Oesterreich. Oesterr. Revue. Jahrg. 1863. II. S. 97.

[75]) Fürst. 707.

[76]) Codex Austriacus. V. 249.

[77]) Handbillet der Kaiserin an den Grafen Philipp Kinsky. Archiv des Ministeriums des Innern.

[78]) Diedo berichtet über ihn am 5. Juli 1749: „Per dedurre il genio „di questa nuova figura è sufficiente il sapere che, Boemo di origine, fù „egli uno dei più avversi a questa Corte e deditissimo al fù Carlo VII. Seppe „egli cambiar partito, giustificarsi con questi Sovrani, venire al partito dell' „Imperatrice, conciliarsi favore col mezzo del Principe Carlo, e dopo un „breve esilio dalla Corte riuscire di essere scielto a trattare le più impor„tanti interne negoziazioni, di essere spedito in Baviera per ministro a quell' „Elettore, e finalmente di conseguire il posto principale che fù sempre occu„pato dalli più meritevoli soggetti austriaci."

[79]) Fürst. 709.

[80]) Das an Chotek erlassene Handbillet ist abgedruckt bei Wolf. Aus dem Hofleben Maria Theresia's. S. 65.

[81]) Bartenstein's Referat vom 29. Jänner 1751. „Allein ist unter einsten „auch erinnerlich, daß der ehemalige grosse schaden des aerarij, so die abänderung „verursachet hat, nicht von der freyen einfuhr dessen, was die Bottschafter zu eygenem „gebrauch nöthig hatten, sondern von dem darmit theils mittel- und theils ohn„mittelbahr getriebenem gewerb entsprungen, wie dann bekendt ist, daß der nun„mehrige Cardinal Passionei sich als ehemaliger Nuntius anmit eine jährliche ein„nahme von zehntausend Gulden zu verschaffen gewust hat."

[82]) Eigenhändige Resolution Maria Theresia's auf obiges Referat. „wegen „der bottschafftern aprobire es das die 500 Dugaten auffgehoben werden und sie die „Freyheit geniessen können, doch das alles visitirt und specificirt werde; wegen der „anderten ministren haben selbe es niemahls gehabt und nur nach wohlgefallen oder „abusu selbe bekommen. Die regul ist einmahl jetzund schon festgesetzt, also was man „thut eine erleichterung und gnad vor selbe ist, also glaubte das selbe was mit ihrer „ersten bagage kombt, frey wie jetzund die Bottschaffter geniessen kunten, nachgehends „aber alles wie jetzund bezahlen. Wer aber in diser classe diser ministre solle ver„standen sein, besonders wegen dem reich, ist zu überlegen und mir specifice zu „übergeben."

[83]) Nicht Brolé, wie Fürst irriger Weise schreibt und ihm seither immer nacherzählt wurde.

84) Corer. 17. Februar 1756.

85) Fürst. 700.

86) Diedo. 5. Juli 1749. „La fabbrica delle porcellane, che era in „intiera decadenza, comincia a fiorire, perchè diminuiti ad un tratto i prezzi „per più della metà, s'invogliano le persone a valersene."

87) Maria Theresia an Karl von Lothringen. 12. August 1749. Die Verhandlungen mit Porter seien dadurch unterbrochen worden, „daß er den Bogen „immer höher und endlichen so hoch gespannt, daß Engelland allein vom hiesigen „in- und ausländischen commercio meister gewesen wäre, und von dem nuzen „nicht nur alle ausländer, sondern auch inwohner ausgeschlossen haben würde."

88) Wolf. S. 68.

89) Tron. 27. Dezember 1749. „Ma gli Ungari sono assai negligenti „nel coltivare li proprj terreni, parte per l'indole assai infingardo della nazione, „ma sopra tutto, quando li prodotti sono nati, non sanno poi a chi venderli."

90) Tron. 27. Dezember 1749.

91) Vom October 1746. Archiv des Finanzministeriums.

92) October 1746. Archiv des Finanzministeriums.

93) Bericht vom 19. August 1747. S. 526.

94) Handschreiben vom 29. November 1749. Löwenthal. Geschichte von Triest. I. 181.

95) Corer. 17. März 1753.

96) Corer. 6. Juli 1754.

97) Corer. 26. October 1754.

98) Corer. 30. November 1754.

99) Voriger Bericht.

100) Tron. 15. November 1749. „Si pretende dalli pratici delle cose „militari che il motivo per il quale le armate di questa Imperatrice non hanno „molte volte riuscito negl'incontri, e particolarmente da Prussiano siano state „sempre battute, nasca da un solo principio, cioè dalla mancanza di disci„plina nei soldati, e di celerità nel fare l'esercizio a fuoco vivo, cosa che, „quando viene ben eseguita da' soldati, è considerata utilissima, anzi decisiva „nelle battaglie."

101) Tron. 27. Jänner 1753. „Tutte queste novità, che sopra ogni „punto del militare, sia sù la maniera di armare li soldati, sia sù l'esercizio, „sia sù la disciplina, sia sù quasi ogni altro articolo di tal professione che si „fanno in ora quasi appresso ogni nazione dell'Europa, sono tutte fatte ad „imitazione di quello che pratica il Rè di Prussia, pretendendosi da chi ha „cognizione di tali cose, che le truppe prussiane siano le meglio regolate e „le meglio disciplinate dell'Europa."

102) Podewils an König Friedrich. 19. August 1747. S. 523.

[103]) Wolf. Aus dem Hofleben Maria Theresia's. S. 63.

[104]) Correr. 4. October 1755. „Essendo il conte di Harrach, Presi„dente di guerra, per l'età e le sue indisposizioni ridotto in grado di non „poter uscire dalla propria abitazione, ed incapace di agire, e ricercando „l'impiego suo ogni maggior attività, particolarmente nelle circostanze presenti, „perciò la Maestà dell' Imperatrice ha creduto indispensabile di destinare altro „soggetto di capacità e cognizione che faccia le veci sue, senza però levar „la carica nè lo stipendio al Harrach, e ciò in riguardo alle sue benemerenze, „ma molto più per le potenti sue aderenze. Pertanto dichiarò Vicepresidente „di guerra il Maresciallo Neipperg con la paga effettiva di Maresciallo, con„sistente in 12.000 fiorini, poichè prima non godeva che del solo titolo. Egli „fù dichiarato al corpo militare con una circostanza per esso molto decorosa, „ciò che ogni ordine sottoscritto da esso solo abbia ad essere immancabil„mente eseguito, quando per l'avanti li Vicepresidenti segnavano col nome „del Presidente con subordinazione ad esso. Il sunominato Maresciallo non „ritrovandosi persuaso dal celebre referendario di guerra Weber, fece giun„gere alla Maestà, che per il vero suo servizio desiderarebbe che questo „Ministro fosse levato dall' impiego e costituito in suo luoco il referendario „Greller. Si dice che il tutto sia prodotto da antica inimicizia che il Neip„perg ha contro di lui. Per animare maggiormente il Neipperg a meglio „servirla, S. M. prontamente secondò questo suo desiderio, facendo il Weber „Tenente Maresciallo e destinandolo nel consiglio militare diretto dal Marescial „Cordua, nuovamente instituito per esaminare e decidere tutte le questioni „giudiziarie militari, sostituendo in referendario di guerra il Greller, deside„rato dal Neipperg. Questo però è considerato dall' universale di poca abilità „e non paragonabile al dimesso."

[105]) Tron. 2. Mai 1750.

[106]) Erlaß vom 25. Februar 1751. „Um dem Militari neue Kennzeichen „Unserer für Selbes habenden besonderen Neigung und Gnade zu geben, haben „Wir gnädigst bewilligt, daß die Officiers, welche in Unseren Kriegsdiensten stehen, „in ihrer uniformen Soldaten-Kleidung an Unserem Hof erscheinen mögen, um „ihre gute intenta zu erlangen." Registratur des Kriegsministeriums.

[107]) An derselben erhielten die Zöglinge außer der Frühstücksuppe fünf Speisen zu Mittag und vier des Abends; an der Tafel zweiter Kategorie eine Speise zu Mittag mehr, an der Tafel dritter Kategorie sieben Speisen zu Mittag und fünf des Abends. Ein Maß Wein wurde für jeden Zögling verabfolgt. Man sieht wohl, für ihre leiblichen Bedürfnisse war mehr als ausreichend vorgesorgt.

[108]) Archiv des Ministeriums des Innern.

[109]) Erlaß vom 20. September 1755. Archiv des Ministeriums des Innern.

[110]) Es wog sammt dem Bayonnet acht Pfund elf Loth.

[111]) Erlaß vom 26. April 1749. Registratur des Kriegsministeriums.

[112]) Hietzinger. Statistik der Militärgrenze. II. 2. S. 34.

[113]) Protokoll vom 24. Februar 1750. Registratur des Kriegsministeriums.

[114]) Vortrag des Hofkriegsrathes vom 16. September 1750. Registratur des Kriegsministeriums.

[115]) Erlaß vom 1. März 1755.

[116]) Der Erlaß des Hofkriegsrathes über die Verwendung invalider Soldaten als Offiziersdiener ist vom 29. März 1755. Registr. des Kriegsministeriums.

[117]) Duell- und Ausforderungs-Pönal-Mandat. 20. Juni 1752.

[118]) Erlaß vom 21. October 1752. Registratur des Kriegsministeriums.

[119]) Vom 21. Dezember 1754. Registratur des Kriegsministeriums.

[120]) Podewils. 18. Jänner 1747.

[121]) Archiv des Ministeriums des Innern.

[122]) Kriegsarchiv.

[123]) „Raptus et stuprum violentum."

[124]) Ulfeld an Maria Theresia. 19. Dezember 1746.

[125]) Erlaß des Hofkriegsrathes an den Commandirenden in Mähren, Grafen Saint-Ignon. 2. September 1748.

[126]) Dudik. Die letzten Tage des Panduren-Obersten Franz Freiherrn von der Trenck. Oesterr. Blätter für Literatur. Jahrg. 1845. S. 13.

[127]) Archiv für Geschichte u. s. w. 1824. S. 103.

[128]) Helfert. Die Gründung der österreichischen Volksschule durch Maria Theresia. S. 18. 29.

[129]) Eigenhändige Resolutionen der Kaiserin vom 4. und 21. August 1750. Archiv des Ministeriums des Innern. „placet, solle aber alle Monat der Dopelhoff „über das Waisenhaus particulariter nachsehen; dem Marxer wäre auch alles dises „vorzulesen und meine grosse Gnad erkennen zu geben, umb ihme nicht zu prosti- „tuirn es nicht offentlich kund mache, wie er es wohl verdient hätte . . . er solle „benent sein zu der commission und öfters dazu beruffen werden, doch nicht obligirt „allemahl zu erscheinen, er solle dem sitz haben, der ihm gebührt als weichbischoff, „in das intrinsecum deren häuser und stifftungen aber nicht zu mischen als in „der commission."

[130]) Helfert. 43.

[131]) Wolf. Aus dem Hofleben Maria Theresia's. 195.

[132]) Friedrich Nicolai. Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz. III. 231.

[133]) Erlaß vom 25. Juni 1752. Archiv des Unterrichtsministeriums.

[134]) Helfert. 107. 108.

[135]) Auch im Wege der Presse geschah dieß, jedoch gleichfalls nicht mit günstigem Erfolge. So enthielt der in Frankfurt erscheinende Avant-coureur vom 9. Jänner 1745 einen Artikel aus Wien vom 30. Dezember, welcher lautet: La

Cour vient de recevoir la triste nouvelle de la mort de S. A. S. Madame l'Archiduchesse Gouvernante des Pays-Bas Autrichiens. L'affliction à cette occasion est d'autant plus grande, qu'on s'étoit toujours flatté que par l'assistance de Monsieur d'Engel, Conseiller et premier médecin de S. M. notre Reine, qui a été envoyé au mois de Novembre à Brusselles, cette digne Princesse pourroit recouvrer la santé, et qu'on a vu par les relations envoyées de jour en jour à Vienne, que cette mort n'a été qu'une suite du mauvais traitement et de la méthode irrégulière des médecins là-bas, que le dit Monsieur Engel, à ce qu'on assure, avoit toujours désaprouvé, et au défaut d'un changement en avoit prédit l'événement, mais que les susdits médecins et principalement un d'entre eux, appellé de Hollande, n'ayant jamais voulu démordre de leur système, avoient à l'approche de la mort imprévue pâli et pleuré amèrement auprès du lit de feue S. A. leurs fautes qui se sont encore plus manifestées à l'ouverture du corps. La Cour et un chacun ici est tres mécontent de cette affaire et on attend de jour en jour le retour de Monsieur d'Engel, pour en être au fait de toutes les circonstances. Unter dem Arzte aus Holland war natürlich der aus Leyden herbeigerufene van Swieten gemeint.

[136]) Abgedruckt bei Arneth. Maria Theresia's erste Regierungsjahre, II. 565.

[137]) Van Swieten an Maria Theresia. 17. Jänner 1749. Abgedruckt bei Kink. Geschichte der kais. Universität zu Wien. II. Beil. 88. S. 254.

[138]) Kink. I. 443.

[139]) Resolution auf van Swieten's Bericht vom 25. Juli 1752 . . . . . . „keiner auffzunehmen ist in kein spittahl ohne das er vansuite presentirt und er „ihme aprobirt und ich ihme ratificirt habe, der gehorsamb kost vill hier." Archiv des Ministeriums des Innern.

[140]) „Die Studia hier seynd gewis nicht vill nutz und voller Gebrechen. „Der Pater de biel ist jetzt der vorgesetzte, der nembliche, der mit Dopelhoffen und „mir das Collegium Therefianum errichtet. Ich halte vill auf disen man und „das werk ist von der grösten wichtigkeit, wäre also mit Dopelhoff zu reden, er „wolle in mein Namen mit de biel reden und kunte eine commission von ihme „Dopelhoffen, de biel und dem Superintendent von der Universitätt nebst noch einigen andern, die nöthig oder nützlich wären, zu halten bei ihme, umb der sache „abzuhelffen, die sache aber eheuder recht prepariren lassen." Eigenhändiges Schreiben der Kaiserin im Besitze des Freiherrn Anton von Doblhoff.

[141]) Erlaß vom 25. Juni 1752. Archiv des Unterrichtsministeriums.

[142]) Wahlberg. Die Reform der Rechtslehre an der Wiener Hochschule. Wien, 1865. S. 10.

[143]) Für Sundermaler wurden 4000, für Riegger 3500, für Banniza 3000, für Schmidt und O'Lynch 2000 Gulden Gehalt bestimmt. Kink. I. 469. 470.

[144]) Kink. I. 476—486.

[145]) Eigenhändige Resolution der Kaiserin auf einen Vortrag des Grafen Haugwitz vom 12. November 1752. „Wegen der universitätt wäre mir ein haus

„zu suchen, dem erzbischoff die commission zu geben, mit Bausuite sich zu ver-„stehen." Archiv des Ministeriums des Innern.

[146]) Eigenhändige Resolution der Kaiserin auf den Vortrag des Grafen Haugwitz vom 15. März 1753. „alles dem erzbischoff zu übergeben; er solle „alles machen wie er es am besten und würthschafftlichsten findet; jeder wie er will „zu gebrauchen." Archiv des Ministeriums des Innern.

[147]) Eigenhändige Resolution der Kaiserin vom 2. Mai 1753. „placet „und das gebäude und zurichtung völlig dem erzbischoffen zu überlassen; 200.000 „von denen 500.000 fl. darzu destinire." Archiv des Ministeriums des Innern.

[148]) Resolution der Kaiserin auf das Commissionsprotokoll vom 13. August 1755. Archiv des Ministeriums des Innern.

[149]) Resolution auf den Vortrag des Grafen Haugwitz vom 24. August 1755. Archiv des Ministeriums des Innern.

[150]) Patent der Kaiserin vom 30. Dezember 1749. „Thun kund Jeder-„männiglich, welchergestalten Wir bey Uns erwogen, daß zum Wohlstand Unserer „Länder und zu Beförderung Unseres Allerhöchsten Dienstes nichts vorträglicher „seye, als wann Wir dem zahlreichen Adel, so in Unseren Erblanden sich befindet, „die Gelegenheit eröffnen und die Mittel erleichtern, ihre Söhne in guten Sitten „und allen anständigen Wissenschaften dergestalten unterweisen zu lassen, damit sie „Uns, Unseren Nachfolgern und dem gemeinsamen Wesen ersprießliche Dienste zu „leisten in den Stand gesetzet werden."

[151]) Weiß von Starkenfels. Die kais. kön. orientalische Akademie zu Wien. 1839. S. 5.

[152]) Mellini an Kaunitz. 20. Februar 1754. „Il detto Abbate, del quale „si serve per scrivere le cose sue confidenziali."

[153]) Resolution der Kaiserin auf den Vortrag des Grafen Kaunitz vom 9. März 1754.

[154]) Franz von Scheyb an Gottsched. Wien 1. Februar 1749. Löschen-kohl an Gottsched. Wien, 22. Nov., 13. Dez., 27. Dez. 1749, 7. Jänner 1750. Danzel. Gottsched und seine Zeit.

[155]) Näheres hierüber in der interessanten Arbeit des zu früh verstorbenen Feil: Versuche zur Gründung einer Akademie der Wissenschaften unter Maria Theresia. Jahrbuch für vaterländische Geschichte. Wien 1861. S. 321—407.

[156]) Scheyb an Gottsched. 27. Dezember 1749.

[157]) Allerunterthänigste Nota. 18. November 1753. „Die Original-Pro-„tocolla, so währender langwürigen, von dem Westphälischen Frieden vorhergegan-„genen Handlung von dortiger Kayserlicher Botschaft geführet worden, seynd hier „auf dem Tandelmarck verkauffet und sodann vom alten Grafen von Wackerbarth „nach Dresden versendet worden, allda aber vor etlich und zwanzig Jahren ver-„brunnen."

[158]) Protocollum directorij in publicis et cameralibus sessionis extraordinariae pomeridianae de dato 14. Aug. 1749. Erlaß an Rosenthal vom 13. September 1749. Archiv des Ministeriums des Innern.

[159]) Bartenstein. Allerunterthänigste Nota. 18. November 1753. Die Correspondenz Leopold's I. mit seinem Gesandten in Spanien, Grafen Pötting, wurde im Jahre 1753 einem Buchhalter bei der Ministerial-Bancodeputation Namens Stracka abgekauft, der sie bei dem Prager Buchhändler Rüdiger gefunden und an sich gebracht hatte. Vortrag des Grafen Haugwitz vom 17. April 1753. Archiv des Ministeriums des Innern.

[160]) Eigenhändige Resolution der Kaiserin auf den Vortrag des Grafen Haugwitz vom 15. Februar 1751. „Es kan nicht sein, dann schonn davon disponirt, „gedenckte aber in der Reichscanzley quelber zu finden." Archiv des Ministeriums des Innern.

[161]) Eigenhändige Resolution der Kaiserin auf den Vortrag des Grafen Haugwitz vom 8. November 1753. „placet, und mögte Bartenstein die Direction „darüber übernehmen und Rosenthall an ihme zu weisen; die Arbeit zu beschleu„nigen." Archiv des Ministeriums des Innern. Das kais. Decret an Bartenstein ist vom 21. November 1753.

[162]) Rosenthal bezog 4000, Freyßleben 2000, der Adjunct Sperges 1000, der Expeditor Hops 800, der Kanzlist Strahl 725, der Kanzlist Rauffer 300, die Accessisten Benzl und Wiestl, dann der Heizer Bücher je 200 Gulden. Die Gesammtausgabe betrug daher 9425 Gulden.

[163]) Allerunterthänigste Nota vom 18. November 1753.

[164]) Instruction für Rosenthal vom 19. Dezember 1753. „Ferners wird „Er die Zusammentragung dessen, was zum Grund einer diplomatischen, sowohl „Böhmischen als Oesterreichischen Historie zu dienen hat, wie bereits ein guter und „lobwürdiger Anfang von Ihme gemacht worden, fortzusezen haben."

[165]) Sir Charles Hanbury Williams an den Herzog von Newcastle. 15. Juli 1753. „Statepaper office. London. „Her person was made to „wear a crown and her mind to give lustre to it. Her countenance is filled „with sense, spirit and sweetness, and all her motions accompanied with „grace and dignity."

[166]) Fürst. S. 672.

[167]) Bericht vom 18. Jänner 1747. S. 486.

[168]) „That Emperor took all the pains imaginable to procure her the „succession of great kingdoms and provinces, and at the same time did all „that in him lay to render her incapable to govern them."

[169]) Diedo. 21. September 1748. „Verso la notte del Martedi Sua „Maestà diede alla luce un Arciduchessa, che è morta pocche minute dopo „del parto, battesimata però da una dama colà assistente. Fù sorpresa „S. M. dai dolori, mentre passeggiava nel giardino, et in brevissimo spazio

„sorti dal sempre pericoloso momento. Era stata la sera antecedente all' „opera in città, valendosi già di carrozza e lasciando tenere l'uso solito di „un rapido corso. Vien attribuito la mancanza della bambina principessa „alla niuna risserva di S. M. nel riguardo della sua preservazione, essa però, „benchè insinuata ad haversi riflesso, è disprezzante affatto di tutto quello che „potrebbe dirsi anche necessaria precauzione."

[170]) Wolf. A. a. O. 91. 92.

[171]) Wolf. S. 111.

[172]) Wolf. S. 116.

[173]) Im Besitze des Freiherrn von Doblhoff. Ertag ist Dinstag.

[174]) Arneth. Maria Theresia und der Hofrath von Greiner. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften. XXX. 307.

[175]) Wolf. 175—179.

[176]) Wolf. 220.

[177]) Coxe. History of Austria. II. 484.

[178]) Bergmann. Pflege der Numismatik in Oesterreich. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften. XIX. 47.

[179]) Der Oberstlieutenant Chevalier de Baillou, von Karl Blöchlinger von Bannholz. Milit. Zeitschrift. 1864. S. 273.

[180]) Diedo. 10. Mai 1749. „L'Imperatore dal canto suo si esercita „nel piacere della caccia, non lascia quasi mai di attrovarsi ai spettacoli, „e apparisce unitamente applicato nel governo de' Stati proprj."

[181]) Fürst. 677.

[182]) Fürst. 677.

[183]) Sie war schon im Jahre 1705 geboren, zählte also im Jahre 1748 bereits 43 Jahre.

[184]) Geboren im Jahre 1707.

[185]) Geboren im Jahre 1719.

[186]) Podewils. 508.

[187]) Wolf. A. a. O. 147.

[188]) Correr. 13. Juli 1754. „Una tal separazione riesce molto sensi„bile alla Maestà dell' Imperatore, che ama infinitamente la sorella, ed ha „seco lei la più cordial confidenza."

[189]) Lettres of the right honourable Lady Mary Worthley Montague. S. 29. 30.

[190]) Podewils. 502.

[191]) Tron. 26. Dezember 1750.

[192]) Eigenhändiges Billet der Kaiserin; im Besitze des Freiherrn Anton von Doblhoff.

[193]) Correr's Berichte vom 6. September 1755 und vom 9. April 1757.

[194]) Vom 3. November 1780. Arneth. Maria Theresia und Maria Antoinette. 2. Aufl. S. 348.

[195]) Arneth. Die Relationen der Botschafter Venedig's über Oesterreich im achtzehnten Jahrhundert. Fontes rerum austriacarum XXII. 306. Contarini's Relation ist vom Jahre 1746, also um ein Jahr älter als die Berichte des Grafen Podewils an König Friedrich.

[196]) Podewils. 493. 504.

[197]) Undatirter Aufsatz der Kaiserin, welcher mit den Worten beginnt: „Les Ayas à qui j'ai confié mes enfans . . . .“

[198]) Diedo. Wien, 14. Dezember 1748. „E seguita Mercordi la com„parsa nelle forme del Reggimento dell' Arciduca Giuseppe. Vi comparve „egli alla testa sempre assistito del suo Governator Maresciallo Badiani, ami„rato esso Prencipe da numerosissimo concorso, o sia per la bellezza della „sua struttura e dell' aspetto, o sia per la franchezza nell' esercizio della „propria ispezione. Fù assai osservabile che in un Clima come questo, in „cui il sole si vede appena alcun momento in un intiero inverno, e in cui „sempre si soffrono ò il vento ò la neve, siasi goduto in quel giorno un cielo „totalmente sereno senza vento e senza freddo come una giornata di dolce „primavera. Vi sono state di già presenti Loro Maestà servite da tutta la „Corte in somma gala . . . Nella sera d' hieri essendovi stato appartamento „per altra gala, atteso l' essere giorno di nascità del Prencipe Carlo, et inter„venutovi pur io secondo il solito, S. M. l' Imperatrice Regina mi si accostò „con la sua naturale bontà e cominciò dal spiegarmi il suo aggradimento „perchè ero stato a vedere la comparsa dell'Arciduca suo figlio . . .“

[199]) Instruction pour les chambellans de S. A. S. Mgr. l'Archiduc Joseph . . . „Il faudra blamer le vice et le mal en général, en témoigner „de l'horreur, mais ne parler avec aigreur de personne, pas même des na„tions ennemies, changer ou interrompre des discours pareils, si quelqu'un „en entamait, et faire comprendre dans les discours et entretiens familiers à „l'archiduc que ceux qui méprisent ou critiquent d'autres princes, le font „pour le tenter ou flatter, et que l'un et l'autre ne doit pas être écouté „d'un bon chrétien et d'un bon coeur.“

[200]) Méthode qu'on a suivie dans l'éducation de S. A. R. Mgr. l'Archiduc Joseph.

[201]) Im Juli 1751 zu Preßburg.

[202]) Sie fand am 13. October 1751 statt.

[203]) Resolution des Kaisers auf Bartenstein's Vortrag vom 13. Oct. 1751. „Diese Modalität für die Studia und Historie habe besonders gut befunden und „approbire es in Allem. Ich will, daß man diesen Methodum folgen und mir „alsobald ein Subjectum vorschlagen solle, so nach dieser Idee dem Sohn die „Historie tradiren könne und sich ganz allein hierzu widmen thätte, umb aus „denen schon bekandten Historischen Büchern dasjenige herauszunehmen, was er

„dem Sohne tradiren solle, auch die vorfallende Geschichte allezeit dahin applicire, „daß zugleich nebst der Historie dem Sohn sowohl die Fehler deren vorkommenden „Regenten, als was sie Gutes gethan, beygebracht werde, umb das eine zu evitiren „und das andere zu imitiren, und sich der Sohn aus solchen wichtigen Anmer- „kungen nach und nach gute Principia mache, die Fehler in denen Regierungen „kennen lehren und solche zu seiner Zeit zu meiden wisse; das thut eine gute wür- „kung, wann man sich hiervon bey Zeit eine Gewohnheit macht. Wegen der „Aemulation finde ich besonders gut, daß zwey oder drey junge Leute herbeygezogen „werden, umb mit dem Sohn zu studiren, man solle mir auch hierzu einige pro- „poniren. Es ist aber wohl zu suchen, daß selbe von einem lebhaften Tempera- „ment seyen, umb den Sohn aus seiner Schläffrigkeit oder Indolence herauszu- „ziehen und er sehen könne, wie derley Subjecta arbeiten; dieses wird nicht schwer „zu finden seyn. Uebrigens bin ich sowohl als die Kayserin, welche auch diese „Arbeit gesehen hat, völlig darmit zufrieden, und verlangen nur, daß man das „hierzu nöthige Subjectum, und zwar wo es möglich aus Unseren Erbländern „suchen solle; es dörffte mit der Zeit vonnöthen seyn, ihm viele Sachen zu com- „municiren, die einem Frembden nicht allezeit anzuvertrauen wären; die Examina „alle Monate seind nicht allein gut, sondern unentbehrlich nöthig darbey fest zu „halten." „Frantz."

[204]) „Petits entêtemens."

[205]) Die von Batthyany ausgefertigte Instruction für La Mine ist vom 24. October 1751 datirt.

[206]) Règlement des heures de Son Altesse Sérénissime Monseigneur l'Archiduc Joseph pendant toute la journée:

1mo

Monseigneur se lève à 3 quarts à 7 heures et prie tout de suite.

Il s'habille jusqu'à $7^1/_2$ à peu près.

Il prend son déjeuné à 3 quarts à 8 heures.

Il est de retour à 8 heures.

2do

Il apprend le latin jusqu'à neuf heures et demie.

Il jouit d'un quart d'heure de relâche.

Il fait l'histoire jusqu'à dix et demie avec le Père Weickhard, y compris un quart d'heure de lecture allemande.

Il jouit d'un peu de relâche.

Il s'exerce à écrire avec son maître Steiner jusqu'à 11 et demie.

Il jouit de relâche jusqu'à midi.

Il dîne et reste en entretien jusqu'à 2 heures.

3tio

Il prend leçon de géographie jusqu'à 3 heures.

Il sera avec le Père Höller jusqu'à 4 heures les lundi et mercredi, de même avec Brequin les mardi, jeudi et samedi.

Il apprend son latin et son histoire de 4 heures jusqu'à 5 heures, ou s'il a joui du relâche avant cette leçon, jusqu'à $5^1/_2$.

4to

Il prie con chapelet à 6 heures.

A 6½ Reutter donnera sa leçon en musique les lundi et mercredi; mardi, jeudi et samedi cette heure est destinée pour la danse.

Il finit par quelques amusemens jusqu'à 8 heures.

Il soupe jusqu'à 8 heures et demie.

Il joue au billiard jusqu'à 9 et un quart.

Il se retire pour les prières du soir.

Il se déshabille et se couche à 3 quarts à dix heures.

Le manège sera fréquenté les lundi, mercredi et samedi, à l'heure du maitre à écrire; Son Altesse Sérénissime pouvant s'exercer seul de cette leçon dans un quart d'heure perdue.

Les Dimanches et les Fêtes le Père Höller a déjà ses heures avant midi, et M. Brequin viendra ces jours là de 2 jusqu'à 3½.

Quant aux lectures nécessaires pour faciliter les études, acquérir des connoissances utiles et amuser l'esprit, on pourroït les prendre sur le vuide qui reste dans la journée, surtout les fêtes et dimanches.

[207]) Wolf. 89.

[208]) Nach Feßler's Angabe, Geschichte der Ungarn, X. 154, soll Bajtay's Ausarbeitung über die ungarische Geschichte im Staatsarchive aufbewahrt sein. Ich vermochte dort keine Spur davon aufzufinden.

[209]) Bartenstein's Vortrag vom 20. Juni 1753.

[210]) Bartenstein an Maria Theresia. 24. Jänner 1754. „Habe mich aus „bester Meynung, und weilen seit vierzig Jahren in internis viele Erfahrung habe, „auch zehen Jahre von einem schon dreißig Jahre vorhero darinnen gebrauchten „grossen Ministro vieles von noch älteren Zeiten erlehrnet, anerbothen, die quoad „universum besitzende Kenntnussen zusammen zu tragen. Nachdeme es aber nicht „für thunlich ermessen wird, so bin ganz wohl zufrieden, mich darein nicht im „mindesten zu mischen."

[211]) Eigenhändige Resolution der Kaiserin. „Tout ce qui touche à faire „à Bartenstein, il doit le faire et y mettre la main sans plus de retard et „choisir les deux personnes dont il a besoin." Böck erhielt eine Zulage von tausend, der Kanzlist Pirkhert aber als Copist eine solche von vierhundert Gulden.

[212]) Nach dem vorliegenden Drucke, den Band zu dreißig Bogen berechnet.

[213]) Hormayr. Oesterreichischer Plutarch. Band XI.

[214]) „L'histoire naturelle trouva aussi place parmi les amusemens."

[215]) Bartenstein an Maria Theresia. 16. Juli 1757. „Mit dem Hofrath „von Beck habe wegen des Fortgangs derer Studien Sr. kön. Hoh. des Erzherzogs „Joseph gesprochen. Er hat mir jenes bestättiget, was ungern vernohmen."

[216]) Welche der slavischen Sprachen Joseph gelehrt wurde, ist nicht ausdrücklich gesagt. „On lui a donné," heißt es im Rechenschaftsberichte, „depuis peu „un maitre de langue esclavone qu'il a accepté avec plaisir."

[217]) „L'étroite et entière amitié qui règne entre Elle et S. M. Rus-„sienne seroit un assez puissant éguillon pour l'exciter à s'y appliquer."

[218]) Instruction pour M. Wynants.

[219]) Die Instruction für die Gräfin Lerchenfeld, Aja der Erzherzoginnen, ist veröffentlicht von Firnhaber in dem Aufsatze: „Maria Theresia als Mutter."

[220]) Maria Theresia selbst sagt in ihrer schon mehrfach citirten, wahrscheinlich aus dem Jahre 1751 herrührenden Aufzeichnung: „Mit dem Königreich Hun-„garn allein habe keine Aenderung vorzunehmen für dienlich erachtet, weilen außer „einem Landtag nach denen Gesätzen des Landes etwas solches zu tentiren nicht „rathsam wäre, nicht minder bey Hungarn besondere Umstände, so in Ansehung „derer Folgen sehr häcklich sind, in Consideration fallen."

[221]) Diedo. 29. Juni 1748. „La sola Ungheria è esente da qualunque „alterazione. Si fecero cadere delle insinuazioni ad alcuni più accreditati „soggetti del Regno, ma la risposta loro fù corta: Nos habemus nostrum „benignissimum regulamentum."

[222]) Diedo. 31. Mai 1749. „Si aveva incaminato da Sua Maestá „alcun passo respettivo all'Ungaria, ma il Co. Palfi, palatino ottuagenario, „gli scrisse che la supplicava col più sommesso ma ferveroso cuore a pen-„sare altrimenti et a non dargli la mortificazione di veder una universal „mozione di tutto il Regno."

[223]) Tron. 13. Februar 1751. „Si sentono poi certe voci sparse uni-„versalmente che il Regno di Ungheria poco o nulla contribuisce alli pesi „del Principato, e che tutto cade sull' Austria, sulla Boemia, sulla Moravia „e sugli altri stati ereditarj. Quelli che hanno zelo o almeno danno ad in-„tendere di averne, mostrano calcoli aritmetici e politici, dalli quali desumano „che la Imperatrice potrebbe cavar più di sei millioni di fiorini da quel „Regno, dove in ora essa appena ne cava due, quando si potesse metter „la mano nel medesimo con franchezza, come si è fatto negli altri Stati „ereditarj."

[224]) Tron. 22. Mai 1751. „In questa dieta si vuole indurli a contri-„buire volontariamente una non leggiera contribuzione, e a poco a poco accus-„tomarli a questo vocabolo di gravezza insolito da soffrire da quella nazione, „in un altra dieta poi, che si ha disseguo di tenere qualche altro anno, „indurli a qualche cosa di più, e sopra tutto tenendo con frequenza di queste „diete, il che non facevano gli altri Imperatori, mossi da gelosia o da altri „motivi, indurli poco a poco a cambiare il sistema del governo del loro „paese, il quale è la maggior parte fondato sù principj barbari ed ostrogoti, „e lontano intieramente da quelli usi, da quelle leggi è da quelle regole „che si accostumano appresso le altre nazioni dell' Europa, e che fanno prosperare le medesime."

[225]) Tron. 13. Februar 1751. „con molta riserva e prudenza, essendo „li Ungari per una parte assai potenti e per l'altra gelosissimi della loro „libertà, immunità e privileggi."

[226]) Andrea Tron. 27. März 1757. „Si vorrebbe far cambiare alla gra„vezza di nome e di sostanza e trasportarla dalle persone alle terre, cioè pagh„ranno in progresso le terre, non più le persone, e chi possiederà un tal „bene, sarà obligato a pagare un tal aggravio, nobile o non nobile . . . La „proposizione è fondata senza dubbio sù un principio di giustizia e di equità, „che chi ha, quantunque nobile, deve pagare, e chi non ha, quantunque „non nobile, non è giusto che paghi. Si crede che la Corte incontrerà per „altro molte opposizioni nel voler rimediare ad un male già da lungo tempo „radicato in quella nazione e che è contrastato da infiniti privati interessi. „Non ostante, come molte delle principali famiglie dell'Ungheria s'impegne„ranno con molto fervore perchè una tale deliberazione sia presa, e come „essa è infatti intieramente uniforme alli riguardi della giustizia, così si pre„tende che alla fine giungerà questa Corte al proprio intento, e si aumente„ranno per consequenza notabilmente le di lui rendite in quel Regno."

[227]) Bartenstein's Referat. Ohne Datum. April 1751.

[228]) Auch im Diarium Diætale, welches sich in dem Archive der königl. ungarischen Hofkanzlei befindet und bei der vorliegenden Ausarbeitung vielfach benützt wurde, ist die zwei Zeilen umfassende Antwort des Erzherzogs Karl buchstäblich angeführt, während dieß bei den übrigen Antworten nicht der Fall ist. „Cum summo", heißt es darin vom Erzherzog Karl, „omnium solatio et admira„tione articulate et cum accentu prorsus hungarico istis fere verbis respondit:

„Szépen köszönöm a N. Statusoknak, hogy rulam emlékeztek es azzal „megh bötsültek, hogy mágok Deputatusit hozzám is küldövik örülni fogok „ha mentül elöb Posonban a Nemes Statusokat láthotom."

[229]) Bartenstein tadelte an dem Entwurfe der Proposition, daß Alles darin angeführt sei, was Ungarn für Maria Theresia, nicht aber auch dasjenige, was die Kaiserin für Ungarn gethan habe. „Hiernächst ist zwar", sagt er in seinem Referate vom 10. April 1751, „die demuth eine grosse tugend, und erinnere „mich gantz wohl, daß in einer gewißen vorfallenheit der Kayserin Maj. groß„müthigst bezeuget haben, sich nie selbsten loben zu wollen. Allein auch die demuth „hat, wie alles übrige, ihre schrancken, und in weltsachen ist jezuweylen unentbehr„lich, daßjenige, was man gutes gethan hat, nicht zu verschweygen."

[230]) Auch Tron sagt von der Ständetafel, „che compone il nerbo, la „forza e l'autorità della nazione ungara." Preßburg, 5. Juni 1751.

[231]) Tron. 5. Juni 1751.

[232]) In den Diätalakten wird er auch Szülö oder Szölö geschrieben.

[233]) Wie heftig die an der unteren Tafel als Vertreter der Regierung befindlichen Beamten angegriffen wurden, zeigt folgendes am 10. Juni ausgegebene „Epigramma in Personalem et Protonotarios."

„Fekete veste niger cognomen Fekete prodit
Latino nigrum perbene, nam niger es.
Nigra quidem vestis, sed certe nigrior est mens,
Namque duobus equis vendere justa soles.

Pechy cum Brunsvik tua jam figmenta secundant
Hisce duo pariter forte dabuntur equi,
Frustra tegis nigros albis in fronte capillos
Nam tu non pilos, sed tua falsa tegis,
Pelle sub agnina fugito tu hos Hungare lupos,
Ne verbis blandis alliciare precor."

[234]) Tron. 23. Mai 1751. „Egli è cosa prima di tutta esenzialissima „di far conoscere a tutti gli Principi dell' Europa, che gli Ungari, altre volte „ribelli e quasi nemici della casa d'Austria, in ora deposte le antiche ani-„mosità, si sono sinceramente riconciliati con la medesima, e con esempio „da quello dicesi nuovo nelle storie del regno di Ungheria, impongono a „se stessi volontarj aggravj per il bene e vantaggio del suo Principe. Ciò „fà conoscere a chiunque vorrà attaccar questa Casa in progresso che po-„tendo poco a poco disponere la Corte delle forze del Regno di Ungheria, „potrà essa tirare da que' popoli e da quella potente nazione quei soccorsi „che si renderanno necessarj; ben differente da quello era al tempo delli „passati Imperatori, che quando avevano essi la guerra contro li Principi „dell' Europa, erano quasi obligati di tenere un armata di osservazione per „presidiarsi dalle rivoluzioni e dalle insurrezioni degli Ungari."

[235]) Tron. „E finalmente si allega . . . . le maggiori ricchezze che „sono entrate nel Regno d'Ungheria nelle guerre decorse, nelle quali li „Ungari carichi delle spoglie dell' altre nazioni hanno radunato fortune con-„siderabili ed hanno per consequenza sparso molto dinaro e molte ricchezze „per quel Regno".

[236]) „Sacratissima Cæsareo-regia Majestas" lautete immer die Anrede der Stände, weder cæsarea et regia noch regia allein.

[237]) „Hac occasione Comes Palatinus declarabat, qualiter et occa-„sioni exhibitæ Suæ Majestati Statuum representationis et alias conatus „fuerit, Suæ Majestati excutere sinistras de Statibus opiniones, et Suam „Majestatem ab eo etiam amoverit, quod 500.000 fl. (cum jam definiverat ut „600.000 fl. finaliter postulentur) contentetur".

[238]) „Secundet et benedicat in his oneribus Dominus Deus miseros „contribuentes, ut tantæ auctioni et prioris quanti exsolutioni par esse pos-„sit, quod omnium precibus et votis optandum est".

[239]) „Melius fecissent Status si, antequam impossibilitatem plus con-„tribuendi allegassent, circumstantiis accuratius expensis fecissent istiusmodi „auctionem, quam ut hoc modo contra factum proprium agere denique „debuerint".

[240]) Am 13. Juli hatte Bartenstein an die Kaiserin geschrieben: „Ob „man gleich billig ein mehreres vom hiesigen Landtag sich versprechen sollen, so „ist doch gut daß die gestrige einwilligung erfolget. Wozu also in getreüester ehr-„furcht glück wünsche, umb so mehr als diese begebenheit die nothwendigkeit be-

„stärket, erweckung der forcht und beysorge mit liebreichen Bezeugungen zu unter„mischen". Maria Theresia antwortete darauf eigenhändig: „Vor denen leuten „und daraussen mus man die sache sehr gelten machen, das wie es auch wahr „ist, vill vor die hungarn ist, innerlich aber weis was davon zu halten habe".

[241]) So schreibt sie z. B. am 14. Juli an Bartenstein: „was sagt ihr von „diser saubern Zeittung; Bischoff von Erlau hat es mir communicirt".

[242]) Eigenhändige Bemerkung auf Bartensteins Referat vom 14. Juli.

[243]) „dummodo Domini Status et Ordines desideratissimum istum „finem nullo modo seu directe seu indirecte retardent aut difficiliorem red„dant".

[244]) „haud ignari, allici externos ad id cogi non posse".

[245]) Wie Bartenstein hierüber dachte, ergibt sich aus seinem Referate vom 21. Juli. „Je mehr die Ungarn", heißt es darin, „was außer Ungarn ist, kennen „lernen werden, je mehr kan von dem Königreich nutzen angehofft werden, wo„hingegen diejenige, welche mit Ungarn allein eingenohmen seind, und außer deme „gar nichts wissen, ihrem eygenen Vatterland durch die eygnen mittel, wodurch „sie sich bey demselben verdienstlich und der nation beliebt zu machen glauben, „unendlich schaden. Allein wiederhole zugleich nochmahlen, daß hierunter alsdann „nur ohnmöglich rath zu schaffen seye, wann man nicht in billigen dingen ihnen „Ungarn den grossen Nutzen, den sie von der mutuellen Verbrüderung mit denen „Erblanden ziehen können, mit händen greifen zu machen vermag. Worzu die ein„leitung des commercij ad extra mir daß füglichste, ja fast eintzige mittel zu sein „scheinet".

[246]) „Status utique perplexi diffluxerunt".

[247]) Tron. Preßburg, 10. Juli 1751 . . . „Si aggiunge poi a ciò un „terzo punto egualmente, anzi più importante delli soprallegati, cioè che si dimi„nuisca considerabilmente l'aggravio di molti generi che dall' Ungheria en„trano nell' Austria e negli altri Stati dell' Imperatrice, acciò che potendo „in tal modo gli Ungari con maggior facilità vendere li loro prodotti, possano „per conseguenza soffrire e pagare li vecchj e li nuovi aggravj. Questo ultimo „articolo si giudica dalli prattici e dalli intelligenti di questa materia il più „difficile da essere accordato, perche quello che si accordarebbe agli Ungari, „si levarebbe agli Austriaci, li quali non potrebbero più vendere li loro pro„dotti a quel prezzo, al quale essi li vendono presentemente, quando fosse „facilitato l'ingresso alli prodotti dell' Ungheria, e per conseguenza si rende„rebbero essi in minore facoltà e potere di subire quegli aggravj e que' pesi „che soffrono presentemente e contro di quali già abbastanza gridano e de„clamano. Questi nuovi ostacoli sopragiunti con molto fervore per la parte „della Camera bassa, cominciano già a stancare la pacienza della Corte."

[248]) Tron. Preßburg, 31. Juli. Er nennt die Kroaten „nemici capitali „degli Ungari per genio e per inclinazione".

[249]) Extrablatt zum Wiener Diarium vom 1. September 1751.

[250]) „Perlectis itaque omnibus clementissimae resolutionis punctis, „Status ne in uno aliquod fundamentum inarticulationis invenerunt“.

[251]) „Status autem, ne Sua Majestas Sacratissima ulterius disgustetur, „absolute se in aliquos condendos regno præjudiciosos articulos immittere „noluerunt, ita quidem ut propter aliquem terminum inter S. Dominum Pau- „lum Nagy Protonotarium et Dominum Czuzy, Comitatus Veszprimiensis „Ablegatum, vix non ad personalia deventum est“.

[252]) Seine Parteinahme für die Regierung trug ihm folgendes Epigramm ein:

Quam subito Pronyay pronus fis perditor orbis
Et facile tendes, socius esse mali
Ut Judas voles, miseram tu vendere terram
Pro vili nihilo, gratia namque nihil est;
Cave tibi dico, quia si tu manseris iste
Cum Jeszenak exul semper in orbe fores.

[253]) Er erscheint als Vertreter des Fürsten Anton Esterhazy in der Series Dominorum Ablegatorum Dominorum absentium Magnatum, qui non in propria sua persona sed per suos Ablegatos comparuerunt et sessiones habent inter Status. Auch er galt als ein eifriger Anhänger der Regierung und wurde deßhalb mit einem Pasquill nicht verschont. Es lautet:

Putrida pars patriæ Jeszenak quid dicere tentas?
Quid miseram plebem cupidus exugere tantum
Solvere plus possit, terra hoc jam onere pressa
Ingenti exclamas, et fundum sine ruina,
Gentis esse agis, sed ubi? quis nescio certe
Tu quoque si nescis, quid opus est facere nobis
Dicam, audi me, mox suppedito fundum
Ex quo permultum solvet, nec se ruinabit
Regnum, si tu marsupiumque tuum fundus erit.

In einer langen Spottschrift auf den ganzen Landtag heißt es von Jeszenak und Pronay: Dilexistis iniquitatem et odistis justitiam, propterea exantlatum est nomen vestrum, sicut cera a facie ignis, ita mendacia fluunt a facie vestra, revelavit Dominus omnibus gentibus iniquitates vestras.

Okolicsanyi wird darin mit folgenden Worten erwähnt: Non est conturbatum cor ejus, quamvis alicui a justitia insurrexerunt adversus eum, et non proposuerunt Deum ante conspectum suum, non relinquet Dominus virgam peccatorum super justos.

Und zu Czuzy wird gesagt: Benedicat tibi Dominus ut videas filios filiorum tuorum, pacem super patria, Dominus custodiat te ab ira indignationis æmulorum tuorum.

[254]) „Una civitas unum collectivum nobilem faciens“.

[255]) Er war eine besondere Vertrauensperson der Kaiserin. Zehn Jahre später, am 12. Mai 1761, schrieb Maria Theresia, als sie Barkoczy zum Primas

von Ungarn ernannte, dem damaligen ungarischen Hofkanzler Grafen Palffy: „benene zum primate den bischoff von Erlau Bargozi; diesen solle er morgen zu „Schönbrunn publiciren. Andurch hoffe der religion und dem clero alß auch dem „staat und mein haus eine gutte auswahl gemacht zu haben und auch seinen „treuen vorstellungen gehör gegeben."

[256]) In his ergo cum magno clamore constituti utcunque longo tempore Status, supervenit ex abrupto tam solennis ex parte Procerum deputatio, qualis stante diæta adhuc non fuerat, quæ Dominis Statibus significavit, quod stante hac vespertina sessione Sua Majestas Sacratissima propria manu unum Billet scriptum submiserit, in quo expressit indignationem suam regiam, eo quod in gratiam harum quatuor civitatum viginti quatuor horis adhuc hic manserit, ubi præter omnem expectationem percipere debuit, quod in vivis adhuc existente Majestate nomen suum Maria Theresia per Status ita contemnatur et privilegia sua cribrentur . . . .

[257]) Nach dem Diarium diætale lauteten die Worte der Königin: „Majorem profecto sperassemus in secundandis negotiis nostris promptitudinem „a gente ungara, cui et plura et nova præ reliquis nostræ benevolentiæ „dedimus argumenta. Satagite, quæ conclusa sunt, in effectum mittere, seponite in regem et matrem vestram diffidentiam, ut gratiam et clementiam, „quam amisistis, procurare possitis".

[258]) „Quantus moeror, quantus timor, quantaque trepidatio J. Sta„tuum et Ordinum Regni corda occupaverit, pallidæ eorundem facies re„monstrabant".

[259]) „Ita Diæta ista, quæ confuse incepit, in summa confusione defi„nita fuit". Die Schlußworte des Diariums aber sind so charakteristisch, daß sie hier wohl eine Stelle finden dürften. Sie lauten: „Benevole lector! Quæ pu„blice acta sunt, diario huic inserta reperies, particularia autem et cujusvis „acta, ob quæ indignatio regia in Status incitata est, silentiosus calamus „retinuit. Cogita, sapienter disquire, et fer judicium de actis hujus diætæ, „et vale".

[260]) Cusani. Storia di Milano. Milano. 1865. III, 59.

[261]) Cusani. III. 63.

[262]) Die Depesche ist abgedruckt bei Cusani, III. 63, 64.

[263]) Pallavicini's Schreiben vom 21. October 1746 an den Präsidenten des italienischen Rathes, Marchese von Villasor, ist abgedruckt bei Cusani, III. 143—149.

[264]) An Pallavicini. 12. Septbr. 1746. „se da esso dipendesse il mio „vivere, sarei perita di pura indigenza". Cusani, III. 166.

[265]) Erlaß der Kaiserin an Harrach vom 30. August 1749. Cusani, III. 181.

[266]) Erlaß an Harrach vom 19. Nov. 1749. Cusani, III. 190.

[267]) Ulfeld an Cristiani. 31. Mai 1747. „Circa il Rainoldi ho avuto „sino adesso sempre buona opinione del suo procedere. Adesso comincio un „poco a vacillare. Vi sono un pajo di casi che quasi non lasciarebbero du„bitare che ci è qualche cosa fra lui e gli Spagnuoli".

[268]) Cusani, III. 66. 67.

[269]) Ulfeld an Cristiani. 28. Juni 1747. „Vi sarebbe un altro mezzo „che saviamente suggerisce il Sig. Koch, di assicurarsi in una volta del „fatto, che sarebbe di far disvaliggiare la posta che va a Lugano o a Zurich „per gente mascherata se fossero ladri, facendo poi le perquisizioni pro for„ma. Certo è che se Rainoldi copii le nostre lettere per mandarle al ne„mico, si troverà il corpo del delitto nel piego per Lugano o in quello per „Zurich".

[270]) Ulfeld an Cristiani. 12. April 1749. „Io trovo troppo gravato per „potere continuare a servirsi d'un huomo che ci può burlare quando vuole. „La promozione la più naturale ut amoveatur è di mandarlo a Roma come „controlor della posta".

[271]) Ulfeld an Cristani. 5. November 1751 . . . „temevo che supprimesse „il Rainoldi gli dispacci di Spagna . . . come per sperienza del passato mi „ricordo essere successo altre volte, ma avendo consultato con il Sig. „Koch, abbiamo conchiuso che il meglio sarebbe dissimulare il tutto".

[272]) Bellati. Serie dei governatori di Milano. Milano, 1776. S. 26.

[273]) Cusani. III. 205. 206.

[274]) Aufzeichnungen Verri's. Bei Cusani. III. 206.

[275]) Ferdinand Harrach war im Jahre 1708 geboren. Seine erste Gemahlin war die Gräfin Ernestine Gallas, Tochter des ehemaligen Vicekönigs von Neapel, Grafen Wenzel Gallas. Im Jänner 1718 geboren, war sie, noch nicht sechzehn Jahre alt, im October 1733 dem Grafen Ferdinand Harrach vermält worden und starb schon im Jänner 1734. Er selbst starb im Jahre 1778, und seine Witwe, die Gräfin Rosa, im Jahre 1785.

[276]) „lasciando cara memoria di sè". Cusani. III. 206.

[277]) Tron. 20. Dezember 1747. „uomo pieno di eloquenza, di progetti „e di ragioni per appoggiarli, perfettamente istrutto e chi ha credito consi„derabile con la Corte e con molti Ministri".

[278]) Tron. 4. April 1750. „Tra questi suoi progetti è quello di man„tenere dieci reggimenti d'infanteria e trè di cavalleria, il che forma un „corpo di circa 30,000 uomini colle sole forze d'Italia, progetto che per dire „il vero sembra assai difficile da eseguirsi, ma pure ciò fù da esso pro„posto e qui accettato".

[279]) Schon am 27. April 1748 sagt Diedo von Pallavicini: „tutte le „mire sue tendono al conseguimento del governo dello Stato di Milano „dopo quello del presente Conte d'Arach".

[280]) Cusani. III. 227.

[281]) Bellati. 28.

[282]) Aufzeichnungen Verri's bei Cusani. III. 216.

[283]) Graf Kaunitz, damals kaiserlicher Gesandter in Turin, ist der Erste, aus dessen Munde wir Cristiani's Lob vernehmen. Schon am 23. November 1743 berichtet er, daß Cristiani, „ein sehr tüchtiges und in Italien rar zu findendes „subjectum, welches nicht nur viel Activität, geschwinde Einsicht, Gelehrsamkeit „und Erfahrung in Landes- Regierungs- Rechnungs- oekonomischen und Justiz- „sachen besitzet, sondern auch meines Wissens von Niemanden wegen der gewöhnli- „chen Eigennutzigkeit beschuldiget wird".

[284]) . . „amano infinitamente il Conte Cristiani." Tron. 27. April 1751.

[285]) Tron. 27. April 1751 . . . „alla fine lo faranno morire di fatica, „come succede a quegli uomini che abbracciano più di quello che la costi- „tuzione della salute loro permette".

[286]) Kaunitz an Koch. 21. Febr. 1752. „Depuis l'année 1743, tems „auquel je crus . . . devoir prendre la liberté de le proposer à S. M. pour „Chancelier de Milan, je connois tout ce qu'il vaut de coeur et d'esprit".

[287]) Williams an den Herzog von Newcastle. 15. Juli 1753.

[288]) Cusani. III. 250. Kaunitz schrieb, als im Jahre 1758 Papst Benedict XIV. starb, am 11. Mai an Cristiani: „E un colpo della Providenza che „il Papa defonto abbia vissuto assai per darci tempo a terminare le impor- „tanti nostre trattazioni colla Santa Sede, e questo felice complemento è „dovuto massimamente all' instancabile zelo ed alla attività superiore dell' „E. V."

[289]) In einer Instruction an den kaiserlichen Gesandten in England, Grafen Richecourt, vom Jahre 1749 heißt es von Grossatesta, er sei „un grand „intrigant et un homme aussi dangereux que son maître est altier, et même „altier infiniment plus qu'il ne convient à un duc de Modène".

[290]) Daß Maria Theresia wirklich der Ansicht war, durch diesen Vertrag werde die Ruhe in Italien gesichert, beweisen die eigenhändigen Worte, welche sie auf Bartensteins Bericht vom 26. Juli 1752 schrieb. Sie lauten: „der auffatz „ist so schönn verfast, daß es also je ehender noch besser könne zu stande gebracht „werden zum besten dieses haus und der algemeinen ruhe".

[291]) Quem in finem non alius Princeps idoneus Eidem magis visus est, quam unus ex postgenitis serenissimis Austriæ Archiducibus, utpote qui et Ipsi ex Estensi Domo, quæ in Germania floret, oriundi sunt.

[292]) In dem Vertrage wird sie immer nur Maria Richarda genannt. Sie hieß aber mit ihrem dritten Namen Beatrix, und mit diesem wurde sie nicht allein in ihrer Familie, sondern auch sonst allgemein bezeichnet.

[293]) Leopold war am 5. Mai 1747 geboren, also damals sechs, die Prinzessin Beatrix, am 7. April 1750 geboren, erst drei Jahre alt.

[294]) Correr. 14. Dezember 1754. „Fra pochi giorni partirà il Pallavi-„cini, sommamente discontento per non aver potuto ottenere che la carica „di Castellano che gode, si conservi immune dalla dipendenza del plenipo-„tenziario Cristiani, avendo voluto S. M. che d'ora innanzi anche tal carica „abbia ad esser dipendente da lui, quando il Duca non vi si ritrovi".

[295]) Correr. 21. Dezember 1754.

[296]) Cusani. III. 289.

[297]) Verri. Scritti inediti. Bei Cusani. III. 305.

[298]) Schon am 13. Juli 1750 schreibt Ulfeld an Botta von der „antipa-„thie qui règne entre Tarouca et Kaunitz" . . . „Tarouca ne peut pas gagner „sur lui de diriger une chose au bien, laquelle vient de la part de Kaunitz".

[299]) Correr. 2. April 1757. Er meldet die Abreise Cristiani's von Wien und fährt dann fort: „Qualche giorno prima è passato tra lui ed il Conte Tarocca „qualche non indifferente questione. Tarocca, soggeto molto favorito da „questa Sovrana, ha rassegnato a S. M. la carica di presidente d'ambedue li „consigli d'Italia e delle Fiandre, ed essa l'ha immediate accettata. In se-„guito giovedì S. M. ha fatto tenere alli due Viceprecidenti delli detti Consigli „un suo decreto, con il quale li abolisce, rimettendo quei affari alla Cancelleria „di Stato, ma ad ogn'uno però di quei soggetti li riconfermò il loro onorario „e le permette la continuazione del godimento del loro titolo. Si dice che „il detto Conte sia stato consigliato a così fare, poichè la Sovrana aveva „ragione di non esser contenta della di lui direzione tanto rispetto all' Italia „che li Paesi Bassi Austriaci."

[300]) Correr. 2. November 1754. „E . . il Cristiani nella maggior auge „di stima e di predilezione appresso questa Sovrana. Non c'è affare nel „quale essa non lo consulti, cosicchè questi principali ministri cominciano a „concepir gelosia ed a riguardarlo con invidia e con molta agitazione, og-„nuno dubitando di sua sorte."

[301]) Correr. 10. November 1733. „Cristiani è sì distinto e riguardato „con particolar premura dall' Imperatrice, ch' essa me ne tenne proposito „sopra il suo male, dolendosi che non voglia cambiar sistema di vivere, du-„bitando che senza regolarsi non possi durar lungo tempo, soggiungendo „che la sua mancanza sarebbe per essa una vera perdita."

[302]) Noch drei Tage nach Cristiani's Tode, am 6. Juli richtete Kaunitz, der die Todesnachricht noch nicht empfangen hatte, folgende Worte an Cristiani: „Grazie a Dio abbiamo finalmente motivo di fondata speranza che l' E. V. „sia per ristabilirsi da vero, e per cavarsi dall' evidentissimo periglio nel „quale si trovava sin adesso, essendo stata per così dire bersegliata continua-„mente tra la vita e la morte" . . .

[303]) Henne et Wauters. Histoire de la ville de Bruxelles. II. 276.

[304]) Diedo. 16. November 1748. „La di lui infermità è di già ad un „tratto svanita."

[305]) Diedo. 31. Mai 1749. „Botta, infermo di salute com' era in „avanti, è del tutto in ora ristabilito et impiega tutto lo spirito nelle appli„cazioni al buon sistema di quei Stati. Si riflette dall' universale che trè „forastieri sono alla vera direzione intrinseca de' Stati principali di questa „Sovrana, il Co. Haugwitz della Bohemia, della Moravia, dell' Austria e „degli altri Stati d'Allemagna, il Co. Pallavicini de' Stati d'Italia et il „General Botta delle Fiandre."

[306]) Referat vom 26. Juli 1750.

[307]) Denkschrift vom 19. Dezember 1748. . . . . „les sujets de S. M. „l'Impératrice Reine, après avoir payé aux Hollandais en temps de paix plus „de trente trois millions, ont été sacrifiés à un ennemi qui n'a négligé nul „moyen de les épuiser pour longues années."

[308]) Instruction pour la réponse à former par la jointe des Pays-Bas sur les deux mémoires que le Résident des Etats-Généraux des Provinces-Unies, de Kinschot, lui a présenté sous la date du 18 mars 1749. (Von Kaunitz entworfen.)

[309]) Tron. 6. Dezember 1749. . . „uno dei primi e principali soggetti „di quella republica, quale solo è partecipe dei più secreti consigli del „Principe Statolder."

[310]) Tron. 16. Mai 1750. „Essendo essi diffesi dal mare e dalle „proprie flotte, non hanno in un certo modo bisogno di altra barriera che „li diffenda contro della Francia."

[311]) Tron. 12. August 1752. „Questa Corte non cessa e non cesserà „di sostenere li sudditi suoi sugli affari del commercio."

[312]) Tron. Voriger Bericht. „Gli Ollandesi, prima di parlar di rimet„ter le fortificazioni, ricercano che si accomodino le differenze sul commercio, „e vorrebbero che li Fiamenghi si riducessero a quella servitù e povertà di „traffico nella quale con dure leggi e con pesanti tariffe il trattato della „barriera dell' anno 1716 li aveva messi, ed in contrario li Fiamenghi pro„tetti in ora da questa Corte pretendono di promovere anche essi gli vantaggi „del loro traffico e di svincolarsi da quelle catene."

[313]) „l'énormité du procédé," Schreiben der Kaiserin an den Prinzen von Oranien. 3. Mai 1751.

[314]) Sir Charles Hanbury Williams an den Herzog von Newcastle. Dresden, 15. Juli 1753. „This Her Imperial Majesty seemed also to take very „ill, and insisted loudly, so loudly that the people and the next room heard „Her, that She was the Sovereign of the Low Countries, and that is was „Her duty to protect Her subjects who had been so long oppressed by the „barrier treaty, and deprived of the natural privileges which all other nations „enjoy."

[315]) Kervyn de Lettenhove. Histoire de Flandre. VI, 510.

[316]) Kaunitz an Cobenzl. 21. Februar 1754. „Le Gouvernement ne „veut pas perdre de son authorité . . . au contraire il se croit fondé à „revendiquer celle qu'ils (les Etats) ont usurpée, et tout cela, parce que le „bon ordre, le service de S. M. et le vrai bien du pays l'exigent ainsi."

[317]) Juste. Histoire des Etats-Généraux des Pays-Bas. II.

[318]) Eigenhändige Resolution der Kaiserin auf den Vortrag vom 7. März 1749. „weillen . . . sehe, das einige glaubeten das noch kein systeme ergriffen „worden, und doch höchst nöthig das aus einen principio und maas regeln zu „werk gegangen werde, so solle ein jeder conferenz minister seine meinung zu pa„pier setzen und in vierzehn tagen mir zuschicken, was nach nunmehr geschlossenen „frieden, anscheinenden Unruhen in Norden gegen Engeland, Franckreich und dem „Reich vor ein systeme zu ergreiffen wäre."

[319]) Ulfeld an Kaunitz. 15. Jänner 1748. „Le comte Kinsky vous a „fait place à la conférence, et cela ne souffrira point de difficulté que vous „veniez l'occuper; j'ai dit ce matin à Leurs Majestés que nous gagnerons „considérablement au troque."

[320]) Ueber Harrach vergl. Maria Theresia's erste Regierungsjahre. II. 353. III. 132—134.

[321]) Podewils an König Friedrich. 24. Mai 1747. Sitzungsberichte. V. 509.

[322]) Sir Charles Hanbury Williams an den Herzog von Newcastle. 15. Juli 1753. „I am sorry to say that Count Colloredo does not love busi„ness, and is too much in the hands of his commis."

[323]) Williams . . . „some few amours in which he has been engaged, „offended the Empress' religion and added to her dislike of his person."

[324]) Podewils. 515. Vergl. auch Fürst, 679. Dieß bestätigt auch Williams. „Count Colloredo loves play, at which he spends a great deal of time and „at which he loses a great deal of money."

[325]) Williams . . „had he a capacity or application answerable to „them."

[326]) Podewils. 517. Fürst. 684.

[327]) Bartenstein. General-Anmerkungen. 21. Jänner 1748.

[328]) Eigenhändige Resolution Maria Theresia's auf Bartenstein's Vortrag vom 20. April 1749. „der gantze unterstrichene eingang auszulassen und des „harachs votum wie die andern zu extrahiren, ohne von seinen particular anfüh„rungen und beklagungen was zu melden. ich verlange dises sacrifice und werde „es erkennen vor nicht einen kleinen dienst, indeme ohnedem was noch erhalten „worden, allein der gutten und fleissigen obsorg beeden, die das werk geführt, zu „dancken habe, und gar wohl mir bekant, was offt die besten sachen echouirn „gemacht."

[329]) Von der ganzen, hundert und sechs und zwanzig Folioblätter umfassenden Denkschrift des Grafen Kaunitz, welche vom 24. März 1749 datirt ist, möge hier nur die Stelle Platz finden, in welcher er selbst seine Vorschläge übersichtlich zusammenfaßt:

„Um aber das Wesentliche des oft erwehnten Vorschlags kurtz zusammen zu „faßen, und in wiederhohlte Vorstellung zu bringen, so beruhet solcher hauptsäch„lichen auf folgenden Grund-Sätzen:

„Daß weilen der König in Preußen vor den ärgsten und gefährlichsten „Feind zu halten, und der Verlust von Schlesien unverschmerzlich falle, also auch „die beständige und gröste Sorgfalt dahin gerichtet werden müste, den ernannten „König zu schwächen und zumahlen Schlesien wieder herbeyzubringen."

„Daß deßfalls an der Mitwürckung der See-Mächten sehr zu zweiflen, und „wenn auch der gute Willen vorhanden wäre, dennoch die Kräften und die Mittel „der Ausführung ermangleten: daß folglichen zu Erreichung des großen Endzweckes „kein anderer Weeg als die frantzösische Einverständniß übrig bleibe: daß solche „niemahlen anzuhoffen, noch der ernannten Cron zu trauen seye, außer sie würde „durch einen zureichenden und wesentlichen Vortheil in die dießseitige Absichten „eingezogen: daß dahero einem großen Uebel großmüthige Entschlüßungen entgegen „zu setzen und Franckreich durch Sacrificirung einer Provinz in Italien oder in „den Niederlanden zu gewinnen: daß dieser Verlust für einen ungemein wichtigen „Gewinnst zu rechnen, und daß zwar der Ausschlag ungewieß und zu zweifflen „seye, ob auch die ernannte Cron durch dergleichen Vortheil vermöget werden „könne, sich der wegen vieler Staats-Ursachen sehr nützlichen Freundschafft des „Königs in Preußen zu entschlagen: daß aber bei einem solchen Zweiffel die Wohl„fahrt und Erhaltung des Durchlauchtigsten Ertzhauses unumbgänglich zu erfordern „scheine, nichts ohnversucht, und keine solche gelegenheit aus handen zu laßen, so „die eintzige und sicherste ist, durch welche die Erste und größeste Absicht ausge„führet, und zur Vollkommenheit gebracht werden kan: daß hierbey die dermahlige „Beschaffenheit und Denckens-Art der frantzösischen Hofs nicht außer Augen zu „setzen, sondern alle dienliche Beweg-Ursachen und verschiedenerley Hülffs-Mittel „gelten zu machen und anzuwenden: daß zwar nach den dießseitigen innerlichen „und äußerlichen Umständen keine weit außsehende und gefährliche Offensiv-Unter„nehmungen, wohl aber solche anzurathen, welche, wenn alle Requisita, die hiebey „als nothwendig supponirt werden, eintreffen, menschlichem Ansehen nach nicht „wohl fehlschlagen und daß Durchlauchtigste Ertzhauß auf einmahl wieder in das „vorige Systema, Flor und Ansehen bringen können: daß weilen die jetzige Um„stände in Rußland und Franckreich favorables, aber vielen Veränderungen unter„worffen, die Ausführung des Plans nicht auf künfftige Zeiten hinauszuver„schieben, sondern je eher je besser Hand an das Werck zu legen seye, daß solches „in keinem Stück gegen der See-Mächte wahres Interesse oder gegen das alte „Systema streite: daß vielmehr alle wohldenckende und um die gemeinsame Wohlfahrt „beeyfferte Mächten alle Ursach hätten, die dießseitige Absichten zu unterstützen und „zu befördern: daß zwar das gantze Project vor sehr schwer, bedencklich, mithin in „gewießer Maß ideal und chimerisch, aber dennoch nicht vor ohnmöglich zu halten, „da fast alles auf der frantzösischen Einstimmung beruhet, und wenn solche sup-

„ponirt wird, die meiste dubia von selbsten hinwegfallen: daß es folglich nicht auf „bloße Erwegung der Difficultäten, sondern hauptsächlich auf die Frage ankomme, „ob ein Versuch zu wagen, und wie sodann die Anstände am b.sten zu heben seyn? „daß je wichtiger das Werck an sich ist, umb so mehrere Vorsicht hiebey zu ge-„brauchen, Und daß endlichen die Meinung keineswegs dahin gehe, dem Bourbo-„nischen Hauß schlechthin und ohne genügsame Vorbereitung eine oder die andere „Provinz gegen Schlesien anzubiethen, sich vor der Zeith bloß und Gelegenheit zu „Mißbrauch zu geben, oder auch die Idee allzuviel oder zu lang betreiben und sich „mit vergeblicher Hoffnung abspeißen, andurch aber auf Irrweege verführen zu „lassen."

330) Keith an den Herzog von Newcastle. Bei Coxe. II. 364. Er nennt diesen Plan ausdrücklich „the bait constantly held out by Bartenstein."

331) „Doch ist der von Graff Kaunitz aufgesetzte Plan, umb Franckreich „von Preußen zu detachiren und Schlesien wieder zu überkommen, mit aller er-„sinnlichen Vorsichtigkeit eines so würdigen und in Welt-Geschäfften tief einsehenden „Staats-Mann ausgearbeitet, weßentwegen Er auch den Beyfall des gantzen „Ministerij insoweit überkommen zu haben scheinet, daß den Vorschlag auszuführen „nicht unterlassen werden solle." Gutachten Batthyany's vom 18. Juni 1749.

332) Keith an den Herzog von Newcastle. Bei Coxe. II. 364.

333) Wolf. 367.

334) Mémoire pour servir d'instruction au comte de Richecourt, nommé ministre plénipotentiaire de S. M. l'Impératrice Reine auprès du Roy de la Grande-Bretagne. 17. Juni 1749.

335) . . . „de ne contracter à l'avenir aucun engagement qui pourrait „conduire directement ou indirectement à une nouvelle rupture, de ne don-„ner ombrage à personne, et de convaincre la Maison de Bourbon de ces „sentiments pacifiques, d'une manière cependant qui ne ressente ni crainte „ni bassesse."

336) . . . „d'éviter avec un soin très-scrupuleux tout ce qui pourrait „déplaire à la nation, sans s'enfoncer trop dans les factions qui la partagent."

337) . . . „d'être très-attentif et empressé à persuader la France par „tous les moyens combinables avec la bonne foi dûe aux alliés et la propre „dignité, qu'on ne garde aucune rancune pour le passé, mais qu'on est et „sera toujours prêt de se reconcilier et unir le plus sincèrement avec elle, „pourvu que de son côté on donnât des preuves réelles d'y être disposé de „même selon les règles de l'équité, de la justice et de la bonne foi."

338) . . . „d'envisager le Roy de Prusse comme l'ennemy le plus „dangereux, le plus redoutable, le plus irréconciliable de la Maison d'Au-„triche, toujours prêt à éclater contre elle, lorsque l'occasion luy semblera „aussi favorable qu'en 1744."

339) . . . „convaincu intérieurement du tort qu'il a fait à l'Impéra-„trice Reine" . . .

[340]) . . . „il n'y a aucun fonds à faire sur tel traité qu'on pourrait „conclure avec lui“ . . . .

[341]) Er ist aus Herrenhausen vom 14. Juli 1750 datirt.

[342]) Maria Theresia's erste Regierungsjahre. III. 333

[343]) So z. B. das Rescript der Kaiserin an ihren Geschäftsträger von Zohrern in London vom 5. April 1749, worin es heißt, „daß in dem Tractat „mit Rußland die allermindeste offensive Verbindlichkeit nicht einkäme und Wir die „geheime, ohnedaß in deinen Händen befindliche articlen mitzutheilen kein bedencken „hätten.“

[344]) Mémoire instructif pour le comte de Richecourt du 17 mai 1750 . . . „Elle en connait tout l'avantage en cas que le dessein pourra „réussir, sans avilir la dignité Impériale et sans que cette dignité coûte un „nouveau sacrifice à son auguste maison.“

[345]) Erklärung des englischen Gesandten Keith vom 18. Juni 1750.

[346]) Vorster's Bericht aus Hannover vom 1. August 1750. „Zumahlen „es nichts geringes seye, das Churhaus Bayern, deme Chur Cölln und Chur „Pfaltz nothwendig folgeten, von Franckreich ab und auf die guthe seite zu ziehen.“ Haßlang aber sagte, „daß man durch eine so geringe abgab nicht allein die Baye„rische und Cöllnische, sondern auch die Pfältzische stimme . . . ohnfehlbar gewinne.“

[347]) Am 26. Mai 1750, vier Tage nach der Unterzeichnung des Ueberein„kommens mit Baiern.

[348]) Vorster's Bericht vom 29. Dezember 1750. „Es ist nicht zu leugnen, „daß gedachter von Wreden ein besonders geschickter Mann seye, indem derselbe „die Reichsverfassung in ihrem gantzen zusammenhang, so zu sagen, an den Fingeren „hat: nebstdem besitzet er die Gabe, seine Gedancken auf eine annehmliche Art vor„zutragen, . . . Seine gröste Kunst bestehet aber darin, daß er allzeit das Gegen„theil von dem redet, was er gedencket. Seine Verstellung gehet so weit, daß er „einem jeden, so mit ihm spricht, gleich in allem Recht giebet, ja er löset die Ein„würff, so man ihme etwa machen könnte, von selbsten auf und begleitet alles mit „so vieler Wahrscheinlichkeit und verstelltem Vertrauen, daß auch die geschicktesten „Leuthe von ihm hintergangen werden können.“

[349]) Voriger Bericht.

[350]) Richecourt's und Vorster's Bericht vom 10. Oktober 1750. Die Decla„ration des Kurfürsten ist datirt aus Mergentheim den 29. September 1750.

[351]) So heißt es in einer Depesche der Kaiserin an ihren Gesandten in Madrid, den Grafen Nicolaus Esterhazy, vom 10. April 1751 von Frankreich: „Dieser Cron Ministri beschäfftigen sich an denen teutschen Höffen und zu Regens„purg mit gleichem eyffer, als mitten im Krieg, allem Vorschub zu geben, was „Uns nur immer unangenehm und nachtheilig seyn kan.“

[352]) Vom 22. Oktober 1750.

353) Rescript an Vorster vom 13. November 1750.

354) Vitzthum. Geheimnisse des sächsischen Cabinetes. I. 217. 218.

355) Rescript an Vorster vom 13. November 1750.

356) Maria Theresia an Friedrich II. 29. September 1746.

357) Weingartens Berichte vom 20. September und 1. October 1746.

358) Bericht des Grafen Bernes vom 26. November 1746.

359) Bericht des Grafen Bernes vom 3. Jänner 1747.

360) Preußische Denkschrift, von Podewils und Finckenstein unterzeichnet. 6. Jänner 1750.

361) Oesterreichische Denkschrift. Beilage zu dem Rescripte an Puebla vom 22. Februar 1750.

362) Preußische Erklärung vom 20. Mai 1750.

363) Oesterreichische Erklärung vom 6. October 1750.

364) Mémoire instructif pour le marquis de la Puebla du 6 octobre 1750. . . „On apprend par des avis qui parroissent assez fondés, que le „Roy de Prusse s'y prêtera pareillement, pourvu qu'il obtienne en même „temps la garantie de l'Empire, une pareille élection ne luy paroissant pas „contraire à son systéme et à ses vues dans les circonstances où l'Empire „se trouve présentement. Mais comme il importe beaucoup tant à la dignité „qu'aux intérêts de l'Impératrice Reine, qu'Elle ne paroisse aucunement „faire dépendre l'accomplissement de sa promesse de la voix électorale de „Brandenbourg, le marquis de la Puebla doit être très-attentif à ne jamais „laisser confondre ces deux objets, mais déclarer au contraire qu'indépen-„damment de la dite voix l'Impératrice Reine était prête d'avancer autant „qu'il dépendoit d'Elle l'affaire de la garantie, et qu'Elle ne requeroit le „concours de S. M. Prussienne à l'Élection du Sérénissime Archiduc ainé, „que comme une marque d'amitié et de complaisance de sa part."

365) Preußische Erklärung vom 23. October 1750.

366) Preußische Erklärung. Beilage zu dem Berichte Puebla's vom 30. October 1750. Die hiebei gebrauchten Worte sind etwas dunkel gehalten. Sie lauten: . . . „rien ne semble annoncer le besoin d'une élection semblable, ni „les motifs allégués pour cela dans la capitulation même de l'Empereur „d'aujourd'hui, motifs dont l'examen, auquel l'Empire est d'ailleurs intéressé „selon l'article VIII de la paix de Westphalie, doit précéder nécessairement „cette élection et en constater la légalité."

367) An Puebla. 28. November 1750.

368) Koch's Berichte vom 21., 22., 29. und 31. Dezember 1750.

369) Koch's Bericht vom 16. Februar 1751.

[370]) Ulfeld an die Kaiserin: „deß Klinggräv schreiben an König enthalten „nicht so viel erfindungen und unwahrheiten, wie vor Zeiten des Podewils seine.“

[371]) Klinggräff an den König. Wien, 9. Jänner 1751. . . . „quoique „l'Impératrice sache jouer son rôle en perfection pour persuader, elle n'a „cependant pas réussi avec moi; elle s'est trop pressée à vouloir me donner „bonne idée de la sincérité de ses sentimens pour V. M., ce qui a même „fait un effet contraire. Je m'en méfierai plus que jamais; ses yeux la tra„hissent malgré son éloquence.“

[372]) Friedrich an Klinggräff. Berlin, 19. Jänner 1751. . . . „je suis bien „aise de remarquer dans la vôtre, que vous êtes sur vos gardes contre les „insinuations emmiellées de l'Impératrice-Reine, et que ses artifices ne vous „en ont point imposé; aussi ferez-vous bien de vous tenir toujours en garde „contre ses cajoleries et de les apprécier. Au fond je sais à quoi m'en „tenir à l'égard de ses sentimens sur mon chapitre, et elle me jureroit sur „l'autel de vouloir être mon amie, que je ne le croirois qu'autant qu'elle ne „trouvera pas d'occasion et de moment favorable pour me nuire.“

[373]) Am 7. November 1750.

[374]) Preußische Erklärung. Beilage zu Puebla's Bericht vom 28. Jänner 1751. „Que l'Impératrice satisfasse l'Electeur Palatin, et que, si Elle trouve ses „prétentions trop fortes ou pas assez fondées, qu'Elle s'en remette à la „manière dont le Roy et le Roy de France les arrangeront avec le con„sentement de ce Prince.“

[375]) Mémoire instructif pour le comte de Richecourt du 16 février 1751. „S. M. ne s'est point pressée et ne se pressera pas de répondre à „un écrit aussi indécent. Elle croit au contraire qu'en cette occurrence „nulle réponse vaut mieux que bien des réponses les mieux fondées, et que „le mépris qu'Elle en marquera au Roi de Prusse, le déconcertera bien „plus que tout ce qu'Elle pourroit y répliquer.“

[376]) Puebla's Berichte vom 6. und 7. März 1751.

[377]) Ulfeld an Puebla. Preßburg, 14. Mai 1751.

[378]) Puebla's Bericht vom 30. März 1751.

[379]) Puebla. 22. Mai 1751.

[380]) Tron. 20. Jänner 1753. „Il Sig. de Vitz, Ministro del Rè di „Prussia, giovane di anni 36, assalito dal vajuolo, male assai pericoloso in „questo clima, dopo quattro soli giorni di malattia finì di vivere, compianto „universalmente da tutti questi esteri Ministri, ed anche dalla stessa Corte, „colla quale ad onta delle note animosità che sussistono trà il Rè di Prussia „e questo Governo, aveva saputo egli diriggersi in modo che riusciva molto „grato anche a questi Ministri.“

[381]) Puebla. 28. Jänner 1753. „C'est d'ailleurs un homme de beau„coup de droiture, de bon sens et naturellement porté au bien, de sorte

„que m'ayant beaucoup fréquenté, je me flatte qu'on s'en pourrait promettre „beaucoup de succès dans sa commission, à moins les ordres qu'il recevra, „ne l'empêchent de suivre ses propres bonnes inclinations."

[382]) Vorster. April 1752.

[383]) Oesterreichische Erklärung vom 5. August 1752.

[384]) Oesterreichische Erklärung vom 19. September 1752.

[385]) Vorster's Bericht vom 30. September 1752.

[386]) Vorster's Bericht vom 10. October 1752. „wie man denn klar sehe, „daß der Anstand, welchen Pfaltz anjezo mache, lediglich von Preußen herkomme."

[387]) Sir Charles Hanbury Williams an den Herzog von Newcastle. Dresden, 15. Juli 1753. „if ever the crown goes into another family, the „grass will soon grow in the streets of Vienna."

[388]) Voriger Bericht. . . „she was the only person left in Europe, „who was not of opinion that the signing those preliminaries had been the „salvation of the house of Austria."

[389]) Ueber Kochs Sendung vergl. Maria Theresia's erste Regierungsjahre. I. 329—338.

[390]) Citate aus Blondels Berichten bei Schlosser. II. 203. 204.

[391]) Referat vom 23. November 1749.

[392]) Ulfeld an Kaunitz. 9. November 1748. „Après les preuves que „vous venés de donner de vos talents et habileté dont vous scavés que j'ai „été toujours garant auprès de LL. MM., il est bien naturel que vous „ne vous imaginerés pas qu'on voudra vous laisser désoeuvré, ainsi il fau- „dra faire compte que l'occupation ne manquera pas et qu'il s'agira seule- „ment de la station à laquelle vous pourrés vous résoudre le plus aisé- „ment. Vasner a fini, faute de forces et de santé, pour repasser la mer, „et comme la France devra naturellement envoyer une ambassade icy, „de nostre costé il faudra en user de meme. Si je scavois pour lequel „des deux vous inclineriés de plus, cela me serviroit de régle et de „direction pour quand il est question d'en parler icy. J'opine pour Paris „parce que vous aprehenderés probablement l'air et le charbon d'Angleterre, „outre les autres agréments d'une commission aussi brillante".

[393]) Kaunitz an Ulfeld. Aachen, 27. November 1748 . . . . . „Pour „ce qui me regarde, j'avoue à V. E. que l'idée de me voir retenir dans „ces Pays-ci, après que tous mes Collègues ayant obtenu la permission „d'aller se mettre aux pieds de leurs Souverains, seroient partis, et de „devoir tout de suite me charger d'une nouvelle commission, telle que „celle de Paris et d'Angleterre, m'a fait d'autant plus de peine qu'elle „me vient de V. E. et que je m'étois toujours flatté qu'Elle avoit un peu „de bonté pour moi. Pour ce qui est de celle d'Angleterre, il ne peut

„pas en être question pour moi, parce que ma santé ne me permettroit „pas d'habiter un climat semblable; et ainsi ce n'est que celle de Paris „dont il pourroit l'être. Elle sait mieux que personne ce que c'est qu'une „Ambassade, et ce qu'il faut pour en soutenir les dépenses inévitables, „quelque arrangé que l'on soit. Si jamais il a été du service de S. M. „de ne point avilir ce caractère de représentation, c'est à présent. Je „sais me borner autant que qui ce soit, quand il n'est question que de „ma personne, mais dans les occasions qui intéressent le decorum et „le service de S. M., je ne pourrois jamais résister au chagrin de ne pou- „voir faire ce qu'exigent les circonstances.

Tout le monde sait ou est à portée de savoir l'état de mes „affaires, et j'ai eu l'honneur de mander à V. E. il y a déjà quelque „tems, que je n'aurais pas pu continuer à fournir aux dépenses que j'ai „faites ici, pour peu que cette Assemblée eût durée; ce que j'avance à „cet egard, je puis le prouver démonstrativement. Depuis que je suis „ici, je n'ai pas pu tirer une obole de mes terres de Moravie, et quand „même je réformerois entièrement le peu de bâtiments que je fais à Au- „sterlitz, et qui est la seule chose que je ne me refuse pas dans ce monde, „je ne pourrois jamais en tirer au-delà de 2 à 3 mille florins par an; „moyennant quoi n'ayant eu que les seuls revenus de ma Comté de „Rittberg, qui n'ont pas suffi à beaucoup près, j'ai été obligé de con- „tracter de dettes au-delà. Les intérêts à payer diminuent le fond, et „le crédit a ses bornes, personne n'ignorant que je ne possède que des biens „fideicommissaires, de sorte que, quand même je voudrois me ruiner totale- „ment, je ne le pourrois pas. D'ailleurs j'ai, grâce à Dieu, une famille nom- „breuse, et mes intérêts domestiques que j'ai abandonné entièrement depuis „sept ans que j'ai l'honneur de servir S. M. dans les pays étrangers, exigent „un meilleur arrangement et ma présence, sans parler de l'état de ma santé, „sur laquelle je ne puis jamais compter un instant. Au moyen de toutes „ces circonstances vraies et exactes j'en appelle au propre jugement de „V. E., s'il est possible, quand même je renoncerois entièrement à moi- „même, que je puisse me charger de l'Ambassade en question, à moins que „la Cour n'en fit la dépense, car ce que je puis ajouter du mien est peu „de chose. Je ne mériterois pas d'être chargé des affaires de S. M., si j'étois „capable d'oublier assez les miennes pour m'embarquer légèrement dans „choses que je ne pourrois pas soutenir et qui entraîneroient ma ruine totale. „S. M. est trop bonne et trop juste pour l'exiger d'un de ses fidèles vassaux. „J'en suis persuadé et c'est pour cela que je prends la liberté de me re- „mettre à Ses pieds aujourd'hui et de La supplier encore une fois de m'ac- „corder la permission de retourner à Vienne . . . . V. E. est trop équitable „pour ne pas sentir Elle-même ce que devroit penser le public, si, après „avoir terminé une commission aussi importante, je n'obtenois pas seulement „la grâce de pouvoir me montrer à mon Souverain et reparaître à Sa Cour. „Cela auroit l'air d'un honnête exil, et d'ailleurs le service exige même que „j'aille rendre compte de bouche de mes actions à S. M. et à mes Supérieurs

„sur bien des choses dont il n'est pas possible de pouvoir expliquer les „raisons par écrit. Moyennant quoi je me flatte que V. E. aura la bonté „d'appuyer ma priére . . .“

[394]) Tron. 29. August 1750.

[395]) Das Citat aus Blondels Bericht bei Schlosser. II. 203.

[396]) Ulfeld an die Kaiserin. 29. März 1748.

[397]) Vom 20. März 1750.

[398]) Das Billet existirt in einer von Kaunitz selbst verfertigten Abschrift: „J'ai lu“, so lauten die Worte der Kaiserin, „la pièce de Kaunitz, „et en étois occupé une journée entière, ayant eu ce jour la fièvre et un „grand mal de tête, et je peux dire qu'à sa fin j'en étais guéri par la satis„faction qu'il m'a donnée d'avoir un homme pareil et seule ressource pour „mon ministère. Plus je l'estime, plus je tremble pour lui et sa conservation, „et plus je sens combien il me manquera ici. J'ai fait plus, je l'ai envoyé „au prince Charles qui l'a lu hier en se levant à cinq heures pour l'achever „avant les cérémonies, qui l'a infiniment admiré et en est d'accord, mais „ne veut en paraître; il m'a dit même de plus, mais que je ne dirai qu'à „Kaunitz“.

[399]) Citate aus Hauteforts Berichten bei Schlosser. II. 263.

[400]) Mareschal an Ulfeld. 28. August 1749 . . . „wobey von Niemanden nur mit einem Wort angeredet worden bin, noch Jemanden nach „des Introducteur Vorschrift habe anreden dürfen“.

[401]) Mareschal an Ulfeld. 13. October 1749.

[402]) Sie ist vom 18. September 1750 datirt.

[403]) Doch sind sie leider nicht vollständig vorhanden.

[404]) Die Antworten Kochs an Kaunitz sind ebenfalls nicht mehr vorhanden oder wenigstens noch nicht aufgefunden worden.

[405]) Kaunitz an Koch. Fontainebleau, 7. November 1750. „Quant à „M. Puyzieulx, j'ai rencontré en lui ce que je comptais y trouver, une „belle âme, beaucoup de noblesse, de douceur et de vérité dans le caractère“.

[406]) „Je n'ai pas oublié non plus d'avoir des attentions pour Ma„dame de Pompadour; je sais que le Roi m'en a su gré, et qu'elle y „a été sensible“.

[407]) „Voyons ce que fait cette Cour. Elle se conduit selon son „intérêt et son système momentané; elle n'a d'autres alliez qu'elle ne soit „pas dans le cas de devoir payer que le Roi de Prusse. Elle sent toute „sa force et sa grandeur, elle ne peut pas consentir, ni vis-à-vis de toute „l'Europe ni vis-à-vis de ses créatures et de ses alliez en particulier à jouer „le rôle de quelqu'un, à l'exclusion duq el on fait tout ce que l'on veut“.

408) Schreiben an Koch vom 20. November 1750.

409) 4. Dezember 1750 . . . „il faut qu'il arrive encore bien de „changemens dans le système universel pour que l'on puisse se flatter de „rompre ou au moins de diminuer cette union".

410) „Le Roi de Prusse est son allié et nous ne le sommes pas. „Et quel allié encore? Un allié sans la puissance et considération duquel „la France ne joueroit pas aujourd'hui dans le monde le beau rôle „qu'elle y joue. Il est tout simple par conséquent qu'elle ait plus d'égard „et plus de confiance pour lui que pour nous".

411) 4. Dezember 1750 . . . „qu'il faut aspirer au parfait, mais „savoir en même tems se contenter du bon".

412) „Toute la différence que nous devions mettre entre notre con„duite et la leur, c'est que nous devons surpasser en bonne foi les pro„cédés de cette Cour et de toutes celles de l'Europe; ce sera toujours la „meilleure politique de la maison d'Autriche"..

413) Kaunitz an die Kaiserin. Paris, 3. Mai 1751.

„E. K. K. M. kann ich forderſamſt nicht verhalten, wie ich bey näherer „Erwegung derer ſeith meiner Krankheit ſich ergebenen Staatsvorfallenheiten mit „billiger Betrübnuß nur allzu überzeugend wahrgenommen, daß eines Theils „der hieſige Hof noch beſtändig nach ſeinem dem Durchlauchtigſten Ertzhaus ent„gegenſtehenden Staatsſyſtemate zu Werke gehe, und daß anderntheils der König „in Preußen neue erwünſchte Gelegenheiten überkommen habe, ſeinen Uebermuth „und gehäßige abſichten völlig und ohne alle Scheu an Tag zu legen; wie dann „der allſchon vor richtig erkannte Grundſatz, daß dieſer König vor den ärgſten „und gefährlichſten Feind der kayſ. Authoritet und des Durchlauchtigſten Ertz„hauſes anzuſehen, immer mehreres bekräfftiget und außer allem Zweifel ge„ſtellet wird."

„Bey dieſer nur allzu wahren Betrachtung muß mir nun nach meinem „Treueſten Dienſteifer um ſo ſchmerzlicher fallen, daß derjenige Hof, an welchem „ich mich befinde, mit dem Preußiſchen annoch ſo eng verknüpfet iſt und des „Letzteren eintzige ſtütze dermahlen abgiebet" . . . .

„So ſehr nun zu wünſchen ſtehet, den hieſigen Hof von dem Preußiſchen „zu trennen und allenfalls nur zu einem gleichgültigen Betrag zu vermögen, ſo „wenig will annoch hierzu gegründete Hoffnung anſcheinen" . . .

414) „ob das gantze Vorhaben als vergeblich, allzugefährlich und E. K. „K. M. dermahligen Allerhöchſten Staatsabſichten zuwieder lauffend, der Ver„geſſenheit zu widmen und fallen zu laſſen ſeye".

415) Das Concept des Berichtes, mit welchem Kaunitz dieſe Denkſchrift der Kaiſerin überſandte, iſt ſchon vom 12. April 1751, der ausgefertigte Bericht aber erſt vom 3. Mai datirt. Erſt am Abende des 14. Juni 1751 ſandte ihn jedoch Kaunitz, obwohl er in der Zwiſchenzeit wiederholt Couriere abgefertigt hatte, durch den Courier Sala nach Wien, wo er am 24. Juni

eintraf. Er stellte es der Kaiserin, an welche er den Bericht unmittelbar adressirte, anheim, ob sie von dessen Inhalt sämmtliche Mitglieder der Conferenz, oder bloß Ulfeld und Bartenstein allein in Kenntniß setzen wolle. Maria Theresia sandte den Bericht mit folgenden Worten an Bartenstein: „Ihr sehet aus „disen depechen was Kaunitz verlangt. Ulfeld hat selbe noch nicht gesehen, und „obwohlen er auch durch Koch melden lassen, das ihr übermorgen erst komen „soltet, so könt ihr doch morgen neun uhr mit disen zu mir komen, nichts „ehender gegen Ulfeld dergleichen zu thun. Kaiser hat es gestern ganzen tag „gehabt, mir nichts gemeldet ob er es gelesen hat oder nicht“. Und Ulfeld schrieb, nach dem er Einsicht von dem Berichte und seiner Beilage erhalten, an Bartenstein: „Ueber deß grafen von Kaunitz Bericht habe mich begnüget, „J. M. zwey wort zu melden, daß ich nicht glaube daß solcher eine schleu„nige Resolution erfordere“.

416) Worin es bestand, ist nicht zu ergründen. Kaunitz schreibt darüber am 3. August 1751 an Koch: „J'ai senti, comme je le dois, tout le prix de la „nouvelle marque de la précieuse confiance de S. M., dont je fais tout mon „bonheur.“

417) Kaunitz an Koch. 22. September 1751. „Quant à moi, je suis „dans la résignation la plus parfaite sur ce qu'il lui plaira de décider au „sujet de mon séjour dans ce pays-ci. Il me suffira d'en être informé à „tems, et ce sera mon devoir alors d'imaginer les moyens d'exécuter ses „volontés de la façon la plus convenable. Mais ce dont je ne puis m'em„pêcher de vous prévenir d'avance, c'est qu'il faut compter que je ne serai „que très-peu en état de soulager S. M. dans son travail. Je sens depuis „ma grande maladie . . . que mes forces ne me permettent plus d'entre„prendre nulle sorte d'ouvrage un peu considérable.“

418) Joseph's Erzieher Weger, welcher zu jener Zeit in Preßburg starb.

419) Kaunitz an Koch. 5. Dezember 1751. „La façon dont S. M. a „daigné s'expliquer sur ma relation secrette du 14 du mois de juin, m'est „d'une très-grande consolation. Je me flatte que j'ai le bonheur de connaître „la belle âme de cette grande Princesse, la gloire de son siècle, et je me „croirois le plus heureux des hommes, si je pouvois être l'instrument de ses „généreux dessins. Mais je vous avoue que j'ai vu avec douleur que S. M. „ait cru voir dans la relation en question, que j'avais eu l'idée de lui con„seiller de s'unir véritablement avec le roi de Prusse; je ne l'ai jamais „pensé, ni penserai, et dans tout ce que j'ai dit, je n'ai voulu que mettre „bien au clair les argumens dont on pourroit se servir utilement vis-à-vis „de cette Cour.“

420) „Si Mad. de Pompadour se mêlait des affaires étrangères, j'ai „lieu de croire qu'elle ne nous rendrait pas des mauvais offices; elle a „beaucoup de bonté et quelque confiance en moi. A Compiègne j'ai eu „occasion par l'état de ma maison, que j'y ai tenu, de faire des politesses „aux principaux Courtisans, qui sont de ses amis, et de la coterie du Roi.

„Je sais que ce Prince y a été sensible, et que plusieurs de ces Messieurs „sont fort de mes amis; on m'a même fait entendre, mais que cela reste „entre nous, je vous prie, que, s'il étoit possible, de mettre un Ambassadeur „de la cotterie du Roy, j'en serois, mais cela ne se peut pas. Bref, je ne „sais pas comment cela s'est fait, mais il est vrai que le Roi et Mad. de „Pompadour, et ceux qui l'environnent, ont beaucoup de bonté pour moi. „Tout cela ne fait rien assurément au fond des affaires, mais ces sortes „d'affections personnelles ne gâtent rien cependant, et peuvent être de grande „conséquence dans les occasions."

[421]) Kaunitz an Koch. 12. Februar 1752. „Vous ne sauriez croire „combien il est difficile et désagréable de traiter d'affaires avec ce bon homme. „Il a la conception dure, parle peu, il est lent et irrésolu, n'a point de crédit „vis-à-vis du Roi et a toujours peur de se commettre et de faire quelque faux pas."

[422]) Instruction für den Grafen Nikolaus Esterhazy. 25. October 1750. „Es hat nemblichen bald nach dem zu Aachen geschloßenen frieden der Cardinal Porto- „carrero, Spanischer Minister zu Rom, ein gut denckender und von wegen seiner gros- „sen redlich- und frommigkeit bey dem König von Spanien vielvermögender mann, „gegen den dortigen Kayserlichen Auditor Rotae Grafen Migazzi wegen einer künf- „tigen daurhaften einverständnus und engen vereinigung zwischen Uns und Spanien „mehrmahlen sich geaussert und von freyen stucken anzuerkennen bezeuget, daß er seinem „Hoff Unsere bündnus vor allen anderen die anständigste zu seyn ermesse."

[423]) Vorige Instruction.

[424]) Er traf erst am 9. April 1751 in Madrid ein.

[425]) Bericht des Grafen Esterhazy vom 28. April 1751. „Die sämtlichen „Regierungsgeschäfte werden von dem Könige, der Königinn, dem Caravajal, dem „Ensenada und Farinello alleinig bestritten; mit dem Unterschied, was leztern betrifft, „daß selbiger vor sich in die Geschäften zu mischen nicht verlanget, sondern bloß durch „die große Liebe, Neigung und gantz besonders Vertrauen, welches der König und die „Königinn auf gleiche Art zu Ihme tragen, zu allem gezogen, und in all- und jedes, „was nur vorgenommen wird, einen Einfluß hat, wie man denn in der That von „Ihme sagen kann, daß er mehr zu thun und sich zu bearbeiten hat, um alle die Gna- „denbezeugungen, mit welchen man ihme täglich zu überhäuffen suchet, nicht annehmen „zu dürfen, als einem Andern, dergleichen nur zum Theil zu erwerben, Mühe kosten „würde. Einer von seinen grösten Meriten ist, daß Er sich seines glückes nicht über- „nihmt und einen recht guten Charakter besitzet. Er hat kaum meine Ankunft erfahren, „so ist er gleich zu mir gekommen und hat mich als einen alten Bekandten mit vielen „Freuden empfangen. Da ich Ihme bey Gelegenheit der ersten Visite die von dem „Mahler Liotard verfertigte kleine Portraiter von E. M., J. M. dem Kayser, Ihrer „letztverstorbenen Kays. Majestät und der verstorbenen durchl. Ertzherzogin Maria „Anna, nebst Ihro Königl. Hoheit des Printz Carls weisete, so hat Er mir solche gleich „weggenommen und ist darmit zur Königinn geloffen. . . .

[426]) Esterhazy an Ulfeld. 28. April 1751. „Je ne crois pas de trop „avancer, en assurant que les dispositions de cette Cour soient telles que

„nous puissions souhaiter pour contracter des engagements d'amitié et pure-
„ment défensives avec notre cour, et à se prêter à tout ce qui peut con-
„tribuer à faire fleurir le commerce entre les deux états respectifs, que la
„Reine qui certainement a un pouvoir infini sur l'esprit du Roi, y soit ex-
„trêmement portée, tant par reconnaissance d'un intérêt et des convenances
„réciproques qui en résulteroient nécessairement, que par une espèce de
„prédilection très-marquée qu'elle a pour l'Impératrice et l'Auguste maison
„d'Autriche, et si de notre côté l'on ne tarde pas à suggérer des idées et
„la manière d'arranger un traité tant d'amitié que de commerce, on pourra
„bientôt le porter à sa perfection" . . . .

[427]) An Esterhazy. 7. März 1751. „Da Wir nun so wie vorausstehet, geden-
„cken, so kanst du unschwer ermessen, daß uns der Vorschlag an sich nichts weniger als
„zuwider ist, sondern allein obiges bedencken ungewisser inzwischen sich ergeben mögen-
„der Zufällen Uns zurückhaltet, derzeit tiefer in die Angelegenheit einzugehen, worzu
„Wir hingegen bey mehrers reiffem Alter dererjenigen Persohnen, umb deren Vereini-
„gung es zu thun ist, zu selber zeit alle attention tragen werden."

[428]) Oftmals, und zuletzt noch von Schlosser, II. 147, wurde die Behauptung
ausgesprochen, Maria Theresia habe, um das Bündniß mit Spanien zu Stande zu
bringen, eigenhändig an Farinelli geschrieben. In den Akten findet sich von einem sol-
chen Briefe auch nicht die leiseste Spur.

[429]) Esterhazy. Madrid, 17. Mai 1751.

[430]) Rescript an Esterhazy. 19. April 1751.

[431]) An Koch. 21. September 1752. „Cela étoit au point, qu'entre les
„propos les plus aimables que la populace m'adressoit à moi-même dans
„mon carrosse, plusieurs d'entre eux ont crié: „Vive Monsieur l'ambassadeur",
„et on a vu dans cent endroits différents le moment que les acclamations
„alloient devenir générales, si le peuple avoit osé. Enfin nous n'avons eu
„que des éloges et pas une critique."

[432]) So schreibt Kaunitz am 23. Juni 1752 an Koch: „J'ai eu occasion de
„causer aussi fort longtemps dans la même matinée avec Mad. la marquise
„de Pompadour, et je lui ai dit beaucoup de choses que je suis bien-aise
„qu'elle redise au Roi."

[433]) Kaunitz an den Kaiser. Paris, 15. August 1752.

[434]) Ilwof. Maria Theresia vom Aachner Frieden bis zum Schlusse des sieben-
jährigen Krieges. Wien, 1865. S. 82. 83.

[435]) Ulfelds Denkschrift vom 23. October 1752.

[436]) Kaunitz an Koch. Paris, Ende Dezember 1751.

[437]) Williams an den Herzog von Newcastle. 15. Juli 1753.

[438]) So schreibt Kaunitz am 20. März 1752 an Koch: „Je suis, il est vrai,
„autant que qui que ce puisse être, dans le principe qu'il faut employer
„tous les moyens raisonnables et imaginables pour détacher, s'il se peut, le

„Roi de France du Roi de Prusse, et pour nous soustraire à la tutelle des „puissances maritimes“ . . Und einige Zeilen später sagt er: „Nous voulons, je „crois, la même chose, M. de Bartenstein et moi.“ . . .

439) 19. Mai 1750.

440) An Koch. Paris, Ende Dezember 1751.

441) Paris, 17. Dezember 1752.

442) Doch geschah dieß im August 1755, als es sich um die Aufhebung des Bündnisses mit den Seemächten und die Annäherung an Frankreich handelte. Maria Theresia forderte Bartenstein auf, ihr seine Gedanken „über den gegenwärtigen Zustand von Europa“ mitzutheilen, ein Auftrag, welchem er mit Bericht vom 19. August entsprach.

443) „ . . is not afraid of his parts.“

444) „ . . extravagant upon the necessity of the strictest alliance „between the house of Austria“ . . .

445) Kaunitz an Mareschal. 18. September 1753. „Faites savoir aussi à „Mad. la marquise de Pompadour celles (les assurances) de mon inviolable „attachement.“

446) Instruction für Aubeterre bei Schlosser. II. 264.

447) Am Schlusse der Starhemberg'schen Instruction ist von dem Marschall Noailles, Puysieux, Saint-Severin, Saint-Contest, von Belleisle, Richelieu und deren politischen Anschauungen die Rede. Hinsichtlich der ersteren vier Personen erhält Starhemberg Andeutungen, wie er sich gegen sie zu benehmen habe; die Marquise von Pompadour wird hiebei gar nicht erwähnt.

448) Starhemberg an die Kaiserin und an Kaunitz. Paris, 25. und 31. Jänner 1754.

449) Vom 29. November 1753.

450) Exposition succincte du procès intenté à Mad. la comtesse de Marsan au Conseil souverain de Brabant par le procureur général de l'Impératrice Reine de Hongrie et de Bohème. Beilage zu einem Rescripte des Grafen Kaunitz an Mareschal vom 26. September 1753.

451) Réflexions sur le mémoire de la comtesse de Marsan. Beilage zu obigem Berichte.

452) Starhemberg an Kaunitz. 17. Februar 1754.

453) Starhembergs Berichte vom 28. und 31. Juli 1754.

454) Starhemberg an Kaunitz. 7. August 1754.

455) Voriger Bericht.

456) Depesche an Starhemberg vom 2. September 1754.

457) Starhembergs Bericht vom 17. April 1755.

458) Kaunitz an Starhemberg. 10. April 1755. „Mais je doute que Ma-

„dame de **Marsan** y donne les mains, surtout si elle pouvoit compter sur „une invasion des Pays-Bas, puisqu'alors elle trouveroit peut-être moyen „de se faire adjuger ses terres par le même juge qu'elle pourroit redouter „aujourd'hui."

459) Vom 23. Juli 1754.

460) Bericht Colloredo's vom 14. Februar 1755.

461) Kaunitz an Colloredo. 4. März 1755.

462) Die Kaiserin an Colloredo. 3. April 1755.

463) . . „de contenir le Roi de Prusse" . . Depesche vom 4. März 1755.

464) Am 24. April 1755.

465) Vortrag des Grafen Kaunitz an die Kaiserin. 4. April 1755. „Nachdem „auch E. M. gantz zuverlässig bekant seye, daß der besagte König nichts weniger als „sich mit der ansehnlichen Acquisition von Schlesien begnügen, noch die eingegangene „Friedensbedingnusse zu erfüllen gedencke, sondern nur auf eine vortheilhafte gelegen„heit warte, um die Erblande neuerdingen friedbrüchig zu überfallen und zu Grund zu „richten, so mußte der gegenwärtige status violentus und das zwischen zweyen angrän„tzenden Mächten glimmende Feuer ohnedem über kurz oder lang in helle Flammen „ausbrechen, wobey sonder Zweifel vor das fatalste und gefährlichste zu halten wäre, „daß ein solcher Erfolg jetzt zur Unzeit vorzusehen und zu erwarten stünde."

466) Khevenhüller an Münchhausen. Wien, 3. April 1755. „L'Impéra„trice ne fait pas de difficulté de déclarer qu'elle ne cherche sa conserva„tion que dans celle de ses Alliés . . . qu'ainsi elle fera dans le cas présent „tout ce qui pourra humainement dépendre d'elle pour aider vigoureusement „ses Alliés. Mais le choix, la qualité et le nombre des moyens de défense, „ce sont des objets qui ne peuvent s'arranger ni se trouver même que par „un concert auquel S. M. s'offre, et qu'un danger et un intérêt commun „doivent rendre aussi prompt que cordial entre elle et ses Alliés."

467) Vortrag des Grafen Kaunitz vom 17. Juni 1755.

468) . . „Vous y trouverez des traits extrêmement forts; il a fallu „y venir pour que je sache une bonne fois, comment je suis avec les Anglais."

469) . . . „attaquer le Roi de Prusse dès qu'il marcheroit contre les „Etats d'Hanovre."

470) „En un mot l'Impératrice sent bien et ce n'est pas d'aujourd'hui „que l'Angleterre par une politique, que sans doute elle croit bonne, ne veut „point entrer dans le vrai de sa situation. Mais S. M. a aussi assez de „fermeté et de résolution pour être, comme elle le doit, en garde contre „les effets de cette politique, et pour ne pas s'exposer à les éprouver."

471) „Mais quoiqu'il en arrive, la Cour de Vienne ne donnera jamais „les mains qu'à ce qui sera combinable avec sa conservation, sa gloire et „le vrai bien de l'alliance."

[472]) Vom 27. Juni 1755.

[473]) Vom 12. Juli 1755.

[474]) In der geheimen Correspondenz, welche der Cabinetssecretär Koch im Auftrage der Kaiserin mit dem Grafen Cristiani führte, findet sich ein chiffrirter Brief vom 7. Juli 1755, in welchem es nach ausführlicher Darstellung der Sachlage heißt: „Ecco in poche parole la vera situazione di questa spinosa negoziazione. „E ridotta ormai la cosa ad un termine, che vedremo fra poco, se si ren„dono alla ragione gl'Inglesi, essendo giustissimo quello, che da loro esigge „S. M. Temo però che verrà una rispostà poco amena, e nel caso di continuare „ad insistere colla stessa impetuosità sulla marcia chiesta, senza soddis„fare a quanto da loro esigge S. M., ci troveremo nel punto critico, se con„vien cedere alla loro impetuosità, o se continuando a star fermi nella riso„luzione presa, conviene esporsi alle conseguenze che portar facilmente seco „potrebbe la loro stravaganza, capace a dare, secondo il loro costume, in ogni „sorte di eccesso, fino a buttarsi forse nelle mani della Prussia. Se all'in„contro cede la Padrona al loro capriccio, perdiamo una occasione, quale „mai più forse avremo di metterli sulla vera strada a trattare S. M. come „merita di essere trattata, e di consolidare il sistema per l'avvenire, con „farli entrare nelle misure più che necessarie alla sicurezza commune dell' „Alleanza, ed allarmaressimo con una marcia precipitata la Francia, obligan„dola in conseguenza a passar per tutte le condizioni che vorrà la Prussia per „metterla intieramente dalla sua parte“ . . .

[475]) Referat über die Sitzung vom 16. August 1755, bei welcher der Kaiser und die Kaiserin, dann sämmtliche Mitglieder der Conferenz anwesend waren. „Hie„rauf folgete endlichen“, heißt es darin, „J. K. M. entscheidender Ausspruch, daß „da bey der gegenwärtigen Beschaffenheit deren allgemeinen Weltgeschäfften dem „Durchlauchtigsten Ertzhauß keine andere Auswahl übrig bleibe, als eine nachtheilige „parti in ansehung des denen Niederlanden und Hannover bevorstehenden Unheyls zu „ergreiffen, die Vorsicht allemahl erfordere, das geringere Uebel dem größeren vorzu„ziehen, und dahero weit rathsamer wäre, bey dem nicht mehr zu vermeidenden Krieg „auf dem festen Land völlig still zu sitzen und die Niederlanden dem Schicksal lediglich „zu überlassen, als durch hilfreiche Theilnehmung und Schwächung seiner dermahligen „Kräfften sich in die Gefahr des gäntzlichen Untergangs zu stürzen.“ Auch Koch schreibt am 18. August 1755 an Cristiani: „Mi pare che nulla di meglio si possa consi„gliare alla Padrona, che di stare intieramente nell'inazione, di veder dove an„deranno a finire le cose, e di mettersi frattanto in uno Stato di valida diffesa „contro chiunque volesse attaccarla, ed ardirei dire che sarebbe per dar l'istesso „consiglio Vostra Eccellenza, che tanto ama il bene della Monarchia, se fossi „qui presente, giacchè situazione piu infelice esser non potrebbe che quella di „esporla per l'interesse d'altra via a tutt' i rischj che produr potrebbe una „guerra di tal sorte, senza aver da sperar altro profitto che un'enervazione „totale della Monarchia in uomini e denari, incapace poi per molti e molti „anni a far testa ai nemici suoi più pericolosi e fatali.“

[476]) Koch schreibt über sie am 18. August 1755 an Cristiani: „Operano „come ignoranti o come gente alla quale la paura fà voltar il cervello."

[477]) Starhembergs Bericht vom 2., in Wien eingetroffen am 11. August 1755.

[478]) In einer späteren Denkschrift des Grafen Kaunitz — vom Mai 1756 — über die ganze Verhandlung heißt es über diesen Punkt: „Mais dans l'incertitude où „nous étions, si le Prince (Conti) étoit bien ou mal avec la marquise de Pompa„dour, et si la faveur de l'une ne traverseroit peut-être le crédit qu'on supposoit „à l'autre, on donna au comte de Starhemberg le choix de s'adresser au Prince „ou à la marquise. Il se détermina pour la favorite, et l'événement justifia son „choix."

[479]) Es geschah dieß mit dem einzigen Worte: Placet, welches von der Hand des Kaisers herrührt. Er sowohl als die Kaiserin fügten dann eigenhändig ihre Namen hinzu.

[480]) Der Vortrag des Grafen Kaunitz, in welchem, um „der Nachkommen„schaft die vollständige Nachricht zu hinterlassen, auf welche Gründe die dermahlige „Allerhöchste Entschließungen gebaut worden", eine vollständige Darlegung seines Planes enthalten ist, trägt das Datum des 28. August 1755.

[481]) Je promets, foi d'Impératrice et de Reine, que de tout ce qui sera proposé de ma part au Roi Très Chrétien par le Comte de Starhemberg, il ne sera jamais rien divulgué, et que le plus profond secret sera gardé à cet égard pour toujours, soit que la négociation réussisse ou ne réussisse point, bien-entendu néantmoins, que le Roi Très Chrétien me donnera une déclaration et promesse pareille à celle-ci. Fait à Vienne ce 21 août 1755.

[482]) Madame, J'ai souvent désiré pouvoir me rappeler à votre souvenir; il s'en présente aujourd'hui une occasion qui par les sentimens que je vous connois, ne sauroit vous être désagréable. M. le Comte de Starhemberg a des choses de la dernière importance à proposer au Roi, et elles sont d'espèce à ne pouvoir être traitées que par le canal de quelqu'un que S. M. T. C. honore de son entière confiance et qu'Elle assigneroit au Comte de Starhemberg. Nos propositions, je pense, ne vous donneront pas lieu de regretter la peine que vous aurez prise, Madame, de demander au Roi quelqu'un pour traiter avec nous, et je me flatte au contraire, que vous pourrez me savoir quelque gré de vous avoir donné par là une nouvelle marque de l'attachement et du respect avec lequel j'ai l'honneur d'être . . .

Daß Kaunitz nicht schon seit Jahren mit der Marquise von Pompadour in fortwährendem Briefwechsel gestanden, dürfte wohl auch seine Bemerkung gegen Starhemberg beweisen: „Die rechte adresse an die Madame Pompadour weiß ich „nicht, sie wäre also erforderlichen falls auf das schreiben setzen zu lassen".

[483]) „Mais on demandera en échange que la France rénonce à son „alliance avec le Roi de Prusse, lequel aussi est bien prêt à la sacrifier à „ses vues et à la ligue qu'il médite de former entre les Puissances pro„testantes".

[484]) „Persuader à une grande Puissance, que le sistème, sur lequel „Elle a monté tous ses ressorts politiques, est contraire à ses intérêts; „Lui démontrer, que le moyen qu'Elle croit unique pour se tirer d'embarras „vis-à-vis de l'Angleterre, ne vaut rien; La convaincre, qu'Elle prend de „fausses mesures en soutenant le Roi de Prusse, qu'elle regarde cependant „comme l'arc-boutant de ses Alliances; en un mot, vouloir déraciner son „ancienne Rivalité contre la Maison d'Autriche, vouloir enfin refondre le „caractère national de tout un Ministère: voilà une Entreprise que la Pro- „vidence seule pouvoit inspirer, conduire et faire réussir, et ce fut aussi „sous ses auspices qu'on commença l'ouvrage".

[485]) „worzu sich währendem meinem Aufenthalt in Paris gar keine „Gelegenheit äußeren wollen" . . .

[486]) Starhemberg; 1. September 1755. „Gestern aber habe den ersten „Anwurff, jedennoch mit gehöriger Vorsicht, bei der Marquise von Pompadour „gemacht und ist selbiger sehr wohl aufgenommen worden".

[487]) Dieselben sind überhaupt nur unvollständig vorhanden. Erst vom Jänner 1756 angefangen besitzt das Staatsarchiv die vertraulichen Berichte Starhembergs an Kaunitz. Uebrigens läßt sich das Fehlende aus den Vorträgen des Letzteren an die Kaiserin wenigstens einiger Maßen ergänzen.

[488]) Maria Theresia an Starhemberg. 29. September 1755 . . . . „mißbilligen Wir keineswegs, daß du hiezu die Pompadour, so das gröste „Vertrauen des Königs besitzet, und wan man Sie gäntzlich vorbey gegangen „hätte, am meisten geschadet haben dörffte, vorzüglich erwehlet hast".

[489]) Dieß geschah am 9. September. Die neunzehn Punkte sind von Starhembergs eigener Hand niedergeschrieben.

[490]) „Vielmehr hat solches unsere Hoffnung bestärket, daß Frankreich „nichts gegen Hannover unternehmen werde, wan es in unsern Plan eingehet." Rescript an Starhemberg vom 21. August 1755.

[491]) Vortrag des Grafen Kaunitz an den Kaiser vom 23. September 1755.

[492]) An Starhemberg. 27. September 1755. „So hast Du gegen den „Bernis . . zu wiederholen, daß Unser ganzer Vorschlag, nicht nur was den „König in Preußen betrifft, sondern auch alle übrige darauf gegründete Beding- „nüsse und Anerbieten gänzlichen und von selbsten hinwegfielen."

[493]) Réponse que M. l'abbé de Bernis m'a rendue de la part du Roi Très-Chrétien le 11 d'octobre 1755. Auch hier fehlt wieder Starhembergs eigenhändiger Bericht vom 22. October.

[494]) An Starhemberg. 5. November 1755.

[495]) Referat des Grafen Kaunitz an den Kaiser. 26. November 1755.

[496]) „S. M. Très-Chrétienne a pris la ferme résolution de se venger „du Roi et de la nation britannique par tous les moyens possibles". Es

ist nur die französische Erklärung vorhanden, während der Bericht fehlt, mit welchem Starhemberg dieselbe dem Kaiser vorlegte.

[497]) . . . „contradictoire, parce que ce seroit un fait diamétrale-„ment opposé aux loix d'une neutralité malhonnête et même ridicule, parce „que ce seroit s'engager à favoriser les ennemis de nos alliés". An Starhemberg, 27. Jänner 1756.

[498]) Die Worte des Grafen Kaunitz sind hier etwas unklar. Sie lauten: . . ce qui m'a coûté le plus de soin et de peine, a été la conviction nécessaire à la délicatesse de LL. MM. quod liceat."

[499]) „Le reste a été tout de suite. J'entrevois la plus belle per-„spective du monde pour les deux Cours, et il n'est rien que je n'ose espérer, „pourvu qu'où vous êtes, on y aille d'aussi bon jeu qu'on ira ici".

[500]) Dieser Brief der Pompadour an Kaunitz ist nicht vorhanden.

[501]) „J'ai été extrêmement flatté de quelques expressions de la „petite lettre de Madame la Marquise de Pompadour, que vous m'avez en-„voyée en dernier lieu. Je vous prie de l'en assurer, ainsi que du respect „et de l'attachement qu'elle me connaît pour elle. Je me flatte qu'elle „ne m'accusera pas de lui avoir manqué de parole, mais je serois bien-„aise en même temps qu'elle voulût se rappeler aussi de son côté la „promesse de certain portrait de la plus aimable dame du monde, que „j'attends avec beaucoup d'impatience depuis trois ans" . . . .

[502]) Eigenhändiger und vertraulicher Brief Starhembergs an Kaunitz vom 8. Jänner 1756: „Il a couru ces jours passés un bruit qu'il y avoit un traité de „conclu entre l'Angleterre et le Roi de Prusse. J'en ai parlé à M. Rouillé qui „me dit d'abord que ce bruit lui étoit déjà revenu, mais qu'il n'y ajoutoit „aucune foi, et qu'il ne voyoit pas l'avantage qui pourroit revenir au Roy de „Prusse d'un traité avec l'Angleterre, de quelque nature qu'il pût être. Il „ajouta que ce Prince avoit fait donner en dernier lieu par son ministre le baron „de Knyphausen de nouvelles assurances de son amitié et attachement aux „intérêts de la France, et avoit fait déclarer que cette démarche étoit occasionnée „par l'avis qui lui étoit parvenu que l'on cherchoit à inspirer à cette Cour de „la méfiance contre lui."

[503]) Starhemberg an Kaunitz. 7. Februar 1756.

[504]) Voriger Bericht.

[505]) Starhemberg an Kaunitz. 16. Februar 1756.

[506]) „Mais S. M. Très-Chrétienne déclare en même tems qu'Elle établit „pour principe fondamental du traité projeté l'égalité et la réciprocité la plus „parfaite des conditions."

[507]) . . „un événement définitif pour le bonheur de la maison d'Au-„triche."

[508]) „Si l'idée du danger immense pour la France dans l'éxécution de „la ligue entre l'Angleterre, les Cours de Vienne et de Pétersbourg, le Roi de „Prusse, les Etats-Généraux et plusieurs autres Puissances, pour laquelle la „Cour de Londres se donne actuellement des mouvemens, et qu'elle poussera „avec son impétuosité accoutumée, n'ouvre pas les yeux à la Cour où vous êtes, „et ne lui fait pas sentir que pour faire échouer ce projet, il n'y a pas de tems à „perdre, il semble qu'il faudra renoncer à l'espoir de lui voir prendre jamais „un parti conforme à son intérêt d'Etat et à la gloire d'une aussi grande monar„chie. On ne devrait pas lui supposer cet excès d'aveuglement, cependant „vestigia terrent."

[509]) Starhemberg an Kaunitz. 27. Februar 1756. „Avant toutes choses „l'abbé de Bernis a exigé de moi . . . que je lui donnasse une déclaration posi„tive au sujet de ce qu'il lui a plu de nommer le point fondamental de notre „négociation, à savoir l'observation d'une parfaite réciprocité dans nos conven„tions, réciprocité qui consisteroit en ce que la Cour de Vienne en useroit avec „l'Angleterre tout de même qu'elle demandoit que l'on en agît ici à l'égard du „Roi de Prusse, et il ajouta qu'il ne seroit pas possible d'entrer en matière, si „je ne lui donnois au préalable des assurances précises sur ce point prélimi„naire."

[510]) „J'ai déclaré à M. le comte de Starhemberg, qu'au cas que Leurs „Majestés Impériales n'adoptassent point ce que le Roi dans la réponse du 16 „du présent mois regarde comme le principe fondamental de la négociation, „tout ce qui pourroit être dit entre M. le comte de Starhemberg et moi au sujet „des propositions faites par l'Impératrice au mois de septembre dernier, seroit „regardé comme nul et de nul effet. Je lui ai fait lecture de la présente décla„ration, laquelle s'est trouvée conforme à l'original fait à Versailles ce 23 fé„vrier 1756." „L'abbé comte de Bernis."

[511]) Starhemberg an Kaunitz. 27. Februar 1756. „Quant à la substance „il est certain que l'on entre non seulement au moins en partie dans nos vues „contre le Roi de Prusse; que l'on consent à ce que nous lui reprenions avec „le secours de la Russie les Etats qu'il nous a enlevés, mais que même on ne „fera pas difficulté de concourir efficacement à l'exécution de ces vues en nous „fournissant des secours en argent, dont nous pourrons avoir besoin."

[512]) . . . „que l'on aimeroit mieux lui déclarer ouvertement la guerre, „que de se prêter sous main à sa destruction totale."

[513]) . . . „que quand même l'on auroit pu y consentir, ce n'auroit „jamais été qu'à condition que nous eussions aussi consenti de notre côté au „dépouillement total du Roi d'Angleterre."

[514]) 11. März 1756.

[515]) Rescript an Starhemberg. 6. März 1756.

[516]) Rescript an Starhemberg. 27. März 1756.

517) Voriges Rescript.

518) Kurze Anmerkungen über des Herrn Grafen von Starhemberg Berichtschreiben vom 27. Februar 1756 und die darinnen enthaltene Aeußerungen des frantzösischen Hofs in Ansehung der diesseitigen geheimen Vorschlags-Beilage zu dem Rescripte an Starhemberg vom 27. März 1756.

519) Herrmann. Geschichte des russischen Staates. V. 130.

520) Bericht vom 17. Februar 1756.

521) Esterhazy's Berichte vom 5. und 6. April 1756.

522) Vom 19. April 1756.

523) „Si l'Impératrice avoit pris le dernier de ces deux partis, Elle „auroit rendu, en se ruinant, un double service à l'Angleterre; Elle auroit „occupé l'ennemi des Anglois, la France, et Elle auroit fourni à leur cher „allié le Roi de Prusse la plus belle occasion du monde à tomber sur la „Bohème et à faire des nouvelles conquêtes. Les Anglais en alliés fidèles et „tendres Lui auroient prodigué des louanges, mais la voyant aux prises „avec deux Ennemis si redoutables, ils Luy auroient conseillé fort chrétiennement de céder aux tems et aux circonstances, et ne pouvant pas résister „à des forces si supérieures, de faire de nouveaux sacrifices à l'un de ses „ennemis, pour pouvoir achever de se ruiner avec l'autre."

524) Rescript an Starhemberg. 14. Februar 1756.

525) Correr. 17. April 1756. „Resasi osservabile la direzione del Rè „di Prussia alla nazione Inglese, la quale concepì gagliarda suspizione, che „la sua alleanza non fosse per esser sicura, ma che egli continui ad essere „attaccato alla Francia, accrescendole il sospetto le replicate attenzioni che „quel Rè pratticò al Duca di Nivernois, ed ora anco al Valori. Ciò produsse „in Londra un numeroso partito che sosteneva che ad ogni costo si avesse a „replicare li più pressanti offizj a questa Corte, invitandola a prendere parte „ne' correnti affari, e ad adempire al convenuto ne' trattati, affine di assi„curarsi una riguardevole potenza, che valesse a far resistenza ad ogni colpo „improviso che il Re di Prussia potesse machinare e forse eseguire a danno „dell' Inghilterra ad onta del firmato trattato, o interpretandolo a piacere o „sostenendo che a tanto non si estende il suo impegno."

526) Rescript an Starhemberg. 10. April 1756.

527) Vom 3. April 1756.

528) Starhemberg an Kaunitz. 17. April 1756.

529) Flassan. Histoire de la diplomatie française. VI. 48.

530) Am Ostermontage.

531) Starhemberg an Kaunitz. 2. Mai 1756.

532) Voriger Bericht. „La signature s'est faite à Jouy chez M. Rouillé, „quoique la date soit de Versailles."

[533]) „Madame de Pompadour est enchantée de la conclusion de ce „qu'elle regarde comme son ouvrage, et m'a fait assurer qu'elle feroit de „son mieux pour que nous ne restions pas en si beau chemin."

[534]) Es kann hiebei ebensowohl Bernis als der Abbé de la Ville gemeint sein. Sie gehörten Beide den vierzig Unsterblichen an.

[535]) „Si S. M. l'Impératrice, comme on n'en doute pas, donne sur „tous ces articles des lumières satisfaisantes, rien n'empêchera S. M. Très-„Chrétienne d'arrêter incontinent les préliminaires du traité secret."

[536]) Starhemberg, 13. Mai 1756. „Il me déclara en conséquence, que „son sentiment étoit que nous ne ferions jamais rien de bien solide, si l'on „ne convenoit de la cession totale des Pays-Bas, qu'il faudroit à la fin tou-„jours en venir là, et qu'il valoit mieux par conséquent trancher le mot dès „le moment présent."

[537]) „Ajouté à la dernière réponse du Roi Très-Chrétien. Fait à Ver-„sailles le 11 mai 1756. Beilage zu Starhembergs Bericht vom 13. Mai 1756.

[538]) Auszug aus dem Protokolle der Conferenz vom 19. Mai 1756. Abgedruckt in „Einige neue Aktenstücke über die Veranlassung des siebenjährigen Krieges." S. 25.

[539]) Dieß geschah am 23. Mai 1756.

[540]) Gehorsamstes Dafürhalten Mein Hoff- und Staats-Kantzlern über die von des Kayßers Majestät den 23. Maii 1756 allergnädigst vorgelegte und hier beyliegende zwey fragen. Ganz von des Grafen Kaunitz eigener Hand.

[541]) Sämmtliche Bedingungen sowohl der ersten als der zweiten Kategorie sind summarisch erwähnt in dem Auszuge des Sitzungsprotokolles vom 2. Juni 1756, welches in „Einige neue Aktenstücke", Seite 27—29, abgedruckt ist. Doch befindet sich dort ein sinnstörender Fehler, indem es in diesem wie in dem vorhergehenden Protokolle statt concludit offensive offenbar affirmative heißen soll.

[542]) Keith's Bericht vom 16. Mai 1756 bei Coxe. History of the house of Austria. II. 387. 388. Raumer. Beiträge. II. 329—333.

[543]) Raumer. Beiträge. II. 333. Kaunitz schreibt dagegen an Starhemberg am 23. Juni 1756: „da nun auch beede kais. Majestäten und das Ministe-„rium eine aufrichtige und reine Freude darüber empfinden, so muß die Sache „an sich gut seyn, weil beide Theile solche mit Vergnügen ansehen. Der gröste „Theil des hiesigen Publici frohlocket darüber, und ist nicht zu verwundern, daß „es noch einige Englische Partisaner hier giebet, welche sich von den alten Vorur-„theilen leiten lassen, jedoch in der Weesenheit keine andere Ausstellung vorzu-„bringen wissen, als daß die Cron Franckreich einen unversöhnlichen Haß gegen „Uns im Herzen führe".

[544]) Corer. 21. September 1754. „Persone di tutta capacità m'assi-„curano che questi due Sovrani, continuando in tal modo, desoleranno reci-„procamente quei paesi".

545) Corer. 18. Jänner 1755. „E qualche tempo che alcuni grandi „dell' Ungheria, mal sofferendo di vedersi esclusi dal maneggio ed impieghi „della Corte di Vienna, e posposti anco a Lorenesi nel governo d'alcune „città e castelli delle loro provincie, fecero intendere le proprie doglianze, „e nell' occasione che la Regina tratta di far dichiarare il Primogenito figlio „in Rè de' Romani, ripresero motivo di reclamare, esponendo che impegnati „a sostenere i voleri della Sovrana, potrebbe avvenire qualche incursione „ne' loro paesi per mezzo di chi potesse opporsi all' assunzione di simile „titolo. Con tali preteste li Malcontenti suscitano le turbolenze in quel „Regno, e malgrado la diligenza del Primate Co. Badiani si odono conferenze „e mozioni militari nelle montagne di Cassovia, ultima parte dell' Ungheria, „e nelle vicine di Presburgo. Il Rè di Prussia, cui non aggrada la dignità „di Rè de' Romani in casa d'Austria, e che per le sue idee ed altre inten„zioni sopra il restante della Slesia tiene allestita e pronta ad unirsi un „armata di 30000 uomini„ oltre altre disperse milizie, dà fomento a' malcon„tenti sudetti. Da questi torbidi nascono le grandi gelosie della Corte di „Vienna" . . . .

546) Schon am 24. Jänner 1756 meldet Corer die Kriegsrüstungen Preußens. „In somma", fügt er hinzu, „quel Monarca va disponendo quanto „più per difendersi o per forse assalire".

547) Kaunitz an Starhemberg. 12. Juni 1756.

548) Esterhazy, St. Petersburg, 22. April 1756.

549) Voriger Bericht.

550) Kaunitz an Esterhazy. 26. Juni 1756 . . . „ist solche zu geben noch „nicht möglich gewesen und wird auch nicht ehender möglich seyn, bis Wir nicht „etwas zuverlässiges aus Paris erhalten".

551) Kaunitz an Starhemberg. 18. Juni 1756.

552) Starhemberg an Kaunitz. 13. Mai 1756. „Je crois qu'il seroit „très-à-propos que V. E. voulût bien dans la première lettre qu'elle me fera „l'honneur de m'écrire, insérer quelques lignes ostensibles à Madame de „Pompadour. C'est à présent le moment où nous avons plus que jamais „besoin d'elle, et je serois fort aise qu'outre les complimens personnels de „V. E. il y eût aussi quelque chose qui marquât la reconnaissance et la „considération de la Cour et du ministère pour elle. Il est certain que „c'est à elle que nous devons tout, et que c'est d'elle que nous devons „tout attendre pour l'avenir. Elle veut qu'on l'estime et elle le mérite „en effet. Je la verrai plus souvent et plus particulièrement lors que „notre alliance ne sera plus un mistère, et je voudrois avoir pour ce tems„là des choses à lui dire qui la flattassent personnellement".

553) Kaunitz an Frau von Pompadour. 9. Juni 1756. „L'on doit „absolument à votre zèle et à votre sagesse, Madame, tout ce qui a été „fait jusques ici entre les deux Cours. Je le sens, et ne saurois me re-

„fuser à la satisfaction de vous le dire, et de vous remercier d'avoir bien „voulu être mon guide jusqu'à cette heure. Je ne dois pas même vous „laisser ignorer, que Leurs Majestés Impériales vous rendent toute la justice „qui vous est dûe, et ont pour vous tous les sentimens que vous pouvez „désirer. Ce qui est fait, doit mériter, ce me semble, l'approbation du „public impartial et de la postérité. Mais ce qui reste à faire est trop „grand et trop digne de vous, pour que vous puissiez vous dispenser de „tâcher de contribuer à ne point laisser imparfait un ouvrage, qui ne pourra „que vous rendre chère à jamais à votre patrie. Aussi suis-je persuadé que „vous continuerez vos soins à un objet aussi important. En ce cas je re„garde le succès comme certain, et je partage déjà d'avance la gloire et „la satisfaction qui doit vous en revenir, personne assurément ne pouvant „vous être ni plus sincèrement ni plus respectueusement attaché que votre „très-humble et très-obéissant serviteur le comte de Kaunitz-Rietberg."

554) Starhemberg an Kaunitz. 18. Juni 1756.

555) Kaunitz an Puysieux. 30. Juni 1756. „Une marque de souvenir „de la part de V. E. m'auroit été assurément très-agréable dans tous les „tems; Elle peut imaginer moyennant cela, combien doit me l'avoir été „celle qu'Elle vient de me donner à l'occasion du grand événement du „traité signé entre nos deux Cours".

556) Am 29. Juni 1756. Abgedruckt in „Neue Aktenstücke" S. 31.

557) An Kaunitz. 3. Juli 1756.

558) Kaunitz an Starhemberg. 19. Mai 1756. „Je désire sincèrement „et beaucoup apprendre bientôt que le Roi ait honoré M. le comte de „Bernis d'une place dans son conseil. Il faut à la France et à ses alliés „un grand homme dans les grandes affaires, et M. de Bernis me paraît „avoir cette qualité. Empêchez, pour Dieu, si vous le pouvez, qu'on ne „s'occupe de minuties; ce seroit le vrai moyen de tout gâter dans ce mo„ment-ci, et en attendant recevez, mon cher comte, mes complimens des „plus sincères sur votre conduite, que nous approuvons en tout et partout; „je souhaite bientôt vous en faire des ultérieurs".

559) Starhemberg an Kaunitz. Compiegne, 18. Juli 1756.

560) Maria Theresia an Starhemberg. 27. Juli 1757. „Ob nun zwar der „frantzösische Hof annoch auf dem Vorsatz, an dem Krieg gegen den ernanten König „keinen ohnmittelbahren Antheil zu nehmen, unbeweglich bestehet, so wirst Du Dich „doch andurch keineswegs irre machen lassen, sondern so vest auf der zweyten als auf „allen den übrigen conditionibus sine qua non beharren."

561) Nachdem Starhemberg die Denkschrift Bernis' nicht annahm, befindet sie sich auch nicht bei den Akten über die Verhandlung. Ich mußte daher bei der Skizzirung ihres Inhaltes dem Berichte Starhembergs an Kaunitz vom 20. August 1756 folgen.

562) Voriger Bericht. . . „avec autant de stile que d'étendue et de clarté."

[563]) Zu Compiegne.

[564]) Voriger Bericht. . . „Je procédai à un travail ultérieur, au moyen „duquel je suis parvenu à éclaircir tous les points douteux, à faire s'ex„pliquer la Cour d'ici sur le fond de ses intentions, et à la mener aussi „loin que nous pouvions le désirer, et plus que nous n'avions osé nous le „promettre."

[565]) „On a déclaré que les bornes au dépouillement projeté ne „seroient fixeés qu'après la discussion qui doit être faite à cet égard avec „les différentes Cours qui doivent prendre part au dit dépouillement."

[566]) Der vereinbarten Bedingungen sind zehn, von welchen jedoch hier nur die drei ersten und wichtigsten aufgezählt werden.

[567]) . . . „soit sujette aux mêmes risques que toute l'entreprise."

[568]) In seinem Berichte vom 20. August 1756 sagt Starhemberg von Belle-isle: „Je ne puis assez me louer du zèle qu'il marque pour la prompte et „bonne réussite de notre affaire, et je tâche d'en tirer bon parti. Il serait „à désirer que M. Rouillé lui ressemblât, mais sa malheureuse jalousie cause „actuellement plus d'embarras et plus de confusion que jamais . . . . Bien „intentionné dans le fond, ne désirant que l'avantage de son maître, et „porté tout-à-fait pour le nouveau système, il agit néanmoins presque tou„jours comme s'il étoit dans des dispositions tout-à-fait contraires. Il n'a ni „les talens ni les connoissances nécessaires pour un poste tel que le sien. „Il ne sait pas se former un système ni un plan de conduite général, et „n'agit que d'après des impressions momentanées, qui la plupart le mènent „en erreur, parce que la jalousie et l'intrigue s'en mêlent. Tantôt il me „marque une confiance excessive, tantôt il est avec moi de la plus grande „réserve."

[569]) Vom 24. Juli 1756.

[570]) „Des gens qui ont des infidélités et des procédés violens à se „reprocher, prennent alarme et ombrage de tout." Mittheilungen Rouillé's an Starhemberg. Bericht des Letzteren vom 3. Juli 1756.

[571]) . . . „que si le Roi de Prusse venoit à nous attaquer, on étoit „décidé de nous donner non seulement les secours stipulés, mais de nous „assister en outre de toutes ses forces." Mittheilung Rouillé's an Starhemberg. Bericht des Letzteren vom 18. Juli 1756.

[572]) Mit Bericht vom 7. September 1749 dankt Leopold von Weingarten für die unvermuthete Ankunft seines Bruders, welchen er mit dem Tribunalprotokolle in Brünn beschäftigt glaubte.

[573]) Rescript an Leopold von Weingarten. 17. April 1756.

[574]) . . „le Roi mon maître est impatient de vous témoigner ses „générosités, mais il faut aussi que vous ayez quelque complaisance „pour lui."

[575]) Berlin, 24. Mai 1756.

[576]) 24. Mai 1756. „Je vous prie . . . d'agréer le dernier adieu que „je vous donne, de même qu'à Madame et à tous vos enfants. L'unique „prière que je dois encore vous faire par celle-ci, est de ne me pas noircir „dans l'esprit de notre chère mère et de notre frère cadet. Si vous ne „voulez pas consentir à ma prière, faites-le au moins pour l'amour de celle „qui nous a portés dans le même sein, et en considération de son grand âge."

[577]) Puebla an Kaunitz. Berlin, 25. Mai 1756. „La Femme l'introduit „chez son mari, qui (qu'il) trouva au lit tout en larmes et en chemisements „(gémissemens); l'ayant tranquilisé en bon prêtre, s'acquitta avec force et „fermeté de ma commision. La réponse qu'il m'a apporté consiste que son „malheur (ainsi le reconnoissant) n'est plus à changer, qu'il est pris, que „tout commerce lui est defendu, memme de sortir de chez sa belle-mere, qu'il „est gardé et observé comme dans une prison, qu'il reconnaît son aveugle „chute, mais qu'elle n'est plus à réparer. Tout ceci fait bien voire la pauvreté „de son esprit! Il suive à dire à mon chapellain qu'on l'accable de menaces, „que, s'il tentoit de s'évader, on le suivra partout, memme au centre de „Vienne, qu'on n'épargnera ni femme, ni enfants, ni parents; tant on l'a „intimidé que l'homme n'est plus à lui." . . .

[578]) Puebla an Kaunitz. 12. Juni 1756. „On me rapporte que le Roi, „impatient d'éclairer mes démarches et de pénétrer les sentiments de ma „Cour, avoit tout mis en oeuvre pour me débaucher le cadet Weingarten, „qui depuis deux ans environ doit avoir donné dans le panneau, moyennant „une pension de 2000 écus, comme on m'a dit. On m'a assuré même que „le conseiller de cabinet Eichel lui avoit toujours remis de propres mains „cet argent, et que le Roi en personne s'étoit entretenu deux fois avec cet „malheureux, qui par son aveu volontaire, qu'il me fit, m'attendri, le voyant „venir de faire ses Pâques, et résolu, par son zèle marqué, de faire, pour „un tems, le double personnage, si la Cour y consentoit."

[579]) Mittheilungen der preußischen Regierung an Puebla vom 19. und 24. Juni, dann vom 30. Juli 1756. Die in den Mémoires du marquis de Valori II. 79 enthaltenen Mittheilungen über diesen Vorfall sind der Wahrheit vollkommen entsprechend.

[580]) Puebla selbst bestätigt dieß, indem er am 12. Juni 1756 an Kaunitz schreibt: „il n'a rien pu lui relever d'important, car depuis deux ans et au-„delà je n'ai eu aucune affaire de conséquence à traiter."

[581]) König Friedrich an Knyphausen. 26. Juli 1756. Bei Schäfer: Der siebenjährige Krieg. I. 631. Der englische Gesandte Mitchell in Berlin behauptet, daß seine Rathschläge den König zu der Anfrage in Wien vermocht hätten. Schmidts Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. I. 146.

[582]) Friedrich an Klinggräff. 2. August 1756. Bei Schäfer. I. 631. 632.

583) König Friedrich an Franz von Lothringen. 12. Jänner 1741. Maria Theresia's erste Regierungsjahre. I. 380.

584) Klinggräff's Denkschrift und die Antwort des Kaiserhofes sind abgedruckt in Valori's Memoiren. II. 162—166.

585) Maria Theresia an Starhemberg. 22. August 1756.

586) Mémoire raisonné sur la conduite des Cours de Vienne et de Saxe in Hertzberg's Recueil des déductions . . IIde éd. p. 7. . . „a fait revivre „le traité de partage fait contre le Roi" . . .

587) Die hierauf bezügliche Correspondenz zwischen Wien und Dresden ist abgedruckt in den „Neuen Aktenstücken" S. 9—14.

588) Ein Auszug aus dem mit Menzel aufgenommenen Protokolle ist enthalten in den „Neuen Aktenstücken" S. 5. Die ausführlichste Erzählung des ganzen Herganges findet sich in Bülau's „Geheimen Geschichten". 2. Auflage. 2. Band. S. 286—293.

589) Esterhazy an Kaunitz. St. Petersburg, 8. Juni 1756. „Ansonsten habe „gegründete ursach zu glauben, daß der Großcanzler sich meiner Estaffette von 5. April „bedient und durch den Funk dem Sächsischen Hof von unserer großen Anliegenheit „nachricht geben laßen." Und am 25. Juni schreibt Esterhazy: „Die Russische Kayserin „hat letzthin in dem Conseil mit deutlichen worten den verdächtigen argwohn auf den „Großcanzler geworffen, daß er von dem großen Vorhaben gegen Preußen dem Säch„sischen Hof durch den von Funck die geheimen nachrichten geben laßen, sofort mit „bedrohlichen worten das secretum äusserst und auf das schärffeste sammtlichen Glie„dern des Conseils eingebunden" . . .

590) Dieselbe ist schon von einer großen Anzahl von Schriftstellern im verschiedensten Sinne erörtert worden. Aus ihnen mögen hier neben dem alten Dohm, IV. 210—220, noch Graf Schulenburg, Herausgeber der Neuen Aktenstücke, S. 18, K. A. Menzel, Neuere Geschichte der Deutschen, XI. 225—228, Stuhr, Forschungen, I. 58, Aster, Beleuchtung der Kriegswirren, 60—74, Huschberg=Wuttke, die drei Kriegsjahre 1756—1758 in Deutschland, XXX, dann 41—44, Stenzel, Geschichte Preußens, IV. 401, Bernhardt, Friedrich II. und der Beginn des siebenjährigen Krieges, Sybel's historische Zeitschrift, 1864, III. 22—69, Vitzthum, Geheimnisse des Sächsischen Cabinets, I. 334—374, Klopp, Friedrich II. und seine Politik, 2. Auflage 240—265, endlich Schäfer, der siebenjährige Krieg, I. 189—203, erwähnt werden.

591) Preuß. Friedrich der Große. II. 7.

592) Nouveaux mémoires de l'académie royale. Année 1785. Berlin, 1787. p. 333. 334.

593) Kaunitz an Starhemberg. 2. September 1756. „Obwohlen wir uns „jederzeit, und zwar nach denen unverantwortlichen Beyspielen des letzteren Kriegs „versehen hatten, daß die gegenwärtige Preußische entschließungen auf etwas ausser„ordentliches und gewaltsahmes gerichtet sein würden, so bekenne doch gerne, daß wir „uns solche ohnerhörte feindseeligkeiten, wie jene seind, so vom Könige in Preussen an

„des Königs in Pohlen Churlande mitten im Frieden würklich ausgeübt werden, nie „und niemahlen hätten beygehen lassen" . .

[594]) Cogniazo. Geständnisse eines österreichischen Veterans. Breslau, 1788. 4 Thle. Der Verfasser kennzeichnet sich und seine Denkungsart zur Genüge, indem er Friedrich Wilhelm II., „den gleich großen und erhabenen Nachfolger Friedrich's", „den „Titus seines Volkes" nennt. Und dieses jämmerliche Buch wird noch heut zu Tage von preußischen Schriftstellern als eine vertrauenswürdige Quelle zur Beurtheilung österreichischer Anschauungen und Zustände citirt.

[595]) . . „S'il s'agit des vues politiques d'acquisition qui conviennent „à cette monarchie, les Etats de la Saxe sont sans contredit ceux qui lui „conviendraient le mieux, en l'arrondissant et lui formant une barrière par „les montagnes qui séparent la Saxe et la Bohême, et qu'il faudrait fortifier. „Il est difficile de prévoir comment cette acquisition pourrait se faire. La „manière la plus sûre serait de conquérir la Bohême et la Moravie et de „les troquer avec la Saxe, soit enfin que cela pût s'opérer par d'autres trocs „ou des possessions du Rhin, en y ajoutant Juliers et Berg, ou de quelque „façon que cela se fasse. Cette acquisition est d'une nécessité indispensable „pour donner à cet Etat la consistance dont il manque." Oeuvres. IX. 187.

[596]) . . . „pour l'écraser."

[597]) . . . „pour s'en servir comme d'un outil qu'on n'aiguise que lors „qu'on en a besoin" . . .

[598]) . . . „promesses frivoles" . .

[599]) . . . „l'acharnement du dernier pour la religion protestante."

[600]) . . . „par des raisons invariables d'intérêts" . . .

[601]) . . „La maison d'Autriche connaissant tous les dangers de sa „position, ne pouvoit en sortir que par l'affaiblissement du plus cruel et du „plus redoutable de ses ennemis, mais Elle le voyoit soutenu par la France „et recherché par l'Angleterre."

[602]) . . . „pour abattre un voisin, à côté duquel la maison d'Autriche „ne pouvoit plus se soutenir."

[603]) Tâchez de flatter la P. pour voir si peut-être elle se lâchera et „dira par emportement ce que les ministres cachent par sagesse; peut-être „sera-ce elle qui réconciliera les choses." Bei Schäfer. I. 619.

Alphabetisches Namen-Register.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Universitäts-Buchdruckerei.